

The background of the cover is a dark, grayscale microscopic image showing a complex, interconnected network of fibers or cells, resembling a neural network or a biological mesh. The fibers are thin and branch out, creating a dense, web-like pattern. The overall tone is dark and scientific.

David Korn

Das Netz

**Israels Lobby
in Deutschland**

INHALT

Zu diesem Buch

Seite 3

Erster Abschnitt

„Enges Netz entwickelt“

Seite 5

Zweiter Abschnitt

Was „dem Netz“ voraus ging

Seite 34

Dritter Abschnitt

Des Zentralrats zentrale Rolle

Seite 74

Vierter Abschnitt

Weitere Maschen im Netz

Seite 114

Fünfter Abschnitt

Das Schilumim-Management

Seite 144

Sechster Abschnitt

„Wollen jüdischer als Juden sein“

Seite 179

REGISTER

Seite 225

Zu diesem Buch

Der Versuch der Einflussnahme auf Politik und Gesellschaft durch Interessengruppen (Lobbyismus) gehört zum normalen „Spiel der Kräfte“ in einer pluralistischen Demokratie. Dagegen ist nichts einzuwenden. Ebenso allerdings ist es normal und erforderlich, solche Beeinflussungsversuche transparent zu machen, also für die Allgemeinheit erkennbar.

Dem Leser des Buches begegnet eine Vielzahl von Persönlichkeiten, die sich aus ehrbaren Beweggründen für Israel engagieren. Wer wollte etwa solchen Deutschen jüdischer Herkunft bzw. jüdischen Glaubens, die sich auch um Wohl und Wehe des jüdischen Staates sorgen, einen Vorwurf machen? Zumal, wenn bei ihnen familiäre Bindungen zu Israelis bestehen. Könnte sich Deutschland nicht glücklich schätzen, schlägen die Herzen von Personen deutscher Herkunft in anderen Staaten zumindest etwas mehr für ihre oder ihrer Ahnen Ursprungsheimat, als es meist der Fall ist? Ebenso wenig ist es nichtjüdischen Deutschen anzukreiden, wenn sie aus historisch-moralischen Erwägungen gelegentlich Partei für den Staat jenes Volkes ergreifen, dem zur Zeit der Gewaltherrschaft in Deutschland in der Tat Furchtbares widerfahren ist.

Dieses Buch handelt aber auch von übermäßigem Engagement für israelische Interessen: Wenn beispielsweise Politiker in der Bundesrepublik eine Form der Solidarität propagieren und in die Tat umsetzen, die man nur als blind und bedingungslos bezeichnen kann. Sie übersteigern sogar manches Mal das, was israelischer- oder jüdischerseits gewünscht wird. Der Exzess geht gelegentlich so weit, dass der Einsatz für Israel verbunden wird mit fast schon pathologisch anmutendem Selbsthass, einem weltweit und weltgeschichtlich ziemlich einzigartigen deutschen Nationalmasochismus. Andererseits ist oft mit Händen zu greifen, dass Israel instrumentalisiert wird zur Befriedigung einer Karrieresucht von Leuten, die auf deutsche Belange keinerlei Rücksicht mehr nehmen und die Verteidigung israelischer Interessen nur vorschützen. In derlei Fällen wird die Sache des jüdischen Staates ebenso egozentrisch wie exzentrisch ausgebeutet und gefleddert. „Solidarität“ und „Freundschaft“ solcher Gestalten mögen im Augenblick nützlich erscheinen, sind aber auf Dauer ohne jeden Wert. Wer sich auf solche „Freunde“ verlässt, wird, kommt es hart auf hart, verlassen sein.

Es gibt zahlreiche jüdische Stimmen, auch aus Israel, die vor derlei Ausartungen in Deutschland warnen. Solche Mahnungen, von denen manche im Buch enthalten sind, sollte man sich allgemein besonders zu Herzen nehmen. Zugleich widerlegen sie übrigens den böartigen Unfug von einer „antideutschen Verschwörung des Judentums“.

„Übermaß zeugt Schmerz.“ Dieses Wort Goethes gilt auch hier. Jeder Gefährdung — aus welcher Richtung auch immer — einer erstrebenswerten dauerhaften und grundlegenden deutsch-jüdischen Aussöhnung sollte mit Entschiedenheit gewehrt werden!

Oktober 2003

David Korn

„Enges Netz entwickelt'

„Verflochten in besonderen Beziehungen"

»Im Hintergrund der komplizierten Diplomatie hat sich schon längst ein enges Netz zwischen Deutschen und Israelis entwickelt«, hieß es in den „Israel Nachrichten" vom 10. Mai 1995 unter der Schlagzeile:

»Deutschland und Israel, eng verflochten in besonderen Beziehungen.«

Das in Tel Aviv erscheinende Blatt ist die einzige deutschsprachige jüdische Tageszeitung der Welt. Sie hängt über das „weltweite IMH-

Der „Aufbau", 1934 in New York von jüdischen Emigranten aus Deutschland gegründet, wurde von dem 1893 in Berlin geborenen Manfred Georg (in Amerika auch: George) geprägt, dem Chefredakteur von 1939 bis zu seinem Tod 1965. Der begabte Journalist war zionistisch gesinnt, Verfasser von Werken wie „Theodor Herzl. Sein Leben und sein Vermächtnis" (1932) und „Das Wunder Israel" (1949), sowie Logenbruder des jüdischen B'nai B'rith-Geheimordens. Sein New Yorker Blatt ist, ganz wie von ihm konzipiert, kompromisslos pro-israelisch geblieben.

Deutschland und Israel: Eng verflochten in besonderen Beziehungen

Von Thomas P. Spieker

Netzwerk" der „Internationalen Medien-Hilfe" mit der jüdischen Wochenzeitung in überwiegend deutscher Sprache „Aufbau" (New York) zusammen.

»Erreichen Sie über 30 000 deutschsprachige Juden in aller Welt mit einer Kombi-Anzeige im „Aufbau" (New York) und den „Israel Nachrichten" (Tel Aviv). Informieren Sie sich über Werbemöglichkeiten bei IMH«,

lautete ein vom „Aufbau" am 19. September 2002 veröffentlichter Aufruf.

Die beiden vorgenannten Blätter, „Israel Nachrichten" und „Aufbau", sind neben dem Zentralorgan des Zentralrats der Juden in Deutschland, der „Jüdischen Allgemeinen", für das vorliegende Buch besonders intensiv ausgewertet worden.

Als der „Aufbau" 2001/2002 in eine Krise geriet, fing ihn ein Netz von Sponsoren auf. Die deutschen

»generösen Unterstützer, die das Erscheinen des AUFBAU ermöglichen«,

wurden in einem ganzseitigen Dank der Zeitung am 12. Dezember 2002 beim Namen genannt:

Axel Springer Verlag,
Generalkonsulat der Bundesrepublik
Deutschland in New York,
DaimlerChrysler,
Deutsche Telekom,
Deutsches Informationszentrum New York,
Bundespresseamt,
Sylva Franke,
Jan Philipp Reemtsma.

Die Retter des Zionistenblattes

Beim Letztgenannten handelt es sich um den spätgeborenen Sohn und Erben des einstigen Geldgebers der NSDAP, Gönners insbesondere Hermann Görings, Wehrwirtschaftsführers des Dritten Reiches, Verherrlichers Hitlers und seines Regimes in millionenfach verbreiteten Bilderalben und Wehrmachtzigaretten-Monopolisten Philipp Fürchtegott Reemtsma.

Jan Philipp Reemtsma hat sich in den 90er-Jahren als Spiritus Rector und Sponsor einer Ausstellung über den „Vernichtungskrieg der Wehrmacht“ in Szene gesetzt. Wegen einer Fülle von Bild- und Sachverhaltsfehlern und Manipulationen, von ausländischen Historikern aufgedeckt, musste die Wanderschau aus dem Verkehr gezogen werden. Ab Ende 2001 irrlichterte eine Zweitversion durch die Bundesrepublik Deutschland und Österreich. Reemtsmas „Hamburger Institut für Sozialforschung“ kooperiert mit dem jüdisch-zionistischen Leo Baeck Institute mit Zentrale in London; beispielsweise hat man im Juli 2002 eine Gemeinschaftsveranstaltung über „Moral im Nationalsozialismus“ durchgeführt. Insistierende Fragen nach der Rolle des eigenen Clans in der braunen Diktatur wehrt Reemtsma ab:

»Das verbitte ich mir!«

Großverleger Axel Cäsar Springer (1912-1985) war zur Hitlerzeit führend bei den von seinem Vater herausgegebenen „Altonaer Nachrichten“ tätig, als in jenem NS-gleichgeschalteten Blatt die Volksgenossen beispielsweise über die

»tatsächliche Einheit von Bolschewismus und Judentum«

sowie über

»die Wut des New Yorker Judenpöbels«

„unterrichtet“ wurden und die Juden — Gipfel der Niedertracht — in der braunen Springer-Postille sogar als „Vampire“ erschienen.

Die eigene NS-Vergangenheit unter den Tisch kehrend, widmete sich Axel Springer in den



12. Dezember 1941: Der „Aufbau“ solidarisiert sich mit der Kriegsmacht USA.

Nachkriegsjahrzehnten einer exzessiven kollektivdeutschen „Vergangenheitsbewältigung“ mit institutionalisiertem Kotau vor Israel. Jeder Journalist seines Konzerns musste (und muss) sich vertraglich verpflichten zur

»Unterstützung der Lebensrechte des israelischen Volkes.«

Nicht minder mahnte der Verlagsboss, stets daran zu denken, dass

»der Herr das jüdische Volk als sein Volk auserwählt hat, um ihm durch alle Zeiten zu dienen.«

Damit auch ja alles auf entsprechender Linie bleibt, setzte Springer seinen streng Israel verpflichteten jüdischen Intimus Ernst Cramer — laut Helmut Kohl

»ein Vorbild, ein Weltbürger von großer moralischer Kraft« —

als Testamentsvollstrecker und Hüter des Erbes ein. Mit Erfolg. Wie sich beispielsweise beim Medientag der Deutsch-Israelischen Woche in Hamburg, August 2003, erwies, als der Chefredakteur der Springer'schen „Bild“-Zeitung, Kai Diekmann, wieder einmal

»uneingeschränkte Solidarität mit Israel« gelobte, verteidigte der jüdische Staat doch »all die westlichen Werte, die auch uns am Herzen liegen«.

Diekmann hatte wenig zuvor den Europa-Ehrenpreis des B'nai B'rith-Bundes erhalten — überreicht von „Atze“ Brauner, dem für Israel entflammten Filmproduzenten und Chef der Berliner Janusz-Korczak-Loge der hinter den

Kulissen mächtigen jüdisch-zionistischen Vereinigung. Begründung:

»Faire und journalistisch stets differenzierte Berichterstattung über die Konflikte im Nahen Osten.«

„Aufbau“-Retterin Sylva Franke, unter Hitler als Jüdin nach Südamerika emigriert, heute Mitglied der Berliner jüdischen Repräsentantenversammlung und Eigentümerin der Blueband-Hotels, zu denen das Berliner „Excelsior“ gehört, ist wegen ihres Mäzenatentums bekannt. Sie fördert auch Kultureinrichtungen wie etwa das Renaissance-Theater in der deutschen Hauptstadt. Ganz besonders aber schlägt ihr Herz für Israel. So gehört sie dem Präsidium von Keren Hayesod Deutschland an, welche Vereinigung der Spendenbeschaffung für den jüdischen Staat dient. Israels Botschafter in der Bundesrepublik Shimon Stein sagte gelegentlich über Frau Franke, er würde sich wünschen, „sie klonen zu können“.

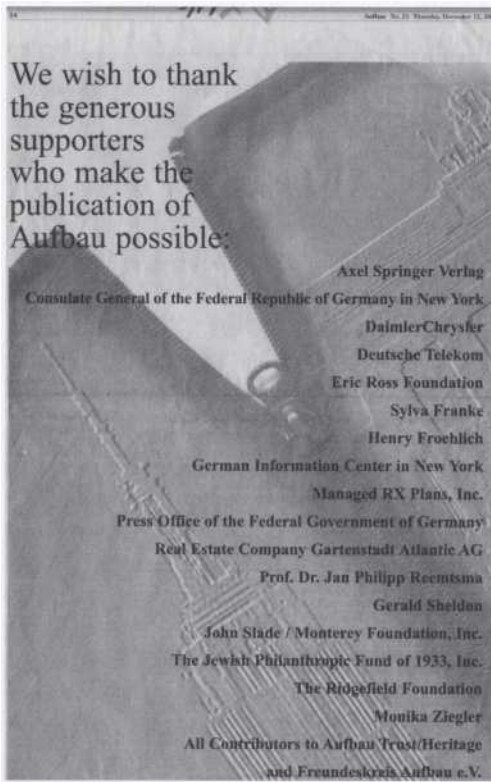
Am 5. September 2002 berichtete der „Aufbau“ ausführlich über das Engagement der

»Grande Dame der jüdischen Gemeinde Berlin, einer Mischung aus Charme und Tatkraft«

auch zugunsten sozial Schwacher, das sie beispielsweise in Berlin hinter Gitter sitzenden russischen Juden angeeignet lasse. Die Knackis würden sich immer wieder wundern, wie sie es schaffe, als Besucherin mit viel Zigaretten, Schokolade und einem Rabbiner zu ihnen ins Gefängnis zu gelangen.

„Neue Adelsrasse“

Die zionistisch ausgerichteten „Israel Nachrichten“, hervorgegangen aus diversen Blättern mitteleuropäischer jüdischer Einwanderer, werden von der in Wien geborenen, seit 1939 in Palästina lebenden, journalistisch versierten Alice Schwarz-Gardos geleitet, einer Nichte des jüdischen Linksliteraten Bruno Frei. Sie ist



Der zionistische „Aufbau“ dankt seinen Rettern.

»wegen ihrer besonderen Verdienste um die deutsch-israelischen Beziehungen«,

so die offizielle Begründung, mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet worden.

Auch trägt die israelische Zeitungsmacherin den Coudenhove-Kalergi-Preis, benannt nach dem Begründer der „Paneuropa“-Bewegung Richard Graf Coudenhove-Kalergi (1894-1972). Der nichtjüdische Politschriftsteller (Vater: k.u.k.-Diplomat aus brabantischem Uradel und deutschem Reichsgrafengeschlecht, Mutter: Japanerin, Schwester: die streng katholische Schriftstellerin Ida Friederike Gärres, Frau in erster Ehe: die jüdische Schauspielerin Ida Roland) proklamierte in seinem 1925 in Wien und Leipzig verlegten Buch „Praktischer Idealismus“, die Juden seien ein „geistiger Adel“, ja sogar die „neue Adelsrasse“ und zur Führungsrolle in Europa bestimmt. Der langjährige Chef der deutschen Christdemokraten Helmut Kohl bekennt sich zur Weltanschauung des besagten Grafen. Die Paneuropa-Bewegung zeichnete ihn 1991, also als er noch Kanzler war, mit dem Coudenhove-Kalergi-Preis aus.

Die Paneuropa-Union hat auch konservativen Persönlichkeiten Heimstatt geboten, gelegentlich sogar halbwegs nationalkonservativen. Chef seit Graf Coudenhove-Kalergis Tod 1972 ist Otto von Habsburg. Als der Monarchenspross Jerusalem besucht hatte, schrieb der „Aufbau“ am 20. Juli 1990:

»In seiner Rede bemerkte er, dass „als Angehöriger des Hauses Habsburg meine Verbindungen mit dem jüdischen Volk sehr tief verwurzelt sind“. Er sagte auch, dass er mütterlicherseits jüdische Vorfahren aus Spanien habe.«

Sein „Junge Freiheit“-Interview vom 22. November 2002 wiederum handelte dem Chef derer von Habsburg-Lothringen „Antisemitismus“-Vorwürfe ein, hatte er doch geäußert, die Schlüsselpositionen im US-amerikanischen Ver-

teidigungsministerium seien „mit Juden besetzt“ und:

»Das Pentagon ist heute eine jüdische Institution.«

Die dortigen „Falken“, so der Kaisersohn weiter, seien darauf bedacht,

»Israel um jeden Preis zu schützen«,

und arbeiteten deshalb auf einen Krieg gegen Israels Feind Saddam Hussein hin.

Vom Amalek zum besten Freund?

Am 3. Dezember 1999 veröffentlichten Frau Schwarz-Gardos' „Israel Nachrichten“ einen ebenso umfang- wie aufschlussreichen Artikel aus der Feder von Dr. Niels Hansen. Er hatte von 1981 bis 1985 als Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Israel amtiert. Der Titel seines Zeitungsbeitrages lautete:

»Eine unvergleichbare geschichtliche Herausforderung. Die deutsche Politik gegenüber dem Staat Israel.«

Der Ex-Diplomat hält darin über die deutsch-israelischen Beziehungen fest:

»Jenseits der eigentlichen Außenpolitik hat sich auf zahlreichen Gebieten ein intensives Netz der Zusammenarbeit herausgebildet, das von Exekutive und Legislative aus Bund, Ländern und Gemeinden getragen wird. Viele Stiftungen, Fördervereine und sonstige private Institutionen wirken ebenfalls mit, wobei neben den Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit vor allem die 1966 gegründete Deutsch-Israelische Gesellschaft und die Israelisch-Deutsche Gesellschaft zu nennen wären. Beispielhafte Stichworte sind Jugendaustausch, Städtepartnerschaften, wissenschaftliche Kooperation, Außenhandel, Tourismus, sogar der Sicherheitsbereich. Die Bundesrepublik steht hier häufig an der Spitze oder jedenfalls hinter Amerika an zweiter Stelle.«

Was speziell die von Hansen angesprochene Verflechtung deutscher und israelischer Kommunen betrifft, hatte man am 20. November 1998 aus der Feder von Frau Schwarz-Gardos in den „Israel Nachrichten“ erfahren können:

»Es gibt achtzig Städtepartnerschaften, eine präzedenzlos große Zahl.«

Rechnet man die Kreispartnerschaften hinzu, kommt man auf eine noch höhere Zahl, deutlich über hundert.

Schon am 18. Dezember 1989 habe, so wieder Hansen, die „Jerusalem Post“ in einem Leitartikel zum „intensiven Netz“ festgestellt:

»Westdeutschland ist nach den USA unser bester Freund geworden — zwar mit gehörigem Abstand hinter den Vereinigten Staaten, aber doch weit vor allen anderen.«

In dieselbe Kerbe schlug der US-jüdische Publizist Roger Cohen, als er am 5. März 2001 in der „International Herald Tribune“ unter der Schlagzeile „Israel akzeptiert Deutschland als Verbündeten“ schrieb:

»Deutschland ist — außer den USA — der bedeutendste Verbündete Israels geworden, der entscheidende Hilfe im militärischen, nachrichtendienstlichen, politischen und wirtschaftlichen Bereich leistet ... Was die Politik anbelangt, so ist Deutschland „nunmehr unsere Hauptstütze und unser Hauptförsprecher in Europa“, wie Reuven Mer-shav, früherer Generaldirektor im israelischen Außenministerium, sagte.«

Andererseits wird Deutschland in israelischen Medien bzw. von israelischen Politikern immer noch und immer wieder als „Land der Täter“ gegeißelt (oder auch, *variatio delectat*, als „Land der Henker“ — so jedenfalls Israels Botschafter in der Bundesrepublik, Avi Primor, am 25. April 1996 im Zentralratsblatt der Juden, „Allgemeine Jüdische“). Föhrende israelische Politiker haben die Deutschen — insgesamt und nicht nur die der Hitlerzeit — als „Nazis“ (Golda

Meir), „Mörder“ bzw. „blutdürstende Meute“ (Menachem Begin) u. ä. tituliert.

»In der unmittelbaren Nachkriegszeit und später war Deutschland das Land des Amalek«,

notiert Professor Y. Michael Bodemann, jüdischer Soziologe an der Universität Toronto, in der Beilage „Jüdisches Leben in Deutschland“ des Bundestagsblattes „Das Parlament“ vom 28. Juli 2003 über die israelische Stimmungslage. „Amalek“ ist gemäß jüdischer Überlieferung der absolute Todfeind. In der Tat galt auch die junge Bundesrepublik in Israel offiziell als Feindstaat; es gab sogar ein Verbot des Gebrauchs der deutschen Sprache. Schon im Juli 1948 hatte der Jüdische Weltkongress in seiner „Resolution von Montreux“ die Juden in aller Welt ermahnt, sich

»nie wieder auf dem blutgetränkten deutschen Boden anzusiedeln«.

Nur Waffenstillstand?

In manchen Bereichen scheint diese Verbitte-rung auch heute immer noch nicht überwunden zu sein.

»Wenn in Israel über Deutschland gesprochen wird, dann geschieht dies meist vorsichtig und distanziert oder zynisch«,

hieß es in einer Betrachtung zum deutsch-israelischen Verhältnis ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende am 10. Mai 1995 in den „Israel Nachrichten“. Weiter:

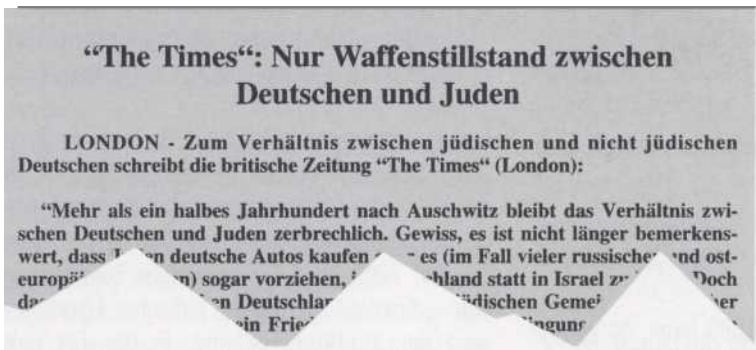
»Dass es Irritationen, Beschimpfungen, Verstimmungen, Missverständnisse, Beleidigungen gab, kann kaum verwundern.«

Zu den „schrillen Misstönen“ zähle ein Vorwurf an die Adresse Israels, den Bundespräsident Heinrich Lübke 1965 gegenüber dem ersten israelischen Botschafter in Bonn, Ascher Ben-Nathan, geäußert habe:

»Wie lange werden Sie uns noch beschimpfen, nach allem, was wir für Sie zahlen?«

MITTWOCH, 25. AUGUST 1999 ISRAEL NACHRICHTEN

*Statt erstrebenswerter
Versöhnung nur „Waf-
fenstillstand“?*



Die deutsche Wiedervereinigung und der Golfkrieg hätten gezeigt, fuhr das Blatt aus Tel Aviv fort, wie schnell die Stimmung in Israel umschlagen könne und vernarbte Wunden wieder aufbrächen:

»Am Tag der deutschen Vereinigung, meinte der damalige israelische Parlamentspräsident Dov Schilanski, müssten Juden ihr „Haupt mit Asche bedecken und Trauer tragen“. Als schnell gelieferte deutsche Gasmasken 1991 Israelis vor mit deutscher Hilfe umgebauten irakischen Raketen schützen sollten, kursierte in Israel das geflügelte Wort, der Gasmaskenauftrag komme „50 Jahre zu spät“.«

Allerdings weist der israelische Journalist Tom Segev in seinem Buch „Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung“ (Reinbek 1995) auf Umfragen in Israel 1990 hin, denen zufolge weit mehr Juden dort den Fall der Mauer und die Beseitigung der deutschen Teilung positiv bewerteten als negativ. Segev meinte schlussfolgern zu können:

»Die meisten Israelis betrachteten Deutschland nicht länger als Feind.«

Gleichwohl zitierten die „Israel Nachrichten“ am 25. August 1999, ihrerseits per Schlagzeile, eine kurz zuvor erschienene Überschrift der Londoner „Times“:

»Nur Waffenstillstand zwischen Deutschen und Juden.«

„Dat Weltjudentum ist eine große Macht“

Hansen betont in seinem besagten „Netz“-Artikel, dass es die Regierungschefs David Ben-Gurion (Israel) und Konrad Adenauer (Bundesrepublik) gewesen seien, die in den 50er-Jahren „die entscheidende Rolle bei der schrittweisen Annäherung gespielt“ hätten, wobei die Wiedergutmachungsvereinbarungen von ausschlaggebender Bedeutung gewesen seien.

»Weder verpflichtete das Völkerrecht Deutschland dazu, Israel und dem jüdischen Volk Entschädigung zu zahlen, noch übten die Mächte Druck auf die Bundesrepublik Deutschland aus, sie zu leisten«,

schreibt die israelische Politologin und Historikerin Prof. Dr. Nana Sagi in ihrem Buch „Wiedergutmachung für Israel. Die deutschen Zahlungen und Leistungen“ (Stuttgart 1981). Wobei sie mit „den Mächten“ die Westalliierten meinte; die Sowjetunion war ohnehin ganz gegen die deutschen Milliarden an Israel, weshalb die DDR keinen Pfennig an den jüdischen Staat zahlte. Prof. Sagi weiter:

»Es geschah vor allem als Folge des entschlossenen Standpunktes von Bundeskanz-



Konrad Adenauer in Weimarer Zeit

ler Konrad Adenauer. In der Geschichte der Wiedergutmachung spielte er eine entscheidende Rolle, und es ist ihm zu verdanken, dass die moralische Verpflichtung, die seiner Ansicht nach dem deutschen Volk oblag, in eine vertragliche Verpflichtung umgewandelt wurde.«

Konrad Adenauer hatte sich in Weimarer Zeit, damals noch Kölner Oberbürgermeister, für das „Pro-Palästina-Komitee“ engagiert. Diese Vernetzung maßgeblicher jüdischer und nichtjüdischer Repräsentanten des öffentlichen Lebens in Deutschland unterstützte das Ziel der zionistischen Weltbewegung, einen Judenstaat im Sinne Theodor Herzls im Vorderen Orient zu schaffen. Der „Vater des Zionismus“ hatte seine Vision eines jüdischen Palästina in seiner Grundsatzschrift „Der Judenstaat“ den Abendländern wie folgt schmackhaft zu machen versucht:

»Für Europa würden wir dort ein Stück des Walles gegen Asien bilden; wir würden den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen.«

Kaum Bundeskanzler geworden, sagte Adenauer Israel im November 1949 Warenlieferungen

zum weiteren jüdischen Aufbau des Landes zu, und zugleich ermahnte er seinen Mitarbeiterstab — laut Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ Nr. 19/1995 — in der für ihn typischen rheinischen Sprechweise, nie zu vergessen, dass

»dat Weltjudentum eine jroße Macht ist«.

Auch Niels Hansen bestätigt („Frankfurter Allgemeine“, 14. September 1999), dass Adenauer sich der Vokabel „Weltjudentum“ zu bedienen pflegte, wobei der Kanzler dieses „ebenso gefürchtet wie überschätzt“ habe. Überdies gab Ernst Féaux de la Croix, der als leitender Ministerialbeamter in den 50er-Jahren maßgeblich an den Entschädigungsvereinbarungen mit jüdischen bzw. israelischen Instanzen beteiligt gewesen war, seiner Überzeugung Ausdruck, dass das — auch von ihm ausdrücklich als solches bezeichnete — „Weltjudentum“ Adenauer bei den Wiedergutmachungsvereinbarungen die Hand geführt habe (Féaux in: „Der Werdegang des Entschädigungsrechts“, München 1985).

Angemerkt sei hierzu, dass der Terminus „Weltjudentum“, dessen Gebrauch gelegentlich als antisemitisch gegeißelt wird, in jüdischen Texten nicht selten anzutreffen ist. Schon der Grand Sanhédrin, die hochkarätig besetzte, auf Napoleons Initiative gebildete internationale Judenkonferenz in Paris vom Februar/März 1807, beanspruchte beschlussgemäß „die Gesamtvertretung des Weltjudentums (!)“. Beispiele aus jüngerer Zeit:

— Auf den deutschen Internet-Seiten der jüdisch-zionistischen Spendensammelvereinigung für Israel, Keren Hayesod, findet man die Wiedergabe eines Artikels der führenden israelischen Tageszeitung „Ha'aretz“ vom 7. November 2001 mit der Schlagzeile:

»Das Weltjudentum und der Krieg gegen den globalen Terrorismus«.

Es handelt sich um eine ausführliche Analyse der internationalen jüdischen Reaktionen auf die Terroranschläge des 11. September 2001. Verfasser des „Weltjudentum“-Arti-

kels ist Eliahu Salpeter, einer der prominentesten und profiliertesten Journalisten Israels.

Die „Israel Nachrichten“ brachten am 6. Oktober 1999 eine Erklärung des israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak über die drei Hauptaufgaben, die der Jewish Agency in Zusammenarbeit mit seiner Regierung oblägen:

»Verstärkung der Einwanderung und Rettung bedrohter Juden. Erziehung der jungen Generation des Weltjudentums (!) durch Verstärkung des jüdischen Identitätsbewusstseins. Stärkung der weltweiten Einheit des jüdischen Volkes.«

Anlässlich des jüdischen Neujahrsfestes 1979 veröffentlichten die „Israel Nachrichten“ unter der Schlagzeile „Weltjudentum steht hinter dem Staat Israel“ die Meldung:

»Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Philip Klutznick, sandte an die Regierung ein Telegramm, in dem er Israel zum neuen Jahr beglückwünscht. Er schreibt, das Weltjudentum stehe Israel zur Seite.«

— 1955 in New York erstmals erschienen und seither mehrfach (1965, 1972, 1981, 1987) aktualisiert und erweitert neu aufgelegt sowie in Lizenzausgabe auch in Israel (Tel Aviv 1978) gedruckt worden ist das von den jüdischen Koryphäen Itzhak Carmin und Harry Schneiderman herausgegebene Lexikon „Wer ist wer im Weltjudentum“ — Originaltitel:

»Who's Who in World Jewry. A biographical dictionary of outstanding Jews.«

Gleichwohl wird in den per Internet verbreiteten „Informationen zur politischen Bildung — aktuell“ der Bundeszentrale für politische Bildung behauptet, nichts berechtige dazu, von einem „Weltjudentum“ zu sprechen; das Wort sei Ausdruck eines „Verschwörungsmythos“ und überhaupt ein „unsinniges Konstrukt“.

In König Davids Thronsaal

Auch nach der „entscheidenden Rolle“ des der „großen Macht“ eingedenk gewesenen Adenauer seien bei der Vernetzung von Bundesrepublik und Israel

»die Akzente in Deutschland überwiegend von den christdemokratischen Parteien gesetzt worden«,

fuhr Niels Hansen, selber CDU-Mitglied, in den „Israel Nachrichten“ des 3. Dezember 1999 fort. Der Botschafter a. D nannte in diesem Zusammenhang die Namen der prominenten Politiker

Rainer Barzel,
Herbert Blankenhorn,
Erik Blumenfeld,
Franz Böhm,
Ludwig Erhard,
Eugen Gerstenmaier,
Alois Mertes,
Franz Josef Strauß,
Rita Süßmuth,
Walter Wallmann,

um dann einen der Protagonisten ganz deutlich hervorzuheben:

»Helmut Kohl nimmt einen besonderen Ehrenplatz ein.«

Was sich auch in der Fülle an Auszeichnungen dokumentiert, für die Kohl von jüdischen bzw. israelischen Institutionen auserwählt worden ist: Vom Berliner Zentralrat der Juden in Deutschland (Leo-Baeck-Preis) bis zur Logenbruderschaft B'nai B'rith mit Sitz in New York und Jerusalem (Goldmedaille), von der Ben-Gurion-Universität in Sdeh Boker/Israel (Ehrendoktorwürde) und der Universität von Tel Aviv (dto.) bis zur Brandeis-University, bedeutendste jüdisch-zionistische Hochschule Amerikas, die auch, wie das „Neue Lexikon des Judentums“ schreibt, „ein Zentrum der Judaistik ist“ (weiterer Ehrendoktorhut). Eine Forschungsstätte an der Jerusalemer Universität heißt seit 1995

Das jüdische Zentralratsblatt würdigt die B'nai B'rith-Ordensverleihung an Kohl.



„Helmut-Kohl-Institut“. Die Aufzählung ist lange nicht vollständig.

Am Rande: Als Kohl ein halbes Jahr nach seiner Abwahl in New York aus den Händen von Henry Kissinger die Auszeichnung „Staatsmann des Jahrzehnts“ verliehen bekam, sagte der berühmteste US-jüdische Politiker unserer Zeit laut „Israel-Nachrichten“ vom 27. April 1999 über den deutschen Ex-Kanzler:

»Ich habe ihn nie als ausländischen Staatsmann betrachtet.«

Über die Verleihung des goldenen B'nai B'rith-Logenpreises an Kohl im Januar 1996 berichtete die „Welt“ des Springer-Konzerns:

»Wie ein Thronsaal von König David ist der mit prominenten Gästen gefüllte und mit roten, auf große Kandelaber gesteckte Kerzen erleuchtete Festsaal des Münchner Park-Hilton dekoriert. Hinter dem Rednerpult ist nach Art eines Baldachins ein roter Bühnenvorhang gespannt, daneben steht auf der einen Seite ein siebenarmiger Leuchter, auf der anderen die israelische Fahne mit dem Davidstern.«

Das Zentralratsblatt „Allgemeine Jüdische“ vom 8. Februar 1996 über die bewusste Zeremonie:

»Als einen „leader among the statesmen“ bezeichnete Tommy P. Baer, internationaler Präsident von B'nai B'rith, Bundeskanzler Helmut Kohl, als er ihm mit der „Goldmedaille für humanitäre Verdienste“ in München die höchste Auszeichnung des B'nai B'rith verlieh. Dass ein deutscher Kanzler auf diese Weise geehrt wurde, gehört für den israelischen Ministerpräsidenten Schimon Peres, der die Laudatio hielt und eigens dafür von Israel in die bayerische Landeshauptstadt flog, in den Bereich des Wunders, das sich nach dem Holocaust zwischen Deutschland und Israel ereignet habe.«

Die Goldmedaille, so fuhr Peres fort, bringe »die Anerkennung meines Volkes in Israel und in der Diaspora für die weise Führung, die Sie bewiesen haben, zum Ausdruck«.

B'nai B'rith-Ehrenpräsident Joseph Domberger bezeichnete Kohl als

»Europäer, Kämpfer gegen Rassismus und Fremdenhass, Freund Israels und nicht zuletzt Freund und Partner des B'nai B'rith«.

Kohl bedankte sich mit einer Sühnerede. Sie handelte von deutschen Verbrechen der Hitlerzeit, welche „nie vergessen werden dürfen“ und „Wunden, die nie verheilen“ geschlagen hätten.

„Zu den bewegten (sic!) Augenblicken“ der Festveranstaltung, so die „Allgemeine Jüdische“ weiter, habe das Entzünden der Menora, des jüdisch-rituellen siebenarmigen Leuchters, gehört. Über die erlauchte Gesellschaft voller Ehrenträger, die da aus Anlass der Logenfeier für Kohl zusammengekommen war, schrieb das Zentralratsblatt:

»Gastgeber Roman Haller, B'nai B'rith Präsident für Deutschland und Österreich und der Münchner Hebraica Loge, begrüßte als Gäste so viele und hochrangige Vertreter des öffentlichen Lebens, wie sie in dieser Zusammensetzung nach Aussage des Protokollchefs der Bayerischen Staatskanzlei noch nicht zusammengekommen waren.«

Unter den Anwesenden befanden sich u. a.:

„Amtierende Bundes- und Landesminister“ (die im Bericht der „Allgemeinen“ allerdings nicht beim Namen genannt wurden),

Oberbürgermeister Christian Ude,

Präsidentin des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes Hildegard Holzheid,

Bundesminister a. D. und FDP-Ehrenvorsitzender Otto Graf Lambsdorff,

Chef der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und Ex-Bundesminister Manfred Lahnstein,

Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Münchens Charlotte Knobloch,

Gemeinderabbiner Yitzhak Ehrenberg

US-Generalkonsul Patrick Nichols,

Israels Botschafter Avi Primor,

der zionistische Medienzar aus Großbritannien Lord George Weidenfeld.

„Wir würden weltweit verflucht“

Als Kohl 1995 von der Ben-Gurion-Universität in Israel zum Ehrendoktor erklärt wurde, sagte er in seiner Dankrede:

»Ein dichtes Netz von persönlichen Beziehungen ist entstanden, das die eigentliche Substanz des deutsch-israelischen Verhältnisses ausmacht.«

Außerdem zeigte er sich in seiner Ansprache überzeugt davon, dass Ben-Gurion und Konrad Adenauer

»mit Genugtuung auf das Erreichte blicken würden, könnten sie heute unter uns sein. Mit Stolz würden sie die späten Früchte ihrer Arbeit betrachten.«

Am 12. November 1999 erinnerte der Chef der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jerusalem, Johannes Gerster, in einem Interview mit den „Israel Nachrichten“ an eine „wichtige Mahnung Helmut Kohls“:

»Dass die Deutschen die moralische Pflicht niemals abstreifen dürfen, politische Verantwortung für das jüdische Volk zu tragen.«

Immer wieder hat Kohl in seinen öffentlichen Verlautbarungen betont, den Deutschen sei wegen Auschwitz „ein Kainsmal eingebrannt“, sie seien „mit dem Stigma des Holocausts behaftet“. Er proklamierte:

»Die Deutschen wurden individuell schuldig, aber sie sühnen kollektiv.«

Keinem einzigen Angehörigen seiner Nation gewährt er Gnade vor Kollektivsühne bzw. -haftung, denn, so Kohl:

»Deutsche haften in ihrer Gesamtheit für das Unrecht.«

Man darf annehmen, dass auch Multipreisträger Helmut Kohl eine Vorstellung davon hat, was Adenauer als „große Macht“ erschien. Ist er doch bekennender politischer Enkel und Erbe des „Alten“. Jedenfalls warnte Kohl im Sommer 1998, als es um die Kritik am geplanten gewaltigen Holocaust-Denkmal in Berlin ging,

in einem Fernsehinterview in auffälliger Weise vor einschneidenden Folgen eines Verzichts auf das Monument:

»Was dann auf uns zukommt in der amerikanischen Ostküste und anderem Zusammenhang, kann ich nur sagen, würde dann ein schwerer Schaden für unser Land sein.«
Laut „Frankfurter Allgemeiner Zeitung“ des 17. September 1998 äußerte Kohl zum selben Thema:

»Wir würden weltweit verflucht werden, würden wir den Bau der Holocaust-Gedenkstätte verweigern.«

Der deutsch-jüdische Autor Ivan Denes erläuterte in seiner Publikation „Wer und was ist die ‚Ostküste‘ des Dr. Helmut Kohl? Jüdische Organisationen in den USA“ (Berlin 2000):

»Der Kanzler meinte offenbar die an der Ostküste der Vereinigten Staaten, besonders aber in New York beheimateten jüdischen Organisationen, die sich hinter die Kampagne für das Berliner Mahnmal gestellt hatten.«

Wie man Widerstände überwand

Von den CDU/CSU-Politikern auf Hansens vorhin zitierter Liste war nur Erik Blumenfeld (1915-1997) jüdisch, und zwar von Vaters Seite. Die substanzlose Behauptung von einer jüdischen Abstammung Kohls, der eigentlich Kohn heiße, ist von dem Satiriker hebräischer Herkunft Jakob Lind (recte: Jakob Landwirth) in die Welt gesetzt worden; im selben Buch von ihm, „Der Erfinder“ (1988), wird auch der „wahre Name“ von Mao Tse-tung geoutet: Moshe Zung. Womit alles klar sein dürfte.

Blumenfeld aber, der abstammungsbedingt nicht in der Wehrmacht hatte dienen dürfen und die Kriegszeit in den KZ Buchenwald und Auschwitz überdauert hatte, war ab den 50er-Jahren der einflussreichste CDU-Politiker in Hamburg; auch wirkte er als Bundestagsabge-

ordneter und als Europa-Parlamentarier. 1965 fädelte er die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel ein. Von 1977 bis 1991 fungierte er als Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft.

Von den CDU-Politikern auf Hansens Positiv-Liste kam Franz Böhm (1895-1977) eine besondere Schlüsselrolle als einem der eifrigsten Israel-Lobbyisten in der jungen Bundesrepublik zu. 1953 bis 1965 CDU-MdB, war Böhm, übrigens auch Eidam von Ricarda Huch, an allen Verhandlungen über Wiedergutmachungsvereinbarungen zentral beteiligt, stets zu weitgehendem Entgegenkommen bereit. Gegen innerparteiliche Kritiker am Milliardentransfer befeiligte er sich des rüden politischen Bodychecks. Die Zionistische Internationale zeichnete ihn mit dem Stephen S. Wise-Preis aus (benannt nach dem bedeutenden amerikanischen Judenfüh-



Erik Blumenfeld

rer), der Zentralrat der Juden in Deutschland mit dem Leo-Baeck-Preis.

Der bundesrepublikanisch-israelische Botschafteraustausch von 1965 stieß insbesondere in radikalzionistischen Kreisen auf Widerstand („Keine Beziehungen zum Land der Mörder. Der bereits erwähnte Dov Schilanski, nachmals — ab 1988 — Präsident der Knesset, des Parlamentes in Jerusalem, wollte sogar aus Protest das israelische Außenministerium in die Luft jagen, weshalb ihn Ben-Gurion für einige Zeit wegsperren ließ. Kanzler Ludwig Erhard, wirtschaftspolitisch bekanntlich ein Genie, ansonsten nur so lala, zeigte sich auch in dieser Frage als Kunktator, während sein christdemokratischer Außenminister Gerhard Schröder Bedenken geltend machte. Richtigerweise sagte er als Reaktion der Araber den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik voraus und dass sie die DDR anerkennen würden — mit ernststen Folgen für den deutschen Alleinvertretungsanspruch Bonns.

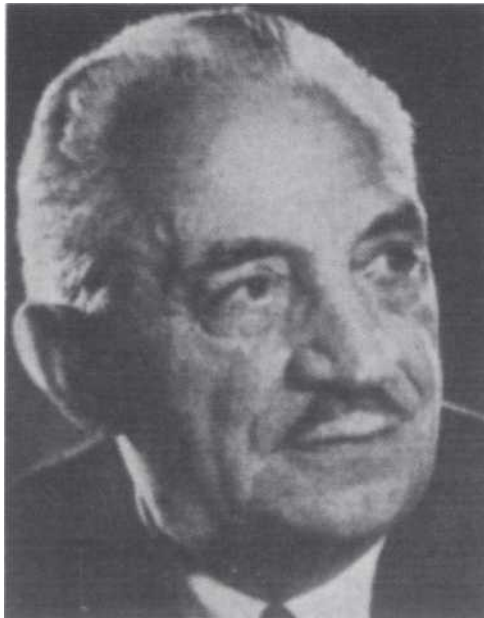
Allerdings bekam Schröder dann doch recht bald weiche Knie und stimmte dem Botschafteraustausch mit Israel schließlich zu. Auch vorher, noch als Leiter des Innenressorts in der Bonner Regierung, hatte er wohl Adenauers Hinweis auf die „große Macht“ im Ohr. In seinem 1976 in Reinbek erschienenen Buch „Israel muss umdenken. Die Lage der Juden“ berichtet der langjährige Zionistenpräsident Nahum Goldmann:

»Es gab in Frankfurt eine Zeit, in der eine Reihe von Juden sehr unangenehme Geschäfte machte. Nachtclubs usw. Und die Regierung wagte nicht, etwas dagegen zu tun. Ich sprach damals mit Schröder, als er Innenminister in der Adenauer-Regierung war, sehr lange darüber. Und er sagte mir: „Was sollen wir tun?“ Ich antwortete: „Weisen Sie sie aus! Es sind Schädlinge, weisen Sie sie aus!“ Er: „Ja, aber man wird schreien: Antisemitismus in Deutschland.“ Ich

schlug vor: „Ich schreibe Ihnen einen Brief, wenn Sie es tun wollen, als Präsident des Jüdischen Weltkongresses, dass ich das an geregt habe. Schieben Sie die Schuld auf mich!“ Er hat's nicht getan. Nicht gewagt, es zu tun.«

„Der von vornherein positive Beitrag der Sozialdemokraten“ zum besagten „intensiven Netz“ dürfe „nicht unterschätzt“ werden, fuhr Niels Hansen in seinem „Israel Nachrichten“-Artikel fort. Zahlreiche sozialdemokratische Politiker hätten ein „starkes Engagement für Israel unter Beweis gestellt“. Zu erwähnen seien beispielsweise:

Jakob Altmaier,
Willy Brandt,
Fritz Erler,
Erich Ollenhauer,
Johannes Rau,
Annemarie Renger,
Carlo Schmid,
Kurt Schumacher,



Jakob Altmaier

Herbert Wehner,
Heinz Westphal.

Altmaier (1889-1963) war herkunftsjüdisch. Aus der Emigration vor Hitler zurück, zog er 1949 für die SPD in den Bundestag ein, dem er bis 1963 angehörte. Wesentlich trug er dazu bei, die Zustimmung der in Bonn oppositionellen Sozialdemokraten zu Adenauers Vereinbarungen mit Israel und der jüdischen Claims Conference zu erreichen und damit den Wiedergutmachungskomplex ziemlich geräuschlos über die Bühne zu bringen. Im „Neuen Lexikon des Judentums“ erscheint Altmaier denn auch als

»einer der wichtigsten Vermittler erster Kontakte zwischen der BR Deutschland und der Regierung Israels, Wegbereiter des Luxemburger Abkommens von 1952 zwischen der BR Deutschland und Israel.«

Die Rechte — Deutsche Partei (DP), Deutsche Reichspartei (DRP), Sozialistische Reichspartei (SRP) — weit überwiegend und die Kommunisten insgesamt ließen sich von ihrem Nein allerdings nicht abbringen. Und bei einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Allensbach im Sommer 1952 („Soll Deutschland an Israel drei Milliarden an Waren als Wiedergutmachung zahlen?“) kam heraus, dass nur 11 Prozent der Bevölkerung voll zustimmten, 24 Prozent ein halbseidenes Ja äußerten und relativ die meisten, 44 Prozent, die Vereinbarung rundheraus ablehnten. Fast ein Viertel hatte keine Meinung bzw. zog es vor, den Mund zu halten. Die Abstimmung in der Volksvertretung freilich erbrachte ein radikal anderes Ergebnis als das Meinungsbild im Volk: 239 Ja-Stimmen (geschlossen dafür: die SPD-Fraktion), nur 35 Nein (geschlossen dagegen: die KPD-Fraktion), 86 Enthaltungen. 42 Abgeordnete hatten sich an der Abstimmung nicht beteiligt, die Hälfte davon fehlte unentschuldigt.

Die Zeremonie von Luxemburg

Als fundamental stellt Niels Hansen die Erklärung Konrad Adenauers vor dem Bundestag am 27. September 1951 dar, die da lautete:

»Im Namen des deutschen Volkes sind unsagbare Verbrechen begangen worden, die zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung verpflichten.«

Wobei der erste Nachkriegskanzler — sehr im Gegensatz zur späteren Kollektivbezeichnung der Deutschen durch etablierte Politiker in Bonn bzw. Berlin — allerdings gleichzeitig betonte:

»Das deutsche Volk hat in seiner überwiegenden Mehrheit die an den Juden begangenen Verbrechen verabscheut und sich an ihnen nicht beteiligt.«

Das „Neue Lexikon des Judentums“ berichtet über die Anfangsphase der Wiedergutmachungsverhandlungen:

»Bundeskanzler Adenauer hatte sich in Vorgesprächen geweigert, von „Kollektivschuld“ zu reden.«

Die „erste wesentliche Etappe des dornigen Weges“ sei, so Hansen weiter in den „Israel Nachrichten“ des 3. Dezember 1999, das besagte Luxemburger Abkommen vom 10. September 1952 gewesen (so genannt, weil im Rathaus von Luxemburg unterzeichnet), welches vom Bundestag sieben Monate später ratifiziert wurde. Durch diesen Vertrag nämlich

»leistete die Bundesrepublik dem Staat Israel drei Milliarden D-Mark Globalentschädigung — neben der Erstattung der britischen Erdölrechnung mittels Warenlieferungen über einen Zeitraum von zwölf Jahren ... Gleichzeitig wurde mit der gesamtjüdischen Interessenvertretung für Entschädigungen, der Claims Conference, eine Globalzahlung von 450 Millionen D-Mark für „herrenloses Vermögen“ vereinbart, die ebenfalls nach Israel gingen.«



Israels Abgesandte unterzeichnen das Luxemburger Abkommen. Mitte: Abba Eban, damals Chef der Jewish Agency und Diplomat, nachmals Außenminister.

Darüber hinaus seien mit der Claims Conference Abmachungen hinsichtlich individueller Entschädigungsgesetzgebung getroffen worden (von Belang sind hierbei insbesondere das Bundesentschädigungsgesetz vom 1. Oktober 1953 und das Bundesrückerstattungsgesetz vom 19. Juli 1957). Diese habe man „bis in die jüngste Zeit mehrfach verbessert sowie ergänzt“. 40 Prozent der Geldempfänger seien Israelis gewesen.

Widerstand im Bonner Kabinett Adenauer nicht etwa grundsätzlich gegen die Wiedergutmachung, so doch gegen die Art der Vereinbarungen leistete Bundesfinanzminister Fritz Schäffer (CSU). Er plädierte vergebens für eine abschließende Regelung, um die Sache sozusagen vom Tisch zu bekommen. Andernfalls, so prophezeite er, werde es immer wieder Nachforderungen geben, der Komplex zum Fass ohne Boden wer-

den. Womit er, wie die Jahrzehnte seither gezeigt haben, nicht ganz falsch lag.

Immerhin erreichte die Bundesregierung damals noch ein wenig Gegenleistung von Israel (solche auch nur andeutungsweise zu fordern, kam späteren Bonner oder Berliner Staatsmännern nicht mehr über die Lippen, wohl auch kaum noch in den Sinn): Der jüdische Staat verpflichtete sich, einige deutsche Vermögenswerte zurückzuerstatten bzw. zu entschädigen. So wurden der Brüdergemeinschaft der Templer — seit Ende des 19. Jahrhunderts in Palästina siedelnde deutsche evangelische Christen, die im Krieg deportiert und nach 1945 vertrieben worden waren — 54 Millionen DM für zurückgelassene Häuser und Grundstücke zugesagt sowie der katholischen Erzdiözese Köln 0,5 Millionen zur Reparatur der durch Militäreinsatz entstan-

denen Schäden am Kloster Mariä Heimgang auf dem Jerusalemer Zionsberg genehmigt.

Real flossen 212 Milliarden

Niels Hansen schreibt über den Umfang der bundesrepublikanischen Wiedergutmachungsleistungen, welche bekanntlich andauern und durch immer neue Vereinbarungen ausgeweitet werden:

»Bis 1998 sind insgesamt rund 102 Milliarden DM entrichtet worden, hochgerechnet auf die jetzige Kaufkraft ca. 212 Milliarden DM.«

Dieses sei, fährt der deutsche Diplomat außer Diensten fort, zwar eine „namhafte Summe“, doch:

»Die Behauptung, die „Wiedergutmachung“ sei umfassend und besonders großzügig ausgefallen, ist falsch.«

Es sei erforderlich, noch viel mehr an einen noch größeren Personenkreis zu entrichten,

»um Entschädigungslücken zu schließen.«

Um rund 180 Grad entgegengesetzt hat der langjährige Vorsitzende der zionistischen Weltbewegung und Präsident des Jüdischen Weltkongresses Dr. Nahum Goldmann diesen Sachverhalt dargestellt. Er war führend an sämtlichen seinerzeitigen Verhandlungen über die Wiedergutmachungsvereinbarungen beteiligt gewesen und der eigentliche Schöpfer des Zahlungssystems. In seinem Buch von 1979 „Mein Leben als deutscher Jude“ schrieb er:

»Es war ein Glück, dass weder die Bundesrepublik noch die jüdischen Unterhändler am Anfang der Verhandlungen eine Ahnung hatten, wie hoch die Beträge sich belaufen würden. Hätten wir damals gewusst, um welche Summen es sich handeln würde, hätten wir es nicht gewagt, unsere Forderungen zu stellen ... In Wirklichkeit zahlte Deutschland zwölf- bis vierzehn Mal mehr, als wir damals errechnet haben. Man kann also den Deut-

schen nicht vorwerfen, kleinlich gewesen zu sein

Die Zahlenangaben Dr. Hansens sind mit einer vorangegangenen Verlautbarung des Bundesaußenministers Klaus Kinkel vereinbar. Der hatte, sinnigerweise am B. Mai 1996, dem Jahrestag der deutschen Kapitulation, vor dem American Jewish Committee in Washington Rechenschaft über die deutsche Wiedergutmachung abgelegt. Nachdem er betont hatte, dass „alle Deutschen“ die Verantwortung für Hitlers Verbrechen trügen, führte er gemäß Bulletin der Bundesregierung Nr.38/96 vom 13. Mai 1996 vor dem US-jüdischen Komitee aus:

»Wir wissen, dass es für das, was den Opfern des Holocaust zugefügt wurde, keine Wiedergutmachung geben kann. Aber wir bekennen uns zu der Pflicht, die Leiden der Opfer zu mildern. Bis Ende 1995 hat die Bundesrepublik Deutschland dafür 97 Milliarden DM zur Verfügung gestellt. Bis zum Jahr 2030 wird dieser Betrag auf knapp 124 Milliarden DM ansteigen.«

In der Dokumentation 3/99 des Bundesministeriums der Finanzen vom März 1999 war die Wiedergutmachungsleistung der deutschen öffentlichen Hand auf 103,8 Milliarden Mark beziffert worden, wie dies zuvor auch schon Bundestagspräsident Wolfgang Thierse in seiner Auskunft vom 2. Dezember 1998 an die „Blätter für deutsche und internationale Politik“ (dort wiedergegeben im Jahrgang 1999, Seite 125) getan hatte. Thierse kam auf 212 Milliarden, wenn man auf aktuelle Preisverhältnisse umrechne. Diese Angabe ist von Hansen für seinen oben zitierten Beitrag in den „Israel Nachrichten“ offenbar übernommen worden.

„Eine wahre Erlösung“

Über den Umfang der Wiedergutmachungsbegehren hieß es am 17. Februar 1999 in der Tageszeitung „Die Welt“:

»Allein bis Ende 1987 wurden knapp 4,4 Millionen Anträge auf Entschädigung gestellt.«

Das bezog sich auf Ersuchen (oft mehrere Anträge pro Person) nach dem Bundesentschädigungsgesetz. Hinzuzurechnen sind rund eine Dreiviertelmillion Ansuchen nach dem Bundesrückerstattungsgesetz (siehe hierzu die Wiedergutmachungsuntersuchung des Historikers Dr. Alfred Schickel, veröffentlicht 1982 von der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt).

Am 12. Mai 1985 hatte der „Tagesspiegel“ Zahlen für Berlin publik gemacht. Demzufolge waren bis dahin 660 000 Anträge von Berliner NS-Geschädigten eingegangen und für sie 12,5 Milliarden Mark gezahlt worden. Die meisten Bezieher von Wiedergutmachungsrenten lebten, so wurde der zuständige Senatsrat Schuck zitiert, in Israel. Bei dieser Gelegenheit wies der leitende Beamte den Vorwurf zurück, die Behörden würden sich gegenüber jüdischen Anspruchstellern zu oft abweisend verhalten. Das Gegenteil sei der Fall und darüber hinaus zu berücksichtigen, dass das Anfechten eines abgelehnten Bescheides „nahezu risikolos“ sei, da auch bei negativem Ausgang keine Gerichtskosten für den Kläger entstünden.

Der abermaligen Ausweitung der Wiedergutmachung Ende der 80er-, Anfang der 90er-Jahre folgte eine neue Antragsflut. So wurde am 15. Juli 1994 in den „Israel-Nachrichten“ aus einem jüngsten Report der für die Eintreibung der Gelder bei den Deutschen zuständigen Jewish Claims Conference zitiert:

»Seit der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahre 1990 haben etwa 160 000 Holocaust-Überlebende, die noch keine Entschädigung erhalten hatten, eine solche gefordert. 56 000 Eingaben sind schon geregelt ... 60 Prozent der Antragsteller sind jetzt in Israel wohnhaft, während der Rest in den USA oder anderen Ländern des Westens lebt.«

Die Israelin Prof. Dr. Nana Sagi berichtet in ihrem Wiedergutmachungsbuch über die Auswirkungen des großen „Netz“-Erfolges in den 50er-Jahren:

»Für den Staat Israel waren die Reparationszahlungen eine wahre Erlösung aus einer schwierigen Wirtschaftslage ... Damals lehnte England es ab, Israel eine Anleihe zu geben, so dass es nicht einmal mehr sein Rohöl bezahlen konnte, und deshalb schickte es sich an, seine Gläubiger in New York um ein teilweises Moratorium zu bitten. Die drohend bevorstehende Wirtschaftskrise wurde gerade noch durch die Reparationszahlungen verhütet, die Israel halfen, seine Wirtschaft auf ein solides Fundament zu stellen. Ihr Einfluss war in jedem Bereich spürbar. Industrie und Landwirtschaft wurden gewaltig erweitert und Kommunikationseinrichtungen entwickelt: die Handelsflotte, ein Trockendock, Kraftwerke, Eisenbahnen und ein Telefonnetz.«

Die deutschen Reparationen hätten, so fährt die israelische Professorin fort, die Wirtschaftsentwicklung des nahöstlichen jüdischen Staates mit einer Kraft und in einem Umfang beschleunigt,

»die ohne sie unmöglich gewesen wären.«

Zionistenführer Dr. Nahum Goldman in seinem Buch von 1978 „Das jüdische Paradox“:

»Ohne die deutschen Wiedergutmachungsleistungen, die in den ersten zehn Jahren nach der Gründung Israels einsetzten, besäße der Staat kaum über die Hälfte seiner heutigen Infrastruktur: alle Züge, alle Schiffe, alle Elektrizitätswerke sowie ein Großteil der Industrie sind deutschen Ursprungs, ganz zu schweigen von den individuellen Renten, die an die Überlebenden gezahlt werden ... In manchen Jahren überschritten die von Deutschland an Israel bezahlten Summen die vom internationalen Judentum gespendeten

Beträge — mitunter um das Zwei- bis Dreifache.«

Über die vielfältigen materiellen Vorteile für Israel aus den deutschen Zahlungen berichtet auch Günter König in seiner aufschlussreichen Arbeit „Wiedergutmachung und Modernisierung. Der Beitrag des Luxemburger Abkommens von 1952 zur wirtschaftlichen Entwicklung in Israel“ („Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“ Nr. 75, 1988).

Immer zwei Loyalitäten?

In der Ausgabe der „Israel Nachrichten“ vom 17. Dezember 1999 wurde das Hansen'sche Traktat über „das Netz“ fortgesetzt. In den 60er-Jahren, schrieb er nun, hätten sich „die Verbindungen in mehreren Bereichen intensiviert“ und sei „das bilaterale Beziehungsgeflecht weiter verdichtet“ worden,

»wobei vor allem die Rüstungskooperation, die beginnende wissenschaftliche Partnerschaft und die Gewährung zinsgünstiger Darlehen („Aktion Geschäftsfreund“) zu nennen sind.«

Zur Unternehmung mit dem Decknamen „Aktion Geschäftsfreund“ teilte der jüdische Zeitgeschichtler Prof. Michael Wolffsohn im „Spezial“ Nr. 2/1992 des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ mit (weiterführend: Wolffsohn, „Das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen von 1952 im internationalen Zusammenhang“, in: „Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte“, Nr. 36/1988):

»Seit 1965 hat Israel von Deutschland knapp vier Milliarden Mark an außerordentlich günstigen, unter dem Marktniveau liegenden Darlehen bekommen, pro Jahr 140 Millionen Mark. Laufzeit der Darlehen: 30 Jahre. Zins: zwei Prozent. Zehn Freijahre. Ein Traum für jeden Häuslebauer.«

Die „Rüstungskooperation“, liest man bei Hansen, sei von den Verteidigungsministern Franz

Josef Strauß (Bundesrepublik) und Schimon Peres (Israel) „streng geheim angelegt“ worden. Bonn habe sich überdies in internationalen Gremien

»von allen Mitgliedern durch die Bank am günstigsten für Israel verhalten, sich zudem bei der EG mit besonderem Nachdruck erfolgreich für die israelischen Wirtschaftsinteressen eingesetzt.«

Zu den Komplexen „Rüstungskooperation“ und „Europa“ nachher mehr im vorliegenden Buch.

Hansen misst der jüdischen Gemeinschaft in Bundesdeutschland eine wichtige Bedeutung beim Knüpfen und Verstärken „des Netzes“ bei:

»Die in der Bundesrepublik lebenden Juden setzen sich seit jeher für enge deutsch-israelische Beziehungen ein. Auf dem steinigen Weg zum Luxemburger Abkommen hat, um nur ein Beispiel zu nennen, der Bundestagsabgeordnete Jakob Altmaier eine sehr positive Rolle gespielt.«

Zum Erfassen des Beweggrundes mancher der für israelische Belange besonders engagierten jüdisch-bundesrepublikanischen Politiker wie etwa der bereits vorgestellten MdB Blumenfeld (CDU) und Altmaier (SPD) könnte belangreich sein, was Marian Offman gemäß Zentralratsblatt „Allgemeine Jüdische“ vom 18. März 1999 bei einer von Edna Brocke geleiteten jüdischen Podiumsdiskussion in der Essener Alten Synagoge äußerte:

»Juden folgten immer zwei verschiedenen Loyalitäten, einmal der Loyalität des Landes, in dem sie leben und dann der Loyalität dem Volk Israel gegenüber ... Ich habe ganz klar in der CSU erklärt, dass für mich Israel das geistige Zentrum meiner Religion ist und dass ich überhaupt kein Problem habe, zu sagen, Bayern ist meine Heimat, ich bin in München geboren. Aber meine geistige Heimat ist auch Israel ... Und ich sehe auch keinen Mangel an Loyalität diesem Land gegenüber und ich glaube auch, dass Israel



MdR Ludwig Frank starb den Tod fürs Vaterland.

diese Loyalität erwarten kann ... Ich sehe mich nicht in der CSU als Alibijude, sondern als jemand, der dort gezielt jüdische Interessen vertritt.«

Bei der Essener Synagogen-Veranstaltung stellte Hans Jakob Ginsburg die Behauptung auf:

»Ich kenne keinen Juden in Deutschland, der nicht wahnsinnig an Israel hängt.«

Wobei, es ist gerade in diesem Zusammenhang unmissverständlich zu betonen, die Geschichte voll von Beispielen unzweideutiger Loyalität deutscher Juden für ihr Vaterland ist. Man denke etwa an den hohen Blutzoll deutschjüdischer Frontkämpfer des Ersten Weltkrieges, unter denen der Name des 1917 gefallenen Jagdfliegers und Pour-le-Merite-Trägers Wilhelm Frank ganz besonders leuchtet. Zwei Reichstagsabgeordnete fielen als deutsche Frontsoldaten im Ersten Weltkrieg: Der nichtjüdische Hans von Mendig (Deutsch-Hannoversche Partei) und Dr.

Ludwig Frank (Sozialdemokrat), der Sohn eines jüdischen Kaufmanns war.

Marian Offman ist Pressesprecher der CSU in München und Mitglied des Finanz- und Planungsausschusses des dortigen Stadtrates. Sozialdemokrat Hans Jakob Ginsburg wirkt als „außenpolitischer Sonderkorrespondent“ der „Wirtschaftswoche“ und ist Mitverfasser des 1999 erschienenen Buches „Status Quo? 50 Jahre Staat Israel“.

Edna Brocke aus Jerusalem, Jahrgang 1943, bekleidet den Posten einer Leiterin der Gedenkstätte Alte Synagoge Essen, figuriert als Mitherausgeberin des Blattes „Kirche und Israel“ und hat einen Lehrauftrag an der Ruhr Universität Bochum. Darüber hinaus ist sie hervorgetreten als eine Wortführerin sowohl der „Arbeitsgemeinschaft Juden und Christen“ des Deutschen Evangelischen Kirchentages als auch des „Gesprächskreises Juden und Christen“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken. 2002 erhielt sie die „Buber-Rosenzweig-Medaille“ der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. In der Begründung der Verleihung des Ehrendoktorats der Evangelischen Theologischen Fakultät der Bochumer Universität an sie im September 1997 hatte es geheißen:

»Edna Brocke kämpft gegen die Ignorierung der religiösen Tradition und setzt sich für jüdische Identität ein — eine „säkulare Zionistin“. Sie hat wesentlich dazu beigetragen, Juden und Christen einander näherzubringen.«

„A Jew's best friend“

Auch nach der Wiedervereinigung von 1990 habe sich die Entwicklung des „bilateralen Beziehungsgeflechts“ günstig gestaltet, fuhr Hansen in den „Israel Nachrichten“ des 17. Dezember 1999 fort. Er erwähnte beispielsweise die „Aufstockung des deutschen Kapitalanteils der

Solche Meldungen sind in den „Israel Nachrichten“ nicht selten. Oben: 16. April 2000, unten: 23. August 1999.



Deutsch-Israelischen Stiftung für wissenschaftliche Forschung und Entwicklung (GIF) auf 150 Millionen D-Mark", weiter die „substanziellen Leistungen, u.a. U-Boote, im und nach dem Golfkrieg“ und — vor allem -, dass

»Kohl für Israel beim Europäischen Rat im Dezember 1994 einen „privilegierten Status“ im Verhältnis zur Europäischen Union erreichte.«

Die Bedeutung dieser Maßnahme für Israels Wirtschaft, Finanzen und außenpolitische Stellung kann kaum überschätzt werden. Am 30. November 1999 sagte Israels Botschafter in der Bundesrepublik a. D. Avi Primor vor dem Goethe-Institut in Tel Aviv (zit. in den „Israel Nachrichten“ vom 10. Dezember 1999):

»Deutschland hat den privilegierten Status Israels gegenüber der EU möglich gemacht und damit den Boden bereitet für ein zweites außenpolitisches Standbein des jüdischen Staates neben den USA: die Verankerung in der Europäischen Union.«

Kohls Werk für Israel von 1994 war ein entscheidender Schritt auf dem Weg des westasiatischen jüdischen Staates zur EU-Assoziati-

on im darauffolgenden Jahr und womöglich auch zu einer künftigen EU-Vollmitgliedschaft, die von führenden Israelis angestrebt wird.

Vor allem belebte die EU-Privilegierung den israelischen Außenhandel erheblich. Israels Hauptexportgüter sind Kriegswaffen und Militärgüter (pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, ist es der größte Waffenexporteur der Welt), womit allerdings in erster Linie die Dritte Welt beliefert wird. In der EU setzt Israel primär Diamanten ab. Im jüdischen Staat gibt es 500 Diamantenschleifereien. Damit ist das Land das weltweit führende Zentrum der Branche, was das Zentralratsblatt „Allgemeine Jüdische“ am 11. Januar 1996 zur Schlagzeile bewegte:

»Diamonds are a Jew's best friend.«

Weiter exportiert Israel gewaltige Mengen an Schnittblumen in die EU (die Jahresproduktion der israelischen Gartenindustrie beträgt rund 1,6 Milliarden Stück) und bekanntlich Zitrusfrüchte. Sie werden in derart starkem Maße ausgeführt, dass die „Allgemeine Jüdische“ am 10. August 1995 berichten musste:

»Inzwischen bleibt von der Zitrusernte kaum genügend Ware für den heimischen Markt



„Allgemeine Jüdische“, 11. Januar 1996

übrig. Das wirkt sich natürlich auf das Preisniveau aus, was die israelischen Verbraucher beim Einkauf zu spüren bekommen. Aus diesem Grund wird Israel ab diesem Winter Zitrusfrüchte aus Ägypten importieren.«

Neuerdings setzt man israelischerseits verstärkt auf „High Tech“. Vor allem soll die mit massiver bundesdeutscher Unterstützung aufgebaute industrielle Züchtung menschlicher Stammzellen zum Exportschlagwer werden.

Auch Kohls langjähriger freidemokratischer Außenminister Klaus Kinkel (dessen Schwiegersohn Israeli ist) erfährt Hansens Lob, weil er sich „für die guten Beziehungen engagiert“ habe. Nicht minder klopft der Ex-Botschafter Kinkels Amtsnachfolger Fischer auf die Schulter, welcher Israel „verbunden“ sei. Überhaupt, so Hansen,

»ziehen alle im Bundestag vertretenen Parteien hier weiterhin an einem Strang«.

Was sich beispielsweise zeigte, als die SPD Kohls Meisterleistung für Israel, die „privilegierte Stellung zu Europa“, noch toppen wollte. Über „SPD-Chef Rudolf Scharping zu Besuch in Israel“ berichtete die „Allgemeine Jüdische“ am 2. November 1995:

»In einer Rede vor dem israelischen Rat für Außenpolitik betonte Scharping, auch 50 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges sei ein Besuch aus dem Land der Täter im Land der Opfer nicht leicht. Vor dem Hintergrund der schmerzhaften Geschichte, die Deutsche und Israelis verbinde, fühlten Deutsche eine besondere Verantwortung für die Entwicklungen im Nahen Osten.«

Dann endlich ließ Scharping die Katze aus dem Sack. „Allgemeine Jüdische“:

»Bei ihrer Politik im Nahen Osten müssten die EU und Deutschland sicherstellen, dass Israel ein bevorzugter Partner bleibe, betonte der SPD-Vorsitzende. Es sei wichtig, dass die israelische Volkswirtschaft gedeihe; deshalb wünsche die SPD einen großzügigen Zugang für israelische Erzeugnisse zum europäischen Markt. Die neuen Vereinbarungen zwischen der EU und Israel über eine Assoziation Israels an die Union und die wissenschaftlich-technische Kooperation bewiesen den europäischen Willen, Israel eine besondere Stellung einzuräumen. Allerdings befürwortete die SPD einen weiteren, über diese Vereinbarungen hinausgehenden Ausbau der europäisch-israelischen Zusammenarbeit.«

Später, als Bundesverteidigungsminister, erhielt Scharping aus den Händen von Abraham Foxman, Chef der US-zionistischen Anti-Defamation League (ein Arm der jüdischen Logenverbindung B'nai B'rith), den Orden „Hervorragender Staatsmann“ („Distinguished Statesman“).

Diplomat a. D. Hansen stellte abschließend in den „Israel Nachrichten“ vom 17. Dezember 1999 fest:

»Das 1998 begangene fünfzigjährige Staatsjubiläum Israels bot Anlass zu etwa tausend Veranstaltungen aller Art in Deutschland, wie sie weltweit einmalig waren und wie sie die Besonderheit des Verhältnisses belegen.«

Als Ben-Gurion über die Feuerleiter schlich

Am 24. April 2002 wurde in der Berliner Akademie der für Israel kräftig engagierten Konrad-Adenauer-Stiftung Niels Hansens voluminöses Buch

»Aus dem Schatten der Katastrophe. Die deutsch-israelischen Beziehungen in der Ära Konrad Adenauer und David Ben-Gurion«

öffentlich vorgestellt. Es handelt sich in gewisser Weise um eine Variante der dreibändigen Dokumentensammlung „Der deutsch-israelische Dialog“ von Rolf Vogel aus dem Jahr 1988 — zwar aus anderer Perspektive, doch ebenso streng der etablierten Linie treu wie Vogels Folianten.

Der überdurchschnittlich pro-israelische CDU-Ministerpräsident Bernhard Vogel, auch Adenauerstiftungschef, und der israelische Gesandte Mordechai Levy traten bei der Berliner Premiere als Werber für Hansens Wälzer in Erscheinung.

Den Prolog zum Buch steuerte Israels alter Fuchs und elder statesman Schimon Peres bei, welcher weiland mit Hilfe von CSU-Strauß die

ersten massiven bundesdeutschen Waffenlieferungen an den nahöstlichen jüdischen Staat gemanagt hatte. Man drehte das Ding an Bundestag, Grundgesetz und vermutlich auch an deutschem Strafrecht vorbei. Gerichtlich nachgeprüft werden durfte dies alles freilich nicht, und auch das Bonner Parlament drückte sämtliche Augen zu. In einer größeren Betrachtung über die deutschen Waffenlieferungen an Israel schrieb die „Frankfurter Allgemeine“ am 12. Dezember 2002:

»Aus Deutschland kam Hilfe auch später vor allem dann schnell und teilweise unter Umgehung geltenden Rechts, wenn Israel in besonders großer Not war, beispielsweise im Sechs-Tage-Krieg 1967, im Yom-Kippur-Krieg 1973 oder im Golfkrieg 1991.«

Als besonders bemerkenswerte Neuigkeit tritt in dem für die Begründer des „Netzes“ über die Maßen apologetischen Hansen-Buch zu Ta-



Das Hansen-Buch

ge, dass die Westalliierten, insbesondere die USA, nicht nur nicht auf Wiedergutmachungsleistungen der Deutschen an Israel drängten, sondern sich sogar gegen solche sperrten. Man hatte Interesse an einem erstarkenden Westdeutschland zur Eindämmung des Sowjetimperiums. Überdies stand 1951/52 die Londoner Schuldenkonferenz an, bei der Staaten des Westens ihrerseits von den Deutschen möglichst viel an Reparationsgeldern, teils noch aufgrund des Versailler Siegerdiktates von 1919, herauschlagen wollten. Dem deutschen Delegationsführer, dem Bankier und Wirtschaftsmanager Hermann Josef Abs, der von seinem Verhandlungsgeschick her durchaus Jude hätte sein können, aber keiner war, gelang es bei besagter Schuldenkonferenz, die Westalliierten von 25 Milliarden Mark auf 14 Milliarden an Forderungen herunterzudrücken.

Trifft die Hansen'sche Darstellung vom westlichen Widerstand gegen bundesdeutsche Wiedergutmachungsvereinbarungen mit jüdisch-zionistischen Anspruchstellern zu, mutet es um so beachtlicher an, wie die Israel-Lobby seinerzeit den Beginn der doch insgesamt gewaltigen bundesrepublikanischen Entschädigungsleistungen durchzusetzen vermochte.

Den Auftakt bildete, Hansens Buch zufolge, ein strikt geheimes Pariser Treffen Adenauers mit dem Generaldirektor des israelischen Finanzministeriums David Horowicz im April 1951. Vor dem reichlich publik gemachten, berühmt gewordenen Meeting Adenauers und Ben-Gurions in New York 1960 habe es dann noch mehrere camouflierte Zusammenkünfte der beiden „Alten“ gegeben. Wobei der israelische Regierungschef auch schon mal über eine Feuerleiter in den zweiten Stock des New Yorker Nobelhotels Waldorf-Astoria geklettert sei, um — top secret — „gemeinsame Rüstungsaktionen“ mit dem deutschen Kanzler zu vereinbaren. Etwa, dass in Israel Uniformen für die Bundeswehr geschneidert wurden, während „im Gegenzug“ Panzer sowie weiteres schweres Kriegsgerät aus Bundesdeutschland in den nahöstlichen Judenstaat rollten. (Eine gewöhnungsbedürftige Interpretation des sowohl kauf- wie auch staatsmännischen Prinzips eines ausgewogenen Do-ut-des).

„Am stärksten von allen im Auge“

Am 25. April 2003 druckten wiederum die „Israel Nachrichten“ Niels Hansens Rede zum 50.

Handel für Devisen



Hansen legt offen, dass selbst die USA Zahlungen an Israel nicht gut hießen. Man befürchtete, dass U S-Gelder aus dem Marshall-Plan nicht nach Deutschland, sondern über einen Umweg nach Israel fließen würden. Dennoch seien geheime Transferzahlungen und Rüstungsexporte zwischen Israel und

Deutschland getätigt worden, da beide Staaten aus Existenzgründen Devisen bitter nötig gehabt hätten. Hansen gibt hier pikantes Insiderwissen preis. Etwa dass Israel deutsche Uniformen fertigte und Deutschland im Austausch schwere Waffen und Panzer lieferte.

*Werbung für Hansens
Buch*

Jahrestag der Ratifizierung des Entschädigungsabkommens zwischen Israel und der Bundesrepublik (18. März 1953) ab, die er im Jerusalemer Konrad-Adenauer-Zentrum gehalten hatte.

»Bei der Nahostpolitik hat die Bundesrepublik traditionell die israelischen Interessen am stärksten von allen im Auge ... Diese pro-israelische Politik gilt für den Bund, jedoch auch für die Länder und Gemeinden«, betonte der ehemalige Botschafter.

Hansen räumte freilich ein, dass die Verkündung eines eigenen „deutschen Weges“ (durch SPD-Kanzler Gerhard Schröder aus Anlass der Nichtbeteiligung der Bundesrepublik am Krieg der USA und Englands gegen den Irak) „enttäuschend“ gewesen sei. Es beruhige allerdings, so Hansen zu seinem israelischen Publikum über das Thema Joseph „Joschka“ Fischer,

»dass unser derzeitiger Außenminister immer wieder sein Engagement für Ihr Land bekundet«.

Weiter im Jerusalemer Hansen-Text vom April 2003:

»Es erscheint mir im Übrigen kein Zufall, dass sozialdemokratische Politiker aus dem weltoffenen Hamburg wie Apel, Klose und Lahnstein, bewährter Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und Vorsitzender des Chever Hane'emanim der Universität Haifa, gegen diese Berliner Politik (des „deutschen Wegs“, D.K.) Bedenken angemeldet haben. Weite Teile der CDU/CSU tun dies seit langem, wobei ich auf den Besuch von Frau Merkel in Washington und ihre unmissverständlichen Äußerungen bei Beginn des Krieges und auch später — übrigens durchaus gegen den Strom der öffentlichen Meinung — verweise.«

Bei den genannten sozialdemokratischen „Bedenkenträgern“ handelt es sich um den ehemaligen Bundesverteidigungsminister Hans Apel, den einstigen Hamburger Ersten Bürgermeister

und Fraktionschef im Bundestag Hans-Ulrich Klose und den Bundesfinanzminister außer Diensten Manfred Lahnstein. Insbesondere Lahnstein, verehelicht mit einer für die Sache Israels total entflammten Jüdin, ist im „Netz“ involviert, beispielsweise als Chef der Deutsch-Israelischen Gesellschaft oder an der Spitze des „Board of Governor“ (= „Chever Hane'emanim“) der Universität Haifa.

Hansen lobte in Jerusalem die Entscheidung des deutschen Sicherheitskabinetts, Patriot-Raketen an Israel „zur Verteidigung gegen Attacken“ zu liefern. Zur

»sicherheitspolitischen Kooperation in ihren vielfältigen Ausprägungen, über die naheliegenderweise nur selten gesprochen wird«, führte der Referent weiter aus:

»Nicht zufällig wurde der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Willmann, 2001 als erster Ausländer und zum ersten Mal für nicht in Kampfhandlungen erworbene Verdienste vom israelischen Generalstabschef mit der „Ehrevollen Erwähnung“ ausgezeichnet. In der Urkunde heißt es: „Die engen Beziehungen der beiden Armeen sind von besonderer Bedeutung vor allem angesichts der Geschichte zwischen den beiden Völkern und im Lichte der unruhigen Zeiten für Israel und seine Streitkräfte.“«

Hier ist anzumerken, dass Helmut Willmann, bis März 2001 Heeresinspekteur der Bundeswehr, sich bei Radikalbewältigern deutscher Vergangenheit Liebling machte, indem er in seinem „Wegweiser für die Traditionspflege“, Dezember 1999, die Wehrmacht zum „reinen Ausführungsorgan für das nationalsozialistische Regime“ degradierte, welches „verbrecherische Befehle kritiklos umgesetzt“ habe.

Niels Hansen listete bei seinem Jerusalemer Vortrag weitere bundesrepublikanische Aktivposten auf:

»Nach wie vor werden hebräische Bücher, jedenfalls schöngestige, in keine andere

Sprache so häufig übersetzt wie ins Deutsche ... Was wäre unser Musikleben ohne die israelischen Dirigenten und Instrumentalisten ... Das Spendenaufkommen zugunsten israelischer Bildungs- und Forschungsinstitutionen ist nicht zurückgegangen.«

Zum Abschluss seiner Ansprache widmete er sich der Entwicklung der Beziehungen Israels zur EU. Der privilegierte Status, den der jüdische Staat in der Union dank des Engagements von Kanzler Kohl besitze, sei

»von zentraler Wichtigkeit, hat sich bisher vor allem in der gleichberechtigten Mitwirkung Israels an der wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit der Europäer ausgewirkt und tut es weiterhin«.

Solches gelte es fortzuentwickeln. Dafür unterbreitete der Ex-Botschafter „noch einen persönlichen Vorschlag“:

»Wie wäre es, wenn die Europäische Union — in Ansehung der Katastrophe der Juden in ganz Europa vor und im Zweiten Weltkrieg — Israel, günstigstenfalls sogar einmal zusammen mit dem zu errichtenden Palästinenserstaat, eine über den „privilegierten Status“ hinaus gehende umfassende Partnerschaft anböte? Wäre das nicht ein substanzieller, vielleicht entscheidender Beitrag zu einem dauerhaften Nahostfrieden in Sicherheit und Wohlstand?«

Zum Hintergrund: 1975 wurde, mit bundesdeutscher Schützenhilfe, ein Freihandelsabkommen zwischen Israel und der Europäischen Gemeinschaft geschlossen. Seit dem 20. November 1995 ist Israel, nicht zuletzt dank Helmut Kohls unermüdlichem Einsatz, assoziiertes Mitglied der EU mit erheblichen zusätzlichen Vergünstigungen. Das betrifft nicht nur bessere Absatzmöglichkeiten für israelische Exportgüter, sondern beispielsweise auch die Teilhabe an Fördermitteln der EU-Kommission für Wissenschaft und Forschung. Dazu hieß es in den „Israel Nachrichten“ des 18. Juni 1999:

»Auf europäischer Ebene gibt es ein mit ca. 8 Milliarden Mark ausgestattetes Forschungsprogramm für die 16 Mitglieder der EU. Seit 1996 ist auch Israel als einziges nichteuropäisches Land gleichberechtigtes Mitglied des EU-Forschungskubs.«

Führende politische Kreise und Medien Israels streben, wie schon erwähnt, eine Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union an.

Die Fleischwerdung des Netzes

Was nun aber den bundesdeutschen Diplomaten im Ruhestand Dr. Niels Hansen selbst betrifft, drängt sich der Eindruck auf, dass er eine Personifikation des von ihm so ausführlich beschriebenen „Beziehungsgeflechts“ ist, dass also in ihm selbst „das Netz“ Gestalt annimmt. Der 1924 in Heidelberg geborene Sohn des bekannten Allergologen Professor Dr. Karl Hansen und dessen aus der Schweiz stammender Frau Mary geb. Sulzer, der in der Wehrmacht diente, Recht studierte und zum Dr. jur. promovierte (einen Dr. h.c. hat ihm die Universität Tel Aviv verliehen), 1952 in den Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik eintrat, 1978 Chef des Planungsstabes des Auswärtigen Amtes wurde, dessen Tochter weit noch vor seiner Tätigkeit als Botschafter in Israel (1981-85) längere Zeit im Kibbutz Kfar Glickson lebte und der nach seiner Nahost-Tätigkeit als Vertreter der Bundesrepublik bei der NATO in Brüssel sowie als Vizepräsident der Deutschen Atlantischen Gesellschaft und der Atlantic Treaty Organization fungierte, war bzw. ist durch folgende Funktionen ins „Beziehungsgeflecht“ integriert:

- Präsident des größten israelischen Rotary-Clubs (1984/85),
- Vorsitzender des Rotary-Ausschusses Israel-Deutschland (1990-96, seither Ehrenvorsitzender),
- Mitglied des deutschen Direktoriums der Jerusalem-Foundation,

Präsident der Deutschen Gesellschaft der Freunde des israelischen Weizmann-Instituts,

Gründungsmitglied und Vizepräsident der Gesellschaft zur Förderung sakraler jüdischer Musik,

Vorstandsmitglied des Öffentlichen Rates der jüdisch-jemenitischen Vereinigung zur Förderung von Gesellschaft und Kultur,

Kurator der Buber-Rosenzweig-Stiftung der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit,

Kurator der „Freunde von Neve Shalom/Wahat al-Salam“,

Kurator der „Freunde und Förderer des Leo Baeck-Instituts“.

Das zuletzt genannte Institut trägt seinen Namen nach dem berühmten zionistischen Rabbiner, langjährigen Führer der jüdischen Logenvereinigung B'nai B'rith und — unter Hitler — Präsident der Reichsvertretung der Juden, Dr. Leo Baeck. Neben Niels Hansen gehören dem bundesrepublikanischen Kuratorium dieses Netzwerkes mit Hauptknotenpunkten in Jerusalem, London und New York folgende Persönlichkeiten an:

Professor Dr. Wolfgang Bergsdorf (Ministerialdirektor a. D.),

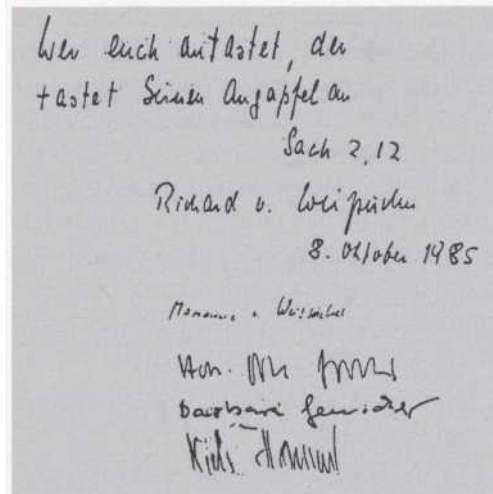
Franz-Josef Bindert (Ministerialdirigent),

Professor e. h. Ernst Cramer (Springer-Konzern),

Horst Dahlhaus (Direktor der Bundeszentrale für politische Bildung a. D.),

Dr. Willehad P. Eckert (katholischer Theologe),

Norbert Gansel (ehemaliger Oberbürgermeister von Kiel, von dem die Erkenntnis stammt, die Deutschen seien auch am heutigen Leid der Palästinenser schuld, denn diese seien „Opfer der weiter wirkenden Untaten, die Deutsche an Juden begangen haben“),



Die Juden als „Augapfel Gottes“. Jad Vaschem-Widmung des Bundespräsidenten von Weizsäcker, unterschrieben auch von dessen Frau, dem Ehepaar Genscher und Niels Hansen.

Wilhelm Haas (Botschafter a. D.; 1985-90 Hansens Nachfolger in Israel),

Dr. Josef Joffe (Mitherausgeber der „Zeit“),
Hermann E. J. Kalinna (Oberkirchenrat im Ruhestand),

Dr. Angelika Köster-Loßak (grüne Bundestagsabgeordnete, Deutsch-Israelische Gesellschaft),

Albrecht Krause (Ministerialdirigent a. D.),

Prof. Dr. Werner Licharz (evangelischer Theologe),

Prof. Dr. Ernst Gottfried Mahrenholz (Bundesverfassungsrichter im Ruhestand),

Michael Mertes („Rheinischer Merkur“),

Dr. Knut Nevermann (Ministerialdirektor),

Dr. h.c. Annemarie Renger (Bundestagspräsidentin a. D.),

Dr. Waldemar Rotter (Ministerialdirigent a. D.),

Prof. Dr. Reinhard Rürup (Leiter der NS-Gedenkstelle „Topographie des Terrors“ in Berlin),

Prof. Dr. Julius H. Schoeps (Direktor des Moses-Mendelssohn-Zentrums Potsdam),
 Klaus Schütz (Regierender Bürgermeister von Berlin a. D.; Hansens Vorgänger als Botschafter in Israel),
 Dr. Joachim Schulz-Hardt (Ministerialdirektor a. D.),
 Paul Spiegel (Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland),
 Prof. Dr. Hans Joachim Veen (Vorsitzender der Stiftung Ettersberg/Weimar),
 Prof. Dr. Rudolf Vierhaus (Max-Planck-Institut, Göttingen),
 Dr. Bernhard Vogel (Chef der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ministerpräsident a. D.),
 Ruth Wagner (hessische Landtagsabgeordnete, Ministerin a. D.),
 Dr. Walter Wallmann (Oberbürgermeister von Frankfurt/Main und Ministerpräsident a. D.),



Dr. Leo Baeck

Prof. Dr. Werner Weidenfeld (Politikwissenschaftler),

Dr. Richard von Weizsäcker (Altbundespräsident),

Dr. Ernst-Peter Wieckenberg (Literaturwissenschaftler, Publizist).

Im Vorstand der „Freunde und Förderer des Leo-Baeck-Instituts e. V.“, dem eigentlichen Führungsgremium dieses Netzwerks in Deutschland, findet man

als Vorsitzenden Georg Heuberger (Direktor des Jüdischen Museums in Frankfurt am Main),

als dessen Vize den Kunstgaleristen Thomas Cohn,

als Ehrenvorsitzenden Arno Lustiger, der zugleich Präsident h. c. der Zionistischen Organisation in Deutschland, ZOD, ist,

als Beisitzer Alfred Rosenthal (er gehört auch den Vorständen der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und der Franz-Oppenheimer-Gesellschaft an),

als weiteren Beisitzer den Arzt Dr. Schimon Staszewski, der in Vorträgen quer durch die Bundesrepublik die Stammzellenforschung „aus jüdischer Sicht“ rechtfertigt (Israel ist mit erheblichem Aufwand dabei, den großdimensionierten Export menschlicher Stammzellen zu betreiben, und hat vor allem Deutschland als Abnehmer im Visier).

„Neve Shalom/Wahat al-Salam“ will nach eigenem Bekunden mit seiner „Oase des Friedens“, einem kleinen gemischtnationalen Dorf, ein Beispiel für gedeihliches Zusammenleben von Juden und arabischen Palästinensern in Israel geben. 2003 wurde Neve Shalom von einem der entschlossensten Organe der Israel-Lobby der Bundesrepublik, der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, mit dem „Friedenspreis“ ausgezeichnet. Die „Oase des Friedens“ hat gelegentlich auch auf öffentliche Mittel aus

Deutschland zugreifen können. Spenden an Neve Shalom werden überdies, da beim Finanzamt steuermindernd absetzbar, durch den deutschen Staat bezuschusst.

Neben Niels Hansen gehören dem bundesrepublikanischen Neve Shalom-Kuratorium an:

Der sozialdemokratische Bundestagspräsident Wolfgang Thierse,
 die christdemokratische Bundestagspräsidentin außer Diensten Professor Dr. Rita Süssmuth,
 Ruth-Alice von Bismarck, Schwester von Maria von Wedemeyer, der Verlobten Dietrich Bonhoeffers,
 die Witwe Heinrich Bölls, Annemarie Böll, Prälat Dr. Gerhard Boß,
 der jüdische Chef des „Fritz-Bauer-Instituts“ Professor Dr. Micha Brumlik,
 der evangelische Landesbischof in Bayern Dr. Johannes Friedrich,
 der evangelische Theologe Volkmar Deile (auch Vorstandsmitglied der „Aktion Sühnezeichen“),
 die nahezu kompromisslos prozionistische, herkunftsjüdische Bundesministerin a. D. Dr. Hildegard Hamm-Brücher,
 Goslars Oberbürgermeister Dr. Otmar Hesse, der Orientalist George Khoury,
 der katholische Theologe Professor Dr. Hans Küng,
 der Psychoanalytiker und Publizist Professor Dr. Horst Eberhard Richter,
 die ehemalige sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Dr. Helga Timm.

Für die „Welthauptstadt Jerusalem“

Hansens Weizmann-Institut mit Hauptsitz in Rehovot (Israel) ist benannt nach dem langjährigen Führer der internationalen Zionistischen Bewegung und ersten israelischen Staatspräsidenten Professor Dr. Chaim Weizmann, wel-

cher auch Wissenschaftler (Chemiker) von herausragender Bedeutung war. Das Institut erfreut sich seit Jahrzehnten erheblicher finanzieller Zuwendungen aus Deutschland.

Als Chef des Direktoriums des Weizmann-Instituts, des Board of Governors, fungiert Stuart E. Eizenstat. Er war Mitglied des Stabes von US-Präsident Johnson während des Vietnamkrieges, dann lange Jahre als Wirtschaftsanwalt tätig, ab 1993 US-amerikanischer Botschafter bei der EU in Brüssel, ab 1996 Unterstaatssekretär im US-Handelsministerium, ab 1997 Außenstaatssekretär unter Frau Albright und von 1999 bis 2001 stellvertretender Finanzminister der Vereinigten Staaten von Amerika (nebenbei: Werner Michael Blumenthal, US-Finanzminister von 1976 bis 1979, ist Chef des 2001 eröffneten Jüdischen Museums in Berlin). Seit den 90er-Jahren wirkt Eizenstat, ohnehin seit jeher als engagierter Israel-Lobbyist bekannt, maßgeblich an der Durchsetzung weiterer jüdisch-israelischer Wiedergutmachungsforderungen an Österreich, die Schweiz und die Bundesrepublik Deutschland mit — als „Unterhändler für Nazigold und Zwangsarbeiter“, wie ihn der Wiener „Standard“ am 18. Mai 2000 bezeichnete. Als er bei den Deutschen die Zahlung von zehn Milliarden Mark für den „Zwangsarbeiterentschädigungs-Fonds“ gedrückt hatte, schrieben die „Israel Nachrichten“ am 19. Dezember 1999:

»Der US-Unterhändler Stuart Eizenstat sprach von einem „großen Tag“. Deutschland stelle sich seiner moralischen Schuld.«

Der moralische Chefgläubiger der Deutschen aus USA ist zudem als führende Person einflussreicher jüdischer Institutionen hervorgetreten. Eizenstat gehört zu den Bossen

- des American Jewish Committee,
- der Brandeis-Universität,
- der Israel Discount Bank of New York,
- der Jerusalem Foundation,
- des Weizmann-Instituts.



Eizenstat im
„Standard“, Wien

Ausgezeichnet wurde er u. a. mit dem „Jewish Leadership Award“, dem „Israel Bond Award“ und der Verdienstmedaille des jüdischen Logenbundes B'nai B'rith.

In dem von Stuart E. Eizenstat geführten Board des Weizmann-Instituts wirken aus der bundesdeutschen Prominenz mit:

- Professor Paul J. Crutzen,
- Botschafter a. D. Wilhelm Haas,
- Professor Bert Sakman,
- Professor Heinz A. Staab,
- Professor Hans A. Weidenmüller,
- Professor Hans F. Zacher.

Emeritierte bundesdeutsche Direktorats-Mitglieder sind, neben Dr. Niels Hansen:

- Professor Manfred Eigen,
- Dr. Hans-Hilger Hauenschild,
- Professor Jozef St. Schell.

Der vorhin schon erwähnte Wilhelm Haas, Hansens Nachfolger als bundesrepublikanischer Botschafter in Israel von 1985 bis 1990, ist —

tung von Gesetzen gegen unfaire Praktiken im Handel verantwortlich war. Schon damals wurde er durch seine Untersuchungsberichte zur Frage des so genannten „Nazigoldes“ bzw. der „nachrichtensens Konten“ bekannt. Die Berichte der damals von der Regierung eingesetzten Kommission, „Eizenstat I“ (1996) und „Eizenstat II“ (1997), erregten insbesondere durch Enthüllungen über die Rolle von „Raubgold“ in der Schweiz großes Aufsehen.

1997 wurde Eizenstat von Madeleine Albright ins Außenministerium berufen, wo er bis vergangenen Juli den dritthöchsten Posten in der amerikanischen Diplomatie einnahm.

weil Kind einer jüdischen Mutter — nach traditioneller jüdischer Auffassung (Halacha) selber Jude. Die israelische Presse habe, als er sein Amt antrat, die Tatsache seiner jüdischen Herkunft „mit Genugtuung vermerkt“, heißt es in Munzingers „Internationalem Biographischen Archiv“. Haas selbst verkündete beim Amtsantritt die Doktrin:

»Jeder deutsche Botschafter in Israel hat auch die geschichtliche deutsche Schuld gegenüber dem jüdischen Volk mitzuvertreten.«

Die Jerusalem-Foundation, in die Hansen ebenfalls eingebunden ist, wurde 1966 von Theodor („Teddy“) Kollek, dem führenden zionistischen Politiker und langjährigen Jerusalemer Bürgermeister, gegründet. Die Stiftung ist weltweit verzweigt, bildet ein hochwirksames internationales Netzwerk. Sie betätigt sich stark auch im kulturellen Bereich. Politisch soll sie vor allem der Untermauerung des Anspruchs Israels auf Gesamtjerusalem dienen. Das auch im Internet verkündete große Ziel der israelischen Foundation-Führung lautet:

»Jerusalem as a World Capital.«

„Zum Schnorren nie zu schade“

Im deutschen Direktorium der um Jerusalem als Welthauptstadt bemühten Stiftung wirken:

Erwin Teufel (CDU), Ministerpräsident von Baden-Württemberg, als Vorsitzender,
Wolfgang Clement (SPD), Bundesminister, als Stellvertreter,
Anke Eymer, christdemokratische Bundestagsabgeordnete, als Schatzmeisterin (sie gehört auch der Leitung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft an).

Zum 25. Geburtstag der 1975 gegründeten „Jerusalem Foundation Deutschland“ richtete Bundespräsident Rau ein Festbankett auf Schloss Bellevue aus. Aus diesem Anlass schrieb die „Allgemeine Jüdische“ am 7. Dezember 2000:

»Zum Schnorren für seine Stadt, dafür war sich der langjährige Bürgermeister Jerusalems, Teddy Kollek, noch nie zu schade. Daher war es nur folgerichtig, dass er vor nunmehr einem Vierteljahrhundert gemeinsam mit dem damaligen NRW-Ministerpräsidenten Heinz Kühn die deutsche Tochterorganisation der „Jerusalem Foundation“ ins Leben rief, um auch in Deutschland Spenden für Israels Hauptstadt zu sammeln.«

Seither sei es zur Tradition geworden, dass Ministerpräsidenten der Foundation in der Bundesrepublik vorstünden, wie eben derzeit Erwin Teufel.

Weitere maßgebliche Mitglieder des bundesdeutschen Zweiges der internationalen Organisation mit Zentrale in Israel sind (neben dem schon obligatorischen Niels Hansen):

- Brigitte Blumenfeld,
- Dr. Henning von Boehmer,
- Frieder Burda,
- Ruth Cheshin,
- Prof. h. c. Ernst Cramer,
- Albert Darboven,
- Hans Eichel,

Dr. Manfred Gentz,
Peter Lagemann,
Prof. Manfred Lahnstein,
Dr. Hanna-Renate Laurien,
Dr. h.c. Georg Leber,
Prof. Dr. Jutta Limbach,
Liz Mohn,
Reinhard Mohn,
Dr. Heinrich von Pierer,
Hildegard Radhauer,
Dr. Manfred Rommel,
Prof. Dr. Thilo Schabert,
Monika Schoeller-von Holtzbrinck,
Dr. h. c. Erich Schumann,
Prof. Dr. Bernhard Servatius,
Dr. Edmund Stoiber,
Prof. Dr. Rita Süßmuth,
Dr. Bernhard Vogel,
Dieter Weiland,
Hans Wertz.

Auffällig ist bei Untersuchung des Netzwerkes der Jerusalem Foundation auch deren starke Präsenz in Österreich:

- Dr. Peter Jankowitsch (Leiter des Direktoriums in Wien),
- Dr. Rudolf Scholten (Stellvertreter)
- Prof. Peter Weiser (Stellvertreter)
- Prof. Dr. Helmut Zilk (Stellvertreter).
- Helmut Elsner (Schatzmeister).

Dem Österreich-Direktorat gehören ferner an:

Dr. Daniel Charim,
Thomas Moskovics,
Günther Rhomberg,
Elisabeth Samuel-Willenpart,
Dr. Ludwig Scharinger,
Kardinal Dr. Christoph Schönborn,
Dr. Walter Schwimmer,
Siegfried Sellitsch,
Rudolfine Steindling,
Victor Wagner,
Prof. Dr. Leon Zelman.

Zweiter Abschnitt

Was „dem Netz“ voraus ging

„Deutsch-jüdischer Krieg seit 1933“

»Jüdische Ansprüche auf Entschädigung müssen auf Anerkennung der Tatsache beruhen, dass die Juden einer seit 1933 mit Deutschland im Krieg befindlichen Nation angehören.«

So zitiert die israelische Politologin und Historikerin Professor Dr. Nana Sagi in ihrem grundlegenden Werk von 1981 „Wiedergutmachung für Israel“ eine von Dr. Siegfried Moses erar-



Dr. Siegfried Moses

beitete zionistische Resolution des 27. Oktober 1944. Wie Sagi weiter mitteilt, waren Moses' Vorschläge Basis der entsprechenden Beratungen bei der größten internationalen jüdischen Konferenz, die während des Krieges stattfand (Atlantic City/USA, November 1944). Sie seien von der Führung des Weltzionismus unter Chaim Weizmann, dem späteren ersten Präsidenten Israels, übernommen worden, um schließlich als Anspruchsgrundlagen der Wiedergutmachungsforderungen des jüdischen Staates an die Deutschen zu dienen.

Siegfried Moses (1887-1974) hatte ab 1923 als Geschäftsführer des jüdischen Warenhauskonzerns Schocken gewirkt und von 1933 bis 1936 als Vorsitzender der Zionistischen Vereinigung für Deutschland amtiert. Außerdem war er 1933 Mitbegründer und bis 1937, als er nach Palästina auswanderte, stellvertretender Chef der Reichsvertretung der deutschen Juden (später: Reichsvereinigung der Juden in Deutschland). Dabei handelte es sich um die jüdische Zentralorganisation im NS-Reich, als deren Präsident Dr. Leo Baeck fungierte und deren letzter Leiter (ab Juni 1943), der Mediziner Dr. Walter Lustig, von den sowjetischen Besatzern nach Kriegsende als „Nazi-Kollaborateur“ umgebracht wurde. Bei M. Offenberg („Allass Jisroel. Die jüdische Gemeinde in Berlin“, Berlin 1986) heißt es:

»Die Restverwaltung der „Reichsvereinigung“ hat das Ende der Nazizeit in ihren Räumen im Jüdischen Krankenhaus, Berlin 65, Iranische Straße 2, erlebt. Von den Alliierten wurde die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ als NS-Einrichtung ein-

gestuft und durch das Kontrollratsgesetz Nr. 2 aufgelöst.«

Siegfried Moses gehörte der israelischen Regierung von der Staatsgründung 1948 bis zum Jahre 1961 an. 1957 war er auch Präsident des „Rates der Juden aus Deutschland“ und des international einflussreichen Leo Baeck-Instituts geworden.

Das Haavara-Abkommen

Einschränkungslos konnte gerade Moses allerdings wohl kaum mit Ernst von einem „deutsch-jüdischen Kriegszustand“ schon ab 1933 sprechen. Immerhin traten Hitler-Regierung und zionistische Führer bald nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Verhandlungen über den Abschluss eines Transferabkommens ein. Es sollte die Umsiedlung (hebräisch: Haavara) von Juden aus Deutschland nach Palästina bewerkstelligen. Und einer der Chefs des Haavara-Netzwerkes in Palästina (Director of the Trust and Transfer Office Haavara Ltd., Tel Aviv) war niemand anderer als — Dr. Siegfried Moses.

Als Verhandlungsführer auf zionistischer Seite bei den Haavara-Gesprächen mit NS-Deutschland trat ab Frühjahr 1933 der (bald darauf einer Mordverschwörung anderer jüdischer Kräfte zum Opfer gefallene) Dr. Chaim Victor Arlosoroff auf. Als Kind mit der Familie aus der Ukraine nach Deutschland gekommen, 1924 nach Palästina weitergewandert, hatte er ab 1926 als Vertreter der palästinensischen Juden beim Völkerbund in Genf gewirkt. Er gehörte der Führung des Weltzionismus an und amtierte ab 1932 als Leiter der Politischen Abteilung der Jewish Agency, was einem Regierungschef der palästinensischen Judenheit entsprach. Treffend bezeichnet das „Neue Lexikon des Judentums“ die Jewish Agency als

»faktische Regierung des Jischuw«,

also der jüdischen Einwanderergemeinschaft Palästinas.

Bereits am 7. August 1933 war es soweit. Nach einem von beiden Seiten als erfolgreich eingeschätzten Auftaktvertrag schon vom Mai des Jahres zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und der Hanotea Ltd., der auf Initiative von Sam Cohen, dem Chef dieser jüdischen Südfrüchtegesellschaft in Palästina, zustande gekommen war, schloss das Deutsche Reich in Berlin mit Abgesandten der jüdisch-zionistischen Führung aus Palästina das „Haavara-Abkommen“ über den Transfer von Juden. (1936 trat die Jewish Agency als Ganzes, auch mit den nichtzionistischen Bewegungen unter ihrem Dach, nach stürmischer interner Diskussion als Partner ein.) Die Einzelheiten des komplizierten Kontrakts wurden per Runderlass Nr.54/33 des Reichswirtschaftsministeriums vom 28. August 1933 allen zuständigen deut-



Dr. Chaim Victor Arlosoroff

schen Institutionen bekannt gegeben (RM = Reichsmark, LP = Palästina-Pfund; entsprach dem Pound Sterling; Tempelgesellschaft: Deutsche protestantische Christengemeinde in Palästina):

»Um die Abwanderung deutscher Juden nach Palästina weiterhin durch Zuteilung der erforderlichen Beträge ohne übermäßige Inanspruchnahme der Devisenbestände der Reichsbank zu fördern und gleichzeitig die deutsche Ausfuhr nach Palästina zu steigern, ist mit den beteiligten jüdischen Stellen ein Abkommen auf folgender Grundlage abgeschlossen worden: Auswanderern, denen die Auswanderungsberatungsstelle bestätigt, dass über den als Einreisegeld erforderlichen Mindestbetrag von LP 1000,- hinaus weitere Beträge zur Gründung einer Existenz in Palästina erforderlich und angemessen sind, kann im Rahmen dieses Gutachtens für den RM 15 000,- übersteigenden Betrag die Genehmigung zur Einzahlung auf ein bei der Reichsbank eingerichtetes Sonderkonto 1 der Bank der Tempelgesellschaft zugunsten einer in Palästina zu errichtenden jüdischen Treuhandgesellschaft (bzw. bis zur Einrichtung dieser Treuhandgesellschaft zugunsten der Anglo-Palestine Bank) erteilt werden. Das Sonderkonto 1, für das zusammen mit dem weiter unten zu erwähnenden Sonderkonto II zunächst ein Gesamtbetrag von RM 3 Millionen vorgesehen ist, wird von der Tempelbank als Treuhandkonto für die genannte jüdische Treuhandgesellschaft geführt. Aus dem Konto werden deutsche Warenlieferungen nach Palästina bezahlt. Den Auswanderern wird der Gegenwert ihrer Einzahlungen nach Maßgabe der aus dem Absatz der deutschen Waren in Palästina zur Verfügung stehenden Beträge durch die palästinensische Treuhandgesellschaft nach der Reihenfolge und dem Verhältnis der Einzahlungen auf dem Sonderkonto 1 unter-

einander in Palästina-Pfunden ausgezahlt. Zur Beratung der deutschen Juden in den sich auf diese Form des Kapitaltransfers nach Palästina beziehenden Fragen ist eine „Palästina-Treuhandstelle zur Beratung deutscher Juden G.m.b.H.“ mit dem Sitz in Berlin, Friedrichstraße 218, gegründet worden. Ich ersuche, bei der Erteilung der Genehmigungen auf diese Stelle ausdrücklich hinzuweisen. Für die Bank der Tempelgesellschaft ist bei der Reichshauptbank ferner ein Sonderkonto II eingerichtet worden. Auf Antrag können die Devisenbewirtschaftungsstellen deutschen Staatsangehörigen jüdischen Volkstums, die zur Zeit noch nicht auswandern, sich aber gleichwohl schon jetzt eine Heimstätte in Palästina schaffen wollen, die Genehmigung zur Einzahlung von Beträgen bis zu höchstens RM 50 000,- je Person auf diesem Konto (ebenfalls zugunsten einer in Palästina zu errichtenden jüdischen deutschen Treuhandgesellschaft zugunsten der Anglo-Palestine Ltd.) erteilen.«

Der Pakt mit den Zionisten war die immerhin schon vierte Übereinkunft internationalen Ranges, die das NS-Regime seit der Machtübernahme nur gut ein halbes Jahr zuvor hatte treffen können. Sich dieses bewusst zu machen, trägt vielleicht ein wenig zur Klärung der Frage bei, warum die Deutschen damals von Hitler nicht ahnten, was heute alle über ihn wissen bzw. zu wissen glauben. Dem deutsch-jüdischen Haavara-Abkommen vorangegangen waren:

Im Mai 1933 die Vereinbarung Hitlers mit Stalin, den Berliner Vertrag (von Stresemann abgeschlossenes deutsch-sowjetisches Abkommen über politische Konsultationen und wirtschaftliche Zusammenarbeit) demonstrativ außerplanmäßig um ein halbes Jahrzehnt zu verlängern.

- Im Juli 1933 die Unterzeichnung des Viermächteabkommens zwischen Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien.
- Ebenfalls im Juli 1933 das Reichskonkordat mit dem Heiligen Stuhl.

Hitler und der Zionismus

US-Historiker Francis R. Nicosia hat sich intensiv mit Vorgeschichte und Durchführung von Haavara beschäftigt (siehe seine Arbeiten „Weimar Germany and the Palestine Question“, in: „Yearbook of the Leo Baeck Institute“, No. 24, 1979 und „Ein nützlicher Feind. Zionismus im nationalsozialistischen Deutschland 1933-39“, in: „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“, Nr. 37, 1989). In seinem 1989 in deutscher Übersetzung erschienenen, hauptsächlich Haavara gewidmeten Werk „Hitler und der Zionismus. Das Dritte Reich und die Palästinafrage“ schreibt er, das Abkommen des nationalsozialistischen Deutschlands mit den Zionisten habe im November 1933 zu funktionieren begonnen. Weiter:

»Das Hitler-Regime hat bis in die ersten Jahre des Zweiten Weltkrieges über den deutschen Zionismus aktiv die Auswanderung der Juden aus Deutschland gefördert.«

Es sei 1937 sogar Anweisung aus Berlin an die NSDAP-A0, die nationalsozialistische Auslandsorganisation, erteilt worden, Judenfeindschaft in Nahost einzudämmen, berichtet Nicosia. Die antijüdische Stimmung unter den palästinensischen Arabern dürfe auf keinen Fall angeheizt werden, hieß es da, weil

»das Aufhetzen der Araber gegen die jüdischen Einwanderer für das Reich letzten Endes schädlich ist und Unruhen die Einwanderungstätigkeit der Juden schwer beeinträchtigen würden«.

Weiter stand in der Berliner Anordnung an die NSDAP-A0:

»Die jüdische Auswanderung aus dem Gebiet des Deutschen Reiches ist so dringend,

dass bei diesem Vorgang eine klare Zielstrebigkeit nicht außer Acht gelassen werden sollte.«

Francis Nicosia fasst seine Erkenntnisse wie folgt zusammen:

»Die fast einstimmige Unterstützung der zionistischen Auswanderung nach Palästina war in der deutschen Regierung und der NSDAP in den Jahren zwischen 1933 und 1937 die Regel. Die verantwortlichen Stellen im Auswärtigen Amt, einschließlich des deutschen Generalkonsulates in Jerusalem, der Orient-Abteilung, von Referat D und der Handelspolitischen Abteilung unterstützten und ermutigten die zionistischen Bemühungen. Das Innenministerium als verantwortliche Behörde für die Durchführung der Auswanderungspolitik förderte eine geordnete Auswanderung aus Deutschland, während das Wirtschaftsministerium und die Reichsbank für das Haavara-Abkommen sowie die wirtschaftliche Seite der jüdischen Masseneinwanderung nach Palästina verantwortlich waren. Die zuständigen Stellen innerhalb der SS ließen den deutschen Zionisten gegenüber den verschiedenen nicht- oder antizionistischen, liberalen und anpassungswilligen jüdischen Vereinigungen eine bevorzugte Behandlung zuteil werden. Zionistische Umschulungslager erfuhren ermutigenden Zuspruch. Jüdischen Offiziellen sowie Lehrern aus Palästina und anderswoher wurden für gewöhnlich von den deutschen Behörden Einreisebewilligungen erteilt, um die Bemühungen der deutschen Zionisten zu erleichtern.«

Im Deutschen Reich sei „ein umfangreiches System von Umschulungslagern“ errichtet worden, die unter zionistischer Leitung gestanden und NS-staatliche Unterstützung genossen hätten. Der Jewish Agency sei es erlaubt worden,

»Lehrkräfte aus Palästina nach Deutschland zu schicken, um bei der Vorbereitung der

deutschen Juden für eine Ansiedlung in Palästina zu helfen«.

Das Deutsche Reich wurde mit einem ganzen Netz von Trainingsstätten überzogen, in denen zionistische Ausbilder Juden auf das künftige Leben in ihrem Gelobten Land vorbereiteten. Solche Ausbildungszentren gab es, Stand August 1936, von Nord nach Süd gesehen in:

— Lobitten, Kreis Königsberg

Flensburg

Altona

Hamburg

Stettin

Berlin

Hannover

Caputh

Magdeburg

Neuendorf

Gut Winkel

Schniebinchen

Bomsdorf, Kreis Bitterfeld

Leipzig

Breslau

Grusen/Frankenber

Konstadt

Dresden

Klein Silsterwitz

Köln

Preiskretsch

Guttentag

Charlottental

Bonn

Beuthen

Hindenburg

Meiningen

Gleiwitz

Ratibor

Frankfurt/Main

Bamberg

Nürnberg

Mannheim

Regensburg

Lehrensteinfeld

Stuttgart

Augsburg

München

Fischach

Gut Winkelhof.

Das Haavara-Abkommen beruhte nach Einschätzung des israelischen Publizisten Tom Segev („Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung“, Reinbek 1995)

»auf den einander ergänzenden Interessen der deutschen Regierung und der zionistischen Bewegung; die Nazis wollten die Juden aus Deutschland hinausdrängen, die Zionisten wollten sie gerne in Palästina haben.«

Das Bülow- und das Lösener-Dokument

Nicosia weist auf ein Rundschreiben von Vicco von Bülow-Schwante hin, dem Leiter des für Palästina zuständigen Referates D im Berliner Auswärtigen Amt (nach dem Krieg war er einer der wichtigsten Wirtschaftsmanager Bundesdeutschlands), das am 28. Februar 1934 an die deutschen Auslandsvertretungen ging und in dem es hieß:

»Es gibt einen Teil der Juden, der die Möglichkeit einer Anpassung an das Gastvolk ablehnt und daher die Auswanderung und Sammlung der weltweit verstreuten Juden in einer eigenen politischen Gemeinschaft fördert. Diese Gruppe, und es handelt sich hier um die Zionisten, kommt den Zielen der deutschen Judenpolitik am nächsten. Die Auswanderung der deutschen Juden wird von nun an von der nationalsozialistischen Regierung nachhaltig gefördert. Insbesondere wird ein gewisser Betrag für den Geldtransfer für die Juden zur Verfügung gestellt, die bereit sind auszuwandern. Aus diesem Grunde arbeiten offizielle deutsche Regierungsstellen vorbehaltlos mit jüdischen Orga-

nisationen, vor allem in der Förderung der Auswanderung nach Palästina, zusammen.«

Am 23. November 1935 hieß es im „Reichsverwaltungsblatt“, Berlin, aus der Feder von Dr. Bernhard Lösener, dem Abteilungsleiter des Judenreferats im Innenministerium (der auch die „Nürnberger Rassengesetze“ formuliert hatte, nach Kriegsende bemerkenswerterweise in die Dienste des jüdisch-zionistischen „Joint Distribution Committee“ treten konnte und seine Beamtenkarriere als Regierungsdirektor in der Kölner Oberfinanzdirektion beschloss):

»Wenn die Juden schon ihren eigenen Staat hätten, in dem die Mehrheit ihres Volkes lebt, dann könnte die jüdische Frage, auch für die Juden selbst, heute als völlig gelöst angesehen werden. Die Zionisten haben den geringsten Widerstand gegen die den Nürnberger Gesetzen zugrunde liegenden Überlegungen geleistet, weil sie sofort erkannten, dass diese Gesetze auch die einzige richtige Lösung für das jüdische Volk selbst bedeuten. Denn jedes Volk muss seinen eigenen Staat als äußere Ausdrucksform seiner besonderen Einheit als Volk haben.«

Selbst Rabbiner Stephen S. Wise, Oberhaupt des Judentums in Amerika, Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Förderer des Zionismus, der schon unmittelbar nach der Machtübernahme der NS-Antisemiten schärfste Kampfansagen in Richtung Berlin losgelassen hatte und Adolf Hitler hasste wie die Pest, kam zur Ansicht, dass die strenge Scheidung von Deutsch- und Judentum durch die Nationalsozialisten im Kern etwas Richtiges habe. So wurde Wise am 13. Juni 1938 von der „New York Herald Tribune“ wie folgt zitiert:

»Hitler was right in one thing. He calls the Jewish people a race and we are a race.«

„Aufbruchstimmung unter Zionisten“

Zur Abwicklung des Transferabkommens (Bewältigung der Devisenprobleme usw.) war in Berlin die Palästina-Treuhandstelle („Paltreu“) geschaffen worden, wobei die Treuhandkonten der Haavara in Deutschland bei den jüdischen Privatbanken M. M. Warburg, Hamburg, und A. E. Wassermann, Berlin, lagen. Paltreu unterhielt enge Beziehungen zur deutschen Regierung, insbesondere zum Auswärtigen Amt und zum Wirtschaftsministerium, sowie zur deutschen Industrie. Paltreu-Chef war bis zu seiner Emigration 1939 der jüdische Finanzexperte Kurt Hirschfeld. Als sein Vize wirkte Ernst Marcus, der ebenfalls 1939 den Weg nach Palästina antrat.

Während die NS-Diktatur deutsche Dissidenten und nichtzionistische Juden unterdrückte, erfreuten sich logischerweise zionistische Initiativen in den ersten Hitler-Jahren anderer Behandlung. Der israelische Autor Segev nennt u.a. folgendes Beispiel:

»Mit Erlaubnis der Nazis konnte der Betar-Jugendbund seine Tätigkeit fortsetzen: Treffen, Tagungen, Sommerlager, Wanderungen, Sportveranstaltungen, Segeln und Landwirtschaftskurse. Die Mitglieder durften ihre Uniformen samt braunem Hemd tragen und Flugblätter herausgeben, deren zionistische Texte zum Teil — dem Zeitgeist entsprechend — in nationalistischem, profaschistischem Ton gehalten wurden ... Sie ähnelten nationalistischen bis nationalsozialistischen deutschen Jugendschriften.«

Die zionistische Jugendbewegung habe sogar „unter dem Schutz der Gestapo“ gestanden. Der israelische Publizist schildert folgende Begebenheit:

»Als einmal eine Gruppe von SS-Männern ein Sommerlager des Betar überfiel, beschwerte sich der Führer des Jugendbundes

bei der Gestapo, und ein paar Tage später ließ die Geheimpolizei verlauten, die beteiligten SS-Männer seien bestraft worden. Die Gestapo erkundigte sich beim Betar, was ihm als Entschädigung angemessen erscheine.«

Im Buch „Jüdischer Alltag in Deutschland 1933-1945“ (Düsseldorf 1993) des „Netz“-Aktivisten Günter Bernd Ginzler heißt es zur Erläuterung eines Bildes, das den berühmten jüdischen Religionsphilosophen Martin Buber als Redner auf einer zionistischen Kundgebung in NS-Deutschland zugunsten der Auswanderung nach Palästina zeigt:

»Die Vorbereitung auf eine Auswanderung und das Warten auf eine Einwanderungserlaubnis für Palästina dauerten oft Jahre. Dennoch: In der zionistischen Jugendbewegung Deutschlands herrschte Aufbruchstimmung.«

In einer Rezension der aufschlussreichen Studie „Nächstes Jahr im Kibbutz' — Die jüdisch-chaluzische Jugendbewegung in Deutschland zwischen 1933 und 1943“ von Eliyahu Kutti Salinger schrieben die „Israel Nachrichten“ am 6. August 1999:

»So entstanden in Deutschland fünf chaluzische Jugendbünde: „Habonim“, „Haschomer Hazair“, „Werkleute“, „Maccabi Hazair“ und der „Bachall“ (Bund religiöser Chaluzim). Sie wollten die Jugendlichen zur jüdischen Kultur zurückführen und auf eine Alija nach Israel vorbereiten ... 1937 gaben die fünf chaluzischen Bünde eine Gesamtzahl von 17 650 Mitgliedern an; dies war ungefähr ein Fünftel der jüdischen Schuljugend ... Die Jugendalija war als offizielle Institution („Die jüdische Jugendhilfe e. V.“) rechtlich anerkannt.«

Zur Erläuterung: Unter Alijah oder Alija versteht man zionistischer- bzw. israelischerseits die



Dr. Martin Buber bei einer gemeinsamen Veranstaltung der zionistischen KKL—Jüdischer Nationalfonds und Keren Hayesod in der Vorkriegszeit, vermutlich Frankfurt/Main 1937

Einwanderung von Juden in ihr Gelobtes Land, wobei das hebräische Wort bezeichnenderweise eigentlich „Aufstieg“ bedeutet (folgerichtig ist die Abwanderung aus Israel der „Abstieg“: „Jerida“); Chaluzim heißt so viel wie „Pioniere“ und „chaluzisch“ ist davon abgeleitet.

Als Generalsekretär der „Hechaluz“-Organisation, des für die jüdische Jugendauswanderung wirkenden zionistischen Netzwerkes, amtierte bis zu seiner Übersiedlung nach Palästina 1938 Georg (später: Giora) Josephthal. In Nahost übernahm er das für die Eingliederung der Haavara-Einwanderer zuständige „Absorption Department“ der Jewish Agency. Im Zweiten Weltkrieg diente er dann in der britischen Armee. Ab 1952 war er israelischer Chefdelegierter bei den Wiedergutmachungsverhandlungen mit den Deutschen und Anfang der 60er-Jahre trat er als Minister in die israelische Regierung ein.

Schrittweise, insbesondere ab 1938/39, seien — so fuhren die „Israel Nachrichten“ in ihrem Bericht vom 6. August 1999 fort — die Rechte und Möglichkeiten der zionistischen Auswanderungsvereinigungen im Deutschen Reich eingeschränkt, schließlich ganz ausgeschaltet worden. 1943 sei es dann zur Auflösung der letzten Hascharah-Güter (Trainingsstätten für jüdische Auswanderer nach Palästina) in Hitlers Machtbereich gekommen.

»Die immer stärker werdenden Beschränkungen der Freiheit des jüdischen Lebens spürten diese Jugendlichen weniger, da sie in den (zionistischen) Bündeln einen Ausgleich fanden. Sie wurden innerlich gefestigt und konnten durch ihren nunmehr vorgezeichneten klaren Lebensentwurf der Erniedrigung und der Entrechtung trotzen«,

hieß es weiter in den „Israel-Nachrichten“. Übrigens war deren einstiger Chefredakteur (von 1974 bis 1977) Jacob Erwin Palmon als Mitarbeiter im Palästina-Amt für jüdische Auswanderung bis 1939 selber von maßgeblicher Be-

deutung für die Abwicklung von Haavara und Ali ja gewesen.

„Benni fliegt ins Gelobte Land“

Zionistische Vereinigungen und Persönlichkeiten hatten, bestärkt und unterstützt vom NS-Regime, in den ersten Jahren der Hitlerherrschaft mannigfaltige Aktivitäten zur Förderung der jüdischen Auswanderung nach Palästina an den Tag gelegt.

So hatte beispielsweise der auf Initiative des bekannten jüdischen Warenhaus-Konzernherrn, Verlegers und nachmaligen Präsidenten der Jerusalemer Hebräischen Universität, Salman Schocken, gebildete „Ausschuss für jüdische Kulturarbeit“

»vor allem die Aufgabe, die Schaffung zionistischer Kinder- und Jugendliteratur voranzutreiben«,

wie der „Aufbau“ (New York) am 19. Februar 1999 berichtete. Überhaupt sei, so das jüdische US-Blatt weiter, von 1933 bis 1938

»der Zionismus zum Leitmotiv des ghettoisierten jüdischen Buchhandels in Deutschland geworden«.

Den NS-Machthabern sei es bei der Unterstützung solcher Projekte darum gegangen,

»die Bindung der Juden an die deutsche Kultur- und Geisteswelt zu zerstören, ihr jüdisches Bewusstsein zu stärken und ihre Bereitschaft zur Auswanderung zu fördern«.

„Aufbau“ nannte Beispiele für zionistisch inspirierte jüdische Jugendliteratur in den ersten Jahren von NS-Deutschland:

»„Joseph und seine Brüder“ (1933) und „Buber — Worte an die Jugend“ (1938) erschienen zu dieser Zeit. „Helden der Kwuzah“ (1935) handelte von braungebrannten, fröhlichen Kindern in Palästina, und 1936 flog „Benni ins Gelobte Land“ in einem knallroten Propellerflugzeug.«



Auch die seinerzeitigen jüdischen Schulbücher im Deutschen Reich seien, so der „Aufbau“, in den Dienst der Auswanderung gestellt worden. Das jüdische Schulwesen sei damit „zum Kokon, zu einer kleinen Oase“ geworden in einem Umfeld antisemitischer Hetze.

Zu diesem Thema teilt Francis Nicosia mit:

»Während das Hitler-Regime allmählich die jüdischen Schüler von den Staatsschulen entfernte, förderte es jüdische Schulen und bezuschusste diese. Es gab wenig oder kaum Einmischung in die Führung und Leitung der jüdischen Schulen.«

Überhaupt erschien im Deutschland des ersten Jahrfünft nationalsozialistischer Herrschaft mit seinen siebenundzwanzig jüdischen Verlagen eine Fülle an prozionistischer Literatur, die unter Juden für eine Übersiedlung nach Palästina warb — bis hin zu dem im November 1938, also zur Zeit des verbrecherischen Pogroms der „Reichskristallnacht“ — in Berlin herausgekomenen „Philo-Atlas. Handbuch für die jüdische Auswanderung“ von Hans (später in der US-Emigration: John F.) Oppenheimer, Herausgeber auch des 1934 in der Reichshauptstadt erschienenen voluminösen, einzigartig faktengesättigten „Philo-Lexikon — Handbuch des jüdischen Wissens“. Weiter gab es beispielsweise „Konstruktive Auswanderungspolitik. Ein Beitrag zur jüdischen Übersekolonisation“ von Max Apt (Vertreter der Berliner jüdischen Gemeinde bei der internationalen Flüchtlingskonferenz von Evian 1938) oder Fritz Joseph Heideckers „Die Brunnenbauer — Jüdische Pionierarbeit in Palästina“.

Auch Hermann Hesse in der Schweiz ließ sich von der in den ersten Jahren der NS-Diktatur in Deutschland erschienenen zionistisch-jüdischen Literatur beeindrucken. In der Basler „National-Zeitung“ schrieb er am 29. März 1936 über die Produkte aus dem Hause Schocken, der „große Zauber“, den diese jüdische Taschenbuchbibliothek ausübe, beruhe darin,

»dass mit der Rückbesinnung weiter Kreise des deutschen Judentums auf ihre Herkunft



Werbung für den Exodus in „Allgemeine Zeitung des Judentums“ (Centralverein), 30. Januar 1936. Robert W. Kempner war später US-Ankläger bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen.

Sachgemässe und schleunige Durchführung Ihrer
AUSWANDERUNG nach Palästina
 u. and. Ländern
 Geschäftsverkäufe — Vermögensliquidation
 Tauschobjekte
Amtsger.-Rat a. D. Dr. Aschner
Oberreg.-Rat a. D. R. Kempner
 Berlin W 15, Meinekestr. 9 / Telefon: J 1 Bismarck 2856
 neben d. Palästina-Amt / 9^{1/2} bis 13 Uhr u. 16^{1/2} bis 19 Uhr
Eigene Repräsentanzen in Palästina

und ihr Volkstum ein gewaltig großer, zum Teil bisher unbekannter Schatz an Literatur an die Öffentlichkeit gezogen wird ... Es tut sich plötzlich der Blick in eine tief in die Zeiten zurückreichende, schöne mannigfaltige Literatur der Besinnung, der Dichtung, der Frömmigkeit, des Humors, der Memoiren und Anekdoten auf, welche bisher nur den Gelehrten bekannt war.«

Von Martin Buber, der nach der NS-Machtübernahme ein Netz von höheren Bildungseinrichtungen für Juden schuf („Jüdische Mittelstellen für Erwachsenenbildung“), erschienen in Deutschland damals auch die Schriften „Kampf um Israel“ (1933), „Deutung des Chassidismus“ (1935), „Die Stunde und die Erkenntnis“ (1936) und „Die Frage an den Einzelnen“ (1936). Max Nussbaum, weiteres Beispiel, publizierte 1934 seine tiefeschürfende Abhandlung „Jehuda Halevis Philosophie des Nationalismus“, wirkte dann von 1935 bis 1940 (Emigration) als Rabbiner der Berliner Jüdischen Gemeinde, stieg in den USA zum Präsidenten der Zionistischen Organisation Amerikas auf und war mehr als drei Jahrzehnte bis zu seinem Tod 1974 Rabbiner am Temple Israel von Hollywood, in welcher Filmstadt nach Angaben des Regisseurs und Produzenten Steven Spielberg 80 Prozent der Einwohner Juden sind.

Apropos: Auch im nationalsozialistischen Deutschen Reich eigens für prozionistische Zwecke produzierte Kinofilme wie „Hebräische Melodie“ setzte man bis nach Kriegsausbruch 1939

ein, um den deutschen Juden die Auswanderung nach Palästina schmackhaft zu machen.

„Zweifellos zum Aufbau beigetragen“

Das Haavara-System habe, so Tom Segev,

»in der einen oder anderen Form bis zur Mitte des Zweiten Weltkrieges funktioniert und der Wirtschaft des Landes (Palästina) und dem zionistischen Projekt einen gewissen Auftrieb gegeben ... Das Haavara-Abkommen erwies sich für die damals fast bankrotte Jewish Agency als letzte Stütze.«

Weiter im Text des israelischen Publizisten:

»Viele Juden, die in Deutschland zwangsweise ihre Arbeit verloren hatten, erhielten in Palästina weiterhin jeden Monat ihr Geld aus der deutschen Sozialversicherung ... Viele brachten ihr Privatauto mit. Ganze Bibliotheken mit Klassikern und Werken der neuen deutschen Literatur wurden ins Land gebracht.«

Israels führender Holocaustforscher Professor Dr. Yehuda Bauer wertet das Haavara-Abkommen als eine bedeutende Finanzquelle für das im Entstehen begriffene Israel und zugleich als Verlustgeschäft für das Deutsche Reich. In seinem Werk „Freikauf von Juden? Verhandlungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und jüdischen Repräsentanten von 1933 bis 1945“ (Frankfurt am Main 1996) schreibt er:

»Die Summen sind beeindruckend und haben zweifellos zum Aufbau des jüdischen Palästina beigetragen ... Haavara wurde, entgegen den Wünschen nahezu aller Wirtschaftsexperten der deutschen Regierung, fortgeführt, weil Hitler der Meinung war, die Auswanderung der Juden sei wichtiger als alle wirtschaftlichen Erwägungen.«

In einer von Dr. Werner Feilchenfeld, maßgeblicher jüdischer Haavara-Funktionär, im Leo-Baeck-Institut herausgegebenen, 1972 in Tübingen auf Deutsch erschienenen Studie („Haavara — Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933-39“) heißt es:

»Die durch den deutschen Kapitalzufluss ermöglichte wirtschaftliche Betätigung und die Transaktionen der Haavara für den privaten und öffentlichen Sektor waren von großer Bedeutung für den Aufbau des Landes. Viele neue Industrie- und Handelsbetriebe sind damals im jüdischen Palästina entstanden, und eine Reihe von Gesellschaften, die heute noch für die Wirtschaft des Staates Israel erhebliche Bedeutung haben, verdanken der Haavara ihre Gründung. Dazu gehört z. B. eine der lebenswichtigsten Einrichtungen Israels, die das ganze Land mit Wasser versorgende Gesellschaft „Mekoroth“. In den Jahren -1933 bis 1940 wurde das jüdische Siedlungswerk an Umfang und Produktion verdoppelt. Das war allein möglich durch die Siedlungskredite, die im Rahmen des Haavara-Abkommen entstanden waren.«

„The Agreement made a state“

In dem in Feilchenfelds Buch enthaltenen Aufsatz „Die Bedeutung der Einwanderung aus Deutschland für das jüdische Palästina“ berichtet auch Dr. Ludwig Pinner, Ex-Direktoriums-Mitglied der Haavara-Gesellschaft, von den Vorteilen aus dem Transfer-Abkommen:

»Die an Wertpapieranlagen gewöhnten Einwanderer aus Deutschland schufen erstmalig die Möglichkeit eines modernen Finanzmarktes. Aus dem damals gegründeten Clearinghaus entwickelte sich später die Tel Aviver Börse. Der Einfluss der deutschen Einwanderergruppe auf die Entwicklung des jüdischen Palästina fand seinen Ausdruck jedoch nicht nur in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Sphäre; er war auch bedeutungsvoll im kulturellen Bereich, auf wissenschaftlichem und künstlerischem Gebiet. Die moderne Ausstattung der Krankenhäuser, die die Haavara ermöglicht hatte, machte Palästina zu einem medizinischen Zentrum ersten Ranges. Von besonderer Bedeutung war es für die Entwicklung des Hochschulwesens, dass Wissenschaftler von Rang in den Stab der jungen Lehr- und Forschungsstätten eintraten. Auf künstlerischem Gebiet ist vor allem der Beitrag der deutschen Einwanderer zum Musikleben hervorzuheben. Das von Bronislaw Hubermann ins Leben gerufene Philharmonische Orchester, das heute internationalen Ruf genießt, wurde bei seiner Gründung 1936 fast ausschließlich mit Künstlern besetzt, die aus Deutschland gekommen waren.«

Dr. Pinner fasst über die Bedeutung der Haavara-Zuwanderung für die Jischuw, die Judentum in Palästina, zusammen:

»Der Einsatz dieser Menschen in Forschungs- und Lehrstätten, in Wirtschaft und Verwaltung, im öffentlichen Leben und in der Verteidigungsorganisation war von unermesslicher Bedeutung für die Vorbereitung des Jischuw auf die schicksalhaften Aufgaben, die ihm bevorstanden.«

In seinem Buch „The Transfer-Agreement. The Untold Story of the Secret Pact Between the Third Reich & Jewish Palestine“ (New York/London 1984) schreibt der US-jüdische Geschichtsforscher und Publizist Edwin Black über

den Ertrag von Haavara für die zionistischen Bestrebungen in Palästina:

»Einige größere Industrieunternehmen wurden mit diesen Geldern gegründet und große Mengen an Material wurden gelagert, einschließlich Kohle, Bewässerungsleitungen, Eisen- und Metallprodukten für Gesellschaften und Unternehmen, die noch im Aufbau begriffen waren. Von 1933 bis 1941 wurden annähernd 100 Einwanderungssiedlungen entlang der strategischen Korridore in Westgaliläa, der Küstenebene und in der nördlichen Negev-Wüste geschaffen. Fast 60 dieser Siedlungen wurden zwischen 1936 und 1940 ins Leben gerufen. Die meisten waren nur möglich, weil Haavara oder mit dem Transfer-Abkommen zusammenhängende Fonds den zionistischen Agenturen zum Landkauf und zur Landentwicklung zugute kamen.«

Das Transfer-Abkommen habe das jüdische Palästina so weit entwickelt, dass es nach dem Krieg überhaupt in der Lage gewesen sei, Hunderttausende Juden von überall her in kurzer Frist aufzunehmen und ein eigenständiger Staat zu werden.

»The Transfer Agreement made a state«,

behauptet Black sogar. Dieses bekräftigend, charakterisiert der US-jüdische Publizist Haavara als

»an indispensable factor in the creation of the State of Israel«.

Bis zum „letzten Gespräch“, April 1945

Dr. Nahum Goldmann, Prof. Chaim Weizmanns Nachfolger als Führer der zionistischen Weltbewegung, verteidigte in seinem Memoirenwerk „Staatsmann ohne Staat“ (Köln/Berlin 1970) das Haavara-Abkommen mit Hitler wie folgt:

»Dadurch gelang es achtzigtausend deutschen Juden, nach Palästina auszuwandern; sie haben dort sehr bedeutsame Leistungen vollbracht und gehörten zu den schöpferischsten Elementen beim Aufbau des Landes.«

Wenn es nach der NS-Führung gegangen wäre, hätte die jüdische Auswandererzahl noch um ein Mehrfaches höher gelegen. Es war vor allem London, das den jüdischen Exodus nach Pa-



Anfang 1939: Warteschlange ausreisebereitender Juden vor dem Berliner „Palestine & Orient-Lloyd“.

lästina, britisches Herrschaftsgebiet, mit allen Schikanen drosselte.

Als Haavara-Generalmanager bis in die Kriegszeit hinein wirkte der bereits erwähnte jüdische Jurist Dr. Werner Feilchenfeld. Der 1895 in Berlin geborene Arztsohn hatte bis 1933 als Syndikus der Berliner Industrie- und Handelskammer gearbeitet. Ende 1934 verlegte er sein Tätigkeitsfeld nach Palästina. Nach dem Zweiten Weltkrieg schuf er in den USA den „Service for Israel“ („Care“-Pakete für den jüdischen Staat). Seit 1951 in Amerika lebend, war er — nun Spezialist für die Durchsetzung von Wiedergutmachungsansprüchen gegen die Deutschen — am Knüpfen des „Netzes“ beteiligt. 1985 verschied er in Hollywood.

Im erwähnten Buch des Leo-Baeck-Instituts über den „Haavara — Transfer“ erfährt man von Feilchenfelds Bemühungen nach 1933, in Verhandlungen mit den Regierungen etlicher Staaten — etwa der polnischen, ungarischen und der tschechoslowakischen — Regelungen nach Art des Abkommens zwischen den Zionisten und Deutschland zu erreichen. Es gelang entweder gar nicht oder nur partiell. Immerhin aber haben, so weiß Edwin Black,

»wenigstens sechs europäische Länder das Transfer-Abkommen nachgeahmt«.

Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges kam Haavara peu à peu, ab 1942/43 gänzlich zum Erliegen. Versuche, neue Fäden für ein „Beziehungsgeflecht“ zwischen Nationalsozialismus und Zionismus zu knüpfen, blieben erfolglos:

Auf das Paktangebot des militanten Zionistenführers Avraham Stern (dessen Bewegung auch der nachmalige israelische Ministerpräsident Schamir angehörte), das Anfang 1941 via Franz von Papen, einst Kanzler und Vizekanzler und nunmehr deutscher Botschafter in Ankara, nach Berlin übermittelt worden war, ging Hitler nicht ein. Stern wollte mit Hilfe der Achsenmächte Englands Herrschaft in Palästina brechen, um dort den ersehnten Judenstaat gründen zu kön-

nen. Und die von Hitler im Krieg gebilligten Offerten des Reichsführers SS an den Westen (Freigabe von Juden gegen ein Arrangement in Richtung auf Sonderfrieden) stießen bei der Führung der zionistischen Internationale und in Washington überwiegend, bei den Briten total auf Ablehnung.

Erstaunlicherweise aber scheint der Faden nie gänzlich gerissen zu sein. So berichtet der israelische Jad-Vaschem-Historiker Prof. Yehuda Bauer in seinem Werk „Freikauf von Juden?“ von einem letzten Treffen unbekanntem exaktem Beratungsgegenstandes zwischen Himmler und einem Vertreter des Jüdischen Weltkongresses, Norbert Masur aus Schweden. Vermutlich ging es um Chancen zum Sonderfrieden in letzter Minute. Diese „ganz unglaubliche Begegnung“ (Bauer) hat Ende April 1945, also unmittelbar vor NS-Toresschluss, stattgefunden.

Massenverbrechen an Juden

Bei alledem darf nicht vergessen werden, dass der schon von vornherein widerwärtige, selbst tadellos vaterländische deutsche Juden nicht verschonende NS-Antisemitismus im Laufe der NS-Jahre immer schrecklichere Formen annahm und schon beim Pogrom der „Reichskristallnacht“ seine schäbige Fratze gänzlich ungeniert zeigte.

Weitere Marksteine dieses düsteren Kapitels deutscher Zeitgeschichte:

12. November 1938: Beschluss, dass die Juden eine „Sühneleistung“ in Höhe von einer Milliarde Mark aufbringen müssen.
15. November 1938: Ausschluss jüdischer Kinder vom allgemeinen Schulbesuch.
13. Dezember 1938: Verordnung über die Zwangsveräußerung jüdischer Gewerbebetriebe.
17. Januar 1939: Aufhebung des Mieterschutzes für Juden.



Geschändete Synagoge („Kristallnacht“, 1938); antijüdische Hetze

- 12. Oktober 1939: Erste Deportationen von Juden aus Österreich und Böhmen nach Polen
- 23. November 1939: Einführung des Judensterns im Generalgouvernement.
- 10. Februar 1940: Erste Deportationen von Juden aus dem Altreich nach Osten.
- 30. April 1940: Errichtung eines ersten Ghettos (Lodz).
- 22. Oktober 1940: Zwangsaussiedlung von Juden aus Baden, der Pfalz und dem Saargebiet nach Südfrankreich.
- 7. März 1941: Beginn des Einsatzes deutscher Juden zur Zwangsarbeit.
- 1. September 1941: Einführung des Judensterns im Deutschen Reich.
- 14. Oktober 1941: Beginn der allgemeinen Deportationen von Juden aus dem Reich nach Osten.

Im weiteren Verlauf des Krieges kam es zum immer grausameren Wüten von Einsatzgruppen, deren blutigen Schlägen auch massenhaft unschuldige Zivilpersonen zum Opfer fielen, und zur KZ-Barbarei in Todeslagern wie Auschwitz, die Hekatomben an Opfern forderte. Eine abscheuliche nationalsozialistische Kollektivschuldpropaganda lastete die Verantwortung an Ausbruch und Bestialisierung des Krieges (etwa durch den alliierten Bombenterror gegen die Zivilbevölkerung und den nicht minder kriegsvölkerrechtswidrigen sowjetischen Partisanenkampf) den Juden in ihrer Gesamtheit an.

Juden, die gegen das Haavara-„Appeasement“ opponiert hatten, sahen sich nun in ihrer Haltung bestätigt und betrachteten die diversen Kriegserklärungen, die von manchen führenden jüdischen Repräsentanten schon 1933 an das vom Antisemiten Hitler regierte Deutschland



Jüdische Opfer 1945. Die Massenmorde im Zweiten Weltkrieg zählen zu den dunkelsten Kapiteln der Geschichte.

gerichtet worden waren, als gewissermaßen doppelt gerechtfertigt. (Weiterführend: Hartmut Stern, „Jüdische Kriegserklärungen an Deutschland“, Wortlaut, Vorgeschichte, Folgen, München 2000, 2. Auflage.)

Vor diesem Hintergrund formulierte Siegfried Moses die eingangs dieses Kapitels zitierte zionistisch-israelische Doktrin vom „deutsch-jüdischen Kriegszustand seit 1933“, die als Grundlage von Entschädigungsansprüchen an die Deutschen, Teil der Staatsräson Israels (offizielle Bewertung Deutschlands als „Feindstaat“, ursprünglich in die Pässe eingetragenes Verbot

für Israelis, nach Deutschland zu reisen usw.) und Leitfaden des künftigen „Netzes“ diente.

Die Rolle von HICEM und Hilfsverein

Am prozionistischen, sozusagen präisraelischen Netzwerk der Zeit nach 1933 hatten sich indes auch schon lang zuvor geschaffene jüdische Vereinigungen beteiligt.

Zum Beispiel die 1927 mit Sitz in Paris gegründete Vereinigung jüdischer Emigrantenorganisationen HICEM. Über sie teilt das „Neue Lexikon des Judentums“ mit:

»Angesichts des weitverzweigten Netzes von Büros und Komitees wurde HICEM nach der seit März 1933 einsetzenden jüdischen Massenemigration aus Deutschland zur wichtigsten Organisationszentrale für jüdische Auswanderer außerhalb Palästinas.«

Oder die ursprünglich in Russland entstandene, 1921 in Berlin auf internationale Ebene gehobene (und nach dem Zweiten Weltkrieg, beginnend in den DP-Lagern, erneut in Deutschland aktiv gewordene) zionistische Ausbildungsorganisation ORT. Beispielsweise gründete sie 1937 in Berlin die bis 1941 bestehende „Private Jüdische Lehranstalt für handwerkliche und gewerbliche Ausbildung auswanderungswilliger Juden“, auf der bis zu zweihundertfünfzig junge Leute u. a. als Elektriker, Installateure, Mechaniker und Optiker für das jüdische Palästina geschult wurden.

Oder der 1901 als Zweig der Alliance Israelite Universelle (Zentrale: Paris) in Berlin geschaffene „Hilfsverein der deutschen Juden“. Ursprünglich bestand seine Hauptaufgabe darin, aus Osteuropa — sei es wegen rein wirtschaftlicher Gründe, sei es wegen Pogromen — zuwandernde jüdische Massen zu betreuen und „zu verteilen“: Dem Gros wurde der Weg nach Nordamerika geebnet. Der Hilfsverein, zu dessen Protagonisten einflussreiche Juden wie

Berthold Israel,
Eugen Landau,
Ernst Magnus,
Paul Nathan,
Berthold Timendorfer,
Max Warburg

zählten, unterhielt ein „Zentralbüro für jüdische Auswanderungsangelegenheiten“ in Berlin und gab das „Correspondenzblatt für jüdische Auswanderungsangelegenheiten“ heraus, das von Arthur Goldschmidt geleitet wurde. Nach der NS-Machtübernahme stellte sich die Organisation in die Dienste der Haavara-Alija. Der jüdische Aufbau (New York) schrieb am 24. August 2000:

»Die Gestapo gab klare Anweisungen, „die letzten Juden aus dem Reich zu bringen“. So hatten nun makaberweise die Mitarbeiter des Hilfsvereins — jetzt mit der Bezeichnung „Abteilung Wanderung“ versehen — die Aufgabe, die Ausreise der Juden aus Deutschland zu organisieren.«

Unter den Klängen Richard Wagners

Bis zum Ersten Weltkrieg hatte ohnehin der Schwerpunkt des auf die Schaffung eines Staates Israel fixierten Zionismus in Mitteleuropa gelegen. Theodor Herzl, „Vater“ der zionistischen Bewegung der Neuzeit, war als Student in Wien Burschenschafter gewesen. Seine Grundsatzschriften wie „Der Judenstaat“ verfasste er — inspiriert von den Klängen seines Lieblingskomponisten Richard Wagner — sozusagen „natürlich“ auf Deutsch. Wie auch Deutsch 1897 in Basel beim ersten zionistischen Welttreffen Kongresssprache war (die Abende über, beim Gemütlichen, ging es freilich überwiegend jiddisch zu).

Als eigentlicher Wegbahner der zionistischen Palästinakolonisation ist der in Rawitsch/Posen geborene Arthur Ruppin (1876-1943) anzuse-



Dr. Theodor Herzl/ auf einer israelischen Briefmarke von 1960

hen. Der preußische Assessor, Herausgeber der Berliner „Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden“, ging schon 1907 nach Palästina, wo er die Stadt Tel Aviv gründete (das jüdische Dorf Rischon Le Zion beim nachmaligen Tel Aviv war bereits 1882 mit einem Zuschuss von Eilmond de Rothschild entstanden) und wo er der Kibbutzim-Bewegung Pate stand. Ruppin schuf das für die Juden-Einwanderung zuständige „Palästina-Amt“, dessen Leitung er übernahm. Ab 1926 lehrte er Soziologie an der Hebräischen Universität zu Jerusalem, wo er 1943 starb.

Der israelische Publizist Tom Segev berichtet in seinem bereits erwähnten Werk „Die siebte Million“ vom Zusammentreffen Ruppins im Au-

gust 1933 in Jena mit einem der bekanntesten Vertreter der nationalsozialistischen Rassenforschung und -philosophie, Prof. Dr. Hans F. K. Günther. Das Gespräch kam auf Initiative des führenden Mitglieds der Jewish Agency, langjährigen Chefs der Zionisten in Deutschland sowie Schatzmeisters der Jugend-Alija-Bewegung in den Zeiten des Nationalsozialismus, Georg Landauer, zustande, der später als einer der Hauptinitiatoren bundesdeutscher Wiedergutmachung in Erscheinung trat. Segev schreibt über das Jenaer Treffen von 1933:

»Die Juden seien nicht minderwertiger als die Arier, sondern nur anders, versicherte Günther. Daher müsse für das Judenproblem eine „faire Lösung“ gefunden werden. Der Professor sei äußerst freundlich gewesen, notierte Ruppin abschließend befriedigt.«

Von Dr. Ludger Heid, dem stellvertretenden Direktor des Salomon-Ludwig-Steinheim-Instituts für deutsch-jüdische Geschichte an der Universität/Gesamthochschule Duisburg, stammt folgende vergleichende Betrachtung über Theodor Herzl und Arthur Ruppin (veröffentlicht in „Damas“, Juni 1996):

»In Herzls Bericht über seine Palästina-reise 1898 steht kein einziges Wort über die ara-

bische Bevölkerung. Und auch in seinen umfangreichen Tagebüchern erwähnte er die Araber nicht. Die historischen Ansprüche der Araber auf das Land wurden schlichtweg übersehen. Es hat dennoch nicht an jüdisch-zionistischen Stimmen gemangelt, die einen versöhnlichen Ausgleich mit den Arabern anstrebten. 1926 wurde der „Brith Schalom“, der Friedensbund, gegründet. Martin Buber und Arthur Ruppin waren daran maßgebend beteiligt. Sie strebten von Anfang an eine binationale Lösung an.«

„Es war der Wille Gottes“

Zu den Gründervätern des Zionismus in Deutschland gehörte auch Max Isidor Bodenheimer aus Stuttgart, 1865 geboren, 1940 in Jerusalem gestorben. Der Jurist und Politiker hatte schon 1893 mit David Wolffsohn (nachmals Herzls Nachfolger als Präsident der Zionistischen Internationale) den zionistischen Verein Chowewe-Zion gegründet. Drei Jahre später schuf er in Köln die National-Jüdische Vereinigung (ab 1897: Zionistische Vereinigung für Deutschland), deren Chef er bis 1910 war.



*Aufruf zur Alija ins
Gelobte Land zum
5. Zionistenkongress
in Basel*

Mit Wolffsohn verfasste Bodenheimer die „Kölner Thesen“ als Leitlinie des Zionismus. Er wirkte auch als Initiator und Vizevorsitzender des kurz nach Kriegsausbruch 1914 gebildeten „Komitees für den Osten“ (intern: „Komitee zur Befreiung der russischen Juden“), über das man der deutschen politischen und militärischen Führung ein Bündnis gegen den russischen Zarismus offerierte. Dieser galt damals den Juden als antisemitischstes Regime und größter Feind. 1933 verließ Bodenheimer Deutschland in Richtung Niederlande, 1935 wanderte er nach Palästina weiter.

Vor allem wandten (und wenden) sich die Verfechter jüdischer Eigenstaatlichkeit gegen ein Judentum, das sich dem jeweiligen Aufenthaltsland fügen und in ihm einfügen will. Die solchen Integrations- bzw. Assimilationsvorstellungen entgegengesetzte, auch heute bei zionistischen Juden geltende jüdische Weltanschauung brachte Rabbiner Abraham Hochwald unter der Schlagzeile „Jedem Volk sein Land“ im Berliner Zentralratsblatt „Allgemeine Jüdische“ vom 26. September 2001 anschaulich zum Ausdruck:

»Es war der Wille Gottes, die Völker voneinander zu trennen und die Kinder Israels als eine separate Einheit zu behandeln. Natürlich taucht in diesem Zusammenhang sofort die Frage auf: Warum bestand Gott darauf, die Völker gebietsmäßig voneinander zu trennen? Wäre es nicht für die Völker vorteilhafter gewesen, wenn sie auf einem gemeinsamen Territorium zusammengeblieben wären? Die Antwort, die unsere Gelehrten geben, ist die folgende: Es war für die Welt wichtig, dass jedes Volk sich auf ein ihm eigenem Territorium ansiedelte und in diesem Rahmen seine eigene Kultur entwickelte ... Es war somit die göttliche Weisheit, die diese Verteilung vornahm.«

„Nur in Eretz Israel“, dem Gelobten Land des jüdischen Volkes also, könne „das Judentum gedeihen“, schlussfolgert der Rabbiner. Das ge-

„Allgemeine Jüdische“; 26. September 2001



nau war auch das Herzensanliegen der Zionisten im ausgehenden 19. Jahrhundert.

An sich mutet der Text des Rabbiners Hochwald in seiner nationalen Grundstimmung wie ein nationalistisches Manifest an, das im Prinzip von den Selbstbestimmungsaktivisten aller Völker unterschrieben werden könnte.

Wie „Feuer und Flamme“ war der Kaiser?

»Kaiser Wilhelm II. war anfänglich Feuer und Flamme für die zionistische Idee«,

schreibt der Historiker Axel Meier in seiner in Konstanz hundert Jahre nach dem historischen Ereignis erschienenen Monographie „Die kaiserliche Palästinareise 1898“ mit dem Untertitel: „Theodor Herzl, Großherzog Friedrich I. von Baden und ein deutsches Protektorat in Palästina“. Meier weiter:

»Der Gedanke, die Juden als ihr Patron in das Heilige Land zu führen und dabei im Inneren die Sozialisten zu schwächen und außenpolitisch den deutschen Einfluss zu stärken, war von jener Qualität, die Wilhelm II. als Herausforderung empfand.«

(„Schwächung der Sozialisten“ deshalb, weil Juden einen erheblichen Teil der Führerschaft

der marxistisch-sozialistischen Bewegung stellen.) Überhaupt war es dem Kaiser, laut Meier, grundsätzlich darum zu tun, möglichst viele Juden aus seinem Reich loszuwerden.

Theodor Herzl, der Wegbahner des Zionismus, hatte es zunächst geschafft, den badischen Großherzog Friedrich 1., Oheim des Kaisers, für die Palästina vorstellungen seiner Bewegung geneigt zu machen. Ein Treffen zwischen dem Judenführer und dem regierenden Fürsten fand auf der Insel Mainau im Bodensee statt. Von Baden aus waren schon, mit großherzoglichem Wohlwollen, die Templer ins Gelobte Land gezogen, wo sie blühende christlich-deutsche Kolonien (Saron⁹, Wilhelma usw.) schufen, auch den modernen Südfrüchteanbau Palästinas begründeten und mit den Arabern in gutem Einvernehmen lebten. In den beiden Weltkriegen wurden sie in britische Konzentrationslager verschleppt und nach 1945 schließlich restlos vertrieben, wobei militante Zionisten ziemlich hemmungslos von der Schusswaffe Gebrauch machten.

Unter Berufung auf den badischen Großherzog richtete Herzl am 22. Oktober 1897 ein Schreiben an Kaiser Wilhelm II., in welchem er den deutschen Monarchen für die Schirmherrschaft über das Zionistenprojekt im Vorderen Orient u.a. mit folgenden Hinweisen locken wollte:

»Eine koloniale Ableitung des nicht resorbierbaren Teiles der Judenschaft wäre eine Erleichterung für die meisten Länder, wo die Juden entweder in schwerem materiellen Elend verkommen oder durch die gesellschaftliche Ächtung den Umsturzparteien zugedrängt werden oder endlich den Finanzverkehr in einer von uns Nicht-Geldjuden selbst tief bedauerten Weise beherrschen.«

Wilhelm II. schob die zionistische Petition vor sich her, wurde aber mit Schreiben vom 28. Juli 1898 von Ohm Friedrich erneut darauf angestoßen. Der Kaiser antwortete schließlich am 29. September jenes Jahres seinem Onkel in

einem streckenweise in seltsam launigen Ton gehaltenen Brief:

»Ich bin der Überzeugung, dass die Besiedlung des Heiligen Landes durch das kapitalkräftige und fleißige Volk Israel dem ersonnen bald zu ungeahnter Blüte und Segen gereichen wird, der sich auch weiterhin ausdehnend zu einer bedeutenden Wiederbelebung und Aufschließung von Klein-Asien entwickeln kann ... Zudem würde die Energie, Schaffenskraft und Leistungsfähigkeit vom Stamm Jesu auf würdigere Ziele als auf Aussaugen der Christen abgelenkt ... Nun weiß ich wohl, dass neun Zehntel aller Deutschen mit Entsetzen aufmucken werden, wenn sie in späterer Zeit erfahren sollten, dass ich mit den Zionisten sympathisiere oder gar, eventuell, wie ich es auch — wenn von ihnen angerufen — tun würde, sie unter meinen Schutz stellen würde! Allein Dir möchte ich doch bemerken: dass die Juden den Heiland umgebracht, das weiß der liebe Gott noch besser wie wir, dafür hat er sie demgemäß bestraft. Aber weder die Antisemiten noch ich sind von ihm beauftragt und bevollmächtigt, diese Leute nun auch auf unsere Manier zu kujonieren in Majorem Dei Gloriam! Ich glaube, hier darf man auch sagen: „Wer unter Euch ohne Fehl ist, der werfe den ersten Stein auf sie!“ Dazu würde sich ferner auch noch das „Liebet Eure Feinde“ setzen lassen. Und der Punkt ist doch für uns vom weltlichen und realpolitischen Standpunkt aus nicht außer Acht zu lassen, dass bei der gewaltigen Kraft, die das internationale jüdische Kapital nun einmal in aller seiner Gefährlichkeit repräsentiert, es doch für Deutschland eine ungeheure Errungenschaft wäre, wenn die Welt der Hebräer mit Dank zu ihm aufblickt?! Überall erhebt die Hybris des rohsten, scheußlichsten Antisemitismus ihr greuliches Haupt, und angst erfüllt blicken die Juden — bereit, die Länder,

wo ihnen Gefahr droht, zu verlassen — nach einem Schützer. Nun wohlan, die ins Heilige Land Zurückgekehrten sollen sich Schutzes und Sicherheit erfreuen und beim Sultan werde ich für sie intervenieren, denn die Schrift sagt: Macht euch Freunde mit dem ungerechten Mammon; seid klug wie die Schlangen und ohne Falsch wie die Tauben.«

Hohenzoller trifft Hebräer

Zu Beginn der berühmten Orientreise Wilhelms II. kam es dann in Konstantinopel am 18. Oktober 1898 zu einer Audienz Herzls beim deutschen Kaiser, wobei der Hohenzoller dem Hebräer zum Thema Zionismus eröffnete:

»Darüber bin ich durch Ihr Buch genau unterrichtet. Das ist die Lösung. Es ist die einzig richtige. Ich bin ganz Ihrer Meinung.«

Am 23. November 1898 fand in Jerusalem eine zweite Vorsprache Herzls beim Kaiser statt. Wilhelm II. war in der Heiligen Stadt — wie überall auf seiner Reise durch das Morgenland — von den Massen begeistert begrüßt worden und hatte in Jerusalem die Erlöserkirche, das Augusta-Victoria-Hospiz auf dem Ölberg und die Dormitio-Kirche auf dem Zionsberg eingeweiht bzw. die Grundsteinlegung vollzogen (siehe hierzu die vorzügliche Arbeit des israelischen Historikers Prof. Alex Carmel „Der Kaiser reist ins Heilige Land. Die Palästinareise Wilhelms II. 1898“). Der mosaische Zionistenführer ersuchte den christlich-protestantischen Monarchen erneut, sich beim Sultan und muslimischen Kalifen in Istanbul für das jüdische Vorhaben im Gelobten Land zu verwenden. Die Antwort Wilhelms fiel nun dilatorischer aus, denn der Kaiser war bei der Hohen Pforte auf erheblichen Widerstand gegen das zionistische Projekt gestoßen. Womöglich hatte die deutsche Majestät nach den ihm erbrachten Jubelstürmen der ortsansässigen Bevölkerung aber auch Skrupel bei der Vorstellung, welches



1898: Theodor Herzl, Kaiser Wilhelm II. (vermutlich Fotomontage)

Schicksal den palästinensischen Arabern bei Verwirklichung des Herzl-Planes blühte.

Ebenfalls ohne durchgreifenden Erfolg versuchte es Herzl am 5. März 1900 noch einmal mit einer Eingabe beim badischen Großherzog, in welcher er, sollte das Deutsche Reich bei der Verwirklichung des zionistischen Projekts in Palästina helfen, verhielt:

»Ein deutsches Schutzgebiet würde geschaffen werden, ohne jedes Opfer, ohne Wagnis. Kleinasien unter deutschem Einfluss!«

Der mannigfach ins bundesrepublikanische „Netz“ involvierte Pfarrer Winfried Amelung (Chemnitz)

erläuterte in den „Israel Nachrichten“ vom 30. Oktober 1998 die bedeutsame Rolle eines christlichen Vorkämpfers des Zionismus — vermutlich sein großes Vorbild:

»Der Wiener Hofprediger Pfarrer William Hechler, einer der herausragenden Geistlichen des 19. Jahrhunderts, der von einer großen Liebe zu den Juden und einem starken Glauben an die Erfüllung alttestamentlicher Verheißungen getragen war, hatte für Herzls Missionen durch Vermittlung des Grafen von Eulenburg mehrfach bei Kaiser Wilhelm II. vorgesprochen. Der Kaiser scherzte damals mit Hechler: „Wollen Sie Außenminister im neuen Judenstaat werden?“«

Fanatisch begeistert von der Herzl-Bewegung, spinn besagter Hechler manchen Faden des ersten zionistischen Netzes in Mitteleuropa. Angeblich deutscher Herkunft, doch in England lebend, war er als anglikanischer Kaplan an die britische Botschaft in Wien gekommen; auch

verfügte er über glänzende Kontakte ins Deutsche Reich — bis hin zum Hofe der Hohenzollern in Berlin. Was (bzw. wer) genau den seltsamen Heiligen trieb, harrt noch historiographischer Aufklärung. Nach gegebenem Kenntnisstand glaubte er, er müsse der Bibel Gottes Gebot entnehmen, dass alle Juden der Welt nach Palästina gehörten, weshalb er sich für Herzls Bewegung geradezu zerriss. Dem badischen Großherzog, der derlei Zuflüsterungen zugänglich war, hatte Hechler bedeutet, bei Verwirklichung des Zionismus im Heiligen Land werde dem Fürsten „das Geheimnis der Bundeslade“ offenbar.

Kaiser Wilhelm II. aber habe, so „Netz“-Pfarrer Amelung, nicht aus Freundschaft oder gar Liebe zu den Juden eine Unterstützung des Zionismus erwogen, sondern nur, „um sie los zu werden“. Später habe der exilierte Kaiser den Bolschewismus als „den ausgestreckten Arm“ des internationalen Judentums bezeichnet und zur Befreiung der Menschheit „von der Pest“ gemahnt.



*Fanatischer Prozionist:
Hofprediger William Hechler*

In Zugzwang durch Balfour-Erklärung

Der zionistische Publizist und Historiker Efraim Gordon schrieb am 18. September 1998 in den „Israel Nachrichten“ über die weitere Entwicklung in der Zeit des Ersten Weltkrieges:

»Als Gegenstück zur britischen Balfour-Erklärung (November 1917) gab das wilhelminische Deutschland eine „Lichtheim-Deklaration“ heraus, so benannt nach dem deutschen Zionisten Richard Lichtheim ... Diese Deklaration versprach den Juden im Falle eines Sieges der Mittelmächte nicht nur eine Heimstätte in Palästina, sondern auch einen zumindest autonomen Staat innerhalb des osmanischen Reiches. Es wurde ein „Deutsches Komitee zur Förderung der jüdischen Palästinasiedlung“ gegründet, dessen Vorsitzender

der aus dem Baltikum stammende Volkswirtschaftler Prof. Dr. Carl Ballod wurde. Er verfasste eine Broschüre mit dem Titel „Palästina als jüdisches Ansiedlungsgebiet“.«

Ballod habe die Umsiedlung der jüdischen Massen in den Machtbereich des Osmanischen Reiches als „im Interesse Deutschlands und Österreichs liegend“ bezeichnet und zum Schluss seiner Ausarbeitung geschrieben:

»Die neue jüdische Siedlung in Palästina muss, wenn sie Bestand haben, wenn sie die in großzügiger Weise inaugurierte ethnische Wiedergeburt zu Ende führen soll, eine Gesellschaft freier Genossen, nicht eine solche von Herren und Knechten sein.«

Der vorerwähnte Richard Lichtheim (1885-1963), ab 1911 Redakteur des Zionisten-Zentralorgans „Die Welt“, ab 1917 Chef der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, 1919 Mitglied der zionistischen Delegation bei den Versailler Verhandlungen, 1933 in Berlin Gründer der radikalzionistischen „Jüdischen Staatspartei“, 1934 nach Palästina ausgewandert, im Zweiten Weltkrieg Vertreter der Jewish Agency in Genf, wo er, wie das „Neue Lexikon des Judentums“ schreibt,

»ein Netz von Kontakten im besetzten Osteuropa aufbaute«,

zählte zu jenen jüdischen Führern, die im Ersten Weltkrieg der politischen Spitze des Reiches in Berlin versichert hatten, das Weltjudentum sympathisiere mit der deutschen Sache.

In diese Kerbe schlug auch Nahum Goldmann, das spätere Oberhaupt der zionistischen Weltbewegung. Er verschaffte sich im Ersten Weltkrieg mit einer überaus germanophil anmutenden Schrift „Der deutsche Krieg“ (geschrieben fast im Stil von „Am deutschen Wesen mag die Welt genesen“) einen Einflussposten in der Propagandaabteilung des Berliner Auswärtigen Amtes, wo er camoufliert für sein Herzensziel, Eretz Israel, wirkte, und stieg schließlich sogar

zum Leiter einer Abteilung für jüdische Angelegenheiten im deutschen Außenministerium auf.

Durch die prozionistische britische Balfour-Erklärung sei Berlin in Zugzwang geraten, weil man eine weitgehende Solidarisierung „des Weltjudentums“ mit dem Feind befürchtete, schreibt Francis Nicosia in seinen Betrachtungen zur frühen Vorgeschichte von Haavara.

Hintergrund: Der britische Außenminister Balfour hatte in der nach ihm benannten Deklaration vom 2. November 1917 dem Lord Lionel aus der berühmten (hin und wieder auch berüchtigten) jüdischen Gelddynastie der Rothschilds versprochen, dass England „größte Anstrengungen“ zur Unterstützung der zionistischen Bestrebungen in Palästina unternehmen werde. London hatte sich allerdings zwei Jahre zuvor gegenüber den Arabern und 1916 gegenüber den Franzosen (Sykes-Picot-Abkommen über die Aufteilung des Osmanischen Reiches) zu ziemlich genau dem Gegenteil verpflichtet. Und noch 1903 hatte Englands Außenminister Joseph Chamberlain ein Gebiet im östlichen Zentralafrika als jüdische Heimstatt empfohlen. Theodor Herzl brachte diesen „Uganda-Plan“ umgehend vor das Plenum des 6. Zionistenkongresses, wo er sogar eine Mehrheit bekam. Bald darauf schon gelang es allerdings der Palästina-Fraktion im Zionismus, diesen Ansatz zur Lösung der Judenfrage zu torpedieren.

Nicosia fährt über die Entwicklung der reichsdeutschen Position 1917/18 fort:

»Nach einer Aussprache im Außenministerium entschloss sich die deutsche Regierung, ihren osmanischen Verbündeten unter Druck zu setzen und ihn zu einer Erklärung zugunsten der zionistischen Ziele in Palästina zu veranlassen. Die Hohe Pforte willigte am 12. Dezember 1917 widerstrebend ein. Eine ähnliche Erklärung war am 21. November von der Regierung der k. u. k. Monarchie abgegeben worden. Berlin folgte mit einer eigenen Erklärung am 5. Januar 1918.«

Das Pro-Palästina-Komitee

Flankierend sei, so Nicosia weiter, zu Beginn des Jahres 1918 im Berliner Auswärtigen Amt unter der Leitung von Professor Moritz Sobernheim (bedeutender Epigraphiker, Vizechef des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes) eine „Sonderabteilung für jüdische Fragen“ eingerichtet worden. Und im Mai 1918 sei es dann „mit voller Unterstützung der deutschen Regierung“ zur Gründung des Deutschen Komitees zur Förderung der jüdischen Palästinasiedlung, des schon erwähnten „Pro-Palästina-Komitees“, gekommen. Dieses verkündete:

»Die zionistischen Bemühungen, in Palästina eine nationale Heimstatt zu schaffen, sind zu fördern. Die jüdische Siedlung in Palästina ist ein Ereignis von großer geschichtlicher Bedeutung, welches für die Politik Deutschlands von außerordentlichem Interesse sein muss.«

Im Manifest des Komitees hieß es, die „jüdische Palästinaabewegung“ sei

»ein hervorragendes Mittel für die Ausbreitung der deutschen Kultur und jüdischen Volkswesens und für den Fortschritt menschlicher Wohlfahrt und Gesittung«.

Über die Zusammensetzung des Komitees notiert Nicosia:

»Die Mitglieder bestanden aus Juden und Nichtjuden, Konservativen, Liberalen und Sozialisten, Philo- und Antisemiten, als auch aus wichtigen Persönlichkeiten der Regierung, Wissenschaftlern und Schriftstellern. Darunter befanden sich Philipp Scheidemann, Gustav Noske und Max Cohen-Reuß von der SPD, Matthias Erzberger, der Führer der katholischen Zentrumspartei, und Graf Kuno von Westarp von den Konservativen. Weitere Mitglieder waren Reichstagspräsident Konstantin Fehrenbach und Gelehrte und Verleger wie Otto Auhagen, Georg Cleinow, Hans Delbrück, Adolf Grabowsky, Otto

Hoetzsch, Ernst Jäckh, Karl Meinhof, Werner Sombart und Max Weber.«

Dass sich sogar Antisemiten im Komitee engagieren konnten, leuchtet insofern ein, als das Verschwinden möglichst vieler Juden aus dem Reich auch ihr Anliegen war. Schon der aus den Abruzzen stammende Franziskanerprediger Johannes von Capestrano (1386-1456), einer der rüdesten Hebräerfeinde seiner Zeit, hatte einen Plan für den Judenexodus nach Übersee entworfen.

„Anspruch auf die deutschen Sympathien“

Kurz nach Ende des Ersten Weltkriegs kamen die Aktivitäten des Pro-Palästina-Komitees zum Erliegen. Doch 1926 wurde, wie John F. Oppenheims „Lexikon des Judentums“ (1971) schreibt,

»nach dem Vorbild ähnlicher Einrichtungen in Belgien, Bulgarien, England (Parliamentary Palestine Committee, Palestine Mandate Society), Frankreich (France-Palestine, Comité français des amis de Sionisme), Italien, Österreich, Rumänien und Ungarn«,

eine Wiedergründung vollzogen. Im Programm des reanimierten Gremiums hieß es nun:

»Das Deutsche Komitee Pro Palästina zur Förderung der jüdischen Palästinasiedlung wird in der Überzeugung, dass der Aufbau der im Palästina-Mandat vorgesehenen Heimstätte für das jüdische Volk als ein Werk menschlicher Wohlfahrt und Gesittung Anspruch auf die deutschen Sympathien und die tätige Anteilnahme der deutschen Juden hat, bemüht sein, die deutsche Öffentlichkeit über das jüdische Kolonisationswerk in Palästina aufzuklären, die Beziehungen zwischen Deutschland und Palästina zu pflegen und allgemein die Erkenntnis zu verbreiten, dass das jüdische Aufbauwerk in Palästina ein hervorragendes Mittel für die wirtschaft-

liche und kulturelle Entwicklung des Orients, für die Ausbreitung deutscher Wirtschaftsbeziehungen und für die Versöhnung der Völker ist.«

Zwölf Mitglieder des ursprünglichen Pro-Palästina-Komitees waren wieder mit dabei:

Otto Auhagen,
Georg Bernhard,
Robert Breuer,
Otto Eberhard,
Adolf Grabowsky,
Otto Hoetzsch,
Ernst Jäckh,
Karl Meinhof,
Lothar Meyer,
Werner Sombart,
Ludwig Stein,
Oskar von Truppel.

Den Vorsitz übernahm nun Johann Heinrich Graf Bernstorff von der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP), 1908-1917 Botschafter des Reiches in den USA, in der Weimarer Zeit Präsident der deutschen Völkerbundliga. Auch noch weitaus rechtere Politiker, solche nämlich aus der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), mischten mit. Namhafte herkunftsjüdische (Reichsminister a. D. Dr. Bernhard Dernburg, SPD-Politiker Eduard Bernstein), halb-jüdische (Carl Wilhelm Petersen, der Bürgermeister von Hamburg), jüdisch verheiratete (Thomas Mann, Max Slevogt) und nichtjüdische Persönlichkeiten engagierten sich im Komitee. Zu den Letztgenannten zählten zwei Kanzler der Weimarer Republik (Konstantin Fehrenbach vom Zentrum, Hermann Müller von der SPD) und ein Kanzler der späteren Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer (damals katholische Zentrumspartei). Ein Netz also, das es in sich hatte.

Im offiziellen

»Tätigkeitsbericht des Deutschen Komitees zur Förderung der jüdischen Palästinasied-

lung für die Zeit vom 1. Februar 1928 bis 31. Januar 1929«

findet man folgende Auflistung der führenden Männer der Bewegung:

EHRENAUSSCHUSS:

Preußischer Kultusminister Prof. Dr. Karl Heinrich Becker,
preußischer Ministerpräsident Dr. h. c. Otto Braun,
Professor Dr. Albert Einstein,
Geheimer Regierungsrat und Mitglied der Permanenten Mandatskommission des Völkerbundes Ludwig Kastl,
Generalkonsul Eugen Landau,
Reichstagspräsident Paul Löbe,
Staatssekretär in der Reichskanzlei Dr. Hermann Pünder,
Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Karl von Schubert,
Direktor der Deutschen Bank Oscar Wassermann,
Staatssekretär des Preußischen Staatsministeriums Dr. Weismann.

PRÄSIDIUM:

Botschafter a. D. Graf Bernstorff (Vorsitzender),
Ministerialdirektor Dr. Hermann Badt,
Rabbiner Dr. Leo Baeck,
Mitglied des Reichstages Prof. D. Dr. Dr. J. V. Bredt,
Mitglied des Reichstages Dr. Rudolf Breitscheid,
Vorsitzender der Zionistischen Vereinigung für Deutschland Kurt Blumenfeld,
Regierungspräsident Dr. Hermann Haussmann,
Mitglied des Reichstages Professor Dr. O. Hoetzsch,
Ministerialdirigent im Auswärtigen Amt Hartmann Freiherr von Richthofen,
Geheimer Konsistorialrat Prof. Dr. Ernst Sellin,
Legationsrat Prof. Dr. M. Sobernheim,
Kommerzienrat Konsul Dr. W. Sobernheim.



Förderer der zionistischen Palästinapläne: Die Reichsaussenminister Rathenau (links) und von Neurath

Francis Nicosia über die weitere Entwicklung:

»Bis zum Jahre 1932 sicherte sich das Komitee die aktive Unterstützung von 217 der bekanntesten und wichtigsten deutschen Juden und Nicht-Juden ... Es förderte auch eifrig die prozionistische Politik der deutschen Regierung, freundschaftliche Beziehungen mit der zionistischen Weltorganisation zu pflegen.«

Hilfestellung aus der Regierung sei dem Komitee vor allem vom Auswärtigen Amt und hier insbesondere von den Außenministern Rathenau, Stresemann und von Neurath geleistet worden. Den mehreren Besuchen von Dr. Chaim Weizmann und anderer Führer des Welt-Zionismus in Berlin habe das AA „beachtliche Bedeutung beigemessen“.

Weitere Netzwerke in Weimarer Zeit

Neben dem Pro-Palästina-Komitee gab es zur Weimarer Zeit noch zwei weitere Netzwerke, in denen Juden und Nichtjuden eng zusammenwirkten: Der Deutsche Volksgemeinschaftsdienst und der Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Beim Deutschen Volksgemeinschaftsdienst, der auch im Gewande „Büro Wilhelmstraße“ oder „Ausschuss für Volksaufklärung“ in Erscheinung trat, handelte es sich um eine „getarnte Propagandastelle“, so der jüdische Historiker Arnold Paucker, der über die Arbeit der Gruppierung mehrere aufschlussreiche Studien veröffentlicht hat („Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik“, Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte, Band IV, Hamburg 1968; „Die Abwehr des Antisemitismus in den

Jahren 1893-1933", im Sammelband „Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust“, Frankfurt am Main/New York 1985; „Jüdischer Widerstand in Deutschland“, Beiträge zum Widerstand 1933-45, Heft 37, Berlin 1989).

„Dienst“/„Büro“/„Ausschuss“ kooperierten eng mit dem jüdischen Centralverein (CV), der wichtigsten seinerzeitigen Vereinigung der Israeliten im Deutschen Reich. Über die Initiatoren der „getarnten Propagandastelle“ schreibt Paucker:

»Sie wussten bereits 1929, dass man dem Nazismus nur mit einem militanten und massiven jüdischen Gegenangriff begegnen könne.«

Wobei es darauf angekommen sei,

»dass der jüdische „Pferdefuß“ selbstverständlich nicht in Erscheinung treten sollte.«

Weshalb man sich hinter allen möglichen Parteien und Institutionen verschanzte, um Politik und Medien zu beeinflussen. Ausgefeilte Tricks bestanden z. B. darin, judenkritische oder -feindliche Organe mit angeblich authentischen, in Wahrheit aber maßlos aufgebauscht oder frei erfundenen Nachrichten über die „jüdische Gefahr“ zu füttern, welche rasch als Lügen platzten und die Glaubwürdigkeit der betroffenen Medien erschütterten. Auch setzte man Gerüchte über „jüdische Herkunft“ bzw. „jüdische Finanzierung“ antisemitisch agierender Politiker, nicht zuletzt Hitlers, in Umlauf, um diese bei ihren Anhängern unmöglich zu machen. Manche dieser kuriosen Geschichten „lebt“ heute noch. Man infiltrierte das judenfeindliche Lager mit Agents provocateurs oder V-Leuten. Mit Geld versuchte man, den Spaltwurm bei den Antisemiten zu züchten, was relativ am erfolgreichsten war, denn die Gruppen zerfielen meist selbst. Eine weitere wichtige Aufgabe der jüdischen Propagandastelle bestand darin, Medien und Veranstaltungen der gegnerischen Szene mit Argusaugen zu überwachen und jede sich bietende Gelegenheit zu nutzen, die „andere Feldpostnummer“ in Gerichtsverfahren zu verwickeln.

Die Geldmittel stammten hauptsächlich von jüdischen Geschäftsleuten. Zuständig für Finanzbeschaffung im getarnten anti-antisemitischen Feldzug war der Centralvereins-Funktionär Julius Bamberger, Eigentümer einer Warenhauskette mit Hauptsitz in Bremen. Als Chefs der Propagandastelle mit Zentrale in der Berliner Wilhelmstraße wirkten Hans Reichmann (CV-Syndikus), Walter Gyßling (Verfasser von „Der Anti-Nazi“, einer „geballten Ladung“ gegen die NSDAP, gemixt aus Wahrheiten und Horrorstories) und Adolf Rubinstein (alias „Stone“, so sein Tarnname). Zu den Hauptberatern gehörte der aus Russland stammende Sozialist Serge Chakotin, von Haus aus Biologe. Von ihm weiß Paucker:

»Er baute sein Propagandasystem auf Pawlows Reflextheorie auf.«

Chakotin erfand beispielsweise die drei Pfeile der roten „Eisernen Front“ als allgemeines „Antifa-Symbol“.

Letztlich aber erwiesen sich die Genannten ihrem wichtigsten Widerpart, dem mit allen propagandistischen Wassern gewaschenen Dr. Joseph Goebbels, als hoffnungslos unterlegen.

Der Abwehrverein

Der Verein zur Abwehr des Antisemitismus (kurz auch nur „Abwehrverein“ genannt) war bereits 1890 ins Leben getreten. Er setzte sich vor allem aus bürgerlichen jüdischen, herkunfts-jüdischen und nichtjüdischen Persönlichkeiten zusammen. Hauptorgan waren die so genannten „Abwehrblätter“. Auch gab man ein „Abwehr-ABC“ heraus mit dem Ziel, die Argumente bzw. Behauptungen der Antisemiten samt und sonders zu widerlegen. Zu den Berühmtheiten, die in den Reihen des Vereins standen, zählten

- Theodor Barth,
- _ Otto Landsberg,
- _ Heinrich Mann,
- _ Theodor Mommsen,

– Hugo Preuß.

Zur Weimarer Zeit wirkten Georg Gothein (bis 1930) und in dessen Nachfolge Heinrich Krone als Vorsitzende des Abwehrvereins. Gothein (Vater jüdischer Herkunft, nichtjüdische Mutter) war politisch ein Rechtsliberaler. Er gehörte nach Ende des Ersten Weltkrieges zu den Gründern der DDP, trat 1919 aus Protest gegen das Versailler Siegediktat von seinem Amt als Reichsschatzminister zurück. Im Dritten Reich blieb er unbehelligt. Er starb 1940 in Berlin.

Heinrich Krone, nichtjüdisch, war in Weimarer Zeit Vizeregensekretär der katholischen Zentrumspartei und Reichstagsabgeordneter. Im Zuge der allgemeinen Verhaftungswelle nach dem 20. Juli 1944 kam er zeitweise hinter Gitter. 1945 gehörte er zu den Gründern der CDU, alsbald zum engsten Kreis um Adenauer. 1955-61 stand er an der Spitze der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. Von 1961 bis 1966 war er Bundesminister ohne Portefeuille. Hochbetagt starb er 1989 in Bonn.

»In groteskem Kontrast zu seiner 43-jährigen Geschichte«,

findet das „Neue Lexikon des Judentum“, sei der Verein zur Abwehr des Antisemitismus im Juli 1933 von der politischen Bildfläche abgetreten. Das jüdische Nachschlagewerk weiter:

»Die Versuche, sich mit der NS-Herrschaft zu arrangieren — so erließ der Verein am 27. März 1933 eine Deklaration gegen die ausländische „Greuelpropaganda“ und betonte in seinem „Abschiedswort“, dass er die Maximen des Vereins durch die neue Führung gewährleistet sehe — bildeten das Ende.«

Zur abgewogenen Beantwortung der Frage, ob die Deutschen „Auschwitz voraussehen“ konnten oder beabsichtigten Völkermord an Juden hätten zumindest erahnen müssen, dürfte nicht nur diese Information von Wert sein, sondern auch dass

— mit Heinrich Krone immerhin sogar der Chef des traditionsreichen Vereins zur Abwehr

des Antisemitismus im März 1933 als Reichstagsabgeordneter für Hitlers Ermächtigungsgesetz stimmte,

auch zwei der berühmtesten herkunftsjüdischen Reichstagsabgeordneten, Dr. Reinhold Quaatz (Deutschnationaler) und Prof. Dr. Friedrich Dessauer (Zentrumspartei), mit Ja votierten,

der Führer des Deutschen Rabbinerverbandes (und der B'nai B'rith-Logenvereinigung im Deutschen Reich), Dr. Leo Baeck, zur selben Zeit in aller Öffentlichkeit erklärte, der von der NS-geführten Reichsregierung verkündete „Kampf zur Überwindung des Bolschewismus und für die Erneuerung Deutschlands“ sei durchaus begrüßenswert; darin komme auch „eine Sehnsucht innerhalb der deutschen Juden zum Ausdruck“.

„Der glänzendste Aufstieg“

Die Zahl der Juden in Deutschland, die in Weimarer Zeit zur Umsiedlung nach Palästina aufbrachen, sei es, weil sie sich von Antisemiten vergraulen oder von Zionisten verlocken ließen, blieb extrem gering. Insgesamt waren es wenige Tausend. Schon gar nicht wollten die vielen hiesigen Juden, die stark vaterländisch für Deutschland empfanden, in den Vorderen Orient. Aus Osteuropa ins Reich zugeströmte Juden gingen, wenn sie denn weiterwanderten, lieber nach Amerika.

Wie tief die Verankerung vieler Juden in Deutschland ging, zeigt ein Bericht des langjährigen Oberhauptes der zionistischen Internationale, Dr. Nahum Goldmann. In seiner Autobiographie „Staatsmann ohne Staat“ (Köln 1970) schrieb er:

»Das jüdische Volk hatte an dem rapiden wirtschaftlichen Aufstieg des modernen kaiserlichen Deutschland vollen Anteil genommen, viel zu demselben beigetragen und sich eine zentrale Stellung in der deutschen Wirt-

schaft erobert. Von der wirtschaftlichen Position her gesehen konnte sich keine jüdische Minderheit in anderen Ländern, ja nicht einmal die amerikanische, mit den deutschen Juden messen. Sie waren mitführend in den Großbanken, wofür es nirgends eine Parallele gibt, und durch die Hochfinanz waren sie auch in die Industrie eingedrungen. Ein bedeutender Teil des Großhandels lag in ihren Händen und selbst in Wirtschaftszweigen, die sich sonst kaum in jüdischem Besitz befinden, wie Schifffahrt oder Elektroindustrie, waren sie in Deutschland führend; Namen wie Ballin oder Rathenau bezeugen das.«

Selbst in den USA sei es den Juden nicht gelungen

»in dem gleichen Maße in die zentralen Sphären der Wirtschaft (Stahl, Eisen, Schwerindustrie, Hochfinanz, Schifffahrt) einzudringen, wie dies in Deutschland der Fall war«.

Auch die Stellung der Juden im Geistesleben des zweiten Deutschen Reiches sei „beinahe einzigartig“ gewesen, heißt es bei Goldmann. Der Zionistenführer weiter:

»In der Literatur waren sie durch glänzende Namen vertreten. Das Theater lag zu einem erheblichen Teil in ihren Händen. Die Tagespresse, vor allem ihr international einflussreicher Sektor, war weitgehend in jüdischem

Besitz oder wurde journalistisch von Juden geleitet.«

Er zögere nicht zu behaupten, so Goldmann,

»dass kaum ein Teil des jüdischen Volkes von den Möglichkeiten, die die Emanzipation des neunzehnten Jahrhunderts eröffnet hatte, einen solchen Gebrauch machen konnte wie der deutsche.«

Die Geschichte der Juden in Deutschland ab Gründung des Bismarckreiches bis zu Hitler sei

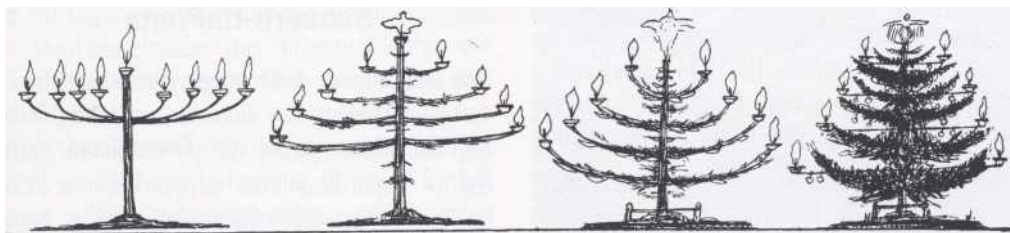
»wohl der glänzendste Aufstieg, der einem Zweig des jüdischen Volkes geglückt ist«.

Laut der US-jüdischen Historikerin Sarah Gordon („Hitler, Germans and the Jewish Question“, Princeton 1984) waren schon zur Kaiserzeit, 1905/06, an den reichsdeutschen Universitäten jeweils rund 25 Prozent der Studenten des Rechts und der Medizin sowie 34 Prozent der Doktoranden in den philosophischen Fakultäten Juden, standen 1923 in Berlin 150 jüdischen Privatbanken ganze 11 in nichtjüdischen Händen gegenüber und waren Ende 1932 rund 85 Prozent der Makler an der Berliner Börse Juden.

Auch bei Textil und Zelluloid ...

Der als Jude vor Hitler emigrierte US-Geschichtspräsident Arno J. Mayer schreibt in seinem Buch „Der Krieg als Kreuzzug. Das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die

Darwinistisches.



Wie sich der Chanukaleuchter des Ziegenfellhändlers Cohn in Pinne zum Christbaum des Kommerzienrats Conrad in der Tiergartenstraße (Berlin W.) entwickelte.

Zionistische Spottzeichnung („Schlemiel“, Januar 1904) gegen das Assimilationsjudentum

„Endlösung“ (Reinbek 1989) über die Zeit unmittelbar vor Hitlers Machtübernahme:

»Über 40 Prozent des deutschen Textilgroßhandels und über 60 Prozent aller Groß- und Einzelhandelsbetriebe der Konfektionsbranche waren in jüdischer Hand. Ihre Präsenz in diesem Bereich, besonders im Bekleidungs-Einzelhandel, wog um so schwerer, als gegen Ende der zwanziger Jahre jüdische Kaufhäuser und Ladenketten, deren Personal zudem ebenfalls überwiegend jüdisch war, dieses Marktsegment zu beinahe 80 Prozent beherrschten.«

Nicht zuletzt am deutschen Film der Weimarer Zeit lässt sich Goldmanns Aussage vom „glänzendsten Aufstieg“ belegen. In Hans Borgelts mit einem Vorwort von Volker Schlöndorff versehenem Buch „Die Ufa, ein Traum — 100 Jahre deutscher Film“ (Berlin 1993) wird ein Zahlenspiegel aus der Weimarer Endphase ausdrücklich als zuverlässig bezeichnet, der auf Untersuchungen des Statistikers Dr. Jason beruhte und in der Publikation „Film-, Kunst, Film-Cohn, Film-Korruption“ der Autorentroika Neumann/Belling/Beltz veröffentlicht wurde:

»1930: Von 146 Drehbüchern für Spielfilme wurden 96 von jüdischen Autoren geschrieben, also 66 Prozent. 1931: 144 Drehbücher, davon 119 von jüdischen Autoren = 83 Prozent. 1932: 130 Drehbücher, davon 92 von jüdischen Autoren = 71 Prozent.

1930: 146 Spielfilme wurden von 81 Regisseuren inszeniert. Von diesen waren 35 Juden, also 43 Prozent. 1931: 144 Spielfilme — 83 Regisseure. Davon 40 Juden = 48 Prozent. 1932: 130 Spielfilme. 72 Regisseure. Davon 34 Juden = 47 Prozent.

1930: Von 146 Spielfilmen wurden 78 von Juden inszeniert, also 53 Prozent. 1931: Von 144 Spielfilmen 77 von Juden inszeniert — 53 Prozent. 1932: von 130 Spielfilmen 62 von Juden inszeniert = 48 Prozent.

1930: 101 Tonfilme wurden von 50 Komponisten vertont. Davon waren 31 Juden. Also 62 Prozent. 1931: 142 Tonfilme — 64 Komponisten. Davon 39 Juden = 61 Prozent. 1932: 129 Tonfilme — 49 Komponisten. Davon 22 Juden = 45 Prozent.

1930: Von 146 Spielfilmen wurden 128 von Firmen mit jüdischen Inhabern produziert = 88 Prozent. 1931: 144 Spielfilme — 120 jüdische Firmen = 83 Prozent. 1932: 130 Spielfilme — 112 jüdische Firmen = 86 Prozent.

1930: Von 63 deutschen Produktionsfirmen standen 44 unter jüdischer Leitung = 70 Prozent. 1931: 67 Produktionsfirmen — 41 jüdische = 61 Prozent. 1932: 64 Produktionsfirmen — 45 jüdische = 70 Prozent.

1930: Von 29 Verleihfirmen in Deutschland waren 23 in jüdischem Besitz = 79 Prozent. 1931: 28 Verleihfirmen — 24 jüdisch = 86 Prozent. 1932: 26 Verleihfirmen — 21 jüdisch = 81 Prozent.«

Vorgenannte Fakten widersprechen nicht nur dem bösartigen antisemitischen Unfug vom Juden als angeblich nicht schöpferisch veranlagten Menschen. Sie widerlegen auch die Propaganda etwa eines Daniel J. Goldhagen. Wären nämlich die Deutschen traditionell und von Grund auf wirklich ein Volk von Judenhasern, sogar mit eliminatorischer Neigung, hätte es den „glänzendsten Aufstieg“ in Deutschland schwerlich geben können.

Scheerit HaPleita

Wie auch immer: Nach einem halben Jahrhundert Bemühungen der Zionisten um einen Auszug der Kinder Israel aus Deutschland nach Nahost, nach 30 Jahren Herrschaft Kaiser Wilhelms II., der „Juden loswerden“ wollte, nach den ganzen Anstrengungen des Pro-Palästina-Komitees in 15 Weimarer Jahren und auch nach zwölf Jahren Diktatur Hitlers, davon die erste Hälfte mit Haavara, die zweite mit den

Menscheitsverbrechen des Holocaust, hielten sich rundgerechnet ebenso viele Juden in Deutschland auf wie zuvor.

Neben den Überlebenden der massenverschlingenden Todes-KZ handelte es sich beim „Scheerit HaPleita“ (hebr.: davongekommener, geretteter Rest), so die Eigenbezeichnung, um Personen, die Bombardierungen und Vertreibungsuntaten überstanden hatten (von solchen Siegesverbrechen waren auch viele jüdische Menschen betroffen), zahlenmäßig aber vor allem um Juden aus Osteuropa, die man in der Kriegszeit ins Reich verschleppt oder die es sonst hierher verschlagen hatte.

Ab Ende 1945 gab es zudem einen massiven jüdischen Flüchtlingsstrom aus Osteuropa nach Deutschland, insbesondere aus Polen, wo sich der traditionell heftige Antisemitismus wieder einmal gewalttätig entlud. In seinem 1994 in Köln erschienenen Werk „Zum Kampf auf Leben und Tod! Das Buch vom Widerstand der Juden 1933-1945“ schreibt der jüdisch-zionistische Zeitgeschichtsforscher Arno Lustiger:

»In der Nachkriegszeit kam es zu wütenden Pogromen in Polen, etwa in Krakau, Chelm und Rzeszow; der dramatischste Zwischenfall ereignete sich im Juli 1946 in Kielce. Abram Bocian, der als Partisan tapfer gegen die Deutschen gekämpft hatte, wurde in seinem Heimatdorf Paraczew von antisemitischen Polen erschossen. Auch Leon Felhendler, einer der beiden Führer des Aufstandes im Lager Sobibor, wurde in Lublin ermordet. Die Überlebenden des Holocaust waren den nichtjüdischen Polen alles andere als willkommen.«

Die Zahl der in der Nachkriegsphase von Osteuropa nach Deutschland geströmten Juden wird in jüdischen Quellen auf bis zu 200 000 geschätzt (siehe z. B. Cilly Kugelmann in: „Auschwitz. Gedenken, Rezeption, Wirkung“, herausgegeben vom Fritz Bauer Institut, Frankfurt am Main/New York 1996).

Die Juden in Nachkriegsdeutschland waren fast samt und sonders in Lagern für so genannte „Displaced Persons“ („Heimatlose“) untergebracht. In der US-amerikanischen Besatzungszone befanden sich die größten DP-Lager in

- Pocking,
- Bad Reichenhall,
- Landsberg am Lech,
- Wetzlar,
- Föhrenwald, Kreis Wolfratshausen.

Über Probleme, die sich im Zusammenhang mit diesen Einrichtungen ergaben, liegen zahlreiche, in der Zeitgeschichtsschreibung noch kaum thematisierte Dokumente der alliierten Militärverwaltungen, jede Menge Unterlagen vor allem der Military Police, und diverser deutscher Behörden vor. Mit der Geschichte der DP-Lager aus jüdischem Blickwinkel hat sich der Publizist Jim G. Tobias befasst, wovon beispielsweise sein lesenswertes Buch „Vorübergehende Heimat im Land der Täter. Jüdische DP-Camps in Franken 1945-49“ (Nürnberg 2002) zeugt.

Manchen Aufschluss, allerdings ebenfalls stark durch die zionistische Brille betrachtet, gibt auch Michael Brenners „Nach dem Holocaust.“



Jim G. Tobias

Vorübergehende Heimat im Land der Täter
jüdische IPI'-Camps in Franken 1945-1949

Juden in Deutschland" (München 1995). Der Verfasser hat jüdische Geschichte an der zionistisch orientierten Brandeis-Universität in Massachusetts/USA gelehrt und ist auch gleichermaßen an der Münchner Universität hervorgetreten. 1999 erhielt er „für seine Verdienste um die zionistische Idee“ aus der Hand des Chefs der Zionistischen Organisation in Deutschland (ZOD), Robert Guttman, den WZO-Preis der World Zionist Organization.

„Ein verzweigtes Netz“

Im „Neuen Lexikon des Judentums“ heißt es über die Juden in Deutschland in der Post-Hitler-Phase:

»Bereits in den ersten Nachkriegsmonaten knüpften sie ein verzweigtes Netz von Selbstverwaltungsorganisationen. Im Juli 1945 fand die konstituierende Versammlung statt, im Januar 1946 der erste Kongress des „Zentralkomitees der befreiten Juden in der Amerikanischen Besatzungszone“. Die politische Arbeit wurde in den Dienst eines jüdischen Staates gestellt ... Die Komitees arbeiteten eng mit der Jewish Agency und ihrer Geheimorganisation „Mossad le Alija Bet“ („Büro für illegale Einwanderung nach Palästina“) zusammen.«

Zunächst war es dem jüdisch-zionistischen Netz in Nachkriegsdeutschland darum zu tun, die restlose Trennung der eigenen Leute von DPs aus anderen Völkern durchzusetzen, die Lebensbedingungen in den Lagern zu verbessern und die Überwachung durch alliierte Soldaten zu beseitigen. Hierfür wurde mit Hilfe US-amerikanischer Freunde eine massive Kampagne gestartet, wobei man sogar eine Ähnlichkeit der DP-Behandlung mit jener in Hitlers KZ behauptete. Russen, Ukrainer, Polen, Balten usw., mit denen Juden zusammen untergebracht waren, begegneten dem US-Publikum in Medien nun als brutale Antisemiten, vor denen man die

Bedrohten in Schutz nehmen und von denen man sie separieren müsse.

US-Präsident Truman, der sich jüdisch-zionistischen Anliegen gegenüber meist sehr aufgeschlossen zeigte (wiewohl er — so zeigt es sein 2003 publiziertes Tagebuch aus der Nachkriegsphase — sich seinen Teil dabei dachte, und zwar einen wenig philosemitischen), beauftragte am 22. Juni 1945 den prozionistischen Dekan der juristischen Fakultät der Universität von Pennsylvania, Earl G. Harrison, mit der Untersuchung der Lebensbedingungen der DPs in Deutschland. Nach einer Inspektionsreise durch die Lager in der US-Zone lieferte der Rechtsgelehrte am 24. August 1945 seinen Bericht, den „Harrison-Report“, ab. Darin hieß es:

»Es erscheint so, als ob wir die Juden so behandeln, wie es die Nazis taten, wenn man davon absieht, dass wir sie nicht vernichten. Sie befinden sich zu großen Teilen in Konzentrationslagern unter der Bewachung unserer Militärposten anstelle der SS. Man muss wohl oder übel auf den Gedanken kommen, die Deutschen, die das mit ansehen, könnten annehmen, wir würden Nazi-politik betreiben oder doch zumindest gutheißen.«

Als Konsequenz der Zusammenlegung von Juden und Nichtjuden, besonders mit Polen, Ukrainern und Balten, die zum Antisemitismus neigen würden, seien tätliche Auseinandersetzungen zu befürchten, fuhr Harrison fort und empfahl die aparte Unterbringung der Israeliten.

Die Juden bekamen darauf hin ihre eigenen Lager (als erstes das im oberbayerischen Feldafing), in denen sie bzw. ihre zionistischen Führer frei schalten und walten konnten.

Ein Hemmschuh besonderen Gewichts allerdings war noch George Patton, der US-Militär-gouverneur in Bayern. Der bedeutendste amerikanische Panzergeneral, vier Sterne auf der Schulterklappe und Haudegen sondergleichen

(Spitzname: „Blood and Guts“), der so viel wie kein anderer westallierter Militär zum Sieg über Hitlerdeutschland beigetragen hatte, wandelte sich — begeistert von der Kampftüchtigkeit der Wehrmacht, beeindruckt von der eisernen Disziplin der bezwungenen Deutschen — vom Verfechter eines glühend hasserfüllten Antigermanismus zum „Deutschland-Fan“. Auch wollte er die rasche Beendigung der „Entnazifizierung“. Am 31. August 1945 schrieb er ins Tagebuch:

»In Wirklichkeit sind die Deutschen das einzige anständige in Europa lebende Volk.«

Im gleichen Maße, wie sich seine Empfindungen für die Deutschen aufhellten, steigerten sich Pattons ohnehin schon prinzipiell ungemütlichen Gefühle für die Juden zu einem harschen Antisemitismus. Was er über die Hebräer sagte und schrieb, hätte wohl zumindest teilweise Julius Streicher aufjauchzen lassen. Die DP-Juden in Deutschland gingen dem General „als gefährlicher Unruheherd“ so auf die Nerven, dass er sie möglichst rasch und allesamt nach Osten schaffen lassen wollte. Im Juli 1945 befahl er, wohl als Einstieg für weitergehende Maßnahmen, den Abtransport der Juden aus dem DP-Lager Buchberg nach Polen. Das löste heftigste jüdische Proteste aus (auch die Polen „bedankten sich“) und wurde von Washington schließlich untersagt.

Das Problem Patton erledigte sich plötzlich und unerwartet, als sein Jeep im Dezember 1945 nahe bei Mannheim von einem mit hoher Geschwindigkeit herandonnenden Lkw zermalmt wurde und der General dabei zu Tode kam. Der mörderische Zusammenstoß kam offiziell als Verkehrsunfall zu den Akten.

Netzwerk „Bricha“

Als eines der zahlenmäßig stärksten jüdischen Zentren der Welt war Nachkriegsdeutschland der Führung des internationalen Zionismus

wichtig genug, dass sie von dort aus Weichen für die Schaffung Israels stellte. David Ben-Gurion, „Gründervater“ des Judenstaates, bereiste im Herbst 1945 das besetzte Deutschland, um sich die Besten unter den dort befindlichen Abstammungsgenossen für die Verwirklichung seines epochalen Projekts herauszusuchen.

In München fand dann am 27. Januar 1946 eine wichtige Vorbereitungskonferenz zur Gründung Israels in Ben-Gurions Beisein statt. Stätte dieser „Conference of liberated Jews“ unter Leitung von Zalman Grinberg, eines „begeisterten Zionisten“ (Brenner) aus Litauen, war das Rathaus. Zu den maßgeblich Beteiligten zählte Gideon Rafael (eigentlich Gerhard Ruffer; geboren 1913 in Berlin, seit 1934 in Palästina), der nachmalige Chefdelegierte Israels bei der UNO, Botschafter bei der Europäischen Gemeinschaft und Staatssekretär.

Vor allem organisierte die Zionistische Internationale im niedergezwungenen Deutschland das Netzwerk „Bricha“ (hebräisch: „Flucht“). Ziel war, so viel wie möglich der dort befindlichen Juden nach Nahost zu schaffen. Denn die „Geburt“ Israels stand ja bevor. Österreich wurde zum wichtigsten Transit-Territorium und das Wiener Rothschild-Spital das größte Durchgangslager (siehe: Thomas Albrich, „Exodus durch Österreich. Die jüdischen Flüchtlinge 1945-1948“, 1987; ders.: „Salzburg — Drehscheibe des jüdischen Exodus 1945-48“, Innsbruck 1997).

»Auf Schleichwegen nach Eretz Israel«

(ins Gelobte Land der Zionisten also), so lautete die Schlagzeile eines Artikels von Reuven Asor, der am 11. Juni 1999 in den „Israel Nachrichten“ erschien. Der zionistische Publizist schrieb darin über die Nachkriegsjahre:

»Mehr als dreihundertfünfzigtausend Juden benutzten die halbgeheimen Schleichpfade über den Loibl- und Brenner-Pass, um aus Deutschland in die italienischen Häfen Brindisi, Bari, Tarent, La Spezia und Santa Maria



David Ben-Gurion, 4. von rechts, beim Münchner Kongress des 27. Januar 1946. Als 3. von links im Bild: Dr. Samuel Gringauz, Oberhaupt der DP-Juden von Landsberg/Lech.

della Croce zu gelangen ... Von dort wurden die Menschen illegal mit Schiffen nach Palästina gebracht.«

Assors Schätzung (350 000) ist eher hoch. In jüdisch-zionistischen Quellen liest man sonst meist Angaben von ca. 200 000 bzw. 250 000. Hauptzielort der DP-Juden waren neben Palästina die USA, wo weit über fünfzigtausend landeten.

Es seien vor allem Soldaten der Jüdischen Brigade gewesen (also Juden, die in einer eigenen Formation im Zweiten Weltkrieg auf englischer Seite gekämpft hatten), die „bei dieser einzigartigen Auswanderung die Führung in die Hand genommen“ hätten, fuhr der Berichterstatter in den „Israel Nachrichten“ fort. An der Spitze der Organisation für die „heilige Arbeit“ habe — unter dem Decknamen „Arthur“ —

Ascher Ben-Nathan gestanden. Ihm zur Seite wirkten in der Bricha-Führung u. a. Ex-Brigadiers wie Motti Hod (nachmals Chef der israelischen Luftwaffe), Jani Avidow, Yehuda Golan und Aba Gefen (später Israels Botschafter in Rumänien). Die Arbeit für Bricha sei eine

»Eintrittskarte in die israelische Politik« gewesen, heißt es bei Assor.

Nicht von ungefähr tragen die 1970 erschienenen Lebenserinnerungen von Ascher Ben-Nathan den Titel „Davidstern und Deutschland“. Geboren in Wien, war er 1938 nach Palästina ausgewandert, wo er sich im Management der illegalen jüdischen Einwanderung vor allem aus dem Deutschen Reich betätigte. Ein enges Vertrauensverhältnis verband ihn mit David Ben-Gurion. Im Auftrag des israelischen Verteidigungsministeriums war Ben-Nathan nach



Bricha-Chef Ascher Ben-Nathan 1946

seiner Arbeit für das Bricha-Netzwerk in den 50er-Jahren an der Waffenbeschaffung aus Westeuropa, nicht zuletzt aus Westdeutschland, beteiligt. Von 1965 bis 1970 amtierte er als erster israelischer Botschafter in Bonn. Über lange Zeit wirkte er als Vorsitzender der Israelisch-Deutschen Gesellschaft, die eine entscheidende Funktion im „Netz“ hat.

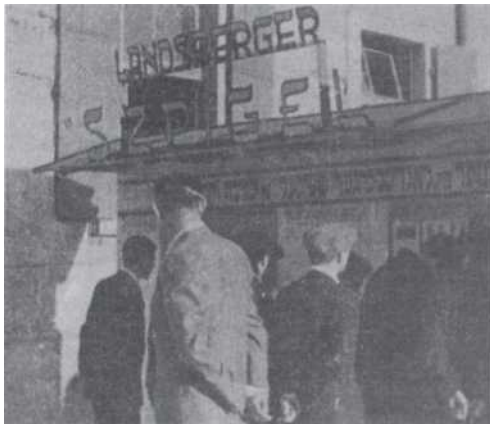
Die Engländer allerdings, Herrscher in Nahost, waren nach 1945 weiter entschlossen, den jüdisch-zionistischen Zustrom nach Palästina zu drosseln. Manche der vom Bricha-Mossad gecharterten oder sonstwie beschafften Schiffe mit Displaced Persons wurden von der Royal Navy im Mittelmeer aufgebracht; die betroffenen Juden kamen in stacheldrahtbewehrte Internierungslager, meist auf Zypern, wo zeitweise über 10 000 von ihnen festsaßen. Durch Roman und Verfilmung besonders bekannt geworden ist die Geschichte des Mossad-Schiffes

„Exodus“ mit viereinhalbtausend DPs ohne Visa an Bord, das im Sommer 1947 nicht in Haifa anlegen durfte; die Briten brachten die Juden nach Deutschland zurück.

Insbesondere Londons Außenminister Ernest Bevin, um die Wahrung britischer Interessen im arabisch-muslimischen Raum bemüht, trat bei der jüdischen Masseneinwanderung nach Palästina auf die Bremse, was ihn zu einem der bestgehassten englischen Politiker in der zionistischen Geschichtsschreibung werden ließ. Militante Zionisten, die schon für die Morde u. a. an Britanniens Palästinabeauftragten Lord Moyne und dem schwedischen Nahostvermittler Graf Bernadotte verantwortlich waren, setzten Bevin auf ihre „Abschussliste“. Zum Vollzug kam es allerdings nicht.

Keimzelle des Staates Israel

Zu einer nachkriegsdeutschen Keimzelle des Staates Israel entwickelte sich insbesondere das schon am 9. Mai 1945 auf dem Gelände der ehemaligen Saarbürgkaserne der Wehrmacht gegründete und erst Anfang 1951 endgültig aufgelöste jüdische DP-Lager von Landsberg am Lech. In der oberbayerischen Stadt an der Grenze zu Schwaben hatte im 18. Jahrhundert der geniale Baumeister Dominikus Zimmermann als Künstler und Bürgermeister gewirkt und Festungshäftling Hitler 1924 „Mein Kampf“ verfasst. Nach 1945 wurden im Landsberger War Criminal Prison der US-Amerikaner über hundert Deutsche aufgrund oft höchst fragwürdiger Schuldsprüche am Strang hingerichtet. Das Landsberger DP-Lager zählte anfänglich fast 7000, später durchschnittlich um die 5000, in der Schlussphase ca. 1000 Insassen. Ganz in der Nähe, im dafür geräumten Benediktinerkloster St. Ottilien, wo das „Ghettoorchester“ aus Kovno/Kaunas in Litauen schon Ende Mai 1945 ein Konzert für die DPs gegeben hatte (zum Abschluss erklang das Zionistenlied Hatik-



Im DP-Lager Landsberg

va, nachmals Israels Nationalhymne), fand am 25./26. Juli 1945 eine erste „Konferenz der befreiten Juden aller Zonen“ statt. Sie forderte

»die Anerkennung der Juden als Volk mit einem Anspruch auf eine eigene Heimat, die volle Entschädigung der Verluste an Leben und Besitz durch die Deutschen und die Autonomie für die jüdischen Lagerinsassen«.

Der jüdische Historiker Michael Brenner berichtet in „Nach dem Holocaust“ von einem „Aufsehen erregenden Ereignis nach Beendigung der Beratungen“ von St. Ottilien:

»Die 94 Delegierten begaben sich am Abend des 26. Juli in den Münchner Bürgerbräukeller und forderten dort, am symbolischen Schauplatz des Aufstiegs der Nationalsozialisten, inmitten entweihter Thorarollen, die auf dem Fußboden zerstreut lagen, die Erlaubnis zur Ausreise nach Palästina.«

Jacob Olejski, einer der Zionistenführer der DPs in Landsberg (Chef des Lagerkomitees war Samuel Gringauz, auch er strikt zionistisch), rief bei einer „Friedens-Siegeskundgebung“, die im Camp der Lechstadt am 24. August 1945 anlässlich der japanischen Kapitulation stattfand, aus:

»Nein, wir sind keine Polen, trotzdem wir in Polen geboren sind; wir sind keine Litauer,

auch wenn unsere Wiege einstmals in Litauen gestanden haben mag; wir sind keine Rumänen, wenn wir auch in Rumänien das Licht der Welt erblickt haben. Wir sind Juden! Wir fordern daher, dass für uns die Tore Palästinas weit geöffnet werden, damit wir dort als freies, unabhängiges und selbständiges Volk leben können.«

In dem vom jüdischen US-Major Irving Heymont als Vertreter der Besatzungsmacht kommandierten Landsberger Lager gaben von Anfang an die Zionisten den Ton an. Propaganda für Eretz Israel und die Übersiedlung nach Palästina war an der Tagesordnung — verbreitet auch durch die von einem aus Litauen stammenden Juden, Dr. Valsonok, herausgegebene „Jiddische Landsberger Cajtung“, deren Redaktion fest in zionistischer Hand lag. Bei dem Blatt handelte es sich nach Einschätzung des jiddischsprachigen US-Zionistenorgans „Nyu York Morgn“ um

»di beste jidisze Cajtung in dajcze Lager«.

Die erste jiddische Zeitung im hitlerfreien Deutschland war allerdings schon am 4. Mai 1945, vier Tage also vor der Gesamtkapitulation, in dem von den US-Amerikanern eingenommenen KZ Buchenwald herausgekommen. Sie hatte einen hebräischen Titel, „Tehiat ha'Metim“, das heißt:

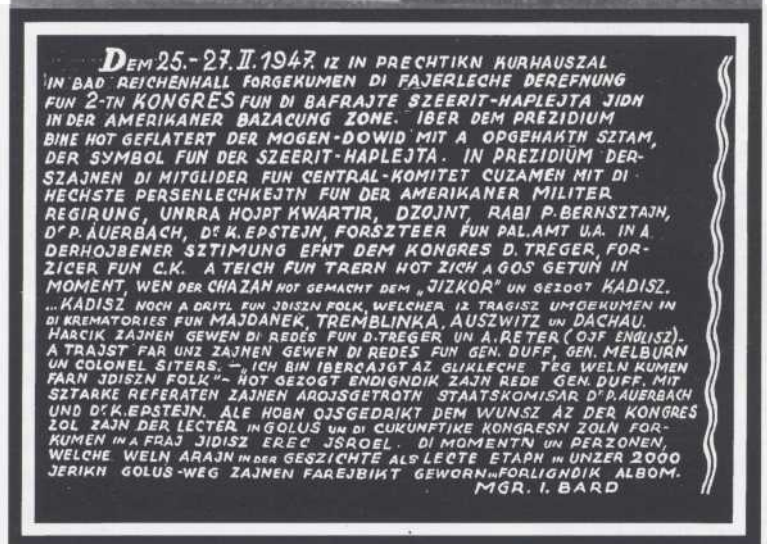
»Die Wiederauferstehung der Toten«.

Insgesamt gab es über einhundert, oft kurzlebige Zeitungen und Zeitschriften in den DP-Lagern für Juden, von denen der weit überwiegende Teil für die Alija die Werbetrommel rührte. Auch ansonsten erwiesen sich die Zionisten publizistisch auf Zack. Michael Brenner schreibt:

»Es erschienen etwa fünfzig Lehrbücher für das weitverzweigte Schulnetz der Scheerit Haplejta in Deutschland. In Bergen wurde bereits am 1. Juli 1945 eine jüdische Volksschule mit 200 Schülern gegründet.«



Das kommende Israel formiert sich. Oben: Josef Rosensaft als Redner in Bad Harzburg, Juli 1947; Unten: Erinnerungstafel an die Scheerit Hapleita-Konferenz in Bad Reichenhall im Februar 1947. Auch Philipp Auerbach, nachmals Generalanwalt für Wiedergutmachung, wird erwähnt.



Bei seiner Deutschlandtournee Oktober/November 1945 kam Ben-Gurion auch ins DP-Lager Landsberg, das ohnehin in seinem zionistischen Netzwerk eine besondere Rolle spielte. Laut Augenzeuge Dr. Simon Snopkowski, dem langjährigen Chef der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern, wurde Israels Gründervater dort „wie ein Gott empfangen“ und überhaupt im Landsberger Lager

»der Staat Israel in seinem vorstaatlichen Stadium praktiziert«.

Wie es auf den Internetseiten der den jüdisch-zionistischen Belangen sehr zugetanen „Bürgervereinigung Landsberg“ heißt, gingen durch das DP-Lager

»viele jener Männer und Frauen, die nach 1948 Israel zu dem Land machten, das es heute ist«.

Als am 13. Januar 1949 Konsul Dr. Chaim Hofman als erster Vertreter des neugegründeten Staates Israel die noch in Landsberg befindlichen Juden aufsuchte, um sie zur Übersiedlung zu ermahnen („Kommt zu uns!“), lobte er das DP-Lager der Lechstadt, weil man dort „die erste zionistische Organisation“ in Nachkriegsdeutschland geschaffen habe.

„Lang is der Veg“

Die Judenschaft des DP-Lagers Landsberg stellte auch die Statisterie — und die Stadt selbst war teilweise Schauplatz — des ab Herbst 1947 gedrehten zionistischen Spielfilms „Lang ist der Weg“ (jiddischer Titel: „Lang is der Veg“). Er wurde am 1. September 1948 uraufgeführt; die Fernseh-Erstaussendung fand 1959 auf den Kanälen der ARD statt. In dem Film erscheint die Hinwendung zu Eretz Israel als einziger Weg zum jüdischen Heil. Etablierte bundesdeutsche Cinematologen loben, der Streifen sei durch die Szenen über NS-Verbrechen zum Pionierwerk der Holocaust-Bewältigung geworden. Der zionistische Produzent des Lichtspielwerkes, Abraham Weinstein, griff bei Skript (Israel Becker) und Inszenierung (Marek Goldstein) auf die Hilfe von Juden zurück. Doch als federführend engagierte er Routiniers der Ufa, der großdeutschen „Traumfabrik“ des Dr. Joseph Goebbels: Karl Georg Külb (für das Drehbuch), Lothar Brühne (für die Musik), Herbert B. Fredersdorf (für die Regie), Franz Koch (für die Kameraführung).

Külb hatte zu den meistbeschäftigten Drehbuchautoren des Dritten Reiches gezählt („Der Blaufuchs“, 1938, „Frauen sind doch bessere Diplomaten“, 1941, „Liebesbriefe“, 1943, usw.). Fredersdorf, obschon jüdisch verheiratet, gehörte im Film des Dritten Reiches zur Elite der Schnittmeister („Unter heißem Himmel“, 1936, „Der Täter ist unter uns“ und „Spähtrupp Hallgarten“, jeweils 1941, etc.). Brühne hatte für

die musikalische Untermalung zahlreicher berühmter Filme der NS-Zeit wie etwa „La Habanera“ (1937) und „Orientexpress“ (1944) gesorgt und war Schöpfer von Schlager-Evergreens der Hitler-Ara wie „Der Wind hat mir ein Lied erzählt“, „Ich brech die Herzen der stolzesten Frauen“, „Kann denn Liebe Sünde sein“, „Von der Puszta will ich träumen“. Koch schließlich, der Kameramann des zionistischen Films von 1947/48, hatte unter Hitler die Kamera bei Dutzenden Streifen geführt, u. a. bei „SA-Mann Brand“ (1933), „Ritt zwischen den Fronten“ und „Carl Peters“ (jeweils 1941). Als Mitarbeiter von Leni Riefenstahl war er überdies an den Aufnahmen für den NSDAP-Parteitagsfilm „Triumph des Willens“ (1935) beteiligt.

Neben Statisten aus dem Lager Landsberg und jüdischen Hauptdarstellern engagierte Produzent Weinstein für „Der lange Weg“ zwei deutsche Ufa-Berühmtheiten als Schauspieler: Otto Wernicke und Paul Dahlke. Wernicke hatte man zuvor u. a. in „Der Tunnel“ (1933), „Starke Herzen“ (1937), „Dreizehn Mann und eine Kanone“, „Geheimzeichen LB 17 L“ (jeweils 1938), „Titanic“ (1943) und „Kolberg“ (1944) sehen können. Dahlke hatte ab 1933 zum Ensemble des Berliner Deutschen Theaters, ab 1935 auch der Münchner Kammerspiele gehört, also erster Bühnen des Dritten Reiches. Er trat in den 12 Hitlerjahren in 46 abendfüllenden Spielfilmen auf. Dr. Goebbels zeichnete ihn 1937 als jüngsten Mimen mit der damals höchsten deutschen Darsteller-Ehrung aus, dem Titel eines Staatsschauspielers.

Ein anderes Detail: Julius Streichers nahe Nürnberg gelegener „Pleikershof“, der vom Chef des antisemitischen Hetzblattes „Stürmer“ nach Kaltstellung durch Hitler 1940 zu einem, wie man heute vielleicht sagen würde, Biobauernhof gestaltet worden war, diente nach Kriegsende als Musterkibbutz. Es wurden dort einige Hundert jüdische DPs von einstigen Mit-

arbeitern Streichers für das landwirtschaftliche Leben im kommenden Israel geschult.

»Die fränkischen Kibbuzniks gehörten zu den Wegbereitern des Staates Israel«,

heißt es in Jim G. Tobias' DP-Buch. Und im Mitteilungsblatt des Landesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden Bayern, Ausgabe April 1999, schrieb derselbe jüdische Zeitgeschichtsforscher über den „Kibbutz Nili“, Streichers ehemaligen Landwirtschaftsbetrieb:

»Der Pleikershof war ein ideales Ausbildungscamp. Er umfasste etwa 80 Hektar landwirtschaftlicher Fläche und 8 Hektar Weideland. Die Einrichtung des Bauernhofes befand sich auf dem letzten Stand der Technik. Es gab elektrische Melkmaschinen, Traktoren und auch Geräte zur Käseherstellung waren vorhanden. Die Voraussetzungen für eine solide Ausbildung waren gegeben. Zwei Landwirte, die schon zu Streichers Zeiten auf dem Hof tätig waren, betreuten und leiteten die Kibbuzniks an. Die Beziehung zu den deutschen Trainern war nach Auskunft der Zeitzeugen „sachlich korrekt“.«

„An Lehrbüchern der Wehrmacht orientiert“

Bergen in der Lüneburger Heide war das wichtigste jüdische DP-Lager im britisch beherrschten Teil Deutschlands. Dort wurde im September 1945 der erste Kongress der befreiten Juden in der britischen Zone abgehalten. Abgesandte zionistischer Organisationen aus den USA, England und Palästina nahmen teil. Es bildete sich ein Zentralkomitee der jüdischen DPs mit Josef Rosensaft als Chef, dem ehemaligen Besitzer einer Gießerei in Bendzin/Polen, der — so der jüdische Historiker Michael Brenner —

»mit nahezu diktatorischen Vollmachten über die Juden in der britischen Zone herrschte«.

Rosensaft, ein sperriger, eigensinniger Zeitgenosse, geriet nicht nur mit seinen zionistischen

Führungskollegen der US-Zone aneinander, denen er sich partout nicht unterordnen wollte, sondern richtete auch zornige Angriffe gegen Abstammungsgenossen in aller Welt. So schrieb er:

»Hier waren wir also, endlich befreit. Aber viele Monate vergingen, bis die ersten Zeichen effektiver Hilfe ersichtlich waren. Es ist eine Tatsache, dass sich in der gesamten Judenheit nicht ein berühmter Kinderspezialist, Chirurg oder Gynäkologe fand, der bereit war, selbst nur für kurze Zeit zu kommen und mit uns zu arbeiten — trotz all unserer Appelle. Wir mussten die Hilfe deutscher Ärzte und Krankenschwestern akzeptieren, die uns die Engländer ins Lager schickten.«

Am 3. Oktober 2002 berichtete der US-jüdische „Aufbau“ über die Ausstellung „Rebirth after the Holocaust: The Bergen-Belsen Displaced Persons Camp, 1945-1950“, zu sehen gewesen im New Yorker Hebrew Union College. Es ging um das Lager Bergen-Belsen, das von den Nationalsozialisten zur Kriegszeit für Juden eingerichtet worden war, die man gegen deutsche Zivilinternierte der Alliierten austauschen wollte. London sperrte sich gegen Berlins Offerten, so dass — und dies auch nur mit Schützenhilfe der Schweiz — nicht mehr als einige Tausend Juden via Bergen-Belsen in die Freiheit gelangen konnten. Gegen Ende des Krieges geriet das nun gnadenlos überfüllte Lager zum martervollen Massengrab. Nach 1945 wurde ganz in der Nähe das Gelände zur Unterbringung jüdischer Displaced Persons eröffnet. „Aufbau“:

»Die Bewohner des DP-Camps Belsen stellten die größte Gruppe von Juden in der britisch besetzten Zone Deutschlands und spielten eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung legaler sowie illegaler Einwanderung nach Israel. Mitglieder der Hagana waren in Belsen aktiv, um die Auswanderungen vorzubereiten.«



1948: Menachem Begin, militanter Zionistenführer, später israelischer Premier, appelliert an die DPs.

In diesem Zusammenhang ist auch aufschlussreich, was Jim G. Tobias im „Aufbau“ am 21. Februar 2002 zum Thema „Geheime Ausbildungslager für Holocaust-Überlebende in Bayern“ mitgeteilt hat:

»Bereits seit 1946 rekrutierte die jüdische Untergrundorganisation Hagana, ein Vorläufer der späteren israelischen Armee, in den DP-Lagern Holocaust-Überlebende, um sie auf den bevorstehenden Unabhängigkeitskrieg in Palästina vorzubereiten. Mit den geheimen Stützpunkten in Wildbad, nahe der Stadt Bad Windsheim, und dem Hochlandlager im oberbayerischen Königsdorf befanden sich zwei jüdische Offiziersschulen in Bayern.«

Solche Militärcamps seien zwar offiziell verboten, „faktisch von der amerikanischen Besatzungsmacht jedoch toleriert“ worden. Auf den Lehrplänen standen, so Tobias weiter, „Unterweisungen in Strategie und Taktik“, aber auch

„praktische Übungen wie etwa das Granatenwerfen“.

»Neben dem theoretischen Unterricht übten wir auch mit Revolvern und Maschinenpistolen«,

wird ein einstiger Rekrut der Hagana aus den Reihen der DPs zitiert. Tobias fährt fort:

»Die Ausbilder orientierten sich an Lehrbüchern der deutschen Wehrmacht. Referate über die „infanteristische Tankabwehr unter palästinensischen Bedingungen“ oder Vorträge zur „Taktik von Partisaneneinheiten gegen reguläre Truppen“ standen auf dem Stundenplan ... Ferner standen Kartenlesen, Geländeübungen und Exerzieren auf dem Programm.«

Hagana-Kommandeur Nahum Schadmi habe an seine Glaubensgenossen in den deutschen DP-Camps appelliert:

»Ich verlange, dass die Juden in den Lagern sich melden. Sie sind praktisch Bürger Israels.«

Die Lager waren auch Rekrutierungsfeld für „Nakam“ (hebräisch: Rache)-Kommandos: Militante Juden zogen los, „um Nazis hinzurichten“. Einige Hundert Deutsche wurden in „Nakam“-Einzelaktionen umgebracht. Daneben gab es Massenvergiftungsanschläge (etwa gegen das US-Kriegsgefangenen- und Interniertenlager Langwasser bei Nürnberg mit über zehntausend deutschen Insassen) und sogar Pläne, die Trinkwasserversorgung deutscher Großstädte zu verseuchen.

Als sich israelische Nakam-Veteranen in den 90er-Jahren öffentlich ihrer Taten brüsteten, gingen Strafanzeigen gegen sie bei deutschen Behörden ein; für Mord gibt es in Deutschland ja bekanntlich keine Verjährung. Doch im Mai 2000 stellte die Staatsanwaltschaft Nürnberg die Verfahren ein, da die Straftaten „wegen außergewöhnlicher Umstände verjährt“ seien. Wenn man so will, hatten die „Nakam“-Täter also „mit Netz geturnt“.

Die „Rächer“ hätten mit ihren todbringenden Ambitionen keineswegs allein gestanden, schreiben Jim G. Tobias und Peter Zinke in ihrem 2003 im Aufbau Taschenbuch-Verlag erschienenen Buch „Nakam: Jüdische Rache an NS-Tätern“, sondern eine unter Juden „weit verbreitete Ansicht vertreten“.

Woher die Mittel kamen

Der Unterhaltung des aufwendigen Bricha- und Hagana-Netzwerkes der Nachkriegszeit dienten vor allem „Entnahmen“ aus dem besetzten Deutschland. Von außen wurden die zionistischen Aktivitäten maßgeblich durch zwei der bedeutendsten jüdischen US-Organisationen, das American Jewish Joint Distribution Committee und das United HIAS-Service (Hebrew Immigration Aid Society), finanziell gefördert. Auch Gelder und sonstige Unterstützung der UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration) kamen zionistischen Anstrengungen in den DP-Lagern Deutschlands zugute. Ende 1945 übernahm dieses nominell den Vereinten Nationen unterstehende Flüchtlingshilfswerk die Verwaltung der Lager in der US-amerikanisch besetzten Zone Deutschlands. An der Spitze der UNRRA standen damals prominente jüdische Förderer der zionistischen Sa-

che: Chef bis 1946 war Herbert H. Lehman (vom Bankhaus Lehman Brothers, einst Gouverneur des Staates New York, dann Senator, Hauptsponsor von Franklin Delano Roosevelt sowie dessen enger Berater, führend im American Jewish Committee). Nach ihm übernahm Fiorello Henry LaGuardia (mütterlicherseits jüdisch, Bürgermeister von New York 1934-45, Intimus des Oberhauptes der US-Judenheit, Rabbi Wise) die Leitung der UNRRA.

Nach knapp fünf Jahren war die Bricha-Arbeit in Mitteleuropa weitestgehend beendet. Bevor die Bundesrepublik ins Leben trat, hatten sich weit über 90 Prozent von Deutschlands Nachkriegsjuden nach Übersee begeben, der Großteil ins entstehende Israel, am zweitmeisten in die USA. Allenfalls noch zwanzigtausend Mitglieder jüdischer Gemeinden waren hiergeblieben

Als Nachtrag folgende Meldung der Nachrichtenagentur dpa vom 15. Mai 1997:

»Bundeskanzler Helmut Kohl hat allen jüdischen Männern und Frauen gedankt, die nach 1945 die Bundesrepublik mit aufgebaut haben. Ohne dieses Engagement wäre das Werk des Neuaufbaus nicht gelungen, sagte Kohl bei der Entgegennahme des „Leo-Baeck-Preises“ des Zentralrats der Juden in Deutschland.«

Des Zentralrats zentrale Rolle

Die Aufzeichnungen des Geheimdienstchefs

Ausgerechnet ein über lange Jahre führender Mann des „Verfassungsschutzes“, auf dessen anti-rechte und auch anti-antisemitische Erkenntnisse und Behauptungen sich Repräsentanten des „Netzes.“ immer gern beriefen, hat diasporajüdische Gemeinden, mithin auch Einrichtungen des Judentums in der Bundesrepublik, beinahe so hingestellt, als wären sie lauter Niederlassungen des israelischen Geheimdienstes. Das geht über die Annahme, sie seien Lobbys Israels, weit hinaus. Damit hat der altgediente V-Amts-Chef manches von dem in den Schatten gestellt, was in seinen Verfassungs-

schutzberichten als rechtsradikal angeprangert wurde.

Die Rede ist von Dr. Richard Meier, der in den Jahren 1970 bis 1975 Leiter der Abteilung Auslandsspionage des Bundesnachrichtendienstes in Pullach bei München war, um gleich anschließend bis 1983 als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Köln zu wirken. In seinem 1992 in Bergisch Gladbach erschienenen Buch „Geheimdienst ohne Maske“ schreibt er:

»Der israelische Geheimdienst Mossad hat nur sehr wenige Mitarbeiter, etwa 1200. Verglichen mit den Zigtausenden von Mitarbeitern anderer Dienste ist er wahrlich ein Winzling. Er kann sich aber in nahezu allen Städten der Welt auf eine unübersehbare Zahl „freier Mitarbeiter“ stützen, Mitglieder jüdischer Gemeinden. Es sind normal lebende Bürger aller denkbaren Berufsgattungen, die nichts mit dem Mossad zu tun haben. Nur wenn einer der wenigen hochkarätigen Mossad-Agenten, die im Ausland tätig sind, Unterstützung und Hilfe braucht, stellen sie diese in jedem erdenklichen Umfang zur Verfügung. Der Mossad muss durch ihre Hilfe nicht wie andere im Ausland operierende Dienste kostspielige Residenturen unterhalten, sondern greift einfach auf die bestehenden Geschäfte, Firmen, Wohnungen und Verbindungen der Mitglieder jüdischer Gemeinden in aller Welt zurück. Dank all dieser Helfershelfer und stiller Mitarbeiter ist der Mossad ein allgegenwärtiger Geheimdienst.«

Diese Darlegungen des langjährigen leitenden BND-Funktionsträgers und obersten V-Amts-



Das Buch des V-Amts-Chefs a. D. Richard Meier

Führers riefen bemerkenswerterweise weder geharnischte Proteste aus dem „Netz“ hervor, noch provozierten sie Forderungen nach Repression gegen den Verfasser. Das aber wäre sicher der Fall gewesen, hätte ein Rechtsaußen derartige Behauptungen aufgestellt oder sich ein israelkritischer Etablierter etwa vom Schlage Möllemanns dahin verloren.

„Keine Kolonie Israels“

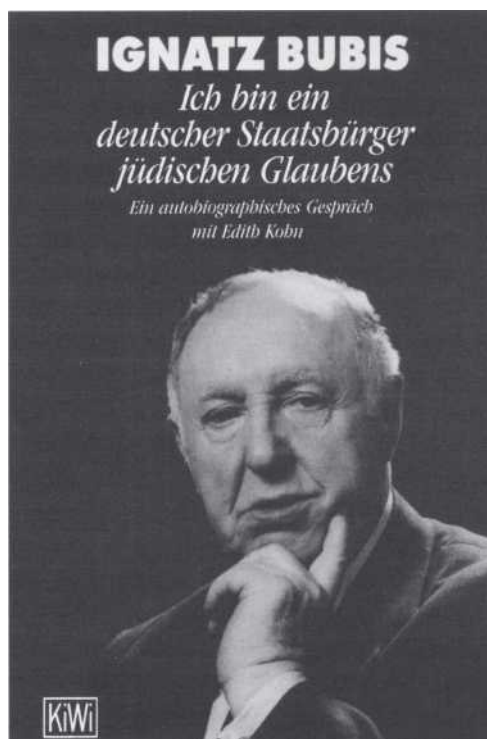
Die offiziell verkündete Linie des Zentralrats der Juden in Deutschland, der obersten Instanz der organisierten Judenheit in der Bundesrepublik, lautet:

»Es ist kein Schimpfwort, wenn wir Juden in Deutschland als Israelis bezeichnet werden, aber es entspricht nicht den Tatsachen. Soweit wir nicht den israelischen Pass haben, sind wir Deutsche jüdischen Glaubens.«

Diese in den „Israel Nachrichten“ vom 10. März 2000 zitierte Stellungnahme von Zentralratspräsident Paul Spiegel hat in ihrem Kern Tradition. Beispielsweise unterstrich der Generalsekretär des Zentralrats, Dr. Hendrik George van Dam, bei der Ratsversammlung am 16. April 1972 im Leo-Baeck-Saal der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf laut Protokoll, dass

»die jüdische Gemeinschaft in Deutschland Israel im Kampf um eine gesicherte Existenz unterstützen müsse und werde; allerdings solle und wolle die deutsche jüdische Gemeinschaft nicht als „israelische Kolonie“ bezeichnet werden.«

Der honorige van Dam (1906-1973) gehörte zu den moderaten Persönlichkeiten im Zentralrat. Als 1959/60 eine Welle antideutscher Hysterie durch die internationalen Medien ging, aufgepeitscht durch von Stasi und Sowjet-KGB inszenierte Hakenkreuzschmierereien in der Bundesrepublik, sagte er:



Autobiographisches Buch des Zentralratspräsidenten Bubis

»Das Problem ist nicht der deutsche Antisemitismus, sondern der ausländische Antijudaismus.«

Über eine Einlassung des seinerzeitigen Zentralratsvorsitzenden Werner Nachmann heißt es im Protokoll der Sitzung vom 16. April 1972:

»Herr Nachmann erklärt, dass es heute eine Selbstverständlichkeit sei, dass die Juden der Welt sich nach Kräften für Israel einsetzen.«

Enger Kontakt

Anwesend war bei besagter Düsseldorfer Zusammenkunft auch Frau Hava Bitan „als Vertreterin der Botschaft Israels“. Überhaupt halten hiesige Juden und Israels Botschaft engen Kontakt. So schrieb der israelische Botschafter in

Deutschland, Avi Primor, in der „Allgemeinen Jüdischen“, dem Zentralratsblatt, vom 25. April 1996:

»Unsere Pflicht und Hoffnung ist es heute, mit allen jüdischen Gemeinden in der Welt, mit den Juden in Deutschland ebenso wie allen anderen, eine möglichst enge Zusammenarbeit zu fördern. Wichtig für die Zukunft ist es, unsere Kultur, unsere Tradition, unsere jüdische Erziehung und Solidarität zu bewahren und zu vertiefen.«

Am 11. Januar 2000 hieß es in den „Israel Nachrichten“:

»Der amtierende israelische Botschafter in Deutschland, David Walzer, hat dem neuen Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, zur Wahl gratuliert und ihm Zusammenarbeit angeboten ... Man strebe danach, den guten Kontakt und die Beziehungen zwischen Israel und den jüdischen Gemeinden weiter zu vertiefen.«

Auch der Anfang 2001 akkreditierte neue israelische Botschafter in Berlin Shimon Stein erklärte es („Allgemeine Jüdische“ vom 1. Februar 2001) zu einer seiner vornehmsten Aufgaben,

»die Beziehungen zwischen den Jüdischen Gemeinden hier und Israel zu vertiefen.«

Am 24. April 2002 zitierte das Organ des Zentralrats den Leiter der Öffentlichkeitsabteilung der israelischen Botschaft in Berlin, Yossef Levy, mit der Aussage:

»Wir brauchen eine physische, tagtägliche Solidarität mit Israel ... Der Hass kennt keine Grenze. Wenn es mit Israel anfängt, geht es mit der Jüdischen Gemeinde weiter. Für viele gibt es keinen Unterschied zwischen Juden und Israelis.«

Auf den vom einstigen Zentralratschef Nachmann erwähnten „selbstverständlichen Einsatz für Israel“ pocht die israelische Regierung gelegentlich auch öffentlich. Beispiel:

»Ministerpräsident Netanjahu und Außenminister Ariel Scharon wiesen gestern alle israelischen Auslandsvertretungen offiziell an, „eine Aufklärungskampagne mit Hilfe der Juden in aller Welt und der Freunde Israels allenthalben“ zu starten.«

Das meldeten die Tel Aviver „Israel Nachrichten“ titelseitig am 15. März 1999. Es ging laut Schlagzeile um die

»Weltweite Kampagne für Jerusalem als Hauptstadt Israels«.

Mithin könnte es sein, dass der „selbstverständliche Einsatz“ auch bei Konferenzen wie jener auf der Tagesordnung steht, die von den „Israel Nachrichten“ am 6. Januar 1998 beschrieben wurde:

»Im Schatten der gegenwärtigen Koalitionskrise wurde in Jerusalem die fünfte, alle zwei Jahre stattfindende Zusammenkunft jüdischer Abgeordneter und Minister aus dem Ausland eröffnet. Diesmal trafen etwa 70 jüdische Parlamentarier, Minister und Parteichefs aus 23 Staaten ein, darunter zwei amerikanische Senatoren — Jack Reed und Carl Levin — und fünf Mitglieder des US-Abgeordnetenhauses, die britische Vize-Gesundheitsministerin Theresa de Jesus-Cohen, die einer spanischen Marranenfamilie entstammt, der Innenminister von Argentinien Dr. Carlos Corach, der bulgarische Vize-Premier und Industrieminister Alexander Boschkow, die Vize-Präsidentin und Ministerin für das Bauwesen von Costa-Rica Rebecca Grunspan. Die Teilnehmer der Zusammenkunft werden erstmals einer Sitzung des Knesset-Ausschusses für Auswärtiges und Sicherheit beiwohnen, die auch erstmals „live“ im Fernsehkanal 33 übertragen wird.«

„Unbedingte Solidarität“

Einer breiteren deutschen Öffentlichkeit konnte der „selbstverständliche Einsatz“ am 10. April

2002 offenbar werden, als neben Bundesinnenminister Otto Schily und CDU-Generalsekretär Laurenz Mayer Israels Botschafter Shimon Stein als Hauptredner einer vom Zentralrat der Juden in Deutschland veranstalteten Kundgebung unter dem Motto „Solidarität mit Israel“ in Frankfurt am Main auftrat.

Stein prangerte dabei den „palästinensischen Amoklauf“ an und zeigte „die wahre Fratze des palästinensischen Terrors“ auf, welche „zu entlarven“ sei, und zwar „bis in jeden Haushalt in Europa“. Terror sei „ein ureigenes Gewächs der Palästinenser“, die „so genannte (!) Besatzung“ (Israels Herrschaft im Westjordanland und dem Gaza-Streifen) nur „Vorwand“ und Arafat „persönlich in die Terroraktivitäten involviert“. Der Palästinenserpräsident herrsche in einer „mörderischen Autokratie“, welche Horror unter den eigenen Leuten verbreite, indem sie beispielsweise „Leichen durch die Straßen schleifen“ lasse. Überhaupt huldige Arafat einer „erschreckenden Kultur des Todes, die eine moralische und militärische Herausforderung für die zivilisierte Welt“ sei. Derlei Terror suche sich seine Opfer auch in New York (Anspielung auf den 11. September 2001) und werde „nicht vor anderen Orten zurückschrecken, wenn ihm nicht schnellstens Einhalt geboten“ werde. Der Botschafter erinnerte die „jüdisch-christliche Welt“ an „die Lehre vom Holocaust“ und rief den Versammelten zu:

»Ihre Anwesenheit, meine Damen und Herren, ist der schönste Ausdruck für die Solidarität mit dem Staat Israel, mit der Wahrheit und der Gerechtigkeit. Wir möchten Sie darum bitten, Ihre Solidarität auch durch Taten zum Ausdruck zu bringen.«

Mit dem Ausruf: „Die Gerechtigkeit ist auf unserer Seite!“ schloss Shimon Stein beim Frankfurter Pro-Israel-Meeting des Zentralrats seine Ausführungen.

Am folgenden Sonnabend, dem 13. April 2002, fand eine weitere Demonstration ähnlicher Art

statt, diesmal in Berlin. Hierbei wurde, so die Internet-Mitteilung des veranstaltenden Bundesverbandes Jüdischer Studenten, aufgerufen zu

»unbedingter Solidarität mit Israel«.

Weiter im Netz-Text des Studentenbundes:

»Zahlreiche Teilnehmer schwenkten Fahnen mit dem Davidstern. Moshe Waks, Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, bedankte sich bei den Initiatoren der Demonstration.«

Es habe nur einen „Zwischenfall“, nämlich den folgenden, gegeben:

»Aus einem roten Ford brüllt ein etwa 40-jähriger Mann antisemitische Parolen, während der Wagen an der roten Ampel steht. Die Polizei reagiert sofort. Mehrere Beamte reißen die Beifahrertür auf und zerrren den Mann heraus. Nach kurzem Handgemenge liegt der Mann auf dem Boden. Als seine Frau aussteigt, wird er bereits abgeführt.«

Der Bundesverband Jüdischer Studenten in Deutschland e. V. (BJSD) ist eine Einrichtung des Zentralrats der Juden, gehört der European Union of Jewish Students (EUJS) an, welche vom Ex-BJSD-Vorstandsmitglied Julian Voloj geleitet wird, und ist auch Mitglied der World Union of Jewish Students (WUJS).

In seiner Ausgabe des 5. September 2002 stellte der jüdische „Aufbau“ (New York) fünf BJSD-Vertreter vor, darunter Rüdiger Mahlo, der sich auch für die CDU engagiert. Abschließend hieß es in dem Bericht:

»Mit Israel fühlen sich alle fünf Studenten stark verbunden — wahrscheinlich sogar stärker als mit Deutschland. „Ich wäre nicht zur Bundeswehr gegangen. Aber für die israelische Armee hätte ich mich engagiert, aus Pflichtgefühl und weil ich mich damit besser identifizieren kann. Darin hätte ich eine Notwendigkeit sehen können“, sagt Rüdiger

Mahlo. „Meine jüdische Identität würde ich immer voranstellen.“«

Im Frühjahr 2002 gründete der BJSD eine Aktion „Forum für Israel“ unter dem Leitwort

»Israel braucht Sie — Jetzt!«

Sinn und Zweck wurden von der Zentralratsorganisation wie folgt erklärt:

»Die vom Bundesverband Jüdischer Studenten in Deutschland initiierte Gruppe Forum für Israel plant den Aufbau eines Netzwerkes. Dieses Netzwerk soll die Koordination von Aktionen und Unterstützungshandlungen für Israel erleichtern.«

Angefügt war dem Gründungsauftrag des neuen Netzwerkes ein Fragebogen, auf dem angekreuzt werden konnte, ob man für Demonstrationen, Infostände, Leserbriefaktionen, Petitionen, politische Diskussionen, Vorträge oder Medienbeobachtung im Sinne Israels tätig werden wolle. Eine weitere Fragerubrik lautete, ob man für die israelische Botschaft Übersetzungsarbeiten verrichten könne.

Netz auch in Österreich

Das „Forum-für-Israel“-Netz wurde alsbald auch über Österreich ausgebreitet. So beteiligte sich die jüdische Gruppe am 9. November 2002 an einer Kundgebung in Wien unter dem Motto

»Niemand vergessen!

Gegen Antisemitismus und Faschismus!

Solidarität mit Israel!«

Im Aufruf zu dieser Manifestation hatte man Geschichtslektionen erteilt. Beispielsweise:

»Im Raubzug gegen ihre jüdischen Nachbarn spielten die Wiener und Wienerinnen eine Vorreiterrolle im gesamten Deutschen Reich.

Die damalige „Ostmark“ und insbesondere Wien bildeten die Vorhut der Vernichtung.

Ein Gestapo-Agent aus Wien berichtete später, dass er und seine Kameraden Schwierigkeiten gehabt hätten, die Menschenmenge

davon abzuhalten, noch mehr Jüdinnen und Juden tötlich anzugreifen.

Bis zum heutigen Tag profitieren die Nachkommen der Täter und Täterinnen in Wien und ganz Österreich von den Verbrechen, die damals ihren Anfang nahmen.

In diesen Verbrechen hat sich die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung mit dem Staat zum Volksstaat vereinigt.

Diese Vereinigung lebte öffentlich und privat gerade in der Verdrängung des Verbrechens fort und konstituierte das Bewusstsein der Staatsbürger und -bürgerinnen.«

Und so weiter — bis hin zur Anprangerung des »von Deutschen sowie Österreichern und Österreicherinnen mit Begeisterung vom Zaun gebrochenen Vernichtungsfeldzugs gegen Polen und die Sowjetunion«.

Gegeißelt wurde in dem Flugblatt eine „globale Intifada“, die gegen Israel tobe und speziell in Österreich von Jörg Haider bis zur außenpolitischen Sprecherin der Grünen, Ulrike Lunacek, reiche (wegen ihrer Forderung, israelische Waren aus den besetzten Gebieten vom Assoziationsvertrag mit der EU auszunehmen). Jetzt, beim „Gedenken an die Reichspogromnacht vor 64 Jahren“; gehe es um die Erinnerung an die »deutsch-österreichische Schuld an Shoah und Vernichtungskrieg«

und gelte es, der „Relativierung der deutsch-österreichischen Verbrechen“ zu wehren. Abschließend hieß es im Aufruf zur Wiener Kundgebung des 9. November 2002:

»Die aktuelle, erpresserische Politik gegen die Republik Tschechien in der Frage der Benesdekrete muss ebenso bekämpft werden wie jede Form der Delegitimierung des israelischen Staates.«

Unterzeichnet war das Schriftstück von folgenden Gruppen und Einzelpersonen:

— Aktionsbündnis gegen Antisemitismus Innsbruck

— Anthropoid Innsbruck

Basisgruppe Politikwissenschaft
 Bnei Akiva
 Bund sozialdemokratischer Juden — Avoda
 Cafe Critique
 Context XXI
 Ensemble Alptrautmötchen, Wien
 Fachschaft Informatik
 Forum für Israel
 Forum gegen Antisemitismus
 Grünalternative Jugend Wien
 Haschomer Hazair
 Infoladen 10
 Jad be Jad
 Kulturverein Sägefisch
 Ökologische Linke
 Rosa Antifa Wien
 Gero Fischer, Institut für Slawistik Wien
 Hannah Fröhlich, Schauspielerin
 Rudi Gelbard
 Samuel Laster, Journalist
 Karl Pfeifer, Journalist

Nicht zu verwechseln übrigens ist das vorgenannte „Forum für Israel“ mit dem „Christlichen Forum für Israel — Deutschland an der Seite Israels“, einem im Oktober 2002 gegründeten Zusammenschluss diverser auf Israel fixierter Christengruppen, die als

»Netzwerk von etablierten, national arbeitenden Israel-Werken in Deutschland« verstanden werden wollen. Näheres hierzu im abschließenden Kapitel dieses Buches.

Im Landeanflug auf Israel

»Zentralrat der Juden in Deutschland zu Solidaritätsbesuch in Israel«, schlagzeilten die „Israel Nachrichten“ am 17. Juli 2003 auf ihrer Titelseite. In der Ausgabe der „Jüdischen Allgemeinen“ desselben Datums stellte Paul Spiegel frontseitig über „die Meinung der deutschen Juden“ fest:

»Einigkeit herrscht — es kann nicht oft genug betont werden — in der unverbrüchlichen So-

lidarität mit Israel ... Wir verbinden mit dieser Reise vor allem ein Anliegen: Israel unserer Freundschaft, Verbundenheit und Solidarität zu versichern.«

In der Spalte unmittelbar daneben erschien im Zentralorgan des Zentralrats die Bekundung des israelischen Ministers für Diasporafragen, Natan Scharansky:

»Allerdings sind die Juden in Israel und in der Diaspora eine Familie. Sie freuen sich, wenn wir uns freuen, und trauern, wenn wir trauern. Dieses Band gilt es aufrechtzuerhalten und zu stärken.«

Vierzehn Tage später berichtete die „Jüdische Allgemeine“:

»Lufthansa Flug 686 befindet sich im Landeanflug auf Tel Aviv. Die Anschallzeichen leuchten auf, die Räder fahren aus, die Triebwerke werden gedrosselt. Ein kurzes Rucken, ein lautes Quietschen, dann hat die Maschine nach vier Stunden Flug wieder Bodenkontakt — alles Routine. Nicht alles, denn an Bord befindet sich eine Delegation des Zentralrats der Juden in Deutschland. Fünf Präsidiumsmitglieder (Paul Spiegel, Charlotte Knobloch, Nathan Kalmanowicz, Josef Schuster und Dieter Graumann) haben sich auf den Weg gemacht, um sich mit eigenen Augen ein Bild von der Lage Israels zu machen und ihre Solidarität mit dem jüdischen Staat zu bekunden.«

In Sachen Solidaritäts- und Treuebekundungen für den Staat Israel sind der Zentralrat sowie sein Zentralorgan (Eigenwerbung des Blattes: „Mit Herz, Hirn und Chuzpe“) sehr wohl Routiniers. Was, weil es ihnen wohl zu dick aufgetragen erscheint, gelegentlich auch unter hiesigen Juden Widerspruch hervorruft:

»Mich stört die Intoleranz des heutigen Zentralrats. Er betrachtet sich als diplomatische Vertretung Israels in Deutschland und als Sprachrohr der Scharon-Regierung. Ich als Jüdin sage: Israels Besatzungs- und Sied-



Zentralrat in Israel.
Rechts: Aus der „Jüdischen Allgemeinen“.

<h1>ISRAEL NACHRICHTEN</h1> <h1>חדשות ישראל</h1>	Zentralrat der Juden in Deutschland zu Solidaritätsbesuch in Israel	
	<p>JERUSALEM - Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, hat sich am Mittwoch sehr zufrieden über die Nahostpolitik der Bundesregierung geäußert. Zum Abschluss eines dreitägigen Solidaritätsbesuchs einer Delegation des Zentralrats in Israel sagte Spiegel, israelische Politiker hätten im Gespräch mit ihm immer wieder betont, Deutschland sei ein "sehr zuverlässiger Partner" Israels. Im Bemühen, zwischen Israel und den Palästinensern zu vermitteln, sei Bundesaußenminister Joschka Fischer "einer der glaubwürdigsten Politiker". Fischer sei einer der wenigen, der das Vertrauen beider Seiten genieße.</p> <p>Auf die Affäre um den zurückgetretenen Vize-Präsidenten des Zentralrats, Michel Friedman, habe es in Israel kaum ein Echo gegeben. Friedman habe durch "die Konsequenzen, die er gezogen hat, dazu beigetragen, dass das Ansehen des Zentralrats nicht beschädigt wurde". (Mehr am Freitag.)</p>	
DONNERSTAG, 17. JULI 2003 - NR. 10446	3.50 ₪ (IN EILAB: 3.00 NIS)	יום חמישי י"ז תמוז תשס"ג

lungspolitik ist unerträglicher und verabscheuungswürdiger Staatsterror.«

Das beispielsweise schrieb Evelyn Hecht-Galinski, die Tochter des verstorbenen langjährigen Zentralratsvorsitzenden Heinz Galinski, im „stern“ vom 18. Dezember 2002. Wobei zu betonen ist, dass es entschlossenen Widerstand gegen Scharons überharten Kurs und beherzten Einsatz für einen anständigen Frieden mit den Palästinensern auch in Israel gibt. Für die israelische Friedens- und Verständigungsbewegung stehen beispielsweise die Namen zweier der brilliantesten Literaten des Landes, Uri Avnery und Amoz Oz.

„Brücken schlagen“

Zur „Jüdischen Allgemeinen“ (bis 2002: „Allgemeine Jüdische“; bei dieser Titelkonversion verlor sie eigentümlicherweise den Davidstern aus dem Kopf, der sie bis dahin geziert hatte; der Ursprungstitel von 1947 lautete „Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland“) sei angemerkt:

Ihr eigentlicher „Vater“, langjähriger Verleger und Chefredakteur war der honorige jüdisch-zionistische Verbandsfunktionär und Publizist Karl Marx (mit dem Schöpfer des Kommunismus nach hiesiger Kenntnis nicht verwandt). Das „Biographische Handbuch der deutschsprachigen Emigration“ notiert über ihn:

Eigenwerbung des
Zentralratsblattes



»Als führender publizistischer Vertreter des deutschen Judentums nach 1945 trat er gegen die Kollektivschuldthese und für diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel ein.«

Marx kam ursprünglich aus der nationalen Jugendbewegung. 1913 hatte er am Treffen der Bünde auf dem Hohen Meißner teilgenommen. Im Ersten Weltkrieg diente er als Frontsoldat (EK 1). In Weimarer Zeit betätigte er sich als Journalist und Funktionär der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), die sich zu einem Liberalpatriotismus bekannte. 1933 ging er ins Saargebiet, später begab er sich wegen der Hitlerdiktatur ins Exil nach England. Bald nach Kriegsende kehrte er zurück nach Deutschland.

Seit dem Tode von Marx, 1966, der übrigens alle Avancen etablierter Parteien, für sie zu kandidieren, mit dem Wort zurückgewiesen hatte: „Ich bin doch kein Hofjude!“ und dessen gesammelte Reden und Aufsätze der Nachkriegszeit den treffenden Titel „Brücken schlagen“ tragen, wick man in der „Allgemeinen“ und im Zentralrat an sich immer mehr vom relativ moderaten Verständigungskurs ab.

Es gibt freilich auch andere, unbeirrt der Ausöhnung verpflichtete Kräfte im Judentum der Bundesrepublik, die sich gegenwärtig bezeichnenderweise oft nur „hinter vorgehaltener Hand“ äußern. Dass sie in der Defensive befindlich erscheinen, hat allerdings auch mit einem deutschen Nationalmasochismus in Politik und Medien zu tun, dessen Huldiger nach ewiger unversöhnlicher Anklage geradezu gieren.

„Was der Staat Israel garantiert“

»Wir Juden Deutschlands sind tief verbunden mit Israel, auch mit der übrigen Diaspora ... Als Teil des „jüdischen Volkes“ sind wir Kosmopoliten und den Juden Israels, Amerikas und anderswo besonders verbunden«,

verkündete Michael Wolffsohn, einer der bekanntesten Israeliten der Bundesrepublik, am 8. Mai 2003 in seiner Betrachtung „Wo stehen Israel und die Diaspora am fünfundfünfzigsten Geburtstag des jüdischen Staates?“ auf der Titelseite der „Jüdischen Allgemeinen“. Er fuhr fort:

»Der Staat Israel garantiert Diasporajuden existenzielle Selbstbestimmung, sofern seine Existenz gesichert ist.«

Weiter hieß es aus Wolffsohns Feder im Zentralratsblatt — unter ausdrücklicher Anspielung auf „israelische Gegengewalt zum Terror der zweiten Intifada“ und auf den neuerlichen Waffengang der Westalliierten gegen Israels Erzfeind, den Irak des Saddam Hussein:

»Anders als für Kirchenvertreter und gute Deutsche ist für uns Juden Krieg nicht nur verderblich.«

Michael Wolffsohn ist 1947 in Tel Aviv geboren worden. 1954 vollzog seine Familie die Jerida (also den „Abstieg“) nach Deutschland. Von 1967 bis 1970 diente er als Soldat, dann als Offizier von Zahal, der israelischen Armee. Seit 1981 wirkt er als Professor für Neuere Geschichte an der Bundeswehrhochschule in München. Gelegentlich hat er mit überzeugenden Argumenten gegen antideutsche Übertreibungen bei der so genannten Vergangenheitsbewältigung Stellung genommen und sich als „deutsch-jüdischer Patriot“ bezeichnet.

Infolge von Ereignissen wie Möllemanns Israel-Kritik und dem deutschen Widerspruch gegen Bushs Irak-Krieg sieht sich Wolffsohn allerdings in seinem Bi-Patriotismus erschüttert. So riet er in der „Jüdischen Allgemeinen“ vom 26. September 2002 unter der Schlagzeile „Allein auf weiter Flur. Juden fühlen ihre Interessen von keiner Partei richtig vertreten“ plötzlich:

»Deutschlands Juden brauchen fortan jenseits der Parteien einen wichtigen strategischen Partner. Sie fänden ihn in der deutsch-türkischen Gemeinschaft. Wie wir ist sie eine (wenngleich erheblich größere) Minderheit, sie ist pro-westlich, marktwirtschaftlich und lehnt, gerade weil muslimisch, den Islamismus ab. Deutschlands Juden und Türken sollten sehr bald eine Koalition der Minderheiten schmieden.«

Woher der Professor seine Erkenntnisse von einem „pro-westlichen, anti-islamistischen“ Türkentum in der Bundesrepublik bezieht, bleibt dunkel. Weit überwiegend jedenfalls wird von starker Hinwendung hiesiger Türken zum Islamismus und Nationalismus, oft auch zu beiden zugleich, berichtet.

Bündnis ohne Bündnispartner

Vorangegangene Versuche eines jüdisch-türkischen Schulterschlusses, der wohl eine Kopie des inzwischen weitgehend wieder aufgelösten „historischen Bündnisses“ zwischen Juden und Schwarzen in den USA werden soll, stießen jüdischerseits auf wenig Gegenliebe.

Über eine „Türkisch-Jüdische Begegnung“, zu der die Berliner Israelitengemeinde geladen hatte und bei der Zentralratschef Ignatz Bubis, der grüne Bundestagsabgeordnete aus türkischer Familie Cem Özdemir und Jeff Camhi, einziger jüdischer Abgeordneter im türkischen Parlament (der ehemalige türkische Außenminister Ismail Cem gehört zu den „Dönne“, sozusagen pro forma zum Islam konvertierte Juden, so etwas Ähnliches wie Marranen auf christlicher Seite) als Podiumsdiskutanten auftauchten, schrieb die „Allgemeine Jüdische“ am 29. Oktober 1998:

»Von Gemeinsamkeiten über eine bloße Presseerklärung hinaus keine Spur; anstatt einem Gefühl der Verbundenheit nachzuspüren und sich über womöglich ähnliche Erfahrungen von Juden und Türken in Berlin zu verständigen, glänzten die Mitglieder der Jüdischen Gemeinde im eigenen Haus durch Abwesenheit ... „Peinlich“, so das Fazit einer amerikanischen Zuhörerin.«

Im Übrigen ist es zwar richtig, dass die Türkei seit Jahren ein außen- und militärpolitisches Bündnis mit den USA und Israel betreibt — natürlich um nichts Anderes als um eigener Vorteile willen. Zutreffend ist weiter, dass Juden

im Osmanischen Reich im Handel und Finanzwesen eine prominente Rolle spielen konnten. Es stimmt aber auch, dass die Juden da, wo sie heute Minderheit gegenüber den Türken sind, nämlich in der Türkei, offenbar einer sterbenden Spezies angehören. Jedenfalls hieß es am 27. März 2003 in der Jüdischen Allgemeinen über die „etwa 23 000 bis 25 000 Juden, davon 22 000 in Istanbul, unter den 57 Millionen Türken“:

»Die jüdische Gemeinschaft hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verringert. Viele türkische Juden emigrierten in die USA oder nach Israel. Die Sterberate in den jüdischen Gemeinden ist dreimal höher als die Geburtenrate. Hinzu kommt der soziale Druck, sich in der muslimischen Mehrheitsgesellschaft zu assimilieren. Etwa ein Viertel der rund viertausend jungen jüdischen Singles werden Muslime heiraten.«

Die kleine jüdische Gemeinde in der Türkei sei von einer

»nationalistischen und konservativen Gesellschaft umgeben«,

zitiert das Zentralratsblatt den jüdisch-türkischen Historiker Rifat Bali. Robert Schild, jüdischer Eisen- und Stahlhändler in Istanbul, macht sich Sorgen wegen

»Antisemitismus in der konservativen und islamisch-fundamentalistischen Presse«.

Und die Vizepräsidentin der jüdischen Gemeinschaft in der Türkei, Lina Filiba, beklagt, dass man keinerlei staatliche Finanzhilfen erhalte. Historiker Bali meint, dass der Beitritt der Türkei zur EU von den dortigen Juden als das Günstigste für sie und alle Minderheiten, geradezu als „ein Traum“, betrachtet werde, denn dies sei

»die beste Medizin gegen alle radikalen Islamisten hierzulande«.

„Herzensbindung“ der „großen Familie“

Mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland hat sich besagter Michael Wolffsohn, ein Grantler von hohen Graden, übrigens schon öfter gefetzt. Als er vehement den Rücktritt des damaligen Präsidenten Ignatz Bubis forderte, gab ihm Paul Spiegel in seiner Funktion als Zentralrats-Vizechef wie folgt heraus:

»Wir brauchen von einem Opportunisten wie Wolffsohn, der je nach Belieben in die Jüdische Gemeinde ein- und austritt, keine Ratschläge.«

(„Allgemeine Jüdische“, 5. August 1999). Mittlerweile aber hat man offenbar, zumindest auf Zeit, Frieden untereinander geschlossen.

Gleich neben Wolffsohns Titelseitenartikel des 8. Mai 2003 erinnerte Botschafter Shimon Stein in einem Interview mit der „Allgemeinen“ ebenso gestreng daran,

»dass die Sicherheit des Staates Israel für Deutschland höchste Priorität hat«.

Und umseitig druckte das Blatt des Zentralrats an jenem 8. Mai 2003 das Grußwort Mosche Katsavs aus Anlass von Jom Haazmaut (55. Jahrestag der Staatsgründung Israels), das im Bekenntnis des israelischen Präsidenten gipfelte:

»Wir alle sind eine große Familie. Wir alle haben das gleiche Ziel und die gleiche Tradition. Wir können stolz darauf sein, zum jüdischen Volk zu gehören.«

Damit hatte das Staatsoberhaupt die jüdische Vorstellung von K'lal Jisrael (= die Gesamtheit Israels) geradezu klassisch zum Ausdruck gebracht: Dass alle Abstammungsjuden Teil desselben Volkes und eng miteinander verbunden seien — ungeachtet religiöser, weltanschaulicher, politischer Differenzen und egal auch, welchen Pass der Einzelne hat.

Knapp einen Monat zuvor, am 10. April 2003, hatte die „Jüdische Allgemeine“, wiederum ti-

telseitig, ein Interview mit dem soeben von einem seiner zahlreichen Israelbesuche zurückgekehrten Michel Friedman veröffentlicht. Da war er noch Vizechef des Zentralrats und Vorsitzender des Europäischen Jüdischen Kongresses. Er hatte nach dem Anschlag auf das World Trade Center und das Pentagon „nachdrücklich zur großen Solidarität“ sowohl mit den USA als auch mit Israel aufgerufen und den Deutschen bei dieser Gelegenheit „das Ende der Spaßgesellschaft“ prophezeit (Interview mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“, 15. September 2001). Für sich selbst nahm er das „Schlussmit-lustig“ offenbar weniger ernst. Dies erwies sich im Sommer 2003 beim einstweilen karrierestoppenden Auffliegen seiner Affären um Konsum von Kokain und Prostituierten, die ihm als „Paolo Pinkel“ von kriminellen Syndikaten beschafft worden waren.

Die Eingangsfrage des „Allgemeine“-Interviews mit Friedman vom 10. April 2003 lautete, was Anlass und Zweck seiner Reise nach Israel gewesen seien. Er antwortete:

»Wir wollten gerade während des Irak-Krieges, von dem Israel auch bedroht ist, ein deutliches Signal setzen. Einerseits in Israel, dass das europäische Judentum mit Israel solidarisch ist, aber auch innerhalb der Europäischen Union, dass die Sicherung des Existenzrechts des Staates Israel während dieses Konfliktes und auch danach oberste Priorität haben muss. Israel darf nicht den Preis für das diplomatische Chaos Europas zahlen.«

Mit „diplomatischem Chaos“ spielte Friedman darauf an, dass ein Teil der europäischen Staatenwelt unter Führung von Kanzler Schröder und Präsident Chirac den Krieg gegen den Irak ablehnte, während andere, allen voran Blair (Großbritannien) und Aznar (Spanien), für den Waffengang plädierten.

»Die israelische Bevölkerung braucht die wirtschaftliche Unterstützung der Menschen

aus der ganzen Welt und vor allem auch der Juden Europas«,

betonte Friedman im besagten Interview mit dem Zentralratsblatt weiter.

Im Monat davor, Ausgabe 27. März 2003, hatte wiederum Professor Wolffsohn auf der Titelseite der „Jüdischen Allgemeinen“ das Wort ergriffen. Er schrieb:

»Wir wollen, können, dürfen weltpolitische Fragen durch die Israel-Brille sehen. Warum nicht? Mit „doppelter Loyalität“ hat dies nichts, mit Verbundenheit und diaspora-jüdischem Sicherheitsbedürfnis alles zu tun. „Sicher ist sicher“, „im Fall der Fälle“. Man hat, wir haben in vielen tausend Jahren jüdischer Geschichte, sagen wir, das eine und andere, nicht ganz so sichere, sprich: Katastrophale erlebt. Die Scharons kommen und gehen, unsere Sicherheits- und Herzensbindung zu Israel bleibt. Sie ist personenunabhängig und grundsätzlich.«

In diesem Beitrag kritisierte Wolffsohn bewegt, dass „das Gesicht Amerikas“ wegen des Irak-Konfliktes in der Bundesrepublik „als Fratze gesehen“ werde, was allerdings böser deutscher Tradition entspreche. Der jüdische Bundeswehrprofessor weiter:

»Polemisch, aber nicht wirklich übertreibend: Was einst „die Juden“, sind jetzt „die Amerikaner“. „Die Deutschen“ sehen heute „die Amerikaner“ wie damals „die Juden“.«

„Stets konnten wir Juden uns auf die USA verlassen“, strich Wolffsohn heraus. „Schon deshalb werden wir sie nie verlassen.“ Dann fuhr er fort:

»Mich (ich vermute: die meisten deutschen Juden) bringen die gegenwärtigen Spannungen zwischen Deutschland und den USA in einen echten Loyalitätskonflikt ... Wie viele Juden stellen sich in einem den USA ab- und gegengewandten Deutschland mit mir die bange Frage: „Ist dies noch mein Land?“«

Flankierend und ebenfalls titelseitig brachte die Redaktion der „Jüdischen Allgemeinen“ in jener Ausgabe ein Interview mit Zentralratspräsident Paul Spiegel, in welchem er die Anklage, US-Präsident Bush sei ein Kriegstreiber, strikt zurückwies, betonte:

»Es gibt notwendige Kriege«

und seiner Hoffnung Ausdruck verlieh, dass

»bei einem Regimewechsel in Bagdad die ständige Bedrohung Israels durch den irakischen Diktator beendet wäre«.

„Wir sind mit euch“

Ein Jahr zuvor, in der „Allgemeinen“ vom 27. März 2002, hatte Zentralratsvizechef Michel Friedman abermals anlässlich einer Rückkunft von einer Nahost-Reise Stellung genommen. Wobei den Israelis gleich überschriftlich versichert wurde:

»Ihr seid nicht alleine, wir sind mit euch!«

Aus Friedmans Bekenntnissen in diesem Interview für das Zentralorgan des Zentralrats:

»Es ist für mich ein Akt selbstverständlicher Solidarität, in schweren Zeiten demonstrativ nach Israel zu fahren, um sowohl den Freunden und politischen Gesprächspartnern im Land als auch der Öffentlichkeit in Deutschland zu demonstrieren: Die jüdische Gemeinschaft steht zu Israel.

Man merkt deutlich, dass der Terror seine Spuren hinterlässt. Umso wichtiger ist es jetzt — ähnlich wie während des Golfkrieges, als der Irak Israel mit Scud-Raketen bedrohte — nach Israel zu fahren, da zu sein und zu zeigen: Ihr seid nicht alleine, wir sind mit euch!

Die jüdische Gemeinschaft steht uneingeschränkt zum Existenzrecht Israels. Und Israel wiederum ist ein existenzieller Bestandteil jüdischen Lebens und jüdischer Identität in der Diaspora.

Israel braucht momentan jegliche Unterstützung — moralisch, menschlich, seelisch.«

Auf die Frage, ob denn „die Juden hierzulande solidarisch genug mit Israel“ seien, antwortete Friedman:

»Es kann immer mehr getan werden.«



In derselben Ausgabe der „Jüdischen Allgemeinen“ vom 27. März 2002 schrieb Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern (sowie — damals noch neben Friedman — Vize von Paul Spiegel im Zentralrat), in ihrem „Grußwort zu Pessach 5762“:

»Unser Davoneilen hatte immer ein Ziel: Sinn und Ziel der Flucht war ein versprochenes Land, das uns Heimat werden sollte, ein Land, in dem Milch und Honig floss, in dem der Staub der Wüstenwandschaft abgewaschen werden sollte, in dem wir die Bitternisse und Entbehrungen der ungeschützten Nomadenexistenz überwinden durften. Dieses Land hat für uns einen Namen: Eretz Israel. Israel — Inbegriff der Hoffnung und Zuversicht.«

Und neben Frau Knoblochs Pessach-Gedanken stand der Bericht über den ausdrücklich so genannten „Solidaritätsgottesdienst für Israel“, der kurz zuvor vom Münchner Gemeinderabbiner Steven Langnas zelebriert worden war.

»Nahezu zeitgleich in vielen Synagogen in aller Welt«

habe es ebensolche Solidaritätsgottesdienste gegeben, betonte das Zentralratsblatt.

Jeder Jude ein Botschafter Israels?

Sechs Wochen vorher, 14. Februar 2002, hatte die „Jüdische Allgemeine“ ein Interview mit Paul Spiegel veröffentlicht, in welchem er auf die Frage, ob er sich in seiner Funktion als Zentralratspräsident auch als Botschafter Israels verstehe, bekundet hatte:

»Jeder Jude auf dieser Welt, wenn er seine Wurzeln ernst nimmt, ist ein „Botschafter“ Israels. Meine eigene Identität und Existenz als deutscher Bürger jüdischen Glaubens ist eng verknüpft mit der Existenz des Staates Israel. Das eine gibt es nicht ohne das ande-

re. Hiervon ist zu unterscheiden, wer die israelische Regierung politisch vertritt. Das ist die Aufgabe des amtierenden Botschafters Stein.«

Alexander Brenner, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Berlin, in der „Allgemeinen“ am 25. Oktober 2001:

»Wir werden uns weiterhin verstärkt darum bemühen — auch in Zusammenarbeit mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland und der israelischen Botschaft — das Bild Israels in den Medien zu korregieren.«

Israels Botschafter Shimon Stein in der „Allgemeinen“ vom 26. September 2001:

»Liebe Brüder und Schwestern! Der Staat Israel benötigt Euch und Eure Unterstützung. Wir brauchen dieses Jahr nicht nur Eure Gebete für ein sicheres und starkes Israel, sondern Euer persönliches Engagement.«

Israels Staatspräsident Mosche Katsav in derselben Ausgabe des Zentralorgans des Zentralrats:

»Besonders in diesen Zeiten sind wir verpflichtet, die Bindung zum Staat Israel zu stärken ... Wir sind ein einziges Volk mit einem gemeinsamen Erbe und Schicksal.«

Landesrabbiner Joel Berger, Sprecher der Rabbiner-Konferenz der Bundesrepublik Deutschland, am 13. September 2001 in der „Allgemeinen“:

»Wenn nun das jüdische Land die schwerste Probe seiner Existenz zu erleiden hat, wenn unsere unschuldigen Brüder und Schwestern auf den Straßen Jerusalems wahllos und sinnlos gemordet werden, dann müssen alle kleinlichen Meinungsverschiedenheiten und Eigeninteressen zurückgedrängt werden.«

Rabbiner David Goldberg in der „Allgemeinen“ am 16. August 2001:

»Israel ist das Gelobte Land für alle Juden auf der Welt. Erklärtes Ziel ist es, unser Land wieder zu bevölkern und in jeder Hinsicht zur Blüte zu bringen.«

Israels Botschaftsrat Jacov Livne laut „Allgemeine“ vom 10. Mai 2001 vor Mitgliedern der Münchner jüdischen Gemeinde:

»Alle Herausforderungen werden wir alleine nicht verwirklichen können. Israel braucht Ihre Unterstützung und es braucht den lebendigen Kontakt zum jüdischen Volk. Heute ist klar, dass Israel und die Juden untrennbar aufeinander angewiesen sind. Nur zusammen können wir den Herausforderungen, die sich dem Staat Israel und der Diaspora stellen, begegnen.«

In derselben Ausgabe des Zentralratsblatts wurde Andrä Kaminski, Amtsträger der Zionistischen Jugendorganisation, in Bezug auf Israel wie folgt zitiert:

»Wir brauchen jetzt ein Land, das wir lieben, das uns Geborgenheit schenkt und uns an unsere Wurzeln erinnert. Diesem Land gilt es all unser Engagement zu widmen.«

„Von Zion geht die Weisung aus“

Michel Friedman in der „Allgemeinen“ vom 26. April 2001:

»Israel ist von zentraler Bedeutung für das Judentum nicht nur in Deutschland, aber auch in Deutschland ... Israel ist der einzige Staat auf der Welt, in dem Juden eine Heimstätte finden, wenn sie dies wünschen ... Die Sorgen des israelischen Volkes sind auch die Sorgen der Juden in der ganzen Welt ... Wir versuchen, in den jüdischen Gemeinden auf vielen Ebenen die Beziehungen zum Staat Israel zu vertiefen. Die Verbindungen zu Israel sind institutionell wie persönlich hervorragend.«

Charlotte Knobloch in der „Allgemeinen“ vom 2. September 1999:

»Israel hat eine neue Regierung und einen neuen Ministerpräsidenten gewählt. Über alles parteipolitische Gezänk hinweg dürfen wir nicht vergessen, dass wir ein Volk sind

und ein Ziel haben: Frieden in Sicherheit. Über die Wege mag man sich streiten, am Ende ist man sich einig. Die Juden in aller Welt und die Gemeinde in unserer Stadt wünschen Ehud Barak und seiner Regierung Glück und Erfolg auf ihrem Weg zum Frieden. Israel kann immer auf unsere Unterstützung zählen.«

Landesrabbiner Joel Berger (ausdrücklich „im Namen der Rabbiner-Konferenz“) in derselben Ausgabe des Zentralratsblatts über die Jamim Noraim, die „Ehrfurcht gebietenden Tage“ vor dem jüdischen Jahreswechsel Rosch Haschana:

»Die Jamim Noraim ermahnen uns, unsere Verantwortung füreinander ernst zu nehmen. Kol Jisrael arewim se — ba — se. „Alle Juden sind füreinander verantwortlich.“«

Der Rabbiner wies dabei auf den Propheten Jesaja hin:

»„Mizijon teze Tora“ (Jes. 2,3); „von Zion geht die Weisung aus — und Sein Wort aus unserer heiligen Stadt Jeruschalajim.“«

Michel Friedman in der „Allgemeinen“ vom 12. Mai 1999:

»Israel braucht nicht nur unsere Solidarität und Hilfe, sondern auch wir sind angewiesen auf den Staat ... Wir, die hier in Deutschland leben, wissen, wie schwierig es wäre, wenn es Israel nicht gäbe.«

Der Chef der Darmstädter Gemeinde und des hessischen Landesverbandes Moritz Neumann, seinerzeit Mitglied der Finanz- und Medienkommission des Zentralrates der Juden, Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks sowie Delegierter für den European Jewish Congress, schrieb in der „Allgemeinen“ am 8. Februar 1996 angesichts des beim 10. Jüdischen Weltkongress in Jerusalem gezeichneten „Schreckensbildes“ einer „fortschreitenden Assimilierung in der Diaspora“ und einer „neuen Höchstzahl interkonfessioneller Eheschließungen“ (der jüdischerseits oft so stark beklagten „Mischehen“ also):

»Israel braucht die Juden der Welt, und die Juden der Welt brauchen Israel.«

Charlotte Knobloch am 21. September 1995 in der „Allgemeinen“:

»Die Liebe und unverbrüchliche Verbindung zum Lande Israel, zur jüdischen Religion und die aktive Teilnahme am Leben der Gemeinde und in der Gesellschaft dieses Landes entspricht der jüdischen Tradition und soll uns ein Wegweiser für die Zukunft sein. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen, dem Volk und dem Staate Israel von Herzen Schana towa, we chatima towa.«

Rabbiner Yitzhak Ehrenberg veröffentlichte gleich neben Frau Knoblochs Liebesbekundung einen von ihm ausdrücklich so bezeichneten

»Treueschwur für Jerusalem, die ewige Hauptstadt des jüdischen Volkes«,

dessen Kern lautete:

»Nach 2000 Jahren Diaspora ist das jüdische Volk zurückgekehrt nach Jerusalem. Unsere Generation hat vieles erlebt, was andere nicht erlebt haben. Und doch ist es Verdienst aller Generationen, dass Jerusalem nie in Vergessenheit geriet, Zion immer im Mittelpunkt jüdischen Lebens stand und steht ... Diese tiefe Verbundenheit hat Jerusalem immer die Hauptstadt des jüdischen Volkes sein lassen, in einer Weise, wie das kein anderes Volk hatte.«

Am 19. September 1990 hieß es in der „Allgemeinen“ aus der Feder des damaligen Zentralratsvorsitzenden Heinz Galinski („Neujahrsbotschaft an die jüdischen Gemeinden“):

»Unverändert wird auch im Jahr 5751 unsere Solidarität dem Staat Israel gelten — dem Land, mit dem jeden Juden, wo immer er auch auf der Welt leben mag, innerlich ein Band des gemeinsamen Schicksals verbindet.«

„Das Zuhause der weltweiten Familie“

Als Beispiel aus den 80er-Jahren sei die „Allgemeine“ vom 9. September 1988 mit Grußbotschaften des israelischen Staatspräsidenten Chaim Herzog und des Ministerpräsidenten Jitzchak Schamir zum Neujahrsfest der Juden Rosch Haschana zitiert. Herzog:

»Sowohl bei unseren Errungenschaften als auch bei unseren Problemen sind unsere Schwestern und Brüder in den jüdischen Gemeinden der Diaspora unsere hauptsächlichen Partner. Mit Ihnen teilen wir die Gemeinsamkeit des äußerst bedeutenden Erbes, mit Ihnen sind wir in einem bedeutenden Geschick verbunden. Wir müssen gemeinsam noch vieles bewältigen — unsere Mission als Volk ist immerwährend.«

Schamir rief dazu auf,

»den jüdischen nationalen Schatz zu bewahren, zu erhalten und zu stärken, Gefahren zu überwinden, Angriffe zurückzuschlagen«,

und fuhr dann fort:

»Um das zu erreichen, müssen wir sowohl die Einheit des jüdischen Volkes in Israel als auch die zwischen Israel und den Juden der Diaspora festigen. Wir können uns den Luxus öffentlicher Kritik, die geradewegs in die Hände unserer Feinde spielt, nicht leisten. Die Geschichte hat bewiesen, dass wir — wenn das jüdische Volk vereint ist und zusammenhält — unschlagbar und nicht zu zerstören sind ... Die Zukunft hängt von unserem nationalen Willen ab, unserem nationalen Geist, von der Einigkeit und Solidarität des gesamten jüdischen Volkes, unserem Glauben an die Gerechtigkeit unserer Sache, unserer Bereitschaft, beim Aufbau eines großen und wundervollen Landes und der Entwicklung einer Nation fortzufahren, die zukünftigen Generationen unseres Volkes Sicherheit und Stolz verleihen wird. Aus Je-

EDITORIAL

Rosch Haschana 5762

Wenn es aber um die Existenz des Staates Israel geht, dann stehen wir Juden aus aller Welt wie ein Mann hinter ihm – auch wenn wir in der ganzen Welt alleine stehen. Denn zu den unerschütterlichen Lehren aus dem letzten Jahrhundert gehört für uns, dass letztlich alle Juden betroffen sind, wenn gegen Juden irgendwo auf der Welt gehetzt wird, und dass es vorkommen kann, dass wir Juden ganz alleine in einer gleichgültigen Welt kämpfen und überleben müssen. Na-

rusalem, der Hauptstadt der Nation, entbiete ich dem Volke in Zion und dem gesamten Hause Israel Wünsche für ein glückliches, friedvolles und erfolgreiches Jahr 5749. Schana towa ! «

Auch in anderen jüdischen Organen kommen die engen Bande zwischen dem Staat Israel und Juden in Deutschland zum Ausdruck.

Sei es, dass die jüdisch-zionistische Organisation Keren Hayesod auf ihren Internet-Seiten über einen „Spenderempfang im Rahmen eines Not-Programmes für Israel“ 2002 in Frankfurt am Main berichtet, an welchem auch der Zentralratspräsident Salomon Korn und der israelische Kommunikationsminister Reuven Rivlin teilnahmen und bei welchem Michel Friedman ausrief:

»Zeigen Sie mit Ihrer Spende, dass Israel das Zuhause für die weltweite jüdische Familie ist!«

Sei es, dass in den „Israel Nachrichten“ am 24. März 2000 über einen in Jerusalem gehaltenen Vortrag „Holocaustgedenken“ des Chefs der Berliner Jüdischen Gemeinde stand:

»Herr Dr. Andreas Nachama erwähnte, dass der Staat Israel den Juden in der Diaspora

/KG-Chef Dr. Simon Snopkowski zum jüdischen Neujahrsfest 5762 (2001)

Rückgrat ist. Es dürfte ihm daher nicht schwer fallen, Geschichte durch die israelisch-jüdische Brille zu betrachten.«

Oder sei es, dass in der Ausgabe Nr. 86 vom September 2001 des Mitteilungsblattes des Landesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern (IKG) Dr. Simon Snopkowski, der IKG-Präsident, zum jüdischen Neujahrsfest Rosch Haschana 5762 verkündete:

»Wir alle blicken gebannt auf das Land Israel, unsere uralte Heimat, den Gegenstand unserer täglichen Sorgen und das Ziel aller unserer Sehnsucht ... Wenn es aber um die Existenz des Staates Israel geht, dann stehen wir Juden aus aller Welt wie ein Mann hinter ihm — auch wenn wir in der ganzen Welt alleine stehen.«

„Rückversicherungspolice“

In einem Gespräch mit der Zeitschrift „chrismon“ (Nr. 9/2001) bekundete Paul Spiegel:

»Ich sehe die Möglichkeit, viele Heimaten zu haben, obwohl es dieses Wort eigentlich nur im Singular gibt.«

Für ihn sei neben Düsseldorf, wo er seit 43 Jahren lebe, Familie und Freunde habe und arbeite, „auch der Staat Israel wesentlich“. Und der Zentralratspräsident fuhr hinsichtlich dieser Wesentlichkeit fort:

»Zum ersten Mal in der Geschichte des jüdischen Volkes gibt es einen Staat, in dem Juden innerhalb von 24 Stunden Staatsbürger werden können — eine Lebensversicherung für alle Juden, die noch außerhalb Israels le-

ben. Das ist im weiteren Sinne also auch eine Heimat.«

So vertritt der in der Beilage „Jüdisches Leben in Deutschland“ des Bundestagsorgans „Das Parlament“ vom 28. Juli/4. August 2003 zitierte David, Schüler des Jüdischen Gymnasiums Berlin, wohl keine Sondermeinung in der Gemeinde, wenn er sagt:

»Für jeden Juden ist Israel eine ideelle Heimat, weil jeder von uns weiß: Wenn es wieder ganz schlimm kommt — es gibt einen Ort, an den wir gehen können.«

Professor Amnon Raz-Krakotzkin, der die Geschichte des Zionismus an der Universität von Beerscheba/Israel lehrt, schreibt dazu („Damas“, Juni 1996):

»Die verfassungsrechtliche Definition des Staates Israel als „Staat des jüdischen Volkes“ schließt diejenigen Juden ein, die anderswo leben und Staatsbürger anderer Staaten sind.«

Der Israel ebenfalls eng verbundene jüdische Schriftsteller Rafael Seligmann veröffentlichte in der vorerwähnten Sonderbeilage des „Parlaments“ unter der Schlagzeile

»Zion als verlässliche Rückversicherungspolice«

einen belangreichen Beitrag. Darin führte er aus:

»Israel ist ein zionistischer Staat. Das Land erhebt den Anspruch, Heimat, zumindest Asyl aller Juden der Erde zu sein. Israels Zionismus wird durch das „Rückkehrgesetz“ unterstrichen. Die Bestimmung gibt jedem Juden das Recht, nach Israel einzuwandern und die dortige Staatsbürgerschaft zu erwerben. Israel ist durch diese zionistische Haltung zur Rückversicherung für die Juden allerorten geworden. Die Einstellung der Juden der Diaspora, also außerhalb Zions, gegenüber dem Staat Israel ist neben familiären und religiösen Bindungen vor allem durch die Verantwortung Jerusalems für die Hebräer in aller Welt geprägt. Auch eine Rückversicherungspolice hat ihren Preis.«

Für jeden Juden offen

Bei der erwähnten gesetzlichen Bestimmung Israels handelt es sich um das von der ersten Knesset verabschiedete „Rückkehrgesetz vom 5. Juli 1949“, welches, wie das „Neue Lexikon des Judentums“ aufklärt,



Seligmanns „Rückversicherungspolice“-Artikel

»das Land Israel für jeden Juden öffnet, der sich dort niederlassen will. Jüdische Einwanderer (Olim) erhalten automatisch zum Datum ihres Eintreffens die israelische Staatsbürgerschaft, es sei denn, der Innenminister befindet, dass sie eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit oder für die Sicherheit des Staates darstellen.«

Da im Gesetz nicht auf die Religion Bezug genommen wird, gewährt es das Recht der Aufnahme und Staatsbürgerschaft jedem Abstammungsjuden, der nach israelitischer Überlieferung (Halacha) „wirklich jüdisch“ ist, also Kind einer zweifelsfrei jüdischen Mutter.

In diesem Zusammenhang erscheint es besonders interessant, dass mittlerweile über 100 000 israelische Staatsbürger auch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Das Recht auf eine solche Doppelpass-Existenz steht nach bundesdeutscher Gesetzeslage all jenen zu, deren Eltern oder Großeltern als Juden die deutsche Staatsbürgerschaft hatten. Die Zahl der Anträge von Israelis auf deutsche Pässe hat sich in den letzten Jahren drastisch erhöht.

In seinem Buch von 1986 „Über Juden und Deutsche“ schrieb der jüdische Historiker Prof. Dr. Julius H. Schoeps:

»Es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, dass der Zionismus heute wenig mehr ist als die geforderte und gegebene Finanzhilfe und kritiklose Identifizierung der jüdischen Diaspora mit Israel.«

Am 29. September 1995 hatte Rafael Seligmann auf der Titelseite der „Allgemeinen“ des Zentralrats geschrieben:

»So gut wie alle Juden Deutschlands waren und sind Zionisten.«

Doch so richtig ernst mache man damit nicht: Die Alija (Auswanderung nach Israel) werde bis zum Tode verschoben und der Zionismus erst dadurch realisiert, dass man sich in Israel begraben lasse. Woran sich auch trotz Massenzustroms von GUS-Juden („Kontingentflüchtlin-

ge“) nach Deutschland nichts geändert zu haben scheint. Am 13. März 2003 jedenfalls hieß es in der „Jüdischen Allgemeinen“, es sei der Jewish Agency im Bereich der Jugend-Alija im vorangegangenen Jahr in Deutschlands beiden größten jüdischen Gemeinden lediglich gelungen, sechs (Frankfurt am Main) bzw. einen (Berlin) Juden als Neubürger für Israel zu gewinnen.

Jedenfalls hat auch der seinerzeitige israelische Botschafter in Bonn, Avi Primor, 1996 die „Rückversicherung“ bekräftigt. In einem Beitrag „Ein Stück jüdischer Gemeinsamkeit“ schrieb er in der „Allgemeinen Jüdischen“ vom 24. April jenes Jahres:

»Der Staat Israel ist ein Bestandteil des jüdischen Volkes wie auch dessen ewige potenzielle Heimat ... Das „Gesetz der Rückkehr“ verpflichtet den Staat Israel auf ewige Zeiten, jedem Juden zu jeder Zeit bedingungslos Asyl zu gewähren und ihm automatisch die israelische Staatsbürgerschaft zu verleihen, sobald er das Recht der Rückkehr in Anspruch nimmt.«

Israel betont aber nicht nur die Gültigkeit der „Rückversicherungspolice“, sondern geht noch einen Schritt weiter. So hieß es am 1. Februar 2001 in der „Allgemeinen Jüdischen“:

»Der israelische Außenminister hat in einer Erklärung an die Diaspora gesagt, Israel sei entschlossen, für das Wohlergehen eines jeden jüdischen Menschen einzustehen.«

Die Vorstellung des Zentralrats

Auf ihren Internet-Seiten stellt sich die oberste jüdische Führung in der Bundesrepublik wie folgt vor:

»Der Zentralrat der Juden in Deutschland ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und die Spitzenorganisation der jüdischen Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland mit etwa 100 000 Mitgliedern. Der Zen-

tralrat der Juden wurde 1950 von Repräsentanten der jüdischen Gemeinschaft der vier Besatzungszonen als politischer und religiöser Dachverband gegründet.«

Dass praktisch alle jüdischen Gemeinden und Institutionen in Deutschland durch den am 19. Juli 1950 in Frankfurt am Main offiziell kreierten Zentralrat unter ein Dach kamen, war ein ziemliches Novum und hatte auch nicht lange Bestand. Denn der Landesverband der jüdischen Gemeinden in der Sowjetzone separierte sich und bildete schließlich 1952 den vom Zentralrat organisatorisch abgekoppelten „Verband der Jüdischen Gemeinden in der Deutschen Demokratischen Republik“. In den 90er-Jahren fand dann wieder der Zusammenschluss statt.

Der am 17. September 1933 auf Initiative des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und der Zionistischen Vereinigung als Sammelbecken gegründeten Reichsvertretung der deutschen Juden mit Leo Baeck als Präsident hatten sich erst unter NS-Druck sechs Jahre später alle jüdischen Gruppen des

Reiches eingefügt (neuer Name dann: Reichsvereinigung der Juden in Deutschland).

Vorangegangene deutschlandweite jüdische Sammelorganisationen wie der 1869 in Leipzig auf Initiative von Moritz Lazarus und Samuel Kristaller gebildete Deutsch-Israelitische Gemeindebund oder der auf Anregung von Raphael Löwenfeld 1893 in Berlin konstituierte Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens repräsentierten jeweils nur Bruchstücke des hiesigen Judentums. (Neuerdings recht aufschlussreich hierzu: Avraham Barkai, „Wehr dich! Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1893-1938“).

Die „Vereinigung jüdischer Organisationen Deutschlands zur Wahrung der Rechte der Juden des Ostens“ (VJOD), gegründet am 8. Januar 1918 in Berlin auf Initiative des Baumwollhändlers und jüdischen Funktionsträgers James Simon, in welcher tatsächlich alle maßgeblichen jüdischen Bewegungen und Gruppen des Reiches vereinigt waren, fristete ein Dasein von nur wenigen Monaten. Aus ihren weitrei-

ZENTRALRAT DER JUDEN IN DEUTSCHLAND



- HISTORIE
- AUFGABEN
- ORGANISATION
- EXEKUTIVE
- REDEN
- LEO-BAECK-PREIS
- MITGLIEDER
- PRESSETEXTE
- FORSCHUNG & BILDUNG
- ISRAEL-LINKS

JÜDISCHER KALENDER
VERANSTALTUNGEN &
TERMINE

Willkommen auf der Internetseite des Zentralrats der Juden in Deutschland



Unterzeichnung des Staatsvertrages zwischen der Bundesregierung und dem Zentralrat der Juden in Deutschland, mehr ->

Der Zentralrat der Juden in Deutschland ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und die Spitzenorganisation der jüdischen

Der Zentralrat stellt sich im Internet vor.

chenden Plänen mit Kaiser Wilhelm II. als Schutzherrn der Hebräermassen in Ostmittel- und Osteuropa konnte nichts werden, weil Deutschland den Krieg verlor. In welcher Gefahr die Ostjuden in der Tat schwebten, zeigte sich, als es sofort nach Ende der reichsdeutschen bzw. österreichischen Ordnungsmacht 1918/19 in Polen (besonders in Galizien), Ungarn, Rumänien, der Slowakei, Westrusland und der Ukraine zu zahlreichen schweren Pogromen gegen sie kam.

Schacharit und Maariv für Israel

Gleich im ersten Abschnitt des Internet-Stichwortes „Aufgaben des Zentralrats“ betont die offizielle Gesamtvertretung der bundesrepublikanischen Judenheit auf ihrer Website:

»Die besondere Solidarität der Juden in Deutschland gilt Israel.«

Der Zentralrat residiert im Leo-Baeck-Haus, Berlin, Tucholskystraße. Das Gebäude beherbergte von 1907 bis 1942 die renommierte, lange Jahre vom überragenden Dr. Leo Baeck geleitete Hochschule der Wissenschaft des Judentums.

Mehrere Institutionen sind mit dem Zentralrat aufs Engste verwoben:

- Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland,
- Rabbiner-Konferenz,
- Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland,
- Hochschule für jüdische Studien in Heidelberg,
- Jüdische Allgemeine,
- Schieds- und Verwaltungsgericht des Zentralrats,
- Bund jüdischer Frauen in Deutschland,
- Bundesverband jüdischer Studenten in Deutschland,
- Bundessportverband Makkabi Deutschland e. V.

Die aus Israel bekannte unmittelbare Verbindung von Rabbinat und Politik findet im Zentralrat sozusagen ihre Entsprechung. Unter dem Stichwort „Die Rabbiner-Konferenz Deutschlands stellt sich vor“ hieß es in der „Allgemeinen Jüdischen“ am 24. Dezember 1998:

»Die Rabbiner-Konferenz ist der offizielle Ansprechpartner der Rabbiner für den Zentralrat. Es finden deshalb regelmäßig offizielle und inoffizielle Gespräche mit allen Gremien des Zentralrates statt. Die Mitglieder der Rabbiner-Konferenz nehmen auch immer an den Zentralrats-Tagungen teil. Auch für viele nichtjüdische Organisationen, von den Kirchen bis zum Bundestag, muss die Rabbiner-Konferenz die offizielle rabbinische Adresse sein.«

Die tiefe Verbundenheit hiesiger Rabbiner mit dem Staat Israel ist beispielsweise in einer Berichterstattung der „Jüdischen Allgemeinen“ vom 24. April 2002 zum Ausdruck gekommen (Tehillim = Psalmen, Schacharit = Morgengebet, Maariv = Abendgebet):

»In der Joachimsthaler Straße werden spezielle Tehillim für den Frieden Israels gesagt. Immer morgens nach dem Schacharit und abends nach dem Maariv. Repräsentant Albert Meyer berichtet von den Freitagabend-Gottesdiensten in der Synagoge am Hüttenweg: „Dort verlesen wir stets die Namen der israelischen Opfer, die in der vergangenen Woche ihr Leben lassen mussten.“ Auch in der Pestalozzistraße werden besondere Psalmen vorgetragen. Rabbiner Chaim Rozwaski: „Ich spreche fast jedes Wochenende über das Thema. Und ich predige, dass die jüdischen Menschen stolz sein sollen. Wir müssen zeigen, dass wir ein Volk sind, in dem einer solidarisch mit dem anderen zusammensteht.“«

Massive Förderung

Alle genannten Einrichtungen des Zentralrats erfreuen sich massiver materieller Förderung durch staatliche bundesdeutsche Stellen. Sie erhalten auch sonst Stütze jeder Art von Stützen der hiesigen politischen, wirtschaftlichen und sonstigen Gesellschaft. Nicht minder der Zentralrat an sich. Nachdem bereits mehrere Bundesländer entsprechende Abkommen über finanzielle Zusatzspritzen in vielfacher Millionenhöhe mit den jeweiligen jüdischen Landesverbänden abgeschlossen hatten, zog der Bund im Herbst 2002 nach und erhöhte per Staatsvertrag den Obolus an den Zentralrat aus öffentlicher gesamtdeutscher Hand ums Dreifache auf drei Millionen Euro je Jahr.

Trotz großzügiger Zuwendungen für die organisierte bundesrepublikanische Judenheit aus der Steuerkasse hatte Zentralratschef Spiegel 2000 Alarm schlagen müssen, weil

»80 Prozent der Gemeinden verschuldet«

seien („Allgemeine Jüdische“, 20. Januar 2000). Seither scheint es nicht viel besser geworden zu sein. Die Berliner Gemeinde beispielsweise, deren Haushalt zu über 90 Prozent vom Senat bestritten wird, gestand im Frühjahr 2003 ein Euro-Loch in Millionenhöhe ein.

Die jüdische Zentralwohlfahrtsstelle des Zentralrats (gegründet 1917, unter Hitler zunächst Fortsetzung der Arbeit, z. B. mit einem 1933/34 geschaffenen separaten jüdischen Winterhilfswerk, 1939 in die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland als „Abteilung Fürsorge“ eingegliedert, 1943 aufgelöst, 1952 Neugründung) hat als eines von sechs gleichberechtigten Mitgliedern der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege dieselbe Stellung wie die ums Zifache mitglieder- und leistungsstärkeren Spitzenverbände Arbeiterwohlfahrt, Caritasverband, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutsches Rotes Kreuz und Diakonisches Werk.

Das drückt sich u. a. aus in der Teilhabe der jüdischen Zentralwohlfahrtsstelle — als Stammaktionär — an der massiv mit öffentlichen Mitteln gestützten und unterstützten Bank für Sozialwirtschaft (Bilanzsumme im Geschäftsjahr 2002: 3,6 Milliarden Euro), die zinslose Darlehen an die Freie Wohlfahrtspflege vergibt, weiter in der Beteiligung der jüdischen Organisation an den Zuschlagserlösen aus dem Verkauf der Wohlfahrts-Briefmarken der Post (übrigens auch jener mit weihnachtlich-christlichen Motiven) oder in der Berücksichtigung der Zentralwohlfahrtsstelle in Gremien wie der im Mai 2003 von Bundesfamilienministerin Renate Schmidt eröffneten Kommission „Impulse für die Zivilgesellschaft“. Dieser Institution, die sich mit der „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ beschäftigen soll, gehört Zentralwohlfahrtsstellen-Chef Abraham Lehrer an, Nachfolger des zum Zentralratspräsidenten aufgerückten Paul Spiegel und Mitglied des Vorstandes der Synagogen-Gemeinde Köln.

„International eng verknüpft“

»International hat der Zentralrat seine Verbindungen zur jüdischen Gemeinschaft in Europa und in der Welt eng verknüpft«,

liest man auf den Internet-Seiten der jüdischen Führungsorganisation Deutschlands weiter. Wobei es ebenso symbolträchtig wie bezeichnend sein dürfte, dass sich unter dem Dach des Berliner Leo-Baeck-Hauses auch das Büro des Europäischen Jüdischen Kongresses (European Jewish Congress, EJC) befindet.

Hierbei handelt es sich um eine Nebenstelle des von Nordamerika aus dirigierten, seit 1981 vom Spirituosen-, Chemie- und Medienindustriellen Edgar Bronfman geleiteten Jüdischen Weltkongresses. Peter Charles Newman, Biograph der Bronfman-Familie, nennt den Clan

»The Rothschilds of the New World«.

Den Grundstein für das Vermögen hatte zur US-Prohibitionszeit Samuel Bronfman, Vater des Edgar, gelegt, indem er das Einschleusen von Whisky und anderem Hochprozentigen organisierte. Übrigens ist „Bronfen“ das jiddische Wort für Whisky.

»Im EJC sind 38 jüdische Landesgemeinden mit insgesamt etwa zwei Millionen Mitgliedern, einschließlich der GUS-Staaten, vertreten«

haben die „Israel-Nachrichten“ (11. Januar 2000) mitgeteilt. Mit Michel Friedman und zuvor Ignatz Bubis standen neuerdings zwei jüdische Führungsfunktionäre aus Deutschland an der EJC-Spitze. Chefmanager des European Jewish Congress ist Generalsekretär Serge Cwajgenbaum (Paris).

Im Internet-Text des Zentralrates kommt auch die Vernetzung mit Vereinigungen zum Ausdruck, die für den Wiedergutmachungskomplex verantwortlich sind (und sich Israel natürlich in besonderer Weise verpflichtet fühlen):

»Der Zentralrat ist aktives und vollberechtigtes Mitglied mit Sitz und Stimme in den Exekutivgremien zahlreicher internationaler jüdischer Organisationen. Unter anderem im World Jewish Congress, im European Jewish Congress, in der World Jewish Restitution Organisation, in der Conference of Jewish Material Claims against Germany.«

Das Internet-Angebot des Zentralrats schließt mit mehreren Seiten „Israel-Links“, also mit Hinweisen auf Weiterführendes direkt und offiziell aus dem nahöstlichen jüdischen Staat. Verlinkt ist der Zentralrat im Netz beispielsweise mit

der Homepage der israelischen Regierung unter speziellem Verweis u.a. auf aktuelle Presseerklärungen des Kabinetts in Jerusalem und auf „Mitteilungen des israelischen Kabinetts seit 1994, ergänzt durch wichtige Reden, Presseerklärungen und Interviews führender Regierungsmitglieder“, wobei de-

ren Biographien — wie die anderer führender Israelis — ebenfalls offeriert werden, den Leitseiten der Botschaft des Staates Israel in der Bundesrepublik Deutschland sowie mit deren Mitteilungsblatt „Blickpunkt Israel“,

der Jewish Agency (sie organisiert und betreut die Einwanderung nach Israel), dem Fremdenverkehrsbüro des Staates Israel

dem Israel Emergency Solidarity Fund — One Family (über den der Zentralrat mitteilt: „Kümmert sich um die Terroropfer und ihre Familien in Israel“),

der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (wird vom Zentralrat vorgestellt als „zentrale Organisation in der Bundesrepublik Deutschland, in der sich Freunde Israels in überparteilicher Zusammenarbeit zusammenfinden, um in Solidarität mit dem Staat Israel und seiner Bevölkerung zu wirken“),

der Nachrichtenagentur Jewish Telegraph Agency, JTA („in allen Erdteilen vertreten“), „Hagalil“ („das deutsche Online-Magazin mit zahlreichen Informationen und Links zu Israel“),

dem aktuellen israelischen Rundfunkprogramm,

führenden israelischen Zeitungen wie „Ha'aretz“, „The Jerusalem Post“, „Yediot Aharonot“ sowie mit dem Wirtschaftsmagazin „Globes“ (von wegen, so der Zentralrat, „der aktuellen Aktienentwicklung in Israel“).

Die Zentralrats-Spitze

Im Dezember 2002 wurden Paul Spiegel als Präsident sowie Charlotte Knobloch und Dr. Michel Friedman („Mischu, wie er von seinen Freunden genannt wird“; „Allgemeine Jüdische“, 2. November 1995) als Vizepräsidenten von den Mitgliedern des Zentralratsdirektoriums auf drei Jahre wiedergewählt. Dem ins-

gesamt neunköpfigen obersten Führungsgremium, dem Präsidium, gehörten fortan neben dem Präsidenten und seinen beiden Vize die folgenden sechs Beisitzer an

- Dr. Alexander Brenner,
- Nathan Kalmanowicz,
- Dr. Dieter Graumann,
- Dr. Salomon Korn,
- Dr. Josef Schuster,
- Johann Schwarz.

Im September 2003 rückte Korn für Friedman ins Vizeamt auf und kam Dr. Hanna Sperling, Vorsitzende der Dortmunder Gemeinde sowie Chefin des Landesverbandes Westfalen-Lippe, neu ins Präsidium.

Als Geschäftsführer fungiert Stephan J. Kramer, zugleich Stellvertreter von Karl Brozik, dem Repräsentanten der für die Durchsetzung von Wiedergutmachungsforderungen und Abwicklung entsprechender Leistungen zuständigen Claims Conference GmbH in Deutschland. Engagiert vertritt Kramer die Interessen seiner Gemeinschaft gegenüber Organen der Bundesrepublik auch hinsichtlich anderer Belange. So berichtete die „Allgemeine Jüdische“ am 26. September 2001:

»Zum achten Mal hatte die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland ihre Dienstbesprechung mit Vertretern von Ministerien und Behörden sowie Delegierten der Jüdischen Gemeinden Deutschlands organisiert. Thema: „Jüdische Emigration aus der ehemaligen Sowjetunion.“ ... In diesem Zusammenhang forderte der Geschäftsführer des Zentralrats der Juden in Deutschland, Stephan Kramer, von Bund und Ländern: „Wir sind bereit, überall Jüdische Gemeinden aufzumachen. Bezahlen Sie es bitter«

Von den jüdischen Präsidialen tritt nur Johann Schwarz, Richter von Beruf, Chef der Krefelder jüdischen Gemeinde und im Zentralrat für Zivilrechtsfragen und Schiedsgericht zuständig, relativ selten öffentlich in Erscheinung. Nicht aus-

zuschließen, dass seine Kraft durch Schlichten internen Streits reichlich absorbiert wird. Immerhin stöhnte die „Allgemeine Jüdische“ schon am 29. Oktober 1998 titelseitig über eine Entwicklung, die sich seither nicht abgeschwächt hat:

»Es ist inzwischen derart viel innerjüdischer Zores sub judice, dass wahrscheinlich mehr Juden vor Gericht zu finden sind als am Schabbat in der Synagoge.«

Juristischer Streit unter Juden sei „eine Wachstumsbranche“. Früher habe man internen Streit auch intern zu regeln gepflegt, „getreu der Devise ‚Was sollen sonst die Gojim (also die Nichtjuden, D. K.) denken?‘“ Seit aber vor ein paar Jahren „dieses Tabu gebrochen“ worden sei, seien auch „die Dämme geborsten“. Weiter im Klagetext der Zentralratszeitung:

»Jetzt ist die erste Reaktion, wenn man liest, dass irgendwo in einer Jüdischen Gemeinde wer jemanden verklagt hat, nicht mehr das traditionelle „Wie kann der nur?“, sondern ein „Das mach' ich auch“.«

Angesichts „dieser Welle innerjüdischer Gerichtsgänge“ frage man sich, warum es neben Fachanwälten für Arbeits-, Steuer-, Miet-, Ehe-, Familienrecht etc.

»nicht auch endlich den Fachanwalt für innerjüdischen Zores gibt, der bestens präpariert ist für drei Instanzen Goldstein gegen Kohn«.

Ansonsten ist die mannigfach mit jüdischen wie nichtjüdischen Instanzen und Institutionen der Bundesrepublik Deutschland verwobene, ämterpralle Zentralratsspitze sozusagen Hansdampf in allen Gassen des öffentlichen Lebens.

So hat sich Präsident Paul Spiegel einen Namen gemacht auch als:

langjähriger Vorsitzender der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland,
Vorsitzender des Landesverbandes NRW der Jüdischen Gemeinden und des jüdischen Gemeinderats Düsseldorf,



Paul Spiegel ruft auf

Kurator der „Freunde und Förderer des Leo-Baeck-Instituts“,

Mitglied des „Freundeskreises Heinrich Heine“

Schirmherr des „Else-Lasker-Schüler-Forums“,

Schirmherr der Aktion „Anders — na und?“ (will „Toleranz fördern“),

zweiter Vorsitzender des Vereins „Gesicht zeigen“ (richtet sich „gegen Rassismus“),

Ehrenmitglied der Stiftung „Dialog der Generationen“,

Mitglied der Zuwanderungskommission der Bundesregierung,

Mitglied des Rundfunkrates des Westdeutschen Rundfunks,

Mitglied des WDR-Programmausschusses.

Geradezu phänomenal hat die Tausendsasserei von Michel Friedman angemutet. Bis zu seinem affärenvollen Absturz im Sommer 2003 und seiner Ankündigung des Rücktritts „von allen gewählten Ämtern“ bekleidete er neben seiner Vizepräsidentschaft im Zentralrat und seiner Tätigkeit als Fernseh-„Talkmaster“ folgende Posten (die Aufzählung ist keineswegs abschließend!):

— Präsident des Europäischen Jüdischen Kongresses,

Vorsitzender der Medienkommission des Zentralrats der Juden in Deutschland, Geschäftsführer der Jüdischen Presse GmbH (bringt auch die „Jüdische Allgemeine“ heraus),

Vorstandsmitglied der Freunde der Hebräischen Universität Jerusalem,

Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt am Main,

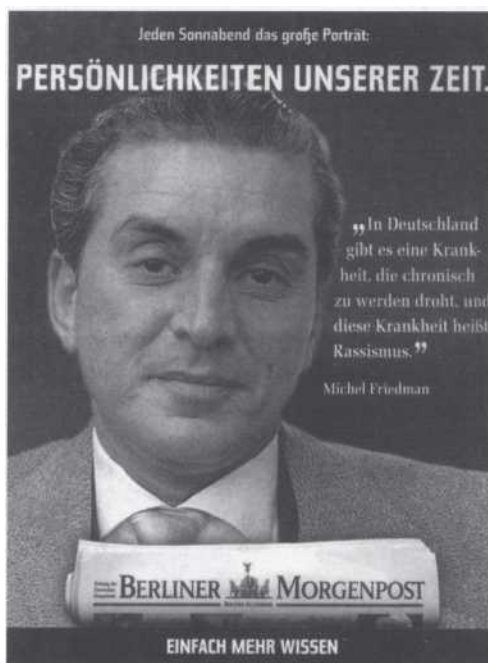
Mitglied des Aufsichtsrates der „Weltkulturerbe Völklinger Hütte — Europäisches Zentrum für Kunst und Industriekultur GmbH“,

Aufsichtsratsvorsitzender der Saarländischen Staatstheater GmbH,

Mitglied im Kuratorium Stiftung Saarländischer Kultur-Besitz,

Mitglied des Aufsichtsrates der Saarländischen Investitionskreditbank AG,

Mitglied des Koordinierungsrates des Deutsch-Tschechischen Gesprächsforums,



Als man sich noch mit Friedman schmückte ...

Mitglied des Bundesfachausschusses „Medienpolitik“ der CDU,
 Mitglied des Bundesfachausschusses „Bildung, Forschung und Kultur“ der CDU,
 Mitglied des Bundesfachausschusses „Gesprächskreis Kultur“ der CDU,
 Vorstandsmitglied der Speyer-Stiftung,
 Vorstandsmitglied der Geschwister Korn- und Gerstenmann-Stiftung,
 stellvertretender Aufsichtsrat des Friedrichstadtpalastes,
 stellvertretender Aufsichtsrat der Transatlantik-Quandt-Stiftung,
 Beiratsmitglied der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) der Bundesregierung,
 Fernsehrat des Zweiten Deutschen Fernsehens (ab Anfang 2003 auch Schriftführer dieses Aufsichts- und Führungsgremiums des ZDF).

Dem CDU-Bundesvorstand hatte Friedman von 1994 bis 1996 angehört, 2000 war er von Saarlands christdemokratischem Ministerpräsidenten-

ten Peter Müller zum Leiter einer „Stabsstelle für kultur- und europapolitische Fragen“ berufen worden. Zudem ist der lange Zeit geradezu omnipräsent gewesene jüdische Funktionär als maßgebliches Mitglied der „Atlantik-Brücke“ in Erscheinung getreten. Diese Vereinigung wurde bis zu dessen Sturz über „Schwarze Koffer“ von Walter Leisler Kiep geleitet, dem langjährigen CDU-Bundesschatzmeister; der einflussreiche Zirkel kann als Scharnier der transatlantischen Beziehungen zwischen bundesdeutschen „Eliten“ und führenden Kräften der „US-Ostküste“ gelten.

Übrigens hat Friedman nie modifiziert oder relativiert, was er sozusagen als Auftakt seines bundesweiten Auftretens im Gespräch mit dem „Rheinischen Merkur“ (16. November 1985) verkündete:

»Versöhnung ist ein absolut sinnloser Begriff. Den Erben des judenmordenden Staates kommt gar nichts anderes zu, als die schwere historische Verantwortung auf sich zu nehmen, generationenlang, für immer.«



Friedman im „Rheinischen Merkur“ vom 16. November 1985

Hymne auf Friedman
 in der „Welt“ vom
 21. Juni 2003



„Liebling der Götter“

Nach seinem rauschgift- und hurenbedingten Abtritt schrieb die Illustrierte „stern“ in ihrer Ausgabe 26/2003 über Friedman, den „Moralisten im Zwielficht“:

»Der Mann ist Kosmopolit, er spricht fünf Sprachen, und wenn er im Fernsehen auftrat, hatte man immer das Gefühl, da ist einer direkt vom Pariser Boulevard in das Land von Rumpelstilzchen hinabgeschwebt. Friedman bestellt seinen frischgepressten Orangensaft im Hotel „à la minute“ — hierzulande hat man es gern etwas rustikaler ... Nein, im Land der Täter ist der Jude Michel Friedman nie richtig heimisch geworden.«

Am allerlängsten, geradezu prätorianisch, hielten Medien des überhaupt von Kopf bis Fuß aufs Israelisch-Israelitische eingestellten Springer-Konzerns Michel Friedman die Stange. Als rings herum schon alles an seiner Reputation als oberster Sitten- und Moralprediger sowie Political-Correctness-Wächter der Republik in Scherben lag, veröffentlichte „Welt“-Chef Prof. Dr. h. c. Dieter Stolte, der ehemalige ZDF-Intendant, in seinem Blatt am 21. Juni 2003 unter der Schlagzeile

»Ein Liebling der Götter«

eine geradezu hagiolatrische Hymne auf Friedman, in der es hieß:

»Seine Geburt und bewusste Verankerung im jüdischen Kultur- und Geistesleben in Verbindung mit seinen außergewöhnlichen geistigen Gaben haben aus ihm in Deutschland eine viele Zeitgenossen überragende öffentliche Figur gemacht. Ein glanzvoller Redner mit scharfem Intellekt, witz- und humorbegabt, historisch und kulturell gebildet — verletzend, wenn es wegen der Klarheit des Gedankens sein musste, und doch auch einfühlsam und liebevoll, wenn es um Menschenschicksale geht. Ein leidenschaftlicher Politiker, der die Freiheit des Individuums

über den alles schnell nivellierenden Konsensraum der Gesellschaft stellt. Ein zupackender TV-Moderator, der mit seinem ethischen Rigorismus seine Interviewpersonen in Verlegenheit und seine Zuschauer zur Weißglut brachte. Ein Ästhet, der alles Mittelmäßige verachtet, gleichgültig, in welcher Weise es ihm entgegentrat. Ein Charmeur der Frauen, die bewundernd seine Nähe suchten, so wie er gerne bewundert in ihrem Mittelpunkt stand. Wen die Götter lieben, den beneiden die Menschen.«

Stolte mahnte in diesem seinen „Welt“-Artikel:

»Wir Deutschen werden uns von unserer Geschichte nie entfernen können. Wir werden uns immer bewusst bleiben müssen, was wir jüdischen Menschen angetan haben.«

Um dann, zwanzig Zeilen weiter, zum Fall Friedman(s) festzuhalten:

»Das Leben ist nicht nur unbarmherzig, sondern es kann auch gnädig sein. Es lässt vergessen, und es gibt die Chance für einen Neubeginn.«

Wer ihm, Michel Friedman, jetzt helfe,

»der rettet ihn, den Liebling der Götter«.

Ohne Israel keine sichere Existenz“

Charlotte Knobloch, wie der Vorgenannte als Spiegel-Vize gewählt worden, widmet sich neben ihrer Tätigkeit im Zentralrat u. a. auch der Jüdischen Gemeinde München (Vorsitzende), der Ludwig-Maximilians-Universität München (Kuratorin), dem Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur der Universität München (Kuratorin des Freundeskreises), dem Münchner Jüdischen Museum (Direktorin), dem Freundeskreis der Jerusalemer Gedenk- und Heldenstätte Jad Vaschem (Vor-

standsmittglied; Vorsitzende ist Rita Süßmuth),
 den German Friends of the Israel Philharmonic Orchestra (Mitglied des „Freundeskreises“ — wie auch Edmund Stoiber),
 der Bayerischen Volksstiftung (Stiftungs-
 rätin),
 dem Erwachsenenbildungszentrum der Stadt München, welchem u.a. die Volkshochschule untersteht (Mitglied des Aufsichtsrates und stellvertretende Kuratoriumsvorsitzende),
 dem Bayerischen Landesmedienrat (Mitglied).

Zentralrats-Präsidiumsmitglied Dr. Alexander Brenner wurde 2001 zum Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Berlin gewählt. Über seine Zeit als Wissenschaftsattache an der bundesdeutschen Botschaft in Moskau, und danach in gleicher Funktion in den Jahren 1982 bis 1990 an der Botschaft der Bundesrepublik in Israel, berichtet er:

»Während meiner mehrjährigen Beschäftigung an den deutschen Botschaften in Tel Aviv und Moskau war ich sozusagen „live“ sowohl mit den akuten — jeden Juden zutiefst berührenden — Problemen Israels als auch den dramatischen Umwandlungen in Russland konfrontiert.«

Auf den Internet-Seiten des Jüdischen Nationalfonds Keren Hayesod findet man einen Spendenaufruf Brenners vom 20. November 2002 mit der Schlagzeile:

»Hilfe für Israel ist für Juden in der Diaspora auch ein Privileg.«

Hierin schreibt das Mitglied des Zentralratspräsidiums und Oberhaupt der Berliner Gemeinde:

»Mehr denn je ist in diesen Tagen unsere Solidarität mit dem Staat Israel gefragt. Als Juden in Deutschland, die wir Zeugen des Antisemitismus-Streits in der FDP und einer desinformativen Medien-Hetzkampagne gegen den Staat Israel sind, erleben wir wie -

der einmal, wie prekär unsere Existenz in der Diaspora ist, wie sehr sie mit dem Schicksal aller Juden weltweit verbunden ist und wie die Geschehnisse in Israel uns ebenso betreffen wie die Juden, die dort leben ... Wir Juden in der Diaspora sind aufgerufen, Hilfe zu leisten. Ich appelliere an alle Gemeindemitglieder, ihrer Pflicht gegenüber dem jüdischen Staat nachzukommen. Denn eines müssen wir uns immer wieder klar machen: Ohne eine gesicherte Existenz des Staates Israel gibt es auch keine sichere Existenz der Juden in der Diaspora. Wir sind aufeinander angewiesen.«

Die Beziehungen zu Misrachi

Zentralrats-Präsidiumsmitglied Nathan Kalmanowicz ist Kultusdezernent des höchsten jüdischen Gremiums der Bundesrepublik. Er wirkt auch als Vorsitzender des in München sitzenden Vereins „Freunde von Or Torah Stone“ und als Deutschland-Chef der weltweit aktiven zionistischen Misrachi-Bewegung.

„Or Torah Stone“ engagiert sich für die Ausbildung von Rabbinern und Religionslehrern mit dem Ziel, sie „als geistige Führung weltweit in jüdischen Gemeinden tätig werden zu lassen“. Die Bindungen an Israel sind sehr eng.

Die 1902 von Rabbi Isaak Jakob Reines in Wilna gegründete Bewegung Misrachi (abgeleitet von hebräisch „Merkas Ruchani“, soviel wie „geistiges Zentrum“) hat sich unter dem Motto „Tora Vaavoda“, was ungefähr „bete und arbeite“ heißt, zur Aufgabe gestellt, den Zionismus an halachischen, also traditionell jüdischen Leitlinien auszurichten, eine säkularistische Abwendung Israels von der Religion zu verhindern und die Frontstellung vieler Orthodoxer gegen den Zionismus abzubauen. (Der verbissene Kampf zwischen strikt orthodoxen und entschieden säkularen Juden in Israel lief nach Befürchtung vieler jüdischer Beobachter auf

Bürgerkriegstumulte hinaus, bevor dann die nach Scharons martialischem Tempelbergauftritt ausgebrochene zweite Intifada der Palästinenser den Bruderzwist im Hause Zion dämpfte.) Man kann bei Misrachi von einem religiösen Flügel der zionistischen Bewegung sprechen. Die politische Fleischwerdung in Israel ist die Nationalreligiöse Partei.

Bei der Universität Bar-Ilan im israelischen Ramat Gan handelt es sich um das geistige Zentrum der internationalen Misrachi-Bewegung. Das jüdisch-zionistische Lehrhaus erfährt mannigfache Hilfestellung aus Deutschland. Zum 40-Jahr-Jubiläum der Universität hieß es am 5. Oktober 1995 in der „Allgemeinen Jüdischen“:

»Die Forschungseinrichtungen von Bar-Ilan arbeiten auch eng mit deutschen Hochschulen zusammen, unter anderem auf den Gebieten der Physik, der medizinischen Chemie, Mathematik, Hirnforschung, Ökonomie, Psychologie, der Bibel und des Talmud, der jüdischen Erziehung und der Ethik.«

Von Staats wegen werde dies „auf drei Ebenen“ unterstützt, nämlich

»über gemeinsame Projekte des israelischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst und des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie; über die deutsch-israelische Stiftung für wissenschaftliche Forschung und Entwicklung (GIF), die 1996 ein Stiftungskapital von 300 Millionen Mark ausweisen wird und je zur Hälfte von der israelischen und der deutschen Regierung aufgebracht wurde; über die Minerva-Stiftung, die von der Bundesregierung für diesen Zweck jährlich rund 20 Millionen Mark erhält und an der Bar-Ilan-Universität derzeit vier Zentren fördert.«

Finanzielle Frischzellenzufuhr wird der spirituellen Zentrale des weltweiten Misrachi-Netzwerkes auch zuteil vom „Kuratorium der Freundesvereine der Bar-Ilan-Universität“ in der Bundes-

republik, dem — so weiter im Text der „Allgemeinen“ von 1995,

»namhafte Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur angehören und an dessen Spitze der sächsische Ministerpräsident, Professor Kurt Biedenkopf, steht.«

Damit der Liebesgaben aus Bundesdeutschland nicht genug. Das Zentralratsblatt fuhr fort:

»Auch andere Bundesländer unterstützen Bar-Ilan. So konnte mit Mitteln des Senats von Berlin ein Lehrstuhl zur Erforschung der Geschichte der Juden in Preußen eingerichtet werden. Die Hansestadt Hamburg trug wesentlich zur Gründung des Joseph-Carlebach-Instituts zur Erforschung jüdischer Wissenschaften an der Tel Aviver Hochschule bei.«

Die World Mizrahi Movement (Mizrachi, englische Version des Namens der Bewegung) nennt auf ihren Internet-Seiten als ihre Hauptaufgaben:

Bewahrung des „ewigen Dreiecks (eternal triangle) von Volk, Torah und Land“,

„Erziehung hin zur Alija (= Einwanderung) nach Israel“,

„Verstärkung und Vertiefung der religiös-zionistischen Werte in den jüdischen Gemeinden der Diaspora“,

„Stärkung des Bandes (strengthening of a bond) zwischen Israels Gesellschaft und den Gemeinden der Diaspora“, wobei das Judentum in aller Welt „Israel als Zentrum“ („being its center“) zu begreifen habe.

Nicht zuletzt aber bezeichnet diese weltweite religiös-zionistische Organisation mit starker Förderung aus Deutschland als eine ihrer vornehmsten Obliegenheiten,

»Assimilation und Mischehen zu verhindern“ („prevention of assimilation and intermarriage“).«

Mizrachi-AktivistInnen stehen, so verkündet die zionistische Weltbewegung stolz, an führender

Stelle quer durch die Gesellschaft (Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Militär, Erziehung usw.), und dies sowohl in Israel als auch in der Diaspora:

»Members of Mizrahi in Israel are found throughout society. They are the forefront of economics, politics, welfare, technology, science, the army and in every sphere of everyday life. In Jewish communities outside of Israel, Mizrahi members are at the forefront of communal leadership, spiritual leadership and education.«

Nathan Kalmanowicz vom Präsidium des Zentralrats der Juden in Deutschland jedenfalls gehört dazu.

Die „Muskeljuden“ des Max Nordau

In der Person des 1950 in Israel geborenen, früher bei der Deutschen Bundesbank beschäftigten Dr. Dieter Graumann, der auch dem Vorstand der jüdischen Gemeinde in Frankfurt/Main angehört, ist der Zentralrat „verlinkt“ mit zwei weltweit wichtigen jüdischen Organisationen. Graumann nämlich fungiert auch als Präsident von Makkabi Frankfurt und als Vizepräsident der B'nai B'rith-Loge in „Mainhattan“.

„Makkabi — Jüdischer Turn- und Sportverband in Deutschland e. V.“ hat nach eigenen Angaben zweieinhalbtausend Mitglieder in der Bundesrepublik, davon fünfhundert in Frankfurt (dort gibt es Abteilungen für Basketball, Fußball, Taekwondo, Tennis, Tischtennis, Volleyball und Bridge). Die Vereinigung wurde in Deutschland 1903 (Wiedergründung: 1965) als Dachverband der zionistischen Sportbewegung gegründet — nach den Vorgaben des Zionistenführers Max Nordau, der den „Muskeljuden“ als Leitbild verkündet hatte. 1921 kam es in Deutschland zur Gründung des weltweiten Makkabi-Verbandes (als „Maccabi World Union“ heute die größte jüdische Sport- und Jugendbewe-

gung mit — laut eigenen Angaben — rund 400 000 Mitgliedern). Bis 1934 hatte die Welt-Union Makkabi ihren Sitz im Deutschen Reich, dann siedelte sie nach England über.

Die Hitlerdiktatur brachte das vorläufige Ende von Makkabi in Deutschland. Am Anfang jedoch hatte das NS-Regime die zionistische Vereinigung eingespannt, um die Juden im Reich von ihren deutschen Sportsfreunden zu separieren und den ungeliebten „Nichtariern“ die Auswanderung schmackhaft zu machen. Das „Neue Lexikon des Judentums“ schreibt dazu:

»Im Gegensatz zu den konfessionellen Sportorganisationen und der Arbeitersportbewegung wurde der Makkabi 1933 zunächst nicht aufgelöst. Er nahm vielmehr in den toi-



Zionistisches Bekenntnis mit Herzl-Porträt und Davidstern zur Zeit der Hitlerdiktatur: Makkabi-Sportfest 1934; Jugendliche beim Fußballspiel Makkabi Tikwah (Palästina) gegen Makkabi Berlin, 24. Juni 1937. Jeweils in Berlin, Grunewaldstadion.

genden Jahren einen bemerkenswerten Aufschwung.«

Ein Wiederaufleben der Makkabi-Aktivitäten fand gleich nach Kriegsende in den DP-Lagern statt. In Bayern allein gab es 1946/47 zwei Fußballligen jüdischer DPs. In der Liga Nordbayern-Oberpfalz kickten beispielsweise „Hapoel Neunburg vorm Walde“ gegen „Kailima Degendorf“ oder „Maccabi Marktredwitz“ gegen „Hakoach Schwandorf“.

Unter den „wichtigsten Aufgaben des Verbandes“ rangiert nach Angaben von Makkabi Deutschland an vorderster Stelle:

»Vorbereitung auf die alle vier Jahre in Israel stattfindende Maccabiah; vergleichbar in kleinerem Rahmen mit der Olympiade, nur dass es sich hier um ausschließlich jüdische Sportler aus aller Welt handelt; zuletzt 5 500 Athleten aus 55 Nationen.«

Ehud Olmert, Oberbürgermeister Jerusalems, sprach bei der Eröffnung der Maccabiah 2001 von der „jüdischen Olympiade“ als einem „ewigen Beweis der zionistischen Idee“ („Jüdische Allgemeine“, 15. März 2001). Die Teilnahme an der Maccabiah in Israel, teilt denn auch der bundesrepublikanische Zweig der Organisation im Internet mit, sei „das höchste Ziel für einen jüdischen Sportler“. Zu weiteren „wichtigsten Aufgaben“ des Verbandes würden zählen:

»Vermittlung traditioneller jüdischer Werte, Identität und Bewusstseins«,

»ein über den Sport hinausgehendes Gefühl der Zusammengehörigkeit mit anderen jüdischen Sportlern weltweit zu vermitteln«,

»durch den Sport zum Verständnis zwischen Juden und Nichtjuden beizutragen«.

In einem Interview, das die „Jüdische Allgemeine“ am 27. März 2002 veröffentlichte, betonte Martin Widerker, Gründer und seit 23 Jahren Chef von Makkabi Stuttgart sowie Vertreter der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg im Zentralrat und überdies Vor-

standsmitglied des württembergischen Verbandes des Hilfswerkes für Israel, Keren Hayesod:

»Makkabi hat durch den Sport die Mittel, Selbstbewusstsein, Stärke, Mut, Idealismus auch für Israel zu vermitteln; das ist sehr wichtig.«

Span the globe"

Bei Zentralrats-Graumanns „Independent Order of B'nai B'rith“ handelt es sich um die wohl einflussreichste hinter den Kulissen wirkende jüdische Organisation der Welt. Über den Logenbund, der grundsätzlich nur Juden aufnimmt, schrieb die „Allgemeine Jüdische“ in ihrer Ausgabe vom 5. August 1999:

»Die jüdische Hilfsorganisation B'nai B'rith (hebräisch: Söhne des Bundes) ist nach freimaurerähnlichem Prinzip strukturiert und weltweit in sechsfünfzig Staaten vertreten. In Deutschland bestehen in sechs Städten acht Logen mit rund siebenhundert Mitgliedern.«

Gegründet wurde die Gemeinschaft 1843 in der New Yorker Lower East Side von jüdischen Auswanderern aus Deutschland mit dem Ziel, ein einigendes Band um die Juden in aller Welt zu winden. Auch heute noch bilden die USA — neben Israel natürlich — den Schwerpunkt der Aktivitäten. Seit 1882 gibt es B'nai B'rith in Deutschland. Eine aus dem Logenbund 1913 hervorgegangene und mit ihm eng vernetzte „Anti-Defamation League“ (ADL) unter Abraham „Abe“ Foxman kämpft von Amerika aus rigoros alles nieder, was als antisemitisch empfunden wird.

B'nai B'rith verweist auf seinen Internetseiten mit Stolz auf weltumspannende Aktivitäten im Zeichen enger Zusammenarbeit mit Diplomaten, Präsidenten, Monarchen und sogar dem Vatikan; man werde bei Fragen, die mit dem Weltjudentum zusammenhängen, von Führern in Washington, Jerusalem und überhaupt rund



„Frankfurter Rundschau“-Bericht über die B'nai B'rith-Loge in der Mainmetropole

um den Erdball kontaktiert und sei auch ständig präsent bei der UNO und der EU, welcher wachsende Bedeutung zukomme:

»In recent years, our efforts for Jewish security literally span the globe. We work closely with diplomats, presidents, monarchs, and the Vatican. Leaders in Washington, D. C., Jerusalem, and around the globe call us an issues affecting world Jewry ... Today, we're the only Jewish organization with a full-time presence at the U. N. and the increasingly important European Union in Brussels.«

Schon seit den 1860er-Jahren habe es B'nai B'rith-Aktivitäten im späteren Israel gegeben, betonte die Organisation, 1895 sei die erste Loge in Jerusalem gegründet worden und in unserer Zeit habe das Jerusalemer „B'nai B'rith World Center“ herausragende Bedeutung für die Belange der Judenheit in aller Welt gewonnen

B'nai B'rith tritt auch in Deutschland sehr selten in aller Öffentlichkeit direkt in Erscheinung. Nicht minder bedeckt hält sich die 1992 gegründete deutsche Vertretung der B'nai B'rith

Youth Organization (B.B.Y.O.), Nachwuchsgruppe des Logenbundes. Die etablierten Medien nehmen Rücksicht auf den Wunsch nach Diskretion. Wenn überhaupt, erfolgt eine wenig investigative, eher apologetische Berichterstattung. Wie etwa in der „Frankfurter Rundschau“ am 13. Januar 1992 über die B'nai B'rith-Loge in der Mainmetropole. „Nichts für uns, alles für andere“ sei die altruistische Leitlinie der Vereinigung, betonte das Linksblatt schon in der Schlagzeile, und die „traditionellen moralischen Prinzipien“ des Bundes stellte man den Lesern direkt aus dem Munde von Frankfurts Logenchef Elias Hofmann vor: „Wohltätigkeit, Bruderliebe, Eintracht“. Freilich betonte der Hochgradige bei dieser Gelegenheit auch, was an „neuen Aufgaben“ vor allem hinzugekommen sei:

»Die Arbeit für den Staat Israel.«

Im Internet findet man eine „Projektinformation“ folgenden Inhalts:

»Im Januar 1998 haben in Berlin Mitglieder von B'nai B'rith den Trägerverein für das Anti-Defamation-Forum (ADF) ins Leben gerufen. Ziele des Forums sind die Stärkung de-

mokratischer Strukturen, der Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus sowie der interkulturelle und interreligiöse Austausch.«

Als Kuratoriumsmitglieder werden in der Meldung namhaft gemacht:

Barbara John (Ausländerbeauftragte des Senats von Berlin),

Dr. Michel Friedman (Zentralrat),

Dr. Andreas Nachama (Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Berlin),

Nils Busch-Petersen (Hauptgeschäftsführer des Berliner Einzelhandelsverbandes),

Hansjürgen Rosenbauer (Intendant Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg),

Volker Weihe (Verkaufsdirektor KaDeWe-Berlin).

Wobei der Hinweis nicht fehlt:

»ADE e. V. ist als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerlich absetzbar. Eine Spendenbescheinigung wird umgehend ausgestellt.«

Besucher und Preisträger der Loge

Am 1. März 2001 hieß es in einer Meldung der „Allgemeinen Jüdischen“ mit der Überschrift

»Beckstein bei B'nai B'rith«

aus der Feder von Marian Offman, dem jüdischen Pressesprecher der CSU:

»Alle Plätze im Vortragsraum der Loge in Schwabing waren besetzt. Nicht verwunderlich, denn das Thema war der Kampf gegen den zunehmenden Rechtsradikalismus. Zu Gast in der Loge bereits zum zweiten Mal: Bayerns Innenminister Günther Beckstein ... Vorrangig im Kampf gegen den Rechtsradikalismus ist nach Beckstein das Verbot der NPD. Es wurde von Bayern ausgehend in Berlin durch die Bundesregierung eingeleitet

„Wegen des äußerst belastenden Materials ist der Verbotsantrag sehr erfolgver-

sprechend“, erläuterte Beckstein den Antrag.«

Ob sich der CSU-Minister später noch ein drittes Mal in die Loge begeben hat, diesmal um das Scheitern des „von Bayern ausgehenden“ und „sehr erfolgversprechenden“ Verbotsantrags gegen die Nationaldemokraten zu erläutern, ist nicht bekannt. Übrigens residiert auch der langjährige Präsident von B'nai B'rith Europa, der Unternehmer Josef Domberger, in Bayern.

Im Dezember 2002 führte B'nai B'rith eine Veranstaltung mit Bundesaußenminister und Vizekanzler Fischer als Festredner durch, welcher vor dem Führungsforum des jüdischen Logenbundes abermals beteuerte, dass Deutschland in Treue fest zu Israel stehe.

Mit der Goldmedaille von B'nai B'rith sind in Deutschland u. a. Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundeskanzler Helmut Kohl ausgezeichnet worden, auch der Verleger Axel Springer, bekanntlich Israel-Gönner von besonders hohen Graden, und der herkunftsjüdische langjährige Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie sowie stellvertretende Vorsitzende der Gesellschafterversammlung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Brillenfabrikant Rolf Rodenstock.

Die Goldmedaille der mit dem Zentralrat vernetzten jüdischen Logenvereinigung ging ebenso an den Wirtschaftsmanager (Krupp-Konzern) Berthold Beitz, Schwiegervater des US-jüdischen Großverlegers William Ziff. Beitz, der im Kriege im Generalgouvernement, dem deutschbesetzten Polen, die Karpathen I AG mit Tausenden Zwangsarbeitern leitete, sorgt u.a. via Krupp-Stiftung für großzügigste Förderung jüdischer Belange (Krupp'sches Stiftungsgeld ging u. a. an Goldhagen für sein Buch „Hitlers willige Vollstrecker“).

Beitz hat aber nicht nur den B'nai B'rith-Orden erhalten, sondern auch:

die Josef-Neuberger-Medaille der jüdischen Gemeinde in Düsseldorf,
den Leo-Baeck-Preis des Zentralrats der Juden in Deutschland,
die Medaille der Holocaustgedenkstätte Jad Vaschem in Jerusalem,
das Ehrendoktorat des Weizmann-Instituts in Rehovot/Israel.

Bertelsmann, Goldhagen, B'nai B'rith-Gold

Apropos Goldhagen und Gold von B'nai B'rith: Zu den in Deutschland Auserwählten, die in den Genuss der hohen Auszeichnung des jüdischen Logenbundes gekommen sind, zählt Frank Wässner, Vorstandsvorsitzender der Bertelsmann Buch AG, der die B'nai B'rith-Medaille 1997 bei einem Festakt in München in Empfang nehmen konnte. Der Siedler-Verlag, ein Unternehmen der Bertelsmann-Gruppe, hatte gerade Goldhagens antideutsche Kollektivschuld tirade herausgebracht.

Der Bertelsmann-Konzern konnte nicht zuletzt deshalb zum internationalen Mediengiganten werden, weil unter Führung des Nachkriegs-

chefs Reinhard Mohn die Vergangenheit des Unternehmens verfälscht worden war. Man verpasste sich nachträglich ein NS-kritisches, widerständlerisches Deckmäntelchen. Und Mohn selbst, der Boss, gab sich ein zionistisches „Image“, bekundete er doch:

»Meinen jüdischen Freunden in New York danke ich dafür, dass sie mir die Zielsetzung des Zionismus nahegebracht haben.«

Die Bertelsmann-Stiftung überdies widmete sich, wie sie beispielsweise in einer am 9. Dezember 1999 in der „Allgemeinen Jüdischen“ veröffentlichten Großanzeige kundtat, mit besonderer Vorliebe

»Fragen des deutsch-jüdischen und deutsch-israelischen Verhältnisses«,

suchte deshalb in dieser Annonce des Zentralratsblattes nach Referenten

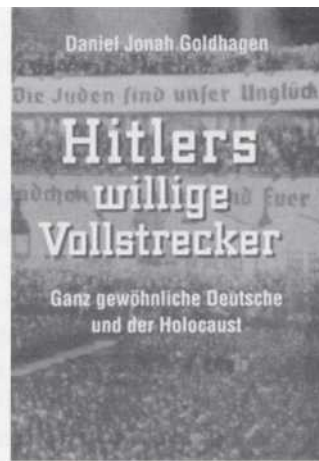
»zum Aufbau eines deutsch-israelischen Jugendaustausches auf Young Leaders-Level«, und zwar dies alles

»in Zusammenarbeit mit Lord Weidenfelds Deutsch-Jüdischem Dialog«.

Verlangt wurden von den Bewerbern nicht nur

»fließende Hebräisch-, Englisch- und Deutschkenntnisse«,

sondern ausdrücklich auch, dass sie



Bertelsmann-Verlag einst und jetzt

»gut in Israel und Deutschland vernetzt sind«.

Weiter zeigt sich das Haus Bertelsmann stets auch direkt spendabel für jüdisch/israelische Belange. So überreichte Konzernchef Thomas Middelhoff Anfang 2001 eine Million Mark an den Zentralrat der Juden

»zur Integration jüdischer Einwanderer aus Russland«.

Es war zuerst das Münchner Rechtsblatt „National-Zeitung“, das Mitte der 90er-Jahre mit Einzelheiten aus dem sozusagen „tiefbraunen“ Vorleben des Hauses Mohn/Bertelsmann an die Öffentlichkeit ging und eine Liste von mehreren hundert Titeln des Verlages aus der Hitlerzeit veröffentlichte, welche nach Kriegsende von den Siegern als „nazistisch, militaristisch, rassistisch“ auf den „Index auszusondernder Literatur“ gesetzt worden waren.

Der Neige der Bertelsmann-Märchen den letzten Rest gab Ende 2002 der Bericht einer Untersuchungskommission unter Leitung des israelischen Historikers Saul Friedländer: Von Widerstand zur Hitlerzeit bei Bertelsmann keine Spur; Heinrich Mohn, Vater des Nachkriegschefs und Boss in der NS-ra, gehörte dem Förderkreis des Reichsführers SS an; der Bertelsmann-Verlag war der größte Lieferant für NS-linientreue Wehrmachtliteratur (er druckte allein 15 Millionen Stück „Feldpostausgaben“); bei der angeblich aus politischen Gründen erfolgten Schließung des Hauses 1944 handelte es sich in Wahrheit um eine Sanktion wegen illegaler Beschaffung kriegsbedingt knapp gewordenen Papiers; die Bildung der Legende, Bertelsmann sei ein „Widerstandsverlag“ gewesen, habe lediglich dazu gedient, nach dem Krieg wieder eine Lizenz zu bekommen.

Die Gesetzestafeln Moses

Dr. Salomon Korn, Ende September 2003 an Friedmans Statt zum Vize Spiegels gewählt,

steht der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt am Main vor, dem nach Berlin — zweitgrößten israelitischen Gemeinwesen der Bundesrepublik Deutschland. Architekt, hat er das in den 80er-Jahren errichtete jüdische Gemeindezentrum in „Mainhattan“ entworfen, das in der Schaufront die steinernen Gesetzestafeln Moses mit einem klaffenden Riss zeigt. Korn machte damals, 1985, auch durch seine Beteiligung an einer Bühnenbesetzung in Frankfurt am Main von sich reden, als es gegen das als „antisemitisch“ bezeichnete Fassbinder-Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod“ ging. (gnatz Bubis und Michel Friedman waren bei dieser Protestaktion ebenfalls präsent.

Korn, Jahrgang 1943, sieht sich als Vertreter einer, wie er sagt,

»Zwischengeneration, die die Schoa nicht mehr bewusst erlebt hat, aber doch unmittelbar betroffen ist«,

betrachtet das deutsch-jüdische Verhältnis wegen der Untaten der Hitlerzeit weiterhin als „offene Wunde“, warnt vor der „Illusion einer deutsch-jüdischen Symbiose“ („Jüdische Allgemeine“, 5. Juni 2003) und betonte in einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ am 24. September 2003, gleich nach seiner Wahl zum Zentralratsvizepräsidenten:

»Ich habe Deutschland nie ganz als meine Heimat betrachtet.«

Korn engagiert sich neben seinen Aufgaben im Zentralrat in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens. So wirkt er unter anderem als

Mitglied der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden,

Mitglied des Stiftungsbeirates „Brandenburgische Gedenkstätten“,

Mitglied des Stiftungsbeirates „Sächsische Gedenkstätten“,

Mitglied im Kuratorium des Dombauvereins Speyer,

Vorstandsmitglied der Ludwig-Börne-Stiftung,

Kuratoriumsmitglied der Stiftung „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“,
 Beirat der Stiftung „Topographie des Terrors“,
 Mitglied des Kuratoriums der Stiftung „20. Juli 1944“,
 Mitglied des Kuratoriums der Bundesstiftung „Jüdisches Museum Berlin“,
 Senator der Deutschen Nationalstiftung,
 ZDF-Fernsehrat.

In seinem Artikel

»Ende der Schonzeit. Es gibt keinen neuen Antisemitismus — der vorhandene wird entlarvt«,

den die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 6. Mai 2002 veröffentlichte, beklagte Dr. Korn vehement, dass

»alle Juden für jegliches Vorgehen gegen die Palästinenser in Kollektivhaftung genommen werden«.

Wenig zuvor aber, am 18. April 2002, hatte der jüdisch-zionistische „Aufbau“ (New York) ein Interview mit Salomon Korn veröffentlicht, in welchem der Zentralratsfunktionär die an Prag gerichteten Entschädigungsforderungen vertriebener Sudetendeutscher wegen der Hitler-Verbrechen als „aberwitzig“ bezeichnete und weiter feststellte:

»Menschlich ist das verständlich: „Mir und meiner Familie wurde Leid zugefügt — Was habe ich mit der großen Geschichte zu tun?“ Aber der Gesamtzusammenhang der gemeinsamen Verantwortung kann dadurch nicht weggedrückt werden: Man gehört eben doch einer bestimmten Volksgemeinschaft an.«

Eben.

Shalom Europa

Wie sein Zentralratspräsidiumskollege Graumann ist auch der Internist Dr. Josef Schuster aus Israel nach Deutschland gekommen. Geboren wurde er 1954 in Haifa als Sohn von David Schuster, dem nachmaligen Vertreter der Juden des Freistaates im Bayerischen Senat. Er wirkt als Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde von Würzburg und als Chef des Landesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern. Durch Zuzug von GUS-Juden ist seine Würzburger Gemeinde seit Mitte der 90er-Jahre von 150 auf über 1000 Mitglieder angewachsen.

Schusters ganzer Stolz und Ehrgeiz (Selbstbekundung: „Ein Traum beginnt Wirklichkeit zu werden“) ist das Würzburger jüdische Gemeinde- und Kulturzentrum „Shalom Europa“, mit dessen Fertigstellung für Anfang 2006 gerechnet wird. Es schließt direkt an die bereits bestehende Synagoge an und ist Teil eines vom Freistaat üppig geförderten, groß angelegten jüdischen Bauprogramms in Bayern, zu welchem auch die neuen Gemeindezentren in Bamberg und München gehören.

Bei einer Visite der Würzburger Bauarbeiten zeigte sich Bayerns Sozialministerin Christa Stewens laut „Main-Post“ vom 30. Mai 2003 begeistert:

»Sie fand der lobenden Worte nicht genug.«

Es sei „ein Glanzstück“ im Entstehen, bekundete sie und bescheinigte Schuster, er leiste „hervorragende Arbeit“. Bei dieser Gelegenheit tat die CSU-Politikerin auch kund:

AUFBAU

Thursday, APRIL 18, 2002 • No.

8

„Materielle Forderungen der Vertriebenen sind aberwitzig“

Dr. Salomon Korn ist Präsidiums-Mitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland und Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Frankfurt.

»Um dem jüdischen Leben bessere Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten zu geben, beteiligt sich Bayern in großem Umfang an den Baukosten. Der Freistaat trägt 3,6 Millionen, der Bezirk Unterfranken 0,5 Millionen sowie die Bayerische Landesstiftung 1,5 Millionen Euro.«

„Shalom Europa“ werde

»auch von zahlreichen kirchlichen und privaten Spendern unterstützt«,

notierte der „Evangelische Pressedienst“ am 28. Mai 2003. Und zuvor, am 5. Dezember 2002, hatte die „Main-Post“ berichtet, dass die Finanzinstitute in der Frankenstadt einen Kredit von über einer Million Euro „zu vergünstigten Bedingungen“ für das jüdische Großprojekt gewährt hätten. Dr. Schuster sei begeistert davon,

»dass die Würzburger Banken ohne Konkurrenzdenken für die Initiative zusammenarbeiten«,

was „für das Klima in dieser Stadt“ spreche.

Dem „Initiativkreis Shalom Europa“ gehören neben Schuster an:

Der Privatbankier und ehemalige Synodale der bayerischen Evangelischen Landeskirche Albrecht Fürst zu Castell-Castell,

Rabbiner Jakov Ebert,

Architekt Gerhard Grellmann, Vorsitzender des Baukonstrates der Stadt Würzburg,

Notar Dr. Otto Grimm, Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Würzburg und Unterfranken

Rosa Grimm, Geschäftsführerin der vorgenannten Gesellschaft,

der Finanzjournalist Karl Grün, Ex-Mitglied der Chefredaktion der „Börsen-Zeitung“,

der katholische Dipl.-Theologe Burkhard Hose, stellvertretender Vorsitzender der Ge-

sellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Würzburg und Unterfranken, Architekt Erich Müller, ehemals zuständig für den staatlichen Hochbau in Unterfranken, der katholische Judaist und Neutestamentier Prof. Dr. Karlheinz Müller, auch er von der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Dr. Thomas Trenkle, Geschäftsleiter der Fürstlich Castell'schen Bank und zuständig für die „finanzielle Begleitung“ des jüdischen Zentrums.

Sponsor Fürst zu Castell-Castell war 2000 mit einem Rundbrief an 585 deutsche Städte und Dörfer in Erscheinung getreten, mit dem er an zur Hitlerzeit untergegangene Judengemeinden erinnern wollte und in dem er die Bürgermeister aufforderte, mit ihm

»gemeinsam nach Israel zu reisen und Buße zu tun«.

Der Illustrierten „Stern“ gegenüber (Nr. 42/2000) begründete er seine „Bußaktion“ mit dem Hinweis auf

»die scheußlichen Anschläge auf die Synagogen in der letzten Zeit«

(welche sich bekanntlich bald darauf als gar nicht neonazistisch oder antisemitisch motiviert herausstellten) und damit, dass zur Zeit der NS-Judenverfolgung

»vom Casteller Schloss kein Wort des Mitleides, des Mitfühlens oder gar des Protestes ausging«.

Dafür suche er um Vergebung, sagte der Fürst der Illustrierten. Und zwar in Israel.

Sponsor Lauder

Apropos Sponsor:

„Shalom Europa“ soll auch anderthalbtausend Grabsteine von Juden aus dem Mittelalter beherbergen und darüber hinaus das „Ephraim Gustav Hönlein Genealogie Projekt“ in seinen

Mauern aufnehmen. Nach Fertigstellung wäre dieses das größte Institut für Ahnenforschung in Deutschland seit 1945. Mit ihm will man Juden die Möglichkeit verschaffen, die Wurzeln ihrer Vorfahrenschaft bis tief in die Geschichte hinein aufzuspüren. Wie der „Evangelische Pressedienst“ am 14. Oktober 2002 berichtete, schießt die Lauder-Stiftung aus den USA, überhaupt Trägerin des künftigen Würzburger genealogischen Forschungsinstituts, eine Million Dollar für Zentralrats-Schusters Ahnenzentrum zu.

Wie ernst man im Judentum das Thema Ahnenforschung nimmt, ergibt sich übrigens auch aus folgenden Meldungen:

„Evangelischer Pressedienst“ (epd) am 28. Juli 1991:

»Sowjetische Einwanderer in Israel müssen ihre jüdische Abstammung künftig über vier Generationen nachweisen, um von religiösen Gerichten als Juden anerkannt zu werden, gab der Oberrabbiner der orientalischen (sephardischen) Juden, Ovadia Joseph, bekannt. Die religiösen Rabbinatsgerichte nehmen in Israel unter anderem die Aufgaben eines zivilen Standesamtes wahr.«

„Associated Press“ (AP) am 2. Juli 1998:

»Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion müssen in Israel im Zweifel ihre jüdische Abstammung mit einem Gen-Test nach-

weisen. Dies bestätigte das israelische Innenministerium gestern.«

Chef der Stiftung, die das jüdische Ahnenforschungszentrum in Schusters „Shalom Europa“ finanzieren will, ist der Parfümkonzern-Erbe Ronald S. Lauder, genannt „der Herr der Düfte“. Er war in den 80er-Jahren Vizeverteidigungsminister in Washington, dann US-Botschafter in Wien. Darüber hinaus hat er es als Vorsitzender der Präsidentenkonferenz der größten jüdischen Organisationen („Chairman of the Conference of Presidents of Major Jewish Organisations“) zum nominell ranghöchsten Juden in Amerika gebracht. Lauder gilt als einer der Hauptsponsoren der israelischen Likud-Bewegung von Scharon und Netanjahu. Mit Netanjahu überhaupt bestens befreundet, hat er für dessen Wahlkämpfe beachtliche Summen locker gemacht. Für den Staat Israel war Lauder gelegentlich in heikler diplomatischer Mission unterwegs, beispielsweise nach Damaskus 1999.

Seit 1997 unterhält die Lauder-Foundation eine Zweigniederlassung in Berlin, der zunächst der US-jüdische Diplomat Joel Levy vorstand und die seit 2000 von Rabbiner Joshua Spinner unter dem Motto:

»Ich will helfen, dass die Menschen ihre jüdische Identität entdecken können«,

Die Jüdische Gemeinde Würzburg
in Zusammenarbeit mit der Ronald S. Lauder Foundation
freut sich über die Eröffnung des

Ronald-S.-Lauder-Chorev-Seminarzentrum
Valentin-Becker-Straße 11 • Würzburg

Das Zentrum ist gedacht für:
Intensive Lernseminare
Schabbat- und Feiertagsprogramme
Konferenzen für junge Gemeindemitglieder
Weitere Informationen, auch zum Veranstaltungskalender,
erhalten Sie unter der Telefonnummer (069) 74 38 78 71

Dr. Josef Schuster
Vorsitzender



Engagement der Lauder-Stiftung

geführt wird. Im August 2003 kam es in Hamburg zur Einweihung einer von der Lauder-Stiftung bezuschussten Talmud-Tora-Schule.

1999 hatte sich Lauder in Begleitung von Israel Singer (Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses, maßgeblicher Mann auch der Jewish Claims Conference) und Michael Berenbaum (von Steven Spielbergs „Show Foundation“) nach Berlin, Wien und Warschau begeben, um dort von ihm mitgesponserte jüdische Lehrhäuser zu eröffnen. In Wien überreichte ihm anlässlich der Einweihung des „Lauder Chabad Campus“ Bundespräsident Klestil das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich.

Das österreichische Polit-Magazin „Format“ zitierte in seiner Ausgabe Nr. 8/1999 zum „höchst brisanten Gedankenaustausch in der Wiener Hofburg“ Klestils Sprecher Hans Magenschab. Ihm zufolge war Lauder nicht nur als Big Spender, sondern vor allem

»als Bevollmächtigter des Jüdischen Weltkongresses nach Wien gekommen, um über Fragen der Restitution zu sprechen«.

Als Botschafter in Österreich hatte der Ehrenzeichenträger aus den USA schärfstens gegen die Wahl Waldheims zum Präsidenten durch das Volk protestiert. Vor seiner Visite in der Alpenrepublik 1999 war Lauder dann zum Chef jenes „Steering-Komitees“ auserwählt worden, das im Auftrage jüdisch-zionistischer Organisationen österreichische Wiedergutmachungsleistungen eintreiben soll. Zudem finanziert der zionistisch% „Herr der Düfte“ das Wiener Europabüro der zum Netzwerk der B'nai B'rith-Logen gehörenden Anti-Defamation League (ADL).

Schlüsselpositionen in Medien

Die zentrale Rolle des Zentralrats der Juden in Deutschland zeigt sich nicht zuletzt im Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien. In den Rund-

funkräten bekleiden Repräsentanten der jüdischen Einheitsorganisation Schlüsselstellungen. Im „ABC der ARD“ heißt es unter dem Stichwort „Rundfunkrat“:

»Bei sämtlichen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland — beim ZDF unter dem Titel Fernsehrat — die Vertretung der Allgemeinheit und das höchste, mit der Programmkontrolle beauftragte Aufsichtsgremium, das allein, auf Vorschlag des Verwaltungsrats oder in gemeinsamer Sitzung mit diesem die personelle Leitung der Anstalt, Intendant oder Direktorium, bestimmt.«

Die Besetzungsliste dieses „die Allgemeinheit vertretenden“ Kontrollorgans regeln Landes- bzw. (im Falle ZDF und Deutsche Welle) Bundesgesetze. Das ARD-Lexikon teilt über die dabei obwaltenden Grundsätze mit:

»Generell vorgesehen sind Rundfunkratsmitglieder der beiden großen Konfessionen, der jüdischen Kultusgemeinde, der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Parlaments- oder in jüngerer Zeit eher Parteienvertreter sowie Regierungsvertreter.«

Die jüdischen Gemeinden also sind grundsätzlich zu berücksichtigen. Die in Deutschland lebenden Muslime, die das Dreißigfache der Angehörigen hiesiger jüdischer Gemeinden ausmachen, aber nicht; auch nicht die Muslime mit deutscher Staatsangehörigkeit, wovon es fünfmal mehr gibt als jüdische Gemeindemitglieder. Ebenfalls keinen Anspruch auf Repräsentanz in den Rundfunk- und Fernsehräten haben im Gegensatz zu den Juden die Angehörigen der orthodoxen christlichen Kirchen. Sie sind mit deutlich über einer Million Mitgliedern, meist aus Griechenland, Rumänien und Serbien stammend, unter der bundesrepublikanischen Bevölkerung vertreten und machen damit rein mengenmäßig das Zehnfache von dem aus, was die jüdischen Gemeinden aufzubieten haben.

So findet man also die Vertreter des Judentums in den höchsten Rundfunkinstanzen quer durch die Republik: Vom NDR (Reuben Herzberg von der jüdischen Gemeinde Hamburg ist dort Rundfunkrat, Michael Fürst, Chef der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen, Mitglied des Verwaltungsrates) bis hin zu Deutschlandradio (Robert Guttman, Präsident der Zionistischen Organisation in Deutschland, ZOD, ein „Mann mit Jewish Power“, so die „Allgemeine Jüdische“ vom 17. September 1999, ist stellvertretender Ratsvorsitzender und auch Mitglied des Programmausschusses) und Deutscher Welle (Hersz Krymalowski, Vorstandsmitglied der Synagogengemeinschaft Köln und Delegierter des Zentralrates der Juden in Deutschland, sitzt im Rundfunkrat des Auslandssenders der Bundesrepublik).

Der Zentralratschef der Juden Ignatz Bubis gehörte dem Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks von 1986 bis zu seinem Tode 1999 an, sechs Jahre davon als Chef. Sein Nachfolger an der Spitze des Zentralrates, Paul Spiegel, ist schon seit 1991 Mitglied des WDR-Rundfunkrates und sitzt zudem im Programmausschuss der Kölner Fernseh- und Radioanstalt. Michel Friedman wurde 1991 ZDF-Fernsehrat, als welcher er es 2003 sogar zu einem Führer brachte; freilich nicht zum sozusagen eigentlichen — das ist ZDF-Intendant Markus Schächter —, so doch immerhin, wie schon weiter oben erwähnt, zum Schriftführer. Salomon Korn folgte Friedman im September 2003 als ZDF-Fernsehrat nach.

Starke Vernetzung

Auch auf anderen Ebenen kann man eine starke Vernetzung der Pro-Israel-Kräfte mit den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland feststellen. Beispielsweise ist das langjährige Mitglied des jüdischen Zentralrats Gerrard Breitbart als Hauptabteilungsleiter beim Zweiten Deutschen Fernsehen hervorgetreten und

konnte die mit dem Heinz-Galinski-Preis dekorierte unermüdliche Israel-Lobbyistin Lea Rosh 1991 zur Chefin des NDR-Funkhauses Hannover aufsteigen.

Die Letztgenannte gehörte zu den Hauptpropagandisten eines Giga-Holocaust-Mahnmals in Berlin, mit dessen Bau 2003 begonnen wurde, und hatte sich 1989 vehement gegen die deutsche Einheit gewandt:

»Ich fände 80 Millionen wiedervereinigte Deutsche furchtbar. Nehmen wir die Teilung doch als Bürde der Geschichte hin.«

Anfang 2003 unterzeichnete Lea Rosh die scharfe öffentliche Kritik eines „Bündnisses gegen Antisemitismus“ an den Friedensdemonstrationen, die gerade wegen des Irak-Krieges der USA stattfanden.

»Wo war etwas von Solidarität mit Israel zu lesen?«

machte sie in einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ vom 20. Februar 2003 als Haupteinwand gegen die Friedensbewegten geltend. Und sie erteilte bei dieser Gelegenheit Geschichtsunterricht folgender Art:

»Ich habe die Geschichte nicht vergessen. Ich vergesse auch nicht, dass die Amerikaner die Landung in der Normandie mit einem ungeheuren Blutzoll bezahlt haben, für uns.«

Auch sonst spielen Personen, die sich ausgesprochen stark für israelische Belange einsetzen, eine hervorragende Rolle in öffentlich-rechtlichen Medien.

Wieder das Beispiel NDR: Dort ist Sabine Abel als Vertreterin der „Aktion Sühnezeichen“ Mitglied des Rundfunkrates und Jobst Plog wirkt als Intendant; er hat sich unter anderem als Kurator der „Jüdischen Organisation Norddeutscher Studenten“ (JONS) Verdienste um die auserwählte Sache erworben und ist Kuratoriumsmitglied der überaus pro-israelischen Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. Klaus Schütz sitzt im Rundfunkrat des Deutschlandradios — der ehemalige Regierende

Bürgermeister von Berlin und Botschafter in Israel, Mitglied auch des Kuratoriums der Freunde des zionistischen Leo-Baeck-Instituts, pflegt sich für israelische Belange seit langem schon förmlich zu zerreißen. Schütz' Tochter ist zum Judentum konvertiert (wie übrigens auch die Töchter des ehemaligen Bundesaußenministers Klaus Kinkel und des langjährigen Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier sowie die Witwe des evangelischen Kirchentagspräsidenten Martin Niemöller, die ihren Vornamen jüdisch anreichterte und sich seit Vollzug der Übertrittsprozedurien Sibylle Sarah Niemöller-von Seil nennt).

Bleibt noch nachzutragen, dass der jüdische, Israel von Herzen zugetane Gyula Trebitsch, von dem das Wort stammt:

»Durch langfristige Erziehung der Sehgewohnheiten kann das Publikum dazu gebracht werden, im Laufe der Zeit das Richtige zu denken«,
mit seinem 1960 gegründeten „Studio Hamburg“ lange Jahre über eine der größten Pro-

duktionsstätten für Fernsehsendungen in Europa herrschte (er spielte im TV-Bereich eine ähnliche dominante Rolle wie der ebenfalls extrem israelbezogene „Atze“, recte: Abraham Brauner im bundesdeutschen Filmwesen) und dass infolge Erwerbs der Konkursmasse des Leo-Kirch-Konzerns (ProSieben, Sat 1 usw.) der für israelische Interessen stark engagierte Haim Saban, welcher über die US-amerikanische und die israelische Staatsbürgerschaft zugleich verfügt, im Spätsommer 2003 zum größten Privatfernsehboss der Bundesrepublik Deutschland aufgestiegen ist.

Prominente Politiker mit „guten Drähten“ hatten Saban beim „Mega-Deal“ Schützenhilfe geleistet; vor allem Georg von Waldenfels (CSU), Stoibers ehemaliger Finanzminister. Der US-jüdische Politiker Martin Indyk, unter Frau Albright Vizeaußenminister, der stets für Israel auf Posten steht, ist Haim Sabans enger Weggefährte und leitet ein von ihm gesponsertes „Saban Center for Middle East Policy“.

Weitere Maschen im Netz

„Chic, nach Deutschland zu gehen“

Am 15. März 2001 berichtete das US-jüdische Blatt „Aufbau“:

»„Es ist chic, quasi en vogue, nach Deutschland zu gehen“, sagte Rabbi Marc Schneier bei einem Gespräch im deutschen Konsulat in New York und verwies auf die verschiedensten amerikanisch-jüdischen Organisationen, die sich in jüngster Zeit nach Deutschland orientieren. „Die jüdische Gemeinschaft Deutschlands ist die am schnellsten wachsende in ganz Europa“, unterstrich Schneier. Es sei für die Entwicklung des ganzen jüdischen Volkes zentral, dass sich die jüdische Gemeinde in Deutschland wieder gut entwickle.«

Schneier ist u. a. Vorsitzender der Stiftung „Appeal of Conscience Foundation“ („Appell des Gewissens“), „eines wichtigen Teils der wohlhabenden, einflussreichen jüdischen Gesellschaft New Yorks“ („Süddeutsche Zeitung“, B. September 2000). Kanzler Schröder erhielt vom

„Appeal“ nach seiner Absegnung der 10 Milliarden Mark an den Zwangsarbeiterfonds den Titel eines „Welt-Staatsmannes“; die Laudatio hielt Henry Kissinger. Schneier wirkt auch als Chef der 1999 gegründeten NABOR (North American Board of Rabbis). Dieser Rabbinerverband müht sich ab, die heftigen Fehden unter den religiösen Richtungen im Judentum (Orthodoxe, Konservative, Reformer, Rekonstruktionisten usw.) zu schlichten.

Weiter im „Aufbau“-Text vom 15. März 2001:

»Symbolisch wählte NABOR Berlin als ihren diesjährigen Tagungsort und kam damit erstmals nach Deutschland. Auf dem Tagungsprogramm standen auch Treffen mit Bundeskanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joschka Fischer.«

Mit seinem Hinweis auf die jüdische Gemeinde in Deutschland als wachstumsfreudigste in Europa ist Schneier auf eine Entwicklung zu sprechen gekommen, die Helmut Kohl und Heinz Galinski Ende 1990 mit ihrer Vereinbarung über die Aufnahme von UdSSR-Juden in Gang setzten. Diese Regelung ist bis Mitte 2003 von

„Es ist chic, nach Deutschland zu gehen“

Amerikanische Rabbis wählten Berlin als Konferenzort

Die Vereinigung nordamerikanischer Rabbiner (NABOR) hat sich ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Sie will das in ihren eigenen Reihen erfolgreiche Kooperationsmodell zwischen den Rabbinern verschiedenster Ausrichtungen nach Deutschland

arbeit zwischen den verschiedenen Richtungen sei eine der großen Herausforderungen an die jüdische Gemeinschaft. Ziel der Tagung sei es, herauszufinden, wie die amerikanischen Rabbiner zum Gedeihen der jüdischen Gemeinschaft in Deutsch-

Aus dem „Aufbau“
vom 15. März 2001

schon zweihunderttausend Menschen genutzt worden. Das Potenzial ist gewaltig. Auf bis zu sieben Millionen wird jüdischerseits die Zahl der Menschen in der ehemaligen Sowjetunion geschätzt, die auf hebräische Herkunft (von Mutters bzw. Vaters Seite her oder auch beidseitig) verweisen können.

Kohl, der damalige Bundeskanzler, und Galinski, der seinerzeitige Chef des Zentralrats der Juden, waren — in Begleitung ihrer Flügeladjutanten Wolfgang Schäuble und Ignatz Bubis — 1990 übereingekommen, dass GUS-Juden in Deutschland einen Status wie Flüchtlinge gemäß Genfer Konvention erhalten, so dass sie ohne zahlenmäßige und zeitliche Begrenzung, also auch ohne Prüfungsverfahren wie sonst bei Asylbewerbern, als „Kontingentflüchtlinge“ in der Bundesrepublik aufgenommen werden. Am 9. Januar 1991 stimmten die Ministerpräsidenten der Bundesländer dieser Regelung zu und vereinbarten Maßnahmen zur großzügigen finanziellen Unterstützung der jüdischen Zuwanderer aus dem Osten.

Mehr nach Deutschland als nach Israel

(gnatz Bubis ließ sich von Jonathan Laurence für dessen Ausarbeitung „Reconstructing Community in Berlin. Of Jews, Turks and German Responsibility“ einige Auskünfte über die Genesis der besagten Übereinkunft entlocken (außer dieser — in Englisch verfassten — Studie des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung Berlin, FS III — 99-102, Oktober 1999, im Internet: <http://skylla.wz-berlin.de/pdf/1999/iii99-102.pdf>, gibt es zu diesem Komplex kaum „handfeste“ Quellen, so dass sich fast der Eindruck von Camouflage aufdrängt).

Bubis leitete demzufolge die Gesprächsrunde mit Galinski, dessen Vize er damals war und dessen Nachfolger er wurde, Kanzler Kohl und Minister Schäuble mit dem Hinweis ein, es sei

ja schließlich nicht die Schuld der Juden, dass ihre Zahl von einst 600 000 auf nunmehr nur noch 28 000 gesunken sei. Deutschland habe, so Bubis im Viererzirkel weiter, 30 000 vietnamesische Bootsflüchtlinge aufgenommen (und zwar als von jedem Asylverfahren befreite „Kontingentflüchtlinge“), mithin 2000 mehr als es insgesamt Juden in der Bundesrepublik gebe. Und dies, obwohl die Vietnamesen überhaupt keine Beziehung zu Deutschland hätten. Wenn jetzt wieder Juden nach Deutschland kommen wollten, dann sei dies doch von den Deutschen zu begrüßen und von ihnen als jüdischer Vertrauensbeweis in die deutsche Demokratie zu werten.

Diese Argumente „zogen“ bei Kohl und Schäuble sowie später bei der versammelten bundesdeutschen Ministerpräsidentenschaft. Andere Gesichtspunkte wohl auch, über die freilich nichts nach draußen drang. Man gab jedenfalls grünes Licht für den Zuzug von GUS-Juden.

Über die Eskalation der Entwicklung teilte der jüdische Historiker Prof. Dr. Julius Schoeps, Leiter des Potsdamer Moses-Mendelssohn-Zentrums für europäisch-jüdische Studien, im zionistischen „Aufbau“ (New York) vom 1. Mai 2003 mit:

»Seit Mitte der 90er-Jahre siedeln sich in der deutschen Aufnahmegesellschaft jährlich zwischen 15 000 und 20 000 jüdische Kontingentflüchtlinge mit ihren Familien an. Der Mitgliederbestand der Jüdischen Gemeinden hat sich mehr als verdreifacht, ein „Neues Judentum in Deutschland“ wird auch nach außen hin immer sichtbarer. Und die größte Überraschung: Im vergangenen Jahr, so veraten uns die Statistiken, hat Deutschland erstmals in seiner Geschichte mehr jüdische Emigranten aufgenommen als Israel und die USA. 19 262 jüdische GUS-Immigranten registrierten die hiesigen Zuwanderungsbehörden, während der jüdische Staat nur 18 878 Olim (jüdische Zuwanderer, D. K.) verzeich-

nete. In den Vereinigten Staaten bewegt sich die jährliche Zahl russisch-jüdischer Neuankömmlinge überraschenderweise seit längerem bei weit unter 10 000.«

Dabei schultern die Deutschen nicht nur die Integrationskosten für Ostjuden in der Bundesrepublik, sondern zum erheblichen Teil auch für solche, die aus der Ex-Sowjetunion nach Israel auswandern. Am 1. September 1992 hieß es dazu in den „Israel Nachrichten“:

»Deutschland wird die Aussiedlung von Juden, die aus der früheren Sowjetunion in den jüdischen Staat gekommen sind, mit einer Kreditgarantie von drei bis fünf Milliarden DM unterstützen. Die Zeitung „Jediot Acharonot“ berichtete am Montag, eine entsprechende Zusage werde Bundeskanzler Helmut Kohl dem neuen israelischen Regierungschef Jitzchak Rabin geben, wenn dieser Mitte September nach Bonn komme. Die frühere israelische Regierung hatte von Bonn Kreditgarantien über zehn Milliarden Dollar gewünscht.«

Bedenken gegen den Zustrom

Deutsche Politiker aus dem etablierten Bereich, die Bedenken gegen den Zustrom von Ostjuden in die Bundesrepublik anmeldeten, wurden von der eigenen Gilde umgehend gezüchtigt. So erging es etwa Bundesentwicklungshilfeminister Carl-Dieter Spranger, der gemäß dpa (zitiert in der „Allgemeinen Jüdischen“ vom 13. Juni 1996) über die Kontingentflüchtlinge geäußert hatte:

»Wenn Sie in Betracht ziehen, dass viele von ihnen die deutsche Rentenversicherung beanspruchen, ohne eingezahlt zu haben, verstehen Sie, was für ein Problem das ist.«

CSU-Spranger wurde gleich darauf in München mit dem Polit-Ochsenziemer wieder zur politischen Korrektheit gebracht, unterließ jedenfalls hinfort Anspielungen auf den Umstand, dass

vielen der zuwandernden GUS-Juden Ansprüche gemäß „Fremdrentengesetz“ gewährt werden, ohne dass sie Beitragsentrichter gewesen wären.

Einspruch gegen einen in Deutschland mündenden Strom von Ostjuden (Hinweis: Der berühmte jüdische Schriftsteller Nathan Birnbaum war Wortschöpfer sowohl von „Ostjuden/Ostjudentum“ wie auch von „Zionismus“) wurde umgehend aus der zionistischen Ecke erhoben, da man dort naturgemäß den Exodus von GUS-Juden nach Israel lenken will. So zitierte die dem Zionismus verpflichtete Wiener „Illustrierte Neue Welt“ in ihrer Ausgabe von August/September 1990 den bekannten israelischen Schriftsteller Yoram Kaniuk mit den Worten:

»Ich kann nicht verstehen, wie Juden in Deutschland überhaupt leben können. Es ist schon jenseits von allem Verrat. Es ist ein Geheimnis, so als ob eine Gruppe von Juden auf dem Jupiter den Talmud studierte.«

Und am 24. Dezember 1990 veröffentlichten bundesdeutsche Tagesmedien folgende Meldung der Nachrichtenagentur „Associated Press“ (ap):

»Der israelische Botschafter in Deutschland, Benjamin Navon, ist gegen die Einwanderung sowjetischer Juden nach Deutschland. Es sei nicht akzeptabel, dass sowjetische Juden als Flüchtlinge nach Deutschland kämen ... Die Zahl der nach Israel eingewanderten Juden aus der Sowjetunion hat kurz vor Weihnachten die Rekordmarke von hundert Personen pro Stunde erreicht. Das teilte die in Israel als Einwanderungsbehörde tätige halbstaatliche Jewish Agency mit.«

Vom Tolerieren und Fördern des Zustroms der Ostjuden haben sich etablierte deutsche Politiker auch nicht durch die fulminante Kritik des israelischen Staatspräsidenten Ezer Weizman abbringen lassen. Bei seinem Besuch der Bundesrepublik im Januar 1996 sagte er mit Verve, es überhaupt nicht verstehen zu können, dass

Juden in Deutschland leben, wo ihr Platz doch in Israel sei.

Damit hatte Weizman nicht etwa im Affekt eine abseitige Minderheitenmeinung zum Ausdruck gebracht. In der Ausgabe vom 8. Februar 1996 der „Allgemeinen Jüdischen“ teilte das damalige Direktoriumsmitglied des Zentralrats Moritz Neumann titelseitig mit, dass Weizman betont habe:

»Ich nehme nichts von dem zurück, was ich in Deutschland öffentlich erklärt habe«, (am 17. August 1999 notierten die „Israel Nachrichten“, Weizman habe seine bei der Deutschlandvisite 1996 geäußerte Ansicht abermals bekräftigt), und Neumann fuhr fort:

»Mit der Meinung, dass Juden nicht in Deutschland leben sollten, steht Weizman keineswegs allein. Manch einem der Delegierten des Jüdischen Weltkongresses rutschte die Frage schon mal heraus, wenn er das Namensschild der Kongressteilnehmer aus Deutschland sah: „Wieso leben Sie in Deutschland?“«

In der „Frankfurter Rundschau“ vom 15. August 2001 schrieb Prof. Dr. Mosche Zimmermann, Geschichtswissenschaftler der Hebräischen Universität Jerusalem, zu diesem Thema:

»Was der israelische Alt-Präsident Weizman beim Besuch in Berlin sagte, ist allgemeines Gedankengut in Israel: Man kann nicht begreifen, wie Juden außerhalb Israels, und schon gar nicht in Deutschland, ihr Zuhause finden können.«

Die Ermittlungen einer „Task Force“

Seit Ende der 90er-Jahre rumort es wegen der Kontingentflüchtlinge verstärkt unter Juden in Deutschland. Unmut ruft hervor, dass sich immer mehr unter ihnen befänden, die nicht die halachische, den überlieferten Vorschriften entsprechend (jüdische Mutter), „richtige Jüdisch-

keit“ vorweisen können. „Israel Nachrichten“ vom 3. Dezember 1999:

»Rabbi Chaim Naftalin hat eine tiefe Sorge: Immer mehr Zuwanderer aus Osteuropa, vor allem aus Russland, geben sich in Deutschland fälschlicherweise als Juden aus und profitieren damit von dem besonderen Status, den die deutsche Bundesregierung jüdischen Immigranten zubilligt. „Ich habe die brennende Sorge, dass sich damit die Keimzelle eines neuen Antisemitismus bilden könnte“, sagt das geistliche Oberhaupt der israelitischen Gemeinde von Konstanz und gleichzeitig Vorsitzender des von Jerusalem anerkannten jüdischen Gerichts Bet Din in Deutschland ... Naftalin nennt es paradox, dass die Bundesregierung gerade wegen ihrer Gutwilligkeit eine neue judenfeindliche Stimmung fördern könnte. Nicht Diplomaten, nur jüdische Rabbiner wären in der Lage, Betrüger zu überführen.«

Am 7. Juni 2001 meldete sich Zentralratspräsident Paul Spiegel in der „Allgemeinen Jüdischen“ zum bewussten Thema öffentlich zu Wort:

»Bei vielen der bisher eingereisten „Kontingentflüchtlinge“ stellen wir häufig fest, dass sie nach halachischen Regeln keine Juden sind. Künftig soll verstärkt darauf geachtet werden, dass es sich bei den Zuwanderern um Juden handelt und nicht um Personen mit bloßer jüdischer Abstammung im weiteren Sinne. Um dies zu erreichen, sollen die zuständigen Konsulate bei ihren Entscheidungen Vertrauenspersonen heranziehen, die im Einvernehmen mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland benannt werden.«

Zwischenzeitlich hatten die jüdischen Maßgeblichen in der Bundesrepublik längst Konsequenzen gezogen und, was die eigene Gemeinschaft betrifft, massiv auf die Bremse getreten: Mehr als fünfzigtausend der als Juden in die Bundesrepublik hereingelassenen Kontingentflüchtlin-

ge blieb allein bis Anfang 2002 mangels „wahrer Jüdischkeit“ der Beitritt zu den jüdischen Gemeinden versperrt. Die „Rundumbetreuung“ dieser Menschen, und auch diejenige künftig zuströmender Personen ähnlicher Art, obliegt nun ausschließlich der bundesrepublikanischen Allgemeinheit.

Am 23. Januar 2003 schrieb der New Yorker „Aufbau“:

»Der Zentralrat der Juden in Deutschland hatte sich im neuen deutschen Zuwanderungsgesetz eine Verschärfung mit Kontrollen in den Heimatstaaten der Zuwanderer gewünscht. Eine Verringerung ihrer Zahl und der entstehenden Kosten in den nächsten Jahren wäre die Folge gewesen.«

Doch nach einem „verheerenden Echo“ — auch übrigens von fanatischen deutschen Multikultisten — sei der „ungeliebte Pferdefuß“, also strengere Einreisekontrollen, wieder aus dem Gesetzestext gestrichen worden.

Am 8. August 2003 wiederum hieß es im jüdischen Wochenmagazin „tachles“:

»Kürzlich besuchte eine hochrangige Delegation der Jewish Agency (JA) jüdische Gemeinden in Deutschland. Die Botschaft, welche die JA bei dieser Gelegenheit verbreitete, ist nicht unwichtig: Höchste Priorität müsse, noch vor der Alija, die Unterstützung des jüdischen Lebens in Deutschland genießen. Oberstes Ziel bleibe zwar, die Ju-

den in Deutschland zu veranlassen, nach Israel zu kommen, doch die Task Force der JA für Deutschland reflektiert eine neue Denkweise. Die Stärkung der jüdischen Identität in Deutschland werde auch den Zionismus fördern, meinte Shai Hermesh, Schatzmeister der JA und Leiter der Task Force.«

Ziel aber müsse bleiben, so habe die Untersuchungskommission der Jewish Agency (der auch Rabbi Joshua Spinner von der Lauder Foundation angehörte) unmissverständlich betont, dass

»der Platz der Juden in Israel, nicht in Deutschland«

sei. Unverzichtbar sei es deshalb,

»unter den Juden in Deutschland jüdische Wurzeln zu festigen und die jüdisch-zionistische Erziehung zu fördern«.

Zu den Feststellungen der Gesandtschaft der Jewish Agency gehörte es laut „tachles“ übrigens auch, dass sich Deutschland für Juden aus der Ex-Sowjetunion materiell wesentlich mehr lohne als Israel. Das jüdische Magazin:

»Das Absorptionspaket Deutschlands ist im Vergleich zum israelischen Angebot viel attraktiver.«

Bleibt noch nachzutragen, dass sich die rotgrüne Bundesregierung Israel zu Gefallen knapp ein Jahrzehnt nach dem Kohl-Galinski-Abkommen auch noch zur Aufnahme von rund vierhundert Libanesen bereit erklärte, die in der so ge-

nannten Südlibanesischen Befreiungsarmee (SLA) gedient hatten. Das war eine als brutal verschriene Miliz, die mit den israelischen Besatzern des südlichen Libanon kollaboriert hatte und nach deren Abzug Racheakte der gequälten Bevölkerung fürchtete. Der jedem „Multikulti“ abholde nahöstliche Judenstaat mochte den „lieben Verbündeten“ kein Asyl gewähren. Dafür sprang die Bundesrepublik ein, was mit dem „besonderen Verhältnis der Deutschen zu Israel“ begründet wurde.

Verstärkung aus Amerika

Zu den erst neuerdings aus den USA ins „schicke Deutschland“ (Rabbi Schneier) mit seinem von Zuzugs wegen wachsenden Judentum gekommenen, Israel strikt verbundenen jüdischen Organisationen zählt — neben der bereits im vorangegangenen Abschnitt dieses Buches erwähnten B. B. Y. O. (Logenjugend des B'nai B'rith; in der Bundesrepublik seit 1992) und der ebenfalls schon vorgestellten Ronald S. Lauder Foundation (in Berlin präsent seit 1995) — das American Jewish Committee.

Seit 1906 besteht das AJC in den Vereinigten Staaten von Amerika, wo es als außerordentlich einflussreich gilt. (Über „Jews in American Politics“ überhaupt und ihre Macht berichten recht aufschlussreich L. Sandy Maisel und Ira N. Forman in ihrem 2001 erschienenen Buch gleichen Titels). Die AJC-Zügel fest in der Hand hält die zur Hitlerzeit aus Deutschland emigrierte, in Los Angeles residierende Milliardärsfamilie Ramer (Zement, Farben usw.). Clan- und Committee-Chef Ramer weiß zu berichten, dass ihm die deutsche Regierung stets „mit offenen Armen“ begegne.

Der als Kind aus Deutschland nach Amerika gekommene Wall-Street-Goßbankier Jakob Schiff hatte der Gründung des American Jewish Com-

mittee Pate gestanden. Louis Marshall, AJC-Chef von 1912 bis 1929, auch Mitbegründer der Jewish Agency und als Rechtsanwalt Kompagnon von Samuel Untermyer (dieser erklärte am 6. August 1933 im New Yorker Rundfunksender WABS Hitler den „holt' war“ und den „sacred war“ noch obendrein), gilt in jüdischen Kreisen als eigentlicher Held der Story, wie Amerikas Autokönig Henry Ford niedergezwungen werden konnte, so dass er von seinem antijüdischen Kurs abließ.

L'histoire se repète? 1999 gehörte das AJC zu den Hauptinitiatoren einer — ebenfalls zielführenden — amerikanischen Medienkampagne, um deutsche Firmen vor allem der Automobilbranche zu mehr Zahlungen in den „Zwangsarbeiterfonds“ zu zwingen. Über die Vorgehens-

**Beyond Yom Hashoah:
Germany, Israel & American Jews**
An Evening of Film & Discussion

While many American Jews continue to have strong feelings about Germany, Israel and Germany enjoy a close relationship. In the 2002 Israeli documentary, *I, I, I, I Adolf Hitler at My Door*, produced by Orna Yarmut, we meet a number of Israelis who live and work in Germany. This film follows Israeli journalist Tami Gross as she interviews Israelis and Germans, and confronts her own family's fate at the Holocaust.

A discussion will follow the screening with Stefan Schlüter, Deputy Consul General of the Federal Republic of Germany and Avia Shai-On, Minister of Congressional Affairs of the Embassy of the State of Israel. Attorney Guy Reiss, chair of the American Jewish Committee's Holocaust Committee will moderate.

The program is co-sponsored by:
The Jewish Community Center
The American Jewish Committee
Aufbau, America's only German-Jewish publication

Thursday, May 1, 7 pm
At the JCC in Manhattan
334 Amsterdam Avenue at 76th Street
310 JCC Members/315 Nonmembers 1001451005
To register, please call 646-505-5708

AJC-Announce im New Yorker „Aufbau“

weise hieß es am 21. Oktober 1999 in der „Frankfurter Allgemeinen“:

»Die Kampagnen gegen deutsche Unternehmen gehen jetzt erst richtig los und werden sich bis zum nächsten Verhandlungstermin Mitte November in Bonn noch verstärken. Bereits unmittelbar nach der Vorlage des Angebots erschienen Anzeigen jüdischer und polnischer Opferorganisationen in amerikanischen Zeitungen, in denen einzelne Unternehmen angeprangert wurden; Mercedes-Benz mit der Formulierung „Design — Leistung — Zwangsarbeit“ oder die Ford-Werke in Köln mit Bildern von Zwangsarbeit und der Zeile „Das Montageband, das Ford gerne vergessen würde“ oder der Bayer-Konzern mit Fotos des Nazi-Schergen Josef Mengele und der Zeile „Bayers größter Kopfschmerz“.«

Die Anzeigen waren, so hatte es schon am 6. Oktober 1999 in den „Israel Nachrichten“ gestanden, von B'nai B'rith International und dem Amerikanischen Jüdischen Kongress aufgegeben worden.

Zugleich stellte der AJC durch Schwarze Listen mit den Namen der entsprechenden Firmen jene deutschen Unternehmen an den Pranger der Weltöffentlichkeit, die sich bis dahin geweigert hatten, Gelder in den „Zwangsarbeiter-Entschädigungsfonds“ zu entrichten.

Ein Unisono zur Weihe des Hauses

Das AJC, in etlichen Ländern aktiv, betreibt nun also seit Anfang 1998 auch eine deutsche Zweigstelle. Diese wurde in Berlin etabliert,

»weil die Stadt momentan die am stärksten expandierende jüdische Gemeinde beherbergt und weil sie ein gut geeigneter Ort ist, die Entwicklung jüdischen Lebens in den mittel- und osteuropäischen Ländern zu beobachten und zu begleiten«,

wie AJC-Deutschlandchef Eugene DuBow am 14. Januar 1998 in der „Frankfurter Allgemeinen“ zitiert wurde.

Bei der Eröffnung der Berliner Committee-Filiale gaben sich die Botschafter der USA und Israels, der Zentralrat der Juden — damals noch mit Ignatz Bubis an der Spitze — und mehrere hundert Stützen der bundesrepublikanischen Gesellschaft ein Stelldichein, darunter fast der halbe Berliner Senat und ein Viertel Bundeskabinett. Bundespräsident Roman Herzog richtete zur Feier des Tages einen Empfang aus (den Mister DuBow hatte er schon lang zuvor mit dem Bundesverdienstkreuz dekoriert). Und Außenminister Klaus Kinkel schmiss sich als Hauptredner bei einem Gala-Diner aus Anlass der Weihe des Berliner AJC-Hauses in Schale. Leitmotiv bei all dem war die unverbrüchliche Solidarität der Bundesrepublik mit Israel. Dazu mahnten die Juden und das gelobten die Deutschen. Jeweils unisono.

Dass die Repräsentanz von Ramers US-jüdischem Komitee in Deutschland eine Verstärkung des proisraelischen Netzwerkes bedeutete, war von vornherein klar. Auch beim Studium der AJC-Veröffentlichungen im Internet merkt man rasch, dass die Verantwortlichen mit Leib und Seele an Israel hängen. Auf der Website wird kurz und bündig bekundet, was Sache ist:

»Support of the state of Israel«.

So hat das AJC-Büro Berlin beispielsweise hiesige Kundgebungen „Solidarität mit Israel — Gegen Antisemitismus und Antizionismus“ mitorganisiert, eine Studie „Antisemitismus in der Nahost-Berichterstattung deutscher Printmedien“ mit eingebauter „Auschwitz-Keule“ gegen Israel-Kritiker publiziert (Medien des „Netzes“ stiegen groß ein), und seit Mai 2003 kann man bei der deutschen Niederlassung des Komitees eine Handreichung erhalten titels

»Mit unterschiedlichen ethnischen und religiösen Gruppen über Israel reden«,

aus der eine nahezu einschränkungslose Unterstützung Israels auch beim härtesten Vorgehen gegen die Palästinenser spricht. In der AJC-Werbung, so beispielsweise in einer Annonce im „Aufbau“ vom 17. April 2003, bildet man den nahöstlichen jüdischen Staat als Großisrael ab, also einschließlich Gasagebiet, Westjordanland, Golanhöhen.

Ein Import aus Israel

Eine weitere Netzverstärkung in jüngerer Zeit, diesmal allerdings als Direkt-Import aus Israel, ist AMCHA (hebräisch: „Dein Volk“). Die Vereinigung tritt mit dem Untertitel „Nationales Israelisches Zentrum zur psychosozialen Betreuung von Holocaust-Überlebenden und deren Kindern“ auf. Es handelt sich um eine, wie es am 1. April 1999 in der „Allgemeinen Jüdischen“ hieß,

»Hilfsorganisation, die mit deutscher Unterstützung Schoa-Opfer in Israel betreut«.

Illustriert war der Beitrag des Zentralratsblattes mit einem Foto, das den Intendanten des Norddeutschen Rundfunks Jobst Flog zeigt, wie er gerade dem Chef von AMCHA-Deutschland Dr. Peter Fischer einen Scheck überreicht —

»als finanzielle Hilfe von prominenter Seite«

(allerdings nicht aus privater Schatulle, sondern aus öffentlich-rechtlichem Fundus).

Fischer, einst Sekretär des jüdischen Gemeindebundes der DDR, gehört zum Funktionariat des Zentralrats der Juden in Deutschland, für welchen er unter anderem als Hauptverantwortlicher der „Gedenkstättenarbeit“ figuriert und als dessen Berliner Geschäftsstellenleiter er wirkt. Nebenher bekleidet er auch Ämter wie das eines Aufsichtsrates der „Dr. Hildegard Hansche-Stiftung“, die nach Eigenauskunft

»Bildung und Erziehung der Jugend im antifaschistischen Geist«

im Schilde führt.

Was die bundesdeutsche vergangenheitsbewältigende „Gedenkstättenlandschaft“ betrifft, für deren Betreuung Fischer im Zentralrat zuständig ist, schreibt Reinhard Rürup, Leiter des Projekts „Topographie des Terrors“ (in: Petra Steinberger, „Die Finkelstein-Debatte“, München 2001):

»Die Bundeszentrale für politische Bildung hat inzwischen 2000 solcher Orte gezählt, die von den großen KZ-Gedenkstätten bis zu kleinen lokalen Gedenksteinen reichen.«

Da möge der Professor aber noch einmal nachzählen. Denn in den beiden voluminösen Gedenkstätten-Lexika der Bundeszentrale wird mehr als das Doppelte der vorgenannten Zahl an Anti-NS-Mahnstätten erwähnt; fünfhundert allein sind es in Berlin. Woche für Woche kommen bundesweit mehrere neue hinzu.

Nach eigener Bekundung geht es Fischers „Schoa-Opfer-Hilfswerk“ darum,

»primär Spenden für die Tätigkeit in Israel zu organisieren. Die gespendeten Gelder fließen entweder der 1995 gegründeten AMCHA-Stiftung in Deutschland zu, um mit den erwirtschafteten Zinserträgen kontinuierliche Arbeit von AMCHA Israel zu ermöglichen, oder sie werden direkt für konkrete Projekte nach Israel weitergeleitet.«

AMCHA sei, so die „Allgemeine“,

»die 1987 von Überlebenden gegründete einzige Institution in Israel, die psychosoziale Hilfe bei der Linderung von Spätschäden der Naziverfolgung anbietet«.

Survivor Syndrom

„Survivor Syndrom“, Überlebenden-Syndrom, habe der Psychiater William Niederland „die Langzeitwirkung der Massivtraumatisierungen“ genannt, von denen viele Davongekommene des Holocausts betroffen seien. „Allgemeine“:

»Auch aktuelle Ereignisse, ein Prozess gegen einen KZ-Aufseher oder ein Giftgasalarm

während des Golfkrieges, lassen die Ängste wieder ausbrechen.«

Der 1993 gestorbene Niederland, dessen Wiege 1904 in Ostpreußen stand, der 1934 bis 1939 im faschistischen Italien wirkte und dann nach Amerika ging, hat weitere Symptome des Syndroms geschildert:

»Ängste, wenn mitten in New York ein uniformierter Polizist auftaucht oder wenn der Milchmann morgens klingelt.«

Neben Niederland war der Psychiater Leo Shura Eitinger (geboren 1912 in Mähren, Auschwitz-Überlebender, wirkte nach 1945 meist in Norwegen, gestorben 1996) Bahnbrecher bei der Beschreibung des „Survivor Syndroms“. Er trat auch als Verfasser von Büchern wie „The Antisemitism in Our Time. A Threat Against Us All“ (1984) auf.

Am 17. Januar 1998 berichtete die „Frankfurter Rundschau“ über einen Vortrag des israelischen AMCHA-Direktors Dr. Nathan Durst, geboren 1930 in Berlin, vor der Zentralen Wohlfahrtsstelle des Zentralrates und dem Sigmund-Freud-Institut. Angst, Depression, Isolation und psychosomatische Störungen seien häufige Ausdrucksformen des „Überlebenden-Syndroms“, sagte er. Schon ein Arztbesuch wecke manches Mal alte Ängste, weil etwa eine Spritze Erinnerungen an Dr. Mengele wachrufen könne. Zum Übergreifen des Syndroms auf die Nachkommen der Betroffenen erläuterte Dr. Durst:

»Die Kinder der Überlebenden haben den Holocaust zwar nicht selbst erlebt, aber ihre Phantasien davon können schlimmer sein als die Wirklichkeit.«

Gerade mit Rücksicht auf die vom Syndrom Betroffenen hatte der AMCHA-Direktor 1996 Alarm geschlagen, als eine Ladenkette in Israel — und dies nach eigenen Angaben erfolgreich („das läuft wie verrückt“) — unter jungen Leuten für Lederstiefel ausgerechnet unter dem Motto Reklame machte:

»Aus dem gleichen Material wie die Stiefel der Nazis!«

Dr. Durst protestierte:

»Demnächst wird wohl auch noch deutsches Gas in den Geschäften offeriert.«

Die Werbung wurde daraufhin gestoppt. Siehe hierzu die Berichterstattung in: „Der Spiegel“, Nr. 45/1996.

Um das beschriebene Leid zu lindern, arbeite das Hilfswerk — so berichten die offiziellen AMCHA-Schriften — in Israel mit „Kurz- und Langzeittherapien, Hausbesuchen, Zusammenkünften und Videoaufzeichnungen von Lebensberichten“. Man betreibt insgesamt vier Betreuungs-, Begegnungs- und Genesungsstätten.

Doch:

»Nur 30 Prozent der Kosten können durch das israelische Sozialwesen abgerechnet werden, den Rest müssen Spenden decken.«

Zu den Kernforderungen der Organisation zählt daher:

»Das Survivor Syndrom und die daraus entstandenen psychosomatischen Krankheiten endlich als Spätschäden des Holocaust anerkennen.«

Als das Bundesentschädigungsgesetz beschlossen worden sei, habe man noch nichts vom Problem der psychischen Spätschäden gewusst, heißt es in AMCHA-Veröffentlichungen. Weshalb diese Opfer bisher auch keinen Anspruch auf Entschädigung bzw. Wiedergutmachung hätten.

»Dreihunderttausend Menschen, die die Schoa überlebt haben und heute in Israel leben, so wird geschätzt, leiden unter dieser Traumatisierung«,

erfuhr man im AMCHA-Bericht der „Allgemeinen Jüdischen“ vom 1. April 1999 (sieben Jahre zuvor hatte AMCHA die Zahl der in Israel lebenden Holocaust-Überlebenden noch mit der Hälfte, einhundertfünfzigtausend, angegeben). Hinzuzurechnen seien die Angehörigen der „zweiten Generation, die Kinder der Überleben-

Verein der Freunde und Förderer von AMCHA e.V.

Mehr als 150.000 Überlebende des Holocaust haben heute ihre Heimat in Israel gefunden.

Viele von ihnen leiden noch täglich unter den Erfahrungen von damals, Sie leiden unter traumatischen Schlafstörungen, chronischen körperlichen Krankheiten, außergewöhnlicher Nervosität, schweren Depressionen, psychosomatischen Leiden.

AMCHA — eine einzigartige israelische Organisation hilft den Überlebenden in Israel.

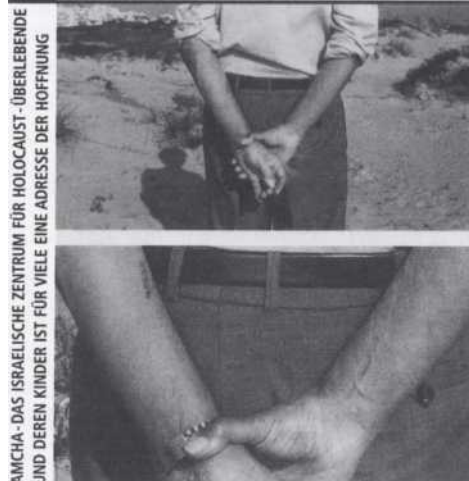
den". Ihre Zahl werde „auf 750 000 geschätzt". Auch sie seien „betroffen von dem, was ihren Eltern widerfahren ist" und „geschädigt durch das unbewältigte Leiden".

In den Internet-Nachrichten von AMCHA heißt es zu diesem Komplex:

»Die Statistik vom März 1992 spricht von 276 000 Überlebenden. Davon sind ca. 100 000 Menschen, die als Kinder überlebt haben — „child-survivors". Wenn man die

IN ISRAEL
LEBEN HEUTE NOCH
350000 ÜBERLEBENDE
DES HOLOCAUST.

FÜR SIE IST DIE
VERGANGENHEIT
GEGENWART.



AMCHA-DAS ISRAELISCHE ZENTRUM FÜR HOLOCAUST-ÜBERLEBENDE UND DEREN KINDER IST FÜR VIELE EINE ADRESSE DER HOFFNUNG

Links: Amcha-Werbung im „Spezial " Nr. 2/1992. des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel" („Juden und Deutsche "). Rechts: Amcha-Broschüre von 1999.

Zahl der Neueinwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion seit Anfang der 90er-Jahre dazuzählt, dürfte die Zahl der Betroffenen eher um die 300 000 liegen ... Einer groben Schätzung zufolge dürfte die Zahl der Überlebenden der zweiten Generation, d. h. der Nachkommen der Überlebenden, in Israel ca. 500 000 bis 700 000 betragen. Ihre Kindheit war auf vielfältige Weise von der Vergangenheit der Eltern überschattet. Teilweise

bedürfen auch sie einer speziellen psychotherapeutischen Beratung oder Behandlung. Somit beläuft sich die Gesamtzahl der in Israel lebenden, direkt oder indirekt vom Holocaust betroffenen Personen auf etwa eine Million.«

In einer Broschüre „AMCHA — das israelische Zentrum für Holocaust-Überlebende“, verbreitet von der in Berlin sitzenden deutschen Stelle des Hilfswerks, erfährt die Zahl der mehr als ein halbes Jahrhundert nach Ende des Krieges lebenden „Survivors“ im jüdischen Staat noch einmal eine Aufstockung:

»In Israel leben heute 350 000 Überlebende des Holocaust. Für sie ist die Vergangenheit Gegenwart.«

„Einzig Wiedergutmachungsleistung der DDR“

In ihrer 1999er Berichterstattung über das Hilfswerk fuhren die „Israel Nachrichten“ fort:

»AMCHA hat neben der Mutterorganisation in Israel noch Freundeskreise in Österreich, der Schweiz, Holland, Nord-Amerika und Belgien. In Frankreich ist ein weiterer im Aufbau und seit 1990 gibt es auch AMCHA Deutschland.«

Zum Auftakt der Zentralratsblatt-Erzählung über das Wachsen des deutschen Zweiges hieß es:

»Tatsächlich, so der Deutschland-Vorsitzende Peter Fischer, sei die Gründung die einzige Wiedergutmachungsleistung der DDR gewesen.«

Dazu ist es laut „Allgemeiner“ folgendermaßen gekommen:

»Fischer, heute hauptberuflich Mitarbeiter im Zentralrat der Juden in Deutschland, hatte zu Wendezeiten von AMCHA gehört und 1990 zufällig Maurits Cohen, den Leiter der europäischen AMCHA-Zentrale in den Niederlanden, getroffen. Dank Fischers guten Beziehungen zur Regierung Hans Modrow

gelang es ihm, den Ministerrat der DDR zu überzeugen, 1990 ein Stiftungskapital von über 6,2 Millionen Mark bereitzustellen. Bis 1995 dauerte es dann noch in den Vereinigungswirren, bis der „Stiftung in Gründung“ die besondere Gemeinnützigkeit zugestanden wurde. Erst danach gründete sich der Förderverein, der das — in Fischers Worten — „Spielbein“ der Stiftung darstellt und Öffentlichkeitsarbeit betreibt und Spenden sammelt.«

Fischer und Cohen waren übrigens zusammengekommen, als dieser ab Ende 1989 eine „Aufklärungsoffensive“ in Deutschland unternahm. So stellte Cohen damals u. a. auf einem „1. Internationalen Kongress über Spätschäden der Verfolgung“ in Hannover seine Organisation vor und hielt auch Vortrag vor jüdischen Ärzten und Psychologen in Berlin.

Gleich im ersten Jahr seien mit dem bundesdeutschen „Bein“ der Organisation „mehr als sechszwanzig Prozent des gesamten Haushaltes von AMCHA“ eingespielt worden, weiß die „Allgemeine“ des Zentralrats zu berichten. Die Mahnung der „Survivor“-Vereinigung an die Deutschen war also erfolgreich gewesen:

»Das Leid der von AMCHA betreuten Menschen ist unmittelbar mit dem Namen Deutschland verbunden. Im Bewusstsein dieser besonderen historischen Verantwortung ist der Verein in Deutschland tätig.«

Der Appell an die „historische Verantwortung“ blieb aber auch bei staatlichen bundesdeutschen Stellen nicht unerhört. Beispielsweise fließen aus der Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ öffentliche Gelder an AMCHA. Dass der bundesdeutsche Fiskus via steuerliche Absetzbarkeit von Spenden auch in diesem Falle Aktivitäten zugunsten Israels mitfinanziert, versteht sich sozusagen von selbst. Zudem leitet die Jewish Claims Conference namhafte Summen an AMCHA in Israel aus deutschen Wiedergutmachungsgeldern weiter.

Prominente Förderer

Der bedeutendste Hintermann der international organisierten AMCHA-Bewegung ist zugleich einer der prominentesten Zionisten unserer Zeit: Elle Wiesel. Der Friedensnobelpreisträger amtiert als Ehrenpräsident der „North American Friends of AMCHA/Israel“. Chef des europäischen Netzwerks der Bewegung ist der bereits erwähnte Maurits Cohen, der — wie geschildert — noch in DDR-Zeiten Peter Fischer für das Projekt gewann.

Dem AMCHA-Führungs- bzw. -Fördererkorps in der Bundesrepublik Deutschland gehören neben Zentralrats-Fischer u. a. folgende Bekannt- und Berühmtheiten an:

- Isabel Armbrust („Initiative Sozialistisches Forum“), Projektkoordinatorin
- Klaus Engelhardt (Ratsvorsitzender der EKD), Stiftungsehrenrat
- Georg Hüssler (Prälat), Stiftungsehrenrat
- Benjamin Navon (Botschafter Israels in Deutschland a. D.), Kurator
- Renate Schmidt (Bundesfamilienministerin), Kuratorin
- Josef Schmitz-Eisen (Generalsekretär Caritasverband), Kurator
- Dorothea Strube (evangelische Synodensprecherin), Geschäftsführerin
- Rita Süssmuth (Bundestagspräsidentin und Bundesministerin a. D.), Stiftungsehrenrätin
- Hans-Jochen Vogel (Bundesminister und SPD-Vorsitzender a. D.), Stiftungsehrenrat
- Konrad Weiß (Kuratorium Aktion Sühnezeichen, Deutsch-Israelische Gesellschaft), Stiftungsvorstandmitglied
- Gerd Woriescheck (Babcock Borsig AG), Kurator

Bei Konrad Weiß handelt es sich um jenen einstigen DDR-Filmmacher, der 1990 in der Volkskammer Ostberlin das

»DDR-Schuldbekenntnis gegenüber Israel«

einbrachte, ab 1991 einige Zeit als Vizepräsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft wirkte, 1993/94 die Grünen im Bundestag vertrat und der die Forderung erhoben hat, der Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen möge wegen der Umtriebe hiesiger „Rechtsradikaler“ internationale Truppen in die Bundesrepublik entsenden. In Weiß' Petition an die UNO-Exekutive hieß es:

»Die Alliierten haben Deutschland zu früh in die Souveränität entlassen ... Dieser Staat ist untauglich, in der Völkergemeinschaft gleichberechtigt zu leben.«

Auch AMCHA Österreich kann mit viel Prominenz aufwarten. Botschafter a. D. Walter Schallenberg, Präsident der Gesellschaft für Außenpolitik und Internationale Beziehungen, wirkt als Chef, Generalmajor Karl Semlitsch, Wiener Militärkommandant, als sein Vize. Repräsentiert wird der österreichische Zweig des AMCHA-Netzwerks weiterhin durch Persönlichkeiten wie:

- Professor Dr. Jakob Allerhand
- Klubobmann Dr. Andreas Khol (ÖVP)
- Caritasdirektor Dr. Michael Landau
- Schauspieler Fritz Muliar
- Professor Dr. Anton Pelinka
- Leiter der Politischen Bildung im Unterrichtsministerium i. R. Dr. Leopold Rettinger
- Bundesminister a. D. Rudolf Scholten (SPÖ)
- Generalsekretär des Europarates und Präsident der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft Dr. Walter Schwimmer (ÖVP)
- Bundesrätin Terezija Stoitsis (Grüne)
- Evangelisch-Lutherischer Bischof Herwig Sturm
- Professor Dr. Erika Weinzierl
- Simon Wiesenthal
- „Das jüdische Echo“-Chefredakteur Dr. Leon Zelman

— Bürgermeister a. D. Helmut Zilk

Auf ähnlichem Felde wie AMCHA operiert der als gemeinnützig anerkannte Verein „esra“

(Berlin) mit seinem „Selbsthilfeprojekt esra atzmit“. Daran führend beteiligt sind die Psychiater David Joel de Levita (Spezialgebiet: „Transgenerationelle Folgen von Krieg und Verfolgung“) und Johann Lanser (Ex-Direktor des Amsterdamer Sinai-Zentrums). In Zürich gibt es „TAMACH — Psychosoziale Beratungsstelle für Holocaust-Überlebende und ihre Angehörigen“.

Simon-Wiesenthal-Center

Beim AMCHA-Repräsentanten Wiesenthal handelt es sich um den bekannten „Nazijäger“ mit Sitz in Wien. Einerseits wird er geradezu byzantinisch bejubelt (sogar von ihm als dem „James Bond der Juden“ ist die Schreibe gewesen). Andererseits hat man ihn oft schon harschen Vorhaltungen ausgesetzt:

Österreichs Kanzler Alfons Gorbach, der unter Hitler im KZ gesessen hatte, erhob gegen Wiesenthal den Vorwurf, ständig „alte Wunden aufzureißen“. Kanzler Bruno Kreisky, von Herkunft Jude und einst Hitleremigrant, sprach Wiesenthal das Recht ab, als moralische Autorität aufzutreten, denn sein Wirken sei „von Hass diktiert“ und eine „gefährliche G'schaftlhuberei“; der „Nazi-Jäger“ bediene sich, so Kreisky „mafiaähnlicher Methoden“. Eli Rosenbaum, im US-Justizministerium für „Nazi-Jagd“ zuständig, kreierte Wiesenthal an, sich mit fremden Federn zu schmücken und urteilte über den „James Bond der Juden“:

»Er ist inkompetent, egomanisch, ein Verbreiter falscher Informationen. Er hat die Überlebenden betrogen. Er hat uns alle betrogen.«

Isser Harel, langjähriger Chef des israelischen Geheimdienstes Mossad, wies Wiesenthals Eigenlob zurück, maßgeblich am Auffinden und Ergreifen Adolf Eichmanns beteiligt gewesen zu sein:

»Wir haben von Wiesenthal nichts bekommen, das von irgendeiner Bedeutung für die Operation war. Alle seine Behauptungen waren falsch.«

Als Wiesenthal noch nicht so sehr ins Visier jüdischer Kritiker geraten war, 1977, erwählte man ihn als Namenspatron bei der Gründung einer international wirkenden Einrichtung, die sich nicht zuletzt Wohl und Wehe des Staates Israel angelegen sein lässt — des „Simon-Wiesenthal-Center“ (SWC). In ihrem Buch „One by One: Facing the Holocaust“ (New York 1990) schreibt die „New York Times“-Journalistin Judith Miller, eine der zentralen Botschaften dieses Zentrums laute, dass die Erinnerung an den Holocaust eine wichtige Unterstützung Israels sei

»Another implicit message of the Wiesenthal Center is that the Holocaust helped to validate the state of Israel. Remembering the Holocaust leads to staunch support of Israel.«

Beim ersten Golfkrieg der US-Amerikaner hatte die vom Zentralorgan des SWC, „Response. The Wiesenthal Center World Report“,



Dinner im Weißen Haus 1989: Wiesenthal-Center-Chef Rabbi Hier, George Bush sen., Israels Premier Schamir (von rechts).

Nr. 1/1999, in reißerischer Aufmachung verbreitete, international — auch von bundesrepublikanischen Medien — eifrig aufgegriffene Falschmeldung erhebliche Auswirkungen, Saddam Nussein baue Gaskammern mit Hilfe deutscher Firmen. Die Originalschlagzeile auf der Titelseite lautete:

»Shocking Revelation: German Firms Produce Zyklon B in Iraq.«

Als Folge solcher Horrorgeschichten gestaltete sich seinerzeit das Durchdrücken zusätzlicher bundesdeutscher Unterstützung für Israel, vor allem militärischer, noch geschmeidiger.

Im Sommer 2001 kündigte das Simon-Wiesenthal-Center eine „internationale Solidaritätskampagne“ für Israel an. Ein ganzseitiges Inserat in der „New York Times“ rief dazu auf, dem jüdischen Staat Besuche abzustatten; auch wurde eine dortige „Weltkonferenz“ mit „Jerusalem-Gelöbnis“ angeregt. Zu den Unterzeichnern des Inserates zählten die US-Gouverneure Jeb Bush (Florida; Bruder des Präsidenten), Gray Davis (Kalifornien) und George Pataki (New York), die (jüdisch-zionistische) Senatorin Dianne Feinstein und ihre Kollegin Hillary Clinton, Gattin des Ex-Präsidenten, sowie die Bürgermeister Rudolph Giuliani (New York) und Richard Riordan (Los Angeles).

Als Hauptsponsor des Wiesenthal-Center ist der kanadisch-jüdische Geschäftsmann Samuel Belzberg hervorgetreten. Zur Hollywood-Prominenz, die sich keilen ließ, zählte Frank Sinatra. Nicht minder aktiv für das WJC ist Elizabeth „Liz“ Taylor, die zum Judentum konvertierte Schauspielerin — überhaupt eine unermüdliche Parteigängerin Israels. Arnold Schwarzenegger spendete eine Dreiviertelmillion Dollar, sah sich aber 2003, mitten in seiner Kampagne für die Wahl zum Gouverneur von Kalifornien als Kontrahent des eben erwähnten Gray Davis, Enthüllungen des Wiesenthal-Center über die „Nazi-Vergan-

genheit“ seines Vaters Gustav (NSDAP, SA, Stabsfeldwebel der Wehrmacht) ausgesetzt.

An der Spitze des Center (nomineller Hauptsitz: Los Angeles, eigentlicher Mittelpunkt: Jerusalem) steht Rabbiner Marvin Hier,

»one of the foremost spiritual leaders in the United States, and in the entire Jewish world«,

so die Hymne auf ihn als „einen der hervorragendsten geistigen Führer“ durch Israels Premier Menachem Begin („Los Angeles Times Magazine“, 15. Juli 1990). Hiers Stellvertreter sind Abraham Cooper und Meyer May, ebenfalls Rabbis. Für die überstaatlichen Kontakte ist Shimon Samuels mit der Amtsbezeichnung „Director for International Liaison“ zuständig, der zugleich als Chef der europäischen Sektion der Organisation in Paris amtiert. In einem Interview bejahte Samuels 2002 die Notwendigkeit eines

»europäischen Netzwerkes für die Solidarität mit Israel«

(hagalil.com, 18. April 2002). Zweigstellen des Wiesenthal-Centers gibt es ferner in New York, Miami und Toronto.

„Die Seele ruht in Jerusalem“

Mit besonderem Eifer für die zionistische Sache wirkt auch der Keren Hayesod (KH), übersetzt in etwa: „Stiftungsfonds“, frühere Schreibweise in Deutschland: Keren Hajessod, Name in den USA: United Israel Appeal. Hierbei handelt es sich gemäß Selbstcharakterisierung um

»die zentrale Organisation der Spendensammlungen für Israel«.

Die „Allgemeine Jüdische“ vom 26. September 2001 schrieb anlässlich einer KH-Veranstaltung „Solidarität mit Israel“ im Kempinski Bristol Hotel Berlin, bei Keren Hayesod handele es sich um

»die weltweit größte Spendenaktion für Israel«.

Als Arbeitsgrundlage der überstaatlich vernetzten Organisation hat die Knesset, Israels Parlament, 1956 eigens ein Gesetz verabschiedet. Es erteilt den KH-Aktivisten die Weisung,

»die Stärkung des Staates Israel, die Heimführung der im Exil Lebenden und die Vereinigung des jüdischen Volkes zu fördern«.

Israels Regierungschef verleiht alljährlich den „Prime Minister's Award Nativ Keren Hayesod“, welcher „außergewöhnlichen Führungspersönlichkeiten und großzügigen Spendern des Keren Hayesod“ gebührt. Den Orden für 2003 erhielt Charles R. Bronfman, Bruder des Chefs des Jüdischen Weltkongresses Edgar M. Bronfman. Ariel Sharon betonte — mit Blick auf die Diaspora — in der Begründung der Preisverleihung, dass

»uns ein ewiges Band verbindet«.

Und der israelische Ministerpräsident sprach in diesem Zusammenhang auch von

»der Einheit des jüdischen Volkes, dessen Seele in Jerusalem ruht«.

So sieht es der KH denn auch als seine vornehmste Aufgabe an,

»der wachsenden Gefahr der Assimilation für die jüdische Jugend im Westen«

zu wehren,

»die Stärkung der Beziehung zwischen Israel und den jüdischen Gemeinschaften in der Diaspora«

als unverzichtbar zu betreiben und

»den Grundsatz, dass Israel im Mittelpunkt der jüdischen Identität steht«,

als weitere *Conditio sine qua non* zu beherzigen.

Eine Hauptparole in den Verlautbarungen des jüdisch-zionistischen Spenden-Netzwerkes lautet:

»Israel braucht den KH und der KH braucht Sie.«

Gegründet wurde der Keren Hayesod als Zweig der zionistischen Weltbewegung 1920 in London zur Umsetzung der Herzl-Ideologie und der

sie begünstigenden britischen Balfour-Erklärung („jüdische Heimstatt in Palästina“). Seit 1929 hängt der KH an den Fäden der Jewish Agency (JA), die — wie es in den Verlautbarungen des Keren heißt — als

»vorstaatliche Regierung des künftigen Israels«

ins Leben gerufen worden war.

Bei weitem nicht allein für Um- und Ansiedlung von Juden aus aller Welt, neuerdings der GUS-Exilanten, sind KH-Spendengelder eingesetzt worden.

»Zu den wichtigsten Erfolgen des Keren Hayesod gehören die Gründung der Luftfahrtgesellschaft El Al, der Schiffahrtsgesellschaft ZIM und der Bank Leumi«,

bescheinigt man sich selbst als Hauptergebnisse des erfolgreichen Schnorrens für die gute Sache.

Als KH-„Unterabteilungen“ gibt es eine Frauenorganisation („Women's Division“) und eine Nachwuchsgruppe („Young Leadership“). KH-Weltvorsitzender, so die offizielle Titulatur, ist Avi Pazner, der frühere Botschafter des Staates Israel in Paris und Rom. Dem „World Board of Trustees“ (Weltausschuss der Treuhänder) steht ein altbewährter Repräsentant des Zionismus in Kanada, Harvey Wolf, vor. Als Generaldirektor des Keren Hayesod wirkt Gad Ben Ari, . . . zuvor israelischer Regierungssprecher.

„Zur weltweiten Familie gehören“

Vorsitzender des Präsidiums von Keren Hayesod Deutschland e.V. war bis September 2003 Andreas C. Wankum (seither: David Leschem), der 2000/2001 in Hamburg als gescheiterter Betreiber des HSV-Fußballstadion-Neubaus für unerfreuliche Schlagzeilen sorgte und in der Hansestadt auch schon mal CDU-Schatzmeister war. Seit Juni 2002 gehört Wankum zugleich dem „Board of Governors“, also der erweiterten Führungsriege, der Jewish Agency an. Bei häufigen

Keren Hayesod-
Werbung im Internet

Mit Israel - jetzt!

**KH-Spenderempfang in Frankfurt mit Michel Friedman:
„Lassen Sie Israel spüren, dass es das
zu Hause der weltweiten jüdischen
Familie ist“**

Frankfurt (bru) – Zu einem Spenderempfang im Rahmen seines „Not-Programmes für Israel“ hatte der Frankfurter Magbit des Keren Hayesod Deutschland unter Leitung der Vorsitzenden der Women's Division, Noemi Staszewski und des Frankfurter KH-Delegierten Yaron Zachar eingeladen. Unter den Ehrengästen waren der israelische Minister für Kommunikation, Reuven Rivlin, Frankfurts Gemeindevorsitzender Salomon Korn sowie der Vizepräsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Michel Friedman.

Israel-Aufenthalten erholt er sich einerseits und holt er sich andererseits neue Weisungen. So traf er beispielsweise im April 2003 mit Ministerpräsident Ariel Sharon zusammen und nahm vom 17. bis 20. Juni an der „World Conference of Keren Hayesod“ in Tel Aviv teil, wo 250 führende KH-Aktivistinnen aus fünf Kontinenten zusammengeströmt waren. Bei dieser Gelegenheit bekam man, fand Wankum, besonders intensiv zu fühlen,

»was es bedeutet, zur weltweiten Keren Hayesod-Familie zu gehören«.

In Anlehnung an einen Michel-Friedman-Ausspruch heißt es in der KH-Werbung im Internet:

»Lassen Sie Israel spüren, dass es das Zuhause der weltweiten jüdischen Familie ist.«

Der bundesrepublikanische KH-Chef betont:

»Dem jüdischen Staat und seinen Bürgern muss jede nur mögliche Hilfe als Ausdruck der Solidarität gewährt werden.«

Dieses auch nach dem Tode. Denn der Keren Hayesod betreibt besonders nachdrücklich die Aktion „Ihr Testament für Israel“, wobei

»in allen Fragen zu Erbschaften und Legaten zugunsten des Staates Israel Ihnen unsere Experten mit Rat und Tat diskret zur Verfügung stehen«.

Hohe nichtjüdische Repräsentanten des öffentlichen Lebens der Bundesrepublik Deutschland lassen Keren Hayesod unmittelbar, durch Spen-

den, oder mittelbar, durch Sympathiewerbung, gelegentlich auch durch beides, Unterstützung angeeignet. Bundespräsident Johannes Rau beispielsweise machte bei seinen häufigen Israel-Aufenthalten gern seine Aufwartung, wenn es um Einweihungszeremonien von KH-geförderten Institutionen ging. So geschehen beispielsweise 2003 bei der Eröffnung des „Monart-Kunstsentrums“ in Ashdod. Sozusagen in einem Aufwisch zeichnete der Bundespräsident bei dieser Gelegenheit gleich auch eine KH-Großsponsorin, Kenda Bar-Gera, mit dem Bundesverdienstkreuz aus.

Gesellschaftliche „Großevents“

Keren Hayesod-Spendengalas in der Bundesrepublik geraten zu gesellschaftlichen „Großevents“. Aus einem KH-Bericht im Internet:

»Zu einem glanzvollen gesellschaftlichen Ereignis für Vertreter der deutschen Bundesparteien, die Hamburger und Berliner Stadtveräter, Repräsentanten des gesellschaftlichen Lebens beider Städte und nicht zuletzt für die Freunde des Keren Hayesod Deutschland und des Staates Israel wurde der Besuch des ehemaligen Bürgermeisters von New York, Rudolph W. Giuliani, der auf Einladung des Keren Hayesod am 20. Januar 2003 Deutschland bereiste. Die Empfänge in Ham-

burg und Berlin standen vor allem im Zeichen des KH-Spendenaufrufs für die Fire-and-Rescue-Services in Israel.«

In Hamburg habe der KH-Werbeträger aus New York

»immer wieder die Wertegemeinschaft des Westens betont«

und, natürlich, auch kräftig für den zionistischen Klingelbeutel Reklame gemacht.

»Israel benötigt unsere Hilfe«, rief Giuliani aus, während KH-Deutschland-Chef Wankum den Ex-Bürgermeister der Ostküsten-Metropolis als

»Vaterfigur für Amerika und Symbolfigur der freien Welt«

bezeichnete und Bürgermeister von Beust, damals noch mit seinem Innensenator Ronald Schill im Schlepptau, einem altgedienten Mitglied der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, verkündete:

»Die Hamburger sind am 11. September 2001 zu New Yorkern geworden.«

Weiter im Text der KH-Berichterstattung:

»Den offiziellen Abschluss des Giuliani-Besuches in der Hansestadt stellte ein Groß-Spenderempfang im kleinen exklusiven Kreis im Anglo-German-Club der Stadt dar.«

Im Prinzip wiederholte sich die Prozedur dann in Berlin. Höhepunkt war dort laut KH-Report

»der Empfang im Kuppelbau des Reichstages mit zahlreichen Vertretern des öffentlichen Lebens«.

Das Wort zur Begrüßung ergriff Berlins Gemeinderabbiner Yitzhak Ehrenberg, welcher

»auf die historische Bedeutung des Abends verwies, an dem in diesem Gebäude koscheres Essen gekocht und verspeist werde; dieser kleine Umstand zeige die Kraft des jüdischen Gedankens und Wesens.«

Auch Giuliani rekurrierte auf besagte Wesenskraft und hob unter stürmischem Beifall der Vertreter aller gesellschaftlich relevanter Gruppen

»Israels Führungsrolle im Nahen Osten« hervor. Dann ging es wieder ans Spendensammeln.

Symbol blau-weiße Sammelbüchse

Beim fünften Kongress der internationalen zionistischen Bewegung in Basel 1901 erblickte eine weitere Spendensammelungs-Organisation der Israel-Lobby das Licht der Welt: Keren Kayemeth Lelsrael — Jüdischer Nationalfonds (frühere deutsche Schreibweise: Keren Kajemeth Lejisrael).

Geschaffen wurde der KKL, um Geld für zionistischen Landkauf in Palästina aufzutreiben und dort eine Infrastruktur im Sinne des kommenden Israel aufzubauen. Der KKL folgte den semikommunistischen Leitlinien seines Schöpfers, des Rabbiners Hermann Zwi Schapira, der schon 1884 einen Verein „Zion“ mit dem Ziel der hebräischen Inbesitznahme Palästinas gegründet hatte: Erworbenes Land bleibt jüdischer Allgemeinbesitz und wird Siedlern und Institutionen nur zur (allerdings erneuerbaren) Pacht auf 49 Jahre gegeben.

Gemäß Selbstdarstellung arbeitete der KKL

»als verlängerter Arm der Zionistischen Bewegung und als Treuhänder des jüdischen Volkes, um Boden in Eretz Israel für das jüdische Siedlungswerk zu erwerben«.

Die „blau-weißen Sammelbüchsen“, die in den jüdischen Gemeinden der ganzen Welt dafür herumgingen, wurden zu einem zionistischen Symbol.

In den „JNF-KKL-Nachrichten“ des Internet heißt es über die nahöstliche Erfolgsbilanz der Organisation:

- »Boden für rund 1000 Siedlungen aufbereitet,
- 220 Millionen Bäume gepflanzt,
- über 100 Wasserreservoir und Dämme errichtet,



Werbung des
KKL-Jüdischer
Nationalfonds
in England

Hunderte von Campingplätzen und regionale Parks angelegt,

etwa 6000 Kilometer Straßen und Wege gebahnt.«

Über ihren aktuellen Daseinszweck klärt die Organisation wie folgt auf:

»Der Jüdische Nationalfonds hat zur Aufgabe, für die strukturelle Entwicklung des Staates Israel zu sorgen ... Die Wälder des KKL dienen als Zentren von Freizeit und Erholung. Diese umfassende Tätigkeit hat einen positiven ökologischen Einfluss und sie hebt die Lebensqualität Israels nachhaltig.«

Auch Pädagogik im Sinne der Lehre Herzls gehört zu den Obliegenheiten des KKL. In den Internet-Nachrichten seines Organs „Neuland“ heißt es dazu:

»Im Bereich der zionistischen Erziehung unter der jüdischen Jugend im Lande und in der Diaspora nahm der KKL die wichtige Aufgabe auf sich, das Band zwischen der Jugend und dem Boden Israels zu festigen. Außer den Aktivitäten in den Schulen durch die Lehrerbewegung beherbergt der KKL jedes Jahr Tausende Jugendliche aus Israel und dem Ausland in den von ihm im ganzen Lande errichteten Feld- und Waldzentren.«

In der Eigenwerbung stellt der KKL vor allem seine Begrünungs- und Wiederaufforstungsprojekte heraus. Zumal ein verheerender Waldbrand des Jahres 2000 einen beträchtlichen Teil des Baumbestandes vernichtet hat; haupt-

betroffen war die Umgebung von Jerusalem. Betont wird ferner, dass die fortschrittliche israelische Technologie zur Zurückdrängung der Wüste internationalen Vorbildcharakter besitze.

Wer 10 Euro gibt, dem wird die Pflanzung eines Baumes in Israel verheißen, eine Allee kostet 100 Euro, für 10 000 Euro kann man sich Stifter eines israelischen Hains nennen und mit 50 000 Euro ist man mit einem ganzen Wald dabei, der den Namen des Spenders tragen kann. Ab fünf gespendeten Bäumen erhält man

»eine dekorative Urkunde mit dem Motiv „König David“«.

Obligatorisch ist für deutsche Geldgönner darüber hinaus eine Spendenquittung. Das alles sei, so KKL,

»lebendiges Zeichen der Verbundenheit mit Israel und seinen Menschen«

(und die Quittung der Nachweis zum Absetzen von Steuern beim deutschen Finanzamt).

„Fingerabdruck hinterlassen“

Spendenkäuflich zu haben sind beim KKL auch Bons, die zur eigenhändigen Baumpflanzung in Israel berechtigen:

»Hinterlassen Sie Ihren persönlichen Fingerabdruck in Israel — pflanzen Sie mit eigenen Händen einen Baum. Gutscheine für Baumpflanzungen, die Sie bei Ihrer Israelreise einlösen können, stellt Ihnen jedes Büro des Jüdischen Nationalfonds aus.«

Vornehmlich in jüdischen Medien wirbt der Nationalfonds—KKL unter der Schlagzeile „Israel als Erben“ ferner für den Abschluss von Testamenten zugunsten Israels:

»Ihre Verbundenheit mit dem jüdischen Volk bringen Sie damit auch in Zukunft dauerhaft zum Ausdruck.«

Am Rande der Negev-Wüste, bei Beer Schewa, gibt es seit 1991 einen „Wald der deutschen Länder“, der mit Geldern mehrerer Bundesländer angepflanzt worden ist. Die Schirmherren sind:

Kurt Beck (Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz),

Eberhard Diepgen (Ex-Regierender von Berlin),

Hans Eichel (Bundesfinanzminister, Ex-Ministerpräsident von Hessen),

Johannes Rau (Bundespräsident; Ministerpräsident a. D. von NRW),

Bernhard Vogel (Ex-Ministerpräsident von Thüringen).

Auch die Oberbürgermeister zahlreicher Städte, darunter

— Erfurt (Manfred Auge),

— Frankfurt am Main (Petra Roth),

— Mainz (Jens Beutel),

— Nürnberg (Peter Schönlein),

sind Wald-Patrone in Israel, seitdem aus den Kämmereien ihrer Kommunen beachtliche Summen zur Begrünung des Judenstaates zur Verfügung gestellt wurden. Neuerdings ist auch Leipzig mit von der Partie. Bürgermeister Holger Tschense überreichte 2003 zehntausend Euro für das KKL-Projekt im Norden des Negev.

Der israelische „Willy-Millowitsch-Wald“ wiederum ist eine Gabe des Kölner Ablegers der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und, als Schirmherr, des kölnischen Oberbürgermeisters Fritz Schramma. Der Name des rheinischen Spaßmachers stehe „für Toleranz und Kampf gegen fremdenfeindliche Tendenzen“, hieß es bei der Taufe des Hags. Mil-

lowitsch hatte mitten in der Hitlerzeit, 1940, die Führung der NS-staatlich reichlich geförder-ten Volksbühne seiner Familie in der deutschen Domstadt übernommen. Er starb hochbetagt 1999. So war es ihm nicht mehr vergönnt, „seinen“ Wald in Israel zu erleben.

„Wahres Wunder in der Wüste“

Der KKL applaudiert seiner eigenen Aktion „Für ein grünes Israel“. Sie sei ein

»wahres Wunder, das neues Leben in der Wüste weckt, ein Beitrag für das friedliche Zusammenleben, lebendiges Symbol der Völkerverständigung«.

Kritiker allerdings wenden ein, dass den Palästinensern in den besetzten Gebieten das ihnen ohnehin streng rationierte Wasser noch mehr abgegraben werde, wodurch das Elend dort wachse, auch die Wut und die Gewalt, so dass der Terror neuen Nährboden finde.

Nach Erlöschen seiner Arbeit in den Jahren der Hitlerdiktatur breitete sich das KKL-Netzwerk in Deutschland ab 1952, dem Jahr der hiesigen Wiedergründung, abermals aus.

Auf den Internetseiten der KKL-JNF Deutschland heißt es:

»Der Hauptsitz der gemeinnützigen Organisation ist Düsseldorf. Büros sind in München, Frankfurt, Berlin und Düsseldorf. Rund 16 000 Spender in Deutschland unterstützen den Jüdischen Nationalfonds regelmäßig.«

Yehiel Leket, der auch der Knesset, dem israelischen Parlament, angehört, ist Weltvorsitzender des KKL; die Hauptzentrale liegt in Jerusalem. Dem KKL-Jüdischer Nationalfonds in Deutschland steht Benjamin Bloch vor. Er ist Jahrgang 1943, gebürtiger Jerusalemer, Vorstandsmitglied der jüdischen Gemeinde in Frankfurt am Main und Verwaltungsrat der Rothschild'schen Stiftung.

2001, bei der deutschen Hundertjahrfeier des KKL in Berlin mit Gala-Diner für 200 Ehrengäste

(und natürlich blau-weißer Spendenbüchse), unterstrich Israels Botschafter Shimon Stein die hervorragende Bedeutung der Organisation für den jüdischen Staat. Michel Friedman zählte bei dieser Gelegenheit die Leistungen des KKL zu den „Errungenschaften der Zivilisation“, welche von palästinensischem Terrorismus bedroht seien. Und über den Auftritt von Bundesinnenminister Otto Schily (Schwiegersohn des jüdischen Partisanen im Zweiten Weltkrieg Jindrich Chajmovic) bei der Festlichkeit notierte die „Allgemeine Jüdische“ am 25. Oktober 2001:

»Er erinnerte sich, wie er einst selbst einen Baum gepflanzt hatte. „Es gibt nichts Schöneres, als einen Baum zu pflanzen — etwas, das über das eigene Leben hinausreicht.“ Der SPD-Politiker würdigte den KKL als große Erfolgsgeschichte des Staates Israel. Er versicherte „unzerbrüchliche (sic!) Freundschaft und Solidarität mit dem jüdischen Staat“.«

Aufmarsch der Prominenten

Auch bei Spenden-Galas und Benefiz-Diners, kurz: „Geldaufbringungsaktionen“ — so die „Israel Nachrichten“, 4. Februar 2000 -, einer anderen bedeutsamen Organisation des proisraelischen Netzes, der WIZO (Women's International Zionist Organization), ist regelmäßig ein großer Auftrieb Prominenter zu beobachten. Beispielsweise berichtete die „Allgemeine Jüdische“ in ihrer Ausgabe vom 26. September 2001:

»Zum „Rosenball“ hatte die Kölner WIZO eingeladen und zu der Benefiz-Gala waren mehr als fünfhundert Gäste gekommen. Darunter zahlreiche prominente Namen wie Shimon Stein, Botschafter des Staates Israel, Zentralratspräsident Paul Spiegel, die Fernsehmoderatoren Alfred Biolek und Hans Meiser sowie Vertreter aus der Kölner Politik und Wirtschaft. Der Ball stand unter der

Schirmherrschaft von Christina Rau, der Frau des Bundespräsidenten, die ebenso wie der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Wolfgang Clement ein Grußwort geschickt hatte.«

Als wohltätigen Zweck des „Rosenballs“ bezeichneten die WIZO-Organisatoren Judith Levy und Rosie Kuper die Spendenbeschaffung für das israelische Seniorenzentrum in Herzlija. Es heißt „Bet Heuss“ — nach dem ersten Bundespräsidenten. (Der vorerwähnte Biolek übrigens bekundete gelegentlich, zwar selbst kein Jude zu sein, doch zu glauben, dass „irgendwo in der Familie jüdisches Blut sein muss“.)

»Benefiz mit Starbesetzung. Prominente unterstützen Projekt«,

lauteten Schlagzeilen im Organ des Zentralrats am 6. November 2002 über eine kurz zuvor abgehaltene Frankfurter WIZO-Veranstaltung. Diese wurde gesponsert u. a. vom Privatbankhaus Schroders und dem Hilton-Hotel. Durch den bunten Abend leitete TV-Moderatorin Sonya Kraus, welche sich mit dem Ruf einführte:



WIZO im Internet

»Ich empfinde das als eine große Ehre. Ich habe mein Herz an Israel verloren.«

Aus dem Bericht der „Jüdischen Allgemeinen“ über die Zusammenkunft:

»Immerhin rund zweihundertachtzig Gäste kamen in den Saal des Hilton-Hotels, um die jährliche Gala der WIZO-Organisation Frankfurt zu erleben und ihre Solidarität vor allem mit Kindern in Israel zu zeigen. Eine Karte für die Gala kostete immerhin einhundertfünfzig EURO.«

„Für die meisten Gäste“, fuhr die „Allgemeine“ fort,

»unter ihnen mit Paul Spiegel, Michel Friedman, Salomon Korn und Dieter Graumann nicht nur fast die Hälfte des Präsidiums des Zentralrats, sondern auch weitere bekannte Gesichter wie Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz Bührmann, Pröpstin Helga Trösken und der frühere Frankfurter Oberbürgermeister Andreas von Schoeler«,

sei es bei der Entrichtung des Eintrittspreises nicht geblieben. Habe es doch auch in diesem Jahr gegolten, möglichst viele Patenschaften für israelische Kinder zu vermitteln.

»Für 500 Euro konnten die Anwesenden einem Kind aus armen Verhältnissen oder zerrütteten Familien in Israel den Aufenthalt in einer WIZO-Kindertagesstätte ermöglichen ... Insgesamt sammelten die WIZO-Damen dreihundertzweiundzwanzig Patenschaften à fünfhundert Euro.«

Überhaupt, so zitierte die „Allgemeine“ Andreas von Schoeler („einen der treuen Besucher der Gala“), sei man „aus Solidarität mit Israel“ anwesend. Von diesem Frankfurter SPD-Stadtoberhaupt außer Diensten, Träger mancher israelischer Auszeichnungen wie etwa des Silbernen Ehrensiegels der Gemeinde in „Mainhattan“, stammt übrigens das von der

„Frankfurter Rundschau“ am 12. November 1992 überlieferte einprägsame Wort:

»Auschwitz ist Deutschlands Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.«

Auch die WIZO-Hauptveranstaltung 2003 in der deutschen Hauptstadt war, wie die Organisation per Internet mitteilt, „ein großer Erfolg“:

»In Scharen strömten Besucher zum diesjährigen WIZO-Basar in das Haus der Jüdischen Gemeinde zu Berlin ... Der Andrang der Gäste, unter denen neben den Gemeindemitgliedern zahlreiche Persönlichkeiten aus der Politik, dem Wirtschafts- und Kulturleben zu sehen waren, war groß.«

Sowohl der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) als auch sein Vorgänger Eberhard Diepgen (CDU) hätten sich

»vergnügt unter das Publikum gemischt und den Trubel sichtlich genossen«.

Diepgen, „altbewährter WIZO-Freund“, habe die Kunstversteigerung geleitet und Ernst Cramer sei mit der „WIZO-Herrennadel“ geehrt worden. (Cramer ist der bereits eingangs dieses Buches beschriebene wichtigste Jude im Führungsgefüge des proisraelischen Springer-Medienkonzerns.)

Der Erlös des Berliner WIZO-Basars ging übrigens ebenfalls an mildtätige Projekte in Israel. - Sehr aktiv ist auch die Münchner WIZO. „Allgemeine Jüdische“ vom 5. August 1999:

»Die Münchner Sektion der Organisation fördert eigene Projekte in Israel. Dabei erfahren die engagierten Frauen der Wohltätigkeitsorganisation auch Hilfe aus der Münchner Bevölkerung. Seit Jahren gibt es einen Freundeskreis, dem die frühere „First Lady“ der Stadt und heutige Landtagsabgeordnete Hildegard Kronawitter mit viel Elan vorsteht.«

Laut der eben zitierten Ausgabe des Zentralratsblatts zieht sich wie ein Leitfaden durch die Arbeit von WIZO das Motto:

»Anderen helfen und selbst dabei viel Freude haben.«

„Riesiges Netzwerk mannigfaltiger Projekte“

Wie wichtig die Unterstützungsarbeit gerade für den Nachwuchs im jüdischen Staat sei, so die „Allgemeine“ weiter, habe Ruth Tamir, WIZO-Exekutivmitglied aus Israel, folgendermaßen begründet:

»In Israel leben ungefähr 187 000 vernachlässigte oder misshandelte Kinder.«

Am 24. April 2003 wurde im Zentralratsblatt die langjährige Vorsitzende von WIZO Deutschland, Lala Süsskind, mit ihrem Hinweis auf die

»schwierige wirtschaftliche Situation in Israel, wo immer mehr Kinder unterhalb der Armutsgrenze leben«,

zitiert. Frau Süsskind weiter:

»Das bedeutet nichts anderes, als dass viele von ihnen tatsächlich nicht genug zu essen bekommen. Hätten Sie gedacht, dass es jemals so weit kommt?«

Und am 31. Juli 2003 berichtete die „Jüdische Allgemeine“:

»Rund vierzig Prozent der Tel Aviver können sich nach Angaben des Oberbürgermeisters Ron Huldai nicht einmal die Grundnahrungsmittel leisten. Hauptleidtragende dieser Entwicklung seien vor allem Kinder.«

Die Women's International Zionist Organization, WIZO, wurde 1920 in London als Zweig der zionistischen Bewegung geschaffen. Als eigentliche „Gründungsmutter“ gilt Rebecca Sieff (1890-1966), Tochter des jüdischen Gemischtwarenhaus-Kings Michael Marks und Gattin von Israel Sieff, einem engen Vertrauten von Chaim Weizmann, dem Oberhaupt des Weltzionismus. Die Lady sei

»mit Liebe für ihr Volk erfüllt«

gewesen, schrieb die „Allgemeine Jüdische“ am 2. August 1990 zum 70. Jahrestag der WIZO-Gründung über diese

»Führerin, Vorkämpferin, heldenhafte jüdische Frau«.

Rebecca Sieffs Pionierarbeit sei es zu verdanken, dass WIZO heute

»ein riesiges Netzwerk mannigfaltiger Projekte«

betreiben könne.

Die Zahl der WIZO-Mitarbeiter soll weltweit bei 250 000 liegen. Die Zentrale befindet sich seit 1949 in Israel. WIZO bildet einen Teil der World Zionist Organization (WZO) und gehört auch dem World Jewish Congress an.

„Unser Fokus liegt auf Israel“

»WIZO ist eine der wichtigsten sozialen Institutionen in Israel. Ohne sie gäbe es große Lücken in der sozialen Betreuung der israelischen Gesellschaft. Wir versuchen auch, das Band zwischen Judentum in aller Welt und dem Staat Israel zu festigen.«

So stellt sich die WIZO Föderation Deutschland e. V. auf ihrer Internetseite vor. Das hiesige zionistische Frauennetzwerk wurde erstmals ab 1929 geknüpft; 1960 nahm man den Faden wieder auf. Als neue Präsidentin wurde im Mai 2003 Rachel Singer von vierzig Delegierten aus ganz Bundesdeutschland gewählt. Ihre langjährige Vorgängerin Lala Süsskind hat sich gemäß „Jüdischer Allgemeiner“ vom 24. April 2002 zuletzt sehr grimmig über ihres Erachtens mangelhafte Präsenz jüdischer Gemeindemitglieder bei Solidaritätsaktionen für Israel geäußert:

»Ich finde es erbärmlich. Wir sollten wirklich aktiver werden!«

Als Stellvertreterinnen im Vorsitz von WIZO-Deutschland wirken Michal Gelerman und Diana Schnabel, die Schatzmeisterei obliegt Esther Sharell, Simone Graumann dient als Schriftführerin. Weitere Vorstandsmitglieder sind Mirjam

Kon, Jenny Sommer, Aviva Steinitz und Lilian Tichauer.

»Unser Fokus liegt bekanntlich auf Israel«, betonte Frau Singer in einem Gespräch mit der „Jüdischen Allgemeinen“ (13. August 2003). Weiter bekundete die bundesrepublikanische WIZO-Chefin:

»Unsere Aufgabe ist hauptsächlich das Fundraising, also das Sammeln von Spendengeldern ... Unser größtes Kapital ist unsere Frauenpower.«

Nicht zu verwechseln ist WIZO mit anderen jüdischen Frauenorganisationen wie etwa „Bet Debra“, der 1999 gegründeten „jüdischen Fraueninitiative“, die alljährliche Kongresse von „Rabbinerinnen, Gemeindepolitikerinnen, jüdischen Aktivistinnen und Gelehrten“ durchführt; z. B. 22.-25. Mai 2003 in Berlin (mit Förderung durch die Konrad-Adenauer-Stiftung, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und das Kulturamt Berlin-Pankow).

Weiter gibt es das nicht zu WIZO gehörende Projekt „Netzwerk jüdischer Frauen“, initiiert von Gabriele Noa Lerner, Chefin einer Internetagentur, und Ewa Alfred, einer Rechtsanwältin. Auch dieses erfreut sich der Förderung durch Bundesmittel. Noa Lerner berichtete in der „Jüdischen Allgemeinen“ vom 9. Oktober 2002:

»Das Bundesministerium ist uns seit zwei Jahren bei der Vorbereitung sehr behilflich.



Sie haben mit uns zusammen die nötigen Finanzpläne erstellt und gewähren uns großzügige finanzielle Unterstützung: Sämtliche Vortragshonorare, Reise- und Unterbringungskosten für die Referentinnen sowie die Verpflegungskosten.«

Beim ersten Kongress dieser Gruppe, Berlin 13. Oktober 2002, referierten u. a. Charlotte Knobloch, Vizepräsidentin des Zentralrats (Thema: „Eigene Erfahrungen auf der Karriereleiter“), und Deidre Berger, Direktorin des American Jewish Committee. Sie sprach über

»Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen deutschen und amerikanischen Netzwerken.«

„Zur Finanzierung des Staatshaushalts“

„Geldaufbringungsaktionen“ für den jüdischen Staat sind auch Passion, vor allem aber Profession der Unternehmung „State of Israel Bonds“ (Israel-Entwicklungs-Staatsanleihe) mit Steuerungszentrale in Jerusalem, zweitem Hauptsitz New York und Zweigstellen in 23 weiteren Ländern, darunter Frankfurt/Main und Wien. Die Selbstdarstellung lautet:

»State of Israel Bonds ist eine dem israelischen Finanzministerium unterstehende Organisation. Seit über 50 Jahren vertreiben wir Staatsanleihen. Für den Bestand der Anleihen haftet der Staat Israel. Wir unterstützen die wirtschaftliche Entwicklung in einem Land, dessen Hightech-Industrie zur Weltspitze gehört. Diese ehrgeizigen Projekte müssen finanziert werden. Hierbei haben wir uns in über fünf Jahrzehnten als kompetenter und zuverlässiger Partner erwiesen.«

In einer anderen Werbung für die Bonds heißt es:

»Mit Ihrer Investition finanzieren Sie die immensen Einwanderungs-, Bildungs- und High

Tech-Projekte in Israel. Auch als Geschenk geeignet. Ab 250 US-Dollar sind Sie dabei!«
Bei einer Veranstaltung traten im Mai 2003 in Berlin Israels Botschafter Shimon Stein und der Deutschlanddirektor der Israel-Bonds, Arnon Kozlov (der auch führend im Rabbiner-Ausbildungsverein Or Torah Stone tätig ist), gemeinsam auf. Motto des Abends:

»Israel Bonds — Ein Instrument zur Finanzierung des israelischen Staatshaushaltes.«

Israel Bonds Österreich wirbt im Internet mit dem Hinweis auf dreistellige Millionen-Dollar-Beträge, die von österreichischen Großbanken für die gute Sache mobilisiert worden seien. Israel Bonds Deutschland versucht im Internet in teils gewöhnungsbedürftigem Deutsch Vertrauen zu erwecken:

»Israel ist eine der führenden „high-technology“ Nationen in der Welt mit dem größten Anteil von ausgebildeter und vernetzter Bevölkerung am Computer auf diesem Planeten ... Hollywood-Größen haben sich niemals mit ihrer Unterstützung Israels zurückgehalten. Über die Jahre sind einige der schillerndsten Persönlichkeiten der Leinwand in Filmen aufgetreten, um ihre Unterstützung des jüdischen Staates zu dokumentieren ...
Fazit: Israel Bonds hält die Hoffnung Israels lebendig und am wachsen.«

In einem ausführlichen Artikel mit den Schlagzeilen:

»Mehr als nur eine bloße Geldanlage — Für Juden bedeuten die Staatsanleihen die Sicherung des Gelobten Landes«

hatte das Zentralratsblatt „Allgemeine Jüdische“ am 13. Juli 1995 die Israel Bonds vorgestellt. Zitiert wurde Shmuel Schacham, der damalige Direktor des Geldaufbringungsnetzes in Deutschland:

»Diese Anleihen des Staates Israel seien natürlich keine Versicherung im üblichen Sinne, räumt er ein. Eine „Versicherung“ sind sie für die Juden in aller Welt, die mit den An-

leihen das Gedeihen von Eretz Israel unterstützen. Damit schaffen sie für sich und ihre Nachkommen „eine Zuflucht, sollten eines Tages wieder schlimme Zeiten anbrechen“.«

Schacham berichtete bei dieser Gelegenheit über geradezu fanatisch israelophile deutsche Kunden. „Allgemeine“:

»Ein hoher Prozentsatz der Anleihenkäufer sind Christen. Sie machen immerhin 50 Prozent unter den Privatgläubigern aus. Schacham berichtet von „ergreifenden Szenen“, von Menschen, die er geradezu überreden müsse, nicht ihre ganzen Ersparnisse in Bonds anzulegen. „Sie wollen unter allen Umständen etwas Gutes für unser Land tun und nehmen sogar gern die Papiere mit den für sie schlechtesten Konditionen in Kauf“ ... Dabei spiele bei den Deutschen, so zumindest seine Erkenntnis, nicht das Gefühl der Schuld eine Rolle, sondern die Einsicht, dass Israel unbedingt ein starker Staat sein müsse.«

Möllemann mobilisiert

Die Kritik des später, 2003, bei einem Fallschirmsprung auf nicht geklärte Weise zu Tode gekommenen Vorsitzenden der Deutsch-Arabischen Gesellschaft, Vizekanzlers a. D., Ex-Bundesministers und FDP-Führungsfunktionärs Jürgen Möllemann am Vorgehen des jüdischen Staates gegen die Palästinenser sowie sein verbaler Schlagabtausch mit Zentralratsvize Michel Friedman spornten 2001 /2002 Israelfreunde aus dem bundesrepublikanischen Judentum und ihre engsten Partner an, Deklarationen mit Listen von Unterzeichnern zu veröffentlichen, was aus dieser Richtung eigentlich eher selten ist.

Angeheizt wurde das Meinungsklima zusätzlich durch die scharfe Kontroverse zwischen dem deutschen Schriftsteller Martin Walser und dem jüdischen Publizisten Marcel Reich-Ranicki

(zur NS-Zeit: Chefübersetzer des Judenrates in Warschau, nach 1945: Offizier des kommunistischen polnischen Geheimdienstes, in der Bundesrepublik: „Literaturpapst“).

Da gab es beispielsweise eine „Frankfurter Erklärung“ mit der Präambel:

»Insgesamt 31 Israel und dem Judentum nahe stehende Organisationen aus Frankfurt und dem Rhein-Main-Gebiet haben auf Initiative der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Arbeitsgemeinschaft Frankfurt, jetzt eine „Frankfurter Erklärung für Israel“ unterzeichnet. Die Verabschiedung der Proklamation fand am 6. Mai 2002 in Anwesenheit der Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth und des Gesandten der Botschaft des Staates Israel, Mordechai Levy, statt.«

Die Solidaritätsadresse für Israel gipfelte in den Worten:

»Uns geht es nicht darum, „Ausgewogenheit“ zu erzeugen. Wir sind parteiisch, ohne die jeweilige Tagespolitik zu meinen. Wir sind für Israel und wir wollen Israel Stimme geben.«

Die Unterzeichner der „Frankfurter Erklärung für Israel“ waren:

Akim Deutschland
Bank Leumi
Deutsch-Israelische Gesellschaft Frankfurt
Deutsch-Israelische Gesellschaft Mainz
Förderverein Lichtigfeldschule
Frankfurter Bne-Brit(B'nai B'rith)-Loge
Franz-Oppenheimer-Gesellschaft
Freunde der Bar-Ilan-Universität
Freunde der Hebräischen Universität Jerusalem
Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Bad Homburg
Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Frankfurt
Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hochtaunus
Israelisches Verkehrsbüro

Jewish Agency
Jüdische Gemeinde Frankfurt
Jüdische Gemeinde Bad Nauheim
Jüdische Gemeinde-Zeitung
Jüdischer Nationalfonds
Keren Hayesod Deutschland
Kinder- und Jugendalija
Makkabi Frankfurt
Seminar- und Gedenkstätte B. Pappenheim
United Mizrahi Bank
Verein Jüdischer Akademiker
Zentralwohlfahrtsstelle der Juden
Zionistischer Verband Deutschland

Die Listen des Judaisten

Schon Ende Dezember 2001 hatte es sozusagen eine Mobilmachung proisraelischer Kräfte durch den Judaisten Prof. Dr. Karl E. Grözinger gegeben. Man wandte sich in einem „Offenen Protestbrief“ gegen die „FAZ-Sonntagszeitung“, die wegen

»einer Reihe von gegen das Judentum und Israel gerichteten Artikeln, die an die finsternen Zeiten des Antisemitismus erinnern«, gegeißelt wurde. Auch einen Artikel des Blattes über Möllemann rechnete man dazu. Als „reine antisemitische Propaganda“ kam den Unterzeichnern von Grözingers Liste beispielsweise folgende „FAZ“-Aussage vor:

»Israel ist keine soziale Gemeinschaft, die mit sich und der Welt in Frieden lebt.«

Ihren Namen unter den Offenen Anti-FAZ-Brief setzten u. a.:

Dr. Elio Adler
Dr. Kristlieb Adloff
Rechtsanwalt Hermann Alter
Shoshona Alter (Herausgeberin der „Frankfurter Jüdischen Nachrichten“)
Prof. Dr. Friedrich Battenberg
Prof. Dr. Hans Peter Benöhr
Landesrabbiner Dr. h. c. Joel Berger
Dr. Monika Bernett

Mit diesem Wahlkampfflugblatt wirbelte Möllemann viel Staub auf.

Jürgen W. Möllemann setzt sich seit langem beharrlich für eine friedliche Lösung des Nahost-Konfliktes ein: Mit sicheren Grenzen für Israel und einem eigenen Staat für die Palästinenser.

Israels Ministerpräsident **Ariel Sharon** lehnt einen eigenen Palästinenser-Staat ab. Seine Regierung schickt Panzer in Flüchtlingslager und missachtet Entscheidungen des UNO-Sicherheitsrates.

Michel Friedman verteidigt das Vorgehen der Sharon-Regierung. Er versucht, Sharon-Kritiker Jürgen W. Möllemann als „anti-israelisch“ und „antisemitisch“ abzustempeln.

Von diesen Attacken unbeeindruckt, wird sich Jürgen W. Möllemann auch weiterhin engagiert für eine Friedenslösung einsetzen, die beiden Seiten gerecht wird. Denn nur so kann die Gefahr eines Krieges im Nahen Osten gebannt werden, in den auch unser Land schnell hineingezogen werden könnte.

Unterstützen Sie Jürgen W. Möllemann mit Ihrer Stimme für die FDP!

Wolf Biermann (der Sänger)
 Dr. Alexander Brenner (Chef der jüdischen Gemeinde Berlin)
 Prof. Dr. Michael Brocke
 Prof. Dr. Wolfgang Castritius
 Prof. Dr. Elisabeth Engels
 Jochen Feilcke (Vizepräsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft)
 Jörg Fiebelkorn
 Prof. Dr. Peter Fiedler
 Prof. Dr. Winfried Frey
 Rechtsanwalt Nathan Gelbart
 Ralph Giordano (der Schriftsteller)
 Dr. Bernard Gofman
 Dr. Hans-Michael Haußig
 Prof. Dr. Alfred Haverkamp
 Prof. Dr. Arno Herzig
 Dr. Matthias Heyl

Dr. Gabriel Irányi
 Dr. Andreas Kain
 Krzysztof Krawczyk
 Ron Krausz
 Dr. Eleonore Lappin
 Prof. Dr. Hermann Lichtenberger
 Dr. Hanna Liss
 Dr. Anna-Ruth Löwenbrück
 Prof. Dr. Jürgen Lott
 Dr. Peter Meves
 Nathan Milgrom
 Rabbiner Dr. Andreas Nachama
 Philipp von der Osten
 Prof. Dr. Peter von der Osten-Sacken
 Karl Pfeifer (der Journalist aus Wien)
 Lea Rosh (die Rundfunk- und Fernsehjournalistin)
 Rabbiner Walter Rothschild

Rabbiner Dr. Chaim Rozwaski
 Dr. Irene Runge
 Prof. Dr. Julius H. Schoeps
 Arkadi Schneidermann
 Prof. Dr. Martin Stöhr
 Arthur Süsskind (Vorsitzender der jüdischen
 Repräsentantenversammlung Berlin)
 Lala Süsskind (langjährige WIZO-Vorsitzen-
 de)
 Prof. Dr. Barbara Vogel
 Andreas C. Wankum (Chef von Keren Haye-
 sod Deutschland)
 Moische Waks
 Prof. Dr. Peter Welten
 Prof. Dr. Markus H. Wenninger
 Prof. Dr. Thomas Willi
 Prof. Dr. Hans D. Zimmermann

„An aufrechte Demokraten“

»An alle Mitglieder der Jüdischen Gemeinde
 zu Berlin, Freunde und aufrechte Demokra-
 ten«

erging Ende Mai 2002 ein

»Aufruf zur Demonstration gegen den Ver-
 such der FDP, mit antisemitischen Parolen
 Wahlpropaganda zu machen«.

Die Manifestation lief am 5. Juni 2002 in Berlin
 vor der FDP-Zentrale, dem Thomas-Dehler-
 Haus, -mit dem Chef der Berliner Jüdischen Ge-
 meinde, Dr. Alexander Brenner, als Hauptred-
 ner ab.

Folgende Organisationen gehörten zu den Un-
 terzeichnern des Aufrufs:

Jüdische Gemeinde Berlin
 WIZO
 American Jewish Committee
 BBYO
 Bündnis gegen Antisemitismus und Antizio-
 nismus
 Deutsch-Israelische Gesellschaft, Arbeits-
 gemeinschaft Berlin
 Förderkreis „Magen David Adom“

Gesellschaft für christlich-jüdische Zusam-
 menarbeit in Berlin
 Janusz-Korczak-Loge
 Jüdischer Studentenverband
 Jüdischer Kulturverein Berlin
 Jugendzentrum „Olam“
 Keren Hayesod
 Keren Kayemeth Lelsrael — Jüdischer Natio-
 nalfonds
 „Kesher“ — Israelis in Berlin
 Organisation jüdischer Ärzte und Psycho-
 logen
 Raoul-Wal lenberg-Loge
 Simon-Dubnow-Loge
 TUS Makkabi
 Zionistische Jugend Deutschland
 Zionistische Organisation Deutschland.

Folgende Persönlichkeiten gingen mit ihrer Un-
 terstützung besagten Aufrufs an die Öffentlich-
 keit:

Bärbel Bohley,
 Gerhard Duckwitz,
 Margot Duckwitz,
 Rainer Duckwitz,
 Thomas Fröhlich,
 Lilo Fuchs,
 Franziska Havemann,
 Katja Havemann,
 Dr. Irma Jung,
 Eva Kastl,
 Jörg Kastl,
 Marianne Kewenig,
 Erika Kirchhoff,
 Ina Landmann,
 Dr. Jürgen Landmann,
 Doris Liskow,
 Marco Martin,
 Marlies Menge,
 Joachim Nehls,
 Sabine Nehls,
 Hildigund Neubert,
 Karla Pulat,
 Dr. Peter Raue,

Lea Rosh,
 Bella Safyan,
 Rosemarie Schrank,
 Wolfgang Schrank,
 Jakob Schulze-Rohr,
 Dr. Adolf von Wagner,
 Heide von Wagner,
 Udo Walz.

„Konsens unserer Gesellschaft“

In halbseitiger Aufmachung erschienen in Blättern wie der „Süddeutschen Zeitung“ am 21. Juni 2002, als die Möllemann/Friedman- und die Walser/Reich-Ranicki-Kontroverse neuen Höhepunkten entgegenstrebte, „Solidaritätsanzeigen“ folgenden Wortlauts:

»In den letzten Wochen werden in politischen und literarischen Debatten zunehmend Anschauungen öffentlich, die sich erneut antisemitischer Vorurteile bedienen. In dieser Situation erklären wir unsere Solidarität mit den jüdischen Bürgern unseres Landes. Wir verstehen ihre große Besorgnis. Jedem Resentiment gegenüber Juden und anderen gesellschaftlichen Minderheiten erteilen wir eine deutliche Absage. Wir bleiben damit bei dem politischen und moralischen Konsens unserer demokratischen Gesellschaft, der aus der Verantwortung für die nationalsozialistische Vergangenheit erwachsen ist.«

Zu den Unterzeichnern dieser Erklärung zählten u.a..

Wolfgang Beck (Verlag C. H. Beck, München),
 Günther Beckstein (CSU-Innenminister von Bayern),
 Rolf Boysen (Schauspieler),
 Hans Otto Bräutigam (Diplomat und Politiker, Justizminister in Brandenburg 1990-1999),
 Barbara Bronnen (Schriftstellerin, Tochter des Literaten Arnolt Bronnen),

Barbara Diestel (Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau)
 Dieter Dorn (Intendant Bayerisches Staatsschauspiel),
 Heinrich Graf von Einsiedel (1994 auf der PDS-Liste in den Bundestag gelangter ehemaliger Vizepräsident von Stalins „Nationalkomitee Freies Deutschland“),
 Norbert Frei (Historiker),
 Klaus Hahnzog (SPD-Abgeordneter),
 Hildegard Hamm-Brücher (Bundesministerin a. D.),
 Thomas Harlan (Schriftsteller; Sohn des Regisseurs Veit Harlan),
 Hannes Heer (verantwortlich für Reemtsmas „Wehrmacht-Ausstellung“),
 Gert Heidenreich (Schriftsteller),
 Marianne Hoppe (Schauspielerin),
 Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (Ex-Bundesjustizministerin),
 Jerzy Montag (MdB, Vorsitzender der Grünen in Bayern),
 Klaus G. Saur (K. G. Saur-Verlag; Sohn von Hitlers letztem Rüstungsminister Karl Otto Saur),
 Engelbert Siebler (Weihbischof),
 Klaus Staeck (Propagandagrafiker),
 Christian Ude (Oberbürgermeister von München),
 Hans Jochen Vogel (Bundesminister a. D., Ex-SPD-Chef),
 Hanna Wolf (SPD-Bundestagsabgeordnete),
 Wolfram Wette (Historiker).

Kurz darauf warteten 100 etablierte Medienschaffende mit einer öffentlichen Verlautbarung titels „Einspruch“ auf. Hier ging es um

»Solidarität mit unserem Kollegen Michel Friedman, den Jürgen W. Möllemann rassistisch angegriffen und verletzt hat«

sowie gegen die von Möllemann bei seiner Israel-Kritik angeblich benutzten „alten antisemitischen Klischees“. Unterzeichnet wurde der „Einspruch“ von den ARD-Maßgeblichen

Hartmann von der Tann,
Siegfried Gottlieb,
Manfred Krupp,
Petra Lidschreiber,
Johannes Unger,
Michael Zeiß,
Elke Hermann.

Außerdem waren u.a. folgende weitere Medienpersönlichkeiten mit ihrer Unterschrift beim „Einspruch gegen Möllemann“ vertreten:

ORB-Intendant Hansjürgen Rosenbauer,
ARD-Hauptstadtstudioleiter Thomas Roth,
Börsenmoderator Frank Lehmann,
Jochen Siemens, Chefredakteur der „Frankfurter Rundschau“,
Josef Joffe, Herausgeber der „Zeit“
Hellmuth Karasek, Mitherausgeber des „Tagesspiegels“,
Hannelore Hoger, Schauspielerinnen,
Eva Demski, Autorin,
Rosa von Praunheim, Filmemacher.

„Gegen Stimmenfang im braunen Sumpf“

»Stimmabgabe zu Gunsten der FDP bei der Bundestagswahl überdenken. Gegen den Stimmenfang der Liberalen im braunen Sumpf.«

So lauteten die Überschriften einer Anti-Möllemann-Publikation zur Bundestagswahl 2002, in der es auftrakt hieß:

»Wir, eine spontan zusammengetretene Initiative besorgter Bürger, darunter auch traditionelle FDP-Freunde, sind bestürzt über die jüngste Entwicklung innerhalb der FDP. Unter der Regie des Jürgen W. Möllemann wird versucht, Stimmen aus dem braunen Sumpf zu gewinnen, indem antiisraelische und anti-jüdische Ressentiments unter dem Deckmantel vermeintlicher Kritik an der israelischen Regierung und deren Ministerpräsident, Ariel Sharon, angesprochen werden. Die Unver-

brämtheit, mit der Möllemann dabei seine bereits bekannte Israelfeindlichkeit zutage treten lässt und gleichzeitig historische Tatsachen des Nahostkonfliktes bewusst ignoriert, stellt alles bisher Dagewesene in den Schatten.«

Zu den Unterzeichnern gehörten u. a.:

Dr. Elio Adler
Wolf-Dieter Adlhoch
Adriana Freifrau von Baillou
Deidre Berger
Dr. Edna Brocke
Chaverim/Freundschaft mit Israel e. V.
Couch Potatoes Fernsehproduktions GmbH
Uta Deichmann
Deutsch-Israelische Gesellschaft Frankfurt/Main
Henry Diamant
Dr. Aaron Eckstaedt
Jan Feddersen
Prof. Dr. Winfried Frey
Rechtsanwalt Norman Nathan Gelbart
Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hochtaunus
Dr. Dieter Graumann
Dr. Elvira Grözingen
HaGalil onLine
Prof. Dr. Klaus Heller
Schlomo Jammer
Dr. Robert Kaffeesieder
Elvira Kaktuss
Susanna Kalb
Tina Klug
Dr. Daniel Korn
O. Kraigher/ Z. Kuhar von der Redaktion-NahostFocus.de
Dr. Hermann Kuhn, Vizepräsident Bremische Bürgerschaft
Gudrun Landgrebe, Schauspielerinnen
Rechtsanwalt Wolff Lehmann-Bodem
Marek Lieberberg
Prof. Andrej S. Markovits
Dr. Peter Meves

Pfarrer Hans-Jürgen Müller
Pfarrerin Christiane Müller
Rechtsanwalt Ron Niklas
Renö Pollak, Zionistische Vereinigung Frank-
furt/Main
Santo Profita
Raoul Wallenberg Loge/B'nai B'rith Berlin

Prof. Dr. Rolf Rendtorff
Rachel Salamander
Bärbel Schäfer, Fernsehmoderatorin
Rachel Singer
Dr. Schimon Staszewski
Prof. Dr. Othmar Vöhringer
Bettina Zoerb

Fünfter Abschnitt

Das Schilumim-Management

Jewish Claims Conference Inc.

Für die Gelder, die man sich von den Deutschen wegen der Verbrechen der Hitlerzeit holt, benutzt die offiziell zionistisch/israelische Seite das alttestamentarische Wort „Schilumim“ (Zahlungen). Man möchte jede Konnotation von Vergeben oder Verzeihen vermeiden, wie es im deutschen Wort „Wiedergutmachung“ mit-schwingt. Symptomatisch dürfte sein, dass der jüdische Leiter des Frankfurter Fritz-Bauer-Instituts Micha Brumlik in seinem Beitrag „Holocaust und Vergangenheitsbewältigung“ für das „Neue Lexikon des Judentums“ den Ausdruck Wiedergutmachung wegwerfend behandelt und als „schönfärberisch“ bezeichnet, der Terminus bei Aleida Assmann/Ute Frevert („Geschichtsvergessenheit, Geschichtsversessenheit“, Stuttgart 1999) als „unerträglich verharmlosend“ erscheint und dass die jüdische Literatin Lea Fleischmann in ihrem Buch „Dies ist nicht mein Land. Eine Jüdin verlässt die Bundesrepublik“ (Hamburg 1980) schrieb:

»Gegen das Wort Wiedergutmachung hätte man sofort gerichtlich Einspruch erheben und verbieten müssen, es im Zusammenhang mit den Judenverfolgungen zu nennen.«

Für die Eintreibung und Abwicklung der deutschen Zahlungen, also für das Schilumim-Management, zeichnet die eigens dafür geschaffene Conference an Jewish Material Claims against Germany Inc., kurz: Jewish Claims Conference (JCC) oder auch nur Claims Conference, verantwortlich. Sie arbeitet seit 1951/52, also mehr als ein halbes Jahrhundert schon und damit fast vier Mal so lange, wie es eigentlich

höchstens vorgesehen war. Marilyn Henry, Verfasserin der offiziellen Geschichte der JCC, schrieb im „Aufbau“ vom 22. August 2002, dass nach ursprünglicher Absicht schon 1965 hätte Schluss sein sollen. Weiter:

»Es war niemals daran gedacht, aus der Claims Conference eine Dauereinrichtung zu machen. Noch in einer Veröffentlichung der JCC zum 20. Jahrestag ihrer Gründung hieß es 1972, dass „die Lebensdauer der Conference von Beginn an als begrenzt vorausbestimmt“ gewesen sei.«



Mahnmale — hier das von Bergen-Belsen — erinnern an das Leid der grauenhaften NS-Judenverfolgung.

Doch was Bundesfinanzminister Fritz Schäffer, der Adenauers Abmachungen der 50er-Jahre mit Israel und der Conference kritisierte, weil sie nicht abschließend waren, vorausgesehen hatte, trat ein: Immer wieder erfolgten „letzte Forderungen“, und, kaum waren sie erfüllt, weitere — nämlich „letztete“ (so ein sarkastisches Wort von Nahum Goldmann). Goldmann, Schöpfer des Schilumim-Systems, wurde allerdings zunehmend unwohl dabei. Vor seinem Tode (er starb 1982) riet er zur Mäßigung, und er empfahl seinen Leuten, zur Abwechslung auch einmal Zeichen und Worte der Dankbarkeit an die Deutschen zu richten.

Auch von sozialdemokratischer Seite ist relativ früh ein Schlussstrich unter das Schilumim-Kapitel gefordert worden. So äußerte SPD-Chef Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von Berlin, 1962:

»Da eine alsbaldige Beendigung der Wiedergutmachung sowohl im Interesse der Bundesrepublik als auch der Bundesländer liegt, habe ich meine zuständigen Kollegen im Senat von Berlin gebeten, sich in ihren Geschäftsbereichen für eine beschleunigte Verabschiedung eines Wiedergutmachungsabschlussgesetzes einzusetzen.«

Das Brandt-Zitat ist der aufschlussreichen Schrift der Jewish Claims Conference „Die Wiedergutmachung am Kreuzweg“ (New York/Frankfurt am Main 1964) entnommen. Allerdings lief unter Brandt als Kanzler, 1969-1974, Schilumim unvermindert weiter, und das System erfuhr sogar Aufblähungen.

Ein Ende ist auch heute, noch einmal drei Jahrzehnte später, nicht in Sicht. Geirrt hat sich damit wohl auch der jüdische Historiker Prof. Dr. Julius H. Schoeps, der in seinem Buch von 1986 „Über Juden und Deutsche“ einem Kapitel die Überschrift gab

»Wiedergutmachung von NS-Verbrechen. Ein historisches Werk vor seinem Abschluss«

und darin ausführte:

»Die materielle Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts ist ein Vorgang, der nahezu abgeschlossen ist.«

„Das kann man nicht zweimal verlangen“

In den frühen 90er-Jahren ist Schilumim beispielsweise um die Eintreibung von Forderungen an die Deutschen der Ex-DDR erweitert worden. Man machte geltend, dass die Regierenden in Ostberlin zuvor stets jüdisch-israelische Wiedergutmachungsverlangen abgelehnt hätten. Das trifft zu. Andererseits berichtete Nahum Goldmann in seinem Buch von 1978 „Das jüdische Paradox. Zionismus und Judentum nach Hitler“:

»So konnte ich eines Tages zu Adenauer sagen: „Sie erheben den Alleinvertretungsanspruch für ganz Deutschland und erkennen die DDR nicht an. Dann seien Sie auch konsequent und zahlen für sie!“ Nach mehrmonatigen Verhandlungen willigte er ein, und so bekommt heute ein aus Leipzig stammender Jude dieselbe Rente wie einer aus Frankfurt am Main.«

Somit hätten die Juden, fuhr Goldmann fort, ihr Hauptargument verloren, von der DDR individuelle Wiedergutmachung zu fordern. Was den verstaatlichten jüdischen Besitz auf DDR-Gebiet betreffe, so müsse man zugeben, dass die Erträge von Staats wegen den dortigen jüdischen Gemeinden für ein „zufriedenstellendes Budget“ gegeben würden. Zusammenfassend hielt der eigentliche Baumeister des Schilumim-Netzwerkes fest:

»Natürlich hat die Bundesrepublik für die DDR mitbezahlt. Für die Menschen in Leipzig hat sie ebenso bezahlt wie für die Menschen in Frankfurt am Main. Das kann man nicht zweimal verlangen.«



Dr. Nahum Goldman als Chef des Jüdischen Weltkongresses. Links von ihm: Jitzhak Rabin, der nachmalige Friedensnobelpreisträger, Attentatsopfer 1995.

Kann man doch, wie die Schilumim-Zusatzforderungen nach der Wiedervereinigung 1990 gezeigt haben. Was Goldman allerdings todeshalber nicht mehr erleben musste.

In den 90er-Jahren geriet auch Österreich ins Schilumim-Netz der JCC. Parlament und Regierung in Wien hatten zwar unter Hitler verfolgten Juden großzügig Altersruhe- und Opferentschädigungsgelder bewilligt, sich aber stets zionistisch-israelischen Forderungen verweigert. Einzig war es zur Einrichtung eines Fonds im Werte von knapp sieben Millionen Dollar gekommen

»für die Zahlung von Entschädigung an Opfer der NS-Verfolgung aufgrund von Religion und Rasse«,

den aber Österreich nicht allein schultern musste, sondern der anteilig auch von der Bundesrepublik Deutschland getragen wurde.

Wie bereits angedeutet, sollte man nicht vergessen, dass die Österreicher durchaus nicht taub waren für die Wiedergutmachungsbegehren jüdischer Hitlerverfolgter. Am 20. November 1994 las man in der Wiener „Kronenzeitung“

folgenden Text, den der österreichische Botschafter in Israel, Dr. Herbert Kroll, ein Vierteljahr zuvor an das Außenministerium in Wien gesandt hatte:

»In Summe waren die zahlreichen Maßnahmen Österreichs zugunsten abstammungsmäßig Verfolgter seit 1945 wesentlich eindrucksvoller, als es die Medien stets darstellen: So leben in Israel derzeit 5004 Empfänger österreichischer Pensionen, deren Anspruchsberechtigung und Anrechnungszeitraum zum ganz überwiegenden Teil in der Sondergesetzgebung für abstammungsmäßig Verfolgte begründet ist. Im Jahr 1993 sind von Österreich nach Israel ca. 1,6 Milliarden Schilling an Pensions- und Opferfürsorge-Leistungen überwiesen worden. Für abstammungsmäßig Verfolgte in der ganzen Welt leistete Österreich etwa sechsmal so viel: weltweit wurden 1993 ca. 8 Milliarden Schilling an ca. 30 000 abstammungsmäßig Verfolgte bzw. deren Ehegatten überwiesen. Derartige Leistungen an abstammungsmäßig Verfolgte werden seit Jahrzehnten erbracht,

betragen insgesamt 200 bis 300 Milliarden Schilling und laufen in Milliardenhöhe pro Jahr.«

Am 19. Dezember 1962 unterzeichnete JCC-Chef Nahum Goldmann eine Erklärung, in der sich die Conference verpflichtete, keine weiteren Ansprüche an Österreich zu stellen. Die israelische Schilumim-Expertin Prof. Nana Sagi berichtet in ihrem Wiedergutmachungsbuch:

»Als dann in den siebziger Jahren der Weltverband der NS-Opfer und der Weltverband österreichischer Auswanderer zusätzliche Ansprüche gegen Österreich erhoben, antwortete Kanzler Kreisky, der sich auf Goldmanns Verzichtserklärung stützte, mit einem entschiedenen Nein.«

Nach dem Abtritt des herkunftsjüdischen Bruno Kreisky als Bundeskanzler in Wien, 1983, wurde Österreich dann doch peu à peu weich gekocht. Und die Claims Conference reaktivierte ihren Österreich-Zweig, Committee for Jewish Claims on Austria (CJCA), der allerdings fest ans große Schilumim-Reich angeschlossen blieb: JCC-Chef Rabbi Israel Miller fungierte in Personalunion auch als Präsident von CJCA.

Wichtige Stationen auf dem Weg zu Schilumim aus der Alpenrepublik waren die Entsetzensausbrüche nach Wahlentscheidungen der österreichischen Bevölkerung: Die massiven Kampagnen gegen den zum Bundespräsidenten gewählten Waldheim zum einen, jüdischerseits organisiert von Israel Singer, dem Weltkongress- und JCC-Führungsfunktionär, und die Empörung über die Erfolge der Haider-FPÖ zum anderen, wobei insbesondere der Präsident des Bundes der Israelitischen Kultusgemeinden in Österreich, Ariel Muzicant (geb. 1952 in Haifa, 1956 mit den Eltern nach Wien gekommen), der Alpenrepublik den Marsch blies. Immobilienboss Muzicant ist auch Chef der Wiener Zwi-Perez-Chajes-Loge des weltumspannenden jüdischen B'nai B'rith-Geheimordens, welcher

wiederum zur Jewish Claims Conference gehört.

Auch Albert Sternfeld, jüdischer Autor des Schilumim-Buches „Betrifft Österreich: Von Österreich betroffen“, hat den Nexus zwischen Wiedergutmachung aus Österreich und „Waldheim-Affäre“ bestätigt. In einem Interview mit dem „Aufbau“ (New York), Ausgabe vom 29. März 1996, sagte er:

»Ich darf erinnern: Die Claims Conference Deutschland hatte große Verdienste. Das Anhängsel, Claims Committee Österreich, hat mit Unterschrift Goldmanns im Dezember 1962 für uns verzichtet. Dann war Pause, man wurde erst 1986 — Waldheim — wieder aktiv.«

Verdammt in alle Ewigkeit?

»Wir verhandeln ständig weiter, um den Kreis der Unterstützungsberechtigten zu erweitern«,

sagte Claims-Conference-Generalsekretär Gideon Taylor in einem Interview mit dem zionistischen „Aufbau“ vom 22. Januar 1999, gewissermaßen den Schilumim-Aufbruch ins nächste Jahrtausend ankündigend. Auch werden ständig neue Abteilungen zum Durchsetzen und Einkassieren von Zusatzforderungen gebildet wie etwa die „International Commission on Holocaust Era Insurance Claims“ (ICHEIC), bei der es um das Eintreiben mehrerer Hundert Millionen Euro von deutschen Versicherungsunternehmen gegangen ist und an deren Spitze Lawrence Eagleburger, zuvor Mitglied der US-Regierung, agierte.

Als das Schilumim-Management 2002 wieder einmal „einen Etappensieg“ vermelden konnte (das deutsche Bundesfinanzministerium verlieh, mit Wiedergutmachungskonsequenz, fünfzig weiteren Arbeitslagern — sie hatten sich zur Kriegszeit in Rumänien, Ungarn, der Slowakei, Serbien, Kroatien, der Tschechei befunden, ei-

nige auch in Afrika, nämlich Italienisch-Libyen — den Status der „Konzentrationslagerähnlichkeit“), schrieb der „Aufbau“ am 21. März jenes Jahres:

»Für die Claims Conference hat mit der Erweiterung der Lagerliste eine neue Arbeitsphase begonnen, bei der laut Karl Brozik von Neuseeland bis Alaska über Anspruchsforderungen informiert werden müsse.«

In diesem Artikel des „Aufbaus“ wurde ferner betont, dass es bei der Spürarbeit in Sachen Schilumim

»immer wieder Entdeckungen größerer oder kleiner Art geben wird.«

Die Schlagzeile lautete:

»Noch lange nicht zufrieden.«

Sollte also der jüdische Literat Maxim Biller zutreffend menetekelt haben, als er am 23. August 1999 in der „Süddeutschen Zeitung“ schrieb:

»Mit dem Holocaust kam ein Fluch über die Deutschen. Denn der Holocaust ist ein verdammt großer schwarzer Schatten, der sie bis in die Ewigkeit auf Schritt und Tritt verfolgen wird, so wie Schatten es nun mal an sich haben.«?

Wenig später äußerte Rabbi Israel Singer vom Jewish World Congress und der Jewish Claims Conference (er bekräftigte die Aussage 2002):

»Einen Schlussstrich kann und darf es niemals geben. Deutschland wird für immer die Verantwortung für die Verbrechen der Nazis zu tragen haben. Deutschland hat eine bleibende Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk und dem Staat Israel. Historische und moralische Verantwortung werden nie verlöschen. Niemals.«

Am 23. April 2001 veröffentlichte das „Hamburger Abendblatt“ eine Einlassung der Justizsenatorin der Hansestadt Lore Maria Peschel-Gutzeit „gegen die Schlussstrich-Mentalität“. Frisch aus Israel zurück, wo sie an einer Kon-

ferenz zum Thema „40 Jahre Eichmann in Jerusalem“ teilgenommen hatte, schrieb sie:

»Unter dieses dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte, als aus unserem Volk, einstmals ein Volk der „Dichter und Denker“, ein Volk der „Richter und Henker“ wurde, darf niemals ein Schlussstrich gezogen werden! Hier besteht unsere fortwährende historische Verantwortung, die wir an die nachfolgenden Generationen weitergeben müssen.«

Und bei allem Respekt vor der mnemotechnischen Leistung der Jerusalemer Opfer- und Heldengedenkstätte (so die offizielle Titulatur) Jad Vaschem erscheint es doch unverhältnismäßig, wenn deren Direktor Avner Shalev fordert:

»Ich halte es jedenfalls für notwendig, die Erinnerung an den Holocaust zu kanonisieren. Ich denke, dass dies für Deutschland und die deutsche Gesellschaft sogar noch wichtiger ist als für uns«,

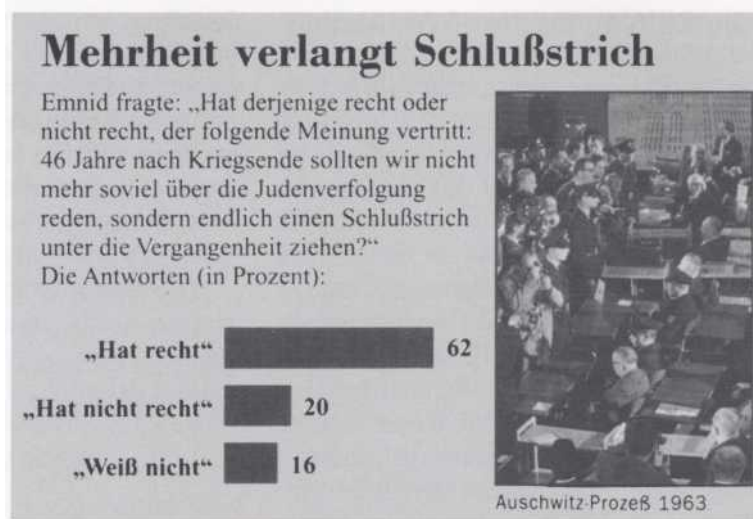
wie er es in einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ (3. Mai 2000) getan hat. Immerhin bedeutet kanonisieren „heilig sprechen, ins Heiligenverzeichnis, den Kanon, aufnehmen“.

„Zwölf Jahre nicht ewiger Maßstab“

Da wecken versöhnlichere Worte bei der Mehrzahl der Deutschen gewiss wesentlich angenehmere Gefühle für die Juden. Beispielsweise jene des Ehrenpräsidenten des American Jewish Committee, Theodore Ellenoff, der bei seiner Rede „Patriotismus und das ‚Global Village‘“, Messe Frankfurt/Main, 20. Oktober 1993, sagte:

»Wenn eine ganze Nation positive Grundeempfindungen gegenüber dem eigenen Land verdrängt, kann dies abträgliche Folgen haben wie bei einem Individuum. Eine solche Nation wird sich selbst und für die interna-

Aus „Spiegel-Spezial“ („Juden und Deutsche“), 1992. Seither hat sich der von den Demoskopern ermittelte Trend noch verstärkt, insbesondere in der deutschen Jugend.



tionale Gesellschaft zum Problem. Die jungen Deutschen tragen Verantwortung angesichts ihrer Geschichte, und sie sind zugleich verpflichtet, dieser Geschichte jene Traditionen zu entnehmen, die es ihnen erlauben, unbefangen und mit Stolz zu sagen: Ich bin ein Deutscher!«

Oder man denke an Professor Dr. Herbert Weichmann, den langjährigen sozialdemokratischen Bürgermeister von Hamburg, der als herkunftsjüdischer Sozialdemokrat vor Hitler emigriert war. In einer Rede im Rathaus der Hansestadt am 17. September 1965 führte er aus:

»Auch zwölf Jahre eines verbrecherischen Regimes dürfen nicht zum ewigen Maßstab eines Volkes werden. Wunden der Vergangenheit sollen nicht ewig bluten. Die Zeit geht weiter.«

In seiner Ansprache zur Einweihung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme am 7. November 1965 äußerte Weichmann:

»Uns, die wir überlebt haben, bleibt die Lehre, wenn wir in dem Leben, das weitergeht, einen Platz finden wollen, nicht ewig zu hasen, nicht ewig zurückzublicken und uns da -

durch selbst zum Gefangenen unserer Vergangenheit zu machen.«

Auch Theodor Wolff, der überragende deutsch-jüdische Publizist, nach dem der bekannteste bundesrepublikanische Journalistenpreis benannt ist, ließ sich nicht auf die Leimrute der Kollektivverfluchung locken. Er schrieb mitten im Krieg (siehe: Bernd Söseemann, Hg., „Theodor Wolff. Ein Dokument aus dem Exil 1942/43“, Königstein/Taunus 1984):

»Es ist absolut unwahrscheinlich, dass in Deutschland und in anderen Ländern jener sehr erhebliche Teil der Bevölkerung, der immer freundlich und ohne sichtbare Feindseligkeit mit den Juden zusammenlebte, die Rohheiten der Marterung und des Mordes, die Schamlosigkeit der Ausplünderung, die Eingebungen des Rassenhasses und die Erfindungen der Rassengesetzgebung gewünscht oder gebilligt hat.«

Gerade in diesem Zusammenhang ist vielleicht für Deutsche wie Juden eine alttestamentarische Weisheit (Spr. Salom., 21,8) erinnerungswürdig:

»Wer mit Schuld beladen ist, geht krumme Wege.«

Die Stiftung für die 10 Milliarden

Der im vorhin zitierten „Aufbau“-Artikel erwähnte Karl Brozik (Jahrgang 1926, geboren in Böhmen, zur Kriegszeit Zwangsarbeiter im Lager Auschwitz, ab 5. Mai 1945 in Prag, bis 1959 im Außenhandelsministerium der CSSR tätig gewesen, „wegen jüdischer Herkunft ausgeschieden“, 1969 nach Westdeutschland gekommen) tritt seit 1987 als Repräsentant der Claims Conference in der Bundesrepublik auf, die ihren Sitz als GmbH in Frankfurt am Main hat. Ihm assistiert Stephan J. Kramer, zugleich Geschäftsführer des Zentralrats der Juden in Deutschland. Laut internem Geschäftsverteilungsplan des Zentralratspräsidiums sind gleich zwei der neun Mitglieder für Fragen der Claims Conference zuständig, Charlotte Knobloch und Salomon Korn, was für die Bedeutung des Komplexes spricht.

In einem Interview Broziks mit der „Berliner Zeitung“ vom 1. April 2000 ging es auch um die Zahl der nach fünfeinhalb Jahrzehnten noch lebenden Überlebenden des Holocaust, als deren Sachwalter sich die JCC ja bezeichnet (heißt es doch in der JCC-Eigenwerbung:

»More than 50 Years Service to Holocaust-Survivors.«)

Laut Brozik hat die Claims Conference entsprechende Berechnungen angestellt und

»kommt dabei auf noch heute 800 000 jüdische Überlebende«.

Und in einem „Jungte World“-Gespräch vom 21. Februar 2001 sagte der JCC-Repräsentant in Deutschland:

»Die Claims Conference hat nur einen Bruchteil von dem zurückgefordert, was von den Nationalsozialisten angerichtet wurde.«

Karl Brozik vertritt die JCC auch im Kuratorium der 2000 gegründeten, für die Verteilung der 10 Milliarden aus dem so genannten Zwangsarbeiterfonds zuständigen Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“. (Mit der

Auszahlung an Juden ist ebenfalls die JCC beauftragt.) Vorsitzender des Kuratoriums der Bundesstiftung ist Dr. Dieter Kastrup, enger Vertrauter von Kanzler Gerhard Schröder. Vertreter etablierter Parteien,

- Bernd Reuter von der SPD,
 - Volker Beck von den Grünen,
 - Wolfgang Bosbach für die CDU/CSU,
 - Max Stadler von der FDP,
 - Dieter Wiefelspütz von der SPD,
- sowie des Managements der Großunternehmen
- Daimler Chrysler,
 - Allianz,
 - Deutsche Bank,
 - Siemens

findet man auch in der Kuratoriumsrunde. Zwei dieser Konzerne weisen ein besonders starkes Israel-Engagement auf. Über sie, Daimler-Chrysler und Siemens, hieß es in den „Israel Nachrichten“ vom 25. Februar 2000:

»Der Stuttgarter Automobilhersteller ist schon seit 1994 mit insgesamt 15 Milliarden Dollar an israelischen Firmen über einen Fonds beteiligt. In dessen Portfolio befinden sich inzwischen 15 israelische High-Tech-Schmieden ... Siemens ist bisher an mehr als 50 Start-ups mit durchschnittlich 10 Prozent beteiligt. Zudem unterhält der Münchner Konzern gute Beziehungen zum Forschungszentrum Yissum an der Hebräischen Universität in Jerusalem, dem Weizmann-Institut in Rehovot und dem Technion in Haifa.«

Und am 5. Februar 1999 hatte das Zionistenblatt aus Tel Aviv geschrieben:

»Der Siemens-Konzern ist schon seit der Mandatszeit in Israel tätig und hat dort seit 1994 ein offizielles Vertretungsbüro, das die „Siemens Israel“ gegründet hat, von Hermann Kölle geleitet. Siemens ist derzeit an sechs israelischen Firmen beteiligt, an vier von diesen als Hauptaktionär und an Ornet (jetzt „Siemens Data Communication“) sogar

zu 100 Prozent. Benjamin Navon, der frühere israelische Botschafter in Bonn, ist der Repräsentant von Daimler-Benz. Dieser Konzern erwarb für die deutsche Luftwaffe eine Entwicklung elektronischer Kampfsysteme zur Störung feindlicher Radaranlagen im Werte von 150 Millionen Dollar von der israelischen Elta Electronics Ltd., einer Tochtergesellschaft der Israel Aircraft Industries.«

Seit Mitte 1999 übrigens ist Godel Rosenberg Chefrepräsentant von DaimlerChrysler in Israel. Zuvor war er als Vorstandsmitglied der Israelitischen Kultusgemeinde München und CSU-Presseprecher in Erscheinung getreten.

„Keiner von uns hält 10 Milliarden für ausreichend“

Die USA, Polen, Russland, die Ukraine, Weißrussland und die Tschechische Republik sind durch amtliche Vertreter mit von der Partie beim Kuratorium der Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“. Der Staat Israel sitzt in Gestalt von Meron Hacohen direkt am Tisch der Milliardenverteiler. Für die so genannten Klägeranwälte, die mit der Androhung ruinöser Sammelklagen deutschen Unternehmen „die Folterwerkzeuge gezeigt“ hatten (Nachrichtenmagazin „Focus“), spricht dort Burt Neuborne aus den Vereinigten Staaten von Amerika.

Auch ein Verein namens „Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte“ entsendet einen Repräsentanten ins Kuratorium der Bundesstiftung — und zwar seinen Geschäftsführer Lothar Evers. Dieser war als Mitglied der tschechischen (!) Delegation an den Verhandlungen um die Fonds-Milliarden beteiligt gewesen. 2000 erhielt sein auch von der öffentlichen bundesrepublikanischen Hand bedienter Verein den „Demokratiepreis der Blätter für deutsche und internationale Politik“. Micha Brumlik vom Fritz-Bauer-Institut und die ehemalige linkslibe-

rale Bundesministerin Hildegard Hamm-Brücher, die sich seit Jahr und Tag für israelische Interessen geradezu zerreißt, waren die Lobredner. (Als Daniel J. Goldhagen diesen Preis drei Jahre zuvor überreicht bekam, traten Jürgen Habermas und Jan Philipp Reemtsma als Laudatoren auf.) In seinen Dankesworten führte Evers aus:

»Zehn Milliarden Mark wollen die öffentlichen Hände und der Stifterverband der deutschen Wirtschaft aufbringen, um einen materiellen Schlusstrich unter die Beteiligung deutscher Unternehmen an den Verbrechen des Nationalsozialismus zu ziehen. Keiner von uns hätte im März 1997 geglaubt, dass eine solche Summe zu erkämpfen wäre. Keiner von uns hält diesen Betrag für ausreichend.«

Folgende Vereinigungen sind Mitglieder des 1992 gegründeten „Bundesverbandes Information und Beratung für NS-Verfolgte“:

- Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste,
- Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten,
- Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland,
- Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten,
- Conference an Jewish Material Claims Against Germany (die Claims Conference also),
- Die Grünen im Landschaftsverband Westfalen-Lippe,
- Interessengemeinschaft ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand,
- Landesverband Jüdischer Gemeinden Nordrhein,
- Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Westfalen,
- Lesben- und Schwulenverband in Deutschland,
- Organisation der Zwangsarbeiter unter Naziherrschaft (Israel),

- Pax Christi (Deutsche Sektion),
- Section du Camp de Concentration de Mauthausen (Belgrad),
- Synagogengemeinde Köln,
- Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes/Bund der Antifaschisten,
- Weiße-Rose-Stiftung.

Schilumim auf Umwegen

Wie bereits im ersten Abschnitt dieses Buches dargelegt (als weiterführende Literatur zu empfehlen: Doehring/Fehn/Hockerts, „Jahrhundertschuld, Jahrhundertsühne. Reparationen, Wiedergutmachung, Entschädigung“, München 2001), hat Bundestagspräsident Wolfgang Thierse für den Zeitraum bis Ende der 90er-Jahre nicht weniger als 103 Milliarden Mark — in aktueller Kaufkraft, also real, mehr als das Doppelte — an Wiedergutmachungszahlungen bilanziert.

Wobei eine Fülle an indirekten Schilumim noch hinzukommt. Um nur einige Beispiele zu nennen:

Milliardenkosten durch Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion gemäß Kohl-Galinski-Abkommen von 1990,

Wiedergutmachung der Bundesrepublik an zahlreiche weitere Staaten (die Bandbreite der Zahlungen reicht von einigen Millionen bis zu mehreren Milliarden), an der auch Juden partizipieren,

Waffengeschenke an Israel im Werte von ungezählten Milliarden,

Entwicklungshilfe; pro Kopf der Bevölkerung gerechnet ist Israel der mit weitem Abstand am reichlichsten bediente Empfänger solcher bundesdeutscher Zahlungen an „Dritt-weltländer“, zu denen der jüdische Staat gezählt wird, obwohl er die gängigen Kriterien gar nicht erfüllt,

- „Know-How-Hilfe“ und großzügigste finanzielle Förderung für israelische Universitäten, Institute und sonstige Forschungsstätten.

Zum zuletzt erwähnten Punkt teilten die „Israel Nachrichten“ am 18. Juni 1999 mit, dass

»Deutschland nach den USA auf dem Gebiet der Forschung Israels engster Partner ist. Was vor 40 Jahren gewissermaßen als ein Stück Wiedergutmachung begann, ist längst zu einer deutsch-israelischen Freundschaft in der Wissenschaft geworden.«

Auch via Rentenrecht wurden allerhand neue Wege für Schilumim beschritten. Zu den wenigen Veröffentlichungen, die sich damit beschäftigen, gehörte ein Aufsatz in der Zeitschrift der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA), Dezember 1983, in dem es hieß:

»Nach dem deutsch-israelischen Sozialversicherungsabkommen können heute israelische Staatsbürger, ohne jemals der deutschen Sozialversicherung als Pflichtversicherte angehört zu haben, durch Entrichtung eines einzigen freiwilligen Beitrages im Ausland zurückgelegte Ausbildungszeiten als Ausfallzeiten in der deutschen Rentenversicherung angerechnet erhalten ... Das hat dazu geführt, dass bei der BfA rund 37 000 Anträge auf Nachentrichtung eingegangen sind und weitere 5600 bei der zuständigen LVA Rhein-provinz.«

Vorgenannte Fakten sind der breiten Öffentlichkeit allenfalls in schütterten Ansätzen bekannt. Vorherrschend ist in etablierten Medien die Behauptung, es habe viel zu spät und viel zu wenig Wiedergutmachung gegeben. So lautet auch eine gängige Darstellung in deutschen Schulbüchern. Den Vogel schießt das 2001/2002 im Berliner Verlag „Volk und Wissen“ erschienene Unterrichtswerk „Geschichte Plus“ für die neunten Klassen ab, das über die materielle Wiedergutmachung für Hitler'sche Holocaustverbrechen schreibt:

»Die wenigen überlebenden Opfer wurden erst 55 Jahre nach Kriegsende entschädigt.«

Besatzergesetz MG 59

Dabei gab es Schilumim schon vor Gründung des westdeutschen Staates im Jahre 1949, was in Thierses Berechnung ebenfalls nicht berücksichtigt ist.

Hier geht es nicht allein um die „Entnahmen“ aus dem besetzten Deutschland für Unterbringung und Versorgung Hunderttausender DP-Juden. Darüber hinaus wurde im November 1947 auf Drängen jüdischer Organisationen eine erste Regelung zum Wiedergutmachungskomplex vom Militärregime in der amerikanischen Besatzungszone erlassen, das „Rückerstattungsgesetz“ (U. S. Military Government Law No. 59). Es bestimmte: Wer in den Besitz eines unter Verfolgungsdruck weggegebenen oder weggenommenen Vermögens gelangt war, musste es nun herausrücken oder Schadensersatz in Geld leisten. Konnten sich jüdische Anspruchsteller nicht einigen, entschied das Oberste Rückerstattungsgericht in der amerikanischen Zone (Restitution Appeals Court), das weit überwiegend mit Juden besetzt war.

Für das Management von MG 59, wie die Kurzbezeichnung des Besatzer-Ukas lautete, war eine jüdische Treuhandgesellschaft mit Zentrale in New York und einem Netz von Eintreibungsfilialen in Westdeutschland zuständig, die Jewish Restitution Successor Organisation (JRSO). Sie nahm ihre Arbeit im Sommer 1948 auf und sollte auch

»Werte nicht mehr lebender Juden zugunsten jüdischer Überlebender verwalten.«

In der Führung der JRSO mit ihren rund 300 hauptamtlichen Mitarbeitern saß Saul Kagan. Er fungierte später — und dies siebenundvierzig Jahre lang — als Generalsekretär der Claims Conference. Gegen Ende seiner Karriere, in den 90er-Jahren, half der Veteran des Schilumim-

Managements noch eifrig, Wiedergutmachungsgelder aus der Ex-DDR und Österreich herauszuschlagen.

Über die Folgen des MG 59 berichtete der „Aufbau“ am 19. März 1999:

»Ende 1948 hatte die JRSO 163 000 Anträge eingereicht ... Die eingenommenen Gelder wurden zur Finanzierung der Übersiedlung von Displaced Persons nach Israel und zum Bau von Notheimen und ähnlichen Zwecken benutzt.«

Zum JRSO-Netzwerk gehörten Unterabteilungen wie die Jewish Cultural Reconstruction Corporation (JCR) mit Sitz in Offenbach. Sie wurde geleitet vom Professor für jüdische Geschichte an der New Yorker Columbia-Universität, Salo Wittmayer Baron (die berühmte Hannah Arendt gehörte zu seinen Mitarbeitern), und hatte den Auftrag, „nach geraubtem Kulturgut zu fahnden“. Auf diese Weise gefundene Objekte wurden an jüdische Institutionen weltweit verteilt.

Wie hoch der Wert der Eintreibungen gewesen ist, die auch noch in den ersten Jahren nach Gründung der Bundesrepublik von alliierten Instanzen fortgesetzt wurden, lässt sich kaum annähernd schätzen. Nur wenig wurde publiziert (am interessantesten: Carl Walter Schwarz, „Rückerstattung nach den Gesetzen der Alliierten Mächte“, München 1974). Die meisten Akten sind noch unter Verschluss. Das gilt auch für die detaillierten Berichte über die Arbeit der in der britischen Besatzungszone mit gleicher Zielrichtung wie die JRSO gebildete Jewish Trust Corporation (JTC) und die Branche FranGaise, die in der französischen Zone einschließlich Saargebiet entsprechende Beitreibungen vornahm.

Sehr zurückhaltend hat sich der Zeitgeschichtler Professor Dr. Hans Günter Hockerts ans Taxieren „der quantitativen Seite dieses Vorgangs“, der in hauptsächlich vorbundesrepublikanischer

Zeit ablief, gewagt. In „Jahrhundertschuld, Jahrhundertsühne“ schreibt er:

»Schätzungsweise haben einhunderttausend Privatpersonen ein Wertvolumen von 3,5 Milliarden DM herausgegeben, das zumeist Grundbesitz, aber auch Unternehmen oder Beteiligung an Unternehmen betraf. Auf heutige Preisverhältnisse hochgerechnet, ergibt das rund 10 Milliarden DM.«

„Nahezu terra incognita“ (Hockerts) ist die Abwicklung der alle vier Zonen und Berlin übergreifenden Kontrollratsdirektive Nr. 50 der Alliierten vom April 1947 zur Rückerstattung von „Organisationsvermögen“. Mit dieser Direktive gelangte beispielsweise der DGB an das beträchtliche Vermögen der Deutschen Arbeitsfront (bei deren Gründung 1933 war der DGB-Vorläufer ADGB praktisch pleite) und kam es zur Rückerstattung auch jüdischen Organisationsvermögens in unbekannter Größenordnung.

Über die Abwicklung der Rückerstattung jüdischen Gemeindevermögens berichtet der Historiker Michael Brenner von der zionistischen Brandeis-Universität in den USA, dass es in vielen Fällen eine Aufteilung der Werte zwischen JRSO und den wieder erstandenen Gemeinden gegeben habe:

»In Berlin etwa erhielt die JRSO neben dem gesamten Stiftungsvermögen 60 % des früheren Gemeindevermögens, während der Gemeinde 40 Prozent zugesprochen wurden. In Stuttgart konnte die Gemeinde 65 % des ehemaligen Gemeindevermögens erhalten, in Wiesbaden dagegen nur 10 Prozent.«

Die Alliierten rückten nichts raus

Bleibt noch anzumerken, dass parallel dazu in der Nachkriegszeit in Deutschland einer der größten Beutezüge von Siegern in der Welt-

geschichte stattfand. Die Alliierten — gleichermaßen im Westen wie im Osten — schlepten Wertgegenstände ungeheuren Ausmaßes aus dem niedergezwungenen Reich hinweg: Edelmetalle und Schmuck, wissenschaftliche Formeln und Patente, Museumsstücke und ganze Kunstschatze. Das Raubgut stammte aus privaten Beständen ebenso wie aus staatlichem Besitz. Umgerechnet wenigstens 500 Milliarden Euro, wahrscheinlich sogar ein Mehrfaches davon, ging Deutschland und den Deutschen durch den Beutezug alliierter Besatzer, die auf eigene Faust oder im Auftrage ihrer Regierungen handelten, verloren. (Viele Einzelheiten hierzu in: Gerhard Frey, Hg., „Deutschlands Ausplünderung“, München 1993.)

Von der gewaltsamen Abtrennung ganzer Provinzen, die mit ihren Gütern und Bodenschätzen den Deutschen genommen wurden, gar nicht erst zu reden. Und noch einmal hinzu kam die Zwangsarbeit, die Deutsche für die Sieger verrichten mussten. Die Wissenschaftliche Kommission der Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte hat geschätzt, dass von den deutschen Zwangsarbeitern allein in der Sowjetunion mindestens 10 Milliarden Arbeitsstunden geleistet wurden; Paul Carell/Günter Bödcker („Die Kriegsgefangenen“, Frankfurt/Main 1980) setzen doppelt so hoch an: „20 Milliarden Arbeitsstunden.“ Das entspricht viereinhalb Jahren Arbeit der gesamten Belegschaften des wichtigsten Industrielandes der Bundesrepublik, Nordrhein-Westfalen.

Auf den Gedanken, jüdische Schilumim-Begehren aus Hab und Gut, Land und Leistungen zu befriedigen, die sie den Deutschen nach Kriegsende abzwangen, sind die alliierten Siegermächte offenbar nie gekommen. Wie selbstverständlich haben die deutschen Herrschenden in Bonn bzw. Berlin dieses auch nie und nirgends aufs Tapet gebracht.

Es begann im Waldorf-Astoria

Im Dezember 1949 liefen die im Besatzergesetz MG 59 vorgesehenen Fristen für die jüdische JRSO aus. Umgehend riss einer der bedeutendsten Zionistenführer seit Gründung der Bewegung, der bereits mehrfach in diesem Buch erwähnte Dr. Nahum Goldmann, die Initiative an sich. Damals schon maßgeblich in der Zionistischen Weltorganisation (von 1956 bis 1968 deren Präsident, von 1953 bis 1978 darüber hinaus Chef des Jüdischen Weltkongresses, von 1954 bis 1959 zudem Oberhaupt des von ihm initiierten Dachverbandes jüdischer Organisationen in den USA, der „Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations“), begann er mit den Vorbereitungen zur Gründung eines weltgeschichtlich einzigartigen Netzwerkes, eben der Claims Conference Inc., deren erster Präsident er denn auch wurde.

Als Grundlagen für die jüdisch-israelischen Geldforderungen an die Deutschen dienten ihm (und dem Staate Israel) die bereits im zweiten Abschnitt dieses Buches dargestellte zionistische Doktrin von Siegfried Moses und Genossen von wegen „Kriegszustand mit Deutschland seit 1933“, weiter die schon aus der Anfangszeit des Zweiten Weltkrieges, Oktober 1939, stammenden Reparationspläne vom Kreis um Schalom Adler-Rudel (einst Generalsekretär der Reichsvereinigung der deutschen Juden, später Chef der Abteilung „Internationale Beziehungen“ der Jewish Agency) und die Schilumim-Vorarbeiten der Gebrüder Robinson, denen Goldmann das größte Gewicht beimaß. In seinem Werk „Das jüdische Paradox“ schrieb er:

„Während des Krieges hatte der Jüdische Weltkongress in New York ein Institut für Jüdische Angelegenheiten geschaffen. Seine Leiter waren zwei bedeutende litauische Juden, Jacob und Nehemiah Robinson. Nach ihren Plänen wurden zwei absolut revolutio-

näre Ideen entwickelt: Das Nürnberger Gericht und die deutsche Wiedergutmachung.« Nehemiah Robinson übrigens hatte in seinem 1944 in New York erschienenen Buch „Indemnification and Reparation — Jewish Aspects“ den Wert des „von den Nazis beschlagnahmten jüdischen Vermögens in Europa“ mit zwei Milliarden Dollar angegeben.

Im Oktober 1951 trafen sich auf Goldmanns Initiative im Luxushotel Waldorf Astoria, New York-Manhattan (später auch Schauplatz erster Kontakte zwischen Adenauer und Ben-Gurion), die Vertreter der 23 größten jüdischen Organisationen der Welt mit Repräsentanten Israels, an deren Spitze Außenminister Mosche Scharett, zur Gründung der Conference an Jewish Material Claims against Germany.

Ein Wort noch zu Scharett: Er amtierte von 1953 bis 1955 als Premierminister und war ein ehrenwerter, friedensgeneigter Mann. Mit sei-



Mosche Scharett

nem Versuch eines anständigen jüdisch-arabischen Ausgleichs scheiterte er an Hardlinern. Seine unter dem Titel „Israels heiliger Terror“ von Livia Rokach veröffentlichten Tagebücher sind ein erschütterndes Zeugnis fehlgeschlagener Friedensbemühungen.

Die Führung des Schilumim-Managements

Heute gehören dem weltumspannenden Netzwerk der Claims Conference folgende Vereinigungen an:

- Agudath Israel World Organization
- Alliance Israelite Universelle
- American Gathering of Jewish Holocaust Survivors
- American Jewish Committee
- American Jewish Congress
- American Jewish Joint Distribution Committee
- American Zionist Movement
- Anglo-Jewish Association
- B'nai B'rith International
- Board of Deputies of British Jews
- Canadian Jewish Congress
- Centre of Organizations of Holocaust Survivors in Israel
- Conseil Representatif des Institutions Juives en France
- Council of Jews from Germany
- Delegacion de Asociaciones Israelitas Argentinas
- European Council of Jewish Communities/ European Jewish Congress
- Executive Council of Australian Jewry
- Jewish Labor Committee
- South African Jewish Board of Deputies
- World Jewish Congress
- World Jewish Relief
- World Union for Progressive Judaism
- Zentralrat der Juden in Deutschland.

Den Chef der Claims Conference GmbH in Deutschland, Karl Brozik, hat man vorhin schon kennenlernen können. Saul Kagan, über Jahrzehnte oberster Manager des Schilumim-Betriebes, ist ebenfalls bereits vorgestellt worden. Die gegenwärtigen „Big Bosse“ der Claims Conference sitzen in New York. Es handelt sich um die Rabbiner Israel Singer (Präsident des JCC; zugleich ist er Geschäftsführer des Jüdischen Weltkongresses und Intimus von dessen Leiter Bronfman) und Julius Berman (Vorsitzender des JCC). Singer ist Sohn eines aus Wien stammenden Zionisten; bei Berman handelt es sich um den Filius eines aus Wilna in die USA eingewanderten Schochet (ein solcher nimmt das Schächten vor, die jüdisch-rituelle Schlachtung von Tieren). Ende der 80er-Jahre wirkte Berman als Chef der „Presidents Conference“, des Dachverbandes US-jüdischer Organisationen. Bevor er 2002 den JCC-Vorsitz übernahm, war er — nicht nur Rabbi, sondern auch studierter Jurist — Justitiar der Claims Conference Inc. In einem Porträt des JCC-Vorsitzenden im jüdischen „Aufbau“ (New York) vom 25. Juli 2002 hieß es:

»Berman hat nie an Verhandlungen mit Deutschland mitgewirkt. Dies bleibt auch weiterhin Israel Singer vorbehalten. Berman hat also mit Deutschland nichts zu tun, und er scheint darüber auch recht froh zu sein. Er steht dem Land skeptisch gegenüber, gibt aber zu, dass seine Haltung hier nicht ganz stimmig ist. „Ich würde nie einen Mercedes kaufen, aber vielleicht ein Service von Rosenthal“, sagt er und setzt hinzu, auch die Polen seien schlimme Antisemiten gewesen.«

Mit seiner Haltung zu Deutschland steht Berman in der Tradition eines Rabbiner Israel Miller. Der war, bevor das Duumvirat Singer/Berman kurz nach seinem Tode an die Spitze der JCC trat, bis 2002 zwanzig Jahre lang als Nachfolger von Gründungschef Nahum Goldmann Präsident und beherrschende Figur der

„Aufbau“ würdigt
Rabbi Israel Miller.



Claims Conference gewesen. Dem „Aufbau“ (Nr. 7/2001) hatte er gesagt, er kaufe grundsätzlich keine deutschen Produkte und besuche Deutschland nur, wenn es seine Funktion unbedingt erfordere. Übrigens war der Zentralratschef in Deutschland, Ignatz Bubis, bis zu seinem Tod 1999 Israel Millers Vize an der Spitze der Claims Conference.

In seiner Ausgabe vom 4. April 2002 rief der „Aufbau“ dem JCC-Rabbi Miller nach, er sei

»ein überdimensionaler Mensch gewesen«.

Weiter im Nekrolog:

»Während des Zweiten Weltkrieges war er Militärgeistlicher in der US Air Force, wo er den damaligen Piloten George Bush sr. kennenlernte. Nach dem Krieg wurde er Rabbiner des Kingsbridge Heights Jewish Center in der Bronx, sodann 25 Jahre lang leitender Funktionär im Verwaltungsrat der Yeshiva Universität, Präsident oder Vorstand von mehr als einem Dutzend nationaler und internationaler jüdischer Organisationen, Freund und Berater amerikanischer und israelischer Staatsoberhäupter (sogar mit Honecker verhandelte er über jüdische Belange in der da-

maligen DDR), Leiter einer Delegation orthodoxer Rabbiner nach Moskau zur Zeit des Höhepunktes des Kalten Krieges (1965), Vermittler und Befürworter der interkonfessionellen Zusammenarbeit im National Citizens Committee for Community Relations und bei zahlreichen Anlässen beredter und bewegender Wortführer des amerikanischen sowie des Weltjudentums. Doch immer blieb er bescheiden, besonnen und zugänglich.«

So richtig „mit Leib und Seele verschrieben“ habe er sich seiner Tätigkeit bei der Claims Conference. So sei Rabbi Miller

»Urheber und Verfechter zahlreicher Abmachungen und Verträge, die Holocaust-Überlebenden über die ganze Welt hinweg Dollar verschafften«.

Was „Aufbau“ in der Aufzählung nicht ausdrücklich erwähnte: Israel Miller fungierte auch als Präsident der American Zionist Federation, Vorsitzender der Organisation jüdischer Geistlicher der US-Streitkräfte und — wie später ja auch JCC-Berman — als Präsident der Conference of Presidents of Major American Jewish Organisations.

„Nur an sozial Schwache“

»Alle Gelder, die der Claims Conference zugeteilt wurden, sind an soziale Einrichtungen und sozial Schwache verteilt worden«,

betonte Karl Brozik in seinem bereits erwähnten „Jungte World“-Interview vom 21. Februar 2001.

Ob das auch für die immerhin zweihunderttausend Dollar gilt, die 2002 an die israelische Armee gingen, um Offiziersnachwuchs Holocaust-Lektionen in Polen zu erteilen? Der Etatposten in der JCC-amtlichen Liste der verteilten deutschen Wiedergutmachungsgelder heißt im Originalwortlaut:

»Israel Defense Forces, Tel Aviv. Toward the cost of sending officer cadets to sites of Nazi atrocities in Poland. \$ 200 000.«

Richtig ist, dass in den JCC-Geldverteilungslisten viele Posten als Zuwendungen an karitative Einrichtungen ausgewiesen sind. Um nur einige der zahlreichen Fälle zu nennen: 2002 beispielsweise 62 000 Dollar für die Installation einer Sprinkleranlage an ein geriatrisches Zentrum für Holocaust-Überlebende in Ramat Gan/Israel oder 70 000 Dollar für die Renovierung einer Küche im Jerusalemer Hazon Yeshaja Zentrum „for the care of Nazi victims“. Aus den 241 000 JCC-Dollar an das Sozialamt der israelischen Gemeinde Beer Scheva sind Mittel bereitgestellt worden für alte Kameraden des Veteranenverbandes der Partisanen- und Untergrundkämpfer; Originalwortlaut:

»Toward Radak Organization of Partisans and Underground Fighters.«

Auch für „Essen auf Rädern“, „Winterhilfe“, medizinische Versorgung usw. von Holocaust-Überlebenden in GUS-Staaten werden Gelder gewährt. 2002 beispielsweise sind 57 703 Dollar dafür nach Weißrussland gegangen; am meisten gab es in dieser Hinsicht für jüdische „Wohlfahrtskomitees“ in Moskau: 1,421 Millionen Dollar.

Man liest im JCC-Etat ferner von Weiterleitungen namhafter Beträge an den „Jewish Family and Children's Service“ etwa im US-Bundesstaat Kalifornien. Es flossen 2002 hierfür nach

Berkeley 65 000 Dollar,

Long Beach 25 000 Dollar,

Los Angeles 914 000 Dollar,

— Palm Springs 4 340 Dollar,

— San Franzisko 200 000 Dollar.

Auch Einrichtungen besagten US-jüdischen Services in anderen Bundesstaaten kommen in den Genuss deutscher Wiedergutmachungsgelder. Beispiel Florida: 822 041 Dollar gingen 2002 nach Miami, 185 300 Dollar nach West Palm Beach. Weiteres Beispiel: Für das Verpflegungsprogramm „food program for Nazi victims“, der „Ladies Cholim D'Satmar“ flossen 125 000 Dollar nach New York-Brooklyn.

Schwerpunkt „Holocaust-Teaching“

Aus den Schilumim-Abrechnungen der Claims Conference ergibt sich, dass Etatposten wie „Holocaust-Teaching“ zunehmend an Bedeutung gewinnen. Hier Beispiele für Summen, die für solche Zwecke im Jahr 2002 via JCC nach Israel gelangt sind:

100 000 Dollar an Agudath Bet Yaacov in Tel Aviv für „Holocaust teacher training seminars“

40 000 Dollar an Arachim in Bnei Brak „für die Kosten von Holocaust-Seminaren“

100 000 Dollar an das Ausbildungsinstitut Beth Jacob in Jerusalem für das „teacher training program for Shoah education“

120 000 Dollar an das Zentralarchiv für die Geschichte des jüdischen Volkes in Jerusalem „zur Förderung computergerechter Aufarbeitung von Holocaust-Unterlagen“

40 000 Dollar an Dash-Ort in Tel Aviv für „Forschungen über die Rolle von Holocaust-Überlebenden bei der Gründung Israels“

30 000 Dollar an E. D. Z. Nativ Ediciones in Jerusalem „für die Übersetzung der Enzyklopädie des Holocaust ins Spanische“

850 000 Dollar an den israelischen Erziehungsfonds in Jerusalem „für die Holocaust-Erziehung russischsprachiger Juden in der früheren Sowjetunion und in Israel“

140 000 Dollar an Hechal Shlomo Jerusalem „für die Ausstellung von Thora-Rollen, die von den Nazis beschlagnahmt worden waren und mit Hilfe der Claims Conference aus Litauen gerettet werden konnten“

1 930 500 Dollar an die Israel Experience in Jerusalem für „Holocaust education“

59 000 Dollar an das Kerem Institut zur Lehrerausbildung in Jerusalem für „the teacher training program on the Holocaust“

15 000 Dollar an das Machanayim Jewish Heritage Center in Jerusalem „für eine Ausstellung über Synagogen, die im Holocaust zerstört wurden“

172 500 Dollar an die religiösen Machon Netvei Ha Halacha — Ma'agrei Meyda Toranym in Gush Etzion „für die Sammlung von Unterlagen über die Reaktion auf den Holocaust aus halachischer Sicht“

1 400 000 Dollar an die Aktion „Marsch der Überlebenden — International“ in Tel Aviv „für Ausbilder und Mitarbeiter, insbesondere solche aus Argentinien“

200 000 Dollar an Massua, die Jerusalemer Zentralstelle der Organisationen von Holocaust-Überlebenden in Israel, „für eine Gedenkdocumentation, was Überlebende des Holocaust für den Staat Israel geleistet haben“

190 000 Dollar an das Massua-Institut für Holocaust-Studien im Kibbutz Tel Yitzhak „für Russisch-Seminare, Vorbereitung der Schüler auf Polen-Reisen und eine Eichmann-Ausstellung“

70 000 Dollar an das Melitz-Zentrum für Jüdisch-Zionistische Erziehung in Jerusalem

„für Seminare über jüdische Geschichte in Mittel- und Osteuropa zur Holocaust-Zeit“

115 000 Dollar an Mercaz Beth Jacob in Eretz Yisroel, Jerusalem, für „teacher training courses on the Holocaust“

290 000 Dollar an das Michlalah College in Jerusalem für „Holocaust education teacher training programs“

88 200 Dollar an das Moreschet-Mordechai Anielewitch (Anielewicz) Memorial Holocaust Learning Center in Givat Haviva „für die Ausstattung von Lehrräumen mit Computern und Seminare für Zuwanderer aus Russland“

241 000 Dollar an die Vereinigung der Partisanen, Undergroundkämpfer und Ghetto-Aufständischen in Israel, Tel Aviv, „zur Archivierung auf den Holocaust bezogenen Materials“

32 500 Dollar an Ot Va'Ed in Jerusalem „für die Produktion holocaustrelevanter Unterlagen“

100 000 Dollar an das Shem Olam Institut in Kfar Haroeh „für Veröffentlichungen und Unterrichtsmaterial über führende Rabbiner der großen jüdischen Gemeinden während des Holocaust“

50 000 an Shuvu/Return in Jerusalem für das „Holocaust education training program“

100 000 Dollar an die Synagogen-Gedenkstätte Jerusalem für eine Dokumentation über jüdische Gemeinden in Deutschland „until they were destroyed on Kristallnacht“

25 000 Dollar an die Universität Tel Aviv „für Forschungen über Außenlager des KZ Ravensbrück“

25 000 Dollar an die Erinnerungsstätte der Theresienstadt-Märtyrer in Givat Haim Ihuz „zur Erhaltung von Archivmaterial, Kunst und Sammlungen zum Holocaust“

121 000 Dollar an die Welt-Union Jüdischer Studenten „für Internet-Arbeit, insbesondere Holocaust-Artikel“

„Aufbau“-Artikel über den langjährigen Claims Conference-Manager Saul Kagan (oben) und den neuen Conference-Vorsitzenden Julius Berman (unten)

Aufbau
[The Transatlantic Jewish Paper]
Vol. LXVIII, No. 17 New York-Berlin, Thursday, August 22, 2002 Founded in 1934 \$2.95

INSIDE
OPINION 3
Europe Looks Alike at America
IN THE NEWS 3
Israeli Soldiers' Rights
EUROPE 4
The Fate of Markus Wolf
THE GENERATIONS 13
Ein Wiener Singspiel
ARTS 15
Kafka at The Jewish Museum
BOOKS 17
Rome and Kirchner
JEWISH LIFE 18
A Peace Camp in America
NEW YORK 23
The Katz and the Strouss Parole
TRANSATLANTIC 24
Raising Trust

The Generations
Blue Card Is Still Helping
A Jewish mutual aid society, The Blue Card has its roots in the

The Luxembourg Agreements at Fifty
Saul Kagan, Executive Director emeritus of the Claims Conference, in his Manhattan office discussing the Luxembourg Treaty 50 years later. He served the Conference since its inception.

Blondiert zerknittert
Von Irene Ambruster
Was verbindet das deutsche Fernsehen, die Zeitschrift Vogue und die britische monatliche Frauenzeitschrift Emma? Sie feiern euphorisch den 100. Geburtstag von Lutz Reichmann. Es gibt ja auch genug Material: imposante Filise, Fotos von eleganten Nikes, Spekulationen um Affären mit Nazi-Größen. Das sind 100 Lebensjahre nach dem Geschmack von Zuschauern und Lesern. Die Barfenhüller Hebel blondiert und zerknittert in jede Kamera und kann die Glück kaum fassen. Die Rehabilitation ist möglich, Uppelnach sei sie gewesen, wiederholt sie gebrochenblau, vielleicht sogar mit, aber immer der Scheitern verpflichtet. Diese gibt eher kosmische Schwarzweiß-Bilder, Vergrößerung des menschlichen Körpers und die Inszenierung von gefälliger Männer-Männer. Drei Propaganda-Filme hat sie für die NSDAP gedreht und die beiden Dokumentarfilme über die Olympischen Spiele von 1936. Sie hat dem Nationalsozialismus in ihrem Film

Der Mann für die schwierigen Jahre
Im Gespräch mit Julius Berman, dem neuen Vorsitzenden der Claims Conference
Von Andrew Mink
Der New Yorker Anwalt Julius Berman greift ab und zu zu einem jiddischen Ausdruck, wenn er von seiner Klasse an der Law School der New York University als Senior beraten will. „Ain dazur Eiz“, sagt Berman bei der „ange“ Aufgabe entwickelte sich Berman

Periods die schwieriger war und er verglich seinen neuen Job mit dieser Epoche.

Not sind – vor allem in der ehemaligen Sowjetunion. Berman unterstreicht wiederholt, dass er keine Organisation vertritt. „Ich habe keine eigene Agenda hier.“ Er begründet sich als zentraler Mann des Ausgleichs, dessen Kompass die Verpflichtung gegenüber den Holocaust-Überlebenden ist.
Eine längerfristige Unterbindung der Mission der Conference schließt er nachsichtlich aus. Ihre Aufgabe sei durch die Lebensspanne der letzten Generationen begrenzt. Berman hat jedoch auch einen Konflikt vor sich, der sich in der neuen Aufgabenstellung der Conference ankündigt. Israel Singer drängt nun im Verband mit verschiedenen israelischen Offiziellen vorwärts auf einer Umleitung von Conference-Mitteln in die von ihm gegründete „Foundation for the Jewish People“. Berman macht klar, dass er die Förderung allgemeiner Erziehungs- und Bildungsprojekte aus Conference-Vermögen ablehnt. Er denkt aber an, dass die Conference ebenfalls auch zur Verleihung der Mittel aus dem Schweizer Bankvermögen herangezogen wird – wozüglich sind hier und bei den anderen „Holocaust-Vergleichen“ mit europäischen Ländern Gelder vorhanden, die in die „Foundation“ fließen können. Die Aufgabenverteilung zwischen ihm und Singer – hier der Verhandlungsführer

1 451 000 Dollar an die Zionistische Weltorganisation in Jerusalem für Holocaust-Studienreisen nach Polen und „Training in Holocaust studies for educators and leaders from the former Soviet Union“

40 000 Dollar an das Yaacov Herzog Center für Jüdische Studien „für die Kosten von Senioren-Seminaren über den Holocaust“

2 170 000 Dollar an die Holocaust-Gedenkstätte Jad Vaschem in Jerusalem, ins-

besondere „toward a teacher training program an Holocaust education“

175 000 Dollar an Yiddishspiel, jiddisches Theater in Tel Aviv, für dessen „Shoah-Program“.

Rund um die Welt

Auch sind von der Claims Conference im Rechnungsjahr 2002 solche Projekte in anderen

Staaten mit deutschen Schilumim-Geldern gefördert worden. Beispiele:

ARGENTINIEN:

265 000 Dollar an die Fundacion Memoria del Holocausto in Buenos Aires „für die Übersetzung und Publizierung der bedeutendsten Holocaust-Werke ins Spanische und für eine Dauerausstellung über den Holocaust“

AUSTRALIEN:

50 000 Dollar an das Jewish Holocaust Centre in Elsternwick/Victoria für Erziehungsmaterial, „teacher training“ und die Katalogisierung von Holocaustunterlagen
20 000 Dollar an das Jewish Museum in Sydney „für eine Ausstellung über Kinder als Opfer des Holocaust“

BELGIEN:

— 30 000 Dollar an die Fondation de la memoire contemporaine in Brüssel „für die Übersetzung von Videoaufzeichnungen“

GRIECHENLAND:

— 25 000 Dollar an das Jüdische Museum in Athen „für eine Holocaust-Ausstellung“

GROSSBRITANNIEN:

100 000 Dollar an das Beth Shalom-Holocaust Memorial Centre in Notts für das „education program and teacher training“ sowie „the digitizing of the photo archive of Holocaust-related materials“

20 000 Dollar an das Zentrum für Jüdisch-Christliche Beziehungen in Cambridge für das „Holocaust Studies program“

15 000 Dollar an das Jüdische Museum London für die Ausstellung „Rescue and the Holocaust“

50 000 Dollar an die World ORT Union, London, für deren „Web-based program ‚Learning about the Holocaust through Art‘“

ITALIEN:

— 30 000 Dollar an die Associazione Figli Della Shoah in Mailand „für eine Wanderausstellung zur Shoah in Italien und in Europa“

KANADA:

12 500 Dollar an den Atlantic Jewish Council in Halifax „für die Kosten eines Erziehungsprogramms“

120 000 Dollar an das Baycrest Center for Geriatric Care in Toronto u.a. für „Holocaust training modules“

25 000 Dollar an B'nai B'rith Kanada für „teachers training trip („Holocaust and Hope Educator's Tour‘)“

30 000 Dollar an den Canadian Jewish Congress für „teacher workshops an Holocaust“

20 000 Dollar an das Holocaust Center in Toronto „für die Digitalisierung und Bewahrung von Bändern mit Überlebenden-Berichten“

3 000 Dollar an das Holocaust Literature Research Institute in Ontario „für eine Internet-taugliche Version der Erzählungen von Nazi-Opfern“

8 000 Dollar an den Jewish Community Council of Ottawa/Vaad Hai'lr für „Holocaust Remembrance and Education Programs“

16 600 Dollar an die Jewish Federation of Edmonton für das Holocaust-Symposium „Facing the Hate“

6 250 Dollar an die Jewish Federation für „Holocaust teaching“

12 000 Dollar an Reena Thornhill „für ein Pilotprogramm zur Holocaust-Erziehung“

30 000 Dollar an das Vancouver Holocaust Center u. a. für eine Ausstellung über das KZ Ravensbrück

KROATIEN:

— 25 000 Dollar an die jüdische Gemeinde von Osijek für Holocaust-Forschung nebst „teacher training program“

12 000 Dollar an die jüdische Gemeinde von Zagreb „für eine Holocaust-Dokumentation“

POLEN:

- 17 120 Dollar an die Gesellschaft der Kinder des Holocaust in Warschau „für ein Gruppenprogramm zum Thema Naziverfolgung“
- 287 100 Dollar an das Jüdische Historische Zydowski-Institut Warschau „für das Ringelblum-Archiv und die Dokumentation über Juden in Warschau 1939-45“

RUMÄNIEN:

- 40 000 Dollar an das Institut für Hebräische und Jüdische Studien in Cluj-Napoca (Klausenburg) für das „teacher training program on the Holocaust“

RUSSLAND:

- 7 500 Dollar an die Russische Holocaust-Stiftung in Moskau „zur Erfassung von Holocaust-Archiven auf Computer“

SCHWEDEN:

- 35 000 Dollar an das Jüdische Museum Stockholm für eine Wallenberg-Ausstellung
- 30 000 Dollar an das Institut für Jüdische Kultur in Lund „für den Erhalt und die Katalogisierung von Unterlagen über das Konzentrationslager Ravensbrück“

SERBIEN:

- 6 500 Dollar an den Bund jüdischer Gemeinden Jugoslawiens in Belgrad „für eine Holocaust-Ausstellung“

SLOWAKEI:

- 15 000 Dollar an die Milan Simecka Stiftung in Bratislava/Preßburg „for primary school teachers on the Holocaust“

TSCHECHISCHE REPUBLIK:

- 125 000 Dollar an die Gedenkstätte Theresienstadt zur Renovierung von Lehrräumen und für Anschauungsmaterial

URUGUAY:

- 15 000 Dollar an das Centro Recordatorio Del Holocausto in Montevideo „für Neuanschaffung von Holocaust-Literatur“

USA:

- 25 000 Dollar an das ADL Braun Holocaust Institute der Anti-Defamation League (B'nai

B'rith) in New York für das „teacher program for Shoah“

25 000 Dollar an den Aufbau Trust New York „zur Archivierung auf den Holocaust bezogenen Materials“

118 500 Dollar an B'nai B'rith International, Washington D. C., für diverse „Holocaust-projects“

25 000 Dollar an das Center for Holocaust & Genocide Studies in Minneapolis für „teacher training trunks on Holocaust education“

50 000 Dollar an die Chico Research Foundation for the Modern Jewish and Israel Studies Program im kalifornischen Chico für das dortige „teacher training center for Shoah education“

15 000 Dollar an die Children's Mishnay Memorial Foundation in Brooklyn, New York, für das Holocaust-Erziehungsprogramm „Facing History and Ourselves“

50 000 Dollar an die Facing History and Ourselves Foundation Inc. in Boston für den weiteren Ausbau des „National Jewish Education Project“ über den Holocaust

6 222 Dollar an die Federation of Jewish Child Survivors of the Holocaust in Conshohocken, Pennsylvanien, für Ausgaben „related to Holocaust education“

15 000 Dollar an das Florida Holocaust Museum in Maitland „zum Erhalt von Überlebenden-Überlieferungen“

15 000 Dollar an die Georgia-Kommission zum Holocaust in Atlanta für die Dokumentationsarbeit

50 000 Dollar an das Hebrew Union College/Jewish Institute of Religion in Cincinnati für „Holocaust teacher training workshops“

5 000 Dollar an das Holocaust Awareness Institute in Denver für das „teacher training program on Holocaust education“

40 000 Dollar an das Holocaust Center of Northern California in San Franzisko für die Kosten des „teacher training“

15 000 Dollar an das Holocaust Center in Pittsburgh für Anschauungsmaterial

80 000 Dollar an das Holocaust Museum in Houston/Texas für „teacher trunks in English and Spanish on Holocaust education“

92 000 Dollar an das Holocaust Resource Center and Archives in Bayside, New York, für „teacher training“, speziell zur Unterstützung der Holocaust-Erziehung in Argentinien und Osteuropa („to promote Holocaust education in Argentina and Eastern Europe“)

169 000 Dollar an das Holocaust Teacher Training Program in New York zur Bestreitung von Seminar-Kosten

100 000 Dollar an das Jewish Children's Museum Brooklyn, New York, „für eine Dauerausstellung zum Holocaust“

25 000 Dollar an das Los Angeles Museum of the Holocaust „für die Digitalisierung auf den Holocaust bezogenen Materials“

90 000 Dollar an die Memorial Foundation for Jewish Culture in New York „toward the cost of scholarships for Holocaust research“

15 000 Dollar an das Midwest Center for Holocaust Education in Overland Park

100 000 Dollar an Mosad Harim Levin in Brooklyn, New York, für ein „high school textbook on the Shoah“

55 000 Dollar an das Museum of Jewish Heritage — A Living Memorial to the Holocaust in New York für das dortige Institut zur Geschichte des Holocaust sowie Holocaust-Symposien

110 000 Dollar an Torah Umesorah/The National Society for Hebrew Day Schools in New York für das „teacher training program on Holocaust education“

1 000 000 Dollar an das United States Holocaust Memorial Museum in Washington D. C. „zur Rettung vorrangigen Archivmaterials“

14 000 Dollar an die Universität von Alaska in Fairbanks für das „teacher training program on the Holocaust“

Förderung in Österreich

Für Österreich erwähnt die Claims Conference in ihrer Abrechnung für 2002 zwei geförderte Einrichtungen:

82 750 Dollar sind — für Holocaust-Forschungen — an das jüdische „Centropa“ („Central European Center for Research and Documentation“) mit seinem Direktor Edward Serotta gegangen. Es ist eine aus US-Amerika importierte Einrichtung, deren Wiener Niederlassung u. a. folgende Institutionen auf ihrer Fördererliste hat:

Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus,
 Bundeskanzleramt,
 Außenministerium,
 Erziehungsministerium,
 Österreichische Nationalbank,
 Postsparkasse,
 Stadt Wien,
 Goethe-Institut (Bundesrepublik).

72 000 Dollar Schilumim reichte die Claims Conference an die in Wien erscheinende zionistische „Illustrierte Neue Welt“ (Chefredaktion: Joanna Nittenberg) weiter, und zwar

»für Forschungen über das Leben österreichischer Juden in Israel nach dem Holocaust«.

Das Blatt führt sich auf Theodor Herzl höchstselbst als Gründervater zurück. Im jüdischen Internet-Netzwerk „haGalil.com“ wird die „Illustrierte Neue Welt“ charakterisiert als

»ein historisch bedeutendes Bindeglied zwischen Israel und Österreich, Nachweis dafür,

dass es in Wien lebendige Wurzeln des Staates Israel gibt«.

Israelizismus/ Vergangenheitsbewältigung

Die einzige bundesdeutsche Einrichtung, die 2002 Gelder aus dem Schilumim-Topf der Jewish Claims Conference erhielt (7 000 Dollar), war das Fritz Bauer-Institut in Frankfurt am Main. Dieses ist benannt nach einem jüdischen „Nazijäger“, dem 1968 gestorbenen langjährigen Generalstaatsanwalt in Hessen Fritz Bauer. Als Chef des Instituts wirkt der jüdische Erziehungswissenschaftler, Publizist, Verbandsfunktionär und ehemalige Kommunalpolitiker („Die Grünen“) Prof. Micha Brumlik. Das Fritz Bauer-Institut bildet das bedeutendste Verbindungsstück zwischen den Netzwerken des Israelizismus und der so genannten Vergangenheitsbewältigung (ewige Beschäftigung mit Hitler) in Deutschland. Dem Förderverein des Instituts gehören an:

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste
Arbeiterwohlfahrt Odenwaldkreis
Arbeitsgruppe Landessynagoge Roth
BGS-Kameradschaft Hamm
Bildungswerk der Humanistischen Union NRW
Brandes & Apsel-Verlag
Förderverein Gedenkstätte Breitenau
Gedenkstätte Buchenwald
Bund Deutscher Pfadfinderinnen
Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder Landesverband Hessen
Campus Verlag
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Hauptvorstand
Jugend der Deutschen Angestellten Gewerkschaft Hessen
Deutsches Historisches Institut Warschau
Europäische Union Jüdischer Studenten
Evangelische Kirche Kurhessen-Waldeck

Evangelischer Regionalverband Frankfurt am Main
Gesamtschule Gießen-Ost
Hagenovia Treuhand Steuerberatungsgesellschaft
Deutsche Genossenschaftsbank Frankfurt am Main
Dresdner Bank
Europäische Union jüdischer Studenten
Evangelische Akademie Arnoldshain
Fraport AG
Freudenberg Stiftung
Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Frankfurt/Main
Grüne Jugend Hessen
Hessischer Jugendring
Jüdische Allgemeine, Blatt des Zentralrats
Bankhaus Löbbecke & Co.
Nassauische Sparkasse Wiesbaden
NaturFreunde Hessen
KZ-Gedenkstätte Neckarelz
Neue Gesellschaft für bildende Kunst Berlin
Pax Christi
Reclam Verlag Leipzig
Rotary-Club Wiesbaden
Scaneg Verlag
SPD-Ortsverein Frankfurt am Main/Westend
Sportjugend Hessen
Transit Verlag
Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas
Zentralverband demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen.
An Gebietskörperschaften treten als Förderer des Fritz-Bauer-Instituts u. a. in Erscheinung:
— Kreis Bergstraße
Landkreis Darmstadt-Dieburg
Landkreis Groß-Gerau
Hochtaunuskreis
Kreis Offenbach
Bad Hersfeld
Bad Homburg vor der Höhe

Darmstadt
 Dieburg
 Dreieich
 Flörsheim am Main
 Hanau
 Heusenstamm
 Hungen
 Königstein im Taunus
 Landsberg am Lech
 Langen
 Maintal
 Michelstadt
 Mörfelden-Walldorf
 Mühlheim am Main
 Neu-Isenburg
 Nidderau
 Pfungstadt
 Wetzlar
 Wiesbaden
 Wittlich
 Gemeinde Alsbach-Hähnlein
 Gemeinde Bickenbach
 Gemeinde Egelsbach
 Gemeinde Erzhausen

Zu den mehr oder weniger prominenten Einzelmitgliedern des Fördervereins des Fritz Bauer-Instituts gehören u. a.

Alfred Biolek, der Fernsehmoderator
 Karl Brozik, der deutsche JCC-Repräsentant
 Peter Conradi, der SPD-Bundestagsabgeordnete a. D. und Präsident der Bundesarchitektenkammer
 Herta Däubler-Gmelin, die Ex-Bundesministerin
 Hannelore Elsner, die Schauspielerin
 Norbert Frei, der Historiker
 Michel Friedman, der ehemalige Zentralratsvize
 Karl Erich Grözinger, der Judaist
 Volker Hauff, der Frankfurter Ex-OB
 Hilmar Hoffmann, der Präsident des Goethe-Instituts
 Imre Kertesz, der Schriftsteller

Klaus Kinkel, der Bundesaußenminister a. D.
 Hans-Ulrich Klose, der SPD-Politiker
 Salomon Korn, der Zentralratsfunktionär
 Hans Koschnick, der ehemalige Bremer Bürgermeister
 Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die Bundesjustizministerin a. D.
 Michael Naumann, der Bundeskulturminister a. D.
 Jan Philipp Reemtsma, der Anti-Wehrmachts-Aussteller
 Horst Eberhard Richter, der Psychoanalytiker
 Romani Rose, der Zentralratschef der Sinti und Roma
 Rita Süßmuth, die ehemalige Bundestagspräsidentin
 Wolfgang Thierse, der Bundestagspräsident
 Ruth Wagner, die hessische Ministerin a. D.
 Heidemarie Wiczorek-Zeul, die Bundesministerin
 Monika Wulf-Matthies vom DGB, die EU-Kommissarin a. D.

Missbrauch einer edlen Sache

Wiedergutmachung für entsetzliche Massenverbrechen der Hitlerzeit ist zweifellos eine Bring- und Ehrenschild — soweit man das Leid, das beispielsweise durch die grauenhaften Marter- und Todes-KZ entstanden ist, überhaupt irgendwie materiell auszugleichen oder doch zumindest zu lindern vermag. Leider aber haben Auswüchse und Ausartungen von Schilumim oft Anlass zu Vorbehalten und Kritik gegeben.

Schon gleich zu Anfang machte der Fall des Philipp Auerbach Furore. Er war Führungsmittglied im Zentralrat und Präsident des Landesentschädigungsamtes in Bayern, als welcher er sich den Beinamen

»Cäsar der Wiedergutmachung«

einhandelte. Seine Schilumim-Betrügereien führten 1951 zu Dienstenthebung und Verhaftung. Zwei Tage nach seiner Verurteilung zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verübte er am 16. August 1952 Selbstmord. Der vorgefundene Abschiedsbrief enthielt schaurige Verwünschungen seiner Gegner.

Der nicht materiell, so doch ideell schwerwiegendsten Schilumim-Gaunerei machte sich Werner Nachmann schuldig, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland von 1969 bis 1988. Mindestens 30 Millionen Mark Wiedergutmachungsgelder waren von ihm veruntreut worden. Etliche Millionen hatte er in seine bankrottösen Wiederverwertungs-Unternehmen, vor allem seine Lumpensortieranstalt, gesteckt. Die Lumperei war möglich geworden, weil CDU-Parteigenosse Nachmann über gute Drähte ins gesamte Establishment verfügte (Bonn hatte ihm sogar einen Diplomatenpass zur Verfügung gestellt) und weil keine Behörde es gewagt hatte, sein anrühiges Finanzgebaren unter die Lupe zu nehmen. Die Steuerfahndung war auf höheren Befehl zurückgepfiffen worden, und der Rechnungshof durfte den Zentralrat ohnehin nicht prüfen. Kanzler Kohl hatte Nachmann zur „moralischen Autorität“ proklamiert und Bundespräsident von Weizsäcker ihn anlässlich der Verleihung des Theodor-Heuss-Preises 1986 mit den Worten besungen:

»Sie haben zur Besonnenheit, Mäßigung und Gerechtigkeit gemahnt. Sie haben Missverständnisse ausgeräumt und Verständigung bewirkt. Die segensreichen Wirkungen Ihres Beispiels und Ihrer Arbeit für alle Deutschen sind kaum zu berechnen. Wir freuen uns, Sie unseren Mitbürger nennen zu können.«

Nachmann, Träger auch des Großen Bundesverdienstkreuzes mit Stern und Schulterband, der Verdienstmedaille Baden-Württemberg, der Ehrensatorwürde der Universität Heidelberg usw. usf., hatte neben seiner Tätigkeit als Zentralratschef u. a. folgende Funktionen:

Vorsitzender der jüdischen Gemeinde Karlsruhe,
Präsident des Oberrates der Israeliten Baden-Badens,
Gründungsmitglied der Heidelberger Hochschule für jüdische Studien,
Präsident des Israel Bonds in der Bundesrepublik,
Vorsitzender des jüdischen Makkabi-Verbandes,
Herausgeber der Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung,
Vizepräsident der Europäischen Sektion des Jüdischen Weltkongresses,
Vorsitzender des Rohstoffverbandes Baden-Württemberg,
Stellvertretender Vorsitzender des Großhandels-Ausschusses BaWü,
Mitglied der Vollversammlung des Außenhandels-Ausschusses der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Oberrhein,
stellvertretender Vorsitzender des ZDF-Fernsehrates,
Mitglied des ZDF-Richtlinien- und Koordinierungsausschusses,
Beauftragter der Jewish Claims Conference für die Bundesrepublik Deutschland.

„Weder Einflussnahme noch Kontrolle“

Die Fälle Auerbach und Nachmann sind nur Beispiele. Immer wieder gab es, von Beginn an bis heute, Skandale und Affären, die eine an sich ehrenwerte Sache, Wiedergutmachung für entsetzliche Schandtaten, in Misskredit geraten ließen. Gewaltige Summen flossen in dunkle Kanäle.

In den 50er-Jahren gab es einen zaghaften Versuch bundesdeutscher Behörden, Kontrollen einzuführen. Die Gegenseite aber lehnte es entschieden ab, sich von den Deutschen beaufsichtigen zu lassen. Und am 22. September

1997 antwortete Staatssekretärin Irmgard Karwatzki namens der Bundesregierung auf eine Parlamentarische Anfrage des Bundestagsabgeordneten Heinrich Lummer, der wissen wollte, wie es um eine Überwachung der Verteilung von Wiedergutmachung bestellt sei (Bundestagsdrucksache 13/8596):

»Von deutscher Seite ist weder eine Einflussnahme auf die Vergabepraxis noch eine Kontrolle des tatsächlichen Mitteleinsatzes möglich.«

In dem 1985 vom Bundesfinanzministerium herausgegebenen Werk „Der Werdegang des Entschädigungsrechts“ wurde in vorsichtiger Form das Thema Schilumim-Betrug angesprochen:

»Kein Zweifel, dass in der Entschädigung — wie in anderen Zweigen der Wiedergutmachung — eine erkleckliche Zahl von Verfahren gelaufen ist, in denen „frisierte“ Fakten zum Erfolg geführt haben. Wie hoch diese Dunkelziffer in DM ausgedrückt sein mag, weiß wohl niemand.«

Der juristische Beauftragte der Jewish Agency für Wiedergutmachungsfragen in Bundesdeutschland, der tadellos beleumundete jüdische Rechtsanwalt Dr. Carl Walter Schwarz, wies die Behauptung einer deutschen Journalistin, dass viele Antragsteller auf Wiedergutmachung von den deutschen Behörden „Erniedrigungen ausgesetzt“ gewesen seien, in der Zeitschrift „Juristische Schulung“, Juni 1986, zurück:

»Kein Verfolgter ist jemals erniedrigt worden, es sei denn, er hätte sich selbst erniedrigt und missbräuchlich Leistungen erschlichen. Dies ist vielfach geschehen und die dabei zu Tage getretene kriminelle Energie und Phantasie waren bemerkenswert.«

In Israel hat es immer wieder Protestbewegungen mit dem Vorwurf an die Regierung gegeben, sie würde die von den Deutschen gezahlten Wiedergutmachungsgelder nicht korrekt an Berechtigte weiterleiten. So wurde bei-

spielsweise am 2. Mai 1999 von den „Israel Nachrichten“ titelseitig der Aufruf zu einer Kundgebung drei Tage später auf dem Rabin-Platz in Tel Aviv veröffentlicht, in dem es hieß:

»Ihre Anwesenheit ist sehr wichtig, damit wir uns alle vereinigen, um gegen die Benachteiligung und fortgesetzte Vernachlässigung im Zusammenhang mit Geldern zu protestieren, die im Finanzministerium für Holocaust-Überlebende bereit liegen, ohne dass sie zu ihnen gelangen würden. Viele weitere Geldsummen sollen im Finanzministerium eintreffen und wir fordern, dass sie an die Holocaust-Überlebenden ohne weitere Verschleppung verteilt werden.«

Kritik prominenter Juden

Die Schilumim-Manager der Jewish Claims Conference selbst sind in jüngster Zeit besonders heftig von zwei prominenten Abstammungsgenossen attackiert worden:

Von dem New Yorker Soziologen und Hochschullehrer Prof. Dr. Norman Finkelstein (Sohn eines Auschwitz-Überlebenden), der die JCC als Hauptbestandteil einer „Holocaust-Industrie“ sieht, welche nichts anderes sei als

»ein einziger Wucherbetrieb auf dem moralischen Stand eines Monte-Carlo-Kasinos«.

Und von dem in der Schweiz lebenden Geschichtswissenschaftler Raul Hilberg (Hitler-Emigrant, Koryphäe der etablierten Holocaust-Forschung, Verfasser des Standardwerks „Die Vernichtung der europäischen Juden“, Professor emeritus der University of Vermont, von der US-Regierung in ihre „Holocaust-Kommission“ berufen), über den der jüdische Soziologe und Publizist Natan Sznajder 2002 am 15. Juli 2002 in der „Frankfurter Rundschau“ schrieb:

»Finkelsteins Analyse der „Holocaust-Industrie“ hält er für zutreffend, und für ihn sind



JCC-Kritiker
Prof. Norman
Finkelstein

die jüdischen Organisationen schlimmer als Shylock selbst.«

„Israel Nachrichten“ vom 31. Januar 1999:

»Die Anwälte der Sammelkläger und die WJC-Vertreter hätten die Banken auf unmoralische Weise, mit Beleidigungen und Erpressung, zur Zahlung der Vergleichssumme bewegt, erklärte Hilberg.«

Neben der JCC hat Hilberg also auch den von Edgar Bronfman geführten Jüdischen Weltkongress, World Jewish Congress (WJC), im Visier. Schon am 22. Februar 2001 hatte der berühmte Holocaust-Historiker in einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ hinsichtlich nun auch noch auf die Schweiz ausgedehnter Schilumim-Forderungen, die zur Zahlung von 1,25 Milliarden Dollar durch eidgenössische Banken führten, erklärt:

»Meiner Ansicht nach ist Finkelstein auf dem richtigen Weg. Das Problem ist, dass man Banken und Versicherungen fast wahllos angreift, und zwar mit Milliardenklagen, ohne dass man weiß, wie viel Geld überhaupt auf diesen Konten lagert und wie viele Opfer noch am Leben sind. Man geht von

240 000 jüdischen Sklavenarbeitern aus, von denen die Hälfte überlebt habe. Woher kommt diese Rechnung, das ist doch reine Fantasie. Man schlägt blindlings auf die Unternehmen ein und fordert massenhaft Geld und sagt, wenn Sie nicht zahlen, sorgen wir dafür, dass Sie in Amerika keine Geschäfte machen.«

Auch unter moralischen Gesichtspunkten sei ein solches Vorgehen „nicht akzeptabel“. Hilberg weiter:

»Ja, es handelt sich bei der Entschädigungsfrage um Erpressung, nicht im juristischen Sinne, sondern in der öffentlichen Wahrnehmung.«

In seinem Buch „The Holocaust Industry. Reflections on Exploitation of Jewish Suffering“ (Anfang 2001 in deutscher Übersetzung erschienen: „Die Holocaust-Industrie. Wie das Leid der Juden ausgebeutet wird“) schreibt Norman Finkelstein:

»Die Holocaust-Industrie instrumentalisiert den Völkermord an den Juden und beutet das Leid der Opfer aus. Immer neue Entschädigungsforderungen werden gestellt, von denen die Opfer aber kaum Nutzen haben. Jüdische Verbände nutzen ihre moralische Macht zu politischen Erpressungsmanövern. Das Gedenken an den Holocaust hat sich losgelöst von dem tatsächlichen Verbrechen und dient als Druckmittel — um Israels Politik gegen jede Kritik zu immunisieren, um die Defizite der USA in der eigenen Menschenrechtspolitik zu verschleiern, um das „Shoah-Business“ am Laufen zu halten. Die Würde und Rechte der Opfer bleiben auf der Strecke.«

In einem Februar 2001 veröffentlichten Interview mit der Illustrierten „Neue Revue“ behauptete Finkelstein unter der Schlagzeile „Schindluder-Liste“:

— »Wenn es heute tatsächlich noch bedürftige jüdische Nazi-Opfer gibt, dann, weil die



Mahnmal für die Opfer der Gewaltherrschaft in Bremen

JCC die deutschen Gelder, die für diese Menschen gedacht waren, veruntreute ... Geld, das man der JCC gibt, ist in die Kloake geworfen.«

»Die JCC und der Jüdische Weltkongress missbrauchen den guten Willen der Deutschen, indem sie Geld erpressen und ihre Geldschränke füllen. Mit ihren skrupellosen, gemeinen Erpressungstaktiken sind diese jüdischen Organisationen die wichtigsten Förderer des Antisemitismus geworden.«

»Solchen jüdischen Organisationen zu erlauben, die Erinnerung an jüdisches Leiden auszunutzen, dient weder den Juden noch den Deutschen. Juden und Deutsche teilen das Interesse, sie aus dem Geschäft zu schmeißen. Niemand soll vom Leiden derer profitieren, die umgekommen sind.«

Eine kurz darauf im Auftrag des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ unternommene Mei-

nungsumfrage des Emnid-Instituts für Demoskopie ergab, dass fast zwei Drittel der Deutschen die Ansichten Finkelsteins teilen und nur ein Viertel sie für falsch halten. Bei den Jüngeren unter 30 Jahren hat sich sogar eine noch stärkere Zustimmung für Finkelstein ergeben.

Das Imperium schlägt zurück

Die Gegenseite holte umgehend die Antisemitismus-Keule hervor. So musste sich Hilberg, lange Jahre weltweit gerühmter jüdischer „Bahnbrecher der Holocaust-Historiographie“, beispielsweise von Natan Sznajder in der „Frankfurter Rundschau“ des 15. Juli 2002

»in beste antisemitische Tradition«

einreihen lassen und schrieb Charles Maier im Sammelband „Die Finkelstein-Debatte“ (München 2001), Finkelsteins Thesen würden

»an eine Neuauflage der „Weisen von Zion“ grenzen«.

Bei Natan Sznajder handelt es sich um einen Professor für Soziologie am Academic College von Tel Aviv in Israel. Geschichtspräsident Charles Maier wirkt als Direktor des Minda de Gunzburg Center of European Studies der Harvard Universität (USA). Dieses, mit Zweigstelle auch in Berlin, ist nach der 1985 gestorbenen Aileen Minda Bronfman de Gunzburg benannt, der Schwester des Weltkongress-Bosses Edgar Bronfman, die mit dem in Frankreich lebenden Baron Alain de Gunzburg verheiratet war. Das Programm für Deutschland- und Europastudien des Gunzburg-Zentrums ist mit Geldern der deutschen Bundesregierung eingerichtet worden. Aus diesem deutschen Topf gab es auch Gunzburg'sche Finanzförderung für Daniel J. Goldhagens Kollektivverfluchung der Deutschen, „Hitlers willige Vollstrecker“.

Auch die „Israel-Fraktion“ im Deutschen Bundestag machte mobil. So forderte der sozialdemokratische Abgeordnete Reinhold Robbe (Deutsch-Israelische Gesellschaft, Deutsch-Israelische Parlamentariergruppe, Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit), auf die deutsche Ausgabe des Finkelstein-Buches zu verzichten, denn dieses sei

»in höchstem Maße schädlich und unverantwortlich«.

Schon 1997 hatte es massive Versuche gegeben, Finkelstein mundtot zu machen. Damals ging es um sein gegen Goldhagens antideutsche Tiraden gerichtetes, gemeinsam mit der kanadischen Zeitgeschichtlerin Ruth Bettina Birn verfasstes Buch „A Nation on Trial. The Goldhagen Thesis and Historical Truth“. Darin war Goldhagen vorgeworfen worden, die Fakten „maßlos verzerrt“ und sie „mit einem Netz von Phantasien überzogen“ zu haben. Über die Versuche, die deutsche Übersetzung, „Eine Nation auf dem Prüfstand. Die Goldhagen-These und die historische Wahrheit“, zu verhindern,

berichtete Kanzler Schröders Ex-Kulturminister Michael Naumann am 9. Februar 2001 in einem Interview mit der „Netzzeitung“:

»Es hat seinerzeit einen Anruf gegeben eines führenden Redakteurs der „New York Republic“, Leon Wieseltier, der Norman Finkelstein wörtlich mit Ungeziefer verglich. Nämlich mit den Tieren, die man findet, wenn man einen Stein hochhebt. Des Weiteren hat es massive Versuche von Abraham Foxman von der jüdischen Anti-Defamation League gegeben, der öffentlich Stellung nahm. Unter dem Hinweis darauf, dass der Holt-Verlag in deutschem Besitz sei, wollte er uns, den Holt-Verlag, dazu bewegen, das Buch nicht zu veröffentlichen. Das zog sich dann in die Presse hinein, bis zur „New York Times“.«

Foxmans Anti-Defamation League gehört zum Netzwerk des internationalen jüdischen Logenbundes B'nai B'rith. Wieseltier ist Funktionsträger des American Jewish Congress. B'nai B'rith und American Jewish Congress zählen zur Führung der Jewish Claims Conference, also des Schilumim-Managements. 1993 beschrieb Wieseltier, was ihm ein Hauptfinanzier des Simon-Wiesenthal-Center über die „Spielregeln“ erklärt habe:

»Israel, jüdische Erziehung und all die anderen bekannten Stichworte scheinen nicht mehr überzeugend genug, um die Juden zur Solidarität anzuspornen. Nur der Holocaust funktioniert.«

„Deutsch-israelische Rüstungszusammenarbeit“

Die „teilweise unter Umgehung geltenden Rechts“ („Frankfurter Allgemeine“, 12. Dezember 2002) betriebene „deutsch-israelische Rüstungszusammenarbeit“, hinter der sich nichts anderes verbirgt als bundesrepublikanische Kriegswaffengeschenke gewaltigen Ausmaßes

an den jüdischen Staat, stellt ein ganz besonders eigentümliches Kapitel der Schilumim-Geschichte dar. Auch dass Deutschland Israel gratis mit Panzern, Raketen, U-Booten usw. versorgt, wird nämlich als Wiedergutmachung für Massenverbrechen der Hitlerzeit deklariert.

Schon bevor die ersten Hauptprotagonisten besagter „Rüstungszusammenarbeit“, Franz Josef Strauß und Schimon Peres, die Bühne betraten, war Israel aus deutschen Militärbeständen, Hinterlassenschaften der Wehrmacht, bedient worden, für die allerdings gezahlt werden musste. Kein Geringerer als der nachmalige Staatspräsident Ezer Weizman, Kommandant der ersten Staffel der israelischen Luftwaffe, war daran beteiligt gewesen, Messerschmitt-Kampfflugzeuge aus der Tschechoslowakei nach Palästina zu überführen. Mit ihnen konnten er und seine Kameraden die Angriffe der ägyptischen Luftwaffe im Krieg 1948 zurückschlagen.

Die Ursprungsvereinbarung über bundesdeutsche Waffenlieferungen an den Judenstaat trafen 1957 der damalige Verteidigungsminister (und nachmalige bayerische Ministerpräsident) Strauß und Israels Chef-Waffenbeschaffer (Generaldirektor im Verteidigungsministerium, später Premier) Peres. Ab Anfang der 60er-Jahre lief die Transaktion in großem Stile an. In den „Israel Nachrichten“ vom 12. November 1999 berichtete Bundesdeutschlands Ex-Botschafter in Israel, Dr. Niels Hansen, ausführlich über den Ablauf der Dinge:

Adenauer habe im August 1962 endgültig zugestimmt, dass „der Beistand nunmehr voll anlaufen“ konnte. Und auch die SPD-Spitze (Fritz Erler, Erich Ollenhauer) habe mitgezogen. Schimon Peres sei von Art und Umfang der deutschen Lieferungen begeistert gewesen und habe im Nachhinein bekundet:

»Die Qualität war ausgezeichnet, der Umfang beträchtlich ... Deutschlands Hilfe ist

ein wichtiger, sehr wichtiger Beitrag gewesen.«

Insbesondere Strauß, so Peres weiter, habe zu Israels Sicherheit „sehr substantiell beigetragen“; durch die von ihm veranlassten Waffenlieferungen sei die israelische Armee „zum ersten Mal fast verwöhnt“ worden. Als er am 28. Mai 1963 zu einem Israel-Besuch eintraf, so überliefert es Hansen, wurde der CSU-Politiker von Mosche Dajan, dem Ex-Generalstabschef und späteren Verteidigungsminister, auf dem Flugplatz mit den Worten empfangen, er komme,

»um dem Mann zu danken, der unserer Nation in den schwersten Stunden beigestanden hat.«

Tarnnetze geworfen

Die Zahl der eingeweihten Personen sei in beiden Ländern möglichst gering gehalten worden, notiert Hansen,

»und selbst den Bundespräsidenten und den Bundestagspräsidenten ließ man außen vor. In Deutschland entschied auf Regierungsebene nicht das Kabinett, sondern der ebenfalls unter dem Vorsitz des Kanzlers tagende kleine Sicherheitsrat. Israelischerseits verfuhr man ähnlich ... Selbst die Bonner Alliierten wurden zunächst nicht ins Vertrauen gezogen, und Peres unterrichtete auf Bitten Eilers erst im April 1963 beiläufig Präsident John F. Kennedy, der einverstanden war.«

Man warf Tarnnetze aller Art. Hansen:

»Anfänglich waren zur Tarnung Leihgaben oder Verpachtungen vereinbart worden. Die Verbringung des Materials nach Israel musste verschleiert werden. Die außerhalb Deutschlands produzierten Waffen, z. B. schwedische Fla-Geschütze, wurden gleich vom Herstellerland aus zum Versand gebracht und die Rechnung durch Bonn beglichen.«

Die „abenteuerlichsten Methoden“ seien zum Zuge gekommen. Hansen zitiert Franz Josef Strauß:

»Wir haben die Israel zugesagten Geräte und Waffen heimlich aus den Depots der Bundeswehr geholt und hernach als Ablenkungsmanöver bei der Polizei in einigen Fällen Diebstahlsanzeige erstattet.«

Die unter französischer Lizenz in Deutschland gebauten Noratlas-Transportflugzeuge seien von der deutschen zunächst an die französische Luftwaffe geliefert und von dieser an die israelische weitergereicht worden. So hätten die Franzosen Mitte Mai 1960 die ersten drei Maschinen auf ihrem Flugplatz Lahr in Empfang genommen und sie gleich den israelischen Piloten übergeben. Diese überpinselten das Eiserne Kreuz mit dem Davidstern und landeten via Marseille 24 Stunden später in Israel.

Noch ein weiterer Trick wird von Hansen geschildert:

»Die Abgabe amerikanischer Sikorsky-Hubschrauber, deren Weiterleitung vom Washingtoner Office of Munitions Control nicht genehmigt war, ging 1963 so vor sich, dass die Helikopter bereits auf dem Weg von den USA im Hafen eines Drittlandes nachts vom deutschen auf ein parallel ankerndes israelisches Transportschiff umgeladen wurden ... Am 15. August 1963 erhob die US-Botschaft im Auswärtigen Amt Vorstellungen gegen das Auftauchen von 15 bis 20 Hubschraubern amerikanischer Bauart in Israel, welche Verstärkung der israelischen Luftstreitkräfte geeignet sei, das militärische Kräftepotenzial im Nahen Osten zu verschieben und daher die amerikanische Regierung beunruhige. Darauf wurde zwei Wochen später geantwortet, die Apparate seien den Israelis „zu Ausbesserungszwecken“ und „vorübergehend leihweise“ zur Verfügung gestellt worden, womit man sich, offenbar augenzwinkernd, zufriedengab.«

Nach dem Wechsel an der Spitze des Bonner Verteidigungsressorts 1962 war eine Beschleunigung und Ausweitung deutscher Schilumim-Waffenlieferungen an Israel festzustellen. Hansen:

»Nach dem Rücktritt von Strauß Ende November 1962 honorierte dessen Nachfolger Kai-Uwe von Hassel, den Peres am 6. Juni 1963 zum ersten Mal traf, nicht nur die eingegangenen Zusagen, sondern er verlegte gewisse Lieferungen vor. Zusätzliche Aufträge für die Bundeswehr wurden vereinbart. Der neue Minister zeigte sich sogar bereit, ein Dutzend Kampfpanzer Leopard zur Verfügung zu stellen. Tanks waren schon von Strauß in Aussicht genommen worden, und tatsächlich wurden 1963 ein paar abgegeben. Israel benötigte sie dringend, um die Ausstattung Ägyptens mit modernen T 34/85 und T 54 durch die Sowjets auszugleichen. In der Unterredung (mit Peres) vom 30. Juni 1964 stimmte Hassel weiteren Bitten zu.«

Dem christdemokratischen Außenminister Gerhard Schröder behagten die — zurückhaltend ausgedrückt — halblegalen Waffenzuschüben freilich so gar nicht. Schon Anfang 1962 richtete er eine Beschwerde an den Kanzler:

»Das Auswärtige Amt wurde bisher über den Stand der rüstungswirtschaftlichen Beziehungen zu Israel nicht ausreichend unterrichtet. In der vierteljährlich übermittelten Länderstatistik der Rüstungskäufe waren die Zahlen für Israel entweder überhaupt nicht enthalten oder offensichtlich verschleiert, d. h. insbesondere die über Liechtenstein laufenden Käufe entweder gar nicht enthalten oder in der Rubrik „sonstige Länder“ untergebracht.«

Aus eigener Erfahrung als leitender Beamter des Auswärtigen Amtes weiß Hansen zu berichten:

»Jedenfalls auf Referats- oder Abteilungsleiterbene erhielt man überhaupt keine Auskunft über Rüstungslieferungen nach Israel.«

Nachdem Ludwig Erhard Konrad Adenauer als Kanzler abgelöst hatte, wurde Schröder erneut, und abermals erfolglos, mit einer Beschwerde beim Regierungschef vorstellig:

»Ich halte diesen Zustand für untragbar und höchst gefährlich und möchte Ihnen daher vorschlagen, dass Sie sobald wie möglich zu einer Besprechung mit Herrn von Hassel und mir einladen, auf der der ganze Fragenkomplex erörtert wird.«

Es nützte alles nichts. Trotz Schröders Bedenken wurden die Waffentransaktionen nach Nahost fortgesetzt. Und mit der 1964 erfolgten Lieferung von 150 Panzern M 48 A 1 (Patton) aus Deutschland an den jüdischen Staat begann dann, so Hansen,

»die letzte und folgenschwerste Etappe der Verteidigungshilfe für Israel vor Aufnahme der diplomatischen Beziehungen.«

Nicht immer ganz kosher ...

Im Prinzip wie in bereits geschilderter Manier, doch noch deutlich umfangreicher, ging es in den folgenden Jahrzehnten weiter. In den 80er-Jahren begann zusätzlich die Ausbildung israelischer Soldaten in Deutschland. Auch die Camouflage wurde perfektioniert: 1971 unterzeichneten die Verteidigungsminister beider Länder ein Abkommen, in dem sie sich verpflichteten, die „Geheimstufung“ der jeweils anderen Seite „bei der Zusammenarbeit zu respektieren“. Was praktisch auf ein bilaterales Schweigegelübde hinauslief.

Die 90er-Jahre allerdings begannen zum mächtigen Arger der deutsch-israelischen Trappistenbruderschaft mit dem lautstarken Auffliegen der gesetzwidrigen Belieferung Israels mit Panzern aus Beständen der DDR-Volksarmee. Der Bundesnachrichtendienst hatte die Tanks als Landmaschinen getarnt und in Hamburg auf Schiffe verladen, dummerweise aber vergessen, die Wasserschutzpolizei zu informieren. Diese kassierte die Konterbande erst einmal ein.

Die Panzer wurden „natürlich“ trotzdem noch nach Israel geliefert. Doch im Dezember 1991 musste Kohls für Rüstungskontrolle und Geheimdienste zuständiger Kanzleramtsminister Lutz Stavenhagen infolge der Affäre zurücktreten. Nur kurz darauf, Mai 1992, nahm der Mann sein Wissen um mysteriöse Hintergründe und Hintermänner mit ins Grab. Bis dahin bei bester Gesundheit, starb er plötzlich und unerwartet „an einer Lungenentzündung“, gerade mal 52 Jahre alt.

Die Panzer wurden „natürlich“ trotzdem noch nach Israel geliefert. Doch im Dezember 1991 musste Kohls für Rüstungskontrolle und Geheimdienste zuständiger Kanzleramtsminister Lutz Stavenhagen infolge der Affäre zurücktreten. Nur kurz darauf, Mai 1992, nahm der Mann sein Wissen um mysteriöse Hintergründe und Hintermänner mit ins Grab. Bis dahin bei bester Gesundheit, starb er plötzlich und unerwartet „an einer Lungenentzündung“, gerade mal 52 Jahre alt.



„Bild“, 14. Februar 1991

Im Vorfeld und während des Golfkrieges 1990/91 gab es zusätzliche Liebesgaben an Israel aus bundesdeutschem Kriegswaffenarsenal, beispielsweise die Panzer „Fuchs“. Zuvor hatten „Netz“-Medien die von der zionistischen Propaganda aufgebraachte Horrormeldung verbreitet, Israels Bedrohung durch irakische „Giftgasraketen“ sei durch die Lieferung deutscher Technik an Bagdad verursacht worden.

Am 14. Februar 1991 berichtete die Bayern-Ausgabe der „Bild“-Zeitung:

»Seit Dienstag sind 32 junge Israelis im Allgäu untergebracht. In der Jägerkaserne in Sonthofen. Nach den Raketenangriffen und den Giftgas-Drohungen durch Saddam Hussein hat Bonn dem Staat Israel acht Giftgas-Spürpanzer „Fuchs“ geschenkt. Die israelischen Soldaten werden jetzt für den Einsatz damit ausgebildet. Drei Wochen Schulung unter dem Kommando von Oberst Shimon Azriel.«

Das dem Netz mit jeder Faser verpflichtete Blatt des Springer-Konzerns freute sich über eine Reihe von „Sonder-Maßnahmen für die Gäste aus Israel“, beispielsweise:

»Die Einkleidung der an Sommertemperaturen gewohnten Mannschaft mit Bundeswehr-Parka, Pullover, Stiefel, Feldmütze sowie warmer Unterwäsche.«

Dann der Höhepunkt:

»Koscheres Essen wird mit Bundeswehr-Flugzeugen aus Brüssel eingeflogen, koscheres Geschirr wurde eigens für die Gäste gekauft.«

Zum Glück, beschloss die „Bild“ ihre Berichterstattung, fühle sich die israelische Militärmannschaft gemäß Auskunft des Obersten Azriel nicht dadurch verunsichert, dass man sie in Sichtweite der ehemaligen SS-Ordensburg Sonthofen einquartiert hatte.

Ließ Dönitz grüßen?

Ende der 90er-Jahre kam es zu weiteren Intensivierungen der „militärischen Zusammenarbeit“ zwischen Bundesdeutschland und Israel, beispielsweise durch Lieferung von „Patriot“-Raketen aus deutschen Beständen an den jüdischen Staat. Neue Verträge wurden geschlossen. So meldeten die „Israel Nachrichten“ am 27. November 1998 auf der Titelseite:

»Der neue Staatssekretär im Verteidigungsministerium der Bundesrepublik, Dr. Walther Stützle, und der Generaldirektor des israelischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor d. R. Ilan Biran, haben in Tel Aviv ein Protokoll über die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Israel im Bereich der Militär-Technologie unterzeichnet.«

Zu den bundesdeutschen Schilumim-Waffengeschenken an den jüdischen Staat gehören traditionell auch Unterseeboote. Wobei man gelegentlich den Umweg wählte, dass in England gebaut, von der Bundesrepublik bezahlt und dann von den Briten direkt an Israel geliefert wurde.

Der jüngste Geschenkvorgang betrifft die „Dolphin“, „Tekuma“ und „Leviathan“ aus der U-Boot-Klasse „Delphin“, deren Bau und Lieferung auf deutsche Kosten von Kohls Außenminister Genscher bei seinem Israel-Besuch Anfang 1991 zugesagt wurde. Am 5. August 1999 schrieb das Zentralratsblatt „Allgemeine Jüdische“ sinnigerweise unter der Schlagzeile „Dönitz lässt grüßen. Israel erhält deutsche U-Boote“

»Den sprichwörtlichen großen Bahnhof hat Israel dem ersten von drei in Deutschland gebauten U-Booten am Dienstag vergangener Woche bereitet. Präsident und Regierungsspitze waren in Haifa zur Stelle, als das grünliche Boot, von dem nur der Turm und die Konturen erkennbar waren, mit seinen fünf- unddreißig Mann Besatzung in den Heimathafen

fen Haifa einfuhr. Die neue hochmoderne U-Boot-Waffe bedeutet einen gewaltigen Qualitäts-Sprung für die israelische Marine. Seinen arabischen Nachbarn, vor allem Ägypten, ist nicht wohl dabei. Sie befürchteten, Israel könne sich mit den Booten eine nukleare Zweitschlagkapazität aufbauen.«

Deutschland habe 1,5 Milliarden Mark für diese neue Waffengabe bezahlt, schrieb die „Allgemeine“ beim Eintreffen des ersten geschenkten U-Bootes Marke „Delphin“ in Israel weiter und fuhr fort:

»Auf den Punkt brachte es ein Offizier der Besatzung im Gespräch mit der Zeitung „Haarerz“: „Ich bin der Sohn von Holocaust-Überlebenden. Ich sehe das so: Es ist kein Geschenk, es steht uns zu.“«

Fortsetzung dürfte schon alsbald folgen. Am 20. Februar 2003 brachten die „Israel Nachrichten“, sozusagen zur Einstimmung, auf der Titelseite die Nachricht:

»Die israelische Marine ist am Erwerb von zwei weiteren deutschen U-Booten des Typs „Delphin“ interessiert. Israel und Deutschland hätten in dieser Frage erste Gespräche aufgenommen, meldete „Haaretz“ am Mittwoch.«

Zwischenzeitlich hatten sich die Verdachtsmomente, Israel könnte die ihm von den Deutschen gelieferten U-Boote mit atomaren Marschflugkörpern bestücken, weiter verstärkt. Auch US-Medien brachten Berichte, dass es geschehen sei. Damit wäre Israel neben den USA und Russland zum dritten Land aufgestiegen, das lenkbare Atomwaffen von Unterseebooten starten kann.

Ein Orden für den „deutschen Tiger“

Am 15. April 2002 berichtete die „Frankfurter Rundschau“ in einer längeren Abhandlung über die abermalige Ausweitung der israelisch-deutschen Militärvernetzung und schrieb von

»Zusammenhängen, die der deutschen Öffentlichkeit kaum bewusst sind.«.

Das Blatt zitierte den israelischen Brigadegeneral Reuven Benkler, Militärattache seines Landes in Berlin:

»Die Beziehungen finden alltäglich statt, ununterbrochen. Es sind Arbeitsbeziehungen von Verbündeten.«

<h1>ISRAEL NACHRICHTEN</h1> <h1>חדשות ישראל</h1>		<p>Israel an zwei weiteren U-Booten aus Deutschland interessiert</p> <p>TEL AVIV - Die israelische Marine ist am Erwerb von zwei weiteren deutschen U-Booten des Typs „Delphin“ interessiert. Israel und Deutschland hätten in dieser Frage erste Gespräche aufgenommen, meldete die israelische Tageszeitung „Haaretz“ am Mittwoch. Angesichts des hohen Kaufpreises von etwa 850 Millionen Dollar suche Israel allerdings nach Finanzierungsmöglichkeiten.</p> <p>Deutschland hatte Israel Ende der 90er Jahre drei U-Boote des Typs „Delphin“ geliefert, die nach Spezifizierungen der israelischen Armee in deutschen Werften gebaut wurden. Nach dem Golfkrieg hatte sich Deutschland bereit erklärt, das Projekt fast vollständig zu finanzieren. Israel hat Berichte aus den USA zurückgewiesen, es habe die deutschen U-Boote mit Marschflugkörpern ausgestattet. Nach Angaben von „Haaretz“ wollen deutsche und israelische Armeevertreter in Kürze über die Möglichkeit weiterer Lieferungen sprechen.</p>
<p>DONNERSTAG 20. FEBRUAR 2003 - NR.10315</p>	<p>ש"ח 3.50 (IN EILAT: 3.00 NIS)</p>	<p>יום חמישי י"ח אדר א' תשס"ג</p>
<h2>Neue israelische Armeeoffensive im Gaza-Streifen und Nablus</h2>		
<p>GAZA/RAMALLAH - Die israelische Armee hat bei neuen Offensiven im Gazastreifen und im Westjordanland am Mittwoch ihren Kampf gegen die Infrastruktur des Terrors fortgesetzt. Elf Pa-</p>	<p>Das israelische Militär erklärte, Soldaten hätten vier Werkstätten in die Luft gesprengt, die zur Herstellung von Waffen gedient hätten. Es habe Schießereien mit Palästinensern gegeben. Dabei</p>	<p>internationalen Geberländern teil. Palästinenserchef Jassir Arafat hatte am Freitag eine Umstrukturierung seiner Regierung anekün-</p>

Benkler, so die „Frankfurter Rundschau“ weiter, erzähle

»von den Reisen der Bundeswehrspitzen nach Israel, vom letzten Besuch des israelischen Marinebefehlshabers und von Begegnungen der Logistikchefs beider Armeen in Deutschland, von israelischen Offizieren, die deutschen Geheimdiensten Besuche abstaten ... Und weil die deutsche Armee so professionell arbeitet, sendet Israel nicht nur hohe Offiziere ins Land der Bundeswehr, sondern auch Alpinistentrupps, Ingenieure, Luftwaffen- und Marinesoldaten, erzählt Benkler. Unter Anleitung von Bundeswehrkollegen lernen israelische Soldaten in Flug- und U-Boot-Simulatoren den Umgang mit ihrem Kriegsgerät. Umgekehrt schickt die Bundeswehr Scharfschützen und andere „wichtige Kräfte“ zu Übungen nach Israel.«

Als besonderen Ausdruck solcher „militärischer Harmonie“ wertete die „Frankfurter Rundschau“ folgenden Vorgang:

»Kurz vor seiner Pensionierung zeichnete die israelische Armee den deutschen Heeres-Inspekteur Helmut Willmann voriges Jahr mit einer „Honorary Citation“ aus. Willmann hatte sich als Chef des deutschen Heeres stark für die Zusammenarbeit mit den Israelis engagiert ... Erstaunlicherweise zeichnete die israelische Armee den Deutschen als ersten Nicht-Israeli aus, zudem noch, gegen das Prinzip, für Leistungen außerhalb des Kampfes. Bei der Verleihung des Ordens feierten die Israelis Willmann als den „deutschen Tiger“, produzierten ihm zu Ehren ein Helmut-Willmann-Video, und seine israelischen Kollegen versicherten ihm: „Wenn Du nach Israel kommst, bist Du bei uns zu Hause.“«

Übrigens hatte Willmann auch regelmäßige israelisch-deutsche Heeres-Generalstabsgespräche eingeführt.

Dass unter den befehlsgemäß nach Israel dienstreisenden deutschen Soldaten und Offi-

zieren „vielleicht Enkel von KZ-Wächtern und Wehrmachtssoldaten“ seien, interessiere Israels Militärattache nicht, notierte die „Frankfurter Rundschau“ noch. Für Holocaust-Pädagogik allerdings sei gesorgt:

»Seit 1999 schickt die Bundeswehr jährlich 15 Offiziersanwärter nach Israel, die durchs Land reisen, die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vaschem besuchen und sich bei Übungen in der Negev-Wüste mit israelischen Elitesoldaten messen.«

Was der AA-Chef „durchgehen lässt“

Über den Umfang des Militärtransfers wisse, so die „Frankfurter Rundschau“, außer dem engsten Kreis der Beteiligten niemand Bescheid, auch nicht, wie viele Waffen „am Bundestag vorbei“ nach Israel geliefert worden seien. Es stehe aber fest und sei sogar an offiziell publizierten Zahlen abzulesen, dass kein Land außerhalb der Nato so viel Kriegsgerät aus Deutschland erhalte wie Israel. Die Zeitung fuhr fort:

»Nach Informationen des Militärexperten Otfried Nassauer vom „Berliner Informationszentrum für transatlantische Sicherheit“ bezieht Israel Komponenten aus deutscher Produktion für seine Waffen oder Waffensysteme. Darunter seien Bauteile für Panzer, Lastwagen, Hubschrauber und Flugzeuge, „Optronik“, elektronische Bausteine und Zünder. Dass deutsche Komponenten im Kampf gegen die Palästinenser eingesetzt werden, hält Nassauer „in bestimmten Bereichen“ für „ziemlich wahrscheinlich“.«

In den „politischen Grundsätzen“ der rotgrünen Bundesregierung von Januar 2000 aber heißt es, Export von Kriegswaffen und „kriegswaffen-nahen sonstigen Rüstungsgütern“ sei in solche Länder verboten,

»die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind oder wo eine solche droht«.

Nicht von ungefähr also notierte der „Spiegel“ am 9. Dezember 2002:

»Grünen Puristen stünden sämtliche Haare zu Berge, urteilt ein Berliner Wehrexperte, wenn sie wüssten, was ihr Vormann Joschka Fischer schon alles im Bundessicherheitsrat durchgehen ließ.«

Die Zuchtrute hatte ein israelkritischer Politiker der Grünen bereits 1991 zu spüren bekommen: Christian Ströbele. Als er die irakischen Raketenangriffe auf Israel als

»Konsequenz der israelischen Politik den Palästinensern und den arabischen Staaten, auch dem Irak gegenüber«

bezeichnete, wurde er einem Trommelfeuer der Betroffenheit und Empörung ausgesetzt und musste schließlich, trotz tiefer Verbeugungen, von seinem Amt als Grünen-Sprecher abtreten.

Von „Joschka“ Fischers Verhalten her jedenfalls verwundert es wenig, dass der jüdische Chef des Fritz Bauer-Instituts Prof. Micha Brumlik bei der Bundestagswahl 1998 auf der Titelseite des Zentralratsblattes „Allgemeine Jüdische“ zur Wahl der Grünen aufrief, denn:

»Sie bringen dem Staat Israel eine tragfeste kritische Solidarität entgegen. Israel weiß, was es an Bündnis 90/Die Grünen hat.«

Zugleich zeigte sich Brumlik begeistert darüber, dass die Grünen

»die konsequente Aufhebung des völkischen deutschen Staatsangehörigkeitsrechts sowie eine generöse und verantwortete Einwanderungspolitik befürworten«.

Da könnte man sich fragen, was wohl in Israel los wäre, würde dort eine maßgebliche Persönlichkeit die konsequente Aufhebung des strengstens an nationalen Kriterien ausgerichteten Staatsangehörigkeitsrechts und eine generöse Einwanderung auch von Nichtjuden verlangen.

„Israel bekommt, was es braucht“

Am 3. Mai 2003 schrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“:

»Deutschland habe einen Rüstungsboykott über Israel verhängt: Als vor einigen Wochen derartige Berichte auftauchten, rief das in Berlin einiges Erstaunen hervor. Das habe sie getan, so lauteten die Berichte, um die israelische Regierung zur Mäßigung im Vorgehen gegen die Palästinenser zu bewegen.«

Zunächst sei unklar geblieben, was von diesen Berichten zu halten gewesen sei. Allmählich jedoch würden sich „die Nebel lichten“:

»Substantielle Einschränkungen des lebhaften Rüstungsgeschäfts mit Israel gibt es nicht und eine kurze Phase der Zögerlichkeit ist weitgehend vorüber.«

Bundeskanzler Gerhard Schröder habe vor dem Bundestag klargestellt:

»Ich will ganz unmissverständlich sagen: Israel bekommt das, was es für die Aufrechterhaltung seiner Sicherheit braucht, und es bekommt es dann, wenn es gebraucht wird.«

Die deutschen Schilumim in Form von „Militärkooperation“ mit Israel haben zu einer Entwicklung beigetragen, über deren Ergebnis am 17. September 1999 die „Allgemeine Jüdische“ mit sichtlichem Stolz berichtete:

»Dass Israel eine Waffenschmiede von nicht gerade kleinen Ausmaßen ist, ist hinlänglich bekannt. Jetzt bestätigt es auch die amerikanische Fachzeitschrift „Defense News“ mit aktuellen Zahlen. Danach ist Israel der sechstgrößte Waffenproduzent in der Welt. Sechs israelische Firmen gehören zu den weltweit größten einhundert Rüstungsunternehmen. Nur vier andere Länder — die USA, Großbritannien, Frankreich und Japan — können mehr Hersteller unter den Top Einhundert vorweisen.«

Dr. J. Bar-Tikwah, führender Vertreter der linken israelischen Kibbutzbewegung, schrieb schon 1970 in seiner Sozialgeschichte „Das unheilige Land“ über Militanz im jüdischen Staat:

»Aus Europas krummen, lebensschwachen Juden entstand ein gefährliches Soldatenvolk.«

Bleibt zu diesem Kapitel noch anzumerken, dass Israel Wiedergutmachungszahlungen für eigene Taten konsequent verweigert, obwohl es in immerhin schon fast achthundert Resolu-

tionen der Vereinten Nationen verurteilt worden ist. Typisch dürfte folgender Vorgang sein: Bei zwei Gegenstimmen (die US-amerikanische und die israelische) verpflichtete die UN-Vollversammlung 1997 den Staat Israel zur Zahlung von 1,7 Millionen Dollar an den Libanon wegen des am 18. April des Vorjahres erfolgten Beschusses des UNIFIL-Flüchtlingslagers beim Dorf Kana mit 105 toten Zivilpersonen. Der israelische UNO-Delegierte David Peleg reagierte darauf mit der Ankündigung, sein Land werde keinen einzigen Cent hergeben.

„Wollen jüdischer als Juden sein“

Sichron awotejnu

Der US-jüdische Jurist und Publizist Professor Dr. Franz Oppenheimer warnte die Deutschen in einem Aufsatz (Übersetzung in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 14. Mai 1986) vor

»kollektiver Schuldbesessenheit«.

Der jüdische Philosophieprofessor Ernst Tugendhat schrieb in der „Zeit“ des 22. Februar 1991 von einer

»irrationalen Verarbeitung des Holocausts, was die Deutschen dazu disponiert, einzuknicken, wenn von den Israelis mit dem Finger auf sie gezeigt wird«.

Die auflagenstärkste jüdische Gegenwartautorin Salcia Landmann hat bei den Deutschen eine

»kollektive Bußbereitschaft wegen Auschwitz, die schon lange irrationale, massenpsychotische Elemente birgt«,

diagnostiziert (in: „Welt am Sonntag“, 10. November 1991).

Und von Professor Dr. Julius H. Schoeps stammt die folgende Analyse neudeutscher

Psyche bzw. Psychose (in: „Aufbau“, New York, 15. Februar 2001):

»Die deutsche Gedenkkultur hat fast selbstquälerische Züge angenommen ... Es gibt in Deutschland eine Sucht, jüdischer als die Juden sein zu wollen. Darüber ist noch wenig nachgedacht worden. Es wäre jedoch unbedingt notwendig, denn mittlerweile hat dieses Syndrom krankhafte Züge angenommen.«

Schoeps, einer der bekanntesten und scharfsinnigsten Repräsentanten jüdischen Lebens in Deutschland, Historiker und Direktor des Potsdamer Moses-Mendelssohn-Zentrums, ist Sohn des berühmten preußisch-konservativen Publizisten und Philosophen Prof. Hans-Joachim Schoeps (1909-1980). Der hatte nach Hitlers Machtübernahme, bevor er enttäuscht den Weg in die Emigration antrat, mit seinem „Deutschen Vortrupp — Gefolgschaft deutscher Juden“ dem vaterländischen Judentum im Reich einen Überlebensraum schaffen wollen.

Julius H. Schoeps gibt im Anhang seines Buches „Über Juden und Deutsche“ (Stuttgart/

AUFBAU · No. 4 · February 15, 2001

JÜDISCHES LEBEN IN DEUTSCHLAND 5

Fortsetzung von Seite 4

Deutsche wollen jüdischer sein als die Juden

Starkes Wachstum der jüdischen Gemeinden in Deutschland bringt auch Probleme

Seit Beginn der 90er Jahre hat sich die Zahl der Juden in Deutschland vervielfacht. Das ist erfreulich, bringt aber auch Probleme. Gleichzeitig hat sich in den letzten Jahren die Wahrnehmung der Juden in

Dr. Robert G. Guttmann überlebte als Kind das Budapester Ghetto. Seit 1962

Berlin. Sie kam in den USA als Tochter emigrierter sozialistischer Juden zur

dass diese Rolle eine ganz andere sein wird, wie sie noch von der Clinton-Regierung verfolgt wurde. Bush wird sich viel mehr zurückhalten und kaum mehr direkt intervenieren. Zudem werden sich die USA weniger auf den israelisch-palästinensischen Konflikt, als vielmehr auf den gesamten Nahen Osten konzentrieren, wobei die Beziehung zu Israel weiterhin von besonderer Bedeutung sein wird, unabhängig von der Person des israelischen Premiers. Die USA haben bedeutende strategische Interessen im Nahen

„Aufbau“-Schlagzeile vom 15. Februar 2001

Bonn 1986) den Brief wieder, den ihm sein Vater 1943 im gemeinsamen schwedischen Exil sozusagen ins Stammbuch geschrieben hatte. Darin rief Hans-Joachim Schoeps die dringende Mahnung seines Urgroßvaters in Erinnerung, „sich immer nur jüdisch, gemeint im rassischen Sinne, zu verheiraten“ und fuhr fort:

»Ich gebe Dir diesen Rat, der 5 Generationen vor Dir erteilt wurde, hiermit weiter. Ich erzähle Dir so viel von Deinen Ahnen, weil ich meine, dass jeder Mensch in einer Kette des Blutes und der Erinnerung steht, die für die Juden nach unserem Glauben bis zum Sinai zurück reicht. Das ist ein großes Mysterium: Auch Du hast dort gestanden, auch Dir gelten alle Verheißungen und Strafandrohungen, die Gebote der Thora als Richtschnur für das Leben und die kommende Erlösung von aller Schuld. Das Gedenken der Kette, das sichron awotejnu, ist deshalb für uns so wichtig. Das Heraustreten aus ihr ist der geistige Tod. Aber solange noch ein jüdisches Kind nach seinem Vater Kaddisch sagt, solange gibt es Judentum und — dies das zweite Geheimnis — solange gibt es individuelle Unsterblichkeit.«

„Sichron awotejnu“, vom alten Schoeps bewusst in hebräischen Lettern geschrieben, bedeutet soviel wie „Ehre unseren Vorvätern“, das „Kaddisch“-Gebet gilt dem Andenken Verstorbener.

„Du bist meschugge!“

Das Gebot „Sachor“ (= „Erinnere Dich!“) hatte immer schon eine wichtige Bedeutung bei den Juden. Zweitausend Jahre schworen sie gemäß Psalm 137,5:

»Wenn ich dich je vergesse, Jerusalem, dann soll mir die rechte Hand verdorren.«

Und sie wurden nicht müde zu geloben:

»Das nächste Jahr in Jerusalem.«

Von ihrem gut funktionierenden „historischen Gedächtnis“ zeugt auch der Kanon jüdischer Feiertage: So erinnert das Pessachfest an einen dreitausend Jahre zurückliegenden Vorgang, den Auszug aus Ägypten, zu Sukkot (Laubhüttenfest) reminisziert man die Wanderung durch die Wüste, Chanukka ehrt die Überwindung der Seleukiden vor mehr als zweitausend Jahren, zu Purim erfreut sich die Judenheit des im Buch Esther geschilderten Triumphs über den Erzfeind Haman am persischen Hof nebst Ausrottung seiner gesamten Familie und Anhänger vor zweieinhalb Jahrtausenden.

Über deutsche Nacheiferei und Nachäfferei aber, offenbar Symptom der von Julius H. Schoeps angesprochenen „Sucht“, höhnte das Zentralratsblatt „Allgemeine Jüdische“ auf seiner Titelseite am 5. Oktober 1995:

»In den Volkshochschulen zwischen Pinneberg und Garmisch-Partenkirchen, Wanne-Eickel und Chemnitz wird Hora getanzt und Kugel gekocht, in deutschen Zeitungen finden sich Abhandlungen über „Talmud und Organtransplantation“ oder den „Einfluss der Kabbala auf die frühromantische deutsche Literatur“, in Schulen und Kindergärten trifft man auf viele kleine Saras, Benjamins und Rafaels.«

Die Bundesdeutschen würden sich heute „mit großem Eifer“ damit beschäftigen, „jüdisches Leben und jüdische Kultur nachzuspielen“. Keine Stadt wolle auf ihr „deutsch-jüdisches Kulturfestival“, auf „Tage des jüdischen Films“ oder „Wochen jiddischer Volksmusik“ verzichten, und selbst bei Einweihungen eines jüdischen Museums oder einer jüdischen Schule würden hochrangige Politiker auftauchen. Insgesamt sei die Bundesrepublik zu einem Land geworden, dessen Bewohner „eine folkloristische Kopie jüdischen Lebens“ zelebrierten.

Möglicherweise am treffendsten aber hat der Gaststättenbetreiber und Schuhhändler Gabriel Lewy (israelisch-deutscher Doppelpassbesitzer)

das Phänomen beurteilt. Zu seiner „ständigen Begleiterin“, der von Israel wie besessenen Schauspielerin Iris Berben, sagte er:

»Du bist meschugge. Du bist jüdischer als viele Jüdinnen, die ich kenne.«

Berben, als Jugendliche von dem aus der israelischen Kleinkriminellenszene stammenden, später dann lange Zeit im Münchner Drogenmilieu versumpften Abraham Reichstadt (Künstlername: Abi Ofarim) dem Jüdischen geöffnete Nichtjüdin von Geburt, ist ewig unterwegs, um „an Auschwitz zu erinnern“ und Reklame für Israel zu machen. In einem Interview mit dem Magazin „vivan“, Nr. 43/2000, bekundete sie:

»Meine Gedanken und mein Herz sind in Israel, das ist ganz klar.«

Im Berliner „Tagesspiegel“ vom 23. Dezember 2001 äußerte sie über ihre, so wörtlich, „Liebe zu Israel“:

»Dieses Land und seine Leute sind meine zweite Heimat.«

Kurz zuvor, am 9. Dezember 2001, hatte sie in der „Bild am Sonntag“ Israel geraten (und zwar „mit geballten Fäusten“, wie dem „BamS“-Reporter auffiel), auf Palästinenser-Anschläge

»mit Bomben zu antworten«.

Ferner bekundete sie bei dieser Gelegenheit, sie sei

»vernarrt in Israel und seine Menschen«.

Und sie „outete“ sich:

»Manchmal flüchte ich regelrecht aus diesem satten Deutschland nach Israel. Denn dort spüre ich, dass einem die Menschen viel mehr Lust am Leben geben.«

Der laut eigenem Lebensgefährten meschuggenen, aber als Werbeträgerin offenbar für sehr geeignet befundenen Iris Berben wurde 2001 vom israelischen Botschafter in Deutschland Shimon Stein im Kaisersaal der Münchner Residenz der „Scopus Award“ der Hebräischen Universität Jerusalem verliehen. 2002 bekam die Schauspielerin auch noch den Leo-Baeck-Preis des Zentralrats der Juden. Die Laudatio hielt Michel Friedman, der im folgenden Jahr vom Drogendezernat der Kripo als Kokser überführt wurde.

In Ohnmacht gefallen

Viele nichtjüdische deutsche Vertreter und Aktivisten bundesrepublikanischer Pro-Israel-Gruppierungen betreiben Mimikry grotesken Ausmaßes, verüben „Auschwitzbewältigung“ bis



Iris Berben in „Rennschwein Rudi Rüssel“

zum Exzess und gerieren sich darüber hinaus oft israelischer, als selbst für den Zionismus entflammte Juden es tun.

In der Deutsch-Israelischen Gesellschaft beispielsweise trifft man manche solcher Übereifrigen an. Die DIG zählt zu jenen Organisationen in der Bundesrepublik, die über erheblichen Einfluss verfügen, in der Öffentlichkeit jedoch wenig bekannt sind. Zahlreiche hochrangige Politiker wirkten und wirken mit. Zusammen könnten sie mehrere Kabinette auf Landes- und Bundesebene bilden. Führende Vertreter aus gesellschaftlichen Leitungsgremien, Wirtschaft und Medien geben sich in der DIG ein Stelldichein. Das Credo aller lautet:

»Israel braucht mehr denn je gute und zuverlässige Freunde. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft ist die Organisation der Freunde Israels.«

Als DIG-Präsident fungiert Professor Manfred Lahnstein, der ehemalige sozialdemokratische Bundesfinanzminister (1980-82), langjährige Manager des Bertelsmann-Konzerns und Aufsichtsratsvorsitzende der Bundesdruckerei GmbH, der auch dem Aufsichtsrat der Universität Haifa angehört und über Rockefellers Trilaterale Kommission mit dem internationalen Insidertum vernetzt ist. Lahnstein ist nichtjüdisch, seine Gattin, die Management-Expertin Sonja Lahnstein-Kandel, gehört der jüdischen Gemeinde Hamburgs an und ist u. a. als Vorsitzende des „Council for a Beautiful Israel“ hervorgetreten. Ihr Gatte hat sich hin- und mitreißen lassen.

Doch ein „Cherchez la femme“ allein taugt nicht zur Erklärung. In einem Interview mit dem Magazin „chrismon“ vom 9. September 2002 antwortete Lahnstein auf die Frage, welches

persönliche Erlebnis er am meisten mit Israel verbinde:

»Das war 1966 der Besuch in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem. Ich bin 1937 geboren, war also 29 Jahre alt. Wir hatten über unsere jüngere Geschichte in der Schule so gut wie nichts gehört, kannten auch keine Juden. Es waren ja keine mehr da. Dann kam ich nach Yad Vashem, da war ein unheimlich einfacher, beeindruckender Raum. Da waren die Tafeln mit den Namen der Konzentrationslager, in der Mitte eine Flamme, und das war es. Aber dann packte mich der Raum auf einmal an. Da bin ich ohnmächtig geworden und zusammengebrochen.«

In einem Titelseiten-Interview mit dem Zentralorgan des Zentralrats der Juden in Deutschland, der „Allgemeinen Jüdischen“, 20. Dezember 2001, antwortete Manfred Lahnstein auf die Frage, wie sich bei der DIG „die praktische Solidarität mit dem jüdischen Staat“ ausdrücke:

»Zunächst einmal dadurch, dass wir in unserer gesamten Arbeit für die Sache Israels werben. Bei politischen Entwicklungen, wenn sie denn grundlegender Natur sind, äußern wir uns auch zentral, laut und vernehmlich.«

Im Pressegespräch mit „chrismon“ betonte der DIG-Chef:

»Israel ist eine Demokratie und ein Rechtsstaat. Da werden die Menschenrechte geachtet.«

Auf den Vorhalt der durch ihre Reisereportage aus Israel und den besetzten Gebieten bekannt gewordenen Journalistin Julia Deeg, sie wisse aber von palästinensischen Folteropfern, denen man beispielsweise „mit Zigaretten Verletzun-

DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT

BONN • BERLINER FREIHEIT 26

*Sammelbecken für alle
Freunde Israels
in der Bundesrepublik*

Gründungswerbung der DIG

gen in die Haut gebrannt“ habe, entgegnete Lahnstein:

»Na, na!«

„Alle Bestrebungen für Israel“

Im Programm der Lahnstein'schen Gesellschaft, den „Leitsätzen der DIG“, heißt es u. a. :

»Die Deutsch-Israelische Gesellschaft ist die zentrale Organisation in der Bundesrepublik Deutschland, in der sich Freunde Israels in überparteilicher Zusammenarbeit zusammenfinden, um in Solidarität mit dem Staat Israel und seiner Bevölkerung zu wirken

Die DIG unterstützt und fördert alle Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, dem Staat Israel und seinen Bürgern Frieden, ein Leben in anerkannten und sicheren Grenzen, in wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit zu gewährleisten.

Die DIG engagiert sich für einen Frieden im Nahen Osten, der die Lebensfähigkeit Israels dauerhaft sichert. Sie tritt für eine Verständigung zwischen allen Völkern der Region ein.

Die Arbeit der DIG geht von dem Wissen um die von Deutschen zu verantwortenden Verbrechen an den Juden während der Jahre 1933 bis 1945 aus.

Als konkreter Beitrag ergibt sich für die DIG daraus, Vorurteilen gegenüber Juden in der deutschen Bevölkerung entgegenzuwirken sowie Antisemitismus und Antizionismus entschieden zu bekämpfen.«

Einfluss nehmen will man erklärtermaßen „vornehmlich“ auf die Regierung und die politischen Parteien.

Zur Gründungsgeschichte der DIG teilt das Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in seinem „weltpolitik.net“ mit:

»Erst die Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Jahre 1965 bot die Gelegenheit, schon im Folgejahr die Deutsch-Israelische Gesellschaft zu gründen. Ziel war es, eine Organisation zu schaffen, die innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik für das Recht auf einen lebensfähigen jüdischen Staat eintreten sollte. Die Initiative zur Gründung der DIG ging von wichtigen Persönlichkeiten der Politik aus. Die Besetzung des Kuratoriums, dem u. a. Altbundeskanzler Konrad Adenauer, der seinerzeitige Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier und sein Stellvertreter Carlo Schmid angehörten, wies auf die hohe Bedeutung hin, die der DIG von Seiten der Politik beigemessen wurde. Es war das Ziel der Gesellschaft und der 1971 als Partnerorganisation gegründeten Israelisch-Deutschen Gesellschaft (IDG), „die politisch verantwortlichen Kräfte beider Länder für ein Engagement zu gewinnen“.«

Erster DIG-Chef war Gerhard Jahn, Sozialdemokrat und Bundesminister. Ihm folgte 1967 der von Vaters Seite herkunftsjüdische Ernst Benda, CDU-Bundesinnenminister der Großen Koalition, später Präsident des Bundesverfassungsgerichtes. Ihn löste an der DIG-Spitze 1972 Heinz Westphal ab, zeitweiliger SPD-Bundesminister. Dann trat 1977 der langjährige Hamburger CDU-Chef väterlicherseits jüdischer Herkunft Erik Blumenfeld an die Täte der Gesellschaft. Abgelöst wurde er 1991 vom Bremischen Bürgermeister und Bundesratspräsidenten a. D. Hans Koschnick. Diesen wiederum hat 1994 der bereits vorgestellte Manfred Lahnstein „beerbt“.

Als Lahnsteins DIG-Vizepräsidenten fungieren:

— Christian Bala, Sozialwissenschaftler an der Ruhr-Universität Bochum mit guten Verbindungen zum einflussreichen American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) in den USA, der wichtigsten Israel-Lobby Amerikas,

Marieluise Beck von den Grünen, Ausländerbeauftragte der Bundesregierung,

Anke Eymer, CDU-Bundestagsabgeordnete, stellvertretende Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend,

Jochen Feilcke, ehemaliger Bundestagsabgeordneter, vom Zentralverband der Berliner Arbeitgeberverbände,

Joachim Krüger, Chef zugleich der DIG-Arbeitsgemeinschaft Sachsen-Anhalt mit Sitz in Magdeburg.

Dirk Niebel, MdB der FDP, arbeitsmarktpolitischer Sprecher seiner Fraktion im Bundestag, Vizechef der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe,

Reinhold Robbe, SPD-Bundestagsabgeordneter, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, ebenfalls in der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe maßgeblich, nicht minder in der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und — nicht zu vergessen — auch Mitglied der Frühstücksgesellschaft des Hohen Hauses,

Waltraud Rubien, die auch im Jüdischen Nationalfonds Keren Kayemeth Lelsrael maßgeblich mitwirkt.

Dem erweiterten DIG-Präsidium gehören u. a. an.

Dr. Heinrich Bartel, Bundeszentrale für Politische Bildung,

Imrich Dinath, Präsident der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Wirtschaftsvereinigung,

Yoram Ehrlich, Synagogengemeinde Saar, Esther Haß, Vorstand der jüdischen Gemeinde Kassel,

Helmut Klotz, Leiter des Leipziger Synagogal-Chors,

Roland Neidhardt, Synodaler der Evangelischen Kirche, Träger der Buber-Rosenzweig-Medaille der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit,

Gernot Römer, Publizist, langjähriger Chefredakteur der „Augsburger Allgemeinen“.

„Demonstrativ im Knopfloch“

Aktiv in der DIG ist übrigens auch der gelegentlich als „rechts“ eingestufte ehemalige Hamburger Innensenator Ronald Schill. Lange bevor Scharon zur Tat schritt, hatte er Israel geraten, einen Wall gegen die Palästinenser zu errichten.

»Schill trägt das Emblem der Deutsch-Israelischen Gesellschaft demonstrativ im Knopfloch«,

berichtete der Berliner „Tagesspiegel“ am 5. September 2001 und zitierte den Ex-Richter und Neu-Politiker wie folgt:

»Da bin ich schon lange Mitglied. Es ist geradezu die Pflicht jedes Deutschen, Israel in dieser schwierigen Lage zu unterstützen. In Israel muss eine Mauer gebaut werden, anders kann es sich gegen die palästinensischen Terroristen gar nicht zur Wehr setzen.«

Laut „Focus“ vom 12. August 2002 hatte sich Schill mit seiner Partei für die Bundestagswahl vorgenommen, Möllemann im Berliner Kabinett zu verhindern, selber Bundesminister zu werden, dann zu Scharon zu pilgern und diesem klarzumachen,

»dass wir ohne Wenn und Aber zu Israel stehen«.

Die DIG verfügt nach eigenen Angaben über ca. 5500 Mitglieder in 48 örtlichen Verbänden, den „Arbeitsgemeinschaften“. Man bringt ein „DIG-magazin“ heraus, hält

»Deutsch-Israelische Konferenzen unter Beteiligung von Abgeordneten der Knesset und des Bundestages«

ab und steckt auch hinter einem „Israelisch-Deutschen Jugendforum“. Die israelische Parallelgesellschaft IDG wird von den ehemaligen Botschaftern des jüdischen Staates in der Bun-

DIG-Auftritt im Zentralratsblatt

74 BERLIN Jüdische Allgem

„Das Israelbild verbessern“

Jochen Feilcke über die Aufgaben der Berliner Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Wie reagiert die DIG Berlin auf die ständige Eskalation des Konflikts in Nahost? ... Die Substanzfrage ist es nicht Israel, die Deutsch-Israelischen Gesellschaft eine Dauerthema. In der Tat ist die aktuelle Situation ... Momenten ist es nicht immer jüdisch, die Lage in Israel der Öffentlichkeit zu erklären. Es gibt sehr viele Vorurteile, die jetzt hinter die Kritik an der aktuellen Politik verdrängt werden. Schon immer haben wir uns für die Befreiung des Staates Israel und der Juden, sichtbar wird dies auch an der Medienberichterstattung der vergangenen Monate, die häufig verflücht und manipuliert war.

„Deshalb will die DIG Berlin die Freunde Israels in sehr viel stärkerem Maße als bisher zusammenbringen. So wollen wir unter anderem mit der Landeszentrale für Politische Bildung, der Jüdischen Gemeinde und der Jüdischen Volkshochschule in Berlin und den politischen Stiftungen eng zusammenarbeiten. Dabei wird es nicht nur um die Koordinierung von Terminen gehen, sondern auch darum, sich gemeinsam an die deutsche Öffentlichkeit zu wenden, um das Israelbild in Deutschland, speziell in den deutschen Medien zu verbessern.“

Erstmals in diesem Jahr war ein Friedenspreis, Asche das Anarchist für ... Hingegen in Klaffchen Zusammenhören ist“



„Den Berliner und Brandenburger“

desrepublik Ascher Ben-Nathan, Avi Primor und Itzhak Ben-Ari geführt. Einer der Maßgeblichen in der Israelisch-Deutschen Gesellschaft ist auch Johannes Gerster, früherer CDU-Bundestagsabgeordneter und seit 1997 Leiter der Jerusalemer Niederlage der Konrad-Adenauer-Stiftung. Vernetzt sind DIG und IDG mit ähnlichen „Freundschaftsgesellschaften“ in Österreich und der Schweiz, was u. a. in „Vier-Länder-Konferenzen“ Ausdruck findet.

Gelegentlich wendet sich die DIG unmittelbar an die Öffentlichkeit. Das war zum Beispiel bei einem Infostand auf der Zeil in Frankfurt am Main am 7. Mai 2003 zum Staatsgründungsfeiertag Israels der Fall. Aus dem DIG-Internetbericht über die Aktion:

»Solidarität mit Israel zeigen, geschmückt mit den israelischen Fahnen, mit dabei auch Freunde vom Jüdischen Nationalfonds und von der Vereinigte Israel Aktion ... Als eine gute Idee erwies sich unser Gewinnspiel, für das EL AL Israel Airlines den Hauptgewinn — einen Flug nach Tel Aviv — gestiftet hatte. Das uns vom Israelischen Verkehrsbüro freundlicherweise überlassene attraktive In-

formationsmaterial fand viele Interessenten

... Unter dem reichhaltigen Informationsangebot der israelischen Botschaft war „Israel von A-Z“ der absolute Renner ... An unserer Pinnwand gab es eine Einschätzung der aktuellen Lage von Prof. Manfred Lahnstein und ein Interview mit dem israelischen Ministerpräsidenten Sharon wie auch — last but not least — ein Grußwort des israelischen Botschafters Shimon Stein.«

Nicht zuletzt die Förderung von Israels Geschäftstüchtigkeit steht auf dem Programm der Vereinigung. Weshalb es Jochen Feilcke, einer der Lahnstein-Vize und zugleich Vorsitzender der DIG-Arbeitsgemeinschaft Berlin, in einem Interview mit der „Jüdischen Allgemeinen“ vom 14. Februar 2002 nicht nur für dringend angezeigt erachtete,

»das Israelbild in Deutschland, speziell in den deutschen Medien, zu verbessern«, sondern auch als vordringlichen Programmpunkt verkündete:

»Wir wollen Berliner und Brandenburger Unternehmer anregen, sich stärker mit dem Thema Israel zu befassen. Israel besitzt eine

hoch entwickelte High-Tech-Industrie. Das Land hat so viele Startup-Unternehmen wie ganz Europa zusammen. Unterschiedlichste Formen der Zusammenarbeit bieten sich so geradezu an. Wir wollen dazu anregen, indem wir Informationen zur Verfügung stellen und Kontakte vermitteln.«

Kathartische Charakterwäsche

Gemeinsame Veranstaltungen unternimmt die DIG unter anderem mit der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (ASF). Mit Presseorganen wie der „Welt“ des extrem proisraelischen Springer-Konzerns hat die DIG eine „Medienpartnerschaft“ geschlossen.

Die ASF-Sühnezeichler schicken seit über 40 Jahren junge Deutsche, die sich wegen der Verbrechen der Hitlerzeit mit Schuld bzw. Verantwortung beladen fühlen, zur freiwilligen und unbezahlten Bußarbeit nach Israel (auch nach Polen, Russland usw.)

Zehntausende haben die angeblich für Individuum und Volk wohltuende kathartische Sühnetour schon hinter sich gebracht. Diese besteht u. a. aus Landwirtschaftsarbeiten in den Kibbutzim der Zionisten, sozialen Diensten für geistesranke, körperlich behinderte oder sonst pflege- und zuwendungsbedürftige Juden, Instandsetzungsarbeiten bzw. Unkrautjäten in Holocaust-Gedenkstätten sowie „Holocaust-Erinnerungsarbeiten“, zu welchen die Sühnezeichler bei ihren Israel-Aufenthalten vor allem

von der Alfred Wiener Collection, dem Beit-Wolyn-Zentrum für Shoah-Forschung, dem Leo-Baeck-Institut und der Zentralgedenkstätte Jad Vaschem angehalten werden. Seit 1970 ist der Dienst für ASF in der Bundesrepublik Deutschland als Wehersatzdienst anerkannt.

Längst schon drängen Deutsche, welche den mit massiver volkspädagogischer „Charakterwäsche“ (ein Wort von Schrenck-Notzings) verbundenen Frondienst absolviert haben, auch in Führungsetagen der Politik vor. Beispielsweise diente die Bundesministerin für Bildung und Forschung Edelgard Bulmahn (Jahrgang 1951) nach ihrem Abitur ein Jahr lang im israelischen Kibbutz Bror Chail. Als Kabinettsmitglied in Berlin verwendet sich die Sozialdemokratin mit großer Energie für die Förderung israelischer Universitäten und sonstiger Forschungsstätten. Über eine Festveranstaltung „25 Jahre deutsch-israelische Wissenschaftsbeziehungen“ in Berlin hieß es am 23. März 2000 in den „Israel Nachrichten“:

»Der israelische Wissenschaftsminister Matan Wilnai betonte, dass Deutschland in den vergangenen 25 Jahren zum zweitwichtigsten Kooperationspartner Israels in der Forschung geworden sei — nach den USA. Ministerin Bulmahn sagte, Deutschland habe mehr als 500 Forschungsvorhaben gefördert ... Beide Seiten versicherten, dass die Zusammenarbeit künftig noch ausgebaut werden soll.«

Schöpfer der „Aktion Sühnezeichen“ war der evangelische Theologe Lothar Kreyszig (1898-



Aktion Sühnezeichen im Internet

1986), in dessen ASF-Gründungsaufwurf von 1958 es hieß, dass

»wir Deutschen mehr als andere unmes-
sbares Leiden der Menschen verschuldet und
in frevlerischem Aufstand gegen Gott Millio-
nen von Juden umgebracht haben«.

Über die deutsche Teilung äußerte der Chef-
sührer:

»Es ist gut, dass eine politische Katastrophe
diesen Ereignissen folgte. Auf solche Weise
müssen die Deutschen doch begreifen, wie
schwer die Sünde des Nationalsozialismus
wiegt.«

Kreyssig träumte von der Einheit der Christen
in einer Ökumene, die auch die Juden umfas-
sen sollte — aus mosaischer Sicht zweifellos
ein furchtbarer Frevel, der sich durch noch so
viel Sühnerei nicht ausgleichen lässt.

Das Lexikon „Prominente ohne Maske. 1000 Le-
bensläufe einflussreicher Zeitgenossen“ (Mün-
chen 2001) bringt folgendes Curriculum vitae
des langjährigen ASF-Spitzenfunktionärs in
Kreyssigs Nachfolge, Klaus Geyer:

»Als Vorstandsvorsitzender der „Aktion Süh-
nezeichen“ bis 1993, eines mit erheblichen
Mitteln der evangelischen Kirche und sons-
tigen Steuergeldern finanzierten Vereins, der
Abertausende junge Deutsche zur unentloh-
ten „Sühnearbeit für Hitlerverbrechen“ bei-
spielsweise in israelische Kibbutze geschickt
hat, als Mitherausgeber der Zeitschrift „Jun-
ge Kirche“ und via Predigten von der Kanzel
hat der Pfarrer (gebürtiger Berliner, Jahrgang
1941) unaufhörlich deutsche Schuld und
Scham wegen Krieg und Auschwitz pro-
pagiert. Keine Anklage gegen das eigene
Volk war ihm scharf genug, als dass er sie
nicht noch verschärft hätte. 1998 war er
selbst Angeklagter: Die Schwurgerichts-
kammer beim Landgericht Braunschweig
verurteilte ihn zu acht Jahren Gefängnis. Er
hatte im Jahr zuvor seine Frau, SPD-Ortsbür-
germeisterin von Beienrode, erschlagen, sie

dann als vermisst gemeldet und Polizei und
Bevölkerung um barmherzige Mithilfe bei der
Suche nach ihr gebeten. Die Tat war Aus-
druck einer „affektgeladenen Beziehungskri-
se“: Geyer hatte mehrere Geliebte, seine
Frau wollte die Scheidung; er befürchtete ei-
nen Skandal und den Verlust seiner Ämter
und rastete sozusagen aus. So stellte es das
Gericht fest, weshalb der Angeklagte, vor al-
lem mit Hilfe eines extrem verständnisvollen
Gutachters, nur wegen Totschlags verurteilt
wurde. Beim Prozess kam übrigens auch he-
raus, dass der einstige oberste Sühnezeich-
ner der Republik bereits mehrfachen Dieb-
stahl auf dem Kerbholz hatte.«

„Verwirklichte Hoffnung Israel“

Pro-Israelizismus in teils exzessiver Ausprägung
liegt auch bei den Gesellschaften für Christlich-
Jüdische Zusammenarbeit vor, von denen es
nicht weniger als 79 in Deutschland gibt und
die ein Netzwerk über die Grenzen der Bundes-
republik hinaus bilden. Sie sind eng verbunden
mit dreißig gleichartigen Vereinigungen in aller
Welt, welche zusammen einen „Internationalen
Rat der Christen und Juden“ konstituieren.

Das bundesweit oberste Leitungsorgan nennt
sich „Deutscher Koordinierungsrat“. Nach des-
sen Angaben wirken „ca. 20 000 Mitglieder,
Freunde und Förderer“ in Deutschland mit. Was
die Finanzen betrifft, erfährt man aus dem
Hauptquartier via Internet:

»Wie der Deutsche Koordinierungsrat wer-
den auch die Einzelgesellschaften überwie-
gend aus öffentlichen Mitteln, aus Mit-
gliedsbeiträgen und Spenden finanziert.«

Die Gesellschaften veranstalten Jahr für Jahr
eine „Woche der Brüderlichkeit“ mit Motti wie
— »Verwirklichte Hoffnung — 40 Jahre Staat
Israel

— Zionismus — Befreiungsbewegung des jüdi-
schen Volkes

Antizionismus — Neue Formen der Judenfeindschaft«

und verleihen seit 1968 alljährlich die „Buber-Rosenzweig-Medaille“, benannt nach dem berühmten Rabbiner und Zionisten Martin Buber und dessen Mitstreiter Franz Rosenzweig. Preisträger 2003 war Bundesaußenminister Joseph „Joschka“ Fischer, die Laudatio auf ihn hielt Paul Spiegel, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland. Gewiss zu begrüßen war die Auszeichnung zweier jüdischer Wegbahner einer wahrhaftigen Versöhnung mit den Deutschen, Hans Günther Adler (1974) und Yehudi Menuhin (1989).

Als Schirmherr des Koordinierungsrates wirkt Bundespräsident Johannes Rau (auch er Buber-Rosenzweig-Medaillenträger), der ohnedies unermüdlich „Solidarität mit Israel“ predigt und dies auch bei seinen bislang schon mindestens vierzig Reisen in den jüdischen Staat praktiziert hat.

Im Koordinationsrats-Präsidium der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit sitzen:

Landesrabbiner Dr. h.c. Henry G. Brandt (als Repräsentant des Judentums),

Professor Dr. Berndt Schaller (vertritt den evangelischen Teil der Bewegung),

Dr. Eva Schulz-Jander (von katholischer Seite).

Dem Kuratorium des Koordinierungsrates gehören jüdischerseits u. a. an:

Arno Lustiger, Frankfurter Publizist, auch Ehrenvorsitzender der Zionistischen Organisation in Deutschland (ZOD),

Andreas Nachama, ehemaliger Chef der Berliner jüdischen Gemeinde,

Rachel Salamander, Münchner Publizistin.

Außerdem findet man im Kuratorium z. B. noch folgende mehr oder minder prominente Menschen:

- Wolfgang Benz, Leiter des Berliner Instituts für Antisemitismusforschung,

Hans Koschnick, Bremer Bürgermeister a. D., ehemaliger Chef der Deutsch-Israelischen Gesellschaft,

Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung,

Christa Nickels, Staatssekretärin a. D.,

Jobst Plog, Intendant des Norddeutschen Rundfunks,

Dieter Stolte, Herausgeber der Tageszeitung „Die Welt“, Ex-ZDF-Intendant,

Rita Süßmuth, ehemalige Bundesministerin und Bundestagspräsidentin außer Diensten,

Ekkehardt Wesner, Repräsentant der Volkswagen AG.

Zu den Ursprüngen der Gesellschaften teilt der Koordinierungsrat mit:

»Federführend beim Aufbau waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der amerikanischen Besatzungsmacht im Rahmen ihres Erziehungsprogramms der Deutschen zur Demokratie.«

So entstand denn auch die erste Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, gegründet im Juli 1948 in München, „auf Anregung der Amerikaner“. Den Koordinierungsrat gibt es seit November 1949.

Als besonders wichtig werten die Gesellschaften in eigener Sache ihre Teilhabe an der Initiierung bzw. Inszenierung folgender Unternehmungen:

»Anerkennung Israels,

Aussetzung der Verjährung von NS-Verbrechen,

Revision des christlichen Religionsunterrichts,

Überwindung von Antijudaismus in Theologie und Kirche,

Verständigung und Zusammenarbeit zwischen Christen und Juden,

„Wiedergutmachung“ an den Überlebenden des Holocausts.«

Die „historische deutsche Schuld“ an Hitlers Verbrechen will man permanent vor Augen füh-

ren, bei der „Entfaltung freien, ungehinderten jüdischen Lebens in Deutschland“ mithelfen und überdies

»der Selbstbesinnung in den christlichen Kirchen hinsichtlich der in ihnen theologisch begründeten und geschichtlich verbreiteten Judenverachtung und Judenfeindschaft«

dienen. „Solidarität mit dem Staat Israel“ verkünden die Gesellschaften litaneisch. Das Eintreten für den jüdischen Staat wird in ihren Publikationen als „Grundpfeiler“ bezeichnet. In einer Solidaritätsadresse der Gesellschaften an Frau Hamm-Brücher (Trägerin der Buber-Rosenzweig-Medaille) nach deren scharfen Anti-Möller-Attacken und erneuten exzessiven Treuebekundungen für Israel hieß es im Juni 2002:

»Mit Ihrer Haltung sind Sie einmal mehr den Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und der gesamten Bundesrepublik Deutschland ein Vorbild geworden im sensiblen Umgang mit den jüdischen Bürgern unseres Landes und der Grundsolidarität mit Israel.«

Die FDP aber wurde vom Koordinierungsrat in der Causa Möller aufgefördert,

»deutlich ihr Fehlverhalten gegenüber dem Zentralrat der Juden und dessen Vizepräsidenten Michel Friedman einzugestehen«.

„Der Festakt als Farce“

Wenn es irgendwie gegen Israel geht oder auch nur zu gehen scheint, stehen die Gesellschaften wie im Wimpernschlag geharnischt auf dem Blachfeld. Das haben beispielsweise ihre Reaktionen auf die christliche Gottesdienstordnung des „Weltgebetstages der Frauen 2003“ gezeigt. Weil darin das Gebet einer Palästinenserin vorkam, die den lieben Gott um Hilfe bei der Rückkehr in „unsere rechtmäßige Heimat“ ersuchte, wurde Protest erhoben: Bei der Fürbitte handele es sich um „Desinformation“ und die gebetliche Verurteilung „der Besetzung des Landes der Palästinenser“ sei, so befanden die Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit,

»eine Position, die darauf hinausläuft, das Existenzrecht des Staates Israel in Frage zu stellen«.

Vom deutschen Weltgebetstagskomitee sei „diese Tendenz sogar noch verstärkt“ worden, denn es habe angeregt, Altäre mit Hausschlüsseln zu schmücken, wie sie als Symbol für die



Zentralratsblatt-Kritik an der „Woche der Brüderlichkeit“

alte Heimat von Familien palästinensischer Flüchtlinge aufbewahrt werden. Empörter Kommentar des Koordinierungsrates:

»Man stelle sich das Schlüsselsymbol einmal auf dem Altar eines Gotteshauses in der Bundesrepublik Deutschland vor, in dem das Schicksal der nach 1945 vertriebenen Sudenteutschen bzw. ihrer Nachkommen angesprochen wird!«

In einer Stellungnahme des Koordinierungsrates vom Februar 2003 hieß es:

»Christliche Theologie und Frömmigkeit, die diesen Namen verdient, darf und kann nicht Israel-vergessen sein, und das gilt auch im Hinblick auf den Staat Israel.«

So wünschen sich die Gesellschaften beispielsweise bei Gebeten zu Gott in den Kirchen demonstrativ und obligatorisch den Hinweis auf

»Dein Volk Israel«

als Abschluss, direkt vor dem Amen.

Der Koordinierungsrat geißelt deutsche Medien als angeblich zu israelkritisch. In einer entsprechenden Anklageschrift vom April 2002 hieß es:

»Die israelische Seite wird in erster Linie als brutale Täter dargestellt, die palästinensische als bloßes Opfer.«

Dieses sei

— »Schüren antiisraelischer Stimmung,
_ als Antizionismus getarnter Antisemitismus«.

Sorge und Mitgefühl gelte auch palästinensischen Opfern, wird vom Präsidium des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit betont, doch gleichzeitig unmissverständlich klar gestellt, wer schuldig, wer unschuldig ist:

»Die von Israel ausgehenden Gegenmaßnahmen verstehen wir als Mittel der Abwehr und des Selbstschutzes.«

Trotz alledem wird den Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit israelischerseits immer mal wieder der Hosenboden

stramm gezogen. Vor allem die „Woche der Brüderlichkeit“ begleitet man dann mit Häme.

»Der Festakt als Farce ... Seit fünfzig Jahren wirkungslos: „Woche der Brüderlichkeit“.«

So lauteten beispielsweise die Schlagzeilen in der „Allgemeinen Jüdischen“ am 30. März 2000. Und in der Ausgabe des 1. März 2001 war wegwerfend von einer „ritualisierten Form des Dialogs“ die Schreibe. Den Gesellschaften wurde in diesem Beitrag des Zentralrats-Zentralorgans beispielsweise vorgeworfen:

»Sie sprechen von gegenseitigem Verständnis. Wie weit ist es damit her, wenn Veranstaltungen der Gesellschaften am Schabbat stattfinden?«

»Wie kann ein Dialog stattfinden, wenn der jüdische Partner praktisch nicht anwesend ist?«

»Juden werden wieder einmal auf die Opferrolle reduziert.«

»Manche jüdische Mitglieder fühlen sich untergebuttert.«

Einhundertzweiunddreißig Bundestagsabgeordnete ...

Die Frage, was politische Gestalten von solch unterschiedlicher Färbung wie beispielsweise

Angela Merkel, CDU/CSU-Fraktionschefin im Deutschen Bundestag,

Reinhold Robbe, SPD-Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Bundestages,

Dirk Niebel, FDP-Fraktionssprecher für Arbeitsmarktpolitik im Bundestag,

Jerzy Montag, Abgeordneter der Grünen im Hohen Haus zu Berlin und bayerischer Landesvorsitzender seiner Partei,

Petra Pau, PDS-Bundestagsmitglied,

miteinander verbindet, beantwortet sich wie folgt: Alle Genannten sind

»ausgesprochene Freunde Israels, die Zeichen der Solidarität setzen«.

So jedenfalls hat die Bundestagsvizepräsidentin und Bundesministerin a. D. Anke Fuchs (SPD) das Wesen und Wollen der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe im Bundestag charakterisiert, in welcher die Aufgelisteten gemeinsam aktiv sind.

Frau Fuchs muss wissen, was gespielt wird. Sie stand über viele Jahre, bis 2002, an der Spitze der 1971 gegründeten Abgeordnetenvereinigung. Wobei unter ihrem Vorsitz etliche Prominente erheblichen politischen Kalibers in der Parlamentariergruppe gedient haben, beispielsweise

die Bundeschefin der Grünen Angelika Beer,
der Schriftführer des Bundestages Wolfgang Grothaus (SPD),
der CDU-Generalsekretär a. D. Peter Hintze,
der ehemalige Geheimdienstchef (BND),
Bundesaußenminister und FDP-Vorsitzende Klaus Kinkel.

Mit im Schnitt 125 Mitgliedern (es schwankt je Legislaturperiode; derzeit sind es sogar 132) ist die Deutsch-Israelische neben der Deutsch-Amerikanischen die stärkste unter den bilateralen Abgeordnetengruppen des Bundestages. Und das, obwohl Israel von der Einwohnerzahl nur den 98. Rang, von der Landesfläche sogar nur den 148. Platz unter den Staaten der Erde einnimmt.

Im seit Herbst 2002 amtierenden 15. Deutschen Bundestag wird die Deutsch-Israelische Parlamentariergruppe geführt von

- Hildegard Müller (CDU/CSU-Fraktion) als Vorsitzender,
- Jerzy Montag (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen),
- Dirk Niebel (FDP-Fraktion) und
- Reinhold Robbe (SPD-Fraktion) als Vizevorsitzende.

Niebel und Robbe sind dem Leser in diesem Buch schon als Führungsfunktionäre der Deutsch-Israelischen Gesellschaft begegnet.

Niebel hat 1982/83 im Schweiß seines Angesichts im israelischen Kibbutz Kfar Giladi als „freiwilliger Büsser für deutsche Verbrechen“ geochst; er wirkt auch als Kuratoriumsmitglied des Max-Planck-Instituts für Kernphysik, Vorstandsmitglied der auf USA-Treue fixierten Deutsch-Atlantischen Gesellschaft und als Mitglied des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Arbeit. Robbe hält zusätzlich den Vorsitz im Verteidigungsausschuss des Bundestages, den Beiratsvorsitz im Initiativkreis Wirtschaft — Junge Führungskräfte für die SPD e. V. und die Vizepräsidentschaft der Karl-Schiller-Stiftung. Montag ist Rechtsanwalt und gehört dem Wahlprüfungsausschuss sowie dem Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages an.

Gruppenchefin Hildegard Müller, Ex-Bundesvorsitzende der Jungen Union, 2002 über die Landesliste der CDU NRW in den Bundestag gelangt, politische Zielvorstellung: „Weniger Nation, mehr Globalisierung“ („Spiegel“, 18/2001), stammt aus dem mittleren Management der Dresdner Bank AG (Abteilungsdirektorin). Sie tritt auch in Erscheinung als

Beiratsmitglied der Barmenia-Versicherung,
Kuratoriumsmitglied der Jakob-Kaiser-Stiftung,
Kuratorin von Politik Digital Internet (pol-di.net) e. V.,
Mitglied des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken,
Präsidiumsmitglied der CDU,
stellvertretende Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW,
Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses des Bundestages,
Mitglied des Ausschusses für Gesundheit und Soziale Sicherung des Bundestages,
Mitglied der „Herzog-Kommission“ zur Reform der sozialen Sicherungssysteme.

Kaum war Frau Müller zur Vorsitzenden der Parlamentariergruppe auserwählt, gewährte Is-

raels Botschafter in Berlin Shimon Stein ihr eine Antritts-Audienz. Im Spätsommer 2003 war sie treibende Kraft, als es darum ging, EU-Mittel für den Aufbau der palästinensischen Selbstverwaltung schärfer zu kontrollieren bzw. die Gelder wegen angeblichen Missbrauchs für Terrortaten ganz einzufrieren.

Das große Schweigen

Häufig statten Delegationen der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe dem nächstlichen jüdischen Staat Besuche ab oder heißen einflussreiche Emissäre von dort in Berlin willkommen. Über die Inhalte der Gespräche und Konferenzen wird die Öffentlichkeit, wenn überhaupt, nur spärlich informiert. Auch das für gewöhnlich gut unterrichtete Internet hilft da wenig. Im schroffen Gegensatz zu ihrer allein schon quantitativen Bedeutung, immerhin umfasst sie über 20 Prozent der Abgeordneten der höchsten deutschen Volksvertretung, ist die Parlamentariergruppe online praktisch nicht präsent. Sie hat keine eigene Website, und es

gibt trotz rund einem Dritteljahrhundert ihrer Existenz nur eine Handvoll Meldungen über sie im „Netz der Netze“.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, schweigen sich die involvierten MdB in den einschlägigen öffentlichen Verlautbarungen und Selbstauskünften über ihre Mitgliedschaft in der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe aus. Über einhundert Abgeordnete des Deutschen Bundestages spielen auf diese Weise Rumpelstilzchen.

Keine einigermaßen distanzierte Publikation über die Gruppe liegt vor. Die einzige größere Abhandlung ist unappetitlich apologetisch: „25 Jahre Deutsch-Israelische Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag“, veröffentlicht in Nr.2/1996 des Magazins der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, verfasst von Johannes Gerster (seit 1997 wohnhaft in Jerusalem), einem der bedingungslosesten Israel-Fans.

Berichte wie die der Tel Aviver „Israel Nachrichten“ vom 25. April 2003 aber dringen in die etablierte deutsche Presse nicht vor. Unter der Schlagzeile

Deutscher Abgeordneter zu Solidaritätsbesuch in Israel

TEL AVIV - Der Heidelberger FDP-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der FDP-Landesgruppe Baden-Württemberg DIRK NIEBEL, Stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe und Vizepräsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, hat vom 12. bis 14. April

Mit Innenminister Avraham Poraz von der Schinui-Partei besprach Niebel die Entwicklung von Schinui als Regierungspartei. Poraz sieht es als Erfolg an, dass keine Ultraorthodoxen der Regierung angehören. Probleme bei der Integration von Einwanderern und Arbeitslosigkeit sind denen in Deutschland ver-

Knessetabgeordnete besuchten Berlin

Auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung weilte eine Gruppe von drei Knessetabgeordneten zu einem ersten Besuch seit dem Regierungs- und Parlamentsumzug in Berlin. Die Abgeordneten Eli Goldschmidt, Vorsitzender des Knesset-Finanzausschusses und der israelisch-deutschen Parlamentariergruppe sowie die beiden Mitglieder im

Die Abgeordneten trafen in Berlin vor allem zum Gedankenaustausch mit ihren finanzpolitischen Counterparts im Bundestag und unter anderem mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im Finanzministerium, Barbara Hendricks, und der Vorsitzenden des Bundestags-Finanzausschusses, Christine Scheel, zusammen. Es ging auch

Aus den „Israel Nachrichten“

»Deutscher Abgeordneter zu Solidaritätsbesuch in Israel«

informierte das Tel Aviver Blatt:

»Der Heidelberger FDP-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der FDP-Landesgruppe Baden-Württemberg Dirk Niebel, stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe und Vizepräsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, hat vom 12. bis 14. April Israel besucht.«

Die Gesprächspartner Niebels waren hochkarätig und somit gewiss auch die geheim gehaltenen Beratungen nicht von Pappe. Der Gast aus Berlin traf nach Darstellung der „Israel Nachrichten“ immerhin zusammen mit

Avraham Poraz, dem Innenminister des Staates Israel,

Effi Manor, dem stellvertretenden Generaldirektor des Außenministeriums,

Ilan Schalgi und Ehud Rassavi, einflussreichen Knesset-Abgeordneten,

hohen Offizieren von Zahal, der israelischen Armee (bei Niebels Besuch der deutschen Patriot-Raketenbatterie in Petach-Tikva).

Als SPD-Frau Fuchs, damals noch Chefin der Parlamentariergruppe und Vize-Bundestagspräsidentin, am 18. Oktober 1999 zu einer ihrer zahlreichen Visiten des jüdischen Staates eintraf, hieß es in den „Israel Nachrichten“ desselben Tages:

»Vorgesehen bei ihrem fünftägigen Besuch sind Treffen mit dem Vorsitzenden des Knesset-Finanzausschusses und der Israelisch-Deutschen Parlamentariergruppe Eli Goldschmidt, dem Vorsitzenden des Knesset-Ausschusses für Auswärtiges und Sicherheit Dan Meridor, den Ministern Schimon Peres, Michael Melchior, Chaim Ramon und Schlomo Ben-Ami und dem Bürgermeister von Jerusalem Ehud Olmert.«

Da hätte die Öffentlichkeit schon gern gewusst, was zwischen derart vielen hohen Herrschaften ausgeklügelt wird. Doch in den etablierten bun-

desdeutschen Medien blieb der Besuch so gut wie ohne Echo, als hätte die Fuchs ihren Bau gar nicht verlassen.

„Mitverantwortung für Israel“

Auch in den deutschen Landtagen gibt es ähnliche Einrichtungen; sie wirken nicht minder camouffiert. So gehören immerhin rund zwanzig Prozent der Düsseldorfer Landtagsabgeordneten, mehr als vierzig an der Zahl, der 1987 gegründeten Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe NRW an. Alle Fraktionen (SPD, CDU, FDP, Grüne) sind in diesem Gremium vertreten. Als Vorsitzender amtiert der Sozialdemokrat Ulrich Schmidt, in Personalunion Landtagspräsident. Bei einem seiner Treffen mit Israels Deutschlandbotschafter Shimon Stein betonte Schmidt laut dem offiziellen Blatt „Landtag intern“ Nr. 12/2001 (es war eine der sehr seltenen Notiznahmen der Existenz der Parlamentariergruppe):

»Wir Deutsche haben eine Mitverantwortung für den Staat Israel.«

Die vorerst letzte Neuschöpfung einer Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe gab es im Juni 2003 in Schwerin: Abgeordnete aller Fraktionen des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern gründeten dort eine solche Vereinigung und verkündeten das Ziel,

»die Verbindungen zu Israel zu vertiefen, zur Verbreitung von Kenntnissen über Geschichte und Kultur des israelischen Volkes beizutragen und ein gutes Miteinander von Juden und Nichtjuden zu fördern«.

Den Vorsitz übernahm Sylvia Bretschneider (SPD), die nebenher Landtagspräsidentin ist.

Über die Deutsch-Israelische Parlamentariergruppe hinaus wirken im Hohen Haus zu Berlin weitere Zusammenschlüsse ähnlichen Sinns und Zwecks wie etwa der „Gesprächskreis Israel“, der von der SPD-Abgeordneten Dagmar Schmidt geleitet wird. Von 1996 bis 2002 figu-

rierte Rita Süßmuth als Chefin der deutschen Abteilung eines „Interparlamentarischen Rates gegen Antisemitismus“, dem angeblich eintausendeinhundert Abgeordnete aus siebenundachtzig Ländern angehören, der aber etwas von einem Geheimorden an sich haben muss, weil er so gut wie nie öffentlich in Erscheinung tritt. Auf diesem Felde existiert, besser: vegetiert, wohl manche Gruppierung, die vielleicht keine andere Funktion hat, als „Ablass-Mitgliedschaften“ zu ermöglichen.

„Anspruch Israels mitvertreten“

Auch sonst lassen viele Repräsentanten sämtlicher etablierter Parlamentsparteien keinen Zweifel an ihrer Solidarität mit Israel aufkommen, die mal „unverbrüchlich“, mal „unerschütterlich“ ist, manchmal „kein Wenn und Aber kennt“, bisweilen sogar „hundertprozentig“ beschworen wird.

Nicht selten kommt Israel-Solidarität von MdBs — von grün bis schwarz — in Titelseiten-Interviews mit dem jüdischen Zentralrats-Zentralorgan zum Ausdruck. Zwei typische Beispiele:

Christian Sterzing, „Nahostexperte“ der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, auf der Frontseite der „Allgemeinen Jüdischen“ vom 10. Mai 2001:

»Wir haben sehr enge und freundschaftliche Beziehungen zu Israel. Wir machen regelmäßige Besuche und haben Kontakte zu verschiedenen Parteien und Gruppierungen. Man kann das Verhältnis schon als solidarisch bezeichnen.«

Christian Schmidt, außenpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, auf der Titelseite der „Allgemeinen“ vom 28. Februar 2002:

»Ich kann Außenminister Fischer nur darin bestärken, dass er in der Kontinuität aller deutschen Bundesregierungen bleibt, und dass er das Existenzrecht Israels über eine

vermeintlich einheitliche europäische Nahostpolitik stellt. Insbesondere muss die Bundesregierung auch den Anspruch Israels auf gesicherte Grenzen mit vertreten.«

Mehr als manchmal hat man den Eindruck, dass Politiker in Deutschland nicht um deutsche Wähler werben, sondern um israelische buhlen. Typisch dafür dürfte folgende Meldung der einem bedingungslosen Israelizismus huldigenden Internet-Nachrichtenagentur „Israel-Netz“ vom 27. August 2002 sein:

»Deutschlands Politiker gehören an die Seite Israels. Dies erklärte der Spitzenkandidat der Berliner CDU für die Bundestagswahl, Günter Nooke, vor deutschen Israelfreunden in Berlin. Er sprach bei einer Kundgebung „Deutschland an der Seite Israels“.«

Nooke (Deutsch-Israelische Parlamentariergruppe) leitete in seiner Ansprache die Festbindung an Israel nicht nur aus der Hitler-, sondern obendrein auch noch aus der Honecker-Vergangenheit ab. Er führte aus:

»Zur belasteten Geschichte zählen nicht allein die Verbrechen der Nazis, sondern auch die Ausbildung palästinensischer Terroristen in der DDR. Im „Neuen Deutschland“ war Arafat zu DDR-Zeiten regelmäßig auf der Titelseite. Seine Waffen kaufte er bei Honecker.«

Israel selbst allerdings stellt sich weitaus weniger pingelig im Umgang mit der DDR-Vergangenheit an. Dieses jedenfalls dann, wenn es um gewisse höchstrangige Vertreter des Stasi-, Mauer- und „PLO-Terroristenunterstützer“-Regimes geht. So meldete die Deutsche Presse-Agentur am 3. April 1996:

»Bei seinem ersten Besuch in Israel hat sich der ehemalige Chef der Stasi, Markus Wolf, mit israelischen Berufskollegen aus alten Zeiten getroffen (auch übrigens mit Ex-Premier Schamir, D. K.), die ihm höchstes Lob aussprachen. Der ehemalige Chef des israelischen Inlandsgeheimdienstes Schin Bet,

Jaacov Peri, sagte zu ihm: „Du bist eine Legende.“ Laut Wolf hat die Stasi nie direkt gegen Israel agiert, da ihr Hauptziel Westdeutschland war. Wäre sein Vater Zionist gewesen und 1933 nach Palästina ausgewandert, wäre Wolf vielleicht eines Tages der Chef des israelischen Geheimdienstes Mossad geworden, spekuliert der ehemalige Chef des israelischen „Aman“-Militärnachrichtendienstes, Schlomo Gazit.«

Bei Vater Friedrich Wolf aber handelte es sich nun einmal nicht um einen zionistischen, sondern um einen kommunistischen Juden. Wie auch Stasi-Vizeminister Hans Fruck ein Herkunftsjude war, der bei der MfS-internen Einschätzung des Zionismus als

»reaktionär, nationalistisch, rassistisch, konterrevolutionär, antisozialistisch, antisowjetisch«

und der Bewertung der Zionistischen Weltorganisation als

»vom israelischen Geheimdienst missbraucht«

die Feder führte. Und jüdisch von Geburt war nicht minder Hermann Axen, von 1966 bis zum Untergang der SED-Diktatur als ZK-Sekretär für internationale Beziehungen mit der Pflege der Kontakte zur PLO beauftragt gewesen. Und auch Albert Norden, der als jahrzehntelanger Agitpropchef in Ostberlin die Leitlinien der Nahost-Stellungnahmen in SED-Medien wie etwa dem Zentralorgan „Neues Deutschland“ festlegte, entstammte einer jüdischen Familie.

Das vorgenannte Quartett ließ auch immer wieder „antisemitische“ Zwischenfälle durch Agenten und Provokateure in Westdeutschland inszenieren, die das Image der Bundesrepublik weltweit bräunlich verdüsterten (und es allen möglichen Anspruchstellern leichter machten, noch mehr Sühnesummen für Hitlerverbrechen aus den Deutschen herauszuquetschen).

„Zweite Heimat Israel“

Was nun die Träger des höchsten Amtes der Republik betrifft, so hat SPD-Rau (Spitzname: „frommer Johannes“) in einem Jahrfünft als Bundespräsident, 1999-2004, mit seinen Hosianas auf den Hebräerstaat alle Vorgänger, auch die mit Dezenniumsperiode, übertroffen. Zuvor schon, als NRW-Minister bzw. -Ministerpräsident, hatte er sich für Israel alle Naselang in die Schanze geworfen, und immer wieder, auch beispielsweise bei seiner Nahost-Visite im November 1998, über die Deutschen und die Hitlerzeit Ansichten geäußert wie:

»Es gibt eine kollektive Haftung und Verantwortung.«

Nicht von ungefähr sangen die „Israel Nachrichten“ am Tag der Bundespräsidentenwahl, 23. Mai 1999, eine Hymne auf Rau als den Mann, „der in seinem politischen Leben fast alles erreicht hat“, der „legendär“ sei, der „schon als Landesvater etwas Präsidiales an sich hatte“, der „als charismatischer ‚Menschenfischer‘ und ‚Brückenbauer‘ gilt“ — vor allem aber,

»der ein treuer und überzeugter Freund Israels ist.«

Einsamer Spitzenreiter unter allen deutschen Politikern ist Rau mit der Anzahl seiner Israel-Besuche. Unmittelbar bevor er wieder einmal einschwebte, schrieben die „Israel Nachrichten“ in ihrer Ausgabe des 16. Februar 2000:

»Es ist sein einunddreißigster Besuch in Israel.«

Was zu niedrig gegriffen war, wie der Verfasser jenes Artikels im eigenen Archiv hätte feststellen können. Denn schon rund eineinviertel Jahre zuvor, 27. November 1998, hatte es in denselben „Israel Nachrichten“ geheißen:

»Anfang der 60er-Jahre, damals bereits SPD-Abgeordneter, reist Rau gemeinsam mit Probst Heinrich Grüber zum ersten Mal nach Israel. Nach diesem Besuch lässt ihn die Faszination des Gelobten Landes nicht mehr

ISRAEL NACHRICHTEN

חדשות ישראל

DONNERSTAG, 17. FEBRUAR 2000 - NR. 9464 **3.50 ש"ח** (IN EILAT: 3.00 NIS) יום חמישי יא אדר א' תש"ס

Zahl der Arbeitssuchenden erreichte 164.000

JERUSALEM/ BET SCHE'AN - Die Zahl der Arbeitssuchenden hat sich im Januar um 0,5% vermehrt und beträgt jetzt 164.300 Personen. In 28 Ortschaften übersteigt die Arbeitslosigkeit 10%, darunter in Akko, Ofakim, Dimona, Kirjat Gat, Jerucham, Or Akiva, Aschkelon, Kirjat Malachi, Sderot, Katzrin und Bet-Sche'an.

Trotz der hohen Arbeitslosigkeit in Bet-Sche'an wurde dort dem Regierungschef Ehud Barak und seiner Gattin Nava ein herzlicher Empfang bereitet.

Barak kam in Begleitung des Finanzministers Awraham Schachat und des Handels- und Industrieministers Ran Cohen zur Grundsteinlegung eines neuen Betriebs, der etwa 1000 Personen beschäftigen wird. Auf einem Begrüßungsplakat stand: "Vielen Dank dem Regierungschef Ehud Barak, du hast versprochen und das Versprechen gehalten".

Bundespräsident Rau bittet in Israel um Vergebung für Nazi-Verbrechen

Besucht Holocaust-Gedenkstätte Jad Vaschem - Parlamentarier protestieren gegen Rede auf Deutsch

JERUSALEM - Der deutsche Bundespräsident Johannes Rau hat als erster Po- Bundespräsidenten zu ermöglichen, die und der Ermordeten." Er habe vor seiner nieder. Rede in deutscher Sprache zu halten, da Entscheidung mit vielen Parlamentariern

2. März 2000 **Zeitgeschichte** ALLGEMEINE Nr. 5/2000 15

Ich will, was es für mich und für mein Volk ist, in diesem Heiligen Hause heute die deutsche Sprache zu hören. Ihre Entscheidung, mich einzuladen, erfüllt mich mit Dankbarkeit. Ich empfinde sie als Zeichen des Willens, Geschichte niemals zu verblassen, und des Mutes, die Schreckenslehren dieser Geschichte deutsch zu überwinden.

In Angesicht des Volkes Israel empfinde ich mich in Demut vor dem Ermordeten, der seine Güter haben, an denen ich sie um Vergebung bitten könnte. Ich bitte um Vergebung für das, was Deutsche getan haben, für mich und meine Generation, um unseren Kinder und Kindeskiner willen, deren Zukunft ich an der Seite der Kinder Israels sehen möchte.

Ich tue das vor Ihnen, den Vertretern des Staates Israel, der nach zwanzig Jahren wiedergeboren wurde und den Juden in der Welt, vor allem aber den Überlebenden des Holocaust zuflucht gegeben hat.

Es gibt kein Leben ohne Erinnerung. Das Schicksal der nachwachsenden Generationen verbindet sich immer mit dem der Toten. Präsident Weizmann hat uns in seiner denkwürdigen Rede vor dem Deutschen Bundestag den Blick für diese Krennität geöffnet. Für Juden selbst sie oft selbstverständlich. Aber auch wir in Deutschland und Europa

Auszüge aus der Rede des Bundespräsidenten Johannes Rau vor der Knesset

„Ich bitte um Vergebung“



wichtige Einsichten gewinnen: Auch die Europäer sollten vor fast 70 Jahren mit Deutschland vollkommen neu beginnen. Deutschland wurde von seinen Nachbarn in Europa, von diesem bismarckischen Teufelskreis, der sich selbst angeschloßen hatte, wieder aufgenommen - zunächst mit verständlichem Misstrauen, dann aber im Geiste der Nachbarschaft, der zum Schluß der europäischen Einigung wurde.

Das europäische Einigungswerk ist eine politische Erfolgsgeschichte der hinter uns liegenden Jahrzehnte. Und sie wird weitergehen, sie entwickelt Anziehungskraft weit über die europäischen Grenzen hinaus (...).

Europa ist eine Wertegemeinschaft, die auf den Grundwerten des Friedens, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und der Rechtmäßigkeit beruht. So sagt es Artikel 6 des Amsterdamer Vertrags. Europa wird es nicht zulassen, daß dies von einem seiner Mitglieder in Frage gestellt wird. Wir werden nicht zulassen, daß Fremdenhass, Rassismus und Nationalismus in Europa wieder Platz greifen (...).

Aus Kegele heraus zu einem gemeinsamen Zusammenleben zu kommen, ist jeweils alle Vorfälle nur durch Einigung auf einen gemeinsamen Grundgedanken möglich: Es gilt, nationale Egoismen in produktives gegenseitige

Bitte um Vergebung für den Holocaust

Bundespräsident Johannes Rau hält vor dem israelischen Parlament eine eindrucksvolle Rede

VON THOMAS KRÖGER, JERUSALEM

Johannes Rau ist nervös. Immer wieder führt seine rechte Hand in die Hosentasche, verortet eine Welle, kommt wieder hervor, macht geräuschlos mit der linken an den Ziffernblock zu schalten, die drei Bundespräsidenten in den letzten Wochen so beschäftigt haben. Nein, keine Flaggen, hier geht es um Politik, schlimmer: um Geschichte, unentschieden - auch wenn selbst das israelische Fernsehen im Bericht über seine Ankunft die Affäre dahinter nicht vergißt. Die Ein-5-großen Rechte, die ganz auf dem Puls von ihm liegen, die er sorgsam einem nach dem anderen besetzt legt - von diesem Blätter liest er wenigstens noch nicht die Rau-Rede, so wie es die Weizsäcker- und die Herzog-Rede gegeben hat. Aber die wichtigste seiner ersten Momente im Amt ist sie wohl schon.



ist ein rhetorischer Jazz, lebt die Improvisation im Zwiegespräch mit dem Publikum. Da müht es nicht, dass er sich diesmal alle Mühe gegeben hat, seine „Sperche“ zu schreiben, er liest Papier, was aus seinem Mund kommt, fährt immer vor lauter Begeisterung, alles richtig zu machen, ohne jener Flexibilität, die auch Zuhörern sich nicht, die einen Text nicht oder nur unvollkommen verstehen.

Aber mag die Performance verbesserungsfähig sein, der Text stimmt. Außerdem ist Johannes Rau nicht nur für diese eine Rede nach Israel gekommen, er trifft zahlreiche Politiker, an der Spitze seinen Amtsvorgänger Ezer Weizman, Vertreter aus Religionsgemeinschaften und, was es gibt, junge Menschen. Hier kann er seine Fähigkeit als Menschlicher entfalten, überzeugt durch Aufzählen und Zuwendung ohne falsche Versprechungen. Immer wieder spricht Rau den „Generationswechsel“ an. Gedenkt ohne lebende Zeugen - bald wird es so weit sein, in Deutschland wie in Israel. Nicht zufällig betonte der Präsident in Yad Vaschem, Israel sei die Stätte des Erinnerns und Gedenkens, eine Ausbildungsstätte, wo Software entwickelt wird, die das Grauen des Holocaust und die Geschichte der Juden mit den Mitteln eines interaktiven Multimedia-Programms lebendig zu machen versucht. Aber auch hier verweist der grauhaarige

„Keine Urlaubsflüge Raus mit WestLB“

Sekretärin entläßt SPD-Politiker

Düsseldorf (dpa). Johannes Rau hat nach Angaben seiner Sekretärin als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen niemanden einen Urlaubsflug über die Westdeutsche Landesbank (WestLB) buchen lassen. Der Chefskretärin Hedda Höbig sagte am Mittwoch vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Düsseldorf-„Flugaffäre“ aus. Die Würter des Chefskretärs der damaligen WestLB-Flugbetriebs, Sabine Wichmann, hatte behauptet, Höbig habe bei der Charterfirma JFC einen Urlaubflug in Richtung Spiekeroog für Rau gebucht. „Ich habe niemals einen Leasing für einen Urlaubsflug gebucht“, sagte Höbig. Auch Leasing-Flüge, deren Ziel ausschließlich SPD-Versammlungen gewesen wären, habe sie nie organisiert. Solche Flüge seien vom Parteivorstand bezahlt worden.

Urlaubsflüge ihres Chefs habe sie stets vom Privatkonto des Ministerpräsidenten und heutigen Bundespräsidenten bezahlt. Die Zahl der jet-Flüge, die Rau genutzt habe, weil politische Urnflüge oder andere Transportmittel nicht zur Verfügung standen, sei „verblühend gering“ gewesen, sagte Höbig. Rau selbst habe sich um die Transportmittel nie gekümmert oder irgendwelche Auflagen oder Order gegeben, auf welchem Wege er zu seinen rund 3000 Terminen pro Jahr gelangen sollte.

Echo auf Raus Rede in Jerusalem im Februar 2000: „Israel Nachrichten“; „Allgemeine Jüdische“; deutsche Tagespresse („Süddeutsche Zeitung“).

los. Fünfunddreißig (!) Mal ist der Politiker seither in unterschiedlichen Ämtern und Funktionen nach Israel zurückgekehrt.«

Die „Süddeutsche Zeitung“ wies am 17. Februar 2000 dezent darauf hin, dass ja noch die Privataufenthalte hinzugerechnet werden müssten und wählte die Formulierung:

»Kaum zu zählende Male war Rau privat wie politisch in Israel.«

Die „Frankfurter Allgemeine“ desselben Tages enthielt sich ebenfalls der konkreten Erbsenzählerei und schrieb zum Thema kurz und bündig

»Israel ist Raus zweite Heimat.«

Sein erster bundespräsidentialer Israel-Trip, Februar 2000, kam dem „frommen Johannes“ besonders recht. Denn gerade war die Affäre um das „System Rau“ (Banken/Politik-Filz) aus seiner Ministerpräsidentenzeit in Düsseldorf aufgefliegen. Da traf es sich gut, dass sich die Scheinwerfer der Medien wiejr, weit zurück in die Vergangenheit auf Hitler und Holocaust richteten, was bei einer deutschen Politikerreise nach Jerusalem garantiert ist. Übrigens war auch Raus israelischer Amtskamerad Ezer Weizman just in jenen Tagen wegen eines Skandals um Geld und Gunst in die Bredouille geraten. Im Gegensatz zu seinem bundesdeutschen Kollegen allerdings konnte er sich nicht im Sattel halten und stürzte bald darauf.

Vor seinem Abflug in den Vorderen Orient hatte Rau gegenüber der „Allgemeinen Jüdischen“ des Zentralrats (veröffentlicht in der Ausgabe vom 17. Februar 2000) seine Überzeugung bekundet, dass

»Israel für das Bewusstsein aller Bürger jüdischen Glaubens ein Rückhalt ist«,

und beteuert, was ihm Herzensangelegenheit sei:

»Ein unerschütterliches Verhältnis zwischen Deutschland und Israel.«

„Das nervt mich extrem“

Bei der von den israelischen Abgeordneten angeblich „mit großer Spannung erwarteten“ überhaupt ersten Ansprache eines deutschen Bundespräsidenten im Parlament des Judenstaates bekundete Rau vor gähnend leerem Plenum, dass

»ich mich im Angesicht des Volkes Israel in Demut verneige«

und dass

»das Verhältnis zwischen Israel und Deutschland für immer ein besonderes sein wird«.

Weitere Kernsätze der Rauschen Rede in der Knesset:

»Ich bitte um Vergebung für das, was Deutsche getan haben, für mich und meine Generation.

Wir Deutschen werden in alle Zukunft begleitet werden von den Bildern der Morde, die Deutschland zu verantworten hat.

Die persönliche Schuld mag der Täter mit ins Grab nehmen. Die Folgen einer Schuld, die die Grundlagen menschlicher Sittlichkeit erschüttert hat, tragen die nach ihm kommenden Generationen.

Heute sorgen wir uns darum, wie die Nachgeborenen mit der Schuld ihrer Väter umgehen werden.

Die Mitverantwortung für Israel ist ein Grundgesetz deutscher Außenpolitik seit Gründung unseres Staates.

Ich möchte die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde an der Seite der Kinder Israels sehen.«

Knesset-Chef Abraham Burg verteilte daraufhin eine Schmeicheleinheit, indem er sich bei Rau bedankte als

»dem größten Freund Israels«.

Apropos Väter: Ewald Rau, der Bundespräsidentenvater, war zur Hitlerzeit die rechte Hand (hauptamtlicher Sekretär) von Wilhelm Goebel, dem Reichsbundleiter der christlichen

Blaukreuzlerbewegung, Verein zur Rettung Trunksüchtiger. Goebel setzte sich energisch für die Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes in der evangelischen Kirche ein und brachte seine stramm völkische Gesinnung auch als Herausgeber des Blattes „Zeitspiegel“ zum Ausdruck. Im Kriege diente Rau senior in der Wehrmacht. Bei den Raus daheim in Wuppertal hing der Führer an der Wand. Nämlich das Bild, das Hitler mit Hindenburg am „Tag von Potsdam“ 1933 zeigt. Johannes Rau weiß das Aufhängen der historischen Momentaufnahme in der elterlichen Wohnstube als camouffierten Widerstand zu deuten, handele es sich doch um das einzige Bild, auf dem Hitler sich jemandem beuge.

Apropos Kinder: 2001 verursachte ein Interview mit Raus Tochter Anna, Gymnasiastin, Furore, das sie der Illustrierten „Max“ gegeben hatte (veröffentlicht in Nr. 4 des Blattes jenes Jahres) und in dem sie ihrem Frust über die unablässige „Bewältigung“ der NS-Zeit Luft machte („Das nervt mich extrem!“). Sie sagte weiter:

»Immer wieder dasselbe. Man fängt an mit Hitler und dem rosa Kaninchen, dann kommt Anne Frank und „Die Welle“, dann schaut man „Schindlers Liste“ am Wandertag. Im Konfirmandenunterricht nimmt man den Holocaust durch und in Geschichte sowieso. Man könnte fast sagen, man spricht in allen Fächern darüber. Da stumpft man irgendwie ab. Es ist einfach zu viel.«

Sondermittel bereitgestellt

Zu den mannigfachen proisraelischen Aktivitäten, die Rau als Bundespräsident entfaltete, gehörte u.a. die Schirmherrschaft über die deutsche Zweigstelle des „Peres-Center for Peace“ (benannt nach dem langjährigen Minister und Regierungschef Israels). Vorsitzender des für die Bundesrepublik zuständigen Komitees dieser Gruppe ist der Kölner Medienunter-

nehmer Alfred Neven du Mont (Sohn des zur Hitlerzeit höchst erfolgreichen wie ebenso angepassten Verlegers Kurt Neven du Mont), der sich nach eigenem Bekunden von Israels Botschafter in Bonn Avi Primor für dieses Amt keilen ließ und bei der Entgegennahme der Ehrenbürgerschaft der Stadt Köln am 4. Mai 2001 von seiner ertragreichen Spendensammelei bei deutschen Großunternehmen berichtete, welche dem großen Center-Ziel diene,

»dass die Palästinenser nach Jahr und Tag in etwa auf derselben Linie liegen wie wir«.

Auch geht auf Rau die Gründung eines „Koordinierungszentrums Deutsch-Israelischer Jugendaustausch — ConAct“ im Jahre 2001 zurück. Dieses hat seinen Sitz in der Lutherstadt Wittenberg und wird aus öffentlichen deutschen Mitteln finanziert. Unter dem Stichwort „Hier geht's ums Geld“ schreibt „ConAct“ im Internet:

»Deutsch-israelische Jugendbegegnung gibt's nicht umsonst: Neben Aufenthaltskosten fallen durch den Flug hohe Reisekosten an, die allein durch Teilnehmerbeiträge oft nicht finanziert werden können. Um deutsch-israelische Jugendbegegnungen dennoch möglich zu machen, stellt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Sondermittel bereit.«

Weitere Geldquellen sind der Kinder- und Jugendplan des Bundes, die Kassen der Bundesländer Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern und das Auswärtige Amt. Die Kosten für junge Israelis, die via Raus „ConAct“ in die Bundesrepublik reisen, werden so zu 75 % von staatlich deutscher Seite getragen.

Das Wittenberger Koordinierungszentrum führt übrigens auch ausdrücklich so bezeichnete „Vernetzungsseminare“ durch, an denen Abgesandte der israelischen Regierung teilnehmen; im September 2003 war es Dina Lutati vom Wohlfahrtsministerium des jüdischen Staates.

An jüdisch/israelischen Orden und Ehrenzeichen hat Johannes Rau den absoluten Rekordhalter Helmut Kohl nicht einholen können. Aber Träger der Buber-Rosenzweig-Medaille der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (Schirmherr: er selbst), der Ehrenmitgliedsnadel des Jerusalemer Israel-Museums, des Ehrendoktorhutes des Technion Haifa sowie des Leo-Baeck-Preises des Zentralrats der Juden ist er immerhin doch schon. In ihrer Ausgabe direkt nach der feierlichen Verleihung der letztgenannten Auszeichnung notierte die „Allgemeine Jüdische“ am 30. November 1995:

»Weil die jüdische Gemeinschaft in Deutschland wächst, mit all ihren Problemen, spendete Rau das dotierte Geld für ein Netzwerk zur Förderung jüdischen Lebens.«

Bleibt noch nachzutragen, dass Johannes Rau als sein liebstes Steckenpferd das Sammeln von Briefmarken nennt. Spezialgebiet, man ahnt es schon: Israel.

„Heiße Ware aus dem Heiligen Land“

Raus ebenfalls sozialdemokratischer Nachfolger als Ministerpräsident an Rhein und Ruhr Wolfgang Clement, im Oktober 2002 zum Bundeswirtschaftsminister befördert, ist Israel kaum minder gewogen, wie auch die zionistische Judenheit ihm. Clements Israelophilie kommt u. a. in seiner Mitgliedschaft im deutschen Direktorat der Jerusalem-Foundation (Ziel: „Jerusalem soll eine Welthauptstadt werden“) zum Ausdruck.

Anlässlich der Verleihung der Josef-Neuberger-Medaille der Düsseldorfer Israeliten an den SPD-Politiker im Jahr 2002 stimmte Paul Spiegel eine Hymne auf Clement an, die in der örtlichen Gemeindezeitung der Juden wie folgt widerhallte:

»Er will die Partnerschaft. Er sucht die Augenhöhe. Er ist ein wahrer Freund Israels, in

einer Zeit, in der Israel verlässliche Freunde wie ihn so dringend braucht. Er hat nie Zweifel an seiner tiefen Solidarität zu Israel gelassen.«

Dann der Katzensprung aus dem Sack: Dass es sich bei Wolfgang Clement um

»einen wahren Freund der jüdischen Gemeinschaft«

handele, werde, so der Zentralratschef, daran deutlich, dass er

»menschliche Stammzellen aus Israel importieren«

wolle, was, so Spiegel weiter,

»ein Schritt in die Zukunft, ein Schritt aufeinander zu«

sei.

In der Tat ist Clement als der vehementeste Verfechter deutschen Imports israelisch gezüchteter menschlicher Stammzellen hervorgetreten. Israel erhofft sich von solcher in Deutschland nicht erlaubter „Biotechnologie“ mit Humanembryonen einen boomenden Exportwirtschaftszweig.

»Heiße Ware aus dem Heiligen Land«, lautete ein ganzseitiger Artikel in der „Jüdischen Allgemeinen“ vom 26. September 2002, in dem es darum ging, dass

»deutsche Wissenschaftler demnächst mit dem Import embryonaler Stammzellen „Made in Israel“ beginnen«.

Aus dem Labor des Dr. Itskovitz

Zu den Hauptakteuren auf israelischer Seite gehören Lior Gepstein und Joseph Itskovitz-Eldor vom Rambam Medical Center des Technion in Haifa. Dieses ist die älteste Hochschule in Israel (Eröffnung 1925), eine von Albert Einstein mitinitiierte Schöpfung des Hilfsvereins der Deutschen Juden und im Ursprung ganz nach Vorbildern im Deutschen Reich angelegt gewesen. Nach 1933 kamen etliche jüdische Kapazitäten aus Deutschland ans Technion. Heute

gibt es 12 000 Studenten dort. Die Hochschule charakterisiert sich selbst als

»Motor der High-Tech-Entwicklung in Israel.« Die Forschungsstätten in Haifa (Technion und Universität), dem Zentrum der israelischen Biotechnologie, insbesondere der Humanembryonen-„High Tech“, werden traditionell besonders massiv aus der Bundesrepublik bezuschusst. Deutsche Gelder in dreistelliger Millionenhöhe sind geflossen. Und zwar aus:

- Bundes- und Länderkassen,
- EU-Mitteln (Hauptzahlmeister: Deutschland),
- Schatullen des Deutschen Akademischen Austauschdienstes,
- dem Etat der Deutschen Forschungsgemeinschaft,
- dem Topf der VW-Stiftung,
- den Erträgen von „Kooperationsverträgen“ (beispielsweise besteht ein solcher seit 1984 zwischen TU Berlin und Technion).

Im März 2002 berichtete das Technion-Blatt „Fokus“, bis dato seien allein mit Mitteln des Landes Niedersachsen

»sechszwanzig gemeinsame Forschungsvorhaben mit einem Gesamtaufwand von 16 Millionen DM«

finanziert worden. Auch Clements NRW hat von Bundesländerseite kräftig zugebuttert.

Das Magazin „Newsletter Haifa“ des Deutschen Förderkreises der Universität Haifa (Chef: Manfred Lahnstein, Stellvertreter: Dr. Klaus Reinhard Wachs, Schatzmeister: Max M. Warburg) berichtete in seiner Ausgabe Nr. 2/2001:

»Die Zukunft für deutsche und israelische Wissenschaftler scheint rosig. Denn Forschungsministerin Edelgard Bulmahn will den Austausch noch mehr fördern. Dies sagte sie während eines Besuchs der Universität Haifa. So beginnen in diesem Frühjahr fünf neue Forschungsprojekte im Bereich der Biotechnologie, die das Ministerium mit 3,7 Millionen Mark unterstützt. Bisher hat ihr Ministerium mehr als 700 Millionen Mark für verschiedene Kooperationsprogramme zur Verfügung gestellt.«

Über Israels obersten Stammzellenproduzenten Itskovitz schrieb das Zentralratsblatt im bereits anzitierten „Heiße Ware“-Artikel:

»Er erinnert sich immer noch verduzt daran, wie der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Wolfgang Clement mit Hubschrauber und einem Tross von dreißig Mitarbeitern während einer Israelreise bei ihm auftauch-



Große Beachtung für Dr. Itskovitz im Blatt des Zentralrates

te, um die Zusammenarbeit zwischen den Universitäten Haifa und Bonn voranzutreiben. Heute kann der Wissenschaftler schon amüsiert von deutschen Politikern erzählen, die während eines Besuches in Israel „Ministerpräsident Scharon, den Staatspräsidenten und mich“ treffen wollen.«

Das Ergebnis der Bundestagswahl in Deutschland interessierte Itskovitz vor allem in einem Punkt, fuhr die „Allgemeine“ fort, nämlich wie es mit der Stammzellen-Kooperation zwischen Deutschland und Israel weiter gehe.

»Da aber schon Politiker beider großer deutschen Volksparteien an die Tür seines Labors klopfen wollten, gehören Joseph Itskovitz und sein Team nach dem Wahltag wohl auf jeden Fall zu den Gewinnern.«

Itskovitz weist laut Zentralratsblatt darauf hin,

»dass die pragmatische Einstellung in Israel zur Forschung an menschlichen Embryonen sicher auch mit der jüdischen Religion zusammenhängt. „Im Judentum ist ein Embryo, der nicht in der Gebärmutter aufgenommen wurde, noch kein Mensch“, erklärt er und zitiert damit rabbinische Autoritäten.«

Am 17. Juni 2001 meldete hierzu die evangelische Nachrichtenagentur idea:

»Im „Lehrhaus Judentum für Christen“ hatte der jüdische Mediziner Szimon Staszewski erläutert, warum Israel die Embryonenforschung erlaubt. Die Frage, wann das Leben beginne, werde bei den Juden anders beantwortet als bei den Christen. Die Rabbiner hätten nach der Entdeckung des Mikroskops entschieden, dass nur das beachtet werden müsse, was man mit dem bloßen Auge sehen könne. Ein Embryo im Vier- oder 16-Zellenstadium sei aber mit bloßem Auge nicht erkennbar. Deshalb dürften nach jüdischem Recht Embryonen im frühen Stadium, die bei der Erzeugung im Reagenzglas überschüssig seien, für die Forschung verwendet werden.«

„Ich bin doch kein Kannibale“

War es Clement als Ministerpräsident in Düsseldorf nicht vergönnt, den Stammzellen-Import aus Israel durchzusetzen, klappte es dann schließlich bald nach seiner Ernennung zu Schröders „Superminister“ in Berlin. Sinnigerweise am Heiligen Abend 2002 meldete die „Welt“:

»Deutsche Forscher dürfen erstmals Stammzellen von Embryonen einführen. Das Robert-Koch-Institut in Berlin erteilte dem Neurobiologen Oliver Brüstle von der Universität Bonn die dafür erforderliche Genehmigung. Die Zellen aus dem Labor des israelischen Gynäkologen Joseph Itskovitz in Haifa sollen in den nächsten Tagen nach Deutschland transportiert werden ... Für die Stammzellenforschung in Bonn hatte sich Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement eingesetzt, der im Frühjahr noch als nordrhein-westfälischer Ministerpräsident das Labor von Itskovitz in Haifa besucht hatte. Bundesforschungsministerin Edelgard Bulmahn begrüßte gestern die Importgenehmigung für embryonale Stammzellen.«

Schließlich kam auch der Durchbruch im Bundestag: Das Parlament gab dem Stammzellen-Import „unter strengen Auflagen“ grünes Licht. Die „Ethikkommission“ soll Wache schieben. Das „Gesetz zur Sicherstellung des Embryonenschutzes im Zusammenhang mit Einfuhr und Verwendung menschlicher embryonaler Stammzellen“ wurde „von einer „fraktionsübergreifenden Abgeordnetengruppe“ aller Bundestagsparteien ausgearbeitet. Für weitestgehende Importmöglichkeiten waren die MdB Peter Hintze (Ex-Generalsekretär der CDU, Deutsch-Israelische Parlamentariergruppe) und Ulrike Flach (FDP; sie hatte 2002 im Landesverband NRW das parteiinterne Feuer auf Möllemann eröffnet) eingetreten.

Kritik an seiner Stammzellenpolitik, wie sie am stärksten von kirchlichen Kreisen artikuliert worden ist, hat Wolfgang Clement oft im zornigen Zack-Zack-Ton zurückgewiesen. Auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag im Juni 2001 in Frankfurt/Main rief er Protestierenden entgegen:

»Ich bin doch kein Kannibale, der Embryos verbrauchen will!«

Br. Elija vom Kloster Frauenberg/Bodman am Bodensee aber gibt im Internet („jemael international“) unter der Schlagzeile:

»Der deutsch-israelische Greuel oder der Griff nach dem Menschen«

u.a. Folgendes zu bedenken:

»Man muss klar erkennen, dass es sich bei embryonalen Stammzellen um jene Urzellen des Embryos handelt, in welche die Anlage seiner ganzen körperlichen Entwicklung hineingegeben ist ... All diejenigen, die versuchen, dem Menschen in einem frühen Stadium seiner Existenz das „Menschsein“ abzuspochen, um so seine vorgeburtliche Tötung und die experimentelle Forschung an seinen Stammzellen zu rechtfertigen, haben die Beweislast auf ihrer Seite. Das gilt auch für die religiösen Vorstellungen, welche die Einwohnung der Seele auf einen späteren Zeitpunkt nach der Zeugung verlegen und so bedauerlicherweise indirekt helfen, die moralische Hemmschwelle zur Tötung eines Menschen zu senken.

Der deutschisraelische „Stammzellen-Deal“ bekommt noch einmal eine besonders makabre Note. Da es sich bei diesen Embryonen um Menschen handelt, muss man davon ausgehen, dass in Haifa (Israel) mit der Entnahme der Stammzellen jüdische Menschen getötet wurden. Die Stammzellen dieser Menschen dienen jetzt deutschen Wissenschaftlern zur Forschung. Das ist die unverschleierte Wahrheit.«

„Das Schreckliche lässt einen nie los“

Über Klaus Kinkel, den ehemaligen Chef des Auslandsgeheimdienstes BND (1983-87), Bundesjustizminister (1991/92), Bundesaußenminister (1992-98) und FDP-Vorsitzenden (1993-95), hieß es in den „Newslettern der Universität von Haifa“, Nr. 2/2001:

»Seit vorigem Jahr gehört er dem Board of Governors (Vorstand) der Universität Haifa an. Eine Aufgabe, die für ihn nicht nur eine moralische Verpflichtung ist, sondern auch ein familiäres Anliegen: Seine Tochter ist mit einem Israeli verheiratet und lebt seit einigen Jahren in Israel.«

Dem Haifaer Universitätsblatt gegenüber bekundete Kinkel:

»Die Großmutter meines israelischen Schwiegersohnes kommt aus Haifa. Es ist eine wunderschöne Stadt. Natürlich kenne ich Israel aus vielen Besuchen und fühle mich dem Land und seinen Menschen eng verbunden.«

Welche Eindrücke er nach einem Israel-Besuch mit nach Hause nehme?

»Das Schreckliche der Vergangenheit lässt einen nie los. Natürlich sind das die massivsten Eindrücke, aber ich lerne Israel auch jedes Mal als wunderschönes und interessantes Land aufs Neue kennen.«

Wie man im Lexikon „Prominente ohne Maske — Neu“ nachlesen kann, plauderte Kinkels Eidam Ofir Tuval über seinen Schwiegervater, der damals noch Bundesaußenminister war, 1998 aus:

»Politische Angelegenheiten um Israel teilt er mir normalerweise vorher mit. Wenn mich etwas stört, kann ich ihn jederzeit anrufen. Klaus Kinkel fühlt sich Israel wegen des Holocausts verpflichtet. Er hat tiefe Gefühle für Israel. Er hat als deutscher Geheimdienst-

chef Israel in vielen Fällen geholfen, die bis heute nicht bekannt wurden.«

Derlei Ausplapperei ist eher ein Indiz gegen das Gerücht, bei Tuval handele es sich um einen Agenten des israelischen Geheimdienstes. In seinem kurz vor seinem mysteriösen Tod 2003 erschienenen Buch „Klartext“ brachte auch Möllemann die Behauptung von Beziehungen des Kinkel-Schwiegersohns zum Mossad auf.

Zu den zionistischen Orden, die sich Klaus Kinkel an die Brust hängen und heften kann, gehört der „Distinguished Statesman Award“. Verliehen bekommen hat er ihn von der Anti-Defamation League, der bedingungslos anti-antisemitischen Eingreiftruppe in Diensten der jüdischen Logenverbindung B'nai B'rith. Über die Zeremonie gab es am 4. Mai 1995 eine Berichtserstattung in der „Allgemeinen Jüdischen“.

Noch im selben Jahr wurde die Kinkel-Tochter von dem bereits erwähnten Tuval über die

Schwelle getragen. Die Zentralratszeitung schrieb über die beiden am 27. Juli 1995:

»Sie wären ein ideales Paar für Linda de Mols „Traumhochzeit“ — der Israeli Ofir Tuval und die Deutsche Andrea Kinkel. Jung, nett, gut aussehend und prominent: Denn die Braut ist die Tochter des deutschen Außenministers Klaus Kinkel. Kennengelernt haben sich die Liebenden vor zwei Jahren an der Berliner Universität. „Es war Liebe auf den ersten Blick“, behauptet die israelische Tageszeitung „Jediot Achronot“. Die Braut spreche bereits Hebräisch und begleite ihren zukünftigen Ehemann an den Feiertagen in die Synagoge. Die Hochzeit soll am 21. Oktober in Berlin stattfinden. „Es wird eine schlichte Zeremonie sein — nur die Familie und einige enge Freunde“, erklärte der Bräutigam. Ganz besonders freue er sich darüber, dass seine 83-jährige Großmutter, die in Berlin geboren wurde, aus Haifa in die deutsche Hauptstadt kommen werde.«



Kinkel im Haifaer Universitäts-Blatt

Ger Zedek oder doch nur German?

Doch trotz aller Liebe, viel Hebräisch und jeder Menge Synagoge stellten sich erhebliche Schwierigkeiten ein, bevor sich das Traumpaar im Traumland niederlassen konnte. Am 3. August 1998 hieß es in den „Israel Nachrichten“:

»Die Tochter des deutschen Außenministers Klaus Kinkel kann nicht israelische Staatsbürgerin werden. Das israelische Innenministerium entschied, ihre in den USA erfolgte Konvertierung zum Judentum nicht anzuerkennen. Andrea Kinkel ist seit einiger Zeit mit dem Israeli Ofir Tuval verheiratet, doch zur Erlangung der israelischen Staatsbürgerschaft reicht dies bislang nicht. Nach Angaben des Blattes „Jediot Achronot“ schickte das Innenministerium die Unterlagen, in denen Andrea Kinkel um die Staatsbürgerschaft nachsuchte, korrigiert zurück. Kinkels Eintrag „jüdisch“ unter der Rubrik Nationalität war in „deutsch“ geändert worden. Auch der Antrag auf Einbürgerung der kleinen Tochter des Paares wurde abgewiesen. Andrea Kinkel war vor ihrer Heirat in den USA zum orthodoxen Judentum konvertiert. Per Gesetz müssen derartige Konvertierungen in Israel anerkannt werden. Doch das von der ultra-orthodoxen Schas-Partei kontrollierte Innenministerium baut in den letzten Jahren massive Hürden auf und verhindert oft jahrelang die Anerkennung im Ausland erfolgter Konvertierungen.«

Allerdings sind selbst dann längst noch nicht alle Schwierigkeiten beseitigt, wenn man als „Ger Zedek“ (hebr.: Übergetretener) bzw. „Proselyt“ (grch.: Hinzukömmling) anerkannt worden ist. Das „Neue Lexikon des Judentums“ teilt mit

»Als äußeres Zeichen nimmt der Proselyt, der als neugeborenes Kind gilt, einen hebräischen Namen an. In diesem besteht keine Verbindung mehr zu den leiblichen Eltern,

sondern zu Sara und Abraham, dem Stammvater der Proselyten. Das Bet Din (religiöses Gericht, D. K.) hat den Proselyten auf die zu erwartende besondere Verantwortung infolge der Übernahme der Tora durch Israel hinzuweisen. Der Proselyt ist zwar vom Standpunkt der Religion Jude, seine nichtjüdische Herkunft hat aber halachische (jüdisch-überlieferungsgemäße, D. K.) Konsequenzen. Eine Proselytin darf keinen Priester heiraten, ein Proselyt keine öffentlichen Ämter übernehmen, nicht als Richter in Strafsachen, nach manchen Quellen auch nicht in Zivilsachen agieren, sein Erbe können nur nach dem Übertritt gezeugte Kinder antreten. Hat er keine Kinder, ist seine Habe Hefker („herrenlos“). Da Proselyten nicht in der jüdischen Tradition aufgewachsen sind, wird geraten, Pessach nicht allein bzw. unter sich zu feiern. Ein Proselyt gilt sonst halachisch als Jude, wird in der Hierarchie allerdings ans Ende gesetzt.«

Wäre die Kinkel-Tochter nicht „Ger Zedek“ geworden, sondern nur „Ger“ (im Sinne von German) geblieben, hätte das einschneidende Folgen auch für das Kind ihrer Beziehung mit Tuval. Es würde nämlich, weil Mutter Nichtjüdin, als „Mamser“ gelten (von hebräisch „Meam sar“: „aus einem fremden Volk“). Laut „Neuem Lexikon des Judentums“ wird die Mamser-Problematik im Talmud häufig behandelt. Die Ehe zwischen Mamserim (Mehrzahl) und Juden sei untersagt. Ein Mamser dürfe nur einen Mamser oder einen Proselyten heiraten. (Siehe hierzu auch: Walter Homolka, Hg., „Nicht durch Geburt allein. Übertritt zum Judentum“, München 1995.)

Amos Elon, israelischer Publizist, hat sich in seinem Werk „Die Israelis — Gründer und Söhne“ der Frage gewidmet, wer eigentlich die im Wesentlichen schon seit Staatsgründung geltenden strengen Abstammungs- und Einbürgerungsbestimmungen zum offiziellen Gesetz wer-

den ließ. Es war die sozialistische (!) und alles andere als observante (strenggläubige) Regierungschefin Golda Meir, genannt „Mutter Israels“. Elon:

»Golda Meir drängte das israelische Parlament im März 1970, die talmudische Definition in das Staatsgesetz aufzunehmen.«

Die Begründung der „Mutter Israels“ sei denn auch nicht religiöser, sondern nationaler Art gewesen, fährt der israelische Publizist fort. So habe die Premierministerin in der Knesset ausgerufen:

»Mischehen zwischen Juden und Nichtjuden würden die Existenz des jüdischen Volkes gefährden.«

Jude h. c.

Kinkels Nachfolger als Bundesaußenminister Joseph „Joschka“ Fischer ist nicht nur Ehrendoktor der Universität Haifa (Mai 2002), Träger des Heinz-Galinski-Preises der Jüdischen Gemeinde Berlin (verliehen im November 2002; Laudator: Richard von Weizsäcker, selber Preisträger) und Inhaber der Buber-Rosenzweig-Medaille der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (März 2003), sondern kann



sich seit Mitte 2003 auch noch Jude ehrenhalber nennen. Denn am 19. Juni jenes Jahres verlieh ihm die 1500 Seelen starke jüdische Gemeinde des griechischen Thessaloniki anlässlich des dortigen EU-Gipfels die Ehrenmitgliedschaft. Überschrift in der „Jüdischen Allgemeinen“ vom 3. Juli 2003:

»Fischer Gemeindemitglied«.

Jude h. c. Joschka Fischer scheint als Außenminister vor lauter Solidaritätsbekundungen für Israel kaum in den Schlaf zu kommen. Gerade war er im Amt als AA-Chef, da meldeten die „Israel Nachrichten“ des 5. November 1998:

»Die neue deutsche Regierung, die die Nachkriegsgeneration repräsentiert, fühlt Israel gegenüber „eine besondere Verantwortung“.

Dies erklärte gestern der deutsche Außenminister Joschka Fischer bei einer Pressekonferenz gemeinsam mit US-Außenministerin Madeleine Albright in Washington.«

Bei einer Ansprache vor dem „Jewish Community Relations Council“ New York, März 1999, betonte Fischer, dass ihm die jüdisch-deutschen bzw. israelisch-bundesrepublikanischen Beziehungen ziemlich über alles gehen, mit das Wichtigste in seinem Politleben seien:

»Jewish-German relations are one of the most important things in my political life, also the relationship between Israel and Germany.«

Die Vergangenheit, Hitlers Verbrechen an den Juden nämlich, dürfe niemals ruhen, fuhr Fischer fort:

»There can be no such thing, no Schlussstrich.«

Nicht nur in Berlin tue er alles und setze sich unermüdlich ein für die Sache Israels, dessen Rechte unverbrüchlich seien, beteuerte Fischer vor den US-Juden zu den „Grundlagen unserer Außenpolitik“, sondern auch in der Europäischen Union und in den Vereinten Nationen. Originalton:

»For us it's very true, the right of the State of Israel is inviolate, we're doing everything to secure that. That is a basic concept of our foreign policy and of our special relationship, based on our common history and heritage ... We try to use our influence in the EU and the UN on behalf of Israel.«

Bei einer gemeinsamen Veranstaltung des Zentralrats der Juden in Deutschland und des Europäischen Jüdischen Kongresses im Ballsaal des Berliner Hotels Adlon am 15. Mai 2002

»bekräftigte Fischer noch einmal die historische Verpflichtung Deutschlands gegenüber Israel, die Grundlage deutscher Politik sei und sein werde«,

wie die „Jüdische Allgemeine“ in ihrer Ausgabe der folgenden Woche meldete. Das Zentralratsblatt über die hochkarätige Teilnehmergesellschaft des Meetings (neben „dem Ehrengast Bundesaußenminister Fischer“):

»Kabinettsmitglieder, führende Fraktionsvertreter des Deutschen Bundestages, hohe Repräsentanten der Kirchen, Intendanten und Chefredakteure sowie die Botschafter der USA, Israels, Frankreichs und Großbritanniens.«

Es referierten auch Paul Spiegel (über „antisraelische Stimmung als neuer Nährboden für uralten Antisemitismus“), die FDP-Politiker Wolfgang Gerhardt und Burkhard Hirsch (contra Möllemann; für „unverbrüchliche Verantwortung für Israel“) und Michel Friedman, Zentralratsvize sowie designierter Vorsitzender des European Jewish Congress. Dieser rief aus:

»Wir sind beunruhigt, dass die Karte Europas immer mehr braune Flecken bekommt. Wir haben uns an zu viel gewöhnt, wir nehmen wieder zu viel hin.«

„Jüdische Allgemeine“:

»Damit endete der Abend, an dem zwischen Lachs-Kreationen, Spargel und Dessert deutliche Worte gefallen waren.«

„Das Leiden hört nie auf“

Am 13./14. November 2002 ließ Fischer den so genannten Weltsaal in seinem Berliner Amtssitz für einen „Festakt mit Symposium“ der Jewish Claims Conference zum 50. Jahrestag des Luxemburger Wiedergutmachungsabkommens umkleiden. Bei dieser Veranstaltung betonte Claims-Conference-Präsident Israel Singer laut „Jüdischer Allgemeinen“ vom 21. November 2002:

»Wenn auch inzwischen sechs Jahrzehnte seit der Schoa vergangen sind, darf man nicht vergessen, dass das Leiden der Überlebenden nie aufhört.«

Der Bundesaußenminister strich heraus, dass

»der Holocaust, dieses schrecklichste aller Verbrechen gegen die Menschlichkeit, von dieser Stadt aus, Berlin, geplant, organisiert und befohlen«

worden sei, sich

»Deutschland seiner Verantwortung für die Schoa zu stellen«

habe, er der Claims Conference und anderen jüdischen Organisationen überaus dankbar sei für die

»Hilfe bei der Beschäftigung mit der Vergangenheit und dem Aufbau einer deutschen Demokratie«,

dass Deutschland „unwiderruflich“ Israels Rechte unterstütze, was auch

»Grundlage aller deutscher Beziehungen zu anderen Staaten sei«.

Und der AA-Minister zeigte sich höchst erfreut darüber, dass Berlin neuerdings die am schnellsten wachsende jüdische Gemeinde Europas aufweise. Abschließend bedankte sich Joschka Fischer „aus tiefstem Herzen“ bei der Claims Conference für deren „unermüdliche Bemühungen um Gerechtigkeit“. 0-Ton:

»We thank you from the bottom of our hearts for the Claims Conference's valiant and tireless quest of justice.«

In dieser Machart ging es auch das folgende Jahr weiter, mit Höhepunkten wie Fischers dreitägigem Besuch im April im jüdischen Staat, wo er sein Kommen als

»Geste der Freundschaft und Solidarität in schwierigen Zeiten«

charakterisierte.

Nie hat es Außenminister Fischer hinsichtlich Israels nur bei Worten bewenden lassen. Seine Taten reichten vom Durchdrücken weiterer Vergünstigungen der Europäischen Union bis zum Zudrücken beider Augen bei eigentlich unzulässigen Waffenlieferungen.

„Verhasste Eltern“

Joseph Fischer ist 1948 in Gerabronn/Württemberg als Sohn eines ungarndeutschen Metzgers, der den antideutschen Vertreibungsterror nach 1945 mit seiner Frau nur knapp überlebt hatte, zur Welt gekommen. Später, als „Joschka“ (Genossenname in Frankfurter Linksextremistenkreisen) und schon halbetabliert, schrieb er von

»den verhassten Eltern, deren Schweigen, deren Feigheit oder gar Täterschaft wegen

man sich Israel und den Juden gegenüber immer geschämt hat«.

Er fuhr in seiner Tirade gegen die von ihm so genannten „Ich-habe-nichts-gewusst-Eltern“ fort:

»Warum ist denn der politisch denkende Teil der Nachkriegsgeneration links und antinational geworden, wenn nicht wegen Auschwitz und Babi Jar?«

Fischer — Schule abgebrochen, Lehre abgebrochen, als Gehilfe am Fließband bei Opel fristlos entlassen — war, vom linksextremen SDS-Ideologen Hans-Jürgen Krahl beeinflusst, Ende der 60er-Jahre zur militanten Gruppe „Revolutionärer Kampf“ gestoßen, die sich in Frankfurt am Main aus roten Aktivisten aller Sorten rekrutierte, Straßenkämpfe mit der Polizei austrug (Fotos zeigen Fischers Beteiligung an der brutalen Misshandlung eines hilflos am Boden liegenden Beamten) und Häuser besetzte. Besonders hatten seine Genossen und er es damals auf den als „Westend-Spekulanten“ beschimpften Frankfurter Immobilienboss Ignatz Bubis abgesehen, den nachmaligen Zentralratsvorsitzenden der Juden in Deutschland. Daniel Cohn-Bendit wie auch der — gleich diesem jüdische — spätere Linksterrorist Hans-Joachim Klein ge-

AUFBAU No. 7 April 2, 1999

POLITICS

AUFBAU ENGLISH SUPPLEMENT

Germany's Foreign Minister Joseph Fischer:

“The Roots of our Democracy are Leading us to Auschwitz”

In born in 1948. And in the seventies I was a real left wing radical student. I'm coming from a conservative family. Now the question is - how did I become a left-winger, a radical one. Answering that question is very easy for a part of my generation, born in 1948. The first thing I realized - and I was very interested in politics as a boy - was the question: "How could it happen?" "Why?" It was a question we would ask the parents, the teachers, the persons of authority. "How could it happen?" "Will today for Germans of my generation it's a very big inheritance from our parents, from the generation of our parents. How could it happen in Germany, in the middle of Central Europe?" In the states. That is a country that was very proud of its culture, how could it happen, that the state was in the hand of a murderous criminal?

And how could it happen, in 1938, that neighbors were insulted, synagogues burned, shops destroyed, people were killed - for me that was the beginning of the Holocaust. And there was no war in Germany at that time, in 1938. These weren't foreigners, these were Jewish neighbors. And it is the question for, for me and many of my colleagues - Jewish-German relations are one of the most important things in my political life, also the relationship between Israel and Germany.

The German democracy, or constitution,



The leaders of New York's Jewish Community were impressed by minister Fischer's frank and open remarks. photo: German Information Center

We are working on the issue of restitution and compensation. We are very engaged in finding a way to help the victims - the survivors of the Holocaust in the Balkans, and we managed to come to a solution there. In a transatlantic effort we convinced the German government to participate in a solution.

Now we are working on the issue of slave labor and claims against German companies. Chancellor Schröder has committed himself that this is for him a very important question. He has concentrated all efforts in his chancellorship, Minister Heubach is doing a fine job. And we hope that we can come now to a solution. Now, not in two or three years. We cannot accept that cyclic concept of playing for time. The people are very old. We want a decision now. I think we are making very good progress here.

But the government here is dependent on the German business community. We had very good talks with them. I'm sure we will find a solution in the coming weeks. The second very important question is

Großer zionistischer
Medienbahnhof für
Außenminister Fischer

hörten zu Fischers extremistischer Genossenschaft. „Joschka“ selbst nahm auch an einer Konferenz der von Jassir Arafat geführten PLO in Algier teil. Denn die Frankfurter Szene war damals, verbal jedenfalls, ganz für die Palästinenser.

Fischer wurde in seiner militanten Phase zu sechs Wochen Haft verurteilt, war sogar einmal in der Fahndung von XY-Zimmermann zu sehen, kam aber insgesamt in jener „wilden Zeit“ recht glimpflich davon, weshalb manche rote Veteranen wännen, er sei schon damals sozusagen „nicht ganz kosher“ gewesen.

Der israelische Geheimdienst Mossad, in Algier mit Agenten präsent und auch in der Frankfurter Anti-Bubis-Szene mit Argusaugen dabei gewesen, hat über vorgenanntes Geschehen mit Sicherheit viel Material gesammelt (womöglich auch, weil mit ihnen vernetzt, von deutschen Diensten Zusätzliches zugespielt bekommen). Was alles — je nach Bedarf — hilfreich verwendet werden kann.

Ab Anfang der 80er-Jahre versuchte es „Joschka“, der „gescheiterte Sponti“ (so seine einstige Genossin Jutta Dittfurth), nach dem Motto: Neues Spiel, neues Glück, in der Bewegung der Grünen. Mit viel Ellbogen gegen Parteifreunde und Hinaufdienerei bei Mächtigen klappte es diesmal mit der Karriere. So avancierte Fischer nicht nur zum Bundesaußenminister und Vizekanzler, sondern hat es darüber hinaus sogar zum Juden honoris causa gebracht.

Des Stiftungschefs „vornehmste Pflicht“

Besonders exemplarisch für das israelizistische Netzwerk in der Bundesrepublik, das nicht reißen will, auch wenn sich die Mitmacher für den jüdischen Staat förmlich zerreißen, sind die Stiftungen der etablierten Parteien CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne. Von den rund drei Milliarden, die sie insgesamt pro Legislaturperiode

aus öffentlichen deutschen Kassen erhalten, wenden sie erhebliche Beträge für und in Israel auf. Wie hoch auch nur annähernd genau die Summen sind, lässt sich kaum ermitteln. Dazu sind die Stiftungshaushaltspläne allzu verschachtelt. Und so manches geht auch hierbei sozusagen auf verschlungenen Pfaden nach Nahost (horribile dictu: über den Jordan).

Aus dem kolossalen Kanon an Israel-Hilfen etwa der Konrad-Adenauer-Stiftung seien beispielsweise erwähnt:

- Postgraduiertenstipendien an Israelis für ein Studium in Deutschland (jeweilige Dauer: zwei bis drei Jahre),
- Forschungsstipendien für den israelischen Wissenschaftsnachwuchs in Deutschland (zwei bis drei Monate),
- Aus- und Fortbildungsstipendien „für israelische Fach- und Führungskräfte“ in Israel selbst (zwei bis vier Jahre).

Ziemlich alle Rekorde an Engagement für Israel bricht Johannes Gerster von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Dies tat er auch schon von 1982 bis 1997 — da fand sein Wechsel ins Gelobte Land der Juden statt — als Vizepräsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und bis 1994 als Chef der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages, wo er nebenbei als stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion wirkte (seine Nachfolge an der Spitze der genannten Parlamentariergruppe trat SPD-Bundesministerin a. D. Anke Fuchs an).

Wenig minder war Gersters Einsatz für Israel zuvor bereits in seiner Funktion als CDU-Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz. Mit 16 Jahren, so erzählt er, der nach hiesiger Kenntnis nichtjüdisch ist, sei er 1957 erstmals zusammen mit einer deutschen Jugendgruppe nach Israel gereist, in den Kibbutz Kinneret. Das Land habe ihn so beeindruckt, dass er „immer wieder kommen wollte“ („Israel-Nachrichten“, 20. November 1998).

Im jüdischen Staat sitzt Gerster seit 1997 nicht nur als Chef auf dem dortigen Zweig der Konrad-Adenauer-Stiftung, sondern er amtiert auch als Vizepräsident der Israelisch-Deutschen Gesellschaft. Er ist Träger israelischer Auszeichnungen, darunter, schon 1995 verliehen, des Ehrendoktorhutes der Ben-Gurion-Universität des Negev. Bei der Verleihungszeremonie lobte Uni-Chef Avishay Bravermann Gersters

»hohe Führungsqualität, seine Arbeit zugunsten des jüdischen Volkes, seine Sensibilität und Verpflichtung gegenüber und sein Engagement für Israel.«

Der Ausgezeichnete antwortete:

»Die Last, noch vieles leisten zu müssen, habe ich noch nie als solche empfunden. Vielmehr betrachte ich es als vornehmste Pflicht, einem Freund — und Israel ist ein solcher — in guten und schlechten Tagen beizustehen.«

Am 18. Juni 1999 notierten die „Israel Nachrichten“:

»Besonders hervorzuheben sind Gersters Verdienste um die Förderung der Wissenschaften in Israel und den wissenschaftlichen Austausch mit Deutschland. An der Universität in Jerusalem unterstützt er die Arbeit des Kohl-Instituts und an der Universität in Tel Aviv das Mosche-Dajan-Zentrum; an der Ben-Gurion-Universität des Negev in Beer Sheva konnte mit seiner Hilfe das Zentrum für Deutsche Studien geschaffen werden.«

„In große Familie integriert“

Die deutsch-israelischen Beziehungen begreift Gerster als

»Verhältnis vom „Volk der Täter von gestern“ zum „Volk der Opfer“«,

wie er in den „Israel Nachrichten“ vom 21. Februar 2003 schrieb. Trotz all der vielen staatlichen und sonstigen deutschen Zuwendungen in

jeder Hinsicht klagte er im selben Artikel an, dass sich

»Schatten über die deutsch-israelischen Beziehungen«

schöben, vor allem auch

»wegen des strikten Nein der Bundesregierung zum amerikanisch-britischen Vorgehen, den irakischen Despoten Saddam Hussein in die Schranken zu weisen.«

Das deutsch-israelische Verhältnis drohe durch so etwas

»aus den Fugen zu geraten«.

Anlässlich einer Chanukka-Feier in Jerusalem, an der — so die „Israel Nachrichten“ — auch

»Herr Ulrich Korenke, Vorsteher a. D. des Frankfurter Stadtparlaments, ein aktiver und treuer Freund Israels, und sein Sohn Christopher Korenke, Direktor der Air-France-Fluglinie in Deutschland«,

teilnahmen, bezeichnete Gerster am 5. Dezember 1999 die Geschichte des Staates Israel als

»eine in der Welt einmalige, unvergleichliche Erfolgs-Story.«

Er nannte den jüdischen Staat „groß und stark“ und äußerte sich „voll Optimismus“ darüber, dass

»Israel sich auch in Zukunft gegen allen Kleinmut und gegen alle Zweifel behaupten wird.«

Weitere Teilnehmer an besagter jüdischer Feierlichkeit in Jerusalem waren übrigens Dietmar Schulz vom ZDF und Konsul Weinberger als Vertreter des deutschen Botschafters Theodor Wallau. Der Konsul rief aus, er fühle sich

»in diesem Kreise wie zu Hause, in einer großen Familie integriert.«

Ähnliche Gefühle beschleichen, wie er schon manches Mal bekundete, auch Johannes Gerster: Ihm persönlich begegne, so sagt er, in Israel

»menschliche Verbundenheit, welche die Kälte unserer schlimmen Vergangenheit erwärmt.«

2

ISRAEL NACHRICHTEN - יִסְרָאֵל

51 Jahre Staat Isr

Zum Stand der deutsch-israelischen Beziehungen erklärt Dr. Johannes Gerster, Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel:

Die Geschichte verträgt keinen Schlußstrich, die Verantwortung bleibt.

Israel wird am 21. April 51 Jahre alt. Dieser Unabhängigkeitstag wird in diesem Jahr vom Wahlkampf überlagert und natürlich von der Frage, wer Israel politisch ins nächste Jahrhundert führen wird.

ner eigenen Vergangenheit und auch nicht aus seiner eigenen Verantwortung verabschieden, auch nicht eines runden Kalendertages wegen. Die deutsch-israelischen Beziehungen bleiben besondere Beziehungen auch nach dem Jahre 2000.

Vier Wochen später feiert die Bundesrepu-



Dr. Johannes Gerster

Johannes Gersters
Anti-Schlussstrich-
Agitation

Ein Hauptanliegen ist es Gerster, unablässig auf Hitlerzeit und Holocaust hinzuweisen. Laut „Israel Nachrichten“ (20. April 1999) sagte er am Vorabend der Feiern zum 51. israelischen Staatsgründungstag:

»Wer mit Auslauf des alten Jahrhunderts von einem Schlussstrich träumt, denkt unhistorisch. Man kann sich nicht aus seiner eigenen Vergangenheit und auch nicht aus seiner eigenen Verantwortung verabschieden. Die deutsch-israelischen Beziehungen bleiben besondere Beziehungen auch nach dem Jahre 2000.«

Wenn nun Christdemokrat Johannes Gerster schon mal auf die Palästinenser zu sprechen kommt, die es in jener nahöstlichen Region ja auch noch gibt, dann so (zit. gemäß „Israel Nachrichten“ vom 1. Januar 1999):

»Letztthin, auf dem Rückweg von Ramallah, entkamen wir nur knapp einem Steinwurfhagel halbwüchsiger, beschäftigungsloser palästinensischer Jungen, die — von den Alten aufgehetzt — wieder einmal etwas Zeitvertreib eigener Art im ansonsten langweiligen Tagesablauf suchten.«

Ein Forum für die Knesset

Die sozialdemokratische Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wetteifert mit den gleichartigen Einrichtungen der anderen deutschen Bundestagsparteien um die Siegespalme im Einsatz für Israel. Dass dabei manchmal übers Ziel hinaus geschossen wird, haben gelegentlich sogar etablierte bundesrepublikanische Organe kritisch angemerkt. So hieß es in einem Artikel der „Rheinischen Post“ vom 5. Februar 2003 unter der Schlagzeile „Die Israel-Connection“ (der Beitrag handelte hauptsächlich von der wegen ihres übereifrigen Engagements für den jüdischen Staat in die Negativberichterstattung geratenen, steuergeldbezugssuschte „Gesellschaft für Wirtschaftsförderung“, GfW):

»Eine Waschanlage für SPD-Gelder, wie sie in den frühen 80er-Jahren zwischen Friedrich-Ebert-Stiftung und der israelischen Naphtali-Stiftung vermutet worden war? Damals gingen Staatsanwälte der Spur von 24 Millionen Mark nach, die von der SPD-nahen Stiftung an die von deutschen Sozialdemokraten mitbegründete israelische Stiftung geflossen sein sollen, ein Teil wiederum in die SPD-Parteikasse. Indizien zu steuerlich

unzulässiger Parteienfinanzierung gab es viele, Beweise keine.«

Allzeit bereit jedenfalls ist die Friedrich-Ebert-Stiftung, um sich für israelische Interessen in die Schanze zu werfen. So hieß es in den „Israel Nachrichten“ des 29. März 2000 zum Wunsch des jüdischen Staates nach „verstärkter Anbindung an die Europäische Union“:

»Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat diesem verstärkten Interesse Israels Rechnung getragen und eine Expertengruppe gebildet, die bereits zahlreiche Gespräche mit den wichtigsten israelischen Stellen und Fachleuten geführt hat und entsprechende Vorschläge ausarbeiten soll.«

Auch betreibt die FES, so die „Israel Nachrichten“ vom 18. Oktober 1999,

»ein politisches Austauschprogramm, mit dem sie der neuen Führungsgeneration auf beiden Seiten die Gelegenheit zur Vertiefung ihrer Kenntnisse und Kontakte bieten möchte.«

Am 6. August 1999 hoben die „Israel Nachrichten“ die beiden „Baumeister“ der Beziehungen zwischen der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem jüdischen Staat hervor:

»Zwei Namen stehen für diese Versöhnungsarbeit, die schon bald in praktische Zusammenarbeit, vor allem auf genossenschaftlichem, gewerkschaftlichem und wissenschaftlichem Gebiet mündete: Akiwa Lewinsky, in leitender Funktion bei der Jewish Agency und in der damals gemeinwirtschaftlichen Bank Hapoalim tätig, auf der einen, und Walter Hesselbach, langjähriger Vorsitzender der Bank für Gemeinwirtschaft und des Kuratoriums der Friedrich-Ebert-Stiftung, auf der anderen Seite. Beide legten den Grundstein für ein vertrauensvolles Verhältnis, das sich in der wachsenden Aktivität der Stiftung in Israel niederschlug und auch zum Aufbau enger Beziehungen auf politisch-parlamentarischer Ebene beitrug.«

Mit Hilfe der Ebert-Stiftung seien, so die Zionistenzeitung weiter, u. a. entstanden:

Die Golda-Meir-Educational Association, „verschiedene Institute und Abteilungen“ des Gewerkschaftsverbandes Histradut, die Bildungseinrichtung „Givat Haviva“, das Gustav-Heinemann-Institut für Nahoststudien an der Universität Haifa.

„Als erfolgreiches Instrument“ sei nicht zu vergessen

»das von der Ebert-Stiftung initiierte und finanzierte „Senat-Projekt“, das mit wöchentlichen Kurzanalysen zu wichtigen Themen zu einem klassischen Forum der Politikberatung für alle Knesset-Abgeordneten und weitere Entscheidungsträger geworden ist.«

„Angemessen abgezäunt“

Christen haben im nahöstlichen jüdischen Staat bekanntlich oft einen schweren Stand. Wer in Israel christliche Missionsarbeit unter Juden wagt, muss sich auf heftige Gegenreaktionen gefasst machen. Solche Bekehrungsversuche gelten dort eben nicht nur als religiöse Häresie, sondern auch als Anschlag auf den nationalen Bestand.

So hieß es denn auch über

»messianische Seelenfänger, denen in Israel ein rauher Wind ins Gesicht bläst«

im September 1998 im Mitteilungsblatt der Israelitischen Kultusgemeinde Bayern:

»Just das aggressive Missionsverhalten von amerikanischen Evangelikalen hat dazu geführt, dass die israelische Knesset letztes Jahr den Entwurf für ein verschärftes Antimissionsgesetz billigte. Das noch gültige, aus dem Jahre 1977 stammende Gesetz verbietet die Verführung zum Religionswechsel durch Gewährung von finanziellen Vorteilen. Der neue von orthodoxer Seite ins Gesetzgebungsverfahren geschickte Entwurf sieht nun vor, bereits Druck und Verteilung von

Schriften, die zum Religionswechsel auffordern, für illegal zu erklären und zu bestrafen.«

Auf scharfe Trennung wird sogar über den Tod hinaus geachtet. Das beweisen die Bestattungs-Richtlinien des Oberrabbinats von Israel, unterzeichnet von den höchsten dortigen Halacha-Hütern, Israel Meir Lau und Elijah Bakschi Doron. Sie sind im Schana Beschana, einem verbindlichen Regelwerk zur jüdischen Überlieferung, festgeschrieben und gelten auch für die Diaspora.

Das Organ des Zentralrats der Juden in Deutschland, die „Allgemeine Jüdische“, veröffentlichte in seiner Ausgabe vom 27. November 1997 diese Vorschriften:

»1. Auf Jüdischen Friedhöfen muss darauf geachtet werden, dass dort ausschließlich Juden die letzte Ruhe finden. Ein Nichtjude/ eine Nichtjüdin oder ein Verstorbener, über dessen Glaubenszugehörigkeit Zweifel vorliegen, darf dort nicht bestattet werden. 2. Die Heiligen Bruderschaften, Chewrot Kadi-scha, sollen dafür Sorge tragen, dass auch Nichtjuden, die in unserer Mitte leben, auf einem Teil des Jüdischen Friedhofes bestattet werden — falls sie es wünschen -, aber auf einem dafür abgesonderten Areal, das exklusiv für Nichtjuden und für ungeklärte Fälle reserviert ist. 3. Auf allen Jüdischen Friedhöfen soll man Teile absondern für Nichtjuden und für ungeklärte Fälle. Der Teil soll acht Ellen von den übrigen Gräbern entfernt sein. Der Teil soll angemessen abge-zäunt werden, man soll Reihen von Grabstätten anlegen, so dass man die nichtjüdischen Toten und die Zweifelsfälle in der ihnen gebührenden Ehre begraben kann. 4. Im Falle einer Mischehe wird der verstorbene jüdische Ehepartner auf dem Jüdischen Friedhof bestattet. Verlangt er oder sie, neben dem Ehegatten/der Ehegattin begraben zu werden, so können beide auf dem Teil der

Nichtjuden oder Zweifelsfälle bestattet werden. Vorausgesetzt, dass er oder sie dies schriftlich zu Lebzeiten beantragt haben.«

„Mit Herz und Hand für Israel“

Trotz all solcher entschiedener Abgrenzerei gibt es einige Gruppierungen in der Bundesrepublik, die gemäß Selbstbekenntnis ganz besonders stark christlich motiviert sind und sich zugleich wie extreme Israel-Lobbyisten aufführen.

Da ist beispielsweise die Partei Bibeltreuer Christen (PBC), deren Chef Pfarrer Gerhard Heinzmann mahnt:

»Wohl und Wehe eines Volkes hängen von seiner Haltung zu Israel ab.«

Er klagt UNO und EU an, sie würden

»permanent auf Israel einschlagen«, und er wähnt sich auf den Spuren des Propheten Jesaja, wenn er als Grundsatz auch für die Politik ausgibt:

»Rede freundlich mit Jerusalem!«

Auf Plakaten, Flugblättern, Veranstaltungen gibt die PBC als Losung aus:

»Solidarität mit Israel!«



Propaganda der Partei Bibeltreuer Christen (PBC)

In einer Verlautbarung der Partei, verbreitet im Internet, heißt es unter der Schlagzeile „Israel — Augapfel Gottes, Zankapfel der Welt“:

»Gott hat sich aus den Völkern der Erde ein Volk ausgewählt und zu seinem Eigentum gemacht: ISRAEL ... Die 2000 Jahre Christentum sind begleitet von Hass und Feindschaft gegen die Juden. Und wir Deutsche? Zuletzt im Nazireich haben deutsche Menschen den Augapfel Gottes (Sacharja 2,12) angetastet ... Wir schämen uns für alle diese Gräueltaten, die Deutsche als Gehilfen des Bösen an dem Volk begangen haben, das sich Gott zu seinem Eigentum erwählt hat. Wir beugen uns unter diese große Schuld und bitten Gott und alle Angehörigen des jüdischen Volkes um Vergebung ... Mit der Rückkehr aus weltweiter Zerstreuung und der Gründung des Staates ISRAEL auf biblischem Boden haben die Juden als rechtmäßige Erben das Land nach jahrhundertelanger Fremdherrschaft durch nichtjüdische Völker zurückerhalten ... Dazu gehören auch die Gebiete Judäa und Samaria, die Golanhöhen und der Gazastreifen.«

Also die seit 1967 von Israel besetzten Gebiete. Noch extremer israelizistisch tritt die 1980 gegründete Arbeitsgemeinschaft „Christen für Israel“ (CFI) unter ihrem Vorsitzenden Pastor Dr. h. c. Fritz May in Erscheinung. Sie versteht sich als

»freies, unabhängiges, evangelikales Glaubenswerk«.

Nach eigenen Angaben hat sie über fünfzigtausend Personen in ihren Spender- und Unterstützerlisten. CFI, in Bundesdeutschland und Österreich als gemeinnützig anerkannt und daher steuerbegünstigt, sammelt unter anderem für Israel-Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion, Holocaust-Geschädigte im jüdischen Staat, warme Mahlzeiten an arme Israelis und israelische Begründeraktionen in der Wüste Negev.

Die CFI-Arbeitsgemeinschaft

»liebt Israel auf dem Hintergrund der Heiligen Schrift«,

wie man ihren Verlautbarungen entnehmen kann. Sie ist davon überzeugt,

»dass auch das heutige Volk Israel noch Gottes auserwähltes Volk ist.«

Als Christ sei man

»dazu verpflichtet, Israel ganzheitlich zu helfen«.

Als unabdingbar gilt den „Christen für Israel“:

»Öffentliches Eintreten für den Staat Israel.«

Man streitet und sammelt

»mit Herz und Hand für Israel«.

Und die Organisation beteuert, adressiert insbesondere an misstrauische Rabbiner:

»Wir wollen keinen Juden missionieren.«

„Zentrum der Welt“

Bei der CFI-Tagung am 4. Mai 2003 in Wetzlar trat als Hauptredner Jan Willem van der Hoeven auf, Leiter eines „Internationalen Christlichen Zionistischen Zentrums“ in Jerusalem. Der bezeichnete bei dieser Gelegenheit Absichten zur Gründung eines palästinensischen Staates als

»teuflischen Plan«.

Arafat sei

»ein Lügner und ein Mann von Sünde«,

beseelt vom Trieb,

»den Tempelberg zu erobern und Israel zu vernichten«.

Außerdem gab sich bei der Wetzlarer CFI-Veranstaltung der Vorsteher einer Vereinigung „Fackel Gideons“, Belay Birlic, die Ehre. Israel, so rief er aus, werde

»mehr und mehr zum geistlichen und politischen Zentrum der Welt«.

Ohne Israel, so fuhr er fort, sei alle Politik hienieden „bedeutungslos“. Der Sturz Saddam Nusseins, der sich als eine Art Wiedergeburt Nebukadnezars gefühlt habe, sei eine Erfüllung

der Prophetie Jeremias (von wegen „Untergang von Babylon“) gewesen.

»Israels heilsgeschichtliche Funktion«

wurde in Wetzlar von Helge Stadelmann betont, dem Rektor der Freien Theologischen Akademie Gießen. Die Lehre, dass die christliche Gemeinde die Juden als von Gott auserwählt abgelöst hätte, sei

»Quell von Antisemitismus«.

Was dringend gebraucht werde, sei

»eine Israelogie«.

Die Arbeitsgemeinschaft „Christen für Israel“ ist besonders stolz auf ihre „Vertrauensleute in Israel“. Jehiel Leket, Weltvorsitzender des KKL-Jüdischer Nationalfonds, der Spendensammelorganisation für Israel, hat es sich in der Tat gelegentlich nicht nehmen lassen, dem CFI-Chef Pastor May persönlich seine Aufwartung zu machen und ihn zu würdigen als

»herausragenden Freund Israels«.

Am 1. Oktober 1998 meldete die „Allgemeine Jüdische“:

»Der Wetzlarer Pastor Fritz May ist von der Stadt Jerusalem mit der Auszeichnung „Getreuer von Jerusalem“ geehrt worden. May verbreite durch seine Schriften und Vorträge den Aufruf zur Versöhnung und Solidarität mit dem jüdischen Volk, sagte Bürgermeister Ehud Olmert bei der Preisverleihung am 27. September im Jerusalemer Rathaus. Durch die Ar-

beitsgemeinschaft Christen für Israel habe May Menschen aufgefordert, Projekte zum Wohle der Bevölkerung in Israel zu fördern.«

Besagte Auszeichnung (hebräisch: „Neeman Jerushalayim“), so betonte das Zentralratsblatt, sei bisher erst zwei Deutschen verliehen worden, nämlich Axel Springer (1983) und der Familie Holtzbrinck (1996) — einflussreichen Medienkonzernchefs also.

Gut ein halbes Jahr später berichteten die „Israel Nachrichten“ (Ausgabe vom 30. Mai 1999) von der Verleihung des Ehrendoktorats der israelischen Bar-Ilan-Universität an Pastor May (auch hierbei war Axel Springer einer seiner Vorgänger):

»Damit wurde erstmals in der 2000-jährigen Geschichte der Beziehungen zwischen Juden und Christen einem deutschen evangelischen Theologen die höchste Auszeichnung einer jüdischen Universität in Israel zuerkannt.«

Pastor May proklamierte in seiner Dankesrede

»eine Koalition von Juden und Christen, die den Auftrag Gottes verwirklichen, ein Licht der Hoffnung für die ganze Welt zu sein«.

Die „wirkliche Wahrheit“

Am 10. Mai 2002 freuten sich die „Israel Nachrichten“:



Mahnung „christlicher Israel-Freunde“ („Chick's Literatur“; Bundesrepublik Deutschland/Schweiz)

»Unter dem Motto „Was wird aus Israel?“ kamen rund 1000 Israelfreunde zum 22. Treffen der Arbeitsgemeinschaft „Christen für Israel“ in die Wetzlarer Stadthalle, um dem Volk und Land Israel in schwieriger Zeit ihre Solidarität und Freundschaft zu bekunden.«

Bei dieser Gelegenheit habe der Oberrabbiner der israelischen Armee außer Diensten Mordechai Piron (Jerusalem) nicht nur

»aus erster Hand über die wirkliche Lage in Israel informiert«,

sondern auch ausgerufen:

»Gott ist ewig, das Land ist ewig und deshalb ist Gottes Volk auch ewig, es kann gar nicht anders sein.«

Die „Israel Nachrichten“ führen fort:

»Piron führte weiter aus, dass Gottes Erwählung auch für das heutige Israel gültig sei. Aus seiner Erfahrung in der israelischen Armee berichtete der Chef-Rabbiner, dass sie auf hohem moralischen Niveau handle. Sie erwäge ihre Vorgehensweise immer unter ethisch-moralischen Gesichtspunkten. „Israels Armee versucht immer, Unschuldige zu verschonen.“«

Abschließend habe der Oberrabbiner — nicht zuletzt unter dem Eindruck, dass Islamisten Selbstmordattentäter als Verheißung einhämmern würden,

»dass im Paradies zweiundsiebzig Jungfrauen auf sie warten«, —

seine Überzeugung zum Ausdruck gebracht:

»Ein Dialog mit dem Islam sei von christlicher und jüdischer Seite unmöglich. Piron erklärte, dass Gott am Ende der Zeiten seinen Frieden für die Welt und Israel schaffen werde, um seine Ziele zu erreichen.«

Aus Jerusalem nach Wetzlar angereist war auch der Diplomtheologe und Journalist Markus Jerominski, der, so die „Israel Nachrichten“,

»die Christen aufforderte, „sich in ihrer Haltung zu Israel nicht von der Tagespolitik und

den Medien abhängig zu machen, sondern von den Verheißungen Gottes in der Bibel“«.

Als Grußwortentbieter traten bei der CFI-Versammlung ferner der Pressesprecher der israelischen Botschaft, Yuval Fuchs, der Vertreter der israelischen Universität Bar-Ilan, Ari Lipinski, und der Chef der Partei Bibeltreuer Christen, Pastor Gerhard Heinzmann, auf. Auch gab es eine Podiumsdiskussion, bei welcher der Israel anklagende Bericht der UNO-Untersuchungskommission über das Massaker im palästinensischen Flüchtlingslager Dschenin als „infame Lüge“ und „Farce“ bezeichnet wurde. „Israel Nachrichten“ abschließend:

»Die Podiumsdiskussion griff weitere brisante Fragen auf und informierte die Besucher über die wirkliche Wahrheit in Israel und im Nahen Osten.«

Unter dem Davidsternbanner

Seit einiger Zeit veranstalten diverse „christliche Israel-Freunde“ in der Bundesrepublik Solidaritätskundgebungen für den jüdischen Staat. Eine solche fand beispielsweise am 10. Mai 2002, gewürdigt in der folgenden „Jüdischen Allgemeinen“ (23. 5.), in Frankfurt am Main, Paulsplatz, statt. Im Aufruf hatte es geheißen:

»Wir wollen uns nicht verschließen vor dem Herzensschrei aus Israel: Wir brauchen eure Hilfe. HEUTE — JETZT!«

Eingeladen zur Kundgebung hatten

Pfarrer i. R. Winfried Amelung, Lothar Klein (Sächsische Israelfreunde),

Dr. Jürgen Bühler (Internationale Christliche Botschaft Jerusalem),

Johannes und Christel Diekmann (Ruf zur Versöhnung).

Harald Eckert (Christliche Freunde Israels),

Theo Ellessat (Israel Heute),

Johannes Facius (Internationale Gemeinde für Fürbitten),

Dr. Christoph Häselbarth (Josua-Dienst; Philippus-Dienst),

Hinrich und Elke Kaasmann (Ebenezer Hilfsfonds Deutschland),

Waltraud und Günter Keil (Die Brücke Berlin-Jerusalem),

Pastor Rudi Pinke (Christliches Zentrum Frankfurt/Main),

Schwester Pista (Evangelische Marienschwesternschaft),

Dan Tracy (Internationaler Bibeldienst).

Das Zentralratsblatt freute sich in seinem Bericht insbesondere über Transparente wie:

- »Israel, wir stehen an deiner Seite
- Unser Herz schlägt für Israel«

Mitinitiator Pastor Pinke rief aus:

»Unsere Verantwortung für den jüdischen Staat bleibt ohne Einschränkung bestehen.«

Gastredner war der Erste Sekretär der israelischen Botschaft in Deutschland, Yossef Levy, der Arafat als „Terroristen“ und „Leiter einer Terrororganisation“ bezeichnete. Mit Blick auf

die vielen israelischen Davidsternbanner auf dem Kundgebungsplatz rief Levy:

»Das blau-weiße Fahnenmeer mitten in Frankfurt ist für mich eine der schönsten Landschaften, die ich in meinem ganzen Leben gesehen habe.«

Dann trat Harald Eckert von den „Christlichen Freunden Israels“ ans Mikro, der „die drei Hauptbeweggründe der Initiatoren zu dieser Veranstaltung“ erläuterte:

»1. Diese Kundgebung möchte ein Ausdruck des Mitgefühls zu Israel hin und ein Zeichen der Verbundenheit zu den jüdischen Menschen in Deutschland sein. 2. Wir wollen damit das Existenzrecht und das Selbstverteidigungsrecht Israels unterstützen. 3. Wir wissen uns herausgefordert, den deutschen Politikern, den deutschen Medien und dem deutschen Volk ins Gewissen zu reden, die Lektionen der Vergangenheit nicht zu vergessen und sich in der Zeit der Not als treuer und aufrichtiger Freund Israels zu erweisen.«

ISRAEL, DU BIST NICHT ALLEIN
Eine Initiative von Christen, die Israel lieben

*
Nationale Solidaritätskundgebung am 10. Mai 2002 um 15 Uhr
auf dem Paulsplatz in Frankfurt/Main (Nähe Römer)



Solidaritätskundgebung "Israel, du bist nicht allein" am 10. Mai 2002 in Frankfurt/Main

1938 brannten die Synagogen in unserem Land – im Jahr 2002 brennen wieder Synagogen in verschiedenen Teilen der Welt. Damals schwieg die Kirche, und die Christen schauten zumeist weg – heute schweigt die Kirche wieder - und die Christen?

„Christliche Israel-Freunde“ in Aktion

Zum Höhepunkt kam man dann mit der Mea-Maxima-Culpa-Predigt der Schwester Pista. Sie sagte:

»Unsagbar hat Gottes Volk gelitten während 2000 Jahren christlicher Geschichte. Wir haben Schuld um Schuld auf uns geladen, ihnen unseren Herrn zum Abscheu gemacht. Die schlimmsten Verbrechen an Juden wurden im 20. Jahrhundert von getauften Christen verübt ... Die „Endlösung“ war ein bis ins kleinste Detail durchdachter Plan — ausgeführt von einem der gebildetsten Völker der Welt — und zugleich von einem der arrogantesten und verführtesten. Auschwitz funktionierte dank deutscher Technologie, Tüchtigkeit und Organisation. Kein Volk, keine Ideologie, kein System hat je in so kurzer Zeit ein solches Ausmaß an Brutalität, Leid und Demütigung über ein anderes Volk gebracht wie das deutsche über das jüdische. Voll Schmerz und tiefer Scham bekenne ich diese Schuld als Glied meines Volkes. Wir sind es, die eine Übeltat auf die andere gehäuft haben.«

Die Schwester wies aber auch den Ausweg:

»Was können wir tun, dass heute unter anderem Vorzeichen nicht wieder Gleiches geschieht? Damals haben unsere Väter geschwiegen. Heute können wir als Bürger eines demokratischen Landes unsere Stimme erheben. Wir bitten unsere Regierung: Lassen Sie keinen Boykott israelischer Waren zu! Halten Sie Ihre Abmachungen ein — Lieferung der Ersatzteile! Durch nichts werde die Existenz des Staates Israel als legitime Heimstätte des jüdischen Volkes in Frage gestellt — auch nicht das seit 35 Jahren ungeteilte Jerusalem als seine ewige Hauptstadt!«

Nach der Schwester-Pista-Ansprache gab es eine Schweigeminute und abschließend,

»in Klagemelodien hineingesprochen«,

so die interne Regieanweisung, folgendes Gebet:

»Tröste, Ewiger, unser Gott, tröste die Trauernden Zions und die Trauernden Jerusalems. Zion — bitterlich weint es, und Jerusalem erhebt seine Stimme: Mein Herz weint um ihre Erschlagenen. Du, Ewiger, wirst sie wieder aufbauen, wie verheißen ist: Und Ich werde ihr sein eine Feuermauer rings, und zur Herrlichkeit werde Ich sein in ihrer Mitte. Gelobt seist Du, Ewiger, der tröstet Zion und baut Jerusalem!«

Schofar-Hörner/Luftwaffen-T-Shirts

Tags nach der Frankfurter Veranstaltung versammelten sich einige Hundert christlich-fromme Israelfreunde auch in Hannover vor der Oper unter dem Motto

»Israel, du bist nicht allein.«

Auf der Rednerliste standen u. a.:

Thomas Bittmann (Christliches Zentrum Hannover),

Dr. Jürgen Bühler (Internationale Christliche Botschaft Jerusalem),

Dr. Winfried Balke, Hannover,

Karl Benatzky (Freie Christengemeinde, Helstorfer Str., Hannover),

Thomas Lieth (Missionswerk Mitternachtsruf, Pfäffikon, Schweiz),

Matthias Hoffmann (Gemeinde Ichthys, Hannover),

Christa Egli (Glaubenszentrum Bad Gandersheim).

Im Aufruf an die Aktivisten zur Teilnahme an der Kundgebung hatte es geheißen:

»Israelfahnen, Schofar-Hörner etc. gern mitbringen!«

Hier nun in Hannover mahnte der Sprecher der „Internationalen Christlichen Botschaft“, Jürgen Bühler, zu

»mehr Solidarität mit Israel«

und es trat — sozusagen als „Special Guest Star“ — Friedbert Pflüger auf, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzender des Europa-Ausschusses des Deutschen Bundestages. Zentralrats-„Allgemeine

»Er unterstrich Israels vorbildliche Leistung des Staatsaufbaus seit 1948. Die besondere Verpflichtung der Deutschen gegenüber Israel dürfe niemals in Frage gestellt werden ...
 „Wenn wir eine Zerstörung Israels zulassen würden, wie sie von palästinensischer Seite gewollt ist, dann hätte Hitler nachträglich gesiegt“, sagte Pflüger.«

Am 25. August 2002 kamen dann 4000 (eigene Angaben) christliche Solidarisierte mit Israel in Berlin, vor dem Brandenburger Tor, zusammen, um, wie das ihnen nahestehende „Israelnetz.de-Newsletter“ meldete,

»sich uneingeschränkt für das Existenz- und Selbstverteidigungsrecht Israels auszusprechen«.

Hauptredner war diesmal Ludwig Schneider, der, nach eigenen Angaben herkunftsjüdisch, in Jerusalem residiert und dort eine christlich-israelizistische Zeitschrift „nachrichten aus israel“ (nai) herausgibt. Auch ist er als Vortragsrundreisender bei Pro-Israel-Veranstaltungen in Deutschland unterwegs. Via Internet macht Schneiders „nai“ Reklame für

»ein breitgefächertes Sortiment israelischer Produkte. Mehr als je zuvor sind die israelischen Hersteller auf Ihren Einkauf Made in Israel angewiesen. Wir bringen Ihnen -- wenn Sie wollen — Israel ins Wohnzimmer. Israelische Produkte auch aus dem biblischen Kernland Judäa und Samaria, die in Europa aus politischen Gründen nicht zu erwerben sind.«

Gemeint ist damit das israelisch besetzte Westjordanland.

Zu nai-Schneiders „Online Angebot“ zählen:

- »Wohlgerüche der Bibel. Außergewöhnliche Duftnoten in handbemalten Glasfläschchen,
- Schriftrolle des Esther-Buches mit farbigen Illustrationen,
- Israel-Schirmmützen,
- Israel-Luftwaffen-T-Shirts.«

Grußwörtlich trat bei bewusster Berliner Kundgebung der CDU-Bundestagsabgeordnete Günter Nooke (Deutsch-Israelische Parlamentariergruppe) in Erscheinung. Dr. Bühler äußerte gemäß „Israelnetz.de“:

»Wenn die Politiker in Deutschland die Präambel des Grundgesetzes wahrnehmen wollten, müssten sie an der Seite Israels stehen. Nur so kämen sie der „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ nach.«

Übrigens hatte Israels Botschafter in Berlin, Shimon Stein, die Veranstalter der Kundgebung tags zuvor „zur Aussprache empfangen“.

Noch ein Netzwerk

Vom 15. bis zum 17. Oktober 2002 trafen sich auf dem Gelände der Evangelischen Marienschwesternschaft in Darmstadt-Eberstadt

»elf Leiter von sieben national tätigen Israelwerken zu einer zweitägigen Klausurtagung«,

wie es in der anschließenden Presseerklärung hieß. Ergebnisse dieser Tagung:

»Gründung eines Beziehungs- und Aktionsforums unter dem Namen „Christliches Forum für Israel — Deutschland an der Seite Israels“ ... Bildung einer Aktionsplattform zur Aufarbeitung von Vergangenheitsschuld am jüdischen Volk und zur Förderung einer positiven Beziehung zwischen Deutschland und Israel.«

Weiter im Presstext der Klausuranten:

»Dieses Netzwerk versteht sich im Sinne dieser Ziele als offenes Forum für Leiter von



Die Seite für aktuelle und objektive Berichterstattung über das Tagesgeschehen in Israel.

Das „Israelnetz“ im Internet bringt auch viel über „christliche Israel-Freunde“.

etablierten, national arbeitenden Israel-Werken in Deutschland.«

Der vor Ort gebildete Leitungskreis des „Christlichen Forums für Israel — Deutschland an der Seite Israels“ setzte sich zusammen aus:

Jürgen Bühler (Internationale Christliche Botschaft),

Harald Eckert (Christliche Freunde Israels),

Hinrich und Elke Kaasmann (Ebenezer Hilfsfonds),

Günter und Waltraud Keil (Die Brücke Berlin-Jerusalem).

Konkret ins Auge gefasst wurden:

»Zentrale Gedenkveranstaltungen am Vorabend des 27. Januar (Holocaustgedenktag) sowie eine Reihe dezentraler Veranstaltungen anlässlich des Jahrestages der „Macht ergreifung“ Hitlers, 30. Januar.«

Am 5. Juni 2003 berichtete die „Jüdische Allgemeine“ über die „Initiative Deutschland an der Seite Israels“, in der sich „verschiedene christliche Organisationen“ zusammengefunden hätten,

»weil sie meinen, dass Deutschland aufgrund seiner historischen Verantwortung an die Seite Israels gehört.«

Einer der Träger der Initiative sei die Organisation „Dienste in Israel“,

»die aus christlicher Überzeugung für den jüdischen Staat einsteht; sie versteht die Existenz des jüdischen Staates als Zeichen der Treue Gottes zu seinem Volk.«

Über das mit „Dienst in Israel“ kooperierende „Evangelisch-Freikirchliche Sozialwerk Hannover e. V.“ wusste das Zentralratsblatt bei dieser Gelegenheit zu informieren:

»Es bietet jungen Christen die Möglichkeit, durch praktischen Arbeitseinsatz in Israel das tägliche Leben und das Judentum dort kennenzulernen. Jährlich machen rund achtzig Freiwillige Gebrauch von dem Angebot. Die jungen Menschen im Alter zwischen achtzehn und dreißig Jahren arbeiten zwischen drei Monaten und einem Jahr in verschiedenen sozialen Einrichtungen — einem Kibbutz, einem Krankenhaus, mit behinderten Kindern und Jugendlichen und in Altenheimen, wo sie Holocaustüberlebende pflegen.«

„Billige Propaganda für einen Mann aus Nazareth“

In diesem Zusammenhang ist auch folgende Internet-Meldung im „forum.judentum.de“ vom 6. Mai 2002 aufschlussreich:

»Die Bewegung christlicher Israelfreunde ist ausdrücklich und auf das Engste verbunden mit den offiziellen Stellen Israels. Die Botschaft Israels ermutigt und ermuntert unser Engagement maßgeblich. Die überwältigende Mehrheit der Teilnehmer an der großartigen PRO-ISRAEL-Kundgebung des Zentralrates der Juden in Deutschland kam aus den Reihen unserer Freunde. Es sprach auch der Botschafter Israels, seine Eminenz (sic!) Herr Shimon Stein.«

Diese Darstellung stieß allerdings gleich auf Proteste im Internet. Da hieß es etwa:

»Ich finde es abenteuerlich, dass Sie eine Kundgebung des Zentralrats der Juden so umzudeuten versuchen.

Diese Leute scheinen überall die gleichen Geschichten zu erzählen. Die Teilnehmer kamen hauptsächlich aus jüdischen Gemeinden und linken Zusammenhängen.

Eine Gruppe verteilte Flugis mit Magen David (Davidstern). Auf der Rückseite war billige Propaganda für einen Mann aus Naza-

reth zu lesen. Die Veranstalter distanzieren sich während der Demo von den Missionaren.«

Jüdischerseits gibt es denn auch zunehmend Einwände, „das Treiben“ solcher „zweifelhafter Israel-Freunde“, die letzten Endes doch nur „auf Seelenfang aus“ seien, hinzunehmen bzw. sogar noch zu unterstützen. Schon am 30. November 1995 hatte die „Allgemeine Jüdische“ in massiver Aufmachung auf der Titelseite unter der Schlagzeile

»Nepper, Schlepper, Missionare«

darüber aufgeklärt,

»wie fundamentalistische Christen versuchen, in Deutschland jüdische GUS-Zuwanderer zu „bekehren“«.

Besonders ins Visier genommen hatte das Zentralratsblatt einen „Evangeliumsdienst für Israel“ (EDI).

Gegen die Berliner Demo besagter „christlicher Israelfreunde“ im August 2002 hatte es insbesondere beim Bundesverband Jüdischer Studenten in Deutschland (BJSD) heftige Reaktio-

Jüdische Warnungen. Oben im Zentralratsorgan, unten in der Zeitung der Israelitischen Kultusgemeinden Bayerns.



JUDENMISSION

Christliche Seelenfischer auf Judenfang

Der Endzeitglaube treibt seltsame Blüten: Evangelikale missionieren Juden und bringen sie zurück nach Israel

Von Michael Meier

Sie nennen sich Fischer und stöbern auch in den entlegensten Gebieten der ehemaligen Sowjetunion Juden auf. In Usbekistan, Kasachstan, Armenien, in der Ukraine und selbst

gische Muster ist bei den Evangelikalen Gemeinut. Und Scheller versteht sich als Instrument im göttlichen Endzeitplan. Wie viele bibeltreue Christen aus dem pfingstlich-charis-

geweihte ehebrecherische Einheitskirche unserer Tage. Was für andere Endzeitpropheten die UNO, ist für Segal die „satanische EU“: Die alle Nationen repräsentierende Kollektiv-

nen gegeben. Die jüdische Nachrichtenagentur JTA meldete am 25. August 2002:

»Während die hiesige israelische Botschaft für die Veranstaltung war und dort Informationsmaterial verteilte, distanzierte sich der BJSD deutlich von der Auffassung, dass Juden Jesus als ihren Erlöser anerkennen müssten.«

Die Kommission der Rabbiner

„Jüdisches Leben in Bayern“ (Mitteilungsblatt der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern) berichtete in seiner Ausgabe April 2003 über eine Veranstaltung der „Jewish Winter University in Würzburg“, die mit Unterstützung des Zentralrats, der Lauder Foundation, der Jewish Agency, der Zionistischen Weltorganisation und der Israelitischen Gemeinde Würzburg arbeitet, zu diesem Thema:

»Dass es christlich-fundamentalistische Gruppen gibt, die in glühendem Eifer Israel mit politischem Engagement unterstützen, ist wohl jedem spätestens seit der letzten großen Pro-Israel-Demonstration in Berlin bekannt. Die religiösen Hintergründe dafür wurden den Teilnehmern erst auf der Winter University bewusst: Israel, und zwar das biblische Territorium, und Juden haben einen entscheidenden Stellenwert in den apokalyptischen Erwartungen dieser Fundamentalisten. Eretz Israel in den Grenzen des Großreichs Davids muss wiederhergestellt werden und alle Juden müssen zum Christentum übergetreten sein, damit Jesus wiederkehren kann und das Ende der Zeiten anbricht. Kein Stück Land darf an Palästinenser abgetreten werden und so wurde auch die Ermordung Rabins als Strafe Gottes angesehen.«

Es gebe Gruppierungen,

»die die Mission meist mit höchst unmoralischen Mitteln in Israel und auch Deutschland betreiben«,

sowie solche,

»die Israel mit kräftigen Finanzspritzen unterstützen und im Gegenzug dort frei ihre Organisationen aufbauen.«

Bei der jüdischen Winter University habe nun die zentrale Fragestellung gelautet:

»Wie geht man damit um? Kann Israel in seiner heutigen Lage es sich überhaupt leisten, wählerisch bei der Wahl seiner Unterstützer zu sein? Soll es solche Gelder ablehnen? Darüber stritten sich die Geister. Nur bei einem Punkt waren sich alle einig: Keine christliche Mission, egal mit welchen Mitteln!«

Apropos Mord an Rabin, der bekanntlich von einem jüdischen Fanatiker verübt wurde. Hierzu gab es von gewissen „christlichen Israel-Freunden“, die Rabin wegen seiner Kompromissbereitschaft gegenüber den Palästinensern schärfstens angriffen, in der Tat höchst bedenkliche Stellungnahmen. Zum Beispiel im „Rundbrief“ Nr. 3/1995 der Bewegung „Fürbitte für Deutschland“, wo es hieß:

»Es könnte sein, dass Rabin geistlich ein Usija war, ein König, der viele Siege mit dem Herrn errang und dessen Herz treulos wurde, so dass der Herr ihn wegnehmen musste.«

Israels Oberster Rabbiner-Rat hat nun 2003 eine Kommission zur Abwehr „christlicher Umtriebe“ gebildet. Vermutlich wird von dort alsbald eine Weisung für den weiteren Umgang mit gewissen „christlichen Israel-Freunden“ ausgehen.

„Deutschland zum Verschwinden bringen!“

Die wohl wildeste Gestalt hat bundesdeutsche Israel-Eiferei in einem Teil des linksextremen Spektrums angenommen. Diese Leute begreifen und bezeichnen sich selbst ausdrücklich als „Antideutsche“. Hymnen auf Israel gehen hier

einher mit schaurigen Verfluchungen Deutschlands und des deutschen Volkes.

»Heraus zum revolutionären 1. Mai. Gegen Kapitalismus, gegen Antisemitismus und Antizionismus!«

lautete die Überschrift eines für diese Bestrebungen typischen Aufrufs zum Maifeiertag 2003, unterzeichnet vom „Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus Berlin“ (BgAA) und verbreitet auch via Internet. In dem Pamphlet heißt es:

»Nieder mit Deutschland! Wahrscheinlich kann nicht häufig genug betont werden, dass die ekligste Variante von Nation und Nationalstaat die deutsche ist. Hier konstituiert sich nationale Identität immer völkisch. Hier finden sich die Individuen am liebsten in der Gemeinschaft, die erst die Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden betrieben und halb Europa in Schutt und Asche gelegt hat, es aber nachher nicht gewesen sein will. Stalingrad und die Bombennächte haben nicht nachhaltig genug gewirkt ... Ohne die Destruktion dieser völkischen Gemeinschaft ist Emanzipation nicht zu haben, im Gegenteil: sie ist Bedingung ihrer Möglichkeit, Deutschland zum Verschwinden zu bringen.«

Unter der Zwischenüberschrift „Solidarität mit Israel!“ liest man dann:

»Solange der Antisemitismus und seine Bedingungen nicht abgeschafft werden, muss der jüdische Staat verteidigt werden. Solidarität mit Israel und seiner Regierung, sofern sie die Verteidigungsnotwendigkeit seiner Bürgerinnen und Bürger exekutiert! Eine linke Bewegung, die das nicht begreift, hat nichts mit Emanzipation und Revolution zu tun.«

In ihrer Ausgabe vom 29. April 2003 hat sich die linke „tageszeitung“ mit diesen

»Antideutschen, die für Israel schwärmen, die Israelfans bis zur Karikatur sind«,

ausführlich beschäftigt. Vorgestellt werden in diesem Artikel einige Aktivisten des oben zitierten

ten Berliner „BgAA“. Beispielsweise ein 21-jähriger Genosse namens Karl Herz, welcher, so die „taz“,

»verdammt deutsch aussieht: hochgewachsen, blond, blaue Augen; zugleich ist etwas teddybärig Sanftes um ihn.«

Das Linksblatt zitiert diesen eigentümlichen Teddybären wie folgt:

»In Deutschland Emanzipation zu denken, setzt eine antideutsche Position voraus. Die Genossen in Mexiko sollten auch antideutsch sein.«

Weiter tritt ein Thomas Fischer auf,

»25-jähriger Student der Politikwissenschaften, der mit seiner Basecap auch gut als amerikanischer College-Boy durchgehen würde.«

Diese Collegeboygestalt sagt:

»Im Nachhinein hätten wir eine Aufteilung Deutschlands zugunsten seiner Nachbarn nach dem Krieg favorisiert.«

„Die Perspektive, die alles bestimmt“

Sozusagen getoppt werden die vorgenannten Genossen noch von einem Justus Wertmüller (40), Redakteur von „Bahamas“, des — so die „taz“ —

»vierteljährlich erscheinenden Zentralorgans der Antideutschen«.

Diesen Wertmüller charakterisiert „die tageszeitung“ so:

»Rechts von ihm hängt ein Poster, das der Sowjetarmee für ihren Sieg gegen die Wehrmacht in Stalingrad dankt. Seine Israel-Begeisterung paart sich mit Verachtung für die islamische Welt: „Der Islam als politisches Projekt ist gezielt antizivilisatorisch.“ Israel müsse vor Palästina geschützt werden — notfalls mit einer Mauer, möglichst noch perfekter als die Berliner von einst. Alle Parolen der Friedensbewegung seien identisch gewesen mit denen der NPD, sagt Wertmüller.



Israel-Propaganda der „Antideutschen“ im Internet, 2003. Angekündigt wurde hier „eine bundesweite Vernetzung der linken Israel-Solidarität“.

„Hinter dem Ruf nach Frieden verbergen sich die Mörder.“ Die „Friedensfuzzis“ hätten ein Problem: „Die NPD spricht ihre Sprache.“ Pathetisch beglückwünschte die Redaktion der „Bahamas“ die „Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens“ zu ihrem Sieg am Golf.«

Wertmüller lobte die Berichterstattung der „Welt“ des bekanntlich glühend pro-israelischen Springer-Konzerns, und er fragte sich,

»ob nicht jede Redaktion wie bei allen Redakteuren des Springer-Verlags im Arbeitsvertrag den Einsatz für den Erhalt Israels verlangen sollte.«

Die „taz“ brachte in besagtem Artikel typische Beispiele für Aufrufe aus der Ecke der linken „Antideutschen“. Etwa:

»Der Hauptfeind ist Deutschland. Hier sind diejenigen auszumachen, die sich als Deutsche zum mörderischen Mob zusammenrotten — ob im Kegelverein, in der Burschenschaft, in Tierschutz- und Friedensgruppen, Bürgerinitiativen oder in „Vertriebenenverbänden“.«

Bei einer Kundgebung der „Antideutschen“ am 14. April 2003 unter dem Motto

»Keine Träne für Potsdam«,

in der ehrendes des 58. Jahrestages der verheerenden Bombardierung Potsdams kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges gedacht wurde, habe eine Rednerin ihre Ansprache mit dem Ausruf abgeschlossen:

»Preußen war Scheiße! Deutschland auflösen! Für den Kommunismus!«

Die Bewegung witterte eben, so die „taz“,

»überall Feinde, überall Antisemiten, überall Deutsche ... Der jüdische Staat ist die Perspektive, die alles bestimmt.«

So heißt es denn auch, nachzulesen im Internet unter „left.action.de“, in einem mit „Clara Schuhmann“ unterzeichneten „Solidarität-mit-Israel“-Aufruf:

»Die Linke hat jede Frage über das Für und Wider des Antizionismus oder das Für und Wider Israels zurückzuweisen. Gegen solchen projektiven Wahn hilft im Zweifelsfall nur die Gewalt der Autorität. Gerade jetzt gilt es dem Antisemitismus in jeglicher Form entgegenzutreten und unmissverständlich klarzumachen, dass Solidarität mit Israel Voraussetzung jeglicher emanzipativer Bemühungen ist und bleibt. Solidarität mit Israel! Für den Kommunismus! Nieder mit Deutschland!«

Solidarität — auch mit Pflastersteinen

Die linksextreme „Partisan Wandzeitung“ meldet sich im Internet folgendermaßen zu Wort:

»Es ist höchst widerlich zu sehen, wie locker die europäische Linke sich zu Großdemonstrationen für Palästina mobilisieren lässt ... Wir sollten als deutsche Linke das Maul halten

und lieber den Antisemiten in Nazistrukturen und Staatsparteien, in Hamas-Blöcken auf den Demos, den Lobbyisten der arabischen Regimes etc. nicht nur in schlaun Flugblättern und grottenschlechten Wochenzeitungen, sondern praktisch den Kampf ansagen. Auch wenn es schwierig und gefährlich ist.«

Eine Gruppe „Antideutsche Kritik“ macht sich in ihrem „Solidarität-mit-Israel“-Aufruf im Internet unter der Schlagzeile

»Gegen linke Deutsche, für eine antideutsche Linke«

kaum noch Mühe, zu verschleiern, was für sie „Action“-Sache ist:

»Statt mit den friedensliebenden Deutschen in eine konstruktive Diskussion zu treten, ist es sinnvoller zu diskutieren, ob wir ihre Frie-



Der „Katechismus“ wird von einer „Assoziation Antideutscher Kommunisten“ herausgegeben und vom 4a ira-Verlag vertrieben.

denkundgebungen mit Flugblättern oder Pflastersteinen kritisieren.«

Ein anonymen Aktivist der „Antideutschen“ aus dem „Cafö Morgenland“, Frankfurt am Main, lässt sich im Internet nach seinem Lob für Ariel Scharon und dessen Mut, „sich zu wehren“, über Deutschland,

»das Land der Täter, wo inzwischen der deutsche Wahn zum guten Umgangston gehört«,

wie folgt vernehmen:

»Und die Mehrheit, der kleine Mann auf der Straße und am Stammtisch? Da wird alles ausgekotzt, was sich zeitweise angestaut hat ... Wenn du deinen Freund loswerden willst, dann leihe ihm Geld oder bekenne dich solidarisch zu Israel. In beiden Fällen siehst du ihn nie wieder.«

Notwendig sei deshalb:

»Die Zerschlagung der antisemitischen Brut, die Abschaffung des völkischen Konsens in der deutschen Gesellschaft.«

Und weiter:

»Es ist völlig egal, welche Politik die jeweilige Israel-Regierung verfolgt ... Ob die Israelis die richtige oder die falsche Staatsform ausgewählt haben, ob sie die bessere oder schlechtere Einstellung zu Minderheiten haben, spielt im Zusammenhang mit der Haltung zu diesem Staat absolut keine Rolle, es darf keine Rolle spielen.«

Der antideutsche Israel-Fanatiker schließt mit den Worten:

»Meine persönlichen Beziehungen zu Israel sind quasi null. Ich habe es niemals besucht, spreche seine Sprache nicht, seine Kultur ist mir auf geradezu schmäbliche Weise fremd, seine Religion ist nicht die meine. Dennoch ist das Bestehen dieses Staatswesens mir wichtiger als das irgendeines anderen. Solidarität mit Israel! Deutschland halt's Maul!«

Personenregister

- Abel, Sabine 112
Abs, Hermann Josef 26
Adenauer, Konrad 10 ff., 14, 16 ff., 25f.,
57, 60, 145, 155, 171, 173, 183
Adler, Elio 138, 142
Adler, Hans-Günther 188
Adler-Rudel, Schalom 155
Adlhoch, Wolf-Dieter 142
Adloff, Kristlieb 138
Albrich, Thomas 65
Albright, Madeleine 31, 113, 205
Alfred, Ewa 136
Allerhand, Jakob 125
Alter, Hermann 138
Alter, Shoshona 138
Altmaier, Jakob 16, 21
Amelung, Winfried 53f., 215
Apel, Hans 27
Apt, Max 42
Arafat, Jassir 77, 194, 208, 213, 216
Arendt, Hannah 153
Arlosoroff, Chaim Victor 35
Armbrust, Isabel 125
Aschner 43
Assmann, Aleida 144
Assor, Reuven 65
Auerbach, Philipp 165f.
Auhagen, Otto 56f.
Avidow, Dan 66
Avnery, Uri 80
Axelrod, Toby 117
Axen, Hermann 195
Aznar, Jose Maria 84
Azriel, Shimon 174
Badt, Hermann 57
Baeck, Leo 6, 29f., 34f., 37, 57, 60,
92 f.
Baer, Tommy P. 13
Baillou, Adriana Freifrau von 142
Bala, Christian 183
Balfour, Arthur 54f., 128
Bali, Rifat 83
Balke, Winfried 217
Ballin, Albert 61
Ballod, Carl 55
Bamberger, Julius 59
Barak, Ehud 12, 87
Bar-Gera, Kenda 129
Bar-Tikwah, J. 178
Barkai, Avraham 92
Baron, Salo Wittmayer 153
Bartel, Heinrich 184
Barth, Theodor 59
Barzel, Rainer 12
Battenberg, Friedrich 138
Bauer, Fritz 63, 164f.
Bauer, Yehuda 43, 46
Beck, Kurt 132
Beck, Marieluise 184
Beck, Volker 150
Beck, Wolfgang 141
Becker, Israel 70
Becker, Karl Heinrich 57
Beckstein, Günther 105, 141
Beer, Angelika 191
Begin, Menachem 9, 127
Beitz, Berthold 105
Belling 62
Beltz 62
Belzberg, Samuel 127
Ben-Ami, Schlomo 193
Ben Ari, Gad 128
Ben-Ari, Itzhak 185
Benatzky, Karl 217
Benda, Ernst 183
Benes, Eduard 78
Ben-Gurion, David 10, 14, 16, 25f.,
65f., 155
Benkler, Reuven 175f.
Ben-Nathan, Ascher 9, 66f., 185
Benöhr, Hans Peter 138
Benz, Wolfgang 188
Berben, Iris 181
Berenbaum, Michael 111
Berger, Deidre 136, 142
Berger, Joel 86f., 138
Bergsdorf, Wolfgang 29
Berman, Julius 156f., 160
Bernadotte, Folke Graf 67
Bennett, Monika 138
Bernhard, Georg 57
Bernstein, Eduard 57
Bernstorff, Johann Heinrich Graf 57
Beust, Ole von 130
Beutel, Jens 132
Bevin, Ernest 67
Biedenkopf, Kurt 101
Biermann, Wolf 139
Biller, Maxim 148
Bindert, Franz-Josef 29
Biolek, Alfred 133, 165
Biran, Ilan 175
Birle, Belay 213
Birn, Ruth Bettina 170
Birnbaum, Nathan 116
Bismarck, Ruth-Alice von 31
Bitan, Hava 75
Bittmann, Thomas 217
Black, Edwin 44 ff.
Blair, Tony 84
Blankenhorn, Herbert 12
Bloch, Benjamin 132
Blumenfeld, Brigitte 33
Blumenfeld, Erik 12, 15, 21, 183
Blumenfeld, Kurt 57
Blumenthal, Werner Michael 31
Bocian, Abram 63
Bodemann, Y. Michael 9
Bodenheimer, Max Isidor 51
Böddeker, Günter 154
Böhm, Franz 12, 15
Böhm, Salo 42
Boehmer, Henning von 33
Böll, Annemarie 31
Böll, Heinrich 31
Bohley, Bärbel 140
Bonhoeffer, Dietrich 31
Borgelt, Hans 62
Bosbach, Wolfgang 150
Boschkow, Alexander 76
Boß, Gerhard 31
Boysen, Rolf 141
Bräutigam, Hans Otto 141
Brandt, Henry G. 188
Brandt, Willy 16, 145
Braun, Otto 57
Brauner, Artur „Atze“ 7, 113
Bravermann, Avishay 209
Bredt, J. V. 57
Breitbart, Gerrard 112
Breitscheid, Rudolf 57
Brenner, Alexander 86, 96, 100, 139f.
Brenner, Michael 63, 65, 68, 71, 154
Bretschneider, Sylvia 193
Breuer, Robert 57
Brocke, Edna 21 f., 142
Brocke, Michael 139
Bronfman, Charles R. 128
Bronfman, Edgar 94, 128, 156, 168, 170
Bronfman, Samuel 95
Bronfman de Gunzburg, Aileen Minda
de 170

- Bronnen, Arnolt 141
 Bronnen, Barbara 141
 Brozik, Karl 96, 148, 150, 156, 158, 165
 Brühne, Lothar 70
 Brüstle, Oliver 201
 Brumlik, Micha 31, 144, 151, 164, 177
 Buber, Martin 40, 43, 50, 188
 Bubis, (gnatz 75, 82f., 95, 107, 112, 115, 120, 157, 207
 Bühler, Jürgen 215, 217, 218f.
 Bührmann, Karlheinz 134
 Bülow-Schwante, Vicco von 38
 Bulmahn, Edelgard 186, 200f.
 Burda, Frieder 33
 Burg, Abraham 197
 Busch-Petersen, Nils 105
 Bush, George 85, 126, 157
 Bush, Jeb 127
 Camhi, Jeff 82
 Capestrano, Johannes von 56
 Carell, Paul 154
 Carmel, Alex 53
 Carmin, Itzhak 12
 Castell-Castell, Albrecht Fürst zu 109
 Castritius, Wolfgang 139
 Cem, Ismail 82
 Chajmovic, Jindrich 133
 Chakotin, Serge 59
 Chamberlain, Joseph 55
 Charim, Daniel 33
 Cheshin, Ruth 33
 Chirac, Jacques 84
 Cleinow, Georg 56
 Clement, Wolfgang 33, 133, 199-202
 Clinton, Hillary 127
 Cohen, Irene 73
 Cohen, Maurits 124f.
 Cohen, Roger 9
 Cohen, Sam 35
 Cohen-Reuß, Max 56
 Cohn, Thomas 30
 Cohn-Bendit, Daniel 207
 Conradi, Peter 165
 Cooper, Abraham 127
 Corach, Carlos 76
 Coudenhove-Kalergi, Richard Graf 8
 Cramer, Ernst 6, 29, 33, 134
 Crutzen, Paul J. 32
 Cwajgenbaum, Serge 95
 Däubler-Gmelin, Herta 165
 Dahlhaus, Horst 29
 Dahlke, Paul 70
 Dajan, Mosche 11
 Dam, Hendrik George van 75
 Darboven, Albert 33
 Davis, Gray 127
 Deeg, Julia 182
 Deichmann, Uta 142
 Deile, Volkmar 31
 Delbrück, Hans 56
 Demski, Eva 142
 Denes, Ivan 15
 Dernburg, Bernhard 57
 Dessauer, Friedrich 60
 Diamant, Henry 142
 Diekmann, Christel 215
 Diekmann, Johannes 215
 Diekmann, Kai 7
 Diepgen, Eberhard 132, 134
 Diestel, Barbara 141
 Dinath, Imrich 184
 Ditfurth, Jutta 208
 Doehring, Karl 152
 Dönitz, Karl 174f.
 Domberger, Joseph 13, 105
 Dorn, Dieter 141
 Doron, Elijah Bakschi 212
 DuBow, Eugene 120
 Duckwitz, Gerhard 140
 Duckwitz, Margot 140
 Duckwitz, Rainer 140
 Durst, Nathan 122
 Eagleburger, Lawrence 147
 Eban, Abba 18
 Eberhard, Otto 57
 Ebert, Jakob 109
 Eckert, Harald 215f., 219
 Eckert, Willehad P. 29
 Eckstaedt, Aaron 142
 Egli, Christa 217
 Ehrenberg, Itzhak 14, 88, 136
 Ehrlich, Yoram 184
 Eichel, Hans 33, 132
 Eichmann, Adolf 126
 Eigen, Manfred 32
 Einsiedel, Heinrich Graf von 141
 Einstein, Albert 57f., 199
 Eitinger, Leo Shura 122
 Eizenstat, Stuart 31 f.
 Elijia 202
 Ellenoff, Theodore 148
 Ellessat, Theo 215
 Elon, Amos 204f.
 Elsner, Hannelore 165
 Elsner, Helmut 33
 Engelhardt, Klaus 125
 Engels, Elisabeth 139
 Erhard, Ludwig 12, 16, 173
 Erler, Fritz 16, 171
 Erzberger, Matthias 56
 Eulenburg, Philipp zu 54
 Evers, Lothar 151
 Eymer, Anke 33, 184
 Facius, Johannes 215
 Fassbinder, Rainer Werner 107
 Feaux de la Croix, Ernst 11
 Feddersen, Jan 142
 Fehn, Bernd Josef 152
 Fehrenbach, Konstantin 56f.
 Feilchenfeld, Werner 44, 46
 Feilcke, Jochen 139, 184f.
 Feinstein, Dianne 127
 Felhender, Leon 63
 Fiebelkorn, Jörg 139
 Fiedler, Peter 139
 Filiba, Lina 83
 Finkelstein, Norman 167-170
 Fischer, Gero 79
 Fischer, Joseph „Joschka“ 24, 27, 80, 105, 114, 177, 188, 194, 205-208
 Fischer, Peter 121, 124f.
 Fischer, Thomas 222
 Flach, Ulrike 201
 Fleischmann, Lea 144
 Ford, Henry 119
 Forman, Ira N. 119
 Foxman, Abraham 25, 170
 Frank, Anne 198
 Frank, Ludwig 22
 Franke, Sylva 5, 7
 Frankl, Wilhelm 22
 Fredersdorf, Herbert B. 70
 Frei, Bruno 7
 Frei, Norbert 141, 165
 Frevert, Ute 144
 Frey, Gerhard 154
 Frey, Winfried 139, 142
 Friedländer, Saul 107
 Friedman, Michel 80, 84-87, 89, 95, 97 ff., 105, 107, 112, 129, 133f., 137, 141, 165, 181, 189, 206
 Friedrich 1., Großherzog von Baden 52f.
 Friedrich, Johannes 31
 Fröhlich, Hannah 79
 Froehlich, Henry 7
 Fröhlich, Thomas 140
 Fruck, Hans 195
 Fuchs, Anke 191, 193, 208
 Fuchs, Lilo 140
 Fuchs, Yuval 215
 Fürst, Michael 112

- Galinski, Heinz 80, 88, 114f., 118, 152
 Gansel, Norbert 29
 Gazit, Schlomo 195
 Gefen, Aba 66
 Gelbard, Rudi 79
 Gelbart, Nathan 139, 142
 Gelerman, Michael 135
 Genscher, Barbara 29
 Genscher, Hans-Dietrich 29, 175
 Gentz, Manfred 33
 Georg(e), Manfred 5
 Gepstein, Lior 199
 Gerhardt, Wolfgang 206
 Gerstenmaier, Eugen 12, 113, 183
 Gerster, Johannes 14, 185, 192, 208 ff.
 Geyer, Klaus 187
 Ginsburg, Hans Jakob 22
 Ginzel, Günther B. 40
 Giordano, Ralph 139
 Giuliani, Rudolph 127, 129f.
 Goebbels, Joseph 59, 70
 Goebel, Wilhelm 197f.
 Göring, Hermann 6
 Görres, Ida Friederike 8
 Gofman, Bernard 139
 Golan, Yehuda 66
 Goldberg, David 86
 Goldhagen, Daniel J. 62, 105f., 151,
 Goldmann, Nahum 16, 19-20, 45, 55,
 60 ff., 145, 147, 155f.
 Goldschmidt, Arthur 49
 Goldschmidt, Eli 192f.
 Goldstein, Marek 70
 Gorbach, Alfons 126
 Gordon, Efraim 54
 Gordon, Sarah 61
 Gothein, Georg 60
 Gottlieb, Siegmund 142
 Grabler, Josef 106
 Grabowsky, Adolf 56f.
 Graumann, Dieter 79, 96, 102f. 108,
 134, 142
 Graumann, Simone 135
 Grelimann, Gerhard 109
 Grimm, Otto 109
 Grimm, Rosa 109
 Grinberg, Zalman 65
 Gringauz, Samuel 66, 68
 Grözinger, Elvira 142
 Grözinger, Karl Erich 138, 165
 Grotthaus, Wolfgang 195
 Grüber, Heinrich 195
 Grün, Karl 109
 Grunspan, Rebecca 76
 Günther, Hans F. K. 50
 Gunzburg, Alain de 170
 Guttmann, Robert 64, 112
 Gyßling, Walter 59
 Haas, Wilhelm 29, 32
 Habermas, Jürgen 151
 Habsburg, Otto von 8
 Hacothen, Meron 151
 Häselbarth, Christoph 216
 Hahnzog, Klaus 141
 Haider, Jörg 78, 147
 Halevi, Jehuda 43
 Haller, Roman 14
 Haman 180
 Hamm-Brücher, Hildegard 31, 141,
 151, 189
 Hansen, Karl 28
 Hansen, Mary 28
 Hansen, Niels 8, 10ff., 15ff., 19, 21,
 22, 24-29, 31 ff., 171, 173
 Harel, Isser 126
 Harlan, Thomas 141
 Harlan, Veit 141
 Harrison, Earl G. 64
 Haß, Esther 184
 Hassel, Kai Uwe von 172f.
 Hauenschild, Hans-Hilger 42
 Hauff, Volker 165
 Haußig, Hans-Michael 139
 Haußmann, Hermann 57
 Havemann, Franziska 140
 Havemann, Katja 140
 Haverkamp, Alfred 139
 Hecht-Galinski, Evelyn 80
 Hechler, William 54
 Heer, Hannes 141
 Neid, Ludger 50
 Heidecker, Fritz Joseph 42
 Heidenreich, Gert 141
 Heinzmann, Gerhard 212, 215
 Heller, Klaus 142
 Hendricks, Barbara 192
 Henry, Marilyn 144
 Hermann, Elke 142
 Hermesh, Shai 118
 Herz, Karl 222
 Herzberg, Reuben 112
 Herzig, Arno 139
 Herzl, Theodor 5, 11, 49-53, 55, 102,
 128, 163
 Herzog, Chaim 88
 Herzog, Roman 120
 Hesse, Hermann 42
 Hesse, Otmar 31
 Hesselbach, Walter 211
 Heuberger, Georg 30
 Heuss, Theodor 133
 Heyl, Matthias 139
 Heymont, Irving 68
 Hier, Marvin 127
 Nilberg, Raul 167
 Himmeler, Heinrich 46, 107
 Hindenburg, Paul von 198
 Hintze, Peter 191, 201
 Hirsch, Burkhard 206
 Hirschfeld, Kurt 39
 Hitler, Adolf 6, 14, 19, 35f., 39, 44,
 46f., 59, 61 f., 64, 67, 70, 94, 102,
 107f., 144, 146, 149, 170f., 194,
 195, 197f., 205, 209, 218f.
 Hochwald, Abraham 51
 Hockerts, Hans Günter 152f.
 Hod, Motti 66
 Hoetzsch, Otto 56f.
 Hoeven, Jan Willem van der 213
 Hoffmann, Hilmar 165
 Hoffmann, Matthias 217
 Hofman, Chaim 70
 Hofmann, Elias 104
 Hoger, Hannelore 142
 Holtzbrinck (Fam.) 214
 Holzheid, Hildegard 14
 Homolka, Walter 204
 Honecker, Erich 194
 Hoppe, Marianne 141
 Horowicz, David 26
 Hose, Burkhard 109
 Hubermann, Bronislaw 44
 Huch, Ricarda 15
 Hüssler, Georg 125
 Huldai, Ron 135
 Nussein, Saddam 8, 82, 127, 174
 Indyk, Martin 113
 Irandi, Gabriel 139
 Israel, Berthold 49
 Itskovitz, Joseph 199 ff.
 Jäckh, Ernst 56f.
 Jahn, Gerhard 183
 Jammer, Schlomo 142
 Jankowitsch, Peter 33
 Jason, Alexander 62
 Jerominski, Markus 215
 Jesus-Cohen, Teresa de 76
 Joffe, Josef 29, 142
 John, Barbara 105
 Johnson, Lyndon B. 31
 Joseph, Ovadia 119

- Josephthal, Georg (Giora) 41
 Jung, Irma 140
 Kaasmann, Elke 216, 219
 Kaasmann, Hinrich 216, 219
 Kaffeemiesder, Robert 142
 Kagan, Saul 153, 156, 160
 Kain, Andreas 139
 Kaktuss, Elvira 142
 Kalb, Susanne 142
 Kalinna, Hermann 29
 Kalmanowicz, Nathan 79, 96, 100, 102
 Kaminski, Andre 87
 Kaniuk, Yoram 116
 Karasek, Hellmuth 142
 Karwatzki, Irmgard 167
 Kastl, Eva 140
 Kastl, Jörg 140
 Kastl, Ludwig 57
 Kastrop, Dieter 150
 Katsav, Mosche 83, 86
 Keil, Günter 216, 219
 Keil, Waltraud 216, 219
 Kempner, Robert W. 43
 Kennedy, John F. 171
 Kertesz, Imre 165
 Kewenig, Marianne 140
 Khol, Andreas 125
 Khoury, George 31
 Kiep, Walter Leisler 98
 Kinkel, Andrea 203f.
 Kinkel, Klaus 19, 24, 113, 120, 165,
 191, 202 ff.
 Kirch, Leo 113
 Kirchhoff, Erika 140
 Kissinger, Henry 13, 114
 Klein, Hans-Joachim 207
 Klestil, Thomas 111
 Klose, Hans-Ulrich 27, 165
 Klotz, Helmut 184
 Klug, Tina 142
 Klutznick, Philipp 12
 Knobloch, Charlotte 14, 79, 86 ff., 95,
 99, 136, 150
 Koch, Franz 70
 Kölle, Hermann 150
 König, Günter 21
 Köster-Loßak, Angelika 29
 Kohl, Helmut 6, 8, 12-15, 23f., 28, 73,
 105, 114 ff., 118, 152, 173, 175,
 199
 Kollek, Theodor 32
 Kon, Mirjam 136
 Korenke, Christoph 209
 Korenke, Ulrich 209
 Korn, Daniel 142
 Korn, Salomon 89, 96, 107f., 112,
 129, 134, 150, 165
 Koschnick, Hans 165, 183, 188
 Kozlov, Arnon 137
 Krahl, Hans-Jürgen 207
 Kraigher, Otto 142
 Kramer, Stephan J. 96, 150
 Kraus, Sonya 134
 Krause, Albrecht 29
 Krausz, Ron 139
 Krawczyk, Krzysztof 139
 Kreisky, Bruno 126, 147
 Kreyszig, Lothar 186f.
 Kristaller, Samuel 92
 Kroll, Herbert 146
 Kronawitter, Hildegard 134
 Krone, Heinrich 60
 Krüger, Joachim 184
 Krüger, Thomas 188
 Krupp, Manfred 142
 Krymalowski, Hersz 112
 Kühn, Heinz 33
 Külb, Karl Georg 70
 Küng, Hans 31
 Kugelmann, Cilly 63
 Kuhar, Z. 142
 Kuhn, Hermann 142
 Kuper, Rosie 133
 Kupferberg, Yael 189
 Lagemann, Peter 33
 LaGuardia, Fiorello Henry 73
 Lahnstein, Manfred 14, 27, 33, 182f.,
 185, 200
 Lahnstein-Kandel, Sonja 182
 Lambsdorff, Otto Graf 14
 Landau, Eugen 49, 57
 Landau, Michael 125
 Landauer, Georg 50
 Landgrebe, Gudrun 142
 Landmann, Ina 140
 Landmann, Jürgen 140
 Landmann, Salcia 179
 Landsberg, Otto 59
 Langnas, Steven 86
 Larsen, Johann 126
 Lappin, Eleonore 139
 Laster, Samuel 79
 Lau, Israel Meier 212
 Lauder, Ronald S. 110
 Laurence, Jonathan 115
 Laurien, Hanna-Renate 33
 Lazarus, Moritz 92
 Leber, Georg 33
 Lehmann, Frank 142
 Lehmann, Herbert H. 73
 Lehmann-Bodem, Wolff 142
 Lehrer, Abraham 94
 Leket, Yehiel 132, 214
 Lerner, Noa 136
 Leschem, David 128
 Leutheusser-Schnarrenberger,
 Sabine 141, 165
 Levin, Carl 76
 Levita, David Joel de 126
 Levy, Joel 110
 Levy, Judith 133
 Levy, Mordechai 25, 138
 Levy, Yossef 76, 216
 Lewinsky, Akiwa 211
 Lewy, Gabriel 180
 Licharz, Werner 29
 Lichtenberger, Hermann 139
 Lichtheim, Richard 54f.
 Lidschreiber, Petra 142
 Lieberberg, Marek 142
 Lieth, Thomas 217
 Limbach, Jutta 33
 Lind, Jakov 15
 Lipinski, Ari 215
 Liskow, Doris 140
 Liss, Hanna 139
 Livne, Jacov 87
 Löbe, Paul 57f.
 Lösener, Bernhard 39
 Löwenbrück, Anna-Ruth 139
 Löwenfeld, Raphael 92
 Lott, Jürgen 139
 Lübke, Heinrich 9
 Lummer, Heinrich 167
 Lunacek, Ulrike 78
 Lustig, Walter 34
 Lustiger, Arno 30, 63, 188
 Lutati, Dina 198
 Magenschab, Hans 111
 Magnus, Ernst 49
 Mahlo, Rüdiger 77f.
 Mahrenholz, Ernst Gottfried 29
 Maier, Charles 169f.
 Maisel, L. Sandy 119
 Mann, Heinrich 59
 Mann, Thomas 57
 Manor, Effi 193
 Mao Tse-tung 193
 Marcus, Ernst 39
 Markovits, Andrej S. 142
 Marks, Michael 135
 Marshall, Louis 119

- Martin, Marco 140
Marx, Karl 80f.
Masur, Norbert 46
May, Fritz 213f.
May, Meyer 127
Mayer, Arno J. 61
Mayer, Laurenz 77
Meier, Axel 52
Meier, Richard 74
Meinhof, Karl 56f.
Meir, Golda 9, 205
Meiser, Hans 133
Melchior, Michael 193
Mendig, Hans von 22
Menge, Marlies 140
Mengele, Josef 120
Menuhin, Yehudi 188
Meridor, Dan 193
Merkel, Angela 27, 190
Mershev, Reuven 9
Mertes, Alois 12
Mertes, Michael 29
Meves, Peter 139, 142
Meyer, Albert 93
Meyer, Lothar 57
Middelhoff, Thomas 107
Milgrom, Nathan 139
Miller, Israel 147, 156f.
Miller, Judith 126
Millowitsch, Willy 132
Mink, Andreas 157
Modrow, Hans 124
Möllemann, Jürgen 75, 82, 141, 189
Mohn, Heinrich 107
Mohn, Liz 33
Mohn, Reinhard 33, 106
Mommensen, Theodor 60
Montag, Jerzy 141, 190f.
Moses, Siegfried 34f., 48, 155
Moskovics, Thomas 33
Moyné, Walter E. 67
Müller, Christiane 143
Müller, Erich 109
Müller, Hans-Jürgen 143
Müller, Hermann 57
Müller, Hildegard 191
Müller, Karlheinz 109
Muliar, Fritz 125
Muzicant, Ariel 147
Nachama, Andreas 89, 105, 139, 188
Nachmann, Werner 75, 166
Naftalin, Chaim 117
Napoleon I. 11
Nassauer, Otfried 176
Nathan, Paul 49
Naumann, Michael 165, 170
Navon, Benjamin 116, 125, 151
Nebukadnezar 213
Nehls, Joachim 140
Nehls, Sabine 140
Neidhardt, Roland 184
Netanjahu, Benjamin 76
Neubert, Hildigund 140
Neuborne, Burt 151
Neumann, Moritz 87, 117
Neurath, Konstantin Freiherr von 58
Neven du Mont, Alfred 198
Neven du Mont, Kurt 198
Nevermann, Knut 29
Newman, Peter Charles 94
Nichols, Patrick 14
Nickels, Christa 188
Nicosia, Francis R. 37f., 42, 55f., 58
Niebel, Dirk 184, 190f., 192f.
Niederland, William 121 f.
Niemöller, Martin 113
Niemöller-von Sell, Sibylle Sarah 113
Niklas, Ron 143
Nittenberg, Joanna 163
Nooke, Günter 194, 218
Nordau, Max 102
Norden, Albert 195
Noske, Gustav 56
Nussbaum, Max 43
Ozdemir, Cem 82
Ofarim, Abi 181
Offenberg, Mario 34
Offman, Marian 21 f., 105
Olejski, Jacob 68
O11enhauer, Erich 16, 171
Olmert, Ehud 103, 193, 214
Oppenheimer, Franz 179
Oppenheimer, Hans (Iohn F.) 42, 56
Osten, Philipp von der 139
Osten-Sacken, Peter von der 139
Dz, Amos 80
Palmon, Jacob Erwin 41
Papen, Franz von 46
Pataki, George 127
Patton, George 64f.
Pau, Petra 190
Paucker, Arnold 58
Pawlow, Iwan Petrowitsch 59
Pazner, Avi 128
Peleg, David 178
Pelinka, Anton 125
Peres, Schimon 13, 21, 25, 171 f., 193, 198
Peri, Jaacov 195
Peschel-Gutzeit, Lore Maria 148
Petersen, Carl Wilhelm 57
Pfeifer, Karl 79, 139
Pflüger, Friedbert 218
Picot, Charles Georges 55
Pierer, Heinrich von 33
Pinke, Rudi 216
Pinner, Ludwig 44
Piron, Mordechai 215
Pista 216f.
Plog, Jobst 112, 121, 188
Pollak, Rene 143
Poraz, Avraham 192f.
Praunheim, Rosa von 142
Preuß, Hugo 60
Primor, Avi 9, 14, 23, 76, 91, 185, 198
Profita, Santo 143
Pünder, Hermann 57
Pulat, Karla 140
Quaatz, Reinhold 60
Rabin, Jitzchak 116, 146, 221
Radhauer, Hildegard 33
Raffael, Gideon 65
Ramer, Bruce 119f.
Ramon, Chaim 193
Rassavi, Ehud 193
Rathenau, Walther 58, 61
Rau, Anna 198
Rau, Christina 133
Rau, Ewald 197f.
Rau, Johannes 16, 33, 129, 132, 188, 195-199
Raue, Peter 140
Raz-Krakotzkin, Amnon 90
Reed, Jack 76
Reemtsma, Jan Philipp 5 ff., 141, 151, 165
Reemtsma, Philipp Fürchtegott 6
Reichmann, Hans 59
Reich-Ranicki, Marcel 137
Reines, Isaak Jakob 100
Rendtorff, Rolf 143
Renger, Annemarie 16, 29
Rettinger, Leopold 125
Reuter, Bernd 150
Rhombert, Günther 33
Richter, Horst Eberhard 31, 165
Richthofen, Hartmann Freiherr von 57
Riefenstahl, Leni 70
Riordan, Richard 127

- Rivlin, Reuven 89, 129
 Robbe, Reinhold 170, 184, 190f.
 Robinson, Jacob 155
 Robinson, Nehemiah 155
 Rockefeller, David 182
 Rodenstock, Rolf 105
 Römer, Gernot 184
 Rokach, Livia 156
 Roland, Ida 8
 Rommel, Manfred 33
 Roosevelt, Franklin D. 73
 Rose, Andrea 24
 Rose, Romani 165
 Rosenbauer, Hansjürgen 105, 142
 Rosenbaum, Eli 126
 Rosenberg, Godel 151
 Rosensaft, Josef 71
 Rosenthal, Alfred 30
 Rosenzweig, Franz 188
 Rosh, Lea 112, 139, 141
 Roth, Petra 132, 138
 Roth, Thomas 142
 Rothschild, Edmond de 49
 Rothschild, Lionel 55
 Rothschild, Walter 139
 Rotter, Waldemar 29
 Rozwaski, Chaim 93, 140
 Rubien, Waltraud 184
 Rubinstein, Adolf 59
 Rürup, Reinhard 29, 121
 Ruffer, Gerhard 65
 Ruge, Manfred 132
 Runge, Irene 140
 Ruppin, Arthur 49f.
 Saban, Haim 113
 Safyan, Bella 141
 Sagi, Nana 10, 20, 34, 147
 Sakman, Bert 32
 Salamander, Rachel 143, 188
 Salinger, Eliyahu Kutti 40
 Salpeter, Eliahu 12
 Samuel-Willenpart, Elisabeth 33
 Samuels, Shimon 127
 Saur, Karl-Otto 141
 Saur, Klaus J. 141
 Schabert, Thilo 33
 Schacham, Shmuel 137
 Schadmi, Nahum 72
 Schächter, Markus 112
 Schäfer, Bärbel 143
 Schäffer, Fritz 18, 145
 Schäuble, Wolfgang 115
 Schalgi, Ilan 193
 Schallenberg, Walter 125
 Schaller, Berndt 188
 Schamir, Jitzchak 88, 126, 194
 Schapira, Herrmann Zwi 130
 Scharansky, Natan 79
 Scharett, Mosche 155
 Scharinger, Ludwig 33
 Sharon, Ariel 76, 80, 84, 128f., 142, 201, 224
 Scharping, Rudolf 24f.
 Scheel, Christine 192
 Scheidemann, Philipp 56
 Schell, Jozef St. 32
 Schickel, Alfred 20
 Schiff, Jakob 119
 Schilanski, Dov 10, 16
 Schild, Robert 83
 Schill, Ronald 130, 184
 Schily, Otto 77, 133
 Schlöndorff, Volker 62
 Schmid, Carlo 16, 183
 Schmidt, Christian 194
 Schmidt, Dagmar 193
 Schmidt, Renate 94, 125
 Schmidt, Ulrich 193
 Schmitz-Elsen, Josef 125
 Schnabel, Diana 135
 Schneider, Ludwig 218
 Schneiderman, Herman 12
 Schneidermann, Arkadi 140
 Schneier, Marc 114, 119
 Schocken, Salman 34, 41
 Schoeler, Andreas von 134
 Schoeller-von Holtzbrinck, Monika 33
 Schönborn, Christoph 33
 Schönlein, Peter 132
 Schoeps, Hans Joachim 179f.
 Schoeps, Julius H. 30, 91, 115, 140, 145, 179f.
 Scholten, Rudolf 33, 125
 Schramma, Fritz 132
 Schrank, Rosemarie 141
 Schrank, Wolfgang 141
 Schrenck-Notzing, Caspar von 186
 Schröder, Gerhard (CDU) 16, 173, 177
 Schröder, Gerhard (SPD) 27, 84, 114, 118, 150, 170, 201
 Schubert, Karl von 57
 Schuck 20
 Schütz, Klaus 30, 112f.
 Schulz, Dietmar 209
 Schulz-Hardt, Joachim 30
 Schulz-Jander, Eva 188
 Schulze-Rohr, Jakob 141
 Schumacher, Kurt 16
 Schumann, Erich 33
 Schuster, David 96, 108f.
 Schuster, Josef 79, 96, 108, 110
 Schwarz, Carl Walter 153, 167
 Schwarz, Johann 96
 Schwarz-Gardos, Alice 7-9
 Schwarzenegger, Arnold 127
 Schwarzenegger, Gustav 127
 Schwimmer, Walter 33, 125
 Segev, Tom 10, 38f., 43, 49f.
 Seligmann, Rafael 90f.
 Sellin, Ernst 57
 Sellitsch, Siegfried 33
 Semlitsch, Karl 125
 Serotta, Eduard 163
 Servatius, Bernhard 33
 Shalev, Avner 148
 Sharell, Esther 135
 Sheldon, Gerald 7
 Siebler, Engelbert 141
 Sieff, Israel 135
 Sieff, Rebecca 135
 Siemens, Jochen 142
 Simon, James 92
 Sinatra, Frank 127
 Singer, Israel 111, 147f., 156, 206
 Singer, Miriam 42
 Singer, Rachel 135, 143
 Slevogt, Max 57
 Snopkowski, Simon 69, 89
 Sobernheim, Moritz 56f.
 Sobernheim, Walter 57
 Sösemann, Bernd 149
 Sombart, Werner 56f.
 Sommer, Jenny 136
 Sperling, Hanna 96
 Spiegel, Paul 30, 75f., 79f., 83, 85f., 89, 94-97, 107, 112, 117, 133f., 188, 199, 206
 Spieker, Thomas P. 5
 Spielberg, Steven 43, 111
 Spinner, Joshua 110, 118
 Spranger, Carl-Dieter 116
 Springer, Axel Cäsar 5 ff., 13, 105, 214
 Staab, Heinz A. 32
 Stadelmann, Helge 214
 Stadler, Max 150
 Staeck, Klaus 141
 Stalin, Josef 36, 141
 Staszewski, Noemi 129
 Staszewski, Schimon 30, 143, 201
 Stavenhagen, Lutz 173
 Stein, Ludwig 57

- Stein, Shimon 7, 76f., 83, 86, 133,
137, 181, 185, 190, 193, 218, 220
- Steinberger, Petra 121
- Steindling, Rudolfine 33
- Steinitz, Aviva 136
- Stern, Avraham 46
- Stern, Hartmut 48
- Sternfeld, Albert 147
- Sterzing, Christian 194
- Stewens, Christa 108
- Stöhr, Martin 140
- Stoiber, Edmund 33, 100
- Stoitsis, Terezija 125
- Stolte, Dieter 98f., 188
- Stone, Adolf 59
- Strauß, Franz Josef 12, 21, 25, 171 f.
- Streicher, Julius 47, 65, 70f.
- Stresemann, Gustav 36
- Ströbele, Christian 177
- Strube, Dorothea 125
- Stütze, Walther 175
- Sturm, Herwig 125
- Süsskind, Arthur 140
- Süsskind, Lala 135, 140
- Süssmuth, Rita 12, 31, 33, 100, 125,
165, 188, 194
- Sykes, Mark 55
- Sznaider, Natan 167, 169f.
- Tamir, Ruth 135
- Tann, Hartmann von der 142
- Taylor, Elizabeth 127
- Taylor, Gideon 147
- Teufel, Erwin 33
- Thierse, Wolfgang 19, 31, 152f., 165
- Tichauer, Lilian 136
- Timendorfer, Berthold 49
- Timm, Helga 31
- Tobias, Jim G. 63, 71-73
- Tracy, Dan 216
- Trebitsch, Gyula 113
- Trenkle, Thomas 109
- Trösken, Helga 134
- Truman, Harry S. 64
- Truppel, Oskar von 57
- Tschense, Holger 132
- Tugendhat, Ernst 179
- Tuval, Ofir 202-204
- Ude, Christian 14, 141
- Unger, Johannes 142
- Untermeyer, Samuel 119
- Valsonok, Rudolf 68
- Veen, Hans Joachim 30
- Vierhaus, Rudolf 30
- Vöhringer, Othmar 143
- Vogel, Barbara 140
- Vogel, Bernhard 25, 30, 33, 132
- Vogel, Hans-Jochen 125, 141
- Vogel, Rolf 25
- Voloj, Julian 77
- Wachs, Klaus Reinhard 200
- Wagner, Adolf von 141
- Wagner, Heide von 141
- Wagner, Richard 49
- Wagner, Ruth 30, 165
- Wagner, Victor 33
- Waks, Moishe 77, 140
- Waldenfels, Georg von 113
- Waldheim, Kurt 147
- Wallau, Theodor 209
- Wallmann, Walter 12, 30
- Walser, Martin 137, 141
- Walz, Udo 141
- Walzer, David 76
- Wankum, Andreas C. 128 ff., 140
- Warburg, Max M. 200
- Wassermann, Oscar 57
- Weber, Max 56
- Wedemeyer, Maria von 31
- Wehner, Herbert 17
- Weichmann, Herbert 149
- Weidenfeld, George 14, 106
- Weidenfeld, Werner 30
- Weidenmüller, Hans A. 32
- Weihe, Volker 105
- Weinberger 209
- Weinzierl, Erika 125
- Weiland, Dieter 33
- Weinstein, Abraham 70
- Weiser, Peter 33
- Weismann 57
- Weiß, Konrad 125
- Weizman, Ezer 116f., 171, 197
- Weizmann, Chaim 31, 34, 45, 58, 135
- Weizsäcker, Marianne von 29
- Weizsäcker, Richard von 29f., 105,
166, 205
- Welten, Peter 140
- Wenninger, Markus H. 140
- Wernicke, Otto 70
- Wertmüller, Justus 222
- Wertz, Hans 33
- Wesner, Ekkehardt 188
- Westarp, Kuno Graf von 56,
- Westphal, Heinz 17, 183
- Wette, Wolfram 141
- Widerker, Martin 103
- Wieckenberg, Ernst-Peter 30
- Wieczorek-Zeul, Heidemarie 165
- Wiefelspütz, Dieter 150
- Wiesel, Elie 125
- Wieseltier, Leon 170
- Wiesenthal, Simon 125f.
- Wilhelm II., Kaiser und König 51-54,
62, 93
- Willi, Thomas 140
- Willmann, Helmut 27, 176
- Wilnai, Matan 186
- Wise, Stephen 15, 72
- Wössner, Frank 106
- Wolf, Friedrich 195
- Wolf, Hanna 141
- Wolf, Harvey 128
- Wolf, Markus 194f.
- Wolff, Theodor 149
- Wolffsohn, David 51
- Wolffsohn, Michael 21, 81-84
- Woriescheck, Gerd 125
- Wowereit, Klaus 134
- Wulf-Matthies, Monika 165
- Zachar, Yaron 129
- Zacher, Hans F. 32
- Zeiß, Michael 142
- Zelman, Leon 33, 125
- Ziegler, Monika 7
- Ziff, William 105
- Zilk, Helmut 32, 125
- Zimmermann, Dominikus 67
- Zimmermann, Hans D. 140
- Zimmermann, Mosche 117
- Zinke, Peter 73
- Zoerb, Bettina 143

Institutionen/Organisationen

- Absorption Department 41
Abteilung Wanderung (Hilfsverein) 49
Abwehrverein, siehe: Verein zur Abwehr des Antisemitismus
Academic College Tel Aviv 170
ADL Braun Holocaust Institute 162
Agudath Bet Yaakov 158
Agudath Israel World Organization 156
Akim Deutschland 138
Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (ASE) 31, 112, 125, 151, 164, 186
Aktionsbündnis gegen Antisemitismus 78
Alfred Wiener Collection 186
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB) 154
Alliance Israelite Universelle 48, 156
Allianz Versicherungen 150
Aman Nachrichtendienst 195
Amcha 121-126
American Gathering of Jewish Holocaust Survivors 156
American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) 183
American Jewish Committee (AJC) 19, 31, 119 ff., 140, 148, 156, 170
American Jewish Congress 156, 170
American Jewish Joint Distribution Committee 73, 156
American Zionist Federation 157
American Zionist Movement 43, 156
Anders — na und? 97
Anglo-German-Club Hamburg 130
Anglo-Jewish-Association 156
Anglo-Palestine Bank 36
Anglo-Palestine Ltd. 36
Anthropoid Innsbruck 78
Anti-Defamation Forum 104f.
Anti-Defamation League (ADL) 25, 103, 11, 170
Antideutsche Kritik 224
Appeal of Conscience Foundation 114
Arachim Bnei Brak 158
Arbeiterwohlfahrt (AWO) 94, 164
Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten 151
Arbeitsgemeinschaft Juden und Christen 22
Arbeitsgruppe Landessynagoge 164
ARD 11, 70, 141 f.
Associated Press (AP) 110, 116
Associazione Figli della Shoah 161
Assoziation Antideutscher Kommunisten 224
Atlantic Jewish Council 161
Atlantik-Brücke 98
Aufbau Trust 162
Auschwitz-Komitee 151
Ausschuss für Volksaufklärung 58 f.
Avoda 79
Axel-Springer-Verlag 5, 13, 29, 174, 223
Babcock Borsig AG 125
Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) 211
Bank für Sozialwirtschaft 94
Bank Hapoalim 211
Bank Leumi 138
Bank Löbbbecke & Co.
Bank M. M. Warburg 39
Bank A. E. Wassermann 39
Barmenia Versicherung 191
Basisgruppe Politikwissenschaft 79
Baycrest Center 161
Bayerische Landesstiftung 109
Bayerische Volksstiftung 100
Bayerischer Landesmedienrat 100
Bayerisches Staatsschauspiel 109, 141
Bayer-Konzern 129
Beit Wolyn Zentrum 186
Berliner Informationszentrum für transatlantische Sicherheit 176
Bertelsmann 106f., 182
Bet Debra 136
Bet Din 117, 204
Beth Jacob 158f.
Beth Shalom Holocaust Memorial Centre 161
BGS-Kameradschaft Hamm 164
Blaukreuzlerbewegung 198
B'nai B'rith 5, 7, 12-14, 25, 29, 32, 60, 102-106, 111, 119f., 138, 143, 147, 156, 161 f., 170, 203
B'nai B'rith World Center 104
B'nai B'rith Youth Organisation (BBYO) 104, 119, 140
Bnei Akiva 79
Branche Frangaise 153
Brandes & Apsel Verlag 164
Bremische Bürgerschaft 142
Bricha 37, 65-67
Brith Schalom 50
Brücke Berlin-Jerusalem 216, 219
Buber-Rosenzweig-Stiftung 29
Bündnis gegen Antisemitismus 140, 222
Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus Berlin (BgAA) 112, 140, 222
Bürgervereinigung Landsberg 69
Büro für illegale Einwanderung 64
Büro Wilhelmstraße 58f.
Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten 151
Bund der Pfadfinder 164
Bund Deutscher Pfadfinder 164
Bund Jüdischer Gemeinden Jugoslawiens 162
Bund sozialdemokratischer Juden 79

- Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) 98
 Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege 94
 Bundeskanzleramt Wien 163
 Bundesnachrichtendienst (BND) 74, 191, 202
 Bundespresseamt 5
 Bundessicherheitsrat 177
 Bundestag 24f., 176, 184, 190-193, 206
 Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) 105
 Bundesverband Information und Beratung für
 NS-Verfolgte 151
 Bundesverband Jüdischer Studenten in Deutschland (BJSD)
 77f, 220f.
 Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) 152
 Bundeswehr 26f., 77, 82, 84, 172, 174, 176
 Bundeswehrhochschule München 82
 Bundeszentrale für politische Bildung 12, 29, 121, 184, 188
 Büro Wilhelmstraße 58f.
 Cafe Critique 79
 Cafe Morgenland 224
 Campus Verlag 164
 Canadian Jewish Congress 156, 161
 Caritasverband 94, 125
 Center for Holocaust & Genocide Studies 162
 Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens
 59, 92
 Centre of Organizations of Holocaust Survivors in Israel 156
 Centro Recordatorio del Holocausto 162
 Centropa 163
 Chaverim — Freundschaft mit Israel 142
 C. H. Beck-Verlag 141
 Chewrot Kadischa 212
 Chico Research Foundation 162
 Children's Mishnay Memorial Foundation 162
 Chowwe Zion 50
 Christen für Israel (CFI) 213 ff.
 Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) 15, 21,
 60, 98, 128, 184, 190f., 201, 208, 218
 Christlich-Soziale Union (CSU) 15, 18, 22, 25, 60, 105, 113,
 116, 141, 150f, 171, 190f., 194, 208, 218
 Christliche Freunde Israels 215f., 219
 Christliches Forum für Israel 79, 218f.
 Christliches Zentrum Frankfurt/Main 216
 Christliches Zentrum Hannover 214, 217
 Claims Conference, siehe: Jewish Claims Conference
 Comite franGais des Amis de Sionisme 56
 Committee for Jewish Claims on Austria (CJCA) 147
 Conference of Presidents of Major Jewish Organisations
 110, 155 ff.
 Conference on Jewish Material Claims Against Germany,
 siehe: Jewish Claims Conference
 Conseil Representatif des Institutions Juives en France 156
 Couch Potatoes Fernsehproduktion 142
 Council for a Beautiful Israel 182
 Council of Jews from Germany 156
 DaimlerChrysler 5, 150f.
 Dash-ORT 158
 Delegacion de Asociaciones Israelitas Argentinas 156
 Deutsch-Arabische Gesellschaft 137
 Deutsch-Atlantische Gesellschaft 28, 191
 Deutsch-Hannoversche Partei 22
 Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) 8, 14f., 27, 29, 95,
 125, 130, 138 ff., 142, 170, 182f., 188, 191, 193, 208
 Deutsch-Israelische Parlamentariergruppe 170, 184,
 191-194, 201, 208, 218
 Deutsch-Israelische Stiftung für Wissenschaft, Forschung
 und Entwicklung 101
 Deutsch-Israelitischer Gemeindebund 56, 92
 Deutsch-Jüdischer Dialog 106
 Deutsch-Slowakische Wirtschaftsvereinigung 184
 Deutsch-Tschechische Wirtschaftsvereinigung 184
 Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) 164
 Deutsche Arbeitsfront (DAF) 154
 Deutsche Bank 58, 150
 Deutsche Demokratische Partei (DDP) 81
 Deutsche Forschungsgemeinschaft 200
 Deutsche Genossenschaftsbank 164
 Deutsche Gesellschaft der Freunde des israelischen Weiz-
 mann-Instituts 29
 Deutsche Partei (DP) 17
 Deutsche Reichspartei (DRP) 17
 Deutsche Telekom 5
 Deutsche Welle 111 f.
 Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD) 200
 Deutscher Evangelischer Kirchentag 22, 202
 Deutscher Förderkreis der Universität Haifa 200
 Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) 154, 165
 Deutscher Rabbinerverband 60
 Deutscher Volksgemeinschaftsdienst 58
 Deutscher Vortrupp 179
 Deutsches Historisches Institut Warschau 164
 Deutsches Informationszentrum New York 5
 Deutsches Komitee zur Förderung der jüdischen Palästina-
 siedlung, siehe: Pro-Palästina-Komitee
 Deutsches Rotes Kreuz (DRK) 94
 Deutschland an der Seite Israels 79, 194, 218f.
 Deutschlandradio 112
 Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 57, 60
 Diakonisches Werk 94
 Dialog der Generationen 97
 Dienste in Israel 219
 Dombauverein Speyer 107
 Dresdner Bank 164, 191
 Ebenezer Hilfsfonds 216, 219
 E.D.Z. Nativ Ediciones 159
 Eiserne Front 59
 El Al 128, 185
 Else-Lasker-Schüler-Forum 97

- Elta Electronics 151
 Ensemble Alpträumtöchter 79
 Ephraim Gustav Hönlein Genealogie Projekt 109f.
 Erwachsenenbildungszentrum München 100
 esra atzmit 126
 Europäische Union (EU) 23f., 28, 78, 83, 104, 165, 192, 200, 206
 Europäische Union Jüdischer Studenten/European Union of Jewish Students (EUJS) 77, 164
 Europäischer Jüdischer Kongress/European Jewish Congress (EJC) 84, 87, 94f., 97, 156, 206
 Evangelisch-Freikirchliches Sozialwerk 219
 Evangelische Akademie Arnoldshain 164
 Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) 125
 Evangelische Kirche Kurhessen-Waldeck 164
 Evangelische Marienschwesternschaft 216, 218
 Evangelischer Dienst für Israel (EDI) 220
 Evangelisch-Freikirchliches Sozialwerk 219
 Executive Council of Australian Jewry 156
 Facing History and Ourselves Foundation 162
 Fackel Gideons 213
 Federation of Jewish Child Survivors of the Holocaust 162
 Florida Holocaust Museum 162
 Förderkreis Reichsführer SS 107
 Förderkreis Magen David Adom 140
 Förderverein Gedenkstätte Breitenau 164
 Förderverein Lichtigfeldschule 138
 Fondation de la Memoire contemporaine 161
 Ford-Werke 120
 Forum für Israel 78f., 218
 Forum gegen Antisemitismus 79
 France-Palästine 56
 Franz Oppenheimer-Gesellschaft 30, 138
 Fraport AG 164
 Freie Demokratische Partei (FDP) 14, 100, 137, 142, 150, 184, 190f., 193, 201 f., 206, 208
 Freie Theologische Akademie Gießen 214
 Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) 147
 Freudenberg-Stiftung 214
 Freunde der Hebräischen Universität Jerusalem 97, 138
 Freunde und Förderer des Leo-Baeck-Instituts 29f., 97, 113
 Freunde von Neve Shalom/Wahat al-Salam 29ff.
 Freunde von Or Torah Stone 100
 Freundeskreis Aufbau 7
 Freundeskreis der Bar-Ilan-Universität 101, 138
 Freundeskreise Heinrich Heine 97
 Friedensbund 50
 Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) 210f.
 Friedrichstadtpalast 98
 Fritz-Bauer-Institut 31, 145, 151, 164f., 177
 Fritz-Naphtali-Stiftung 210
 Fürstlich Castell'sche Bank 109
 Fundacion Memoria del Holocausto 161
 Gedenkstätte Buchenwald 164
 Gedenkstätte Dachau 141
 Gedenkstätte Neckarelz 164
 Gedenkstätte Neuengamme 149
 Gedenkstätte Theresienstadt 159, 162
 Gemeinde Ichthys 217
 Georgia-Kommission zum Holocaust 162
 German Friends of the Israel Philharmonic Orchestra 100
 Gesamtschule Gießen-Ost 164
 Geschwister Korn- und Gerstenmann-Stiftung 98
 Gesellschaft der Kinder des Holocaust 162
 Gesellschaft für Außenpolitik 125
 Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (GfW) 210
 Gesellschaft zur Förderung sakraler jüdischer Musik 29
 Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit 8, 22, 29, 109, 112, 132, 138, 140, 142, 164, 184, 187-190, 199, 205
 Gesicht zeigen 97
 Gesprächskreis Israel 193
 Gesprächskreis Juden und Christen 22
 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) 164
 Givat Haviva 159, 211
 Glaubenszentrum Bad Gandersheim 217
 Goethe-Institut 23, 163, 165
 Golda-Meir-Educational Association 211
 Grand Sanhadrin 11
 Grünalternative Jugend 79
 Grüne 78, 125, 141, 150f., 164, 177, 184, 190f., 194, 208
 Grüne Jugend Hessen 164
 Gustav-Heinemann-Institut für Nahostfragen 211
 Haavara 35-46, 62
 Habonim 40
 Hagana 71-73
 Hagenovia Treuhand 164
 Hamas 224
 Hamburger Institut für Sozialforschung 6
 Hanotea Ltd. 35
 Haschomer Hazair 40, 79
 Hazon Yeshaja Zentrum 158
 Hebraica Loge 14
 Hebrew Immigration Aids Society (HIAS) 73
 Hebrew Union College 71, 162
 Hechal Shlomo 159
 Hechaluz 41
 Helmut-Kohl-Institut 13, 209
 Herzog-Kommission 191
 Hessischer Jugendring 164
 Hessischer Rundfunk (HR) 87, 112
 HICEM 48
 Hildegard-Hansche-Stiftung 121
 Hilfsverein der deutschen Juden 48, 199
 Histradut 211
 Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg 166

- Holocaust Awareness Institute 162
 Holocaust Center of Northern California 163
 Holocaust Center Pittsburgh 163
 Holocaust Center Toronto 161
 Holocaust Literature Research Institute 161
 Holocaust Museum Houston 163
 Holocaust Resource Center and Archives 163
 Holt-Verlag 170
 Humanistische Union (HU) 164
 Independent Order of B'nai B'rith, siehe: B'nai B'rith
 Infoladen 10, 79
 Initiative Sozialistisches Forum 125
 Initiativkreis Shalom Europa 109
 Initiativkreis Wirtschaft — Junge Führungskräfte für die SPD
 191
 Institut für Antisemitismusforschung 188
 Institut für Hebräische und Jüdische Studien Cluj 162
 Institut für Jüdische Kultur 162
 Interessengemeinschaft ehemaliger Teilnehmer am antifa-
 schistischen Widerstandskampf 151
 International Commission on Holocaust Era Insurance
 Claims (ICHEIC) 147
 Internationale Christliche Botschaft Jerusalem 215, 217, 219
 Internationale Gemeinde für Fürbitten 215
 Internationale Medienhilfe (IMH) 5
 Internationaler Bibellehrdienst 216
 Internationaler Rat der Christen und Juden 187
 Internationales Christliches Zionistisches Zentrum 213
 Interparlamentarischer Rat gegen Antisemitismus 194
 Israel Aircraft Industries 151
 Israel Discount Bank of New York 31
 Israel Emergency Solidarity Fund One Family 95
 Israel Experience 159
 Israel Heute 215
 Israel-Museum Jerusalem 199
 Israel-Netz 194, 219
 Israelisch-Deutsche Gesellschaft (IDG) 8, 67, 183f., 209
 Israelisch-Deutsche Parlamentariergruppe 193
 Israelisch-Deutsches Jugendforum (IDJ) 184
 Israelischer Erziehungsfonds 159
 Israelischer Rat für Außenpolitik 24
 Israelisches Verkehrsbüro 138
 Jad be Jad 79
 Jad Vaschem 29, 46, 99, 106, 148, 160, 186
 Jakob-Kaiser-Stiftung 191
 Janusz-Korczak-Loge 7, 140
 Jerusalem Foundation 28, 31-33, 199
 Jewish Agency 12, 18, 35, 37, 41, 43, 50, 55, 64, 91, 95,
 116, 118f., 128, 138, 155, 167, 211, 221
 Jewish Children's Museum Brooklyn 163
 Jewish Claims Conference (JCC) 17f., 20, 95f., 111, 124,
 145-178, 206
 Jewish Community Council of Ottawa 161
 Jewish Community Relations Council 205
 Jewish Cultural Reconstruction Corporation (JCR) 153
 Jewish Family and Children's Service 158
 Jewish Federation 161
 Jewish Holocaust Centre Elsternwick 161
 Jewish Institute of Religion 162
 Jewish Labor Committee 156
 Jewish Museum Sydney 161
 Jewish Restitution Successor Organisation (JRSO) 153 ff.
 Jewish Telegraph Agency (JTA) 95
 Jewish Trust Corporation (JTC) 153
 Jewish Winter University Würzburg 221
 John Slade Monterey Foundation 7
 Joint Distribution Committee 39, 73, 156
 Joseph-Carlebach-Institut 101
 Josua-Dienst 216
 Jüdisch-Jeminitische Gesellschaft 29
 Jüdische Jugendhilfe 40
 Jüdische Mittelstellen für Erwachsenenbildung 43
 Jüdische Organisation Norddeutscher Studenten (JONS) 112
 Jüdische Presse GmbH 97
 Jüdische Staatspartei 55
 Jüdischer Gemeindebund der DDR 121
 Jüdischer Kulturverein Berlin 140
 Jüdischer Nationalfonds 130, 132, 138, 140, 214
 Jüdischer Studentenverband 140
 Jüdischer Weltkongress 9, 12, 19, 39, 46, 87, 94f., 111,
 117, 146, 148, 155f., 166, 168 ff.
 Jüdisches Historisches Zydowski-Institut 102
 Jüdisches Krankenhaus Berlin 34
 Jüdisches Museum Athen 161
 Jüdisches Museum Berlin 31, 108
 Jüdisches Museum Frankfurt am Main 30
 Jüdisches Museum London 161
 Jüdisches Museum München 99
 Jüdisches Museum Stockholm 162
 Jüdisches Winterhilfswerk 94
 Jugendzentrum Olam 140
 Junge Union 191
 KaDeWe 105
 Karl-Schiller-Stiftung 191
 Karpathen Öl AG 105
 Kerem Institut für Lehrerbildung 159
 Keren Hayesod (KH) 7, 11, 40, 89, 100, 127-130, 138, 140
 Keren Kayemeth Lelsrael 40, 130, 140, 184f., 214
 Keshet — Israelis in Berlin 140
 KGB 75
 K. G. Saur-Verlag 141
 Kinder- und Jugendlila e. V. 138
 Kingsbridge Heights Jewish Center 157
 Kloster Frauenberg 202
 Knesset 16, 76, 90, 128, 132, 184, 192f., 197, 205, 210f.
 Komitee für den Osten 51
 Komitee zur Befreiung der russischen Juden 51

- Kommission Impulse für die Zivilgesellschaft 94
 Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter
 Juden 107
 Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 17
 Konferenz der befreiten Juden aller Zonen 68
 Konrad-Adenauer-Stiftung 14, 25, 30, 136, 185, 208f.
 Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaus-
 tausch (ConAct) 198
 Krupp-Konzern 105
 Kulturverein Sägefisch 79
 Ladies Cholim D'Satmar 158
 Landesentschädigungsamt Bayern 165
 Landtag Mecklenburg-Vorpommern 193
 Landtag Nordrhein-Westfalen 193
 Lauder Chabad Campus 111
 Lehrhaus Judentum für Christen 201
 Leipziger Synagogal-Chor 184
 Leo-Baeck-Institut 6, 29, f., 35, 37, 44, 46, 97, 113, 186
 Lesben- und Schwulenverband in Deutschland 151
 Likud 110
 Lockheed-Martin 23
 Londoner Schuldenkonferenz 26
 Los Angeles Museum of the Holocaust 163
 Ludwig-Börne-Stiftung 108
 Ludwig-Maximilians-Universität München 99
 Maccabi Hazair 40
 Maccabi World Union 102
 Maccabiah 103
 Machanyim Jewish Heritage Center 159
 Machon Netvei Ha Halacha 159
 Makkabi - Jüdischer Turn- und Sportverband in Deutsch-
 land 93, 102-105, 138, 140, 166
 Marsch der Überlebenden international 159
 Massua-Institut für Holocaust-Studien 159
 Max-Planck-Institut 30, 191
 Mekoroth 44
 Melitz-Zentrum für jüdisch-zionistische Erziehung 159
 Memorial Foundation for Jewish Culture 163
 Mercaz Beth Jacob 159
 Mercedes Benz 120, 156
 Michlalah College 159
 Midwest Center for Holocaust Education 163
 Milian Simecka Stiftung 162
 Minda de Gunzburg Center of European Studies 170
 Minerva-Stiftung 101
 Misrachi 100ff., 138
 Missionswerk Mitternachtsruf 217
 Mittelstandsvereinigung der CDU 191
 Moreschet Mordechai Anielewitsch Memorial 159
 Mosad Harim Levin 163
 Mosche-Dajan-Zentrum 209
 Moses-Mendelssohn-Zentrum 30, 115, 179
 Mossad 64, 67, 74, 126, 195, 203, 208
 Mossad le Alija Bet 64, 67, 126, 203
 Museum of Jewish Heritage 163
 Nakam 72f.
 Naphtali-Stiftung 210
 Nassauische Sparkasse 164
 National Citizens Committee for Community Relations 157
 National-Jüdische Vereinigung 50
 National Society for Hebrew Day Schools 163
 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 105, 222 f.
 Nationale Volksarmee (NVA) 173
 Nationalfonds der Republik Österreich 163
 Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) 141
 Nationalreligiöse Partei 101
 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 37,
 70
 Naturfreunde Hessen 164
 Netzwerk Jüdischer Frauen 136
 Neue Gesellschaft für bildende Kunst 164
 Neve Shalom/Wahat al Salam 29ff.
 Norddeutscher Rundfunk (NDR) 112, 121, 188
 North American Board of Rabbis (NABOB) 114
 Okologische Linke 79
 Österreichisch-Israelische Gesellschaft 125
 Österreichische Nationalbank 163
 Österreichische Volkspartei (ÖVP) 125
 Office of Munitions Control 172
 Ornet 150
 Or Torah Stone 100, 137
 Organisation der Zwangsarbeiter unter Naziherrschaft 151
 Organisation Jüdischer Ärzte und Psychologen 140
 Orient-Abteilung (Auswärtiges Amt) 37
 ORT 48, 161
 Ostdeutscher Rundfunk (ODR) 105, 142
 Ot Va' Ed 159
 Palästina-Amt 41, 43, 49
 Palästinensische Treuhandstelle (Paltreu) 36, 39
 Palestine Liberation Organization (PLO) 194f., 208
 Palestine Mandate Society 56
 Palestine & Orient Lloyd 45
 Paneuropa-Union 8
 Paritätischer Wohlfahrtsverband 94
 Parliamentary Palestine Committee 56
 Partei Bibeltreuer Christen (PBC) 212, 215
 Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) 141, 190
 Pax Christi 152, 164
 Peres-Center for Peace 198
 Philharmonisches Orchester Israel 44
 Philippus-Dienst 216
 Politik Digital International (poldi.net) 191
 Private Jüdische Lehranstalt 48
 Pro-Palästina-Komitee 11, 54, 56ff., 62
 ProSieben 113
 Rabbiner-Konferenz Deutschland 86f., 93

- Radak Organization of Partisans und Underground Fighters 158
- Rambam Medical Center 199
- Raoul-Wallenberg-Loge 140, 143
- Rat der Juden aus Deutschland 124
- Rat für Außenpolitik 24
- Real Estate Company 7
- Reclam Verlag 164
- Reena Thornhill 161
- Reichsbank 36
- Reichsvereinigung der Juden in Deutschland 34, 92, 94, 155
- Reichsvertretung der deutschen Juden/ der Juden in Deutschland 29, 34, 92
- Restitution Appeals Court 153
- Revolutionärer Kampf 207
- Ridgefield Foundation 7
- Ronald-S.-Lauder-Chorev-Seminarzentrum 110
- Ronald-S.-Lauder-Foundation 110 f., 118f., 221
- Rosa Antifa Wien 79
- Rotary Club 28, 164
- Rothschild'sche Stiftung 132
- Ruf zur Versöhnung 215
- Ruhr Universität Bochum 22, 183
- Russische Holocaust-Stiftung 162
- Saarländische Investitionskreditbank 97
- Saarländische Staatstheater GmbH 97
- Saban-Center for Middle-East Policy 113
- Sächsische Israelfreunde 215
- Salomon-Ludwig-Steinheim-Institut für deutsch-jüdische Geschichte 50
- SAT 1 113
- Scaneg Verlag 164
- Schas 204
- Schin Bet 194f.
- Section du Camp de Concentration de Mauthausen 152
- Seminar- und Gedenkstätte B. Pappenheim 138
- Senat-Projekt 211
- Service for Israel 46
- Shalom Europa 108-110
- Shem Olam Institut 159
- Shoa Foundation 111
- Shuvu-Return 159
- Siedler-Verlag 106
- Siemens 142, 150
- Sigmund-Freud-Institut 122
- Simon-Dubnow-Loge 140
- Simon-Wiesenthal-Center 126f., 170
- Sinai-Zentrum 126
- South African Jewish Board of Deputies 156
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 16f., 21, 24, 27, 56f., 125, 134, 141, 150, 164, 171, 184, 190f., 193, 210
- Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) 125
- Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 194f.
- Sozialistische Reichspartei (SRP) 17
- Speyer-Stiftung 98
- Sportjugend Hessen 164
- SS 40, 46, 64, 174
- Staatssicherheitsdienst der DDR (Stasi) 194f.
- Stabsstelle für Kultur und europapolitische Fragen 98
- State of Israel Bonds 136f., 166
- Steering-Komitee 111
- Stifterverband der deutschen Wirtschaft 151
- Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten 107
- Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas
- Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft 124, 150f.
- Stiftung Ettersberg 30
- Stiftung für wissenschaftliche Forschung und Entwicklung 23
- Stiftung Saarländischer Kultur-Besitz 97
- Stiftung Sächsische Gedenkstätten 107
- Stiftung 20. Juli 1944 108
- Studio Hamburg 113
- Südlibanesische Befreiungsarmee (SLA) 119
- Talmud-Tora-Schule Hamburg 111
- Tamach 126
- Technion Haifa 150, 199f.
- Tempelgesellschaft 18, 36, 52
- Topographie des Terrors 29, 108, 121
- Torah Umesorah 163
- Transatlantik-Quandt-Stiftung 98
- Transit-Verlag 164
- Trilaterale Kommission 182
- Trust and Transfer Office Haavara 35
- UNIFIL 178
- United HIAS-Service 73
- United Israel Appeal 127
- United Mizrahi Bank 138
- United Nations Organisation (UNO) 73, 104, 178, 215
- United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) 73
- United States Holocaust Memorial Museum 163
- Universität Alaska 163
- Universität Bar-Ilan 101, 138, 214
- Universität Beer Sheva 90
- Universität Ben-Gurion des Negev 12, 14, 209
- Universität (TU) Berlin 199f.
- Universität Bochum 22, 183
- Universität Bonn 201
- Universität Brandeis 12, 31, 64, 154
- Universität Duisburg 50
- Universität Haifa 27, 182, 200, 202, 211
- Universität Harvard 170
- Universität Heidelberg 166
- Universität Jerusalem 12, 41, 49, 97, 138, 150, 181
- Universität München 64, 99
- Universität Pennsylvania 64
- Universität Tel Aviv 28, 159
- Universität Vancouver 161

- Universität Vermont 162
 Universität Yeshiva 157
 Vancouver Holocaust Center 161
 Verband der jüdischen Gemeinden in der DDR 92
 Verein Jüdischer Akademiker 138
 Verein zur Abwehr des Antisemitismus 58 ff.
 Vereinigte Israel Aktion 185
 Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN/BdA) 152
 Vereinigung Jüdischer Organisationen Deutschlands zur
 Wahrung der Rechte der Juden des Ostens (VJOD) 92
 Vereinigung der Partisanen, Untergrundkämpfer und Ghet-
 toaufständischen 159
 Verlag Volk und Wissen 152
 Völkerbundsliiga 57
 Volkshochschule München 100
 Volkswagen AG 188
 VW-Stiftung 200
 WABS 119
 Weiße-Rose-Stiftung 152
 Weizmann-Institut 29, 31 f., 106, 150
 Welt-Union Makkabi 102
 Weltgebetstagskomitee 189
 Weltkulturerbe Völklinger Hütte GmbH 97
 Weltverband der NS-Opfer 147
 Weltverband österreichischer Auswanderer 147
 Werkleute 40
 Westdeutscher Rundfunk (WDR) 97, 112
 Women's International Zionist Organization (WIZO) 133-136
 World Jewish Congress (WJC), siehe: Jüdischer Weltkon-
 gress
 World Jewish Relief 156
 World Jewish Restitution Organisation 95
 World Mizrahi Movement 101 f.
 World ORT Union 161
 World Union for Progressive Judaism 156
 World Union of Jewish Students 77, 159
 World Zionist Organization (WZO) 64, 135, 155, 160, 195, 221
 Yaacov Herzog Center 160
 Yiddishspiel 160
 Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt 20
 Zentralarchiv für die Geschichte des Jüdischen Volkes 158
 Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in
 Deutschland 93
 Zentralbüro für jüdische Auswanderungsangelegenheiten 49
 Zentralkomitee der befreiten Juden in der Amerikanischen
 Besatzungszone 64
 Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) 22, 191
 Zentralrat der Juden in Deutschland 5, 12, 16, 30, 73,
 74-113, 115, 118, 120f., 124, 150, 156, 164, 166, 182,
 188f., 197, 221
 Zentralrat der Sinti und Roma 165, 181
 Zentralverband demokratischer Widerstandskämpfer und
 Verfolgtenorganisationen 164
 Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland 93f., 96,
 138
 Zentrum für Jüdisch-Christliche Beziehungen 161
 Zentrumsparlei 56f., 60
 ZIM 128
 Zion 130
 Zionistische Jugend Deutschland 87, 140
 Zionistische Organisation Deutschland (ZOD) 30, 64, 112,
 138, 140, 188
 Zionistische Vereinigung für Deutschland 34, 50, 58, 92, 143
 Zuwanderungskommission der Bundesregierung 97
 Zwangsarbeiterentschädigungsfonds 31, 114, 120
 Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF) 98f., 111 f., 166, 188,
 209
 Zwi-Peres-Chajes-Loge 147

Periodika

- Abwehrblätter 59
 Allgemeine Jüdische 9, 13f., 21, 23f., 33, 51, 76, 80, 82f.,
 87f., 91, 93-96, 101, 103, 105f., 112, 118, 121 f., 127,
 133-135, 137, 166, 175, 177, 180, 182, 194, 196f., 199,
 203, 212, 214, 220
 Allgemeine Wochenzeitung der Juden 80
 Allgemeine Zeitung des Judentums 43
 Altonaer Nachrichten 6
 Aufbau 5-8, 11, 41-45, 49, 56, 71 ff., 77f., 88, 106, 108,
 114f., 118, 121, 124, 144, 147f., 150, 153, 156f., 160,
 162, 179, 188, 192, 206f., 211
 Augsburg Allgemeine 184
 Bahamas 222f.
 Beiträge zum Widerstand 1933-45 59
 Berliner Morgenpost 97
 Berliner Zeitung 150
 Bild 7, 173f., 181
 Bild am Sonntag 181
 Blätter für deutsche und internationale Politik 19, 151
 Blickpunkt Israel 95
 Börsen-Zeitung 109
 Bulletin der Bundesregierung 19
 Chrismon 89, 182
 Correspondenzblatt für jüdische Auswanderungsangelegen-
 heiten 49
 Damals 50, 90

- Defense News 177
 Deutsch-Israelische Gesellschaft Magazin 192
 Focus 151, 184
 Fokus 200
 Format 111
 forum.judentum.de 219
 Frankfurter Allgemeine Zeitung 11, 15, 97, 105, 108, 120, 138, 170, 177, 179
 Frankfurter Jüdische Nachrichten 138
 Frankfurter Rundschau 104, 107, 112, 117, 122, 134, 142, 148, 167-169, 175f.
 Globes 95
 Ha.Galil 95, 127, 163
 Ha'aretz 11, 95, 175
 Hamburger Abendblatt 148
 Illustrierte Neue Welt 116, 163
 Informationen zur Politischen Bildung aktuell 12
 International Herald Tribune 9
 Israel Nachrichten 5, 7-10, 12f., 14, 16f., 19f., 21-26, 28, 31, 40f., 54, 65f., 75f., 79f., 85, 89, 116f., 120, 124, 133, 150, 152, 167f., 171, 174f., 186, 192f., 195f., 204f., 208-211, 214f.
 israel.de.newsletter
 Israel-Netz 194, 218
 Jedit Achronot 116, 203 f.
 The Jerusalem Post 95
 JNF-KKL-Nachrichten 130
 Jiddische Landsberger Cajtung 68
 Jüdische Allgemeine 79, 80-86, 93, 97, 103, 107, 135f., 164, 185, 196, 205f., 215
 Das Jüdische Echo 125
 Jüdisches Leben in Bayern 221
 Junge Freiheit 8
 Junge Kirche 187
 Jungle World 150, 158
 Juristische Schulung 167
 Kirche und Israel 22
 Kronen-Zeitung 146
 Landtag intern 193
 left.action.de 223
 Los Angeles Times Magazine 127
 Main-Post 108f.
 Max 198
 Mitteilungsblatt der Israelitischen Kultusgemeinden Bayern 71, 89, 211, 220f.
 Nachrichten aus israel (nai) 218
 National-Zeitung (Basel) 42
 National-Zeitung (München) 107
 Neue Osnabrücker Zeitung 84
 Neues Deutschland 194f.
 Neuland 131
 New York Herald Tribune 39
 New York Republic 170
 The New York Times 126f.
 Newsletter der Universität Haifa 200, 202
 Nyu York Morgn 68
 Das Parlament 9, 90
 Partisan Wandzeitung 223
 Response 126
 Rheinische Post 210
 Rheinischer Merkur 29, 98
 Schlemiel 61
 Der Spiegel 11, 21, 122, 169
 Der Standard 31 f.
 stern 80, 99, 109
 Der Stürmer 47, 70
 Süddeutsche Zeitung 114, 148, 196f.
 Tachles 118
 Der Tagesspiegel 20, 142, 184
 die tageszeitung 222f.
 Techiat ha'Metin 68
 The Times 10
 Vierteljahrshefte für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 21
 Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 21, 37
 vivian 181
 Die Welt (Springer-Konzern) 13, 19, 98f., 186, 201
 Die Welt (Zionistenorgan) 55
 Welt am Sonntag 179
 Wirtschaftswoche 22
 Yearbook of the Leo Baeck Institute 37
 Yedit Aharonot 95
 Die Zeit 29, 142, 179
 Zeitschrift der BfA 152
 Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden 49
 Zeitspiegel 198

Weitere Titel aus dem Verlagsprogramm:



512 S. 19,90



160 S. 12,90



144 S. 12,90



128 S. 9,90



128 S. 9,90

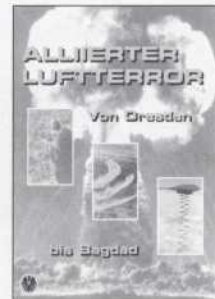


160 S. 12,90

FZ-VERLAG GM BH
 81238 München
 Telefon (089) 896 08 521
 Telefax (089) 834 15 34
 www.deutscher-buchdienst.de
 info@deutscher-buchdienst.de




224 S. 19,80



160 S. 12,90



400 S. 24,90



412 S. 24,90



160 S. 12,90



400 S. 24,90



412 S. 24,90



Viele Farbmotive -
 2500 Gedenktage 12,90

National*Zeitung

Hintergründe der Tagespolitik und zeitgeschichtliche Enthüllungen. Was andere verschweigen, lesen Sie jede Woche in der NATIONAL-ZEITUNG. Im Abonnement Eur. 8,25 monatlich.

David Korn

Das Netz

Israels Lobby in Deutschland



FZ-VERLAG

© 2004 by FZ-Verlag GmbH, 81238 München

Alle Rechte bleiben vorbehalten.

Druck: DSZ-Druck GmbH, München

Printed in Germany

ISBN 3-924309-66-3

2. Auflage